06-07/2010 vlw - *kompakt*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Mit dieser Ausgabe möchte der vlw für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz einen neuen Weg eröffnen, Sie möglichst schnell und „kompakt" über wichtige und interessante Themen zu informieren. „vlw-kompakt" wird monatlich erscheinen, und wir hoffen, Sie dadurch noch besser und schneller zu informieren. Und noch ein Tip: bitte schauen Sie auch auf unsere neu gestaltete Homepage unter www.vlw-rlp.de. Und jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen,
Ihr Karl-HeinzFuß,
Landesvorsitzender

Beförderungsverfahren 2010

Zum 18.5. sollten 84 Kolleginnen und Kollegen im „Sektor 1" von A13 nach A14 befördert werden. Im Bereich des „Sektors 2" standen 22 Stellen zur Verfügung, die durch die ADD nach einem landesweiten Ranking vergeben werden. Nach den Ergebnissen der dienstlichen Beurteilungen wären 15 der 22 Beförderungen im Bezirk Koblenz vorzunehmen gewesen. BPR und HPR gehen davon aus, dass bei einer einheitlichen Anwendung des Maßstabes zur Erstellung von dienstlichen Beurteilungen ein Ergebnis zutage getreten wäre, das zu einer aus ihrer Sicht gerechteren Verteilung der Beförderungsmöglichkeiten im Sektor 2 geführt hätte. Die Überprüfung durch die ADD hat dazu geführt, dass das landesweite Ranking für die 22 im Sektor 2 zu vergebenden Beförderungsmöglichkeiten modifiziert wurde. Deshalb sind zum offiziellen Beförderungstermin an drei Schulen im Bezirk Koblenz die Beförderungen noch nicht ausgesprochen worden. Finanzielle Einbußen sollen den Betroffenen nicht entstehen, da bis zu einer dreimonatigen Verzögerung entsprechende Nachzahlungen erfolgen. **Näheres in einer ausführlichen Sonderinformation durch BPR und HPR!**

Erweiterung von „PES"

Das Bildungsministerium beabsichtigt, in Zukunft „PES-Verträge", die bislang eher kurzfristig ausgelegt waren, längerfristig, im Falle von Mutterschutz bzw. Elternzeitvertretungen gar auf einen Zeitraum von bis zu drei Jahren abzuschließen.
Bezirks- und Hauptpersonalrat haben dies abgelehnt, weil:

- die örtlichen Personalräte schwerlich auf die Erfahrung und den Überblick zurückgreifen können, über die der Bezirkspersonalrat verfügt;
- die Längerfristigkeit der „PES"-Verträge sich auch auswirken würde auf das Erstellen von Arbeitsplänen, den Einsatz für Klassenleitungen, die Notengebung bis hin zu Zeugnissen und Abschlusszeugnissen.

Inzwischen wurde für alle Schularten in Rheinland-Pfalz die Einigungsstelle angerufen, allerdings war das Ergebnis trotz unserer guten Argumente aus unserer Sicht negativ, sodass die geplanten Änderungen jetzt in Kraft gesetzt werden.

Dazu meint der **vlw**:
Die örtlichen Personalräte müssen ihren erweiterten Aufgaben auch gerecht werden können. Die Unterrichtsqualität an unseren Schulen darf durch die immer zahlreicheren Kräfte ohne vollwertige Ausbildung nicht sinken! Dadurch wird letztlich nur Unterrichtsausfall verschleiert!

Vorübergehende Wegnahme von Gegenständen als erzieherische Maßnahme

Die zuständige Referentin des Ministeriums erläuterte, dass die Wegnahme eines Handys eine „erzieherische Maßnahme" darstelle. **Auch wenn diese Maßnahme nicht explizit in der Schulordnung für BBS aufgeführt wird, ist gegen eine solche Maßnahme nichts einzuwenden.**

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

06-07/2010 vlw - *kompakt*

vlw-Landesvorstand distanziert sich von dbb-Aufruf zur Mahnwache für einheitliche Besoldung

Mit Empörung hat der Landesvorstand des **vlw** auf den Aufruf der dbb-Tarifunion an alle Kolleginnen und Kollegen in den Schulen reagiert, am 4. Mai im Rahmen eines Warnstreiks zu einer Mahnwache vor dem Finanzministerium zu kommen. Die ddb-Tarifunion hat dabei gemeinsam mit der GEW zu dieser Mahnwache aufgerufen.

Erklärtes Ziel dieser Mahnwache war offensichtlich die einheitliche Besoldung der Lehrkräfte aller Schularten. Dies setzt jedoch die gleichwertige Qualifikation sowie den gleichwertigen Anspruch an die Ausübung der Berufstätigkeit voraus, was faktisch nicht gegeben ist.

Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für den Unterricht an Berufsbildenden Schulen müssen neben einem abgeschlossen Universitätsstudium (zukünftig: Master) eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. mindestens ein einjähriges einschlägiges Praktikum vorweisen. Für kein anderes Lehramt werden so hohe Voraussetzungen gefordert.

Auch inhaltlich ist unsere Tätigkeit von einem sehr hohen Anspruch geprägt. Der Unterricht in den berufsbezogenen Fächern unterliegt dem stetigen Wandel mit immer kürzer werdenden Halbwertszeiten bei den fachlichen Inhalten. Dies erfordert die ständige Erneuerung der Unterrichtsvorbereitungen sowie den kontinuierlichen Besuch von Fortbildungsveranstaltungen. Zusätzlich zur Kooperation mit den Eltern ist auch der stetige Kontakt zu den Ausbildungsbetrieben erforderlich. Gleichzeitig haben wir erhebliche pädagogische Herausforderungen zu bewältigen. Während wir im Berufsvorbereitungsjahr und in der Berufsfachschule I diejenigen Schülerinnen und Schüler qualifizieren, denen zuvor die so oft zitierte „Ausbildungsreife" fehlt, befähigen wir die Auszubildenden in den unterschiedlichsten Berufen für ihre Abschlussprüfungen und die anschließende Berufsausübung. Darüber hinaus vermitteln wir einem Teil von ihnen den qualifizierten Sekundarabschluss I und führen entsprechend begabte Jugendliche zur Fachhochschulreife und zur allgemeinen Hochschulreife. Im Bereich der beruflichen Weiterbildung verhelfen wir Fachkräften zu zusätzlichen Qualifikationen.

Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen sind bei der Einstellung nach dem Referendariat, bedingt durch die oben aufgeführten Qualifikationsanforderungen, im Durchschnitt 30 Jahre alt. Eine einheitliche Besoldung würde zweifellos bedeuten, dass sie - bezogen auf das Lebenseinkommen - gegenüber Kolleginnen und Kollegen anderer Lehrämter benachteiligt würden. Der Anreiz für ein Studium des Lehramts an Berufsbildenden Schulen würde bei einheitlicher Besoldung verloren gehen, was den ohnehin vorhanden Bewerbermangel nochmals verschärfen würde.

Der vlw-Landesvorstand lehnt deshalb die Forderung nach einheitlicher Besoldung für alle Lehrkräfte ab.

Vielmehr müssen sich die gegenüber anderen Lehrämtern erhöhten Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen sowohl bezüglich der Ausbildung als auch die Berufsausübung betreffend in einer höheren Besoldung ausdrücken.

Neuer Bezirksvorsitzender in der Pfalz

Auf der Bezirksdelegiertenversammlung des **vlw** Pfalz vom 19. April 2010 wurde **Andreas Seehaus** zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. In geheimer Abstimmung erhielt Herr Seehaus 100% der abgegebenen Stimmen.

Frieder Heil und **Andreas Seehaus** verabschiedeten **Mechthild Antony-Hatzfeld** als langjährige Bezirksvorsitzende der Pfalz, bedankten sich herzlich für die mit hohem Engagement geleistete Arbeit für den Verband, auch für die offene, stets faire und herzliche Zusammenarbeit.

Andreas Seehaus unterrichtet an der BBS Landau die Fächer Sozialkunde und BWL und ist dort Vorsitzender des örtlichen Personalrats. Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** gratulierte und begrüßte Andreas Seehaus als neues Mitglied im Landesvorstand des **vlw**.

08/2010 vlw - kompakt

Herbst-Highlights

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das neue Schuljahr beginnt mit der erfreulichen Nachricht, dass das Bundesverfassungsgericht die Nichtnerkennung des häuslichen Arbeitszimmers gekippt hat. Hierbei zeigt sich wieder einmal, dass politische Entscheidungen nicht immer auf juristisch solidem Grund getroffen werden, sondern regelmäßig hinterfragt und juristisch geprüft werden müssen. Dies ist eine wesentliche Aufgabe, der sich der **vlw** mit Unterstützung seiner Dachorganisationen dbb verpflichtet fühlt.
Auch abseits der politischen Bühne ist der vlw aktiv. So wird es **am 8. und 9. September eine jeweils eintägige Personalrätefortbildung** geben, erstmals gemeinsam von **vlw** und vlbs angeboten und durchgeführt.
Für unsere Kolleginnen und Kollegen, die im kaufmännischen Bereich unterrichten, hat der **vlw** als **besonderes Highlight eine Fortbildung bei der Firma juwi Holding AG** am 30. September organisiert. Lassen Sie sich vom Erfolg eines jungen aufstrebenden Unternehmens begeistern und nutzen Sie die Gelegenheit zum Gespräch mit Fachleuten in der beruflichen Praxis. Anmeldungen werden direkt von der **vlw**-Landesgeschäftsstelle entgegengenommen.
vlw-intern haben wir einiges für unsere aktiven Mitglieder vorbereitet. So wird es in der 2. Septemberhälfte eine **Informations-Veranstaltung für die Ortsvorsitzenden** geben. Zeitgleich läuft die Vorbereitung für unsere **Landesdelegiertenversammlung am 9. November in Emmelshausen** auf vollen Touren. Schwerpunkte werden Haushaltsfragen und das Verabschieden von Anträgen sein, die das Betätigungsfeld des **vlw** im kommenden Jahr bestimmen werden. Nutzen Sie deshalb in Ihren Orts- und Bezirksverbänden die Möglichkeit, Anträge zu formulieren und fristgerecht einzureichen. Für den Nachmittag hat der **vlw** im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen im kommenden Jahr die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen zur Podiumsdiskussion eingeladen. Es wird sicherlich spannend, wie sich diese zur Zukunft der BBS äußern werden und was Sie bereit sind, dafür zu tun.
Der **vlw** ist jedenfalls bereit, dafür zu kämpfen, dass die Stellung der berufsbildenden Schulen im Schulsystem gestärkt wird und unsere Schulen adäquat ausgestattet werden.
Für das neue Schuljahr wünsche ich Ihnen viel Erfolg und grüße Sie herzlich
Ihr Karl-Heinz Fuß

Bezirksversammlungen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in den beiden **vlw**-Bezirken Koblenz und Rheinhessen finden, zur Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung am 9. November, Bezirksversammlungen statt. Nutzen Sie die Möglichkeit, Ihre Fragen und Anliegen anzubringen!

Bezirk Koblenz:

Montag, 23. August 2010, BBS Simmern, 14:30 Uhr, Aula

Vortrag von **Dr. Markus Böhner** (Seminarleiter Mainz) zum Thema:" Die 'verschlungenen' Pfade des Wirkungsprozesses von Bologna auf die Unterrichtsvorgaben und den zu haltenden Unterricht an berufsbildenden Schulen".

Bezirk Rheinhessen:

Mittwoch, 8.September 2010, Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule, Hechtsheimer Str. 31, 55131 Mainz, 16:00 Uhr

Referat von Herrn **Dr. Rüdiger Tauschek** (MBWJK Mainz) zum Thema: „Vom Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR)“.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

Schallende Ohrfeige für den Finanzminister

„§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 6b des Einkommensteuergesetzes … ist mit Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes unvereinbar, soweit das Abzugsverbot Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer auch dann umfasst, wenn für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.“

Hinter diesem juristendeutschen Satz – zitiert aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Juli 2010 - verbirgt sich eine schallende Ohrfeige für den Finanzminister und eine späte Schaffung von Steuergerechtigkeit. Gekippt wurde eine seit 2007 geltende Verschärfung im Steuerrecht, nach der der steuerliche Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sowie die Kosten der Ausstattung nur noch, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bildet, möglich war.
Dem haben die Richter nunmehr widersprochen: Aufwendungen für häusliche Arbeitszimmer müssen laut Urteil auch dann von der Steuer abgesetzt werden können, wenn das Zimmer nicht den Mittelpunkt der gesamten Arbeit darstellt - der Steuerpflichtige dort also nur einen Teil seiner Arbeit verrichtet. Voraussetzung dafür sei aber, dass für die zu Hause verrichteten Tätigkeiten kein anderer Arbeitsplatz vom Arbeitgeber zur Verfügung stehe.
Das Gericht verpflichtet den Gesetzgeber dazu, **rückwirkend auf den 1. Januar 2007 den verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen**. Laufende Verfahren seien auszusetzen.
Geklagt hatte ein Kollege, der die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer geltend gemacht hatte, das er täglich zwei Stunden nutzte. Das Finanzamt erkannte die Werbungskosten dafür nicht an, mit der Begründung, dass das Zimmer nicht den Mittelpunkt seiner gesamten betrieblichen und beruflichen Betätigung bilde. Dies gelte auch dann, wenn für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie Korrekturen kein Arbeitsplatz an der Schule zur Verfügung stehe. Der Schulträger lehnte darüber hinaus den Antrag des Kollegen ab, dass ihm ein Arbeitsplatz in der Schule zur Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zugewiesen werde.
Das Bundesfinanzministerium hat eine baldige Neuregelung angekündigt. Entsprechende Steuerbescheide werden bis dahin nur noch vorläufig festgesetzt. Soweit vorläufige Bescheide nach einer Neuregelung zu ändern seien, soll dies direkt von den Finanzämtern erledigt werden – ein Einspruch der Betroffenen sei nicht erforderlich. Eine nachträgliche Änderung nicht angefochtener Steuerbescheide komme allerdings nicht in Betracht.
Hierzu stellt Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw-rp fest: *„Das wurde höchste Zeit – das BVG bestätigte unsere Position in vollem Umfang. Die Verfassungsrichter haben die schreiende Ungerechtigkeit beseitigt, mit der der Staat sich auf Kosten seiner Beschäftigten bereichern wollte. Leider zeigt sich – wie im Verfahren unseres Kollegen Weitzel um die Übernahme der Kosten für die Schulbücher – dass der Dienstherr nur durch die Gerichte zu einer besseren Einsicht kommt, anstatt zur Abwechslung einmal auf die Argumente der Kolleginnen und Kollegen zu hören. Wir freuen uns über diesen Erfolg*!“
(http://www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100706_2bvl001309.htmlFrei)

Ganztagsschule ja, Ausstattung nein

Eine kleine Anfrage der CDU-Landtagsfraktion beantwortete die Landesregierung wie folgt:
Die berufsbildende Schule gehört zur Sekundarstufe II. Innerhalb dieser Schulart ist die öffentliche Berufsschule Teilzeit… mit 78530 Schülerinnen und Schülern …die größte Schulform… Dabei ist der Unterricht jeweils ganztägig organisiert.. Schon aus diesem Grunde ist ein Ganztagsangebot…. nicht umsetzbar. Bezüglich der Versorgung besteht für die überwiegend volljährigen Schülerinnen und Schüler in der Regel kein zusätzlicher Bedarf, da sie sich in der Mittagspause eigenverantwortlich versorgen….

„Bologna“ – mehr als ein lohnendes Urlaubsziel in der Emilia?

Hoher struktureller Unterrichtsausfall, schwierige Schüler, Ärger mit Kollegen, unzureichende Schulausstattung, gewachsene Belastungen – über diese „Alltagsprobleme“ hinaus wies **Dr. Markus Böhner**, Leiter des Studienseminars für berufsbildende Schulen in Mainz, bei einem Vortrag vor Kolleginnen und Kollegen des **vlw** in der BBS Simmern *„Wir müssen für die Qualität unserer Lehre und Ausbildung kämpfen“* – dies war eine der Kernaussagen seines bemerkenswerten Vortrags.

Auf Einladung von **Gernot Kormann**, Vorsitzender des Bezirks Koblenz, waren Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen des Bezirkes zur BBS Simmern gekommen. Dr. Markus Böhner referierte zum Thema „Die verschlungenen Pfade des Wirkungsprozesses von ‚Bologna' auf die Unterrichtsvorgaben und den zu haltenden Unterricht an berufsbildenden Schulen“. Schnell wurde den Anwesenden klar, dass auch wir, in unserer täglichen Arbeit, vom „Bologna-Prozess“ betroffen sind.

Gernot Kormann (l.), Dr. Markus Böhner (r.)

Zu Beginn stellte Dr. Böhner fünf zentrale Wirkungen des „Bologna-Prozesses“ auf die Berufsbildenden Schulen vor:

1.Modularisierung des Lehr/Lernangebots.

2.Entwicklung zur Outputhaltung, Betrachtung der Ergebnisse von Lehr/Lernprozessen/ Outcomehaltung, mögliche Auswirkungen auf das Berufsleben.

3.Trend zur inhaltlich-curricularen Standardisierung.

4.Entwicklung kürzerer, strafferer Ausbildungsgänge.

5.Vom „Diplom-Handelslehrer“ zum „WIPÄD-Master“, erhöhter Aufwand für die Praktikumsbetreuung an unseren Schulen, Verkürzung des Vorbereitungsdienstes.

Er betonte, dass – im Gegensatz zu manch früheren Erfahrungen – eine fundierte Fachlichkeit die kompetenzorientierte pädagogische Arbeit erleichtere. Allerdings erfordert der „Bologna-Prozess“ völlig neue Anstrengungen etwa im organisatorischen Bereich – z.B. bei der möglichen Auflösung des Stundenplans. Auch ist die Frage zu stellen, inwieweit andere als schulische Leistungen beim Erwerb von „Credit Points“ anerkannt werden können, etwa als „informelle Kompetenzen“.

Die rege Diskussion erbrachte auch Fragen, Zweifel und Widerspruch: Der Unterricht in „Modulen“ führt, so die Befürchtung, zur Vereinzelung, zur Auflösung von Klassenverbänden; Module oder Lernfelder seien zu „kleinschrittig“, die Übersicht gehe verloren. Der Lernfeld-Unterricht sei schwer zu organisieren, es fehlten entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Eine zentrale Frage ist, wie unsere Abschlüsse international einzuordnen sind. Die Richtschnur dafür bildet der „Europäische Qualifikationsrahmen“ (EQR)), nach dem die Abschlüsse – international vergleichbar – eingeordnet werden. Der **EQR** für lebenslanges Lernen ist eine Initiative der Europäischen Union (EU), er soll berufliche Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbarer machen. Bedingt durch die Unterschiede im Ausbildungssystem, müssen wir befürchten, dass die Abschlüsse unserer Schülerinnen und Schüler international unterbewertet sein könnten, etwa durch die Einordnung in die „Niveaustufe 3“ des EQR, während an einem „Technical College“ erworbene Qualifikationen, die möglicherweise für die Berufsausübung von geringerem Wert sind, auf Niveaustufe 5 eingeordnet werden, was erhebliche Auswirkungen auf die Vergütung und die Übertragung von Verantwortung im Arbeitsprozess hat.

Auch auf den wirtschaftspädagogischen Studiengang an der Uni Mainz wirken sich die Veränderuneng des Bologna-Prozesses gravierend aus. Den „Diplom-Handelslehrer“ gibt es jetzt nicht mehr, die Studierenden erwerben den Abschluss eines „Masters of Education“ , der Vorbereitungsdienst wird auf 15 Monate verkürzt, die Zahl der Praktikantinnen und Praktikanten wächst stark an (ohne dass die betreuenden Kolleginnen und Kollegen in den Schulen für die erhebliche Mehrarbeit angemessen entlastet werden).

Zum Schluss stellte Dr. Markus Böhner wichtige Fragen:

- Wie arbeiten wir zukünftig „modulartig“?
- Arbeiten wir hinreichend austauschbar (für die Mobilität der Schülerschaft)?

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rp.de
Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

• Verstehen wir die „Kompetenzorientierung“ hinreichend?
• Sind wir uns über die Funktionen fachlicher Inhalte im Klaren?
• Wie gehen wir mit den neuen Lehrplänen um?
• Können wir informelles Lernen und Lernen am anderen Ort akzeptieren?
• Können wir uns zu regionalen Kompetenzzentren entwickeln?
• Wie gelingt es uns, die Wertigkeit unserer beruflichen Bildung zu erhalten?
• Wie gelingt es uns, die Qualität unserer Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu erhöhen?

Zum Schluss bedankte sich **Gernot Kormann** bei **Dr. Markus Böhner**, dessen „Vortrag“ sich zum regen Meinungsaustausch entwickelte, und beim Hausherrn, **Herrn OSTD W. Herbst**, Schulleiter der BBS Simmern, der auch intensiv an der Diskussion teilnahm.
In seiner anschließenden Bezirksversammlung stellte der Bezirk Koblenz wichtige Weichen für die Landesdelegiertenversammlung des **vlw** am 9. November 2010 im Emmelshausen.

Gisela Wüsten - nach 30jähriger Tätigkeit in der Personalvertretung verabschiedet

Ende Juli dieses Jahres verabschiedete sich **StD Gisela Wüsten**, stellvertretende Landesvorsitzende des **vlw**, aus dem landesweit zuständigen Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier. **Willi Detemple**, Vorsitzender des BPR BBS, würdigte in seiner Ansprache das dreißig Jahre währende Engagement von Frau Wüsten für die Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Personalvertretungen im Bereich der berufsbildenden Schulen, im Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein, im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung in Trier, im Hauptpersonalrat in Mainz und schließlich wieder im Bezirkspersonalrat bei der ADD in Trier.
Ihre Personalratstätigkeit begann im Jahre 1980 mit der Wahl in den Örtlichen Personalrat der BBS Gerolstein; von 1988 bis 1993 war sie Mitglied im Bezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung Trier und im Jahr 1989 übernahm sie zudem als Nachrückerin für **Helga Giebson** den stellvertretenden Vorsitz im Hauptpersonalrat. Diese Aufgabe füllte sie elf Jahre lang aus bis zur Verwaltungsreform im Jahre 2000, die die Auflösung der Bezirksregierungen mit sich brachte und im September 2000 zur Entstehung landesweiter Bezirkspersonalräte im Bereich der Schulen führte. Dorthin wechselte sie aus dem HPR in den neu entstanden Bezirkspersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen bei der ADD in Trier und übernahm dort ebenfalls den stellvertretenden Vorsitz. Gerade die ersten Jahre in diesem neu geschaffenen Gremium, das in seiner Arbeit die gänzlich „unterschiedlichen Kulturen“ von drei Fachreferaten verbinden musste, bedeutete in jeder Hinsicht eine große Herausforderung. Herr Detemple würdigte die Leistung von Frau Wüsten und ihre oft ausgleichende und konstruktive Art beim Finden tragfähiger Kompromisse und Positionen in den sich anschließenden zehn Jahren in diesem Gremium, die entscheidend mit dazu beigetragen habe, dass sich inzwischen ein nun landesweiter Bezirkspersonalrat etabliert hat, der im Bereich der berufsbildenden Schulen Vieles zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen beeinflussen konnte.

Frau Wüsten dankte allen BPR-Kolleginnen und Kollegen, insbesondere dem Vorsitzenden und auch den Gästen aus dem Fachreferat und dem Personalreferat der ADD bei aller Gegensätzlichkeit für das faire und von Toleranz geprägte Miteinander. „Unsere Kolleginnen und Kollegen der berufsbildenden Schulen können sicher sein, sie sind bei diesem Personalrat in den besten Händen! Ihre Anliegen und Interessen werden mit großem Sachverstand und mit hohem Engagement vertreten.“

Gisela Wüsten und Willi Detemple

Landesverordnung zur Fachoberschule – eine Schulform der BBS!

*Auf seiner Sitzung am 27. August 2010 verabschiedete der Landesvorstand des **vlw** folgende Entschließung zum Entwurf der „Landesverordnung über die Fachoberschule“:*

Im Entwurf zur Landesverordnung über die Fachoberschule fällt die Terminologie „Fachoberschule an der Realschule plus“ auf. **Die Fachoberschule ist eine Schulform der Berufsbildenden Schule**. Diese Auffassung wurde im Battis-Gutachten bestätigt.

Die Investitionen, die in naher Zukunft für den Aufbau der neuen Fachoberschulen getätigt werden müssen, **sind zum größten Teil als überflüssig anzusehen**, da die notwendigen Fachräume an den berufsbildenden Schulen schon vorhanden sind, ebenso wie die berufsbezogene Qualifikation der Lehrkräfte.

In der Verordnung ist die Rede von zusätzlichen Kosten pro Klassenraum von 190.440 €, pro Fachraum bis zu 380.880 €. Aus Sicht des Steuerzahlers ist dies in keiner Weise gerechtfertigt, schon vor dem Hintergrund der bald greifenden Schuldenbremse.

Die Fachoberschule wird von einer A14-Lehrkraft mit berufsbezogener Ausbildung geleitet werden, was von uns grundsätzlich begrüßt wird. In Anbetracht eines nach wie vor hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an berufsbildenden Schulen ist jedoch zu fragen, **woher diese Lehrkräfte kommen sollen, da diese an den berufsbildenden Schulen weiterhin dringend benötigt werden**. **Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die Nachwuchsgewinnung an Lehrkräften für berufsbildende Schulen zu verbessern.**

Es ist absehbar, dass eine zentrale Aufgabe des Organisationsleiters der Fachoberschule darin bestehen wird, sich der Kontakte zur Wirtschaft zu bedienen, um die notwendigen Praktikantenstellen zu besorgen. Auch an dieser Stelle wird deutlich, wie die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen als Steigbügelhalter für den Erfolg der Realschule plus missbraucht werden.
Die ministerielle Zuständigkeit für die Fachoberschule muss entsprechend der Zuordnung zur berufsbildenden Schule im Schulgesetz auch bei der Abteilung 4d im Ministerium liegen.
Nach wie vor besteht der vlw darauf, dass der berufsbezogene Unterricht der Fachoberschule an der Realschule plus nur von Lehrkräften mit Lehrbefähigung für berufsbildende Schulen durchgeführt wird.

BBS Donnersbergkreis – Einigungsstelle empfiehlt, Außenstelle in Alsenz nicht einzurichten

In Alsenz sollte, an der „Nordpfalzschule“, eine Außenstelle der BBS Donnersbergkreis eingerichtet werden. Dies wurde von der Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, dem Bezirks- und dem Hauptpersonalrat an BBS einhellig abgelehnt. Dieser Ablehnung schloss sich nunmehr die Einigungsstelle in ihrer Empfehlung an.

In der Außenstelle sollten zukünftig die Klassen der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, zweizügig unterrichtet werden. Hierzu machten die Personalräte geltend, dass die Einrichtung eines vierten Standortes für die BBS Donnersbergkreis nicht sinnvoll sei, da am Standort Rockenhausen genügend Räumlichkeiten für die Unterbringung der beiden Klassen zur Verfügung stünden. Für über 80% der angemeldeten Schülerinnen und Schüler würde der Schulweg nach Alsenz zudem einen erheblich weiteren Schulweg, für die Kolleginnen und Kollegen der Schule der zusätzliche Schulstandort eine weitere Mehrbelastung bedeuten.

Die beiden Vertreter des vlw im Hauptpersonalrat, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz, begrüßen das Votum der Einigungsstelle. „Dies ist im Sinne der Schülerinnen und Schüler, denen weite Wege erspart bleiben, aber auch im Sinne der Unterrichtenden, denen ein vierter Schulstandort zugemutet werden sollte. Es kann nicht angehen, dass die Schulpolitik des Donnersbergkreises auf dem Rücken aller Beteiligten ausgetragen wird“, so Karl-Heinz Fuß. Mit Interesse erwarten alle Betroffenen, wie das Ministerium auf den Spruch der Einigungsstelle reagieren wird.

11/2010 vlw - *kompakt*

vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell - vlw aktuell -vlw aktuell -vlw aktuell -

INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT - INHALT -

- **BBS Donnersbergkreis – Mitbestimmung mit Füßen getreten**
  Ministerin Doris Ahnen missachtet das Votum der Einigungsstelle und ordnet eine weitere Außenstelle in Alsenz an (mehr dazu auf Seite 2)
- **Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden**
  Der Landesvorstand des vlw im Gespräch mit den Ortsvorsitzenden – Ziel ist eine Verbesserung der Kommunikation im Verband (mehr dazu auf Seite 2)
- **vlw und vlbs: Gemeinsame Schulung der Personalräte**
  Zum ersten Mal gemeinsam führten die beiden Verbände Personalräteschulungen in Koblenz und Kaiserslautern durch (mehr dazu auf Seite 2 und 3)
- **Invasion der Praktikanten**
  …. aus der Sicht von Andreas Werra (mehr dazu auf Seite 3 und 4)
- **Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich**
  Verwaltungsgericht in Neustadt fällt interessantes Urteil (mehr dazu auf Seite 4)

- KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL - KURZ UND AKTUELL –

- **Rückgabe der Ansparstunde ab dem Schuljahr 2011/12**
  Hauptpersonalrat fordert vom Ministerium, die Kolleginnen und Kollegen besser zu informieren
- **Situation an den Seminaren weiterhin angespannt**
  Viele Funktions- und Fachleiterstellen sind weiterhin unbesetzt; vlw fordert Ausweitung der Ausbildungskapazitäten
- **Konzept zur Weiterqualifizierung von Lehrkräften für die „Realschule plus“**
  vlw gegen eine Aufweichung der Anforderungen für die Unterrichtstätigkeit an der „Fachoberschule“ – einer Schulform der BBS!
- **Personalrechtliche Zuständigkeit für die „Fachoberschule“**
  Ministerium ordnet an: Eine Schulform der BBS – personalrechtlich zuständig sind die Personalräte der „Realschule plus“
- **Schulbuchausleihe ab dem Schuljahr 2011/12 auch an den BBS**
  vlw befürchtet Verwaltungsaufwand für Schulen und Kolleginnen und Kollegen

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

Alsenz - Mitbestimmung mit Füßen getreten

Ministerin missachtet Votum der Einigungsstelle

So viel hält die Ministerin von der Mitwirkung in Bezirks- und Hauptpersonalrat: im Streit um die Einrichtung einer Außenstelle der BBS Donnersbergkreis an der Grund- und Realschule plus (Nordpfalzschule) in Alsenz zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler der Fachschule Sozialwesen, Fachrichtung Sozialpädagogik, erhielt der Hauptpersonalrat ein schlichtes Schreiben mit folgendem Inhalt:

„….nach Abschluss des personalrechtlichen Beteiligungsverfahrens hält das Ministerium…seine Entscheidung…aufrecht. Es ist veranlasst worden, dass die zuständige Schulaufsicht die für die Einrichtung der Außenstelle erforderlichen Verfahrensschritte umsetzt. Die Einrichtung der Außenstelle erfolgt zum Schuljahr 2011/2012.“

Die Gesamtkonferenz der BBS Donnersbergkreis, der Bezirks- und auch der Hauptpersonalrat hatten dies – mit guten Gründen – abgelehnt. Dieser Argumentation folgte mehrheitlich sogar die Einigungsstelle (unter dem Vorsitz einer neutralen Richterin). Ein entscheidendes Argument war und ist, dass für ca. 80% der Schülerinnen und Schüler der Weg nach Rockenhausen teilweise erheblich kürzer als nach Alsenz wäre.

Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des **vlw** und Mitglied im Hauptpersonalrat: *„Hier ist die schulpolitische Vernunft auf dem Altar des politischen Filzes geopfert worden. Das sture Beharren auf einer weiteren Außenstelle der BBS Donnersbergkreis verursacht Kosten für den Schulträger und Kosten für die Schülerinnen und Schüler, die das Ministerium erst gar nicht gefragt hat. Die Personalräte müssen sich fragen, ob ihre Mitwirkung überhaupt gefragt ist – der Ministerin ist dies wohl egal. Der **vlw** wird sich weiterhin für eine schulpolitisch vernünftige, wohn- und ausbildungsplatznahe Beschulung in Rheinland-Pfalz einsetzen!“*

Landesvorstand sucht Gespräch mit Ortsvorsitzenden

Der Landesvorstand hatte nach Koblenz und Kaiserslautern eingeladen, und viele Ortsvorsitzende waren erschienen: Der Landesvorstand bat um ein „Feedback“ der Basis zum Erscheinungsbild des **vlw** bei seinen Mitgliedern. Themen waren u.a. die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes (sind die Mitteilungen zu lang, können Zusammenfassungen und „Headlines“ hier mehr Klarheit schaffen und noch kompakter informieren?) sowie die stärkere Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen in den Ortsverbänden, um deren Wissen besser für die Arbeit im Landesvorstand und in den Personalräten zu nutzen.

Einig waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Gespräche regelmäßig fortgesetzt werden sollen, um den Informationsfluss in beide Richtungen zu stärken.

„Gerechtigkeit gibt es nicht“

Schulungsveranstaltungen für Mitglieder örtlicher Personalräte in Rheinland-Pfalz

Premiere für **vlw** und vlbs: Zum ersten Mal gemeinsam führten die Verbände Fortbildungsveranstaltungen für die Vorsitzenden örtlicher Personalräte durch. Geleitet wurden die Tagungen in Koblenz und Kaiserslautern von sachkundigen Angehörigen aus Bezirkpersonalrat (Kurt Flöck, **vlw**) und Hauptpersonalrat (Heidi Bonni, vlbs).

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

Helmuth Wolf, Dozent der dbb-Akademie Berlin, referierte über „Rechte und Pflichten der Personalvertretung nach dem Personalvertretungsgesetz RLP“. Nach dem ersten Jahr ihrer Tätigkeit (nach den Personalratswahlen 2009) hatten die Gäste der Veranstaltung viele Fragen an Helmuth Wolf. Unter anderem ging es um

- Die Einstufung von sogen. „PES-Kräften“ – Aushilfskräfte, die für eine bestimmte Zeit zur Senkung des temporären Unterrichtsausfalls an vielen Schulen eingestellt werden;
- Einstellungen von Lehrkräften durch die Schulen („schulscharfe Ausschreibungen“) und die Mitwirkungsrechte des ÖPR;
- Beteiligung beim Arbeitsschutz (Bauschäden, Asbestverseuchung, Lehrergesundheit);
- Ausgestaltung der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Dienststellenleitung und ÖPR;
- Stellung der/des Vorsitzenden des ÖPR im Verhältnis zu den anderen Mitgliedern („Gleicher unter Gleichen“, so Helmuth Wolf);
- Geschäftsverteilung in Personalräten, Vertretungsfragen, Gestaltung und Durchführung von Personalratssitzungen und vieles mehr.

Zum Eingangszitat: Helmuth Wolf zog nicht in Zweifel, dass die Anwesenden Gerechtigkeit anstreben wollten und müssten – doch letztlich werde es die vollkommene Gerechtigkeit nicht geben.

Das große Interesse an beiden Veranstaltungen (insgesamt ca. 80 Teilnehmende) zeigte, dass die Personalvertreterinnen und –vertreter ihre Arbeit sehr ernst nehmen und sich vor Ort einsetzen wollen. Die dafür notwendigen Kompetenzen (!!) – darin waren sich alle einig – sind an den beiden Tagen in Koblenz und Kaiserslautern gestärkt worden. Beide Verbände wollen ihre Zusammenarbeit auf diesem wichtigen Gebiet fortsetzen – dies meinen übereinstimmend die Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß (**vlw**) und Ulrich Brenken (vlbs).

Kurt Flöck, stellv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates BBS, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Kaiserslautern

Die Invasion der Praktikanten

von Andreas Werra, BBS Bingen

„Wir haben hier keine reservierten Plätze im Lehrerzimmer, aber da sitzt einer auf meinem Platz!“ „Wer hat aus meinem Becherchen getrunken?“ „ Und wer hat von meinem Tellerchen gegessen?“ Nein, es geht nicht um Schneewittchen – leider! Vielmehr traten wir kürzlich in unserem Lehrerzimmer nicht mehr nur auf unsere eigenen Füße, sondern auch auf die von Fremden, die für das Gros der Kollegen zunächst nicht als berechtigte Anwesende dieses sakrosankten Raumes und seiner angeschlossenen Kochnische zu erkennen waren. Wer sind also diese neuen Gesichter? Angesichts der Vielzahl, nämlich gleich 15 (in Worten: Fünfzehn), liegt die Vermutung nahe, es könnte sich hier um eine kleine Delegation unserer neuen chinesischen Freunde handeln. Dem widerspricht aber die Beobachtung, dass sie ausnahmslos ohne Essstäbchen über den von einer Kollegin gestifteten Geburtstagskuchen herfallen. Außerdem haben sie nicht die für Chinesen typische Augenform. Letztere ist durch die den Chinesen eigenen Gene bedingt, jawohl! Bekomme ich jetzt wie Sarrazin 1000,- Euro mehr Pension und kann endlich gehen?

Zurück zum Ernst der Lage: Ein Gerücht keimt auf, es könnte sich vielleicht um Praktikanten handeln. Davon hatten wir in der Vergangenheit schon mal den einen oder anderen und die sahen so ähnlich aus. Der gesunde Menschenverstand verwirft diesen Gedanken natürlich spontan, denn wer könnte der wahnwitzigen Idee verfallen, uns, als kleine Schule mit einem Vollzeitkollegium von etwa 60 Lehrern, gleich 15 Praktikanten zu bescheren? Ja, wer wohl? Sinnierend über Genese und Empirie von bereits erlebtem „Wahnwitz“ dämmert es uns: Wir liegen richtig, es sind Praktikanten.

Pillenknick und Lehrerschwemme! Holt uns die Apocalypse der 70er doch noch ein? Während wir noch darüber grübeln, ob wir jetzt lachen oder weinen sollen, erscheint der pädagogische Direktor und bemüht sich, uns die jungen Damen und Herren vorzustellen. Die Pause ist kurz und das Unterfangen bleibt im Ansatz stecken. Immerhin schnappe ich auf, dass wir nun Gastgeber für sieben Orientierungspraktikanten und acht Kandidaten in einem vertiefenden Praktikum sind. Letztere, so erfahre ich später in einer eigens einberufenen Fachkonferenz, werden alle das Vergnügen haben, bei mir und anderen zu hospitieren, zu assistieren und zu unterrichten. Noch bringt mich nichts aus der Ruhe. Besuch im Unterricht ist ja wohl nichts Neues. Schließlich bilden wir ja auch Referendare aus und kürzlich gaben sich auch die Damen und Herren der AQS pausenlos die Klinke zum Klassenraum in die Hand. Während einer meiner praktikumsbetreuenden Kollegen anfragt, ob ich nicht noch ein paar von den orientierenden Praktikanten dazu nehmen möchte, wird mir unsere neue Sprachassistentin vorgestellt, die mich bei einigen meiner Unterrichtsstunden begleiten wird.

Als mich meine spontan zur Reflexion herangezogene Handpuppe fragt, ob ich wohl des Wahnsinns fette Beute sei, zähle ich ihr die Telefonhörer in Wunsiedels Fabrik bei Heinrich Böll vor. Sie nennt mich einen Walter Mitty und ich zwangsverpflichte sie zu drei Hospitationsstunden.

Zum Glück sind meine Klassen es bereits gewohnt, hin und wieder den Raum zu wechseln, denn nun müssen wir auf die Suche nach geeigneten Sälen gehen, in denen die Luft nicht nur für eine komplette Klassenmesszahl voller Schüler, sondern auch für mich und meinen neuen Begleittross zum Atmen langt. Auf dem Weg zum Klassenraum fasse ich für die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen ad hoc mit wenigen Worten zusammen, was man früher als Referendar noch auf ca. 20 Seiten schriftlich in Form einer Unterrichtsplanung dokumentieren musste. Schön, dass man nun mal wieder darüber reden kann und seine Gedanken zu Klasse, Thema, Methodik etc. nicht nur mit sich selber teilen muss. Schön auch der Gedanke, mit ruhigem Gewissen irgendwann mal den Dienst quittieren zu können, da es ja an Lehrernachwuchs nicht zu mangeln scheint. Und beim Fachsimpeln zwischen dem real existierenden und den vermeintlich zukünftigen Kollegen stellt es sich dann heraus: Unsere acht vertiefenden Praktikanten studieren eigentlich für das Lehramt am Gymnasium. Blitzschnell rechne ich mir aus, was passieren wird, wenn sich dies als Trend fortsetzen sollte: In nur wenigen Generationen haben wir uns selbst ausgerottet. Die BBS schafft sich ab. Also, was ist jetzt mit meiner Pension und den 1000,- Euro mehr?

Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze möglich

Dies stellte das Verwaltungsgericht in Neustadt am 16. November fest. Vier Kollegen hatten geklagt, davon einer mit Hilfe des vlw über die dbb-Rechtsvertretung. Das Verwaltungsgericht bestätigte damit die Rechtsauffassung der vlw-Vertreter in Bezirks- und Hauptpersonalrat: Gerade in Anbetracht des weiterhin hohen strukturellen Unterrichtsausfalls an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz müssen die Einstellungen flexibel erfolgen können. Diese Flexibilität hat das Gericht eingefordert.

In der Pressemitteilung des VG Neustadt heißt es dazu:

Das Land Rheinland-Pfalz kann den Antrag von vier Lehrern auf Übernahme in das Beamtenverhältnis nicht mit der Begründung ablehnen, sie überschritten die Höchstaltersgrenze von 45 Jahren für eine Einstellung. Dies entschied die 6. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt am 16. November 2010.

Zwar enthalte das Landesbeamtengesetz mittlerweile eine gesetzlich geregelte Höchstaltersgrenze von 45 Jahren. Diese Altersgrenze gelte nach dem Wortlaut des Gesetzes aber nur grundsätzlich. Näheres sei in den Laufbahnvorschriften zu regeln. Eine wirksame Altersgrenze setze nach Auffassung der Richter damit auch die Regelung von Ausnahmen, z.B. für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten, voraus.

Solche Ausnahmeregelungen enthalte die Laufbahnverordnung derzeit noch nicht. Der Beklagte sei deshalb verpflichtet, über die Anträge der Kläger auf Übernahme in das Beamtenverhältnis trotz Überschreitens der Altersgrenze neu zu entscheiden und dabei die für bis Dezember 2010 angekündigten Ausnahmeregelungen in der Laufbahnverordnung zu berücksichtigen.

Das Gericht hat wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache die Berufung zugelassen.

Verwaltungsgericht Neustadt, Urteile vom 16. November (2010 - 6 K 271/10.NW, 6 K 343/10.NW 6 K 531/10.NW 6 K 842/10.NW)

Dazu Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des vlw: „Das Ministerium hat uns immer wieder aufgefordert, Vorschläge zur Verringerung des Unterrichtsausfalles vorzulegen. Durch die Übernahme ins Beamtenverhältnis wird das Lehramt an BBS attraktiver. In der Folge können mehr dringend benötigte Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden.“

03/2011 vlw—kompakt

KURZ UND AKTUELL

⇒ **Weiterbildungsmaßnahme für Realschule plus-Lehrkräfte** angelaufen—auch an unseren berufsbildenden Schulen.

⇒ **Das Weiterbildungspaket für die Lehrkräfte an BBS im gehobenen Dienst**—Bestandteil des Kompromisses in der Einigungsstelle—lässt nach wie vor auf sich warten.

⇒ **Einigungsstelle gewonnen**—BPR und HPR wachen über ausreichende Qualifikationen von Bewerberinnen und Bewerbern für den Schuldienst.

⇒ **Unterrichtsausfall an BBS weiterhin hoch**—in diesem Schuljahr liegt der strukturelle Unterrichtsausfall bei 5,9%, und damit höher als zu Beginn der Legislaturperiode.

⇒ Nach wie vor **erhebliche Lücken in der Personalversorgung der Studienseminare** in Mainz und Speyer.

⇒ Das neue **Pädagogische Landesinstitut** hat seine Arbeit aufgenommen, der berufsbildende Bereich ist im Institut gut vertreten.

⇒ **Lehrergesundheit**: Über eine Million Euro investiert das Land in die Errichtung des **arbeitsmedizinischen Instituts in Mainz**.

⇒ **Rückgabe der Ansparstunde**: Das ist der Dank des Arbeitgebers für die Mehrarbeit der Lehrkräfte –völlig unzureichende Abgeltungen für diejenigen, die sich für Auszahlung entscheiden, und selbst dann wird der Betrag nicht in einer Summe zurückgezahlt.

INHALT

* **Ministerium rechtfertigt Entscheidung zu Alsenz**
* **vlw bei der Demo in Mainz**
* **Ortverbandstreffen in Koblenz und Alzey**
* **vlw-Landesvorstand an der UNI Mainz**
* **Positionspapier zur BF1**
* **vlw in Koblenz: laufstark!**
* **Bezirk Koblenz: Bezirksvorstand neu gewählt—Gernot Kormann verabschiedet**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wählerinnen und Wähler haben entschieden, und der **vlw** wird in den nächsten Wochen die Auswirkungen dieses Wahlergebnisses für unsere Arbeit sorgfältig diskutieren. Die vergangene Legislaturperiode hat uns – neben nach wie vor völlig unzureichenden Besoldungsanpassungen – ein besonderes „Geschenk“ der Landesregierung gebracht: Die Fachoberschule an der „Realschule plus“ und die nach nunmehr drei Jahren Diskussion immer noch teilweise ungeklärten Fragen der Umsetzung dieser Maßnahme und der nach wie vor ungewissen Auswirkungen auf unsere Schulen. Mitzureden hatten wir nichts, obwohl es sich ja um eine Schulform der berufsbildenden Schule handelt; aktuell sollen wir darüber hinaus noch für die Weiterbildung der Realschule plus – Lehrkräfte sorgen. Dies alles vor dem Hintergrund der Tatsache, dass zum Ende der vergangenen Legislaturperiode der Unterrichtsausfall höher ist als vier Jahre zuvor.

Noch ist nicht abzusehen, welche personellen Veränderungen sich für uns im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ergeben werden. Der Landesvorstand des **vlw** wird sich so bald wie möglich um Gespräche mit den Fraktionen und der Landesregierung bemühen und unsere Forderungen für eine moderne Schul- und Bildungspolitik im Bereich der beruflichen Bildung vortragen:

- Fachoberschulen sollten müssen an den BBS möglich sein;
- Gleiche Chancen für die BBS in einem fairen Wettbewerb mit anderen Schulformen;
- Wertschätzung des Dienstherrn für die Lehrkräfte im Schuldienst des Landes;
- Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die Beamtinnen und Beamten des Landes Rheinland-Pfalz;
- Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes „BBS“ durch Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Studienseminaren;
- Sicherung des Studienganges Wirtschaftspädagogik an der Universität Mainz und endlich die Schaffung von Sicherheit für die Studierenden.

Der Landesvorstand wird Anfang April über diese und andere Fragen der weiteren Ausrichtung des Landesverbandes beraten. Einige dieser Fragen werden in dieser Ausgabe von „**vlw** kompakt“ angesprochen, insbesondere die Weiterentwicklung der Berufsfachschule 1. Auch informieren wir Sie über die vielfältige Arbeit des Verbandes in den Ortsverbänden und Bezirken. Das Positionspapier zur BF1 wurde unter Mitarbeit vieler Ortsverbände erstellt; der Landesvorstand wird auch bei anderen Fragen verstärkt auf die Erfahrung der Mitglieder zurückgreifen. Dazu bitten wir auch weiterhin um Ihre Mitarbeit in den Ortsverbänden.

Ihr Karl-Heinz Fuß

Fachschule Alsenz als Außenstelle der BBS Donnersbergkreis:

*Der Pressesprecher des Ministeriums, Wolf-Jürgen Karle, hat um den Abdruck einer Stellungnahme des Ministeriums zu unserem Artikel „Mitbestimmung mit Füßen getreten“ aus „vlw kompakt“ 11/2010 gebeten. Diesem Wunsch kommen wir an dieser Stelle gerne nach. Im Übrigen bleibt der **vlw** bei seiner Darstellung. Aktuell hat es die Ministerin nicht einmal für nötig erachtet, ihre Entscheidung gegen den Willen der Personalvertretungen und der Einigungsstelle dem Hauptpersonalrat gegenüber zu begründen.*

Alsenz—Stellungnahme des MBWJK:

Ministerium weist vlw-Kritik entschieden zurück

„Die vom **vlw**-Landesvorsitzenden formulierte Kritik an der Entscheidung über die Einrichtung einer Fachschule für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in Alsenz ist von den Inhalten her unzutreffend und von den Formulierungen her indiskutabel. Für die Entscheidung gab es ausschließlich sachliche Gründe, die auch vom Schulträger der BBS Donnersbergkreis überzeugend vorgetragen worden sind. Alle anderslautenden Unterstellungen weisen wir ebenso entschieden zurück wie den Vorwurf, die Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung würden von der Ministeriumsspitze missachtet.“ Das unterstrich Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß in Reaktion auf den Artikel in vlw-kompakt 11/2010 unter der Überschrift „Alsenz – Mitbestimmung mit Füßen getreten“. Richtig sei, dass Landkreis und Landesregierung angesichts des großen Bedarfs an beruflichen Nachwuchskräften für die Kindertagesstätten eine zusätzliche Ausbildungsstätte für angehende Erzieherinnen und Erzieher im Donnersbergkreis ansiedeln wollten. Richtig sei zudem, dass der Standort Alsenz die dafür nötigen Räumlichkeiten und zudem auch noch eventuelle Erweiterungsmöglichkeiten in den folgenden Jahre biete. „In einer gründlichen Abwägung dieser Argumente gegen die von den Personalvertretungen vorgebrachte ablehnende Argumentation hat sich Bildungsministerin Ahnen für die Einrichtung der Fachschule in einer BBS-Außenstelle in Alsenz und gegen das 4:3-Votum der Einigungsstelle entschieden“, hielt Vera Reiß fest.

Kampf um angemessene Entlohnung—vlw und dbb bei der Demonstration in Mainz

vlw zeigt Präsenz

Am 2. März kämpfte auch der **vlw** für eine angemessene Erhöhung unserer Vergütungen ; bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren zwar Absichtserklärungen, aber noch keine Beschlüsse zur Übernahme des Verhandlungsergebnisses für die Beamtinnen und Beamten zu vermelden.

Der **vlw-OV-Koblenz** hatte am 24.1.2011, zum Kaffeeklatsch und zur Verabschiedung dreier Verbandsmitglieder eingeladen. Unter großer Beteiligung der Mitglieder wurden die drei Kollegen aus dem aktiven Schuldienst entlassen. Ein „Ehemaliger“ konnte die „jungen“ Kollegen insofern beruhigen, dass das Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst auch seine Vorzüge habe. Im Rahmen der Verabschiedung war noch genügend Zeit, um bei einem Glas Sekt Gespräche zu führen.

Jürgen Kettner (2.v.l.) bei der Verabschiedung von (v.l.n.r.) Günther Roj, Claus-Dieter Silbereisen und Thomas Enders

vlw-Ortsverband Alzey: Mehr Transparenz schaffen

„Welche Auswirkungen werden die rückläufigen Schülerzahlen haben?“ lautete eine der Fragen, die beim Ortsverbandtreffen an der BBS Alzey intensiv diskutiert wurde: oder „Entsteht womöglich eine Fachoberschule an der Realschule plus in Alzey?“ Besonderes Interesse

weckte auch die Umsetzung des Schulversuchs EQuL an der BBS Alzey. Hierbei wurde deutlich, dass von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen mehr Transparenz und mehr Beteiligung gewünscht wird. Am Schluss der Versammlung standen die Aktivitäten des vlw im Mittelpunkt. Von den beteiligten Kolleginnen und Kollegen wurde die Möglichkeit zum Gedankenaustausch sehr geschätzt, so dass es bald schon eine Folgeveranstaltung geben soll.

Zum Meinungsaustausch trafen sich **Karl-Heinz Fuß, Bernd Zinßius und Michael Lutz** vom Landesvorstand mit **Professor Dr. Klaus Breuer** vom **Lehrstuhl Wirtschaftspädagogik an der Uni Mainz**. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Fragen der Weiterentwicklung des Studienganges, insbesondere die Sorgen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses

v.l.n.r.: K.H.Fuß, B.Zinßius, Prof. Breuer

und die Implementierung des Studiengangs „Master of Education“. Professor Dr. Breuer wird in naher Zukunft ein Forschungssemester in den USA verbringen — der **vlw** wünscht gute Reise und eine erfolgreiche Arbeit!

vlw-Landesvorstand zur Berufsfachschule 1

Der **vlw** hat die Strukturreform der BF seit 2004 kritisch begleitet. Die Erfahrung mit dieser Strukturreform und die durch die Einführung der Realschule Plus zu erwartenden Veränderungen machen es notwendig, die BF1 in Teilbereichen neu auszurichten. Längst bekannte und neu entstehende Probleme müssen in Angriff genommen werden, damit die Ziele dieses Bildungsgangs erreicht werden. Die Berufsfachschüler dürfen nicht gegenüber Absolventen der Allgemeinbildenden Schulen benachteiligt werden.

Die Schülerinnen und Schüler der BF1 sollen, aufbauend auf der Berufsreife (dem Hauptschulabschluss), eine berufliche Grundbildung erhalten. Darüber hinaus haben sie die Chance, bei entsprechendem Notendurchschnitt die BF2 zu besuchen und den qualifizierten Sekundarabschluss 1 zu erwerben. Dies hat zur Folge, dass der qualifizierte Sekundarabschluss 1 ein Jahr später erreicht wird als an der Realschule Plus, allerdings verbunden mit einer **beruflichen Grundbildung**, die evtl. die Suche nach einer Ausbildungsstelle erleichtert. Die Verzögerung um ein Jahr macht, rein abschlusstechnisch gesehen, den Bildungsgang für leistungsfähige Schülerinnen und Schüler eher unattraktiv. Sie werden auf der Herkunftsschule bleiben (die auch ein Interesse daran hat, diese Schülergruppe zu halten) bzw. sie suchen sich sofort einen Ausbildungsplatz. Dies wird bei dem aktuellen Fachkräftemangel insgesamt leichter fallen. Es besteht also die Gefahr, dass die besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler nicht mehr zur BF1 kommen. Diese heute schon zu beobachtende Tendenz wird durch die Realschule plus noch verstärkt.

Neben Schülerinnen und Schülern mit positivem Lernverhalten werden in Zukunft also vermehrt Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf in diesen Klassen anzutreffen sein.

Um den Schülerinnen und Schülern in dieser Situation gerecht werden zu können und ihnen zu helfen, sich im Leben, insbesondere im Arbeitsleben, zurecht zu finden, sind u.E. folgende Schritte nötig:

- Benennung des Abschlusses der Berufsfachschule 1 durch einen einprägsamen Begriff, der einen „Mehrwert“ gegenüber dem bereits vorhandenen Hauptschulabschluss deutlich macht. Wir schlagen die Bezeichnung **Qualifizierte Berufsreife** vor.
- **Reduzierung der Klassengröße** mittelfristig auf maximal 16 Schülerinnen und Schüler. Größere Gruppen müssen im Fachpraxisunterricht ohnehin geteilt werden, was zusätzlich Unruhe in diese Klassen bringt. So erreicht man eine einheitliche Gruppengröße in allen Fächern.
- **Bereitstellung von Lehrerstunden** für besondere pädagogische Arbeit. Es kann nicht sein, dass die Umsetzung verbesserter pädagogischer Konzepte, z.B. die Einführung eines Trainingsraums, nur möglich wird durch umfangreiche zusätzliche unbezahlte Arbeitszeit der Lehrkräfte.
- **Einführung einer Klassenleiterstunde**, in der der Klassenleiter organisatorische, pädagogische und gruppendynamische Angelegenheiten mit der Klasse regeln kann, ohne dass sein Unterrichtsfach darunter leidet. Diese Klassenleiterstunde gibt es bereits an der Realschule Plus; eine Benachteiligung unserer Schülerinnen und Schüler ist nicht nachvollziehbar. Darüber hinaus müssen Klassenleiter mehr Zeit für die individualpädagogische Betreuung und Förderung ihrer Schüler erhalten und durch Stundenanrechnungen außerhalb der 3/6 – Pauschale entlastet werden.
- **Bereitstellung von Lehrerstunden für team teaching.**
- **Verstärkung der Schulsozialarbeit**, evtl. durch weitere Landeszuschüsse für die von den Kommunen eingestellten Schulsozialarbeiterinnen und –sozialarbeiter.
- **Ausweitung des Fortbildungsangebotes** für Lehrkräfte in Berufs- und Förderpädagogik.
- **Anbindung** zumindest der BF1/BF2 – Schüler **an das Ganztagsschulprogramm** mit den dazu erforderlichen Einrichtungen wie Mensa und Bibliothek.
- **Intensivierung des Sportunterrichts und weiterer Angebote** (Theater, Foto…) als echte AGs, die auf das Deputat der Lehrer angerechnet werden.

Es ist uns bewusst, dass diese Maßnahmen Geld kosten. Ein Teil dieser Mittel wird jedoch durch den demographischen Wandel, also zurückgehende Schülerzahlen, erwirtschaftet werden. Außerdem werden, wenn wir diese Schülergruppe vernachlässigen, später an anderer Stelle um so mehr Mittel erforderlich sein, um sie in die Gesellschaft zu integrieren, sei es über Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur, sei es durch Hartz IV oder in der Kriminalitätsbekämpfung. Diese Umwege sind teurer und führen eher zu menschlichen Tragödien als eine frühe Unterstützung in der Schule. Wir erwarten, dass die Landesregierung diese Unterstützung durch ein Schwerpunktprogramm leistet.

Zusätzlich halten wir folgende organisatorische und inhaltliche Maßnahmen für sinnvoll und geboten:

- **Erhöhung des Praxisanteils und der Berufsorientierung**, in kaufmännischen Klassen durch Lernbüros oder Übungsfirmen, und ein verbindliches betriebliches Praktikum. Fortsetzung des Berufswahlportfolios der abgebenden Schulen.

- **Selbständigkeit der Schulen** zur Gestaltung von Projekten wie z.B. Kompetenzwerkstatt, Methodentraining etc. als Blockprojekte.
- **Entfrachtung bzw. Flexibilisierung der Lehrpläne**, damit genügend Zeit für die Realisierung solcher Projekte zur Verfügung steht, und sie nicht zu Lasten der Lehrplanerfüllung gehen.
- Mehr **schulrechtlich abgesicherte Kompetenzen** für die Klassenkonferenz beim Beschließen pädagogischer Maßnahmen.
- Die **Zusammenfassung** von verschiedenartigen Lernbereichen **zum Konglomerat „Berufsbezogener Unterricht" ist pädagogisch unsinnig**. Im kaufmännischen Bereich umfasst er u.a. betriebswirtschaftliche Grundlagen, Arbeits- und Vertragsrecht, Marketing und Rechnungswesen. Einzelleistungen gehen in einer Vielzahl anderer Leistungsfeststellungen unter; die Gesamtnote nivelliert alle Extreme. Die Motivationswirkung guter Noten wird gedämpft. Darüber hinaus können potentielle Arbeitgeber aus dieser Note besondere Stärken nicht erkennen, das Zeugnis verliert an Aussagewert. Die 480 Stunden BBU ergeben im Zeugnis eine einzige Note, so wie z.B. 80 Stunden Deutsch oder 40 Stunden Sozialkunde. Wir Lehrer sollen und wollen die Schülerinnen und Schüler individuell fördern. Das individuelle Leistungsprofil wird durch die Gesamtnote BBU jedoch vernebelt. Darin sehen wir einen beachtlichen Widerspruch.
- Die Anforderungen an den Notendurchschnitt beim **Übergang zur BF2** sollen u.E. erhalten bleiben, um Leistungsanreize zu schaffen und um den BF2-Abschluss auf dem Arbeitsmarkt zu einem Qualitätsmerkmal zu machen, so wie es der Begriff „Handelsschule" war. Deshalb sollen im Förderunterricht auch gezielt **Angebote für besonders leistungsstarke Schüler und Schülerinnen** gemacht werden.
- Es ist zu prüfen, ob für Schülerinnen und Schüler, die ihre Neigungen nach dem Erwerb der Berufsreife noch nicht richtig beurteilen können, eine Orientierungsphase angeboten werden kann, in dem sie die verschiedenen möglichen BF1-Schwerpunkte kennen lernen. Diese **Orientierungsphase sollte während des letzten Unterrichtsjahrs der abgebenden Schule** erfolgen.

Das Positionspapier wurde vom vlw-Landesvorstand unter der Federführung von Mechthild Antony-Hatzfeld und der kompetenten Mithilfe von Rita Fries (BBS Bingen) erstellt. Die Ortsverbände des vlw wurden in den Arbeitsprozess einbezogen. Wir bedanken uns für die zahlreichen Anregungen und Ergänzungen!

Beim vlw-OV-Koblenz läufts!

Der **vlw**-Ortsverband Koblenz hat im September 2010 zum Stadtlauf in Polch mit Kaffee und Kuchen eingeladen. Unter Leitung des Sportlehrer-Kollegen Roland Geyer erfolgte ein zweimonatiges Vorbereitungstraining mit Gymnastik, Walking und Läufen. In Polch nahmen die Kolleginnen und Kollegen, teilweise mit Kindern, an einem 5 und einem 10 KM-Volkslauf teil.

In diesem Jahr wird der **vlw** voraussichtlich wieder am Stadtlauf in Polch am 25. September 2011 teilnehmen und somit das Gesundheitsmanagement der Lehrkräfte an den BBSn aktiv unterstützen.

„Das Schiff des Bezirks gut gesteuert" - Gernot Kormann als Bezirksvorsitzender verabschiedet—Kurt Flöck neuer Bezirksvorsitzender in Koblenz

Gernot Kormann, seit 1998 Vorsitzender des Bezirks Koblenz, wird zum Ende dieses Schuljahres 2010/11 den Schuldienst verlassen. Aus diesem Grund legte er in der Bezirksversammlung, die am 22. März an der BBS Koblenz-Wirtschaft stattfand, sein Amt nieder. **Gernot Kormann** hinterlässt ein geordnetes Haus, dies ergaben nicht zuletzt der Bericht der Revisoren und das einstimmige Votum der Anwesenden zur Entlastung des Vorstands. Typisch für ihn auch sein Bericht: Statt über die Arbeit der letzten 13 Jahre zu berichten, und da gäbe es vieles zu erwähnen, gab er einen Überblick über die aktuellen Probleme für die Kolleginnen und Kollegen, die er als langjähriges Mitglied des Bezirkspersonalrates bestens einschätzen kann. Zu seinem Nachfolger als Bezirksvorsitzender wurde **Kurt Flöck**, BBS Wissen und stellv. Vorsitzender des Bezirkspersonalrates, gewählt; die Versammlung wählte **Dirk Mettler** (BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) und **Bernd Schneider** (BBS Montabaur) zu stellv. Vorsitzenden, **Dietmar Schmitt** (BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) zum Kassenwart und **Björn Hornburg** (BBS Wissen) zum Schriftführer. Der neue Bezirksvorsitzende bedankte sich bei **Gernot Kormann** für dessen erfolgreiche Tätigkeit: „Sie haben in Ihrer Zeit als Vorsitzender das Schiff des Bezirks Koblenz gut gesteuert". Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** schloss sich dem Dank an und überbrachte die guten Wünsche des Landesvorstands an den neuen Bezirksvorstand. Alle Anwesenden wünschten **Gernot Kormann** eine gute Zeit im „Ruhestand", Glück und Gesundheit sowie dem neuen Vorsitzenden **Kurt Flöck** eine erfolgreiche Arbeit.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender—Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de—Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

06/2011 vlw—kompakt

INHALT

⇒ **vlw wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen**

⇒ **Entwicklung der Schüler– und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt**

⇒ **OV Koblenz: Neuer Vorstand gewählt**

⇒ **Fortbildungen Mathematik**

⇒ **dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst**

⇒ **Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS**

Veranstaltungen des vlw:

Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule

Am **1. September 2011** beabsichtigt der **vlw** einen **Erfahrungsaustausch für die Höhere Berufsfachschule** an der Berufsbildenden Schule Bingen anzubieten.

Inhaltliche Schwerpunkte an diesem Tag könnten unter anderem sein: Prüfungsorganisation, Fachhochschulreife/ Qualifizierungspass, berufsbezogener Unterricht allgemein, Praktikum, Projektmanagement.

Personalräteschulung Ende August 2011

Der **vlw** lädt die örtlichen Personalräte am **23.08.2011 (in Kaiserslautern) und 25.08.2011 (in Welling)** zu jeweils einer eintägigen Fortbildungsveranstaltung ein.

Themen sind unter anderem die „**Einführung in das PES-Portal (Aufbau und Funktionsweise) am Beispiel einer Modellschule**“ und relevante Änderungen **im novellierten Landespersonalvertretungsgesetz**. Darüber hinaus wird über aktuelle Themen und Fragen informiert.

Klausurtagung des Landesvorstandes

Am 01. und 02. April 2011 tagte der **vlw**-Landesvorstand in Gerolstein. Im Rahmen der Tagung wurden künftige Ziele und Aktivitäten des Landesverbandes vereinbart.

Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** verabschiedete **Gernot Kormann** mit Worten der Anerkennung und des Dankes für das langjährige Engagement aus dem Landesvorstand. **Gernot Kormann**, der zum Ende des Schuljahres in Pension geht, trat 1991 als Schriftleiter der Wirtschaftsschule in den Landesvorstand ein. Seit dem Jahr 1998 war er in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Koblenz bis Ende März 2011 Mitglied des **vlw**-Landesvorstandes. Ab 2004 war er als Vertreter des **vlw**-Landesverbandes Rheinland-Pfalz auch Mitglied im Bundesausschuss „Recht und Besoldung“. Zeitweise betreute er zusätzlich den **vlw**-Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ in kommissarischer Funktion.

KURZ UND AKTUELL

⇒ **Neue Landesregierung startet wie gehabt—Einsparungen im Öffentlichen Dienst.**

⇒ **Schulen werden drangsaliert—Druck vom Ministerium wg. Vertretungsunterricht.**

⇒ **Praktikantenschwemme und Reform der Reform: Vorbereitungsdienst erst auf 15 Monate verkürzt, nun auf 18 Monate verlängert.**

⇒ **Landesregierung prognostiziert Rückgang der Schülerzahlen—aber kaum Nutzung des demographischen Wandels für eine Steigerung der Unterrichtsqualität.**

⇒ **Schulbuchausleihe: Ministerium sieht kaum Probleme, Schulen beklagen hohen Verwaltungsaufwand.**

25. Mai 2011 – vlw zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Kurt Beck:

vlw wendet sich vehement gegen Einschnitte zu Lasten der Lehrkräfte und fordert die Stärkung berufsbildender Schulen

Der **vlw**-Rheinland-Pfalz zeigt sich empört über die geplanten Sparmaßnahmen, die von der neuen Landesregierung angekündigt wurden. Wieder einmal sollen die Beschäftigten an unseren Schulen für die klamme Haushaltslage herhalten und Einschnitte bei der Besoldungsentwicklung, Familienzuschlägen, Beihilfeleistungen und Reisekosten hinnehmen. Selbst die Zuschüsse zu den vermögenswirksamen Leistungen sollen auf den Prüfstand. Wie skrupellos muss eine Landesregierung sein, dass sie in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs beim Personal den Rotstift derart radikal ansetzt. Vielmehr sollten die Verantwortlichen zukunftsorientiert denken, denn unser Land braucht weiterhin einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Lehrkräfte für unsere berufsbildenden Schulen können nur mit attraktiven Gehältern und Rahmenbedingungen gewonnen werden. Junge Menschen, die sich für unseren Beruf entscheiden, kann man nicht allein mit weichen Faktoren wie Arbeitsplatzsicherheit locken. Vielmehr wird Wertschätzung erwartet, die sich in angemessener Besoldung und adäquaten Rahmenbedingungen an unseren Schulen niederschlägt.

Tatsächlich ist aber zu befürchten, dass die erhofften Effekte der demographischen Rendite verpuffen. **Schülerinnen und Schüler, die heute unser berufliches Bildungssystem durchlaufen, sind unsere Zukunft!!!** Wir halten es für falsch, Lehrerstellen einzusparen. Was wir brauchen, sind zusätzliche Lehrkräfte, um den Unterrichtsausfall abzubauen und entsprechende Wahl- und Förderangebote vorhalten zu können. **Eine Reform der PauSe-Faktoren, damit sich durchgängig kleinere Klassen realisieren lassen, ist längst überfällig!!!**

Was nützt uns die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Erklärung zu einer Image-Kampagne für Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen, wenn auf der anderen Seite den berufsbildenden Schulen durch Erleichterungen zur Gründung von Gesamtschulen und durch flächendeckende Genehmigung von Fachoberschulen an den „Realschulen plus“ die Schüler abgegraben werden.

Berufliche Bildung ist als Nahtstelle zum Übergang in den Beruf unverzichtbar. Ohne entsprechende Angebote vor Ort wird es für die ansässige Wirtschaft schwer werden, Fachkräfte-Nachwuchs auszubilden bzw. zu gewinnen. **Der vlw fordert deshalb die konsequente Stärkung der beruflichen Bildung durch Maßnahmen zur Personalgewinnung und die Stärkung der berufsbildenden Schulen.**

Quo vadis Berufsbildende Schulen – wohin führt der Weg?

Entwicklung der Schüler– und Klassenzahlen in den BBS RLP vorgestellt

Und die Hoffnung stirbt zuletzt: Seit Jahren droht der „demographische Wandel“, und seit Jahren schleicht sie sich an: Die Drohung, dass es bald auch im Bereich der Berufsbildenden Schulen keine Arbeitsplätze für gut und teuer ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer geben könnte. Allerdings auch die Hoffnung darauf, den demographischen Wandel nutzen zu können für die Bildung kleinerer Klassen, eine bessere individuelle Förderung schwieriger Schülerinnen und Schüler, die Sicherung eines ausreichenden Bildungsangebotes auch in strukturell schwierigen oder ländlichen Regionen.

Die Schülerzahlen der Berufsbildenden Schulen werden auf der Basis des Übergangsverhaltens der Schulabgänger der allgemeinbildenden Schulen vorausberechnet. Der Zugang zu den berufsbildenden Schulen wird darüber hinaus in besonderer Weise von der Arbeitsmarkt- und Lehrstellensituation bestimmt. Vorausberechnungen sind daher bei diesen Schulen nicht mit der gleichen Sicherheit wie bei den allgemeinbildenden Schulen möglich. Für Rheinland-Pfalz kommt in diesem Jahr ein Faktor hinzu, dessen Auswirkungen noch gar nicht eingeschätzt werden können: Die Eröffnung eines neuen Bildungsganges der Berufsbildenden Schule an einer allgemeinbildenden Schule (es ist so, wie es klingt): Die „Fachoberschule an der Realschule plus“. Zu guter Letzt bedeutet die Rückgabe der Ansparstunde eine Größenordnung von – in diesem Jahr – zu besetzenden rund 177 Stellen. Vor diesem Hintergrund legte das Ministerium die folgende Prognose für die Schülerzahlen an den Berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 2011/12 vor:

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen des Landes Rheinland-Pfalz wird der Prognose zufolge von **119.579 (Schuljahr 10/11) auf rund 116.000 sinken (-3.579/ - 3%). Dies bedeutet einen Rückgang um 159 Klassen, 60 davon im Vollzeit- und 99 Klassen im Teilzeitbereich**.

In einer Mitteilung des „Deutschen Industrie– und Handelskammertages“ heißt es dagegen: „…Die April-Zahlen markieren einen fulminanten Start ins Ausbildungsjahr 2011…“. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden bis Ende April 2011 in Westdeutschland **11% mehr Ausbildungsverträge** als im Vorjahr registriert.

Die Landesregierung hat die Hoffnungen auf eine Nutzung des „demographische Wandels“ ja schon erheblich gedämpft; bei einem Unterrichtsausfall von immerhin noch 5,9 % an den Berufsbildenden Schulen des Landes im Schuljahr 2010/11 kann man jedenfalls noch nicht von einer Umkehr des Trends sprechen. Und um Lösungen für die Bewältigung der Probleme der Unterrichtsversorgung in den ländlichen Regionen kommt die Ministerin nicht herum. Die Diskussionen in der Region Mainz-Bingen um die Zukunft der BBS Mainz II, der BBS Ingelheim und der BBS Bingen zeigen beispielhaft auf, wie schwierig sich dieser Prozess noch gestalten wird. Die Kolleginnen und Kollegen in den Berufsbildenden Schulen des Landes werden sich vernünftigen Lösungen nicht verschließen. Dies darf aber nicht zu einseitigen Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer führen, wie schon der Vergangenheit und leider wohl auch in der Zukunft.

Michael Lutz

Ortsverband Koblenz: Neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Ortsverband Koblenz neu: **Jürgen Kettner** wurde als Ortsverbandsvorsitzender bestätigt, als stellvertretende Vorsitzende wurden **Ilona Meuth-Bach** und **Jens Spornitz** bestimmt.

Der Bezirksvorsitzende **Kurt Flöck** stand zum Informationsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung. Es wurde über aktuelle Entwicklungen, z. B. Flexibilisierung der Rückzahlung der Ansparstunde, Besoldungsentwicklung usw. gesprochen.

Pädagogisches Landesinstitut: Fortbildungen Mathematik

Im Hauptpersonalrat wurde das Fortbildungsprogramm des Pädagogischen Landesinstituts (PL) für das kommende Schuljahr beraten. Als besonders bemerkenswerte Ankündigung wurde ein Weiterbildungskurs Mathematik genannt, der mit der Unterrichtserlaubnis für das Fach Mathematik abschließt. Das Angebot richtet sich an Kolleginnen und Kollegen, die daran interessiert sind, zusätzlich das Fach Mathematik zu unterrichten. „Dies ist eine gute Möglichkeit, die angespannte Unterrichtsversorgung im Bereich Mathematik zu verbessern und gleichzeitig die Einsatzmöglichkeiten für unsere Kolleginnen/Kollegen zu erweitern,“ so Karl-Heinz Fuß, Mitglied des HPR.

dbb Rheinland-Pfalz gegen angekündigte Einschnitte im öffentlichen Dienst

Landesvorsitzende Lilli Lenz: "Plötzlich gelten gemachte Zusagen nicht mehr“

Der **dbb Rheinland-Pfalz** lehnt die von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) und der designierten Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) angekündigten Einsparungen zu Lasten des Personals im öffentlichen Landesdienst entschieden ab. Die Gewerkschaft sieht ihre Befürchtungen bestätigt, wonach die sozial-ökologische Koalition ihren Sparwillen einfallslos und einseitig zu Lasten des öffentlichen Dienstes kanalisiert. Eigene Warnungen vor "Sparwut mit Rasenmähermethodik" im Zusammenhang mit der Landtagswahl betrachtet der Beamtenbund als berechtigt. Erneut weist die gewerkschaftliche Spitzenorganisation darauf hin, dass die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ihren Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts schon längst erbracht haben. Über 40 Einschnitte seit 1997 haben sie bereits geschultert.

Dbb-Landeschefin Lilli Lenz kommentierte die Verlautbarungen um den Inhalt der Koalitionsvereinbarung am Abend des 02. Mai 2011 in Mainz: "Mit Spannung ist das Ende der Koalitionsverhandlungen erwartet worden, und was kommt heraus? Ein pauschaler Sparhammer unter dem Feigenblatt der Schuldenbremse - ohne vorherige Aufgabenkritik und zu Lasten der Beschäftigten. Erst macht die unverständliche Schleifung des Oberlandesgerichts Koblenz sowie einer von zwei Generalstaatsanwaltschaften die Runde. Und dann lassen die Koalitionäre eine weitere Katze aus dem Sack: Wie befürchtet, wird mal wieder der Schröpfkopf beim öffentlichen Dienst angesetzt. Der ohnehin angesichts ständig wachsender Aufgaben knappe Personalbestand soll weiter schrumpfen. Plötzlich wendet sich die SPD um 180 Grad und befürwortet außerdem einen späteren Ruhestandseintritt, obwohl sie das vor der Landtagswahl weit von sich wies. Kein Wunder, dass sich gerade ältere Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizbereich nun arg verschaukelt fühlen. Unsicherheit und demotivierende Zukunftsängste gehen schon verstärkt um. In Bezug auf den Landesdienst ein wirklich missglückter Start von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz." Die Koalitionsparteien haben am Montag die Basis ihrer künftigen Regierungsarbeit vorgelegt und dabei Einsparungen beim Landespersonal angekündigt. Unter anderem ist eine Erhöhung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze der Beamtinnen und Beamten um zwei Jahre auf das vollendete 67. Lebensjahr geplant. Dabei gibt es im Landesdienst für Beamte die Möglichkeit, in Jahresschritten den Ruhestandseintritt auf Antrag bis zum 68. Geburtstag hinauszuschieben. Das erachtete die bisherige Landesregierung stets als ausreichende Maßnahme.

Richtlinie zur Schullaufbahnberatung – vlw fordert Ressourcen für die BBS

Der **vlw** begrüßt ausdrücklich die zurzeit in der Anhörung befindliche Richtlinie zur Schullaufbahnberatung, denn sie erfüllt eine wesentliche Forderung des **vlw**, Schülerinnen und Schüler und deren Sorgeberechtigte rechtzeitig und ausführlich über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu informieren. Erst dann, wenn die Möglichkeiten an unseren BBSn bei den Menschen bekannt sind, können die entsprechenden Schullaufbahnentscheidungen getroffen werden. Die Beratung, die ab der 8. Klasse systematisch durchzuführen ist, betrifft Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildenden Schularten, d.h. die Gymnasien genauso wie Förderschulen, Realschulen und Integrierte Gesamtschulen und auch die berufsbildenden Schulen.

Die Richtlinie manifestiert das Recht der Schülerinnen und Schüler auf umfassende Information. Nun geht es darum, diese mit Leben zu füllen. Die Schulen sind angehalten, Netzwerke zu bilden, so dass beispielsweise für jede allgemeinbildende Schule ein Ansprechpartner aus einer berufsbildenden Schule zur Verfügung steht. Um auf das umfassende Bildungsangebot an den BBSn aufmerksam zu machen, müssen wir die Gelegenheit bekommen, uns an den abgebenden Schulen vorzustellen und vor Ort zu informieren. Dies ist jedoch ein Kraftakt, den wir zusätzlich stemmen müssen. Einfach so nebenher lässt sich eine solche Aufgabe nicht erfüllen. Aufgrund der Komplexität des beruflichen Bildungssystems warnen wir davor, die Beratung allein von den Kolleginnen und Kollegen der abgebenden Schulen durchführen zu lassen. Vielmehr müssen die Schülerinnen und Schüler mit authentischen Informationen aus erster Hand versorgt werden. Aufgrund der Vielzahl abgebender Schulen geht dies jedoch nur, wenn unsere Schulen die entsprechenden Ressourcen für diese Aufgabe bekommen.

Der vlw fordert deshalb Ressourcen für die berufsbildenden Schulen zur Schullaufbahnberatung an abgebenden Schulen. Dies ist einerseits erforderlich, um Nachteile im Konkurrenzgefüge zwischen der berufsbildenden Schule und den allgemeinbildenden Schulen zu kompensieren, andererseits aber noch wesentlich gewichtiger, um den Schülerinnen und Schülern sowie deren Sorgeberechtigten ein Optimum an Information und Beratung zukommen zu lassen.

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender—Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de—Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

09/2011 vlw—kompakt

KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Fachoberschulen an 12 Standorten gestartet—im nächsten Jahr folgen weitere sieben**
- ⇒ **Neue Grausamkeiten im „Dienstrechtsänderungsgesetz“**
- ⇒ **Protestveranstaltung am 3 November in Mainz**
- ⇒ **Neues Modell der Schulleitungspauschale angedacht**
- ⇒ **Neuer Vorbereitungsdienst „VD 18“ wird geplant—Artikel folgt im nächsten „vlw kompakt“**

INHALT

- ⇒ **Aufruf zur Demonstration**
- ⇒ **Dienstrechtsänderungsgesetz**
- ⇒ **ÖPR-Schulungen des vlw**

Erfahrungsaustausch über die Höhere Berufsfachschule

Am 1. September hatte der **vLw** zu einem Erfahrungsaustausch über die Höhere Berufsfachschule an die BBS Bingen eingeladen. Die Teilnehmerzahl ließ erkennen, dass diese Thematik an vielen Schulen noch immer unter den Nägeln brennt. Fast dreißig Kolleginnen und Kollegen – aus nahezu allen Regionen von Rheinland-Pfalz - folgten der Einladung. Unter der Leitung der Binger Kollegen Tobias Blawath, Bernhard Bohrer, Benjamin Knab, Eva Pertgen und Gerd Stefan wurde eifrig über die Themen Berufsbezogener Unterricht, Praktikum, Projektmanagement, Projektarbeit und organisatorisch-rechtliche Fragen diskutiert. In allen Gruppen kam es zu einem regen Gedankenaustausch, da viele Dinge an den einzelnen Schulen unterschiedlich geregelt werden.

Abschließend waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin einig, dass solche Veranstaltungen viel häufiger angeboten werden sollten. Dieser Hinweis ging auch an Frau Regine Ebermann, die als Vertreterin des Pädagogischen Landesinstitutes, an diesem Tag ebenfalls anwesend war.

Das Team der BBS Bingen: v.l.n.r. **Eva Pertgen, Bernhard Bohrer, Benjamin Knab, Gerd Stefan, Tobias Blawath**

Jetzt reicht’s – VLW ruft Kolleginnen und Kollegen zur Demonstration am 3.11.2011

Der rheinland-pfälzische Landtag berät zurzeit über ein Dienstrechtsänderungsgesetz, das erhebliche Einschnitte für unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen zur Folge hat. So sollen wir uns unter dem Vorwand der Schuldenbremse 5 lange Jahre mit lediglich 1% Gehaltssteigerung pro Jahr zufrieden geben. Und das bei einer gegenwärtig deutlich höheren Inflationsrate. Dabei geht der größte Teil der Steigerung durch Einschnitte bei Beihilfe, vermögenswirksamen Leistungen, beim Familienzuschlag und durch Streckung der beiden oberern Dienstaltersstufen verloren. Lediglich Familien mit mindestens 2 Kindern profitieren vorübergehend. Im Hintergrund wird vom Finanzministerium bereits die Verlängerung der Lebensarbeitszeit um ein Jahr gefordert.

All das wollen wir uns nicht gefallen lassen. Seit Jahren werden wir scheibchenweise zur Ader gelassen. Geopfert wird dabei die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen. Schon jetzt gibt es in vielen Fachbereichen Probleme, genügend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu finden.

„Nicht klagen, sondern handeln“ lautet der Leitspruch des vlw und ruft die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen zur Demonstration vor dem Landtag auf. Die Demo wird vom dbb für alle betroffenen Mitgliedsverbände organisiert. Es geht nun darum, Präsenz zu zeigen. Seien Sie dabei und lassen Sie uns diese letzte Chance nutzen, etwas für uns zu erreichen.

Karl-Heinz Fuß
Landesvorsitzender des **vlw**

Erstes Dienstrechtänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung:

Zusammenfassung der wichtigsten Änderungen

Wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, plant die rot-grüne Landesregierung Sparmaßnahmen zur weiteren Konsolidierung des Landeshaushalts. Mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfs nehmen die Sparpläne der neuen Landesregierung nun Gestalt an.

Im Folgenden sind die wichtigsten Änderungen zusammengefasst:

Anpassung von Besoldung und Versorgung 2012-2016
Bis 2016 sollen Besoldung und Versorgung ab 2012 jährlich um 1 v. H. linear erhöht werden.

Änderungen beim Familienzuschlag
Die Beträge der Bestandteile des Familienzuschlags werden umgestaltet, indem der Verheiratetenanteil abgesenkt und der Kinderanteil zugunsten von Familien mit Kindern erhöht werden soll. Konkret sind folgende Änderungen geplant:
Ab dem 01.01.2012 soll der Familienzuschlag der Stufe 1 (sog. „Verheiratetenzuschlag“) von derzeit 115,40 € auf 60,00 € herabgesetzt werden. Der Familienzuschlag der Stufe 2 (verheiratet, 1 Kind) wird auf 228,37 € heraufgesetzt (60,00 € Verheiratetenzuschlag + 168,37 € für das Kind). Für ein zweites Kind wird ein weiterer Kinderzuschlag in Höhe von 168,37 € (zurzeit 107,31 €) gewährt. Für das dritte Kind bzw. weitere Kinder wird jeweils ein Zuschlag in Höhe von 330,46 € (zurzeit 322,35 €) gewährt. Die Landesregierung beabsichtigt mit der Umverteilung die Stärkung von Familien mit Kindern gegenüber Kinderlosen (dazu gehören auch nach Wegfall der Voraussetzungen für den Kindergeldbezug auch Beamte bzw. Versorgungsempfänger mit Kindern). Die von Kürzungen betroffenen Beamten erhalten eine sog. Ausgleichszulage. Diese bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrags zwischen 60,00 € und der Höhe des bis dahin gültigen Familienzuschlags Stufe 1. Jedoch wird die Ausgleichzulage durch die Linearanpassungen (s.o.) bis zum vollständigen Wegfall abgeschmolzen. Zu beachten ist dabei, dass die Ausgleichszulage nur denjenigen gewährt wird, welche von der Maßnahme der Reduzierung des Familienzuschlages Stufe 1 zum 01.01.2012 betroffen sind, d.h. diejenigen, die nach dem 01.01.2012 bzw. aus anderen Gründen als der Absenkung die Bezugsberechtigung für die Stufe 2 verlieren, erhalten keine Ausgleichszulage.

Altersteilzeit
Die Altersteilzeit soll nach bisherigem, in den Bedingungen verschlechterten Modell grundsätzlich beibehalten werden.

Verdoppelung des Wahlleistungseigenbetrags von 13€ auf 26€ pro Monat
Zur Sicherung von Zweibettzimmer-Unterbringung und Chefarztbehandlung muss ein beihilfeberechtigter Beamter für sich und seine beihilfemäßig zu berücksichtigenden Angehörigen zukünftig 26 € statt bisher 13 € zahlen.
„Altfälle“: Die Regelung soll allen Beihilfeberechtigten, die in der Vergangenheit - aus welchen Gründen auch immer - die Frist des § 25 bzw. des § 5 a Abs. 2 der Beihilfenverordnung zur Abgabe einer Erklärung, dass sie die Beihilfefähigkeit von Wahlleistungen aufrechterhalten wollen, versäumt haben, die Möglichkeit einräumen, innerhalb der Frist von einem halben Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (ab 01.01.2012), ihr Wahlrecht erneut auszuüben.

Absenkung der Jahreseinkommensgrenze von Ehegatten als Voraussetzung für die Berücksichtigung bei der Beihilfe
Nach der aktuell geltenden Regelung des § 4 Abs. 1 Satz 2 der Beihilfenverordnung gilt für die Berücksichtigungsfähigkeit eine Einkommensgrenze von 20 450,00 EUR jährlich. Im Zuge der Sparmaßnahmen soll diese Höchstgrenze auf das Niveau des derzeit gültigen Steuerfreibetrages gemäß § 32 a Abs. 1 Nr. 1 EStG in Höhe von 8.004,00 € herabgesenkt werden. Es soll folgende Härtefallregelung gelten: Steigt die Versicherungsprämie des Ehegatten zur Absicherung der nunmehr vollen Krankheitskosten besonders stark, dann sollen folgende Einkommensobergrenzen gelten bei einer jährlichen Prämienerhöhung von mindestens:
100 v.H. 12 150,00 €; 2) 200 v.H. 16 300,00 €; 3) 300 v.H. 20 450,00 €.

Streichung der vermögenswirksamen Leistung
Die vermögenswirksamen Leistungen in Höhe von 6,65 € sollen ersatzlos gestrichen werden. Eine Übergangsregelung verlängert die Zahlung von vermögenswirksamen Leistungen bei bestehenden Verträgen längstens um ein Jahr.

Streckung der Verweildauer in Stufe 11 der Grundgehaltssätze der Besoldungsordnung A um 1 Jahr
Bisher gilt für Besoldungsgruppen ab A 11 im Verhältnis zur vorherigen Altersstufe ein Vier-Jahres-Rhythmus. Konkret bedeutet dies, dass man die Endstufe 12 mit 53 Jahren erreichen konnte. Die Neuregelung sieht vor, dass die Endstufe ein Jahr später, d.h. mit 54 Jahren, erreicht werden kann.

Fazit:

Die auf den ersten Blick erfreulich scheinende lineare Anpassung von Besoldung und Versorgung wird durch die Absenkung bzw. Streichung von Leistungen bzw. Erhöhung von Eigenbeträgen wieder relativiert. So ist bei einem Angehörigen der Besoldungsgruppe A 13 in der Stufe 9, der kinderlos verheiratet ist, 2012 von einem Gehaltszuwachs von etwa 8 € auszugehen.

(Karin Kunert)

„Dienstrechtsänderungsgesetz" – das klingt aber kompliziert! Gut, dass Andreas Werra für uns durchblickt und uns erklärt, was die Landesregierung Gutes für uns erreichen will!

Neues Beamtenprivileg: Planungssicherheit für 5 Jahre!

So macht das neue Schuljahr gleich noch mehr Spaß und Freude. Wie habe ich mir das bloß verdient? Die Landesregierung schenkt uns ein neues Privileg, auf das bestimmt irgendjemand schon lange gewartet hat: Die Planungssicherheit!

Endlich sind die Nächte passé, in denen ich von Albträumen gequält wurde. Nächte, nach denen man schweißgebadet erwachte und nicht wusste, ob die nächste Besoldungsanpassung drei oder gar nur zwei Prozent betragen würde. In jedem Falle zu wenig, um den Lebensstandard für die Familie zu sichern. Die nächsten 5 Jahre werde ich jeden Morgen mit der Gewissheit erwachen, dass ich im nächsten Jahr 1% (in Worten: Ein Prozent!) mehr verdienen werde. Das Glück der Planungssicherheit überwältigt mich.

Getrübt wird dieses seitens der Landesregierung von mir erwartete Glücksgefühl zunächst durch mein mangelndes Vertrauen in die Preisstabilität. Zugegeben - der Einkaufkarren beim Aldi kostet nach wie vor nur einen Euro, und selbst den bekomme ich nach Einkaufsende sogar wieder heraus. Der Inhalt des Einkaufswagens scheint mir jedoch von Jahr zu Jahr teurer geworden zu sein. Vielleicht kaufe ich aber auch schlicht und einfach nur bei der falschen Quelle. Aber könnte ich es mir mit der neu gewonnenen Planungssicherheit etwa leisten, statt bei Aldi, bei Feinkost Käfer zu schlemmen? Dort würde ich jedenfalls am ehesten auf die genialen Erfinder meines neuen Privilegs treffen, falls die nicht gerade in der von mir mitfinanzierten VIP-Lounge am Nürburgring sitzen.

Darüber hinaus bekomme ich schon wieder neue Albträume ob der zu erwartenden Schlagzeilen in Deutschlands größtem Boulevardblatt: „Beamte werden gemästet! 5% mehr mit Garantie!" So niveaulos diese Milchmädchenrechnung auch sein mag, sie konkurriert durchaus mit dem Reflektionsniveau unserer Haushaltsplaner.

Kein Wunder also, dass noch weitere Maßnahmen aus dem Hut gezaubert werden, die zwar schmerzhaft sind, sich aber bestimmt genauso wohlklingend verkaufen lassen, wie unsere neue Planungssicherheit.

Längere Lebensarbeitszeit und späteres Erreichen der Dienstaltersstufen. Hört sich zunächst schlecht an, bedeutet aber vielleicht einfach nur, dass wir langsamer alt werden und das ist doch super. Allerdings fehlt mir noch die Erklärung, warum der gleiche Mensch plötzlich langsamer alt wird? Vielleicht kommt hier Einsteins Relativitätstheorie und die Zeitdiletation bei Lichtgeschwindigkeit in Betracht. Zumindest hat es seitens der Haushaltssanierer etwas mit viel zeitlosem Dilettantismus und wenig Licht im Kopf zu tun.

Wegfall der vermögenswirksamen Leistungen. Positiv betrachtet, wurde hier wahrscheinlich einfach nur erkannt, dass die bisherigen Leistungen sowieso noch nie vermögenswirksam waren, also weg mit der Farce.

Verdoppelung der eigenen Zuzahlung bei Wahlleistungen. Auf meine Wahlleistung bei der nächsten Landtagswahl freue ich mich jetzt schon.

Aber erst mal sachlich bleiben und kühl rechnen: 1% mehr Besoldung minus Wegfall vermögenswirksamer Leistungen minus erhöhter Eigenanteil bei Wahlleistungen minus Kaufkraftschwund durch Inflation, und das alles mit der Planungssicherheit über 5 Jahre – wie soll ich mich dafür am besten bedanken?

Unser monatliches Salär wird im Voraus bezahlt. Wir bekommen also nicht am Ende des Monats den Gegenwert für bereits geleistete Arbeit, sondern leisten im Laufe eines Monats den Gegenwert für das am Monatsanfang überwiesene Gehalt. Was läge da näher, als die Arbeitsleistung der zur Verfügung gestellten Kaufkraft nach unten anzupassen? Schnell verwerfe ich diese Option, da ich meine 6-köpfige Familie durch listige Retourkutschen leider nicht satt bekomme. Vielleicht mache ich es zunächst mal wie der Landesvater: Ich verzichte auf die Dauerkarte bei Mainz 05. Ich verzichte, um Geld zu sparen. Er hat verzichtet, weil er nicht mehr ausgepfiffen werden will. Kein weiterer Kommentar!

PES - ÖPR-Fortbildungen des vlw

In Welling bei Koblenz und in Kaiserslautern fanden die diesjährigen Personalräte-Fortbildungen des vlw statt, diesmal zum Thema „PES“. Kurt Flöck, der stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, hatte die beiden Veranstaltungen organisiert, bei denen als Referenten in Kaiserslautern Jochen Floeter, Projektleiter PES, und in Welling Detlev Jacobs, zuständig für PES beim Pädagogischen Landesinstitut, Informationen aus erster Hand geben konnten.

Zur Erinnerung: Durch PES („Projekt erweiterte Selbstständigkeit“) sollen die Schulen mehr Verantwortung für die inhaltliche, organisatorische, personelle und finanzielle Gestaltung einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung erhalten. Ziel ist insbesondere die Verminderung des temporären Unterrichtsausfalls, die durch eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten im personellen Bereich der Lehrerversorgung erreicht werden soll. Hierzu heißt es auf der Projektseite des Ministeriums (MBWWK):

Im Projekt PES wird von den Schulen erwartet, dass sie im Rahmen ihres schulischen Vertretungskonzepts Vertretungsunterricht eigenverantwortlich disponieren und organisieren; eine Vertretungsbereitschaft in der Schule und im schulischen Umfeld aufbauen; ihr Vertretungsbudget bewirtschaften; den Vertretungsbedarf, Regulierungsmaßnahmen und verbliebenen Unterrichtsausfall in der vorgegebenen Weise dokumentieren; über ihre Erfahrungen berichten und Verbesserungsvorschläge einbringen.

In diesem Zusammenhang kommen natürlich auch auf die Personalvertretungen der Schulen neue Aufgaben hinzu: Sie müssen u.a. darauf hinwirken, dass die Kolleginnen und Kollegen durch PES ent- und nicht noch mehr belastet werden; der Einsatz der PES-Kräfte so erfolgt, dass die Qualität des Unterrichts den Anforderung zumindest annähernd entspricht; die verpflichteten PES-Kräfte entsprechend ihrer Qualifikation bezahlt werden; durch ihre vorgeschriebene Beteiligung bei den Einstellungsgesprächen der PES-Kräfte an den Schulen die Qualitätssicherung des Unterrichts eine Rolle spielt.

Von den anwesenden Personalvertreterinnen und –vertretern kamen erwartungsgemäß viele Fragen. Die meisten Bedenken galten der Befürchtung, dass auf das Kollegium durch PES noch höhere Belastungen zukämen, etwa durch das vorherige Ausschöpfen der Mehrarbeitsverordnung oder durch die Erstellung der PES-Statistik. Die Referenten sowie die anwesenden Bezirkspersonalräte **Kurt Flöck** und **Andreas Seehaus** konnten diese Bedenken weitestgehend zerstreuen. Das PES-Budget, was jeder teilnehmenden Schule zugewiesen wird - ca. 500,- € pro Jahr und an der Schule Beschäftigtem – kann so dazu dienen, den temporären Unterrichtsausfall zu verringern und das Kollegium zu entlasten. Den strukturellen, also „geplanten“ Unterrichtsausfall, der im letzten jahr im Durchschnitt noch 5,9 % an den BBS des Landes betrug, kann PES nicht vermindern – das kann die Landesregierung bislang auch mit anderen Maßnahmen nicht. Hier hofft sie auf den „demografischen Wandel“ – aber dies ist ein anderes Thema.

Kurt Flöck: KFloeck@gmx.de
Andreas Seehaus: seehausens@t-online.de;
Detlev Jacobs: detlev.jacobs@pl.rlp.de;
Jochen Floeter: Jochen.Floeter@ags.rlp.de

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de

Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

JETZT REICHT'S!

Der vlw ruft auf zur Teilnahme an der Protestkundgebung vor dem Landtag in Mainz am 3. November 2011!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Jetzt reicht's! Unter diesem Motto treffen sich die Kolleginnen und Kollegen, gemeinsam mit anderen Betroffenen des Öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz, am 3. November vor dem Landtag in Mainz. Wir haben Sie bereits über die uns drohenden Auswirkungen des „Dienstrechtsänderungsgesetzes" informiert, in dem – zum wiederholten Male – Sonderopfer von uns eingefordert werden. Zum Dank dafür werden großzügig eine Fortführung der Altersteilzeit (für das Land zumindest kostenneutral) und, zur Ermöglichung einer „Planungssicherheit" für die nächsten fünf Jahre, jeweils eine Besoldungserhöhung von 1% gewährt; dies wird mindestens einem realen Einkommensverlust von 5-10% in den nächsten fünf Jahren entsprechen.

Natürlich hat sich auch der Landesvorstand des **vlw** in vielen Gesprächen gegen dieses Machwerk zur Wehr gesetzt. Hierzu brauchen wir aber Ihre Unterstützung! **Nur, wenn wir am 3. November in großer Zahl gegen diese Grausamkeiten Protest erheben, wird unser Dienstherr auf unsere berechtigten Forderungen reagieren**. Aus allen berufsbildenden Schulen des Landes sollten wir nach Mainz aufbrechen. Der vlw unterstützt dies durch die Bereitstellung von Bussen (dbb) und Fahrtkostenerstattung für Selbstfahrer. **Unser Appell an Sie: Nutzen Sie diese Möglichkeiten, und zeigen Sie Solidarität! Kommen auch Sie zur Demonstration am 3.11.2011!**

Der vlw im Gespräch mit den Landtagsfraktionen

CDU-Landtagsfraktion: Demografische Rendite im System belassen - Breite Unterstützung für die Positionen des vlw

Zu einem ersten Meinungsaustausch nach den Landtagswahlen trafen die CDU-Bildungspolitiker **Bettina Dickes**, **Marion Schneid** und **Martin Brandl** mit einer Delegation des Landesvorstands zusammen. Generell konnte sich **Karl-Heinz Fuß** über eine breite Unterstützung unserer bildungspolitischen Forderungen an die Landesregierung freuen. So sollte der nach wie vor hohe Unterrichtsausfall auch durch eine Nutzung der „demografischen Rendite“ minimiert werden. Auch zeigt sich die CDU offen für weitergehende Bemühungen um mehr Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrberuf an der BBS. Hierzu ist nicht nur eine Verbesserung des Images der BBS erforderlich, sondern es müssen auch attraktivere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. **Bettina Dickes** weist auch auf die Notwendigkeit hin, neue Wege zu suchen, um mit den demografischen Entwicklungen, insbesondere dem Rückgang der Schülerzahlen, fertig zu werden. Schwächere Schülerinnen und Schüler müssen verstärkt gefördert werden, und das gehe besser in der Schule als in überbetrieblichen Einrichtungen. Die CDU kritisiert auch - im Zusammenhang mit der Errichtung der Fachoberschulen an der „Realschule plus“ - die Errichtung von Doppelkapazitäten, ebenfalls eine wichtige Auffassung unseres Verbandes.

Zum Schluss des Meinungsaustausches wurden noch aktuelle Themen zur Sprache gebracht. Beide Seiten vereinbarten weitere Gespräche anlässlich der Verabschiedung des nächsten Bildungshaushaltes.

Martin Brandl (WK 51-Germersheim)
info@brandl-martin.de
Bettina Dickes (WK 18, Kirn/Bad Sobernheim):
bettina.dickes@cdu.landtag.rlp.de
Marion Schneid /(WK 36-Ludwigshafen II)

Linke Seite vlw: v.l.n.r. A.Seehaus, K.Flöck, K.-H.Fuß
rechte Seite CDU: v.r.n.l. M.Brandl, B.Dickes, M.Schneid

v.l.n.r. vlw: Mechthild Antony-Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß
Rechte Seite v.r.n.l. Benedikt Oster, Bettina Brück, Johannes Klomann (Referent)

Im Gespräch mit der SPD – neue bildungspolitische Sprecherin im Landtag

Im Landtag setzte der **vlw**-Landesvorstand die Reihe seiner Gespräche mit den Fraktionen fort und war zu Gast bei der SPD-Fraktion. Unter der Leitung von **Karl-Heinz Fuß** sprachen die **vlw**-Landesvorstandsmitglieder **Mechthild Antony-Hatzfeld**, **Jürgen Kettner** und **Michael Lutz** mit der neuen bildungspolitischen Sprecherin, **Bettina Brück** (Thalfang) und ihrem Fraktionskollegen **Benedikt Oster** (Cochem). Zu Beginn äußerte **Karl-Heinz Fuß** den Protest des **vlw** gegen die Auswirkungen der bevorstehenden Dienstrechtsreform sowie der kommenden „Schuldenbremse“ im Haushalt auf Kosten der Beamtinnen und Beamten des Landes. **Frau Brück** begründete die geplanten Maßnahmen mit der Notwendigkeit zu Haushaltseinsparungen.Des Weiteren wies **Karl-Heinz Fuß** auf die schwierige Situation der BBS im Land hin; die versprochene Imagekampagne des Landes lässt noch auf sich warten, und der Stellenwert der beruflichen Bildung scheint nicht mehr allzu hoch zu sein. Immer noch erscheint die Einrichtung von Fachoberschulen an der „Realschule plus“ als falsch; **Frau Bück** betonte, dass die FOS keine Konkurrenz zu bestehenden BBS darstellen solle (Gegenbeispiel: Bingen). Zum Schluss wurde noch engagiert über die Zukunft des Berufsbildungssystems unter dem Vorzeichen sinkender Schülerzahlen diskutiert; hier wird es höchste Zeit, dass die Landesregierung ihre Vorstellungen dazu entwickelt. Die Delegation des **vlw** bedankte sich bei **Frau Brück** für das Gespräch und wünschte ihr alles Gute in ihrer neuen Funktion. Beide Seiten verabredeten regelmäßige weitere Gespräche.

Bettina Brück (Thalfang, Landesliste Platz 31):
buergerbuero@bettina-brueck.de
Benedikt Oster (Cochem, Landesliste Platz 8):
http://www.benedikt-oster.de/

Aktuelles aus dem Bezirksverband Pfalz

Fortbildung des Bezirksverbandes zum Thema „Gewaltprävention und Selbstbehauptung für Lehrerinnen und Lehrer“

Unter diesem Motto fand am 30.08.2011 eine restlos ausgebuchte Fortbildung des **vlw**-Bezirksverbandes Pfalz an der BBS Speyer statt.

Die hohe Zahl an Anmeldungen zu dieser kostenpflichtigen Veranstaltung zeigt, dass dieses Thema viele Kolleginnen und Kollegen angesprochen hat.

Die Veranstaltung wurde vom 8-fachen Deutschen Karatemeister und ehemaligen Polizisten **Holger Schuhmacher** durchgeführt.

Zu Beginn erfolgte ein Erfahrungsaustausch und eine Strategiensammlung aller Teilnehmer für Lehrende in Konfliktsituationen. Hierbei lag der Schwerpunkt auf Konflikten, die während einer Schulstunde immer wieder auftreten.

So wurde das Beispiel, dass sich ein Schüler weigert den Klassensaal zu verlassen, in vielen Situationen durchgespielt und die jeweilige Rolle des Lehrers analysiert. Anhand von zahlreichen Rollenspielen lernten die Teilnehmer, sich zunächst verbal und nonverbal durch ihre Körperhaltung und später auch durch körperliche Abwehr zu behaupten.

Im weiteren Verlauf der Fortbildung wurden Themen wie Amoksituationen, Notwehr, Angriffe mit Messern sowie die dafür geeignete Gegenmaßnahmen besprochen und auch praktisch geübt. Der Übungsleiter Holger Schuhmacher fungierte hier als „lebendes Trainingsobjekt“ und wurde einige Male „getreten“ und per Schulterdrehgriff in den „Schwitzkasten“ genommen.

Der Nachmittag war stark von praktischen Übungen und weiteren Aktionsformen geprägt. Hierbei konnte jeder Teilnehmer für sich die Dinge einüben und erproben, die ihm bei der Bewältigung der täglichen Herausforderungen im Klassenzimmer nützlich erschienen.

Letztendlich verriet uns der Karate- und Selbstverteidigungsprofi Schuhmacher einige Tipps für den hoffentlich nie eintretenden Fall der Fälle, wie man sich gegen einen Angreifer zur Wehr setzen kann und welche Hilfsmittel und Griffe dazu geeignet sind.

Der **vlw**-Bezirksverband Pfalz möchte sich sehr herzlich bei Herrn Schuhmacher für die Durchführung und bei Ute Edelmann für die hervorragende Organisation dieser Veranstaltung bedanken.

Die schönen Räumlichkeiten, die uns von der BBS Speyer zur Verfügung gestellt wurden und die ausgezeichnete Verpflegung rundeten die Fortbildung zu einer gelungenen Erfahrung ab. Der **vlw**-Bezirksverband Pfalz bedankt sich ebenfalls bei **Herrn Wunn**, dem Schulleiter der BBS Speyer und beim vlw-Urgestein **Herrn Schappert**, der im Hintergrund viele Dinge

für uns organisiert hat und zusammen mit **Frau Edelmann** dafür gesorgt hat, dass dieser Fortbildungstag reibungslos stattfinden konnte.

(**F. Baqué**)

Neues Mitglied im Bezirkspersonalrat

Seit Ende Juli dieses Jahres gehört **Andreas Seehaus, vlw**-Bezirksvorsitzender Pfalz, als neues Mitglied dem Bezirkspersonalrat bei der ADD Trier an. Er löste das langjährige Mitglied **Gernot Kormann** ab, der im Sommer in den Ruhestand versetzt wurde. **Andreas Seehaus** unterrichtet an der BBS Landau die Fächer BWL und Sozialkunde. Er ist seit April 2010 Bezirksvorsitzender des **vlw** Pfalz und Landesvorstandsmitglied. **Andreas Seehaus** gehört seit 10 Jahren dem örtlichen Personalrat der BBS Landau an und war in den letzten sechs Jahren ÖPR Vorsitzender. Er ist 45 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

seehausens@t-online.de

Liebe Leserin, lieber Leser, wenn Sie an dieser Stelle eine eher satirische Betrachtungsweise gewöhnt sind, müssen wir Sie leider enttäuschen. Unten stehend drucken wir eine Presseerklärung des real existierenden rheinland-pfälzischen Finanzministers Carsten Kühl (SPD) vom 14.09.2011 zum „Dienstrechtsänderungsgesetz" ab. Bitte bilden Sie sich selbst Ihre Meinung, und kommen Sie am 3. November nach Mainz!

Kühl: Wichtiger Baustein zur Haushaltskonsolidierung mit sozialem und familienpolitischem Augenmaß

Das Dienstrechtsänderungsgesetz, das heute im Landtag in erster Lesung eingebracht wurde, hat der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl als „wichtigen Baustein des Konsolidierungsprojektes der Landesregierung" bezeichnet.

„Wenn rund vierzig Prozent des Landeshaushaltes für Personalausgaben verwendet werden, kommen wir nicht umhin, auch hier mit unseren Konsolidierungsbemühungen anzusetzen", sagte Kühl. „Wir stehen vor der Aufgabe, bis zum Jahr 2016 1,2 Milliarden Euro einzusparen. Besoldungsanpassungen haben sich an dieser Realität zu orientieren."

Von 2012 bis 2016 sollen die Bezüge der Beamten jährlich um ein Prozent erhöht werden. Damit werde für den Landeshaushalt, aber auch für die Betroffenen Planungssicherheit gewährt. Ebenso sei für Beamte „eine gerechte Teilhabe an der Entwicklung der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse gesichert", sagte Kühl. Der Minister betonte, dass die Beamten keinesfalls einseitig belastet würden. Der Vergleich zeige, „dass Rheinland-Pfalz bei den Bezügen im Ländervergleich Spitzenpositionen einnimmt. Zudem haben wir sehr gute Arbeitsbedingungen, so liegen wir bei der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte am unteren Ende der Skala", so Kühl.

Mit der Einführung einer sozialen Komponente sei sichergestellt, dass Beamte des einfachen und mittleren Dienstes bis Besoldungsgruppe A 8 stärker von den Zuwächsen profitierten. Zudem verbessere sich die Situation für junge Familien mit Kindern, weil deren Familienzuschläge deutlich erhöht würden.

Die Beihilfe, die Unterstützung der Beamten vor allem im Krankheitsfall, würde an einzelnen Stellen mit Härtefallregelungen angepasst an Bedingungen, die auch in anderen Ländern gälten.

Kühl verwies auch auf „unstrittige Verbesserungen, die mit dem Dienstrechtsänderungsgesetz für die Beamten verwirklicht würden. Mit einer Verlängerung der Möglichkeit zur Altersteilzeit für bestimmte Beamtengruppen und einer Verbesserung der Mitbestimmungsrechte bei wissenschaftlichen Mitarbeitern haben wir die Gelegenheit genutzt, einiges für unsere Mitarbeiter auf den Weg zu bringen." Kühl dankte den Gewerkschaften des DGB und des Beamtenbundes, die das Gesetzesvorhaben mit konstruktiven Diskussionen begleitet hätten. „Einige Anregungen konnten bereits im Vorfeld, andere während des regierungsinternen Gesetzgebungsverfahrens aufgenommen werden."

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de

Redaktion: Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen (MichaelLutz2@gmx.net)

02—2012 vlw—kompakt

KURZ UND AKTUELL

- ⇒ **Schulleitungspauschale - Neugestaltung weiter offen**
- ⇒ **Reform der Lehrkräftearbeitszeitverordnung - Verschlechterungen für die Seminare**
- ⇒ **Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern: HPR und Ministerium im Gespräch**
- ⇒ **HPR fordert Teilzeitbeschäftigung auch für Lehramtsanwärterinnen und –anwärter**
- ⇒ **Anwendungsbetreuung / Netzwerk—weiterhin offene Fragen**

Neue „Lehrkräftearbeitszeitverordnung“ – vlw nimmt Stellung im Hauptpersonalrat

Der Teufel steckt – wie so oft – im Detail: Die „Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung“ soll geändert werden. Nun könnte man denken, dass – als Ausgleich für die uns fünf aufeinanderfolgende Jahre bevorstehende Einkommens-„Erhöhung“ um jeweils 1% - die Arbeitszeit, entsprechend dem sinkenden Realeinkommen – abgesenkt wird. Dies ist natürlich ein Trugschluss. Trotzdem soll sich einiges ändern:

Der **vlw** begrüßt ausdrücklich die Beibehaltung des Regelstundenmaßes an berufsbildenden Schulen in Höhe von 24 Wochenstunden. „Dieses Stundenmaß hat sich

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2!

INHALT

- ⇒ **Seite 1: Neue Lehrkräftearbeitszeitverordnung**
- ⇒ **Seite 2: Ungleichbehandlung bei Reisekosten**
- ⇒ **Seite 3: Nachrufe für Erich Illmann und Karl Hildebrand**
- ⇒ **Seite 4: Ulrich Brenken 60. Geburtstag**
- ⇒ **Seite 4: Landesvorstand besucht BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach**

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN…..

wenn eine „Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung“ geändert werden soll, so verheißt das zuerst nichts Gutes, denken wir doch an die zahlreichen Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen, begleitet von völlig unzureichenden Erhöhungen der Bezüge. Nur zur Erinnerung: Uns stehen „Erhöhungen“ von 1% pro Jahr in den nächsten fünf Jahren bevor. Andere Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes stehen da deutlich besser da: Gerade haben die Krankenhausärzte – nach einer Streikandrohung – eine Gehaltserhöhung von 2,9% erstritten, bei einer Laufzeit von 16 Monaten. Sollen wir etwa schon zufrieden sein, wenn uns die Landesregierung die Arbeitszeit zumindest nicht erhöht? Verbesserungen im Detail wird es nach dem jetzigen Diskussionsstand geben, so bei der Rückerstattung des „verpflichten-den Ansparens“ mit der Möglichkeit der verlagerten Rücknahme. Erheblichen Verbesserungsbedarf sehen wir aber noch bei der sogen. „3/6-Pauschale“ und insbesondere bei den geplanten Veränderungen für die an den Studienseminaren Tätigen.

Der **vlw** wird sich auch in diesem Jahr für Ihre Belange einsetzen, um die Arbeitsbedingungen für uns alle zu erleichtern. Verbandsintern hat sich der Landesvorstand für dieses Jahr vorgenommen, die Kommunikation im Verband weiter zu intensivieren. So werden wir die regelmäßigen Gespräche mit den Ortsvorsitzenden und die Besuche bei den Ortsverbänden im ganzen Land fortsetzen. Gerne werden wir uns am 12. November bei der Landesversammlung in Trier mit Ihren Anregungen und Erfahrungen auseinandersetzen.

Ihr Karl-Heinz Fuß

über viele Jahre bewährt“, so Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß. Zum „**verpflichtenden Ansparen**“ wird die Möglichkeit eingeräumt, den Ausgleich der angesparten Stunden zeitlich nach hinten versetzt vorzunehmen. Dies sehen wir als wichtiges Instrument vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Es erscheint sinnvoll, wenn Kolleginnen und Kollegen bei der derzeitigen unzulänglichen Unterrichtsversorgung die Rücknahme der Ansparstunden auf einen späteren Zeitpunkt verlegen können, da bis dahin die Schüler- und Klassenzahlen deutlich zurückgehen werden.

Weiterhin besteht die Möglichkeit zum Nehmen eines „**Sabbatjahres**“. Wir haben allerdings kein Verständnis für die Vorgabe, dass dies maximal bis zum 59. Lebensjahr möglich sein soll. Dies widerspricht dem Trend zu einer längeren Lebensarbeitszeit und schränkt die Wahlmöglichkeiten der Lehrkräfte unnötig ein. Wir meinen, dass es den Kolleginnen und Kollegen selbst überlassen bleiben sollte, ob sie im Anschluss an ein Sabbatjahr lediglich noch ein oder zwei Dienstjahre vor sich haben.

Bei der **Festlegung der Anrechnungspauschale für besondere unterrichtliche Belastungen** („3/6-Pauschale“) halten wir eine Erhöhung für dringend geboten. Sowohl die Belastungen als auch die außerunterrichtlichen Sonderaufgaben haben in den letzten zehn Jahren stark zugenommen. Als Beispiele seien das Beratungs- und Förderkonzept und veränderte pädagogische Konzepte hin zu individueller Förderung genannt. Ein aktuelles Beispiel stellt die „Rahmenvereinbarung zur Schullaufbahnberatung sowie Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung“ dar. Die Umsetzung all dieser Maßnahmen erfordert zusätzliche Ressourcen. **Der vlw fordert deshalb eine deutliche Anhebung!**

Bei den Studienseminaren werden sich durch die geplante Neuregelung Verschlechterungen ergeben, wenn die Zahl der Seminarteilnehmerinnen und –teilnehmer rückläufig ist. Im Sinne der Qualitätssicherung sollte ein Sockel gewährleistet sein, so wie dies bei der bisherigen Regelung der Fall war, bei der den Fachleiterinnen/Fachleitern für Pädagogik und Allgemeine Didaktik 16 Anrechnungsstunden zugeteilt wurden. Die Änderung bei den zugeteilten Anrechnungsstunden benachteiligt besonders stark die Studienseminare für berufsbildende Schulen, da hier aufgrund der Vielzahl an kleinen Fachbereichen die Seminarteilnehmerzahlen in der Regel weniger als 9 Teilnehmer betragen.

Die angestrebte Änderung hätte massive Auswirkungen auf die Studienseminare für BBS. Dem **vlw** sind Zahlen in Höhe von vier Lehrerstellen landesweit genannt worden. **Dies halten wir im Hinblick auf die angestrebten hohen Qualitätsstandards für nicht verantwortlich.** Die Qualität der Ausbildung an den Studienseminaren ist ein Garant für die Qualifikation und Professionalisierung der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen. Wir halten es für einen dramatischen Fehler, an diesen Stellen Einsparungen vornehmen zu wollen.

Der **vlw** hofft, dass unsere Argumente, die im Hauptpersonalrat schon Unterstützung gefunden haben, auch im MBWWK Auswirkungen haben werden.

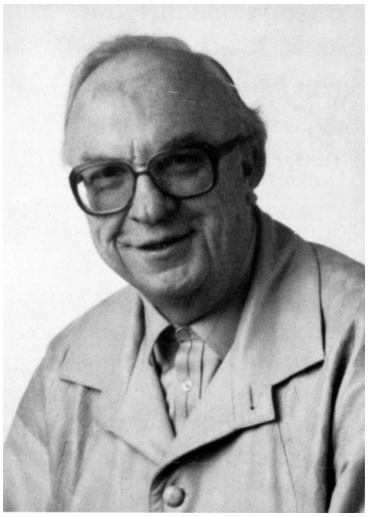
Die Ungleichbehandlung muss endlich aufhören!

vlw fordert vollen Kostenersatz für dienstliche Fahrten von Lehrkräften

Der **vlw** kritisiert die Ungleichbehandlung von Lehrkräften im Reisekostenrecht. Während Dienstreisen des öffentlichen Dienstes nach dem Landesreisekostengesetz abgerechnet werden, sind Lehrkräfte einer ganzen Reihe von Restriktionen unterworfen. So gibt es eine eigene Verwaltungsvorschrift für die Kostenerstattung bei Schulfahrten, in der lediglich reduzierte Erstattungssätze gewährt werden. Mit Hinweis auf beschränkte Budgets werden darüber hinaus viele Dienstreisen, wie z.B. die Besuche von Praktikanten in deren Betrieben, nur genehmigt, wenn die Lehrkraft auf die Erstattung der Reisekosten per Unterschrift verzichtet. Für den Besuch von Fortbildungen werden Reisekosten erst ab einem Erstattungsbetrag von 20,00 € gezahlt. Dies führt beispielsweise dazu, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die eine Gesamtwegstrecke von mindestens 134 km haben, Reisekostenerstattung bekommen, während andere mit einer kürzeren Wegstrecke leer ausgehen.

*Fazit: Der **vlw** sieht im Reisekostenrecht dringenden Reformbedarf. Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der von Lehrkräften erwartet wird, dass sie einen Teil der Kosten selbst tragen oder bei Besuchen von Praktikanten ganz auf Reisekosten verzichten, muss endlich ein Ende haben. Unabhängig davon müssen Schulleitungen und örtliche Personalräte darauf achten, dass die für Schulfahrten zur Verfügung stehenden Budgetmittel auch tatsächlich beantragt und ausgeschöpft werden.*

Der vlw Rheinland-Pfalz trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Dr. Erich Illmann, der ein sehr geschätzter und weit über die Maßen hinaus engagierter Schulleiter und Kollege war. **Erich Illmann** war ein Mitglied der ersten Stunde in unserem Verband, dem er 1949 beitrat und bis zuletzt, als Ehrenmitglied, die Treue gehalten hat. Schon früh hat er sich aktiv engagiert, als Schriftführer im Vorstand des Landes und schließlich von 1965 bis 1969 als Landesvorsitzender. Damit nicht genug hat er 1968 das Amt des **vlw**-Bundesvorsitzenden übernommen und bis 1971 bekleidet. Aufgrund seines umfangreichen Engagements wurde ihm 1973 auf Initiative von **vlw** und **dbb** das Bundesverdienstkreuz verliehen. **Erich Illmann** war weit über die Grenzen von Mainz hinaus bekannt. Als **vlw**-Vorsitzender hat er sich gegenüber Politikern und den Verantwortlichen im Bildungsministerium und bei den Bezirksregierungen landes- und schließlich auch bundesweit für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Sein ausgeprägtes Organisationstalent und sein hoher Sachverstand bis in die Details haben ihn zu einem erfolgreichen und geschätzten Ansprechpartner gemacht. Wenn es sein musste, konnte er hart und ausdauernd verhandeln und hat damit dem **vlw** Ansehen und Respekt bei den Entscheidungsträgern im Land und darüber hinaus verschafft. Auch im Ruhestand wurde Erich Illmann nicht müde, sich zu engagieren. So hat er sich in der Zeit nach 1989 aktiv um die neu gegründeten **vlw**-Landesverbände in den neuen Bundesländern gekümmert. Erich Illmann hat die Entwicklung der berufsbildenden Schulen über Jahrzehnte kritisch begleitet und aktiv mitgestaltet und wurde damit Teil der Geschichte unseres Verbandes.



Der **vlw** verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von **Erich Illmann**, einem Kollegen, der viele Jahre seine Privatinteressen hinten angestellt und einen beträchtlichen Teil seiner Lebenszeit und seiner Kraft für die Ziele unseres Verbandes eingesetzt hat.

Mit großer Trauer haben die Mitglieder des Verbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen den überraschenden und allzu frühen Tod ihres Verbandskollegen **Karl Hildebrand** aufgenommen. Herr Hildebrand ist am 7. Januar 2011 kurz vor Vollendung des 69. Lebensjahres gestorben.

Karl Hildebrand hat an unzähligen Verbandsversammlungen teilgenommen und sich über Jahrzehnte im Vorstand des Ortsverbandes Kaiserslautern und im örtlichen Personalrat für die Kolleginnen und Kollegen engagiert. Mit seinem ausgleichenden und besonnenen Wesen hat er wesentlich unsere gemeinsame Verbandsarbeit geprägt. Hierfür gebührt ihm unserer besonderer Dank.

Ulrich Brenken – vlw gratuliert dem vlbs-Landesvorsitzenden zum 60. Geburtstag

Mitte Dezember feierte **Ulrich Brenken**, Landesvorsitzender des **vlbs** - Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen – seinen 60. Geburtstag, und viele kamen zur Gratulation. Insbesondere in seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrates für die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und auch im **dbb** Rheinland-Pfalz arbeitet Herr Brenken eng mit Vertretern des **vlw** zusammen. **Karl-Heinz Fuß** lobt seine stets bestimmte, aber dennoch freundliche und sachorientierte Verhandlungsführung. Unter seiner Führung kämpft der Hauptpersonalrat für die Belange der BBS, und auf seine Detailkenntnisse und seinen rastlosen Einsatz können sich seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter verlassen – manchmal sicherlich zum Ärger im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK).

Die Tätigkeit im HPR genügt **Ulrich Brenken** allerdings nicht, so führt er neben dem Landesvorsitz im vlbs seit nunmehr 30 Jahren auch den „ACC – Andre-Citroen-Club“, und ist als Abteilungsleiter an der **BBS Mainz 1 GuT** tätig.

Der **vlw** Rheinland-Pfalz bedankt sich für die stets gute Zusammenarbeit und wünscht **Ulrich Brenken** für die kommenden Jahre weiterhin viel Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit!

vlw-Landesvorstand zu Gast an der BBS Wirtschaft Bad Kreuznach

Der **vlw**-Landesvorstand setzte die Reihe seiner Besuche in den **vlw**-Ortsverbänden an der BBS Wirtschaft Bad Kreuznach fort. Im Gespräch mit dem Schulleiter, Herrn **OSTD Dr. Hans-Joachim Bechtoldt**, wurden aktuelle bildungspolitische Entwicklungen in Rheinland-Pfalz und der Nahe-Region erörtert. Die BBS Bad Kreuznach ist eine gut aufgestellte berufsbildende Schule in einer Stadt mit Zentrumsfunktion. Die an anderen Schulen zu verzeichnenden Schülerrückgänge sind hier bislang nicht eingetreten, die Schule vermittelt ein breites Bildungsangebot. Als Beispiel sei hier die äußerst erfolgreiche „Höhere Berufsfachschule Polizei und Verwaltung“ genannt. Aber auch hier zeigen sich die typischen BBS-Probleme: ein nach wie vor hoher struktureller Unterrichtsausfall (ca. 8%) und ein hoher Instandsetzungsbedarf am Gebäude, wobei der Landkreis sein Möglichstes tut. Zum aktuellen Verfahren der Schulbuchausleihe werden Schulungen des Verwaltungspersonals gewünscht, die in Bad Kreuznach durchgeführte enge Kooperation mit einer Buchhandlung wird als gute Lösung angesehen. Am Nachmittag begrüßte der Vorsitzende des **vlw**-Ortsverbandes, **Peter Eich**, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen in Bad Kreuznach und Idar-Oberstein. **Karl-Heinz Fuß**, gab zu Beginn in seinem Impulsreferat einen Überblick über die **Tendenzen der demografischen Entwicklung**. Die BBS können hier, zusätzlich zu den zurückgehenden Schülerzahlen, von den „neuen“ Schulformen Realschule plus und Integrierter Gesamtschule, in die Zange genommen werden. In der folgenden lebendigen Diskussion wurden auch die Auswirkungen der „Dienstrechtsreform“ beklagt; hier zeigte sich, dass darüber nach wie vor erheblicher Unmut und Frustration bei den Lehrkräften zu verzeichnen sind. Alle Beteiligten betonten die Wichtigkeit einer gewerkschaftlichen Vertretung für die Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Notwendigkeit, sich weiter im Verband zu engagieren. **Karl-Heinz Fuß** bedankte sich für die Gastfreundschaft der Schule und das lebhafte Gespräch. Die Auswertung der neuen „Feedback-Bögen“ ergab eine positive Resonanz auf das Gespräch. Die anwesenden Mitglieder des Landesvorstands unter der Leitung des Landesvorsitzenden waren sich einig, dass diese guten Gespräche mit den Ortsverbänden fortgesetzt werden sollen, **demnächst in Trier**.

Dr. Bechthold, M. Antony-Hatzfeld, K.H.Fuß

Peter Eich

Verantwortlich: Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden - www.vlw-rlp.de

Redaktion:

Michael Lutz, Schloßbergstr. 47, 55411 Bingen
Michaellutz2@gmx.net

06/2012 vlw—kompakt

KURZ UND AKTUELL

⇒ **„Klemm-Gutachten“ und die Folgen**

⇒ **Digitalisate—Land stoppt Schnüffel-Software**

⇒ **Expertenkommission zur Zukunft der BBS geplant**

⇒ **Neuordnung der Büroberufe wohl erst ab 2014**

dbb rheinland pfalz freut sich über 6,4 Prozent Tariferhöhung - Beamte müssen 1:1 gleich behandelt werden—Beamte schon jetzt von der Einkommensentwicklung abgehängt—Ein-Prozent-Diktat der Besoldungserhöhung—benachteiligt die Beamten massiv

Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert. Daher fordert der **dbb rheinland-pfalz** die Landesregierung auf, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Dazu sagt die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Wir fordern eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamten und Versorgungsempfänger, und zwar zeit- und inhaltsgleich. Alles andere wäre eine weitere Ungerechtigkeit zum Nachteil der Beamten, zu deren Lasten die zahlreichen Sparmaßnahmen der Landesregierung gehen. Die Weichen müssen neu gestellt werden, wenn der öffentliche Dienst am Arbeitsmarkt bestehen will und die Beamten des Landes und der Kommunen überhaupt noch eine Zukunftsperspektive haben sollen. Wer von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits.“ Bleibt es bei der eklatanten Diskriminierung der Beamten wird der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die Beamtenbesoldung überhaupt noch dem Alimentationsprinzip entspricht.

Hintergrund:
Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,4 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Für die Beamten des Landes Rheinland-Pfalz gibt es nur eine jeweils einprozentige Besoldungsanpassung für 2012 bis 2016.

INHALT

⇒ **Besoldungserhöhung für das Land übernehmen!**

⇒ **Klemm-Gutachten zum Lehrerbedarf in RLP**

⇒ **Neuordnung der Büroberufe**

⇒ **Aus den Ortsverbänden und Bezirken**

⇒ **Neue Staatsekretäre m MBWWK**

Verlängerung der Lebensarbeitszeit für verbeamtete Lehrkräfte

Nun ist sie also raus, die Katze aus dem Sack. Bei der Verkündung der Ergebnisse des „Klemm-Gutachtens“ hat Ministerin Doris Ahnen bekannt gegeben, dass noch in dieser Legislaturperiode die Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand beschlossen werden soll. Bislang werden verbeamtete Lehrkräfte zum Ende des Schuljahres in den Ruhestand geschickt, in dem sie ihr 64. Lebensjahr vollendet haben. Zukünftig sollen, nach der Vorstellung von Frau Ahnen, Lehrkräfte ein Jahr länger arbeiten, d.h. bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie ihr 65. Lebensjahr vollenden. Vergleicht man dies mit der Regelung „Rente mit 67“, so ist das bisher vergleichsweise günstig. Ohnehin würden die Beamten in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich gut dastehen. Klar war, dass die bisherige Regelung spätestens mit Einführung der Rente mit 67 fallen würde. Nun geht es darum, möglichst schnell Antworten auf die offenen Fragen zu geben:

1. **Welcher Jahrgang wird als erster betroffen sein?** Im Bereich der Rentenbezieher ist es der Jahrgang 1958, der erstmals ein komplettes Jahr länger arbeiten muss. Eine Belastung älterer Jahrgänge wäre somit eine Benachteiligung.

2. **Welche Auswirkungen gibt es auf die Altersermäßigung?** Der **vlw** fordert, dass die Altersermäßigung ab dem 63. Lebensjahr in Höhe von drei Wochenstunden erhalten bleibt. Die Tatsache, dass die allgemeine Lebenserwartung gestiegen ist, bedeutet nicht, dass unser Beruf weniger anstrengend geworden ist. Das Gegenteil ist der Fall.

3. **Was passiert mit der Altersteilzeit?** Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen verlässlich planen können und brauchen deshalb verbindliche Vereinbarungen. Wer bereits einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen hat, muss sich auf dessen Gültigkeit verlassen können.

Die Menge der offenen Fragen zeigt die Dringlichkeit der Thematik. Hier deshalb unsere Aufforderung an die Ministerin: „Frau Ahnen, entscheiden Sie frühzeitig, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Niemand möchte kurz vor dem ersehnten Ruhestand erfahren, dass er ein Jahr länger arbeiten muss“.

Karl-Heinz Fuß

„Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in Rheinland-Pfalz bis 2016/2017 vom Ministerium veröffentlicht

Professor Dr. Klaus Klemm erhielt vom MBWWK den Auftrag, „…die Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, der schulstrukturellen Veränderungen sowie der bereits eingeleiteten und der angekündigten Verbesserungen der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften zu untersuchen und darzustellen“. Diese Untersuchung wurde auf der Basis von Datenmaterial des Ministeriums erstellt und gliedert sich in sechs Abschnitte:

1. Entwicklung der Schulbevölkerung (Anteil der 6– bis unter 19jährigen);
2. Entwicklung der Schülerzahlen;
3. Entwicklung des Lehrkräftebedarfs bei konstanter Lehrkräfte-Schüler-Relation;
4. Lehrkräftebedarf in Folge angekündigter Verbesserungen in der Ausstattung mit Lehrkräften;
5. Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren
6. Beschreibung des Einstellungsbedarfs für die allgemeinbildenden Schulen und die Förderschulen.

Die wichtigsten Zahlen für den BBS-Bereich:

Prognostizierte Zahl der Schülerinnen und Schüler

Schuljahr	BBS/Vollzeit	BBS/Teilzeit	BBS/gesamt
2011/12	42.476	84.618	127.094
2016/17	39.700	78.200	118.000
2020/21	34.200	65.300	99.500

Von der Landesregierung angekündigte „Bedarfsänderungen“ und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf: (akkumulierte Werte)

Schuljahr	Verbesserung der Unterrichtsversorgung	Schulleitungs-pauschale	Weiterentwicklung BF	Änderung Vorbereitungsdienst („VD 18“)	Ausbau der FOS	Bedarf insgesamt (VZLE)
2012/13	50	0	10		13	5.409
2013/14	100	10	20	-16	26	5.444
2014/15	157	10	30	-33	39	5.439
2015/16	157	10	40	-33	52	5.418
2016/17	157	10	50	-33	65	5.285

Eingerechnete Auswirkungen aus der Koalitionsvereinbarung für den BBS-Bereich:

- Für die vorgesehene Halbierung des Unterrichtsausfalls in den berufsbildenden Schulen werden 157 Stellen zusätzlich eingeplant.
- Für die „Verbesserung der Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen“ (Zitat) werden für die Errichtung von weiteren Fachoberschulen an den Realschulen plus 65 Stellen eingeplant.
- Um die Berufsfachschulen an den Berufsbildenden Schulen weiterzuentwickeln, werden zusätzlich 50 Stellen eingeplant.
- Zur Verbesserung der Schulleitungsanrechnung an der BBS sind insgesamt 10 Stellen (240 Stunden) vorgesehen.

Lehramtsspezifisch sind die **generellen Einstellungschancen** für die BBS als günstig einzuschätzen; es ergibt sich im 5-Jahreszeitraum eine **Einsparung von insgesamt 1.850 Stellen** über alle Schularten hinweg**;** weitere Effekte sind durch die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** zu erwarten, d.h.. durch eine Erhöhung des Pensionsalters.

Das vollständige Gutachten zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz findet sich im Internet unter: www.unterrichtsversorgung.rlp.de im Lexikon unter dem Stichwort „Lehrerbedarf“.

Klemm-Gutachten – Defizite offensichtlich, Politik reagiert halbherzig

Eine neue Studie, basierend auf den alten Zahlen, und die Landesregierung nutzt die Veröffentlichung zur Verkündung neuer Großtaten: Der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen des Landes soll halbiert werden. Dieses bescheidene Ziel - (Verringerung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf immerhin noch über drei Prozent! - wird nicht etwa durch verstärkte Einstellungsbemühungen junger Lehrkräfte erreicht, sondern lediglich durch die Gnade der Demografie, sprich nachlassende Schülerzahlen, und durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Lehrkräfte. Qualitative Verbesserungen lassen sich da an wenigen Fingern abzählen, so etwa im Bereich der Berufsfachschule und der Schulleitungspauschale. Wirksame Schritte, den Unterrichtsausfall an den BBS endlich zu beseitigen, sind der Landesregierung nicht eingefallen. Immerhin wurde die Einrichtung einer „Expertenkommission“ angekündigt, in der unter Beteiligung der Verbände Vorschläge für die zukünftige Gestaltung des Systems der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz entwickelt werden sollen. Die Vorstellungen des **vlw** liegen seit langem auf dem Tisch, so etwa die Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes BBS, qualitative Verbesserungen im Bereich der BF und der HBF, anständige Besoldungserhöhungen für die Lehrkräfte, Reform der „3/6-Pauschale“. Man muss nicht viel Phantasie haben, um zu sehen, dass nicht viele dieser seit Jahren bekannten Forderungen erfüllt werden, allein schon angesichts der „Schuldenbremse“ im Landeshaushalt, deren (berechtigte) Existenz die Beschäftigten des Landes ausbaden sollen. *Michael Lutz*

Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

An der BBS WI in Ludwigshafen fand am 1. März eine Informationsveranstaltung des **vlw**-Bezirks Pfalz zur Altersteilzeit statt. Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** und der Bezirksvorsitzende **Andreas Seehaus** begrüßten die insgesamt 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Die Referentin Frau **Karin Kunert**, im vlw zuständig für „Recht und Besoldung“, erläuterte die grundsätzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Altersteilzeit. Der mit konkreten Berechnungsbeispielen versehene Vortrag wurde von den Kolleginnen und Kollegen als äußerst informativ wahrgenommen. Unterstützung erhielt Frau Kunert von Herrn **Gernot Kormann**, dem früheren Bezirksvorsitzenden des Bezirks Koblenz und langjährigen Bezirkspersonalratsmitglied. Gemeinsam konnten Karin Kunert und Gernot Kormann die z. T. sehr speziellen Fragen rund um die Altersteilzeit sachkundig und umfassend beantworten. Mit einem Blumen- bzw. Weinpräsent bedankte sich Andreas Seehaus bei den Referenten für deren aufwändige Vorbereitungen und für die freundliche und professionelle Durchführung der Veranstaltung. *Andreas Seehaus*

Diese Veranstaltung soll auch im Bezirksverband Koblenz angeboten werden, und zwar am 14. Juni um 16:00 Uhr an der BBS Wirtschaft in Koblenz.

Ortsverband Kirn tagt im Whiskymuseum auf der Kyrburg

Kirn, 03.05.2012. Einen informativen wie genussreichen Abend erleben die Kirner **vlw**-Mitglieder auf Einladung des Ortsvorsitzenden, **Björn Jacobs**, auf der Kirner Kyrburg. Kennern guten Single Malts ist das Kirner Whiskymuseum und Restaurant längst ein Begriff. Burgherr **Horst Kroll** führt die Kollegen in den Gewölbekeller der Kyrburg, wo sich ein Museum mit über 3 500 Whiskys aus aller Welt befindet. Bei einem Willkommens-Longdrink oder Single Malt berichtet der Hausherr über die Historie der Burg, das Museum, alles Wissenswerte über Whiskytastings und beantwortet voller Begeisterung die Fragen der interessierten Anwesenden.

In diesem ansprechendem Ambiente des Gewölbekellers tagt der Ortsverband zum ersten, aber mit Sicherheit nicht zum letzten Mal. Björn Jacobs heißt gleich zwei Neumitglieder Willkommen. Referendar und Mentor treten gemeinsam dem **vlw** bei. **Daniel Kuhn**, der seit November 2011 an der BBS Kirn sein Referendariat absolviert, sowie sein Mentor **Eberhard Bender** erhalten in feierlichem Rahmen das **vlw**-Begrüßungspräsent, die allseits geschätzte Gesetzessammlung mit Rechts- und Verwaltungsvorschriften für berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz.

v.l.n.r. Björn Jacobs, Wolfgang Fischer, Kurt Flöck, Christine Reinhard, Heinz Andreas, Eberhard Bender, Dirk Mettler

Besonders erfreulich für den kleinen Ortsverband ist der Besuch unserer vlw-Vertreter aus BPR und HPR. So erhalten die Kirner Kollegen aktuelle Informationen aus erster Hand. Der Bezirksvorsitzende, **Kurt Flöck**, gibt einen Überblick über die anstehenden Verbandsveranstaltungen im Bezirk Koblenz. Der persönliche Kontakt zu dem BPR-Vertreter erleichtert den **vlw**-Mitgliedern den künftigen Austausch bei anfallenden dienstrechtlichen Fragen. Der Landesvorsitzende, **Karl-Heinz Fuß**, berichtet über Aktuelles aus der Bildungspolitik und dem HPR. In kleiner Runde diskutieren die Kollegen mit den Fachleuten über Fragen zur Altersteilzeit und Beamtenversorgung, aber auch über die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens sowie insbesondere der BBS Kirn. Der Schulleiter der BBS Kirn, **Heinz Andreas**, empfindet den Besuch aus Landes- und Bezirksvorstand als besondere Wertschätzung des etwas abseits liegenden Nahestädtchens Kirn. Die Kombination aus Informationen, gustatorischen Leckereien und Geselligkeit findet bei den 11 Teilnehmern aus Orts-, Bezirks- und Landesverband großen Anklang. Dieser Abend ist der Auftakt für den Ortsverband Kirn, künftig wieder aktiver an der BBS Kirn aufzutreten. *Björn Jacobs*

Neuordnung der Büroberufe - ab 2014?

Aus den drei „Büroberufen“ „Kaufleute für Bürokommunikation“, „Bürokaufmann/-kauffrau“ und „Fachangestellte(r) für Bürokommunikation“ soll der Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ werden; die Ausbildungsdauer wird drei Jahre betragen, es soll ein Monoberuf mit Wahlqualifikationen sein, bei dem die „gestreckte Abschlussprüfung“ erprobt werden soll. Für den Erwerb der „berufsprofilgebenden Qualifikationen“ sind insgesamt 26 Monate der Ausbildungszeit vorgesehen, es verbleiben für zwei Wahlqualifikationen jeweils fünf Monate der Ausbildungszeit. Als nächstes wird sich der BIBB-Hauptausschuss im Dezember 2012 mit der Neuordnung beschäftigen, danach soll die Veröffentlichung von Ausbildungsordnung und Rahmenlehrplan erfolgen. Der ursprünglich geplante Einführungstermin zum Schuljahr 2013/14 wird nicht mehr für realistisch gehalten. **Jochen Bödeker**, im **vlw**-Bundesvorstand für den Bereich der Bildungspolitik verantwortlich, formuliert in seinem lesenswerten Aufsatz in „**Wirtschaft und Erziehung**“ 1-2/2012, S.19ff. folgende Fragestellungen an die Reform:

- Wird mit der neuen Ausbildungsstruktur sichergestellt, dass die jungen Menschen „richtig“ für ihre berufliche und persönliche Zukunft qualifiziert werden?
- Ermöglicht die Ausbildung genügend Flexibilität, um der Heterogenität der Ausbildungsbetriebe zu entsprechen?
- Wird die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung den Erfordernissen gerecht?

Mit der vorgesehenen Neuordnung werden die Ausbildungsinhalte, insbesondere die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung, an die der anderen kaufmännischen Berufe angepasst. **Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz?** Zuallererst ist zu wünschen, dass die Kolleginnen und Kollegen im Reformprozess „mitgenommen“ werden; es sollte Zeit genug bleiben, um von Beginn an mit erarbeiteten Arbeitsplänen und abgestimmten Lehrbüchern unterrichten zu können. Auch sollten weiterhin Qualifikationen im Bereich Textverarbeitung und Anwendungssoftware erworben werden können, welche für eine Beschäftigung der jungen Menschen im Bürobereich von elementarer Bedeutung sind. Dies ermöglicht auch die sinnvolle Weiterbeschäftigung von Lehrkräften des Bereichs Bürowirtschaft und Textverarbeitung. Für unsere Schulen wird von erheblichem Interesse sein, ob alle Wahlqualifikationen (sprich: Ausbildungsabschlüsse im Bürobereich) an einer Schule erworben werden können; eine interessante Frage vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen und Schulstrukturdiskussionen auch im BBS-Bereich.

Der **vlw** wird die laufende Entwicklung kritisch begleiten und seine Forderungen für eine sinnvolle Reform formulieren und einbringen.

Neue Zuständigkeiten im MBWWK

Im März 2012 wurde **Hans Beckmann** zum Staatssekretär im MBWWK, zuständig für den Schulbereich, ernannt. Er verfügt über Erfahrungen im berufsbildenden Schulwesen: Nach dem Abitur und dem Studium (Anglistik, Politikwissenschaft) absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst an der BBS Wirtschaft II in Ludwigshafen. Seit 1992 war er in der ADD in der Außenstelle der Schulaufsicht in Neustadt tätig, deren Leitung er 2005 übernahm. Im Februar 2011 wechselte er als Abteilungsleiter für den Bereich Realschulen an das Ministerium. Der **vlw**-Landesvorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit einem Staatssekretär, der das berufliche Schulwesen kennt und wünscht viel Erfolg im neuen Amt.

Ebenfalls im Mai 2012 wechselte Staatssekretärin **Vera Reiß** in die Funktion der Amtschefin des Bildungsministeriums. Somit ist sie künftig für Wissenschaft und Weiterbildung zuständig. Die Stelle war durch die Wahl von **Michael Ebling** zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz freigeworden. Frau Reiß war seit 2007 die für den Schulbereich zuständige Staatssekretärin und für den **vlw** eine stets gesprächsbereite und kompetente Ansprechpartnerin. Auch ihr wünscht der **vlw**-Landesvorstand Erfolg in ihrer neuen Funktion und hofft auf die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Verantwortlich: **Karl-Heinz Fuß**, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

2012 / 09 vlw—kompakt

Duale Ausbildung erhalten und stärken –

Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz

Der Landesausschuss für Berufsbildung in Rheinland-Pfalz hat die Aufgabe, „…die jeweilige Landesregierung in Fragen der Berufsbildung zu beraten…“. Im Rahmen dieser Aufgabe hat der Landesausschuss unlängst ein lesenswertes Papier mit dem Titel „Perspektive duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz“ veröffentlicht.

Grundlage seiner Empfehlung ist, „…dass für junge Menschen alle Wege offen stehen sollten, die ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Sie sollten alle Möglichkeiten und Chancen so kennen lernen, dass sie auf dieser Grundlage eine gute, individuell passende Entscheidung treffen können…“.

Bei der Entscheidung, eine Berufsausbildung oder andere Wege einzugehen, spielen u.a. eine Rolle;

- Die Attraktivität und das „Image“ von Ausbil-

Fortsetzung: Seite 2

INHALT

⇒ **Duale Ausbildung erhalten und stärken**

⇒ **vlw trifft Hans Beckmann**

⇒ **Landesvorstand zu Gast in Pirmasens**

⇒ **Stellungnahme des Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“**

⇒ **BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxislehrkräfte**

⇒ **Die „schnelle Stunde“ in Bingen**

⇒ **Bezirksversammlung in der Pfalz**

⇒ **Nachruf Klaus Krönung**

⇒ **Ankündigung der Landesversammlung des vlw am 12. November in Trier**

Der Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz legt den Finger in die Wunde – in seinem Grundsatzpapier benennt der Landesausschuss für berufliche Bildung die Hausaufgaben für die Ministerin und das von ihr geführte MBWWK. Gefordert werden u.a. die **Bereitstellung ausreichender Ressourcen bezüglich der Lehrkräfteversorgung** und die **Verbesserung der Lehrkräfteversorgung** insbesondere in den Mangelfächern. Auch die Entwicklung eines Konzepts **zur Sicherung von Berufsschulstandorten** vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird gefordert. Diese Forderungen sind mit denen des **vlw** deckungsgleich. Seit Jahren beklagt der Verband den hohen Unterrichtsausfall an unseren Schulen (real—strukturell + temporär—liegt er bei ca. 10%). Ein Programm zur Gewinnung von Lehrkräften – und dabei kann es nicht nur ein Programm zur Verbesserung des „Images“ sein – ist trotz Versprechungen bisher nicht entwickelt. Am Beispiel des Theaters um die Entwicklung der Schulstandorte im Mainzer Raum zeigt sich auch die Ratlosigkeit des Ministeriums; eine Linie ist hier bisher nicht erkennbar. Mit allen schönen Konzepten verbunden ist die Frage nach der Finanzierung dieser von allen Seiten für notwendig gehaltenen Verbesserungen. Erhebliche Bemühungen sind hier erforderlich. **So wie bisher kann es nicht weitergehen; die Landesregierung muss erklären, wie sie die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen will. Wir werden weiterhin fordern, dass dies nicht, wie bisher üblich, nur auf dem Rücken und auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen wird.**

KURZ UND AKTUELL

⇒ **OVG Koblenz—Urteil: Personalrechtliche Zuständigkeit für FOS-Lehrkräfte nicht bei den BBS-Personalräten**

⇒ **Änderung des Schulgesetzes RLP: Kontakte zwischen Lehrkräften und Schülern eindeutig geregelt**

⇒ **Kommission zur Entwicklung der BBS in Rheinland-Pfalz nimmt Tätigkeit auf**

⇒ **Neuwahlen zu den Personalräten im Mai 2013**

⇒ **Reform der BF 1 wird konkreter**

dungsberufen;
- Das Ausbildungsplatzangebot bzw. die Chance auf einen Ausbildungsplatz;
- Die Perspektiven nach der Ausbildung.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang,

- über die mit den verschiedenen dualen Ausbildungsberufen verbundenen Möglichkeiten so gut wie möglich zu informieren;
- die Attraktivität durch Qualität, gute Rahmenbedingungen und Perspektiven im Betrieb zu sichern sowie
- die Attraktivität in der Berufsschule zu sichern.

Der Landesausschuss betont die **wesentliche Rolle der Berufsschule als dualer Partner in der Berufsausbildung**. Hervorgehoben wird als wichtige Aufgabe, die .."in der Praxis erworbenen betriebsspezifischen Kompetenzen im Sinne einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz weiter zu entwickeln sowie die berufsübergreifenden personalen und sozialen Kompetenzen, auch vor dem Hintergrund der Höherqualifizierung und Weiterbildung, zu komplettieren...".

Gleichzeitig werden aber auch in folgenden Bereichen „Herausforderungen" (sprich: Defizite) gesehen:

- Bereitstellung ausreichender Ressourcen, insbesondere bzgl. der Lehrkräfteversorgung;
- Sicherung der Qualität des Berufsschulunterrichts;
- Zusatzangebote für Interessierte zur Stärkung der Studierfähigkeit;
- Verbesserung der Lehrkräfteversorgung in „Mangelfächern", Imagekampagne zur Erhöhung der Zahl der Lehramts-Studierenden, Umsetzung des Konzepts zur Weiter- und Höherqualifizierung der Lehrkräfte des gehobenen Dienstes;
- Qualifiziertes Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts;
- Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen (Stütz- und Förderunterricht, Zusatzqualifikationen, Lernbausteinkonzept);
- Konzeptentwicklung für Berufsschulstandorte zur Sicherung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, Anpassung der Klassenmesszahlen vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen;
- Konzept im Hinblick auf Standortentwicklungen, die Fachklassenstruktur und evtl. Landes- und Bundesfachklassen; gleichzeitig ist stets das Interesse von Auszubildenden, Eltern und Betrieben nach Schulstandorten in der Fläche und kurzen Wegen zur Schule zu beachten.
- Erweiterung der Selbstständigkeit der Schulen.

Auch die Übergangssysteme (insbesondere von der Bundesagentur geförderte Maßnahmen und Teile der Angebote von berufsbildenden Schulen außerhalb der dualen Ausbildung) sollen überprüft und in ihren Potentialen besser als bisher genutzt werden, d.h. die Erfolgsquote für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Übergangssystems sollte verbessert werden. Betont wird aber die Priorität der Aufnahme einer passenden betrieblichen Ausbildung.

Auch den Jugendlichen mit Abitur gilt das Augenmerk des Landesausschusses. Junge Menschen mit Abitur sollen verstärkt für die Berufsausbildung gewonnen werden, z.B. durch ein ausbildungsintegriertes duales Studium. Nach der Ausbildung sollen dementsprechend die berufliche Weiterbildung oder der Hochschulzugang ermöglicht werden. Berufsintegrierte und berufsbegleitende Studiengänge sollen ausgebaut, beruflich Qualifizierten der Hochschulzugang ermöglicht werden.

Insgesamt bildet das Papier des Landesausschusses eine äußerst lesenswerte Bestandsaufnahme der Probleme und Perspektiven unseres Systems der beruflichen Bildung; Entwicklungstendenzen und Chancen werden aufgezeigt. Eine breite Diskussion muss erfolgen, die Landesregierung hat dazu den Anfang gemacht und eine Kommission zur Zukunft der Beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz eingerichtet, in der auch der **vlw** vertreten ist.Zu hoffen ist, dass die Landesregierung nach der Diskussion mit allen Beteiligten die nötigen, auch finanziellen, Konsequenzen zu ziehen bereit sein wird.

http://www.mwkel.rlp.de/File/Perspektive-duale-Ausbildung-pdf/

vlw trifft Hans Beckmann – Neuer Staatssekretär im MBWWK

Es war keine Zeit zu verlieren – nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt empfing der neue, für die Schulen zuständige **Staatssekretär Hans Beckmann** eine Delegation unter Leitung des Landesvorsitzenden, **Karl-Heinz Fuß**. Der „Neue“ ist vom Fach – seinen Vorbereitungsdienst absolvierte **Hans Beckmann** an einer BBS in Ludwigshafen, er war bei der ADD tätig und danach Abteilungsleiter für Realschulen im MBWWK. In dem Gespräch zeigte sich **Hans Beckmann** – trotz Differenzen zu den Positionen des Verbandes, etwa zur Fachoberschule oder in Besoldungsfragen – als ein kompetenter und aufgeschlossener Gesprächspartner. Bei diesem ersten Gespräch ging es dem Landesvorstand vor allem darum, seine Positionen zu aktuellen bildungspolitischen Fragen zu verdeutlichen. **So betonte Karl-Heinz Fuß, dass die Fachoberschule Wirtschaft und Verwaltung als Bedrohung für den kaufmännischen Bereich angesehen wird**. Sinnvoller wäre es, den Bildungsgang der FOS an der BBS zu verorten, da dort die entsprechend professionalisierten Lehrkräfte zu finden sind. Der Einsatz von BBS-Lehrkräften an der Realschule plus ist äußerst problematisch, da diese dadurch von ihrer „Stammschule“ abgekoppelt sind. **Hans Beckmann** betonte, dass die Frage der Anbindung der an der FOS unterrichtenden Lehrkräfte an die BBS Gegenstand aktueller Überlegungen sei; so wären etwa Abordnungen an die FOS (oder von der FOS an die BBS) denkbar. Er forderte die Beteiligten zur Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse der Schülerinnen und Schüler auf.

Der berufsbegleitende Aufstieg für Bürowirtschaftslehrkräfte bildete einen weiteren Schwerpunkt des Gespräches. Hier soll es, im Gegensatz zu früheren Zusagen im Verlaufe des Einigungsstellenverfahrens zur FOS, keine Aufstiegsmöglichkeit geben. Auch die Möglichkeit der Beförderung zum „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ (FlmbA) ist stark eingeschränkt worden. Hier wies Staatssekretär Beckmann auf die verkürzte Wartezeit hin. **Hier fordert der vlw die Verkürzung der Wartezeit von bisher zwölf Jahren.**

Einen Schwerpunkt des Gespräches bildete die anstehende **Reform der Berufsfachschule**. Der **vlw** begrüßte die Übereinstimmungen weiter Teile des Konzeptes mit dem Positionspapier des Verbandes. Positiv sieht der **vlw** die Einsatzmöglichkeiten für die Lehrkräfte für Fachpraxis, problematisch ist die Umsetzung des Konzeptes für die Schulen im Bereich des Stundenplanes. Als schwierig wird auch die Ballung des Theorieunterrichts zu Beginn der BF1 angesehen. **Hans Beckmann** sicherte in diesen Fragen Offenheit und weitere Gespräche zu.

Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch einmal auf die Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung für Lehrkräfte im kaufmännischen Bereich hin. Den bisher gut funktionierenden Studiengang zum „Diplom-Handelslehrer“ an der Uni Mainz gibt es nicht mehr, stattdessen wird s der Abschluss „Master of Science“ angeboten, der keine Anerkennung durch das MBWWK findet. Der vom Ministerium favorisierte Abschluss zum „Master of Education“ wird zur Zeit nicht angeboten. In diesem Zusammenhang fordert der Verband nach wie vor eine Attraktivitätssteigerung der Arbeitsbedingungen im BBS-Bereich.

Die Delegation des **vlw**, neben **Karl-Heinz Fuß** noch **Mechthild Antony-Hatzfeld** und **Michael Lutz**, bedankte sich für ein gutes Gespräch in sachlich-konstruktiver Atmosphäre und wünschte dem neuen Staatssekretär eine glückliche Hand und eine erfolgreiche Tätigkeit im Ministerium.

Abbildung , v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Ute Schmazinski-Damp, (Referentin MBWWK), Mechthild Antony-Hatzfeld, Hans Beckmann. Foto: Michael Lutz

Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens

Auf seiner Reise durch Rheinland-Pfalz war der Landesvorstand zu Gast an der BBS Pirmasens. Den Auftakt auch dieses Besuches bildete das Gespräch mit der Schulleiterin **Liselotte Jung**. Themen des Gespräches waren die Neuordnung der Berufsfachschule 1 sowie die Zukunft der BBS vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, insbesondere in der Fläche. Die Region der Westpfalz ist vom demographischen Wandel besonders stark betroffen, Berufsschulklassen werden kleiner und sollen unter dem Druck der ADD an andere Schulen abgegeben werden – die Schulwege werden weiter, und es besteht die Gefahr, dass

v.l.n.r.: Michael Lutz, Liselotte Jung, Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Mechthild Antony-Hatzfeld.

in diesen Berufen in der Region nicht mehr ausgebildet wird – eine Spirale, die sich fortsetzt.

Zum Thema „Neuordnung der Büroberufe“ stand der Delegation des Landesvorstands der Kollege **Udo Letzel** zur Verfügung, der für das Land Rheinland-Pfalz in der Bundes-Lehrplankommission für die Neuordnung der Büroberufe vertreten ist. Vereinbart wurde eine Aufrechterhaltung der Kontakte, um den Kolleginnen und Kollegen jeweils die neuesten Informationen vermitteln zu können.

Um 15 Uhr begrüßte **Peter Michel**, der Ortsvorsitzende des **vlw**, die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus Pirmasens, Rodalben und Zweibrücken und gab einleitend einen Überblick über die Auswirkungen der demographischen Veränderungen auf die beiden Schulen. Einerseits lassen die Schülerzahlen nach, andererseits bedrohen die neu errichteten Fachoberschulen an der Realschule plus die Höheren Berufsfachschulen.

In der anschließenden lebendigen Diskussion ging es um Fragen der Lehrkräfteausbildung (Reform des Vorbereitungsdienstes „VD 18“ - Verkürzung des Referendariates auf 18 Monate), die Entwicklung der Schülerzahlen, den Unterrichtsausfall an den BBS, die Öffentlichkeitsarbeit der BBS angesichts neuer Konkurrenzsituationen, die Reform der Berufsfachschule 1 und Perspektiven der Verbandsarbeit. Zum Abschluss wies **Karl-Heinz Fuß** noch auf den Termin der Landesversammlung am 12. November in Trier hin. Auf dieser Landesversammlung sollen die aktuellen und brennenden Themen ausführlich diskutiert werden; an

diesem Diskussionsprozess sollen sich die Ortsverbände und Bezirke intensiv beteiligen. Karl-Heinz Fuß bedankte sich beim gastgebenden Ortsverband und überreichte zum Schluss den schon obligatorischen „**vlw**-Locher“ an **Peter Michel**.

Stellungnahme des vlw-Landesverbandes zum „Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in RLP:

…..Es ist seit langem eine unserer Forderungen, dass der zukünftige Lehrkräftebedarf, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen, antizipiert und dargestellt wird. Wir haben vor diesem Hintergrund das Gutachten mit hohem Interesse zur Kenntnis genommen. Allerdings sehen wir an einigen Stellen unsere Erwartungen nicht erfüllt bzw. sind skeptisch, ob die abgebildeten Werte geeignet sind, die zukünftige Versorgung an Lehrkräften im BBS-Bereich sicher zu stellen. Bitte lesen Sie dazu unsere folgenden konkreten Ausführungen:

Auf Seite 8 des Gutachtens sind für inklusive Angebote 200 VZLE vorgesehen, allerdings keine davon für die BBS. Dabei sind auch für die BBS ausgebildete Kräfte dringend nötig, wenn man inklusiven Unterricht durchgängig anbieten möchte. In der Regel besuchen Absolventen der Förderschulen anschließend die berufsbildenden Schulen. Auch wenn es bis dahin keine Förderschulen mehr geben sollte, ist zu erwarten, dass die schwachen Schüler aus der Realschule plus frühzeitig an die BBSn abgegeben werden. Die BBSn sind deshalb dringend auf die entsprechenden Fachkräfte angewiesen.

Begrüßenswert ist durchaus die Absicht, die Zahl der VZLE für Verbesserungen an den Berufsfachschulen um 50 zu erhöhen. Leider gibt es jedoch keine Bestrebungen, die Berufsfachschule in eine Ganztagsschule mit den entsprechenden Einrichtungen umzuwandeln. Dabei wäre es insbesondere für diese Schülerinnen und Schüler sinnvoll und wichtig, Einrichtungen nutzen zu können, wie man sie aufgrund der Zuschüsse i.d.R. nur an Ganztagsschulen findet. Dies sind insbesondere Mensen, Schülerarbeitsräume, Bibliotheken etc. Es darf nicht übersehen werden, dass es sich um eine Schulform handelt, die zum qualifizierten Sek-I-Abschluss führt. Sowohl Realschule plus als auch die G8-Gymnasien können Ganztagsangebote für solche Schüler vorhalten. Weshalb dann nicht die berufsbildende Schule?

Die vorgesehenen 65 Stellen für die Fachoberschule sehen wir als kritisch an, da diese nicht optimal im Bereich der Fachoberschule eingesetzt werden können. Durch die organisatorische Abkoppelung von der berufsbildenden Schule, werden diese Lehrkräfte in der Regel mit einem erheblichen Anteil im Sek-I-Bereich der Realschule plus unterrichten. Dafür sind sie eigentlich zu teuer. Zudem fällt gleichzeitig Unterricht bei uns im Sek-II-Bereich aus. Die Lösung des Problems sieht der **vlw** in der Verlagerung der FOS an die berufsbildende Schule. Dies würde zudem eine ganze Reihe weiterer Probleme lösen, wie z.B. die personalvertretungsrechtliche Zuordnung und die Anbindung der FOS-Kollegen an das System der BBS.

Tabelle 16 des Gutachtens weist aus, dass die Zahl der ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen stetig zunimmt. Gleichzeitig ist in Tabelle 21 klar zu sehen, dass der geplante Bedarf anhand der erwarteten Absolventen nicht gedeckt werden kann. Somit wird die Deckungslücke zunehmend größer werden. Es zeigt sich dringender Handlungsbedarf im Bereich „Image-Werbung“ für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Das Signal, dass durch die Darstellung des Bedarfs im Schuljahr 2016/17 gegeben wird, ist fatal. Es kann nicht sein, dass lediglich 72 Personen eingestellt werden sollen, vor dem Hintergrund des auch sicherlich bis dahin noch hohen strukturellen Unterrichtsausfalls.

Die Entlastung des Studienseminars durch die Umstellung auf VD18 kommt den Schulen zugute, da entlastete Fachleiter für Unterricht an ihrer Stammschule zur Verfügung stehen. Es ist jedoch bedauerlich, dass die Gelegenheit nicht genutzt wird, Raum für qualitative Verbesserungen in der Ausbildung zu gewähren. Die hohe Zahl an Absolventen im Jahr 2014 (Tabelle 17) basiert auf der Annahme, dass gleichzeitig die ersten Absolventen aus VD 18 und die letzten aus VD 24 ausscheiden. Es stellt sich uns allerdings die Frage, ob an dieser Stelle berücksichtigt wurde, dass im BBS-Bereich zu ca. 50% Quer- und Seiteneinsteiger ausgebildet werden, die nach wie vor einen 2jährigen Vorbereitungsdienst durchlaufen.

Insgesamt sind die im **vlw** organisierten Kolleginnen und Kollegen enttäuscht, dass im BBS-Bereich lediglich eine Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls angestrebt wird. Zudem wurde bei der Pressekonferenz von Prof. Klemm darauf hingewiesen, dass dies nur dann realisierbar sein wird, wenn in den Mangelfächern genügend Bewerber zur Verfügung stehen. Wie soll man jedoch die Zahl der Bewerber erhöhen, wenn die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zunehmend reduziert wird (Beispiele: Verschlechterungen bei Besoldung und Beihilfe; Beförderungsstau, etc.).

Zum strukturellen Unterrichtsausfall kommt der temporäre hinzu. Aufgrund der Erhebungen kann davon ausgegangen werden, dass dieser bei durchschnittlich 3% liegt. Wenn nun struktureller und temporärer Unterrichtsausfall addiert werden, entsteht eine erschreckend hohe Zahl von knapp 10%. Selbst bei Halbierung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf 3,2% kämen man somit immer noch auf 6,2% Unterrichtsausfall in der Summe. Dies ist unseres Erachtens immer noch deutlich zu hoch und als Zielsetzung, wie zu Beginn gesagt, enttäuschend.

Karl-Heinz Fuß
Landesvorsitzender

http://www.mbwwk.rlp.de/fileadmin/mbwjk/Unterrichtsversorgung/Klemm_Gutachten_lang.pdf

Aktuell aus der Pfalz: BBS Pirmasens beim „Pfälzerwald-Lauf 2012“

So sehen Sieger aus: Nach dem „Pfälzerwald-Lauf“ präsentierten sich die munteren Sportler der **BBS Pirmasens**, verstärkt durch einen Gast aus Rheinhessen, der Kamera von Landesvorstands-Mitglied **Bernd Zinssius**.

BBSW Koblenz: Informationen für Fachpraxis-Lehrkräfte

Im Rahmen eines Informationsaustausches an der BBSW Koblenz am 11.06.2012 für Fachpraxislehrerinnen und -lehrer wurde u. a. die Problematik der Beschäftigungs- und der Aufstiegsmöglichkeiten von Seiten des **vlw**-Landesvorstandes thematisiert. Anwesend waren **Karl-Heinz Fuß, Michael Lutz, Kurt Flöck und Ilona Meuth-Bach** (als Vertreterin der fachpraktischen Lehrkräfte im **vlw**). Aufgrund der Änderungen der Lehrpläne (aktuell auch im Rahmen der Neuordnung der Büroberufe), in denen Fächer wie Bürowirtschaft und Textverarbeitung nicht mehr als eigenständiges Fach auftauchen sollen und aufgrund der Bedarfslage werden in diesem Schulaufsichtsbezirk gegenwärtig keine Lehrkräfte für Fachpraxis in diesem Bereich in die Ausbildung genommen (in den anderen Schulaufsichtsbezirken sieht es ähnlich aus). Auch hinsichtlich der Ausbildung zum Fachlehrer mit beratenden Aufgaben ist perspektivisch nicht mit Neuausschreibungen zu rechnen. Einigkeit besteht darüber, dass die Bezeichnung „Fachlehrer mit beratenden Aufgaben“ ersetzt werden müsste, da Beratungen an anderen Schulen eigentlich nicht stattfinden - eine weitere Gefahr, die dazu führen könnte, diese Beförderungsmöglichkeit in Gänze zu kippen. Bezüglich der Aufstiegsqualifikation für Bürowirtschaftslehrkräfte, analog zu ersten Möglichkeiten im gewerblichen Bereich (hier gibt es eine Kooperation mit der Universität Kaiserslautern), gibt es zurzeit keine Angebote – der **vlw** befürchtet, dass in der Hinsicht von Seiten des Ministeriums nichts angeboten wird. Die Bedenken der Anwesenden waren sehr stark, was die Bereiche Einsatzgebiete und der Erhalt des Aufstiegs nach A12 betraf. Die langen Wartefrist von 12 Jahren wwird als deutlich zu lang empfunden. Der **vlw** muss erreichen, dass die gegenwärtigen Lehrkräfte für Fachpraxis weiterhin die Möglichkeit haben, diesen Aufstieg zu schaffen und dass die Wartezeit verkürzt wird. Im Rahmen der BF 1-Reform werden breite Beschäftigungsfelder für Lehrkräfte für Fachpraxis gesehen, wie auch in anderen Ausbildungsberufen. Hier gilt es, sich stark zu machen für eine adäquate Beschäftigungssituation an den jeweiligen Schulen, die Fortbildungsinstitute aufzufordern, ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten bereitzustellen, und sich im Ministerium dafür einzusetzen, eine in Art und Umfang angemessene Aufstiegsprüfung nach A12 zu erhalten.

Die „schnelle Stunde“ – Fortbildung für Berufseinsteigerinnen – und Berufseinsteiger in Bingen

Am 6. September 2012 trafen sich in den Räumen der BBS Bingen 18 Kolleginnen und Kollegen zur „Fortbildung für Berufseinsteiger“. Nach der Begrüßung durch die stellv.

Landesvorsitzende des **vlw**, **Mechthild Antony-Hatzfeld**, wurden unter der Leitung von **Eva Pertgen** (siehe Foto), Mitglied des Landesvorstands, und ihres Kollegen **Bernhard Bohrer** Fragen wie die Leitung von Vollzeit- und Teilzeitklassen, die „schnelle Stunde“, lehrerfreundliche Klassenarbeiten und der Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern gemeinsam behandelt. Die Kolleginnen und Kollegen haben ja das Problem, dass nach den sehr aufwändigen Unterrichtsentwürfen in der zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung die 24 Wochenstunden einen Berg bilden, der erst einmal erklommen werden muss. Hierbei möchte der **vlw** helfen, er möchte den jungen Lehrkräften Hilfe und Unterstützung anbieten. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und vielen Gesprächen kamen alle Beteiligten zum Ergebnis, dass das Seminar hierbei geholfen hat. Der **vlw** wünscht allen viel Erfolg bei der Umsetzung, und dankt vor allem allen Kolleginnen und Kollegen, die bei der Konzeption und Umsetzung dieser Fortbildungsveranstaltung geholfen haben.

Im Zeichen der Personalratswahlen 2013:

Bezirksdelegiertenversammlung in der Pfalz

„Fünf Jahre 1% sind für unsere Kolleginnen und Kollegen demotivierend und völlig inakzeptabel“, darin waren sich die Delegierten der Pfalz einig! Der Antrag des Bezirksvorstandes, sich beim dbb Rheinland-Pfalz nachdrücklich für konzertierte Aktionen gegen die vom Land beschlossenen Gehaltserhöhungen für die Beamtinnen und Beamten einzusetzen, wurde von den Delegierten vehement unterstützt. Die Begrüßung der Delegierten erfolgte durch den Bezirksvorsitzenden **Andreas Seehaus.** Zunächst informierte der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** die Anwesenden über aktuelle bildungspolitische Themen, wie z.B. das

„Klemm-Gutachten“ zum künftigen Lehrerbedarf in Rheinland-Pfalz, über die geplanten Reformen in der BFI und gab einen Ausblick auf den Personalratswahlkampf im Mai 2013.

Andreas Seehaus berichtete über die Veranstaltungen der letzten beiden Jahre, unter anderem die Sitzungen des Bezirksvorstandes, die jährlichen Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre, die Seminarveranstaltungen und über weitere Tätigkeiten. **Matthias Hein** informierte über die wichtigsten Ausgabenbereiche des Bezirksverbandes, ferner über den Kassenbestand. Dabei konnte Herr Hein eine sehr sparsame Haushaltsführung des Bezirksvorstandes belegen sowie die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Rücklagen erhöht wurden.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Bezirksvorsitzenden und des Kassierers stand die Neuwahl des Bezirksvorstands an. In geheimer Abstimmung wurde **Andreas Seehaus** von der BBS Landau und Mitglied des Bezirkspersonalrates, mit 100% der abgegebenen Stimmen zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Der bisherige stellvertretende Vorsitzende **Peter Michel** von der BBS Pirmasens wurde ebenfalls ohne Gegenstimme in seinem Amt bestätigt. Beide bedankten sich bei den Delegierten für das entgegengebrachte Vertrauen. Es folgten Abstimmungen über die Delegierten der Ortsverbände für die bevorstehende Landesdelegiertenversammlung am 12. November in Trier und die Abstimmung über die Kandidaten des Bezirksverbandes für die Landeslisten des Haupt- und Bezirkspersonalrats.

Außerhalb der Tagesordnung wurde **Heinz Werner Seyler**, stellvertretender Schulleiter an der BBS Wirtschaft in Kaiserslautern, für sein langjähriges Engagement für den Verband geehrt und gewürdigt.

Auf sehr persönliche Art und Weise lobten **Frieder Heil** und **Andreas Seehaus** den Kollegen **Heinz Werner Seyler** für über 30 Jahre geleistete Arbeit im größten Ortsverband des Bezirks der Pfalz sowie für seine langjährige Mitarbeit im Bezirksvorstand und sein Engagement bei unzähligen Veranstaltungen. Sein im „positiven Sinne kritischer Geist“, seine geradlinige und aufrichtige Art wurden besonders hervorgehoben.

Es folgten noch fruchtbare Diskussionen über verschiedene Anträge für die Landesdelegiertenversammlung.

In seinem Schlusswort bedankte sich **Andreas Seehaus** ausdrücklich bei den Delegierten, insbesondere bei den Ortsvorsitzenden, für ihr Engagement in den Schulen.

Heinz Werner Seyler und Frieder Heil

Lisa Gräber
Heinrich Vögeler
Andreas Seehaus
Jürgen Schwind
Peter Michel
Freddy Baque-
Es fehlen:
Mechthild Antony-Hatzfeld,
Udo Bracke

Klaus Krönung

Am 27.April verstarb, plötzlich und unerwartet, unser Freund und Kollege, **Dipl.-Hdl. Klaus Krönung**, im Alter von nur 68 Jahren. Klaus Krönung nahm 1974 seine Tätigkeit an unserer Schule, der BBS Bingen, auf und wirkte zuletzt, bis zu seiner Pensionierung im Juli 2007, in verantwortlicher Position als Studiendirektor bei der Schulleitung. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand blieb **Klaus Krönung** unserer Schule und seinen Kolleginnen und Kollegen, wie auch dem **vlw** auf seinen Bezirks- und Landesversammlungen, mit großem Engagement und Interesse eng verbunden.

Klaus Krönung liebte seine Heimat, den Rheingau und den Mittelrhein, die er jahrzehntelang mit uns auf dem Fahrrad durchquerte. Für die BBS Bingen bemühte er sich, über seine Pensionierung hinaus, um die Schulpartnerschaft zur BBS in Sonneberg (Thüringen). Wir alle vermissen **Klaus Krönung** und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen Kindern und Enkelkindern.

Peter Kempf, Ortsvorsitzender

Michael Lutz

Verantwortlich: **Karl-Heinz Fuß**, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

An alle vlw-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 28. August 2012

Einladung zur ordentlichen

vlw-Landesdelegiertenversammlung

Termin: **12. November 2012, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr**

Ort: **Robert-Schumann-Haus, Auf der Jüngt 1, 54293 Trier, Tel. 0651/8105-431**
www.kath-akademie-trier.de

Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl einer Versammlungsleiterin/eines Versammlungsleiters, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
3. Bericht des Landesvorsitzenden
4. Bericht des Landesschatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache und Entlastung des Vorstands
7. Wahlen
7.1 Wahl des Landesvorstands
7.2 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur HPR-Wahl
7.3 Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur BPR-Wahl
8. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
9. Ernennung von Ehrenmitgliedern
10. Beschlussfassung zu den Anträgen
11. Verschiedenes
12. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrlVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen **vlw**-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 8. Oktober 2012** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

Landesgeschäftsstelle: Beethovenstr. 2a - 67292 Kirchheimbolanden
Tel. 063 52 / 7 19 05 17 - Fax 0 63 52 / 7 19 05 18
Web: www.vlw-rlp.de - E-Mail: Kontakt@vlw-rlp.de
Landesvorsitzender: Diplom-Handelslehrer Karl-Heinz Fuß

11/2012 vlw—kompakt

KURZ UND AKTUELL

⇒ **Rheinland-Pfalz—BBS: Restriktive Einstellungspraxis nach dem 2. Staatsexamen**

⇒ **Einstellungen in den Vorbereitungsdienst an BBS: Anwärterzahlen weiter rückläufig**

⇒ **A14-Beförderungsverfahren für BBS-Lehrkräfte an den Fachoberschulen geplant**

⇒ **Einheitliche Schulverwaltungssoftware angekündigt**

Zweifelhafte Einstellungspolitik

Im Gespräch mit **Staatssekretär Hans Beckmann** und weiteren Referenten des Bildungsministeriums hat der **vlw** seine Kritik und Sorge an der derzeitigen Einstellungspolitik vorgetragen. Angesichts des hohen strukturellen Unterrichtsausfalls werden dringend Nachwuchslehrkräfte benötigt. Dennoch hat nur etwa die Hälfte der Absolventen aus den Studienseminaren für den 1.11.2012 ein Angebot für eine volle Planstelle erhalten. Selbst Bewerberinnen und Bewerber mit guten und sehr guten Abschlüssen wurden teilweise zunächst abgewiesen. Aus Sicht des **vlw** ein unhaltbarer Zustand, auch im Hinblick auf stetig rückläufige Zahlen von Bewerberinnen und Bewerbern für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst BBS. Beckmann betonte, dass die Sorge des **vlw** sehr ernst genommen und jeder Einzelfall geprüft werde. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die jungen Lehrkräfte bis dahin nicht in andere Bundesländer verabschiedet haben.

v.l.n.r, die Herren Jacobs, Fuß, Staatssekretär Beckmann, Gilcher, Olbrisch, Kugel, Flöck

Tausche Finanz- gegen Bildungspolitik

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit nunmehr über zwei Jahren wird verhandelt – BBS Bingen nach Ingelheim, die Ingelheimer nach Bingen, Mainzer überall hin, nur nicht nach Mainz, alles das war schon zu hören. Ach so – das ist Schulentwicklungsplanung. Dahinter steckt sicher ein kluges Konzept, oder? Das Konzept heißt – die Stadt Mainz will und muss Einsparungen vornehmen, und schließt man ein Gymnasium, so gibt das gleich viel böses Blut. Berufsbildende Schulen, das lockt doch niemanden hinter dem Ofen vor. In diesem Geflecht vielfältiger Interessen zwischen der Stadt Mainz, dem Landkreis Mainz-Bingen, der ADD und dem MBWWK gehen die Interessen der Schülerinnen und Schüler, aber auch die der Lehrkräfte, völlig unter. Kann es denn einem Konzept folgen, dass immer neue Schulen, immer neue Bildungsgänge ins Spiel gebracht werden, dass wie auf einem Basar gefeilscht wird? Die entscheidende Frage, wie – in Zeiten erheblicher demografischer Veränderungen – berufliche Bildung in unserem Land weiterhin auf hohem Stand gewährleistet werden kann, wird hier nicht beantwortet. Dies zeigt wieder einmal, dass berufliche Bildung keine große Lobby hat. Kammern, Betriebe, Schulen und auch deren Kollegien werden gegeneinander in Stellung gebracht – bislang ohne Ergebnis. Dass über die Köpfe der beteiligten Schüler und Lehrkräfte verhandelt wird, trägt nicht zur Qualität der Ergebnisse bei; die Fachkräfte sitzen in den berufsbildenden Schulen des Landes, und die Stellungnahme der Kolleginnen und Kollegen der BBS Mainz III weist in die richtige Richtung. Das Problem wird zutreffend analysiert, und es zeigt sich, dass es nicht um einen Konkurrenzkampf von Schulen geht – die Forderungen nach günstigeren PAUSE-Faktoren und niedrigen Klassenmesszahlen weisen den richtigen Weg. Wir werden uns in der Expertengruppe „strukturelle Weiterentwicklung berufsbildender Schulen“, die im November im Ministerium ihre Arbeit aufnimmt, in diesem Sinne für die Belange der beruflichen Bildung einsetzen – denn so verstanden ist Mainz überall!

INHALT

⇒ **Gespräch über zweifelhafte Einstellungspolitik**

⇒ **Schulstandorte in und um Mainz**

⇒ **dbb-Musterantrag auf angemessene Besoldung**

⇒ **Pensionärstreffen im Bezirk Pfalz**

⇒ **Fortbildung „Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention“ im Bezirk Koblenz**

⇒ **Urteil: Reisekosten für Lehrkräfte**

Stellungnahme des vlw-Ortsverbandes Mainz III zur geplanten Verlagerung von Bildungsgängen

Berufsschul-Unterricht ausbildungsplatznah beibehalten!

Der **vlw** stellt sich entschieden gegen die derzeitigen Planungen der Schulträgerausschüsse der Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen, Ausbildungsberufe an einzelnen Schulstandorten abzuziehen. Vielmehr müssen die Ausbildungsvielfalt und der ausbildungsplatznahe Schulbesuch der Berufsschülerinnen und Berufsschüler weiterhin an allen Standorten, an denen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe gegeben ist, ermöglicht werden.

Nach momentanem Stand soll im kaufmännischen Bereich eine Konzentrierung der Ausbildungsberufe Fachkräfte für Lagerlogistik, Fachlageristen, Kaufleute im Groß- und Außenhandel, Medizinische Fachangestellte sowie IT-Systemkaufleute und Informatikkaufleute in der Form erfolgen, dass der Berufsschulunterricht, der derzeit noch sowohl an der BBS Bingen als auch an der BBS III Mainz angeboten wird, künftig nur noch an einem der beiden Standorte stattfindet.

Der **vlw** unterstützt ausdrücklich die Stärkung der berufsbildenden Schulen in der Fläche, um kleinere Schulstandorte zu stärken und die dortigen Bildungsangebote trotz sinkender Schülerzahlen weiterhin aufrecht zu erhalten. Dies muss jedoch geschehen, ohne einzelne Berufsbilder an Standorten aufzugeben. Vielmehr könnten Teilverlagerungen von Berufen mit hohen Auszubildendenzahlen erfolgen, so dass der jeweils kleinere Standort gestärkt wird und die Ausbildung am größeren Standort dennoch aufrecht erhalten werden kann.

Die momentane Planung führt zu folgenden nicht hinnehmbaren Nachteilen:

- Jahrelang gewachsene und reibungslos funktionierende Lernortkooperationen werden leichtfertig und zum Nachteil der Jugendlichen aufgegeben, wenn Berufe an einem Standort komplett geschlossen werden.
- Die Fahrtwege zur Berufsschule für die Auszubildenden werden länger, wenn die Ausbildungsberufe an einzelnen Standorten konzentriert werden. Dies bedeutet sowohl höhere Fahrtzeiten und Fahrtkosten für die Schülerinnen und Schüler.
- Die Konzentration von Ausbildungsberufen an einzelnen Schulstandorten kann dazu führen, dass die Ausbildungsbetriebe aufgrund der größeren Entfernung zur der zuständigen Berufsschule in einzelnen Ausbildungsberufen gar nicht mehr ausbilden. Damit sinkt die Berufswahlmöglichkeit für die Schülerinnen und Schüler.

Die betroffenen Schulen sind realistisch genug, angesichts der demographischen Entwicklung und der finanziellen Situation Veränderungen mitzutragen. Anstelle von willkürlichen Schließungen einzelner Bildungsgänge ist es jedoch wesentlich zielführender, Lösungskonzepte zusammen mit den betroffenen Schulen zu erarbeiten, etwa an „runden Tischen“ unter Beteiligung von Schulleitungen und örtlichen Personalvertretungen..

Die Entwicklung der letzten Jahre, gerade auch im internationalen Vergleich, zeigt, dass das duale System einen enormen Wettbewerbsfaktor für unsere Wirtschaft darstellt und zu einer geringen Jugendarbeitslosigkeit beiträgt.

Deshalb fordern wir zur Stärkung der Standorte für Fachklassen günstigere PAUSE-Faktoren und niedrigere Klassenmesszahlen.

Jutta Macher
für den Ortsverband Mainz

Mainzer Schulen demonstrieren gegen willkürliche Verlagerungen

Am 25. Oktober trafen sich am Schillerplatz in Mainz Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der BBS Mainz I und BBS Mainz III zur gemeinsamen Demonstration. Dort, wo sich sonst die Fastnachter versammeln, ging es dieses Mal sehr ernst zu (siehe nebenstehende Stellungnahme der BBS Mainz III). Hunderte Schülerinnen und Schüler aus mehr oder weniger willkürlich ausgesuchten Bildungsgängen sollen in den Kreis Mainz-Bingen „verlagert werden“ – dort winkt das Geld, das die Stadt Mainz – zumindest für die BBS – nicht mehr übrig hat. Die Teilnehmer zogen gemeinsam zum Mainzer Rathaus, hier wurden der Öffentlichkeit von den Sprechern der beiden Schulen, vor der gemeinsamen Sitzung der Schulträgerausschüsse aus Mainz und dem Landkreis Mainz-Bingen, noch einmal die Standpunkte der Beteiligten vor Augen geführt. Es bleibt zu hoffen, dass der Protest der Schulen nicht ungehört verhallt.

dbb-Musterantrag auf angemessene Besoldung!

Beamte haben Anspruch darauf, dass ihre Besoldung/ Versorgung entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig angepasst wird. Dadurch soll dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation Rechnung getragen werden, welcher dem Beamten die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern und einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglichen soll.
Seit dem Jahr 2003 wurden eine Vielzahl von Kürzungen im Bereich der Besoldung– so u.a. Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung der Sonderzahlung, Verkürzung der Bezugsdauer des sog. Kinderzuschlages, Einschnitte im Bereich der Beihilfe (Kostendämpfungspauschale) -vorgenommen. In den Jahren 2005 bis 2007 erfolgte keine lineare Anpassung der Bezüge. Die Anpassung Mitte 2007 betrug lediglich 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,1 Prozent im mittleren Dienst und 1,7 Prozent im einfachen Dienst. Die Anpassung Mitte 2008 betrug nur 0,5 Prozent im gehobenen und höheren Dienst, 1,35 Prozent im mittleren Dienst und 2,3 Prozent im einfachen Dienst. Im gleichen Zeitraum stiegen die Verbraucherpreise um 8,5 Prozent.
Auch die Linearanpassung 2011 blieb in Anlehnung an das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder mit 1,5 Prozent deutlich hinter der gleichzeitigen Teuerung von 2,3 Prozent zurück. So ist mir neben der betragsmäßigen Verringerung meiner Bezüge infolge der Kürzungen noch ein erheblicher Kaufkraftverlust entstanden.

So heißt es in dem Schreiben des **dbb**, in dem auf die **Möglichkeit hingewiesen wird, gegen die seit Jahren völlig unzureichenden Anpassungen der Besoldung zu klagen**.

Mit dem Musterschreiben können alle, die sich gegen die „5 x 1 %"-Deckelung von Besoldung und Versorgung im laufenden und in den vier Folgejahren wehren wollen, bei der zuständigen Bezügestelle einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation stellen, der als Widerspruch aufgefasst und mit Billigung des Ministeriums der Finanzen bzw. der kommunalen Dienstherrn - so ist es verabredet bzw. inzwischen veröffentlicht - zur Ruhendstellung des Vorverfahrens führt, bis die Musterklagen verhandelt sind.

Jede/jeder Betroffene(-r), die/der mit uns der Meinung ist, dass das mehrjährige Außerachtlassen des verfassungsrechtlich zwingend zu berücksichtigenden Angemessenheitsmaßstabes der „allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung" mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtswidrig ist, sollte deshalb den mit den eigenen Daten komplettierten Musterantrag stellen. Jede/jeder Landes-bzw. Kommunalbeamtin/-beamter, die/der risikolos und einfach seine Rechtsposition in Bezug auf die fünf Mini-Anpassungen von jeweils einem Prozent offen halten will mit Blick auf die Musterprozesse, sollte das Musterschreiben absetzen. Dadurch sichert man sich die Teilhabe am Ausgang der Musterverfahren gegen die zur Zeit gesetzlich festgeschriebenen inflationsbereinigten Minusrunden 2012 bis 2016.

Anträge sind bei der zuständigen Bezügestelle einzureichen - bis spätestens zum 31. Dezember 2012 (Eingang).

Der **dbb** unterstützt gegen die „5 x 1 Prozent"-Regelung gerichtete Musterverfahren per gewerkschaftlichem Rechtsschutz. Die Rechtschutzgewährung erfolgt wegen der bundesweiten gewerkschaftspolitischen Bedeutung der langfristigen Festlegung von inflationsbereinigten Minusrunden bei Besoldung und Versorgung wegen mangelnder zwischenzeitlicher Beachtung der grundgesetzlich erforderlichen Alimentationsmaßstäbe. Betreut werden ausgewählte Musterfälle. Wegen des Massenverfahrencharakters unterbleibt eine Gewährung gewerkschaftlichen Rechtsschutzes in Nicht-Musterklägerfällen.
Der Musterantrag ist auf der Homepage des vlw herunterzuladen: www.vlw-rlp.de

Pensionärsausflug mit überraschendem Wiedersehen

Nach diversen Stadtbesichtigungen in der Vergangenheit stand in diesem Jahr eine Betriebsbesichtigung beim Pensionärsausflug im Bezirksverband Pfalz auf dem Programm. Ziel war **Drahtzug Stein** in Altleiningen, ein international tätiges Unternehmen, das z.B. Geschirrspülmaschinenkörbe herstellt sowie technische Drähte für Schweißarbeiten. Die Betriebsbesichtigung war mit ihren eindrucksvollen Einblicken in den Produktionsablauf eine echte Bereicherung und das neu erworbene Wissen darum, wie viel Ingenieurskunst in einem Spülmaschinenkorb steckt, eröffnet eine neue Sicht auf dieses Alltagsgerät.

Wie erfolgreich der Weg über das berufsbildende Schulwesen sein kann, zeigte sich am Ende der Besichtigung: **Peter Staab**, als Geschäftsführer bei **Drahtzug Stein** tätig, begrüßte herzlich einige seiner ehemaligen Lehrer aus der Handelsschule der BBS in Frankenthal und der Steuerberaterklasse Ludwigshafen, die er offensichtlich in guter Erinnerung hat.

v.l.n.r. Hermann **Mathes**, ehemals Ludwigshafen WI, Peter **Staab**, Geschäftsführer Drahtzug Stein, Helmut **Schneeganß** und Karlheinz **Leize**, beide ehemals BBS Frankenthal

Fortbildung im Bezirk Koblenz: Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention in der Schule

Zum Thema „Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention“ trafen sich am 4. September 2012 Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen aus dem Bezirk Koblenz zu einer ganztägigen Fortbildungsveranstaltung, die vom **vlw**-Bezirksverband Koblenz in Kooperation mit dem Schulreferat der Evangelischen Kirchenkreise Altenkirchen und Wied angeboten wurde.

Referent der Veranstaltung, die im Evangelischen Gemeindehaus in Dierdorf stattfand, war **Erwin Germscheid**, der seit 2001 mit seinem Beratungs- und Coachingunternehmen **Germscheid-Concept** Menschen bei Veränderungsprozessen begleitet. Als Leiter des **IHI-Rodenbach** (Integratives-Humanistisches-Institut) bildet er seit 2004 Fachkräfte in verschiedenen pädagogischen und beratenden Bereichen aus.

In der Schule werden Lehrerinnen und Lehrer täglich mit Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen konfrontiert, die nicht selten bei Lehrkräften zu Verunsicherung oder gar Verängstigung führen. Vor diesem Hintergrund lernten die Tagungsteilnehmer/-innen im Laufe des Vormittags die Konzeption und Idee der Konfrontationspädagogik kennen. Regelabsprachen als Bestandteil der pädagogischen Haltung sind hier ein wesentliches Element. Wahrnehmungsübungen und Rollenspiele zur Sensibilisierung gegenüber eskalierenden Situationen (Stichworte: Statuswippe) boten Ansätze, um die eigene Methodenkompetenz und den eigenen Handlungsspielraum bei der Bewältigung von Regelbrüchen und Grenzüberschreitungen zu erweitern. Am Nachmittag beschäftigten sich die Kolleginnen und Kollegen anhand von konkreten Unterrichtssituationen und Praxissimulationen mit verschiedenen Formen des konfrontativen Gesprächsstils. Beharrlichkeit und Präsenz von Lehrerinnen und Lehrern sind hierbei wichtige Elemente, um Schülerinnen und Schüler mit ihren Regelverstößen und Grenzüberschreitungen nonverbal oder verbal zu konfrontieren. Abschließend wurde der an Eindrücken reiche Fortbildungstag reflektiert und diskutiert, in welcher Form Unterstützungssysteme zur Gewaltprävention an Schulen installiert werden können.

Die Veranstaltung fand eine so gute Resonanz, dass die Teilnehmenden den Wunsch nach einer Anschlussveranstaltung äußerten. Der **vlw**-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei **Erwin Germscheid** für die gelungene Durchführung der Fortbildungsveranstaltung. Besonderer Dank gilt dem Schulreferenten der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied, Herrn Pfarrer **Martin Autschbach**, und seiner Mitarbeiterin, Frau **Birgit Pritzer**, für die gute Zusammenarbeit sowie der Evangelischen Kirchengemeinde Dierdorf für die Bereitstellung ihrer Tagungsräume.

Lehrkräften stehen Reisekosten in voller Höhe zu -

Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 16.12.2012/9 AZR 183/11

Die Praxis ist bekannt – Lehrkräfte müssen vor Antritt einer Klassenfahrt auf die volle Erstattung der ihnen zustehenden Reisekosten verzichten – es ist ja kein Geld da…. außerdem hat eine Klassenfahrt ja angeblich urlaubsähnlichen Charakter! Lehrkräfte finanzieren ihren eigenen häuslichen Arbeitsplatz, ihren Computer, ihre Arbeitsmittel, und in vielen Bundesländern auch ihre Schulbücher. Hier hat der vlw vor einigen Jahren für die Lehrkräfte eine bessere Regelung erstritten, niemand braucht eingeführte Schulbücher auf eigene Rechnung zu kaufen.

Ein weiterer Fortschritt scheint nunmehr mit dem Urteil des BAG erreicht. Geklagt hatte eine tarifbeschäftigte (angestellte) Lehrerin einer Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen, die vor Genehmigung einer Klassenfahrt nach Berlin auf die volle Erstattung der Reisekosten verzichten sollte, unter Verweis auf „nicht ausreichende Haushaltsmittel“. Von den ihr zustehenden 234,50 € wurden ihr lediglich 28,45 € erstattet. In dritter Instanz kam nun das Bundesarbeitsgericht zu dem Ergebnis, dass das beklagte Land sich nicht auf die vorformulierte Verzichtserklärung der Lehrkraft berufen könne. Mit der generellen Bindung der Genehmigung von Schulfahrten an den Verzicht auf eine Erstattung von Reisekosten durch die angestellten Lehrkräfte verstößt das Land grob gegen seine Fürsorgepflicht. Somit würde es in der Hand der Lehrkräfte liegen, ob sie ihr Interesse an einer Reisekostenerstattung zurückstellen oder dafür verantwortlich sein sollen, dass als Bestandteil von Bildungs- und Erziehungsarbeit vorgesehene Schulfahrten nicht stattfinden.

Der **vlw** ruft alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen dazu auf, diese Praxis nicht länger hinzunehmen und auf alle Formen der Selbstausbeutung zu verzichten. Die erfolgreiche Klage in Sachen Schulbücher zeigt, dass es lohnt, sich zu wehren. Der **vlw** und der **dbb** sind hierbei behilflich.

Verantwortlich: **Karl-Heinz Fuß**, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de
Redaktion: Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

vlw kompakt 01/2013

Restriktive Einstellungspraxis an den berufsbildenden Schulen des Landes

Protestschreiben des vlw an Ministerin Ahnen

Sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen,

mit Bestürzung haben wir zur Kenntnis genommen, dass zum 2. November in den Schulaufsichtsbezirken Koblenz und Trier entgegen der bisherigen Praxis nur sehr restriktiv Einstellungen an berufsbildenden Schulen vorgenommen werden sollen. Konkret stehen im Schulaufsichtsbezirk Koblenz für 24 Bewerberinnen und Bewerber lediglich 12 Planstellen zur Verfügung. Im Schulaufsichtsbezirk Trier stehen für ca. ein Drittel der Bewerber/-innen Planstellen zur Verfügung. Diese Politik können wir vor dem unverändert hohen strukturellen Unterrichtsausfall nicht nachvollziehen. Im Mai dieses Jahres wurden wir im Hauptpersonalrat darüber informiert, dass eine Verbesserung der Unterrichtssituation an berufsbildenden Schulen angestrebt werde und verstärkt Lehrkräfte eingestellt werden sollen. Die tatsächliche Einstellungspraxis der ADD steht dazu jedoch in krassem Widerspruch. Ebenso wenig lässt sie sich mit den Ergebnissen des Gutachtens von Professor Klemm in Einklang bringen, das einen deutlich höheren Planstellenbedarf für berufsbildende Schulen ausweist.
Die Kurzfristigkeit, mit der die bisherige Einstellungspraxis geändert und der Umfang der Stellen reduziert werden soll, führt an unseren Schulen zu erheblicher Planungsunsicherheit, zu zusätzlichem Unterrichtsausfall und zu struktureller Mehrbelastung der Kollegien. Die neue Einstellungssituation führt bei den unmittelbar betroffenen Referendarinnen und Referendaren und den künftigen Lehramtsabsolventen zu erheblichen Verunsicherungen und zu Vertrauensverlust. Bei hochqualifizierten Nachwuchskräften besteht somit auch die Gefahr der Abwanderung in benachbarte Bundesländer. Das Gesamtszenario setzt ein fatales Signal für junge Menschen, die sich für die Lehramtstätigkeit an berufsbildenden Schulen entscheiden wollen.

Wir bitten Sie daher, die virulente und aus **vlw**-Sicht inakzeptable Situation eingehend zu prüfen und zeitnah eine Lösung zu finden, die allen Beteiligten gerecht wird.

Besten Dank und freundliche Grüße
Karl-Heinz Fuß

Scannen erlaubt!

vlw begrüßt Verhandlungserfolg zur Erstellung von Digitalisaten

Die Lehrkräfte an Schulen in Deutschland dürfen künftig urheberrechtlich geschützte Inhalte aus Büchern und Unterrichtswerken auch digital vervielfältigen und den Schülerinnen und Schülern im Unterricht zugänglich machen. Darauf einigten sich die Kultusministerien der Länder mit dem Verband Bildungsmedien sowie den Verwertungsgesellschaften VG Wort, VG Bild-Kunst und VG Musikedition.
Künftig dürfen 10 Prozent eines Druckwerkes (maximal 20 Seiten) von Lehrkräften für die Veranschaulichung des eigenen Unterrichts eingescannt, auf Speichermedien wie USB-Sticks abgespeichert und über Träger wie Whiteboards den Schülerinnen und Schülern zugänglich gemacht werden. Bisher war dies nur analog, also von Papier auf Papier erlaubt.
Der **vlw,** der die bisherige Regelung heftig kritisiert und Nachverhandlungen eingefordert hat, freut sich über die Einsicht bei den Verhandlungspartnern.

Inhalt:

- Einstellungspraxis an den berufsbildenden Schulen - Protestschreiben des vlw
- Scannen erlaubt
- Unterrichtsausfall an BBS im Schuljahr 2012/13
- vlw im Gespräch mit dem MWKEL
- Personalratswahlen 2013
- Fachtagung des vlw am 11. März
- Nachruf Christine Wild
- Dirk Mettler neu im Landesvorstand

Unterrichtsausfall - Erklärung des Ministeriums

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR

Mainz, 21.12.2012

Beckmann: Strukturelle Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2012/2013 liegt bei 93,8 Prozent

Die strukturelle Unterrichtsversorgung der öffentlichen berufsbildenden Schulen (BBS) im Land ist im Schuljahr 2012/2013 im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben. Nach den jetzt vorliegenden vorläufigen Ergebnissen der BBS-Schulstatistik können die BBSen über die vielen unterschiedlichen Zweige der berufsbildenden Schulen hinweg gesehen im laufenden Schuljahr insgesamt 93,8 Prozent ihres Stundensolls abdecken. Im Schuljahr 2011/2012 hatte die übergreifende BBS-Versorgungsquote bei 93,7 Prozent gelegen. „Ziel von Ministerium und Schulaufsicht ist es, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen noch im Verlauf dieses Schuljahres weiter zu verbessern“, hält Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann fest.
Mit rund 116.200 Schülerinnen und Schülern melden die öffentlichen berufsbildenden Schulen gut 2.100 Schülerinnen und Schüler weniger als im Vorjahr. Dieser Rückgang schlägt sich allerdings nicht im selben Umfang in einem Rückgang der gebildeten Klassen nieder. Insbesondere bei den Fachklassen in der Berufsschule, die Auszubildende als Teilzeitschülerinnen und -schüler parallel zu ihrer betrieblichen Ausbildung besuchen, werden im Sinne eines flächendeckenden Angebots häufig relativ kleine Klassen gebildet. In den Fachschulen insbesondere für die Erziehungs- und Pflegeberufe, deren Kapazitäten vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels gezielt ausgebaut wurden, nahmen die Klassenzahlen in den öffentlichen Schulen mit 28 Klassen deutlich zu. Steigende Klassenzahlen gibt es beispielsweise auch in den Beruflichen Gymnasien, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich erhöht wurde und die sich teilweise noch im Aufbau befinden. Eine Expertenkommission mit Vertretern aus Schulaufsicht, Schulen, Lehrerverbänden, Hauptpersonalrat, Landeselternbeirat sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft versucht derzeit, aus den unterschiedlichen Trends ein zukunftsorientiertes Konzept zur Weiterentwicklung des BBS-Angebots im Land zu entwickeln.
Für das Schuljahr 2012/2013 seien insgesamt 147 Lehrkräfte auf 134 Vollzeitstellen neu eingestellt worden, hielt Bildungsstaatssekretär Beckmann fest und ergänzte: „Die berufsbildenden Schulen qualifizieren als Partner in der dualen Ausbildung junge Menschen für eine Vielzahl von Berufen. Sie vermitteln außerdem berufliche Grundqualifikationen und hochwertige Abschlüsse wie die Fachhochschulreife und die allgemeine Hochschulreife. Für bestimmte berufliche Fachrichtungen stehen nach wie vor nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung. Dies stellt für die Arbeit der berufsbildenden Schulen eine große Herausforderung dar.“

Unterrichtsausfall - Kommentar des vlw

vlw
Ihr Partner für berufliche Bildung

Mit oben stehender Presseerklärung gibt das Ministerium, wie zum Ende jedes Jahres, die Zahlen zum strukturellen, d.h. geplanten, Unterrichtsausfall bekannt. Staatssekretär Beckmann spricht von „konstant gebliebener Unterrichtsversorgung“. Da hätte er Recht, wenn er von „konstant gebliebener Unterrichtsversorgung auf niedrigem Niveau“ gesprochen hätte. Interessant ist auch die Darstellung von 6,2% strukturellem Unterrichtsausfall als „Abdeckung von 93,8% des Stundensolls“. Zu dieser schlechten Nachricht gesellen sich aber bemerkenswerte Zwischentöne: „Ziel von Ministerium und Schulaufsicht ist es, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen noch im Verlauf dieses Schuljahres weiter zu verbessern“. Hier bleibt festzuhalten, dass dies auch ddie Forderung des **vlw** bleibt. Staatssekretär Beckmann analysiert weiter, dass an unseren Schulen zwar 2.100 Schülerinnen und Schüler weniger unterrichtet werden als im Vorjahr, dabei aber die Zahl der Klassen nicht entsprechend reduziert werden konnte; diese Entwicklung zeigt sich besonders stark bei den Teilzeit-Berufsschulklassen. Abschließend wird betont, dass für bestimmte berufliche Fachrichtungen nach wie vor nicht genügend Lehrkräfte zur Verfügung stünden. „Dies stellt für die Arbeit der berufsbildenden Schulen eine große Herausforderung dar.“. Verwiesen wird auch auf die Aufgabe der „Expertenkommission zur Weiterentwicklung des BBS-Konzepts im Land“.
Mit Spannung werden einerseits die Ergebnisse der Expertenkommission erwartet. Noch spannender an-

dererseits wird die Frage sein, wie das Ministerium mit diesen Ergebnissen umgehen wird. Hierzu hat der **vlw** einige Fragen:

- Wird die Landesregierung nur auf einen weitergehenden Rückgang der Schülerzahlen warten?
- Wird sich der Prozess der zurückhaltenden Einstellung ausgebildeter Lehrkräfte, wie zum Einstellungstermin 1.11.2012, fortsetzen?
- Welche Maßnahmen plant das MBWWK zur Gewinnung von Lehrkräften für Mangelfächer?
- Welche Konsequenzen zieht das Ministerium aus dem „Klemm-Gutachten" zur Ermittlung des zukünftigen Lehrkräftebedarfs?
- Wie kann in der Zukunft ein qualifiziertes berufliches Bildungsangebot auch in der Fläche zur Verfügung gestellt werden?
- Werden eventuelle qualitative Verbesserungen des Angebotes weiterhin mit dem Verzicht der Beschäftigten auf angemessene Besoldung und soziale Versorgung erkauft werden?

Die Verminderung des strukturellen Unterrichtsausfalls an den BBS wird Geld kosten, schon alleine, um sich einer Versorgungsquote zu nähern, die an den allgemeinbildenden Schulen des Landes zu lautstarken Protesten führen würde. Sind die BBS nicht so wichtig?

vlw im Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium

Brauchen wir eine „Landesberufsschulentwicklungsplanung"?

Was will der **vlw** vom Wirtschaftsministerium? Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik und sollte nicht isoliert betrachtet werden. Auf der Homepage des Referates unserer beiden Gesprächspartner, Frank Ißleib und Hilke Smit-Schädla vom Referat 8202, heißt es dazu:
„Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland lebt von den berufsbezogenen Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie stellen einen wesentlichen Standortfaktor dar, den es angesichts der Globalisierung, technologischer Veränderungen und der wachsenden Bedeutung von Wissen, Information und Kommunikation zu erhalten gilt. Die hohe fachliche Qualifikation der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihr gesamtes Erwerbsleben hinweg zu gewährleisten, stellt eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar."
Die Expertenkommission zu den Zukunftsperspektiven der beruflichen Bildung beim MBWWK behandelt genau diese Problematik: Wie kann – angesichts der demografischen Entwicklungen – die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaftsstandorte auch in den ländlichen Regionen gesichert werden, ohne auch die berufliche Bildung in die Überlegungen einzubeziehen? Oder, anders gefragt: Sind zukunftssichere Wirtschaftsstandorte ohne vielfältige und professionell aufgestellte berufliche Bildung denkbar?
Und so bekommt das 36-Buchstaben-Wort seinen Sinn. Leider wird auch im Wirtschaftsministerium eingeräumt, dass es eine solche Schulentwicklungsplanung, welche das ganze Land oder zumindest größere Regionen betrachtet, (noch) nicht gibt. Es ist zu hoffen, dass in der Expertenkommission die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden. Die Erfahrungen mit der Diskussion um die Schulstandorte in Rheinhessen lässt da allerdings wenig Hoffnung zu.
In dem Gespräch mit Herrn **Ißleib** und Frau **Smit-Schädla** wurden auch weitere aktuelle Themen der beruflichen Bildung angesprochen, so z.B. die Möglichkeiten einer Schullaufbahnberatung, welche auch die Möglichkeiten des beruflichen Schulsystems aufzeigt. Der Trend zu dualen Studiengängen wurde erörtert, auch die Probleme der Wirtschaft wurden angesprochen, qualifizierte Auszubildende zu gewinnen. Beide Seiten stimmten überein, dass es für die berufliche Bildung sinnvoll wäre, die Belange der Wirtschaft und die Sichtweisen des Wirtschaftsministeriums stärker als bisher einzubringen.

v.l.n.r.: **Hilke Smit-Schädla** (MWKEL), **Frank Ißleib** (MWKEL), **Karl-Heinz Fuß** und **Mechthild Antony-Hatzfeld (vlw).**
Foto: Michael Lutz (vlw)

Nachruf

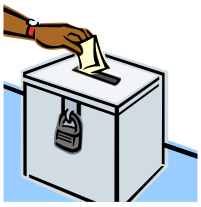
Wir trauern um unsere Kollegin

Frau Christine Wild,

die am 26.10.2012 für uns alle plötzlich und unerwartet nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 45 Jahren verstorben ist.
Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrem Sohn, ihren Angehörigen und allen, die ihr nahe standen.
Wir werden Frau Wild ein ehrendes Andenken bewahren.

vlw-Ortsverband BBS Cochem
Roswitha Grimmer

Personalratswahlen 2013



Vom 13. Bis 17. Mai wird gewählt - vlw erstellt Leitfaden

In diesem Jahr finden die Personalratswahlen der örtlichen Personalräte (ÖPR) und der Stufenvertretungen (HPR und landesweiter BPR) wieder gleichzeitig statt, und zwar in der Woche vom 13. bis 17. Mai 2013.
Der Hauptwahlvorstand ist bestellt. Für den **vlw** ist Herr StD **Jürgen Hatzfeld** in diesem Gremium erreichbar an der BBS W Worms, Tel. 06241-853-4370 (dienstl.), E-Mail: hatzfeld@bbsw.biz-worms.de.
Herr StD **Heinz Werner Seyler**, BBS II Kaiserslautern ist als **vlw**-Mitglied im Bezirkswahlvorstand und kann unter Tel.: 0631-36499-32, E-Mail: prwahl@bbsii-kl.de kontaktiert werden.
Grundlegend für die Personalratsarbeit ist das Wächteramt, d.h. „Dienststelle und Personalrat haben darüber zu wachen, dass alle Angehörigen der Dienststelle nach Recht und Billigkeit behandelt werden.“ (§ 68,1 LPersVG).
Bitte achten Sie darauf, dass der amtierende ÖPR den Wahlvorstand bestellt. Als Termin schlagen wir den 14.01.2013 vor.
Aus diesem Anlass hat der **vlw** Rheinland-Pfalz einen **Leitfaden** erstellt, der über den **vlw**-Ortsverband zu erhalten ist.

Dirk Mettler neues Mitglied im Landesvorstand

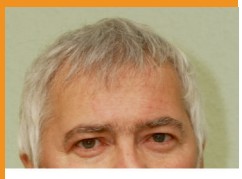
In seiner ersten Sitzung nach den Neuwahlen hat der Landesvorstand den Kollegen **Dirk Mettler** (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) in den Landesvorstand als zuständiges Mitglied für die **Belange junger Kolleginnen und Kollegen** kooptiert. **Dirk Mettler** (43) ist verheiratet und Vater von drei Kindern, er unterrichtet die Fächer BWL, Rechnungswesen und Religion.
Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** begrüßt den neuen Vorstandskollegen und wünscht ihm im Namen aller Mitglieder des Landesvorstands viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

11. März 2013 - Fachtagung des vlw im Schloss Waldthausen bei Mainz

Unter dem Motto **„Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Berufsbildenden Schulen“** wird der **vlw** Rheinland-Pfalz am **11.3.2013** in Schloss Waldthausen eine Fachtagung durchführen.
Ergänzt werden die Informationen zu diesem Thema durch Workshops zu aktuellen Fragen und Problemen im Bereich der beruflichen Bildung. Alle Mitglieder und Interessierte sind herzlich willkommen, eine gesonderte Einladung erfolgt!

vlw kompakt **(Ausgabe Nr. 1/2013)**
Verantwortlich:
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:
Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de



vlw kompakt 2014/01

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie immer zum Jahresende, legt die Ministerin uns allen etwas auf den Gabentisch: Die Zahlen über den Unterrichtsausfall oder, wie das Ministerium es ausdrückt, die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen dieses Landes. Eine Erfolgsmeldung, wie es scheint: Nur noch 5,5 % beträgt der geplante, strukturelle Unterrichtsausfall. Ein Blick auf die Maßnahmen, welche das Ministerium und die ADD zur Erreichung dieser Marke getroffen haben, bringt Ernüchterung: So wächst der Druck auf die Schulen landesweit, Klassen zusammenzulegen, kleine Klassen zu schließen. Ganze Ausbildungsgänge werden „verlagert“ oder, ein schöner Begriff aus Neustadt, „ausschleichend“ beendet. Die Schülerzahlen sinken ohnehin, da macht es sich gut, auch das noch als Erfolg zu verkaufen. Und was die Vollzeitschulen anbelangt, da konnten die Versuche, die Höheren Berufsfachschulen infrage zu stellen, gerade noch einmal abgewehrt werden. Noch ein bisschen Druck gefällig? Dann gehen wir mal an die Entlastungsstunden für die Personalräte…. Die Liste ließe sich noch vervollständigen, aber eines wird klar: Die „verbesserte“ Unterrichtsversorgung wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen, die diese darüber hinaus mit ihrem erzwungenen Verzicht auf anständige Besoldungssteigerungen finanzieren müssen. Gespannt warten wir auf die Äußerungen der Ministerin über die Ergebnisse der Expertenkommission. Hier wurden sinnvolle Maßnahmen vorgeschlagen, um die berufliche Bildung im Lande zukunftsfest zu machen. Dies wird auch Geld kosten, so z.B. die Senkung des Unterrichtsausfalls auf nur noch 2 % oder die Aktion „14 für 12 Stunden“ für die Berufsschulklassen. Dies wären zur Abwechslung Maßnahmen, welche nicht nur kosmetischer Art wären. An diesen Plänen werden wir den Willen der Landesregierung messen, wirklich etwas für die berufliche Bildung zu tun. Der **vlw** wird sinnvolle Maßnahmen auch im neuen Jahr unterstützen, sich aber weiterhin entschieden gegen zusätzliche Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen wehren.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2014!

Ihr Karl-Heinz Fuß

Umstellung SEPA

Ab 1. Februar 2014 wird in 32 europäischen Ländern der Zahlungsverkehr mit SEPA vereinheitlicht. IBAN und BIC ersetzen künftig Kontonummer und Bankleitzahl. Die bestehenden Einzugsermächtigungen unserer Mitglieder werden gemäß der neuen Richtlinie in ein SEPA-Lastschriftmandat umgewandelt. Die Kontoverbindungen werden automatisch umgestellt. Sie brauchen selbst nichts zu unternehmen!

Presseerklärung des vlw zur Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen

Schöne Worte statt Taten – Berufsbildende Schulen weiterhin Stiefkinder der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz

Das Bildungsministerium hat, wie immer zeitverzögert nach Bekanntgabe der Zahlen für die allgemeinbildenden Schulen des Landes, die Zahlen der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen veröffentlicht und die leichte Verbesserung um 0,7% Prozentpunkte als Erfolg herausgestellt. **Mit 5,5% ist der Unterrichtsausfall jedoch weiterhin viel zu hoch.** Nach Einbeziehung der gegenüber dem Vorjahr -demografisch bedingten- rückläufigen Schülerzahl erscheint die Reduzierung gar als gegenstandslos. Die angekündigte Werbekampagne für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, dahinter muss jedoch ein attraktives Lehramt stehen, dessen Rahmenbedingungen nicht ständig verschlechtert werden. Dies ist aktuell bei der Einstufung in die neu eingeführten Erfahrungsstufen zu beklagen. Die Erfahrungsstufen sind für die Besoldung maßgeblich. Während bisher das Lebensalter bestimmend war, werden nun lediglich „dienstliche Erfahrungszeiten nach dem 2. Staatsexamen“ gezählt. Vorhergegangene berufliche Zeiten werden nur sehr restriktiv anerkannt, was in der Folge, vor allem bei Quereinsteigern, zu einer deutlichen Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Regelung führt.

Die mangelhafte Unterrichtsversorgung bedeutet für den Unterrichtsalltag an den berufsbildenden Schulen des Landes u.a.:

Lesen Sie weiter auf Seite 2!

Inhalt:

- Umstellung SEPA
- Unterrichtsversorgung an BBS
- Inklusion-Resolution der Lehrerverbände
- Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten
- Mehrarbeit im Schuldienst - nur noch für Idealisten?
- Gehaltseinbußen für Neueinsteiger
- Julia Gieger im Landesvorstand
- vlw-Pfalz bei John Deere
- Peter Eich-OV Kreuznach
- Fortbildung „Konfrontative Pädagogik“

Ganze Bildungsgänge werden an den Schulen gestrichen;

- Die angestrebte Verbesserung der individuellen Förderung wird nicht erreicht;
- Für Maßnahmen der Inklusion werden an den BBS keine Ressourcen zur Verfügung gestellt (dies war schon im sogen. „Klemm-Gutachten“ nicht vorgesehen);
- Die Umsetzung der Reformen für die Berufsfachschule I und die Reform der Büroberufe zum Schuljahr 2014/15 müssen auf der Basis dieser unzureichenden Lehrkräfteversorgung gestemmt werden.

Der vlw Rheinland-Pfalz fordert:

- Die Reduzierung des Unterrichtsausfalls auf höchstens zwei Prozent (Unterrichtsversorgung von 98%);
- Die dafür notwendige Einstellung von Lehrkräften, insbesondere die Übernahme frisch ausgebildeter examinierter Lehramtsanwärter und -anwärterinnen;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufes an den berufsbildenden Schulen des Landes, mit dem Ziel, Lehrkräfte in den Mangelfächern zu gewinnen;

Unser duales System wird weltweit als Vorbild im Bereich der beruflichen Bildung gefeiert, auch von unseren politischen Vertretern. Gleichzeitig droht den Berufsschulen des Landes – unter dem Vorwand des demografischen Wandels und zwecks Sanierung klammer Kassen – die Demontage durch Strukturreformen und Zusammenlegungen. Dies muss ein Ende haben!

vlw Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Inklusion: Resolution der rheinland-pfälzischen dbb-Lehrerverbände

Zur geplanten flächendeckenden Einführung der Inklusion auch an den Regelschulen, wie sie in einer Gesetzesnovelle der Landesregierung zum Schulgesetz, die sich zur Zeit in der Anhörung befindet, vorgesehen ist, halten die Lehrerverbände des Deutschen Beamtenbundes Rheinland-Pfalz fest:

Inklusion – Ressourcen sind die Grundbedingung

Die Unterzeichner dieser Erklärung unterscheiden sich in Fragen der Ausrichtung und konkreten Umsetzung der schulischen Inklusion. Dennoch ist unabhängig von der Sichtweise auf das Thema unstrittig, dass eine wie auch immer geartete Umsetzung der schulischen Inklusion nur mit einer vollständigen Ressourcenausstattung gelingen kann.

Behinderte und beeinträchtige Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich und bedürfen ungeachtet des Förderortes optimaler Rahmenbedingungen. Dies betrifft sowohl die personelle als auch die sächliche Ausstattung. Im aktuellen Entwurf des Landeshaushalts werden zum Beginn des Schuljahres 2014/ 2015 nur 50 zusätzliche Förderschullehrer in Aussicht gestellt. Mit diesen wenigen Lehrkräften aber soll landesweit die vollständige Öffnung des Elternwillens hinsichtlich des Lernortes Förderschule, Schwerpunktschule oder Einzelintegration gestaltet werden, wie es im neuen Schulgesetz vorgesehen ist. Die Zahl ist nicht am tatsächlichen Bedarf ermittelt. Dieses Vorgehen ist daher von Vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Gleichzeitig werden weder im aktuellen Haushaltsentwurf noch im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung die baulichen Notwendigkeiten angesprochen. Die meisten Schulen verfügen jedoch weder über Differenzierungsräume oder Ruheräume noch über Therapieräume.

Wenn diese Voraussetzungen nicht oder nur unzureichend geklärt sind, kann auch bei größtem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer eine Inklusion zum Wohle des Kindes nicht umgesetzt werden.

Deshalb fordern die Unterzeichner die Landesregierung auf, die Umsetzung der Inklusion inhaltlich auszugestalten und erst die Ressourcenfrage zu klären, bevor sie die konkrete Umsetzung der Inklusion an den Schulen vollzieht.

Malte Blümke
Philologenverband Rheinland Pfalz (PhV);
Gerhard Bold
Verband Bildung und Erziehung (VBE):
Bernd Karst
Verband der Realschullehrer (VDR):
Ulrich Brenken
Verband der Lehrer an Berufsbildenden Schulen (VLBS);
Karl-Heinz Fuß
Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)

Mindestanwesenheitspflicht an Fachschulen beibehalten

Von Seiten des Bildungsministeriums haben wir erfahren, dass die Mindestanwesenheitspflicht an den Fachschulen künftig wegfallen soll. Die Ernsthaftigkeit dieser Überlegung wird in der Meisterschulverordnung deutlich, in der der entsprechende Passus gestrichen wurde (Amtsblatt 11/2013 mit Wirkung ab August 2014).

Nach der derzeitigen Regelung in der Fachschulverordnung wird ein Schüler, der nicht an mindestens 75% der erteilten Unterrichtsstunden in einem Modul teilgenommen hat, nicht zur abschließenden Leistungsfeststellung bzw. der Abschlussprüfung in diesem Modul zugelassen, das Lernmodul gilt somit als nicht bestanden. Ausnahmen, z.B. bei einer nachgewiesenen längeren Erkrankung

des Schülers, sind möglich. Der Hinweis, bei einer längeren Krankheit des Schülers hätte die Regelung vor Gericht keinen Bestand, nimmt einen Teil der Gesamtregelung nicht zur Kenntnis. Die derzeitige Regelung ist aus mehreren Gründen im Ansatz sinnvoll – wobei über eine höhere prozentuale Anwesenheitspflicht nachzudenken ist:

• Die Schüler der Fachschulen sind Erwachsene. Durch diese Fehlzeitenregelung haben sie freie Handlungsspielräume. Es geht nicht mehr um entschuldigtes oder unentschuldigtes Fehlen – was in ihrem Fall eher eine zweifelhafte Unterscheidung ist, da sie sich eine Entschuldigung selbst schreiben können – sondern nur um Anwesenheit oder nicht. Die Suche nach akzeptablen, manchmal auch vorgeschobenen, Entschuldigungsgründen und deren Überprüfung entfällt. Dies reduziert für Schüler und Lehrer überflüssige Bürokratie.
• Gleichzeitig nimmt diese Regelung die Schüler in die Verantwortung. Sie selbst sind für ihren Schulbesuch verantwortlich und tragen die Konsequenzen, wenn sie dem nicht sorgfältig genug nachkommen.
• Die Mindestanwesenheitspflicht von 75% ist jedoch sehr großzügig bemessen. Bei dem hohen fachlichen Anspruch, mit dem an den Fachschulen unterrichtet wird, gibt man den Schülern damit ein falsches Signal, denn die Regelung suggeriert, dass man trotz des Versäumens von einem Viertel der Unterrichtsinhalte das Ziel des Bildungsganges noch erreichen kann, was sehr zweifelhaft ist. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass an Universitäten bei zahlreichen Veranstaltungen maximal zwei (2 !) Fehltage zulässig sind. Diese Regelungen sind offenbar gerichtsfest, da sie schon lange Bestand haben. Die Studenten sind im Alter unserer Fachschüler und werden rigoros in die Verantwortung genommen.
• Für die geplante Aufhebung der bestehenden Fehlzeitenregelung besteht keine Notwendigkeit. Wir halten diese Aufhebung für einen Rückschritt und lehnen sie ab. Wir fordern im Gegenteil eine Heraufsetzung der Mindestanwesenheitspflicht und die Ausweitung auf weitere Bildungsgänge der BBS.

Mehrarbeit im Schuldienst nur noch für Idealisten? Kommentar zur neuen Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“

Sind sie bereit, ein ganzes Jahr lang auf Ihre Bezahlung zu warten? Und macht es Ihnen ebenso nichts aus, dass Ihre geleistete Mehrarbeit um die Stunden gekürzt wird, die im Laufe des Jahres ausfallen? Dann sind sie der ideale Partner für vergütete Mehrarbeit. Man muss kein Kaufmann sein, um herauszufinden, dass der Lohn je Stunde geleisteter Zusatzarbeit unter diesen Bedingungen nicht mehr dem Lohnniveau einer studierten Fachkraft entspricht. Da für die regelmäßige vergütete Mehrarbeit das Einverständnis der betroffenen Kolleginnen/Kollegen erforderlich ist, werden wohl wieder die A13er herhalten müssen, um die Lücken zu füllen, die aufgrund einer zu restriktiven Einstellungspolitik entstanden sind.

Gehaltseinbußen für Neueinsteiger

vlw kritisiert Verwaltungspraxis bei Festlegung der Erfahrungsstufen

Ein Großteil der Nachwuchslehrkräfte an berufsbildenden Schulen sind Quer- und Seiteneinsteiger. Und das ist gut so, denn diese Leute bringen wertvolle berufliche Erfahrung für den Unterricht mit. Nun werden aber genau diese Leute von der Umstellung auf die neuen Erfahrungsstufen massiv getroffen. Wie die Berufseinsteiger bezahlt werden sollen, entscheidet das neue Landesbesoldungsgesetz – nämlich nach dienstlicher Erfahrung. Dazu zählen hauptsächlich Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Berufliche Erfahrungszeiten vor dem Referendariat sollen ebenso wenig angerechnet werden, wie das Referendariat selbst. Dieser Aspekt stellt besonders für Quer- und Seiteneinsteiger einen finanziellen Schaden dar, denn sie müssen laut dbb im Vergleich zur vorherigen Regelung bis zu 450 Euro monatliche Gehaltseinbußen verschmerzen. Das würde für einen 35-jährigen Quer- oder Seiteneinsteiger bis zur Pension einen finanziellen Nachteil von brutto rund 150.000 Euro bedeuten.

Was anerkennungsfähige Zeiten sind, darüber entscheidet auf Antrag die ADD, allerdings auf Weisung des Dienstherrn sehr restriktiv. Deshalb lautet unsere Forderungen nicht das individuelle Verhandlungsgeschick entscheiden zu lassen, sondern zum Unterrichtsfach passende berufliche Erfahrungszeiten ohne Abstriche anzuerkennen. Wir brauchen kein neues Sparmodell, sondern attraktive Rahmenbedingungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Julia Gieger

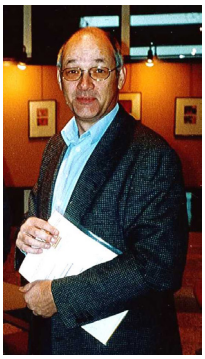
Julia Gieger - Verstärkung für den Landesvorstand

Im November 2012 wurde **Julia Gieger** als Unterstützung für den Bereich Allgemeinbildende Fächer vom **vlw**-Landesvorstand kooptiert. Frau Gieger unterrichtet an der BBS Alzey Deutsch und Englisch und ist Mitglied des örtlichen Personalrats. Mit ihrer mehrjährigen Berufserfahrung in einer Presseagentur wird sie den Landesvorstand auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Bezirksverband Pfalz: vlw bei John Deere

Zu einer nicht nur für Technikfans spannenden Werksbesichtigung bei John Deere, Mannheim (Lanz-Landmaschinen) hatte der **vlw**-Pfalz eingeladen. Unsere teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen konnten sich zunächst über das weltweite Marketing-Konzept und produktionsorganisatorische Fragen informieren. Es folgte eine hochinteressante Betriebsbesichtigung durch praktisch alle Fertigungsabläufe, bei der die Teilnehmenden „hautnah" die Entstehung eines modernen Traktors erleben konnten. An einem Simulator erprobten interessierte Kollegen ihre Fähigkeit zum Umgang mit einem Greifgerät für Waldarbeiten.
Andreas Seehaus

Ortsverband Bad Kreuznach Wirtschaft: Peter Eich als Ortsvorsitzender verabschiedet



Ein ganzes Jahrzehnt hat Herr Eich an der BBS Bad Kreuznach Wirtschaft die Geschicke des **vlw** geleitet. Eine Aufgabe, die gewiss nicht immer einfach war und deshalb besonderen Dank verdient. Er verstand es, Missstände zu artikulieren und war dadurch ein wertvoller und geschätzter Gesprächspartner weit über den Ortsverband hinaus. Auf Bezirks- und Landesversammlungen war Herr Eich stets mit guten Ideen und viel politischem Gespür präsent. „Es ist nun an der Zeit, dass ein anderer, möglichst jüngerer Kollege dieses Amt übernimmt", so Herr Eich. Der **vlw**-Landesvorstand sowie der Bezirksvorstand Koblenz danken **Peter Eich** ausdrücklich für sein langjähriges Engagement im Interesse der Kolleginnen und Kollegen. Als Landeskassenprüfer hält Herr Eich dem **vlw** in der laufenden Amtsperiode weiterhin die Treue.
Karl-Heinz Fuß

Bezirksverband Koblenz: Konfrontative Pädagogik und Gewaltprävention in der Schule Teil 2

In der Schule werden Lehrerinnen und Lehrer täglich mit Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen konfrontiert, die Lehrkräfte nicht selten vor die Herausforderung stellt, mit solchen Situationen adäquat umzugehen. Am 1. Oktober 2013 fand die Fortsetzungsveranstaltung zum Thema „Konfrontationspädagogik und Gewaltprävention in der Schule" statt.
Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen aus dem Bezirk Koblenz trafen sich in Dierdorf zu einer ganztägigen Fortbildung, um sich in der „Kunst konfrontativen Fragens" und der „Entwicklung eines Ordnungsrahmens" sowie der „Bearbeitung praktischer Fälle" zu üben.

Am Ende eines intensiven Fortbildungstages nahmen die teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen vielfältiges methodisches Handwerkszeug an ihre Schulen mit, um Regelbrüchen, Grenzüberschreitungen und eskalierenden Gewaltsituationen professioneller begegnen zu können.
Referent der Veranstaltung, die wiederum in Kooperation mit dem Schulreferat der Evangelischen Kirchenkreise Altenkirchen und Wied stattfand, war Herr Erwin Germscheid, der seit 2001 mit seinem Beratungs- und Coachingunternehmen Germscheid-Concept Menschen bei Veränderungsprozessen begleitet. Als Leiter des IHI-Rodenbach (Integratives-Humanistisches-Institut) bildet er seit 2004 Fachkräfte in verschiedenen pädagogischen und beratenden Bereichen aus. Der **vlw**-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei Herrn Germscheid für die gelungene Durchführung der Fortbildungsveranstaltung.
Besonderer Dank gilt dem Schulreferenten der Kirchenkreise Altenkirchen und Wied, Herrn Pfarrer Martin Autschbach, und seiner Mitarbeiterin, Frau Birgit Pritzer, für die gute Zusammenarbeit sowie der Evangelischen Kirchengemeinde Dierdorf für die Bereitstellung ihrer Tagungsräume.
Kurt Flöck

Verantwortlich:
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:
Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

vlw kompakt 2014/02

vlw im Gespräch mit der LVU

Zu Gast bei der LVU-Rheinland Pfalz: Mitglieder des Landesvorstands führten ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Herrn **Dr. Dirk Hannowsky**. Die LVU vertritt ihre Mitgliedsverbände bei der Erfüllung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben, die über den Bereich eines Wirtschaftszweiges hinausgehen und von grundsätzlicher Bedeutung sind. Hierzu gehören natürlich auch Fragen der beruflichen Bildung; höchste Zeit also für ein Gespräch über die aktuellen Entwicklungen, vor dem aktuellen Hintergrund der Empfehlungen der Expertenkommission. Zu Beginn äußerte **Dr. Hannowsky** die Befürchtung, dass Bildungsgänge und Standorte der BBS geschlossen werden könnten. Das in dem Papier der Expertenkommission genannte Ziel von 98% Unterrichtsversorgung sieht er als zeitnah zu realisierende Etappe auf dem Weg zu einer vollen Unterrichtsversorgung. **Karl-Heinz Fuß** betonte für den vlw die Bedeutung der Wahlschulen im Zusammenhang mit der fehlenden Ausbildungsreife vieler Schülerinnen und Schüler. Problematisch sei auch die Akademisierung der Ausbildung durch die Einführung dualer Studiengänge ohne Beteiligung der BBS. Auch bestünde die Gefahr, dass die BBS durch die Einbeziehung beruflicher Inhalte in die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen abgehängt werden könnten. Der LVU-Geschäftsführer vertrat hingegen die Auffassung, dass eine frühzeitige Berufsorientierung die Gefahr von Fehlentscheidungen – und damit letztlich von Studi-

weiter auf Seite 2!

Mitgliederumfrage!

Liebe Leserinnen und Leser!

Dieser Auflage liegt ein Fragebogen „vlw-Mitgliederumfrage“ bei. Wir bitten Sie herzlich um Ihre Teilnahme!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Bundesverwaltungsgericht hat am 27. Februar ein bemerkenswertes Urteil gefällt. Unsere Auffassung zum beamtenrechtlichen Streikverbot wurde in diesem Urteil bestätigt. Beamtinnen und Beamte, also auch in Rheinland-Pfalz der überwiegende Teil der Lehrkräfte, hat vom Gericht kein Streikrecht zuerkannt bekommen. Bemerkenswert, und in der Berichterstattung fast untergegangen, sind die Feststellungen des Gerichts zu der sogen. „Alimentationspflicht“ des Dienstherrn. Denn der Ausgleich zum fehlenden Streikrecht bildet die Alimentationspflicht, d.h. die Pflicht des Dienstherrn, unsere Dienstleistung angemessen zu bezahlen. Denn uns fehlt ja gerade das wirksamste Kampfmittel zur Durchsetzung unserer Forderungen, nämlich das Recht des Aufrufes zum Streik. Darauf haben wir aus gutem Grund verzichtet. Unser Dienstherr hat dies schamlos ausgenutzt; erst unlängst hat das Oberverwaltungsgericht Koblenz eine Lücke von 17,8% im Vergleich zur Entwicklung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft in den letzten Jahren festgestellt. Hierzu sagt das Bundesverwaltungsgericht: „Hierfür ist von Bedeutung, dass den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund des Alimentationsgrundsatzes nach Art. 33 Abs. 5 GG maßgebende Bedeutung für die Beamtenbesoldung zukommt. Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.“ Jetzt hat also auch eine zweite hochrangige Verwaltungsgerichtskammer denjenigen eine Ohrfeige verpasst, die glauben, uns als Spardose für eine verfehlte Haushaltspolitik zu missbrauchen. Wir fordern die Landesregierung in Rheinland-Pfalz auf, zu handeln, bevor sie dazu per Gerichtsbeschluss gezwungen werden muss. Frau Ministerpräsidentin, gehen Sie endlich auf die berechtigten Forderungen ihrer Beamtinnen und Beamten ein! Die Klagen, unterstützt vom **dbb**, laufen weiter, jetzt mit stark gestiegenen Chancen. Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass gute Arbeit auch angemessen vergütet wird!

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

en- und Ausbildungsabbrüchen – deutlich reduzieren könnte. Zudem sei die Vermittlung ökonomischer Grundkenntnisse in den allgemeinbildenden Schulen weiter zu verbessern, da dies nicht nur die spätere Integration in die Arbeitswelt erleichtere, sondern in einer modernen Gesellschaft überdies Teil der Allgemeinbildung sei.

Auch die Probleme des Nebeneinanders von Fachoberschule und von Angeboten der BBS wurden von den Vertreterinnen und Vertretern des **vlw** angesprochen. Vor dem Hintergrund demografisch bedingter rückläufiger Schülerzahlen werde das Bildungsangebot in den Oberstufen viel zu stark erweitert. Es werde viel Geld für schulische Einrichtungen in die Hand genommen, an denen es schon bald nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler geben werde. Stattdessen sei es besser, das Geld in die Qualität der schulischen Bildungsarbeit zu investieren. Beide Seiten forderten eine Intensivierung der Kooperation aller an der beruflichen Bildung Beteiligten in den einzelnen Regionen. Die „exemplarische Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke", welche von der Expertenkommission empfohlen wird, sollte auf bestehende Strukturen, beispielsweise die landesweit präsenten Arbeitskreise *SCHULE-WIRTSCHAFT*, aufsetzen.

Gespräch bei der LVU: v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Julia Gieger, Dr. Dirk Hannowsky (LVU), Michael Lutz

Zum Abschluss verabredeten beide Seiten, ihren Kontakt weiter zu pflegen. Der **vlw** bedankt sich für das anregende und intensive Gespräch.

Ergebnisse der Expertengruppe

Es ist soweit: Die von Ministerin Doris Ahnen eingesetzte Expertengruppe „Strukturelle Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen" hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Auftrag an die Kommission, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Verbände und der Gewerkschaften, der berufsbildenden Schulen, des Landeselternbeirates, der ADD und der Ministerien, war klar: „Vor dem Hintergrund des weiteren Wachstums der Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz gilt es die bewährten Qualifizierungsstrukturen zu erhalten, sie weiter zu entwickeln und sie zugleich demografiefest zu machen." Die Expertengruppe sollte …"realitätsnahe Leitlinien zur Sicherung einer zukunftsfähigen und leistungsstarken berufsbildenden Schule in der nächsten Dekade…" erarbeiten. Dabei hat sich die Expertengruppe selbst folgende entscheidenden Leitlinien für ihre Arbeit gegeben:

- Berücksichtigung der demografischen Entwicklung,
- Berücksichtigung struktureller und standortpolitischer Aspekte,
- Einhaltung der Vorgaben aus dem Gutachten von Prof. Dr. Klaus Klemm,
- Stärkung der schulischen Selbständigkeit,
- Einbeziehung des Papiers des Landesausschusses für Berufsbildung zu den Perspektiven der Ausbildung in Rheinland-Pfalz,
- Einbeziehung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in RLP.

Das Ergebnis der Arbeit der Expertenkommission, in der für den vlw Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß vertreten war, wurde in „12 Empfehlungen zur strukturellen Weiterentwicklung berufsbildender Schulen" zusammengefasst:

Empfehlung 1:

Strukturelle und qualitative Entwicklungen in der Berufsschule, Ausbau der individuellen Förderung, inklusiver Unterricht in den einzelnen Schulformen, eigenverantwortliches Handeln in Schule erfordern eine hohe Unterrichtsversorgung in den berufsbildenden Schulen.

Das Ziel einer hohen Unterrichtsversorgung darf nicht aus den Augen verloren werden; ein struktureller Unterrichtsausfall von über fünf Prozent kann nicht hingenommen werden. Und es wird auch nicht ausreichen, auf die nachlassenden Schülerzahlen zu setzen. Ziel muss eine mindestens 100%ige Unterrichtsversorgung sein!

Empfehlung 2:

Durchgängige und systematische Information aller Schulen in der Sekundarstufe 1 und 2 ab Klasse 8 im Hinblick auf die Berufswahlvorbereitung und die Studienorientierung.

Die BBS muss eine faire Chance erhalten, ihre bewährten und qualifizierten Bildungsgänge in allen allgemeinbildenden Schulen vorstellen zu können!

Empfehlung 3:

Erhaltung und Stärkung kleiner BBS-Standorte im Rahmen der regionalen Schulentwicklung. Dabei ist die regionale Schulentwicklung unter Einbeziehung aller Schularten ganzheitlich anzulegen.

*Der **vlw** legt besonderen Wert auf eine Erhaltung des Bildungsangebotes in der Fläche; der Sog der großen Zentren (Mainz, Koblenz, Ludwigshafen, Trier und Kaiserslautern) darf nicht dazu führen, dass kleinere BBS-Standorte aufgegeben werden. Wo es zu Korrekturen oder Verschiebungen des Angebotes kommt, müssen die Belange der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte Berücksichtigung finden!*

Empfehlung 4:

Sicherung des Berufsschulunterrichts an wohnortnahen und ausbildungsplatznahen Berufsschulstandorten durch regionale Steuerung der Klassen- und Lerngruppenbildung unter Einbeziehung ökologischer und bildungspolitischer Aspekte.

Berufsschule muss wohnort – und ausbildungsplatznah bleiben; dies ist nicht nur Bildungs-, sondern genau so Strukturpolitik! Lange Wege zur Berufsschule führen dazu, dass nicht mehr ausgebildet wird.

Empfehlung 5:

Verbesserung der Qualitätsstandards in der Lehrerausbildung und in der Lehrerfort-und –weiterbildung für eine leistungsfähige Berufsschule und Sicherung dieser Qualitätsstandards durch die Bereitstellung angemessener Ressourcen.

Die aktuelle Diskussion um die Finanzierung eines angemessenen Fortbildungsbudgets zeigt, dass Sparen an dieser Stelle falsch ist: Die berufsbildenden Schulen müssen eine auf den aktuellen Anforderungen der Wirtschaft basierende Aus- und Fortbildung sicherstellen. Hierzu müssen sowohl Lehramtsanwärter als auch ältere Lehrkräfte befähigt werden.

Empfehlung 6:

Differenzierte Förderung von leistungsschwachen und leistungsstarken Jugendlichen durch Bereitstellung von 14 Lehrerstunden für 12 Schülerstunden.

Zwei zusätzliche Unterrichtsstunden in der Berufsschule für die individuelle Förderung – eine große Chance, um auf die Vorwürfe aus der Wirtschaft zu reagieren, die eine mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler beklagt. Der vlw sieht der Reaktion der Landesregierung mit Spannung entgegen!

Empfehlung 7:

Zur besseren pädagogischen und organisatorischen Ausgestaltung der Berufsschule sowie der Erhöhung der Flexibilität in der Unterrichtsorganisation ist die Sollberechnung auf PauSE umzustellen und sind die PauSE-Faktoren in der Berufsschule an die aktuellen Klassengrößen anzupassen.

Bisher wurden an vielen Schulen kleine Klassengrößen in der Berufsschule (bei nachlassenden Schülerzahlen) erwirtschaftet durch große Klassen in den Vollzeitschulen. Eine Korrektur der PauSE-Faktoren ermöglicht es, auch an kleinen Standorten eine breite Palette an Berufen zu unterrichten.

Empfehlung 8:

Intensivierung der Kooperation zwischen Berufsschule, Wirtschaft und Hochschule zur Förderung der Berufsausbildung und der beruflichen Fort- und –weiterbildung sowie der exemplarischen Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke unter Einbeziehung der berufsbildenden Schulen.

Durch die Kooperation mit der Wirtschaft und den Hochschulen kann das Potential der BBS besser als bisher genutzt werden; dies gilt u.a. für die Anerkennung von in der berufsbildenden Schule erbrachten Leistungen, zur Kooperation bei dualen Studien- und Ausbildungsgängen sowie einer Stärkung der Fachschulen.

Empfehlung 9:

Strukturelle und pädagogische Weiterentwicklung der Berufsfachschule I und des Berufsvorbereitungsjahres zur Verbesserung der Chancen auf dem Ausbildungsmarkt sowie zur gezielten Förderung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler.

Die im nächsten Schuljahr wirksame Reform der BF1 bietet gute Chancen, die Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern. Erkenntnisse aus der laufenden Pilotphase sollten unbedingt Berücksichtigung finden; die Schulen sollten bei der Überwindung organisatorischer Probleme notwendige Freiräume erhalten.

Empfehlung 10:

Anpassung des Bildungs- und Qualifizierungsangebotes in der höheren Berufsfachschule an die geänderten Nachfragestrukturen sowie die demografische Entwicklung.

Die höhere Berufsfachschule schafft die Voraussetzung für die Ausbildungsfähigkeit vieler Schülerinnen und Schüler; ihre Absolventen werden von der Wirtschaft geschätzt und bevorzugt in Ausbildungsstellen übernommen. Sie sollte deshalb nicht nur erhalten bleiben, sondern sogar ausgebaut werden.

Empfehlung 11:

Sicherung einer adäquaten Beschulung für behinderte Jugendliche über alle Schulformen der berufsbildenden Schulen hinweg, um den jungen Menschen eine Teilhabe durch berufliche Bildung am gesellschaftlichen und beruflichen Leben zu ermöglichen.

Hier stehen wir erst am Anfang; bisher ist beim Stichwort „Inklusion“ überhaupt nicht an die berufsbildenden Schulen gedacht worden. Konzeptionelle Überlegungen des MBWWK stehen für die BBSn noch aus, die Lehrkräfte sind auf diese schwierige Aufgabe angemessen vorzubereiten. Eine Inklusion zum Nulltarif wird es nicht geben können!

Empfehlung 12:

Sukzessive Übertragung von pädagogischer, organisatorischer, personeller und finanzieller Verantwortung in die berufsbildenden Schulen durch eine gestufte Implementierung des Schulversuchs EQuL in alle berufsbildenden Schulen.

Der vlw unterstützt die Ziele von „EQuL“. Eine Stärkung der Eigenverantwortung der BBS erhöht die Chance, auf regional unterschiedliche Entwicklungen erfolgreich zu reagieren. Zu berücksichtigen sind dabei die mit EQuL einhergehenden erhöhten Arbeitsbelastungen, die sicherlich der schulischen Qualität zugute kommen, aber eben erbracht werden müssen.

Fazit:

Die Expertenkommission hat in sachlicher Atmosphäre ernstzunehmende und in die Zukunft weisende Empfehlungen erarbeitet. Für alle an der Arbeit Beteiligten, auch und gerade den Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, wird sich in Zukunft die Aufgabe stellen, diese Empfehlungen mit Inhalten zu füllen und vor allem deren Finanzierung sicherzustellen. Viele der Empfehlungen haben organisatorische, aber auch inhaltliche Fragestellungen aufgeworfen. Die Finanzierung wird der Punkt sein, an dem wir die Landesregierung bei der Einlösung der Empfehlungen messen werden. Auch hier gilt: Mehr Qualität in der beruflichen Bildung wird zum Nulltarif nicht zu haben sein!

Informationsveranstaltung zur Berechnung von Versorgungsbezügen (Ruhegehalt)

Termin: Montag, 19. Mai 2014
Zeit: 14:30 - 17:00 Uhr
Ort: Restaurant Bremerhof in Kaiserslautern

Die genaueren Informationen und die Möglichkeit einer Anmeldung erhalten die Ortsverbände noch über ihre Bezirksvorsitzenden (einige Wochen vor der Veranstaltung). Veranstaltet und finanziert durch den vlw-Bezirksverband Pfalz.

Fortbildung im Bezirk Pfalz: Neuordnung der Büroberufe

Schon im kommenden Schuljahr 2014/15 muss der von einer Bundeslehrplankommission entwickelte neue Lehrplan für Büroberufe von unseren Kolleginnen und Kollegen umgesetzt werden.
Daher fand am 28. Januar 2014 an der BBS Pirmasens eine **vlw**-Fortbildungsveranstaltung zur „Neuordnung der Büroberufe“ statt. Referent der Veranstaltung war **Udo Letzel**, **vlw**-Kollege an der BBS Pirmasens, der als Mitglied der Bundeslehrplankommission die Entwicklung des neuen Lehrplans aktiv mitgestaltet hat.
Nach einer kurzen Begrüßung des Ortsvorsitzenden und stellvertretenden Bezirksvorsitzenden **Peter Michel** und durch den Bezirksvorsitzenden der Pfalz, **Andreas Seehaus**, erläuterte Udo Letzel anschaulich die bevorstehenden Neuerungen. Rückfragen der Kolleginnen und Kollegen wurden durch Herrn Letzel direkt und sachkundig beantwortet, ferner mit Beispielen für eine praxisnahe Umsetzung ergänzt.
Im Anschluss an die Veranstaltung stand Herr Letzel in gemütlicher Runde noch für persönliche Fragen zur Verfügung. Der Bezirksvorsitzende Andreas Seehaus bedankte sich mit einem Präsent bei Herrn Letzel für die gelungene Fortbildungsveranstaltung.
An dieser Stelle noch einen herzlichen Dank an Peter Michel für die Organisation vor Ort und die gute Bewirtung!

Presseerklärung des Deutschen Lehrerverbands vom 27.02.2014:

Deutscher Lehrerverband zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig:

Lehrerverband: „Streikverbot für Lehrer garantiert Bildungsrecht für Schüler“

Der Deutsche Lehrerverband begrüßt die heute verkündete Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig, die das Streikverbot für Lehrer bestätigt.

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, betonte: „Es hat schon seine Richtigkeit, dass Lehrer und Staat in einem besonderen Treueverhältnis stehen: Der Staat sorgt dafür, dass die Lehrer ein vernünftiges Auskommen haben, umgekehrt ist die Gegenleistung der Lehrer, dass sie im Interesse der Schüler auf gewisse Rechte verzichten, nämlich z.B. auf das Streikrecht.“

Denn insbesondere die Rechte der Schüler seien durch Streiks betroffen, führte Kraus aus: „Wir haben in Deutschland eine Schulpflicht, davon abgeleitet bestehen Bildungsrechte der heranwachsenden Generation. In dem Moment, in dem Lehrer streiken dürfen, kann dieses Bildungsrecht nicht mehr eingelöst werden. Was das bedeutet, wissen wir aus Ländern, in denen Lehrerstreiks immer wieder vorkommen –

dort wird oft wochenlang der Bildungsbetrieb und manchmal auch der Prüfungsbetrieb lahmgelegt, dies geht besonders zu Lasten der schwächeren Schüler."
Doch nicht nur das Streikverbot spricht für den Beamtenstatus der Lehrerschaft, stellte Kraus klar: „Lehrer und Lehrerkollegien entscheiden über Laufbahnen und greifen damit also in Grundrechte ein – und der Eingriff in Grundrechte muss Staatsbediensteten im Beamtenstatus vorbehalten sein." Der DL-Präsident sprach sich heute Morgen im ARD-Morgenmagazin im Hinblick auf die anstehende Entscheidung ebenfalls dezidiert gegen ein Streikrecht für verbeamtete Lehrer aus.
Das Interview im ARD-Morgenmagazin kann unter http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/politik/Lehrerverband-spricht-sich-gegen-Streikrecht-fuer-Lehrer-aus-100.html abgerufen werden.

Ausführlich äußerte sich DL-Präsident Kraus zum Beamtenstatus der Lehrer auch in der Sendung „login" auf ZDF info im Streitgespräch mit dem Journalisten Christian Füller am Mittwochabend.

Die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zum Urteil finden Sie auf der Homepage des BVG: BVerwG 2 C 1.13.

Bitte vormerken: vlw-Landesdelegiertenversammlung am 17.11.2014

Am 17. November 2014 wird die Landesdelegiertenversammlung des **vlw** im Schloss Waldthausen (Budenheim bei Mainz) stattfinden. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird ein **Vortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase** (Universität Bielefeld) zum Thema „**Auf den Lehrer kommt es an - Ein Plädoyer für die Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für erfolgreiches Lernen**" stehen.

dbb-Landesgewerkschaftstag 2014 in Mainz

Der **vlw** Rheinland-Pfalz wird vom 5. - 7. Mai auf dem Landesgewerkschaftstag des **dbb** mit folgenden Anträgen vertreten sein:

vlw-Antrag Nr. 1:Vollständige Anerkennung von Studienzeiten für die Versorgungsbezüge

Der **dbb** soll sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass bei der Berechnung der Versorgungsbezüge (Ruhegehalt) die Studienzeit im Umfang der für das jeweilige Studium erforderlichen Regelstudienzeit und Prüfungszeit angerechnet wird.

Begründung

Ist zur Ausübung einer bestimmten beruflichen Tätigkeit ein Studium die Eingangsvoraussetzung, so muss der betreffende Beamte mindestens die Regelstudienzeit + Prüfungszeit an der Hochschule absolviert haben, um einen entsprechenden Abschluss für das Amt zu erwerben. Tut er dies nicht, so kann er das Amt nicht erhalten. Umgekehrt erkennt das Land Rheinland-Pfalz durch die Regelung im LBeamtVG seit 18.6.2013 nur noch 855 Tage für eine Hochschulausbildung und 1095 Tage für eine Fachschulausbildung (je inklusive Prüfungszeit) an. Der Dienstherr widerspricht sich selbst, wenn er einerseits ein Studium mit Regelstudienzeit zur Eintrittsvoraussetzung macht und dann andererseits diese Voraussetzung nicht vorsorgerechtlich anerkennen will.Für die betreffenden Beamten stellt dies eine unzumutbare Härte und eine nicht in Kauf zu nehmende Versorgungskürzung da.

Kaiserslautern, 17. Januar 2014
Jürgen Schwind, Vorsitzender Ortsverband Kaiserslautern

vlw-Antrag Nr.2: Auskünfte über den Stand von Pensionsleistungen des Landes Rheinland-Pfalz

Die Vertreterinnen und Vertreter des dbb-Rheinland-Pfalz werden aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen des Landes dafür einzusetzen, dass die Kolleginnen und Kollegen spätestens ein halbes Jahr vor einer Entscheidung über den eventuellen Eintritt in eine Altersteilzeit über den Stand und die Entwicklung ihrer Pensionshöhe kompetent Auskunft erhalten. Dies bedeutet ausdrücklich nicht den Verweis auf eine entsprechende automatisierte Auskunftserteilung auf einer Homepage.

Begründung

Die Entscheidung für die Option „Altersteilzeit" hängt entscheidend von der Frage ab, wie hoch die zu erwartenden Pensionszahlungen des Dienstherren ausfallen. Entsprechend wichtig sind kompetente, rechtssichere Auskünfte, die zu erteilen der Dienstherr im

Rahmen seiner Fürsorgepflicht verpflichtet sein sollte. In der letzten Zeit fühlten sich viele Kolleginnen und Kollegen von den entsprechenden Dienststellen „abgewimmelt“.

Kirchheimbolanden, 17.01.2014
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

vlw-Antrag Nr.3: Angemessene Besoldungsanpassungen für Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz

Der dbb-Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die im Dienstrechtsänderungsgesetz festgelegte Erhöhung von fünfmal 1% zurückgenommen wird und die Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst inhaltsgleich auf die Landesbeamten übernommen werden.

Begründung
Keine Abkoppelung der Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung! Angemessene Alimentation der Beamten!

Trier, 17. Januar 2014
Gregor Gebhard, Vorsitzender Bezirk Trier

vlw-Antrag Nr.4:
Festlegung der Erfahrungsstufen bei Beamtinnen und Beamten

Der **dbb**-Landesvorstand Rheinland-Pfalz wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass im Rahmen der Festlegung der Erfahrungsstufen …

1) berufliche Erfahrungen, soweit sie für die Verwendung im Beamtenverhältnis förderlich sind, in vollem Umfang berücksichtigt werden, unabhängig davon, ob sie Voraussetzung für den Erwerb der Laufbahnbefähigung sind oder ob die berufliche Tätigkeit einen pädagogischen Bezug hat (z.B. Ausbildertätigkeiten in der dualen Ausbildung);
2) Vertretungsverträge als Lehrkraft auch dann als förderliche Zeiten anerkannt werden, wenn sie vor der Übernahme in den Vorbereitungsdienst abgeleistet wurden;
3) bei Kolleginnen und Kollegen, die im Ländertauschverfahren nach Rheinland-Pfalz versetzt werden, eine Überleitung der im bisherigen Dienstverhältnis erreichten Dienstalters- bzw. Erfahrungsstufe im Sinne einer Besitzstandswahrung erfolgt;
4) die Anerkennung förderlicher Zeiten aufgrund eines nachvollziehbaren Kriterienkatalogs mit vergleichbaren Kriterien erfolgt.

Begründung:
Die Neuregelung bei der Bemessung des Grundgehaltes in der Beamtenbesoldung zum 01.07.2013 (Umstellung vom Besoldungsdienstalter sowie von Dienstaltersstufen auf Erfahrungsstufen) führt bei neu einzustellenden Lehrkräften, insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schule zu finanziellen Verschlechterungen im Vergleich zur Einstufung auf Basis des Besoldungsdienstalters. Lehrkräfte, die im Bereich der berufsbildenden Schule eingestellt werden, sind aufgrund ihrer Ausbildungszeiten (Zeiten einer Berufs- und Hochschulausbildung und Zeiten beruflicher Tätigkeit) deutlich älter als neu einzustellende Lehrkräfte in anderen Schularten. Die Umstellung vom Besoldungsdienstalter auf Erfahrungsstufen lässt die Alterskomponente weitgehend unberücksichtigt, obwohl in diesen Zeiten berufliche Erfahrungen erworben wurden, die unter fachlichen Aspekten für die Verwendung als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen förderlich sein können. Eine Anerkennung dieser Zeiten erfolgt aber nur sehr restriktiv. In diesem Zusammenhang ist nicht nachvollziehbar, warum Ausbildungszeiten, auch wenn sie im Beamtenverhältnis absolviert wurden, bei der Festlegung der Erfahrungsstufen unberücksichtigt bleiben. Bei Einstellungen im Bereich des TV-L werden förderliche berufliche Erfahrungen und Zeiten des Vorbereitungsdienstes bei der Stufenfestsetzung berücksichtigt. In Analogie zur Praxis im Bereich des TV-L sollte auch bei der Festlegung der Erfahrungsstufen verfahren werden. Die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte wird maßgeblich durch eine attraktive Besoldung beeinflusst.
Kolleginnen und Kollegen, die im Rahmen des Ländertauschverfahrens an eine BBS in Rheinland-Pfalz versetzt werden, erleiden in der Regel finanzielle Einbußen, da sie im Rahmen der Festlegung der Erfahrungsstufe wie Kolleginnen / Kollegen behandelt werden, die neu in den Schuldienst eingestellt werden. Vor dem Hintergrund der Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte, insbesondere in Mangelfachbereichen, sollten bei Versetzungen im Rahmen des Ländertauschs erreichte Dienstalters- bzw. Erfahrungsstufen nicht verloren gehen.

Bezirksvorstand des **vlw**-Bezirksverbands Koblenz
Kurt Flöck, Vorsitzender

Was den ÖPR auf den Nägeln brennt

vlw-Treffen der Örtlichen Personalräte Rheinhessens

Erfolg und Zufriedenheit im Beruf leben von einer funktionierenden Kommunikation. Deshalb organisierte der **vlw** einen Austausch für ÖPR-Mitglieder an der BBS Alzey. Die Teilnehmer aus Worms, Bingen, Mainz und Alzey diskutierten, was Lehrerinnen und Lehrer in Rheinhessen derzeit beschäftigt.

Die alle betreffende „regionale Strukturreform in Rheinhessen“ brannte den Örtlichen Personalräten besonders auf den Nägeln. „Welche Stellenzuweisungen sind nötig und möglich?“, „Wie können abgeordnete Kollegen so eingesetzt werden, dass es ihren Neigungen und gleichzeitig dem Bedarf der Schule entspricht?“ So wurden knifflige, Fragen aufwerfende Situationen und spezielle Begebenheiten mit beratendem Beistand des **vlw**-Landesvorstands besprochen.

Das gemeinsame Vorwärtsgehen in die richtige Richtung und dabei die Interessen aller zu stärken war das Anliegen der ÖPR. Konsens der Teilnehmer war, dass bald Klarheit herrschen muss, um betroffenen Lehrerinnen und Lehrern eine verbindliche Aussage und vor allem eine vernünftige Perspektive bieten zu können. Ohne Perspektive für Lehrperson und Schule gleichermaßen sollte es keine Abordnungen geben. Unabdingbar dafür ist, dass die ÖPR an den BPR herantragen sollen, was Situation an den jeweiligen Schulen ist, um Fehlentscheidungen bei Stellenzuweisungen zu vermeiden.

Weitere Besprechungspunkte waren die Veränderungen bei der VV für Mehrarbeit, das Ansparmodell, sowie die Bedingungen um die Verteilung der 3/6 Pauschale. Ein wichtiger Aspekt waren dabei die Freistellungsstunden für die ÖPR und die Diskussion darüber, ob diese gekürzt werden sollten, was von **vlw**-Seite entschärft werden konnte. Die ÖPR begrüßten die Information, dass keine ungerechtfertigten Kürzungen stattfinden sollen und dass Dienstvereinbarungen weiterbestehen, wenn sie nicht gekündigt werden. Die Teilnehmer lobten hier die Wirksamkeit des **vlw**, der sich für die Rechte der ÖPR stark gemacht hat.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass ein solcher Austausch für eine bessere Kommunikation zum Wohle Aller und damit für eine zufriedenstellende Zusammenarbeit auf allen Ebenen auch in Zukunft unerlässlich ist.

Julia Gieger

Neuwied: Neuordnung der Büroberufe

Mit Beginn des Schuljahres 2014 / 2015 soll der neue Ausbildungsberuf Kauffrau / Kaufmann für Büromanagement umgesetzt werden. Der neue Ausbildungsberuf fasst die bisherigen Ausbildungsberufe Bürokauffrau/-mann, Kauffrau/-mann für Bürokommunikation und Fachangestellte(r) für Bürokommunikation zusammen. In diesem Zusammenhang lud der **vlw**-Bezirksverband Koblenz interessierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Informationsveranstaltung am 24.02.2014 an die BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied ein. Neben einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen verschiedener berufsbildender Schulen hatten sich auch Vertreter von Ausbildungsbetrieben zu der Veranstaltung angemeldet. Als Referenten konnten **Martin Lützenkirchen** (Pädagogisches Landesinstitut), **Ilona Meuth-Bach** (BBS Wirtschaft Koblenz) und **Eva Pertgen** (BBS Bingen) gewonnen werden. Im Rahmen der Präsentation und der anschließenden Diskussion standen die Lernfeldstruktur des neuen Lehrplans, die die klassische Fächerstruktur ablöst, die zeitliche und inhaltliche Umsetzung der Lernfelder sowie die Besonderheiten der neugestalteten Abschlussprüfung im Vordergrund. Die Abschlussprüfung wird künftig in zwei Teilen als „gestreckte Abschlussprüfung“ erfolgen. Die klassische Zwischenprüfung entfällt. Der erste Teil der Prüfung erfolgt zur Mitte der Ausbildung und umfasst die ersten fünfzehn Monate. In Teil 2 der Abschlussprüfung wurde insbesondere die praktische Prüfung neugestaltet. Die Auszubildenden haben die Möglichkeit, in den beiden Wahlqualifikationen, die im Ausbildungsbetrieb zu vermitteln sind, jeweils einen Report zu verfassen, der dann Ausgangspunkt für das Fachgespräch ist. Neben dieser Variante ist die gängige Stellung von praxisbezogenen Fachaufgaben durch den Prüfungsausschuss möglich. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, in welcher Variante die praktische Prüfung durchgeführt wird. Für leistungsstarke Auszubildende besteht die Möglichkeit, dass eine noch nicht gewählte Wahlqualifikation als Zusatzqualifikation vermittelt und geprüft wird. Die Umsetzung der gestreckten Abschlussprüfung wird von den Teilnehmenden insbesondere bei zweijährigen Ausbildungsverhältnissen als problematisch angesehen. Auch sehen die Teilnehmenden die Notwendigkeit, dass sich die Prüfungsausschüsse frühzeitig über die Erstellung der praxisbezogenen Fachaufgaben verständigen müssen.

Der **vlw**-Bezirksverband Koblenz bedankt sich recht herzlich bei **Herrn Lützenkirchen** sowie bei **Frau Meuth-Bach** und **Frau Pertgen** für die gelungene Durchführung der Informationsveranstaltung. Auch sei dem Schulleiter der BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied, Herrn Lorenz, für Bereitstellung des Tagungsraumes gedankt. *Kurt Flöck*

Verantwortlich:
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:
Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

vlw kompakt 2014/03

Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen“ vorgelegt. Im Folgenden veröffentlichen wir die wesentlichen Veränderungen und die Posiionen des **dbb rheinland-pfalz** dazu.

Entwurfsinhalte

Der Entwurf eines Landesgesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften enthält die erwartete **Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze für Beamte um zwei auf 67 Jahre**.

Die allgemeine Altersgrenze von 65 Jahren für Beamtinnen und Beamte soll ab 01. Januar 2016 stufenweise auf 67 Jahre angehoben werden, beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1951. Wie in der gesetzlichen Rentenversicherung wird für den Jahrgang 1964 das 67. Lebensjahr die Altersgrenze bilden. Der Beginn der schrittweisen Anhebung im Jahr 2016 gibt den betroffenen Jahrgängen – so die Entwurfsbegründung - Gelegenheit, sich auf den späteren Eintritt in den Ruhestand einzustellen. Als Altersgrenze für Lehrkräfte soll nicht mehr das Ende des Schuljahres gelten, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, sondern das Schuljahr, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Die allgemeine Antragsaltersgrenze von 63 Jahren bleibt unverändert. Der Abstand zur Regelaltersgrenze wächst damit von zwei auf vier Jahre. In Anlehnung an die gesetzliche Rentenversicherung wird die Antragsaltersgrenze für schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte, die nach dem 31. Dezember 1955 geboren sind, laut Entwurf von bisher 60 Jahren in Stufen von zunächst jeweils zwei und ab dem Jahrgang 1959 von jeweils drei Monaten auf 62 Lebensjahre angehoben. Außerdem sollen die Bestimmungen, die das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand bei Erreichen der Altersgrenze regeln, weiter flexibilisiert werden. Das Ende des Berufslebens soll so - soweit es die dienstlichen Belange zulassen - freier gestaltbar sein. In diesem Zusammenhang wird ein Rechtsanspruch auf das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand geschaffen, der es erlaubt, die nachteiligen Auswirkungen einer familienbedingten Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung auf die Länge der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit und damit die Höhe des Ruhegehalts - zumindest teilweise - auszugleichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
nun ist er da, lange erwartet, und die Befürchtungen sind eingetreten: Es stehen uns und Ihnen weitere massive Einschnitte bevor, die das, was uns die Landesregierung seit Jahren im Bereich der Besoldung und der Versorgung zugemutet hat, noch in den Schatten stellen. Nun wäre einzuwenden, dass ja auch im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung die demografischen Veränderungen zu einer Verschiebung des Renteneintrittsalters geführt haben und dass sich der öffentliche Dienst hier nicht ausklinken könne. Dies wäre zutreffend, wenn nicht die Beamtinnen und Beamten gerade in Rheinland-Pfalz schon seit Jahren unfreiwillig ihren Beitrag zur Sanierung des Landeshaushaltes geleistet hätten – und um nichts anderes geht es hier. Wie sollen sich noch dazu die Einstellungschancen für junge Lehrkräfte entwickeln, wenn die älteren Lehrkräfte ihnen die Stellen blockieren? Auch die Übergangsbestimmungen lassen Fragen offen: Bedienstete mit Geburtsdatum nach dem 1.4.1952 werden ein Jahr länger arbeiten müssen. Wie werden die Regelungen der rudimentären Altersermäßigung ausgestaltet sein, die ja einst für eine kurzfristige Leistungsprämie drastisch gekürzt wurde? Auch eine attraktive Altersteilzeitregelung, welche einerseits dem Bedürfnis vieler nach einem früheren und fließendem Übergang in den Ruhestand, andererseits dem Wunsch nach einem Stopp der Veralterung der Kollegien gerecht wird, ist nicht zu erkennen.
Fazit: Es geht nicht um eine Anpassung an demografische Veränderungen und den (erforderlichen?) Beitrag des öffentlichen Dienstes, sondern um einen weiteren Zwangsbeitrag der Beamtinnen und Beamten zur Sanierung des Landeshaushaltes. Wir fordern den Landtag auf, sich gegen die einseitigen Spargesetze der Landesregierung auszusprechen!
Ihr Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Inhalt:

- **Gesetzentwurf Pensionsaltersgrenzen**
- **Fortbildung bei Eura Mobil**
- **Mitgliederumfrage vlw**
- **vlw Pfalz: Pensionsansprüche**
- **dbb-Gewerkschaftstage**
- **Mainzer Bildungsgespräche zum Thema Cybermobbing**
- **Karlheinz Helling verstorben**
- **Christa Schmidt-Flach verstorben**
- **Heiner Günster im Ruhestand**

Hierzu die Positionen des dbb Rheinland-Pfalz:
Veränderungen – besonders versorgungsrechtliche – können nicht nur in eine Richtung erfolgen. Schlichte Kürzungen bei der eigenständigen Beamtenversorgung waren und sind keine Weiterentwicklung des Rechts. Auch rein fiskalische Gründe und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, waren und sind keine ausreichende Legitimation für Kürzungen der Beamtenversorgung. Es bedarf vielmehr immer eines sachlichen Grundes für eine Übertragung von Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamtenversorgung. Gleichzeitig müssen Veränderungen mit den strukturellen Unterschieden der Versorgungssysteme vereinbar sein.
Der **dbb rheinland-pfalz** bewertet eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Pensionsaltersgrenze als faktische Pensionskürzung. Eine Anhebung der Altersgrenzen hält der dbb rheinland-pfalz nur dann für vertretbar, wenn geeignete Arbeitsplätze für älteres Personal bereitgestellt werden. Unter dem Stichwort „altersgerechtes Arbeiten“ müssten die Beschäftigungsbedingungen bei steigendem Lebensalter der von einer Altersgrenzenanhebung Betroffenen angepasst werden. Das Land müsse einen eindeutigen Nachweis entsprechender Arbeitsplätze erbringen. Das betriebliche Gesundheitsmanagement müsse begleitend konsequent ausgebaut werden. Es dürfe nicht darum gehen, dass immer mehr Beamtinnen und Beamte immer früher und mit immer höheren Abschlägen in Pension gingen. Vielmehr müsse Ziel sein, die Anzahl derer, die die Pensionsaltersgrenzen tatsächlich erreichen können, zu erhöhen.
Der dbb rheinland-pfalz werde in seiner schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des Verbändebeteiligungsverfahrens die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen berücksichtigen. Dabei sei zu erwarten, dass etwa der Justizvollzug und die Lehrkräfte eine Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage fordern würden. Die Anhebung der Antragsaltersgrenze für Schwerbehinderte/Dienstunfähige sei zwar konsequent und folge dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung. Betroffene würden aber auch hier sicherlich auf der Beibehaltung des gegenwärtigen Standes bestehen.
Kernforderung des dbb rheinland-pfalz sei, dass ein abschlagsfreier Ruhestand mit 65 Jahren nach 40 berücksichtigungsfähigen Beschäftigungsjahren möglich sei. In der Regel längere Ausbildungszeiten und späterer Eintritt in den öffentlichen Dienst bedingten, dass Beamtinnen und Beamte 45 Dienstjahre nur selten erreichten. Dabei seien qualifizierte (ältere/länger ausgebildete) Kräfte zwingend erforderlich, um öffentliche Dienstleistung zu gewährleisten. Entsprechende versorgungsrechtliche Lösungen und Anrechnungen von Vordienstzeiten müssten her, um auch in Zukunft qualifizierte und berufserfahrene Fachkräfte gewinnen zu können.

Übergangsbestimmungen:
Lehrkräfte, die
1. vor dem 1. April 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze zum Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden,
2. nach dem 31. März 1952 und vor dem 1. Dezember 1952 geboren wurden, erreichen die Altersgrenze mit Ende des Monats Juli 2017.
Für Beamtinnen und Beamte,
1. die sich am … (Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes) in Altersteilzeit, in Teilzeitbeschäftigung im Blockmodell (§ 5 Abs. 3 Nr. 2 der Arbeitszeitverordnung) oder in einem Urlaub nach § 77 Satz 1 Nr. 2 befinden,
2. für die aufgrund einer vor dem … (Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes) erteilten Bewilligung eines der in Nummer 1 genannten Zeitmodelle innerhalb von sechs Monaten nach der Bewilligung beginnt, verbleibt es bei der bisher festgelegten Altersgrenze.

Reisen mit doppeltem Boden: Besuch bei Eura Mobil

Interessante Einblicke in die Fertigung von Reisemobilen gelangen einer Gruppe von Kolleginnen und Kollegen anlässlich einer Fortbildungsveranstaltung des **vlw** bei der Firma **Eura Mobil in Sprendlingen** (Rheinhessen). Dort werden seit 1959 zuerst Wohnwagen und ab 1983 Reisemobile für den internationalen Markt produziert. Und die besondere Bauweise

– Reisemobile mit doppeltem Boden – prädestinieren die Fahrzeuge für den Einsatz im nicht immer so warmen Norden Europas. Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen konnten bei einer Werksbesichtigung anschaulich die Produktion von Reisemobilen vom Unterbau bis zum fertigen Aufbau verfolgen. Anschließend wurden Fragen der Ausbildung – seit Jahren bildet die Firma Auszubildende z.B. an der BBS Bingen aus – sowie der Modellpolitik und der Fertigungsorganisation besprochen. Am Ende konnten im „Reisemobil-Forum“ in Sprendlingen noch einzelne Modelle von innen und außen besichtigt werden – das große Interesse an dieser Form des Reisens war nicht zu verkennen! Landesvorsitzender **Karl-Heinz Fuß** dankte der Firma **Eura Mobil** für den interessanten Tag und **Eva Pertgen** von der BBS Bingen für die Organisation.
http://www.euramobil.de

Mitgliederumfrage:Aufklärung und Interessenvertretung am wichtigsten

Ihre Meinung war gefragt! Im Mai führte der **vlw** eine Mitgliederumfrage durch mit dem Ziel, Mitgliedern die bestmögliche Unterstützung in ihrem Beruf zu bieten.
Laut den Ergebnissen steht für die meisten Mitglieder ihre berufliche und wirtschaftliche Interessenvertretung gegenüber dem Ministerium und der ADD sowie regelmäßige Informationen über dienst- und besoldungsrechtliche Veränderungen im Vordergrund. Dazu werden die Mitglieder weiterhin unter anderem durch die aussagekräftigen Karikaturen auf Plakaten und in der Zeitschrift „**vlw kompakt**“ über aktuelle bildungspolitische Themen benachrichtigt.
Aus der Erhebung geht ebenfalls hervor, dass persönliche Beratung durch kompetente Ansprechpartner für Beratungen von hoher Bedeutung ist. Die Orts-, Bezirks- und Landesverbandsvorsitzenden sind für die Mitglieder stets erreichbar und beraten in dienstlichen und rechtlichen Fragen.
Auch ein größeres Angebot von Fortbildungsveranstaltungen liegt den Mitgliedern am Herzen. Angebote an Fortbildungen mit beruflichen Schwerpunkten gibt es in zu geringem Umfang, daher setzt sich der Verband gezielt dafür ein; Er bietet selbst Fortbildungen an, sensibilisiert die Institute für den Mangel und fordert mehr Fortbildungen im beruflichen Bereich.
Der **vlw** bedankt sich bei seinen Mitgliedern für die vielen Rückläufe zur Meinungsumfrage und nimmt weitere Anregungen auch künftig gerne entgegen!
Julia Gieger

vlw Pfalz informiert über Veränderungen bei Pensionsansprüchen

Zukünftig werden nur noch 855 Tage der Hochschulausbildung auf die Berechnung der Ruhegehälter angerechnet! Nicht allein durch diese Nachricht, die uns letztes Jahr aus dem Ministerium erreichte, sind viele Lehrkräfte bezüglich der zu erwartenden Pensionsansprüche verunsichert. Zudem erhalten Betroffene oftmals keinerlei Auskünfte seitens der OFD, wenn Informationen über die zu erwartende Höhe ihrer zukünftigen Pensionen gewünscht werden.
Daher hat der **vlw Bezirksverband Pfalz** eine Informationsveranstaltung zur Berechnung von Pensionsansprüchen am 19. Mai 2014 organisiert, an der 50 Interessierte teilnahmen! Der Bezirksvorsitzende der Pfalz, **Andreas Seehaus**, konnte für diese komplexe Thematik einen sachkundigen Referenten gewinnen: **Gerhard Peifer**, der Fachmann für Beamtenrecht des Philologenverbandes RLP und Vorsitzender des Bezirkspersonalrates der Gymnasien, konnte den Teilnehmenden einen umfassenden Überblick über den Berechnungsmodus von Pensionen und deren Einflussfaktoren geben. Konkrete Berechnungsbeispiele zur Höhe von Pensionsansprüchen trugen zu einer weiteren Veranschaulichung bei. Nach ca. zwei Stunden Vortrag und Klärung individueller Rückfragen, stand im Anschluss der Veranstaltung Herr Peifer noch für offene Fragen einzelner Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung.
Die sehr ansprechende Räumlichkeit des Restaurants Bremerhof in Kaiserslautern und die Verpflegung mit Torten, Kuchen, Kaffee und kalten Getränken trugen zum Wohlbefinden der Teilnehmenden bei. Für **vlw**-Mitglieder war die Veranstaltung kostenfrei!
Einen ganz herzlichen Dank an den Ortsvorsitzenden der BBS Wirtschaft Kaiserslautern, **Jürgen Schwind**, für die perfekte Organisation vor Ort!
Andreas Seehaus

dbb-Gewerkschaftstage: Jürgen Kettner gewählt

Auf dem **dbb-Gewerkschaftstag** 2014 wurde die amtierende **dbb**-Landesvorsitzende **Lilli Lenz** mit einem überwältigenden Ergebnis von 97 % im Amt bestätigt. Souverän und bestimmend wies sie Ministerpräsidentin Malu Dreyer auf die Missstände der Landesbeamten hin: „So geht es nicht, Frau Ministerpräsidentin!“ **Malu Dreyer (SPD)** versuchte zu besänftigen und kündigte an, dass aufgrund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen ein „Lüften des 5 x 1 %-Besoldungsdeckels“ ab 2015 folgen wird. 2015 und 2016 gäbe es auf jeden Fall mehr als 1 %. Aber: Wie viel mehr? Auf das von Lilli Lenz eingeforderte Zugeständnis, die Tarifabschlüsse der Angestellten im ÖD 1:1 zu übernehmen, ließ sich die Ministerpräsidentin nicht ein. Die Delegierten der Gewerkschaftstage vermittelten Malu Dreyer und den anwesenden Mitgliedern des Landtages Rheinland-Pfalz ein deutliches Bild ihres Zorns über mangelnde Wertschätzung mit 250 gezeigten roten Karten und dem Slogan „5 x 1 % muss weg! Ich bin MEHR WERT!“ Das SWR-Fernsehen berichtete wohlwollend über die angespannte Situation der Beamten und Landesbediensteten.

Klaus Dauderstädt (dbb-Bundesvorsitzender) geißelte in seinem Gastvortrag die Pläne zur gesetzlichen Festlegung der Tarifeinheit nach dem Motto „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ als verfassungswidrig. Es könne nicht angehen, dass die Politik sehenden Auges derart in die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht im Tarifsektor eingreift. Dauderstädt fordert weiter: „Hände weg von einer gesetzlichen Lösung! Das machen die Sozialpartner selber!“ Zusätzlich hielt der Bundesvorsitzende des **dbb** ein engagiertes Plädoyer gegen weitere Kürzungen in der Alimentation, indem er einen Gleichklang zwischen Tariferhöhungen und Anpassungen von Besoldung und Versorgung forderte.

Jürgen Kettner (BBS Wirtschaft Koblenz) setzte sich erfolgreich in einer Kampfabstimmung mit dem zweitbesten Stimmergebnis durch und wurde von den dbb-Delegierten zum stellvertretenden Vorsitzenden des dbb-Landesbundes Rheinland-Pfalz gewählt. Mit Jürgen Kettner werden die besonderen Interessen der Lehrerschaft im dbb gestärkt.

Björn Jacobs

dbb beamtenbund und tarifunion landesbund rheinland-pfalz

Mainzer Bildungsgespräche: Neue Medien beeinflussen die Persönlichkeit

Wie digitales Mobbing zur Gefahr an Schulen wird, war Thema bei den **Mainzer Bildungsgesprächen** am 17. Juni im Mainzer Landtag. **CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner** lud zum Vortrag „Tatort Internet“ des Bündnisses gegen Cybermobbing eV. mit anschließender Diskussion ein.

„Wer oder was schafft heute Persönlichkeit?“ und „Woraus schöpfen Jugendliche ihre Werte?“ Interessante Fragen wie diese warf **Uwe Leest** in seinem Vortrag auf, bei dem er die Ergebnisse der bündniseigenen Studie zum Cybermobbing vorstellt. Leest, Sprecher und Vorsitzender des Bündnisses, das seit 3 Jahren besteht, berät die Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages, Bildungseinrichtungen und Medienorganisationen.

Nicht nur neue Zivilisationskrankheiten wie die Onlinesucht beeinflussen die Gesellschaft, bei Jugendlichen gibt es in Zeiten von Whatsapp und Facebook eine Entwicklung, die massiv auf die Persönlichkeitsentwicklung einwirken kann: Cybermobbing.

Doch Mobbing ist kein neuartiges Problem – neu ist, dass jugendliche Täter leichter und schneller Gerüchte oder Drohungen über Smartphone und Internet verbreiten können als früher. Außerdem geht das Cybermobbing über die Grenzen des Schulgeländes hinaus – Jugendliche können rund um die Uhr belästigt werden. So berichtet eine 12jährige Schülerin, dass sie nachts um halb 12 einen elektronischen Kettenbrief erhalten habe, in dem ihr und ihrer Familie blutige Gewalt angedroht wurde. „Mobbing fängt dann an, wenn der Respekt verloren geht“, so Leest. Dies läge an mangelnder Sozial- und Personalkompetenz der Jugendlichen. In einem Zeitraum von ungefähr zwei Monaten wurden 660 Lehrer verschiedener Schulformen, rund 7.000 Schüler sowie 2.000 Eltern befragt. Rund 7% der Eltern haben von Mobbingfällen ihrer eigenen Kinder erfahren, 25 % der Eltern wissen um Mobbing bei anderen Schülerinnen und Schülern. Diese gaben selbst an, dass lediglich 11% nie ernsthafte Probleme mit Cybermobbing hatten. 16 % waren bereits selbst Opfer, verstärkt im Alter zwischen 12 und 15 Jahren, sogar hauptsächlich Mädchen seien betroffen, da diese einen hohen Anspruch haben sich darzustellen, zum Beispiel durch ihre Profilbilder. Lehrkräfte selbst benannten 17% ihrer eigenen Schüler als Opfer und 14 % als Täter. Nur rund 40% der Lehrer fühlten sich hinreichend über das Thema informiert und damit auch nur bedingt fähig, das Problem anzugehen und einzudämmen. Als Unterstützung bietet das Bündnis mit Hilfe des Experten für Prävention und Medienberatung Peter Sommerhalter, Schulen Präventionsangebote und Sprechstunden an. Leest wendet sich an dieser Stelle direkt an die CDU-Fraktionsvorsitzende und spricht sich für eine größere Unterstützung in Form von mehr Fortbildungen für Lehrer aus, fordert aber vor allem, weder Lehrer- noch Schulsozialarbeiterstellen zu reduzieren. Nicht nur die Lehrkräfte und Elternbeiräte, sondern auch Staatsanwaltschaft und Polizei bekräftigten dies mit ihrer Zustimmung: „aufstocken, nicht absetzen!“ Klöckner zeigte Verständnis und formulierte den wichtigsten Appell aus der Diskussion für sich selbst: „Wenn Personal fehlt, ist nur wenig umzusetzen“. 35 Millionen Euro sollen nach Angaben Klöckners jedes Jahr zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden.

Die Forderungen des Bündnisses gegen Cybermobbing formulierte Leest klar: Neben einer Einführung einer Online-Beratungsstelle und Online-Angeboten wie „klicksafe“, fordert die Gruppe mehr Schulungsangebote für Eltern und Lehrer sowie die Einführung des Faches „Medienerziehung“. Dies stieß auf große Kritik seitens der Schulvertreter, da bereits in Fächern wie Sozialkunde und Deutsch – vor allem an berufsbildenden Schulen – die Medienkompetenz im Lehrplan verankert ist und im Unterricht eine große Rolle spielt.

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darüber, dass Erwachsene gegenüber den Schülerinnen und Schülern ein Informationsdefizit im Umgang mit den neuen Medien besitzen; Jugendliche gehen kompetenter mit den neuen Medien um, weshalb die Forderung von Fortbildungsangeboten begrüßt wurde, so dass Eltern ihre Kinder „nicht im Netz verlieren“ und dass Lehrer richtig beraten und präventiv vorgehen können. Unterstützt wurde der Vorschlag, bereits in der Grundschule das Thema Medienkompetenz deutlicher anzugehen, da Fälle von Cybermobbing nach Aussagen des Medienexperten in der 2. oder 3. Klasse keine Seltenheit seien.

Im Plenum wurde weiterhin diskutiert, wie der Landtag Rheinland-Pfalz mit dem Thema Cybermobbing umgehen solle und welche Unterstützung die Politiker bieten könnten. Große Diskussion gab es bei dem Vorschlag eines stellvertretenden Schulleiters, die Politik solle einen „Schutzraum in den Schulen“ ermöglichen, indem Gesetze erlassen werden, die zum Beispiel Handys in der Schule verbietet. Klöckner sprach sich allerdings – wie auch ihre Kollegen – gegen ein striktes Verbot aus, da die Umsetzung zu Lasten der Lehrer ginge, die bereits genügend Herausforderungen und Aufgaben im Schulalltag bewältigen. „Der Lehrberuf ist mit seinen Aufgaben heutzutage so vielschichtig, dass die Lehrer nicht noch darauf achten sollen müssen.“ Die Idee, einen speziellen Bereich an der Schule zu bestimmen, wo Medien benutzt werden dürfen, wurde positiv bewertet. Die Handhabe, beispielsweise im Sprachunterricht Smartphones als Hilfsmittel für das Wörternachschlagen oder Videos anschauen, soll jedem Lehrer selbst überlassen bleiben, solange die technische Ausstattung von Schulen noch große Mängel aufweist.

Einstimmig sprachen sich die Teilnehmer dafür aus, dass man – anstelle der Einführung eines weiteren Faches in den vollen Stundenplan – die Sozialkompetenz der Jugendlichen stärken muss. Man sollte nicht nur die Täter im Visier haben, sondern vor allem das Selbstbewusstsein, die personale und soziale Kompetenz stärken, dass Jugendliche nicht mehr so leicht zu Opfern werden. „Die jungen Menschen haben eine zu große Scheu, die Täter anzuzeigen und sich von uns beraten zu lassen“, wirft eine Polizeikommissarin in die Diskussion mit ein. Ein Staatsanwalt aus Trier schlug vor, dass die Polizei zu diesem Thema sozusagen „Werbung in eigener Sache“ auf facebook schalten sollte, um die Hemmschwelle zu verringern. Lees gibt zu bedenken, dass sich das Mobbing mittels neuer Medien als Prozess weiterentwickelt und noch lange nicht die Spitze erreicht hat. Kernpunkte der Debatte waren also die Stärkung der Sozialkompetenz und die Forderung von mehr Personal in allen betroffenen Bereichen.

Julia Gieger

Im Gedenken an Christa Schmidt-Flach

Der vlw Rheinland-Pfalz trauert um **Christa Schmidt-Flach**, die am 21.8.2014 im Alter von 80 Jahren verstorben ist.
Über ihr gesamtes Berufsleben hinweg, war sie eine Lehrerin, der neben ihren Schülerinnen und Schülern das kaufmännische Bildungswesen am Herzen lag. Als diplomierte Handelslehrerin, war sie gerade einmal 3 Jahre im Schuldienst, da wurde sie bereits zur Beisitzerin in den vlw-Landesvorstand des Landes Nordrhein-Westfalen gewählt (1965; damals an der Kaufmannsschule in Krefeld).
Wenige Jahre später wechselte sie nach Rheinland-Pfalz an die Berufsbildende Schule 3 in Mainz und auch dort war ihr das Unterrichten offensichtlich nicht genug, denn sie übernahm das Amt der Schriftführerin im vlw-Bundesverband, der damals unter Herrn Illmann seine Geschäftsstelle in Mainz betrieb. Zeitgleich engagierte sie sich auch im Lehrerbildungsausschuss des vlw und wurde 1973 zur Vorsitzenden des vlw-Bezirksverbands Rheinhessen gewählt.
Als Beleg dafür, dass sie sich nicht nur außerhalb sondern insbesondere innerhalb der Schule aktiv war, steht ihre Beförderung zur Studiendirektorin und die damit verbundene Übernahme einer Funktionsstelle an der BBS Bingen im Jahre 1981.
Aufgrund ihres umfassenden Engagements (2004 Landesverdienstmedaille) wurde Christa Schmidt-Flach im Jahre 2008 zum Ehrenmitglied des vlw-Rheinland-Pfalz ernannt.
Der vlw in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Christa Schmidt-Flach, einer Kollegin, die wir persönlich sehr geschätzt haben und die einen wesentlichen Teil ihrer Lebenszeit und ihrer Kraft für die Ziele unseres Verbandes und der kaufmännischen Bildung eingesetzt hat.
Wir sprechen den Angehörigen unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Christa Schmidt-Flach ein ehrendes Andenken bewahren.

Heiner Günster in den Ruhestand verabschiedet

Am 30.7.2014 wurde **Heiner Günster** im Schloss Engers bei Neuwied in feierlicher Atmosphäre in den Ruhestand verabschiedet. **Heiner Günster** ist langjähriges **vlw**-Mitglied, war zuletzt Schulleiter an der BBS Mayen und zuvor viele Jahre an der ADD in Koblenz als Leiter des Referats 36 (Berufsbildende Schulen) tätig. Auf Wunsch von Heiner Günster begannen die Feierlichkeiten mit einer heiligen Messe in der Kapelle des barocken Schlosses, bei der er selbst mitwirkte. In den anschließenden Reden und Grußworten wurde gewürdigt, dass Heiner Günster ein Kollege ist, dem die Bildung, insbesondere der benachteiligten Schülerinnen und Schüler am Herzen liegt. Bereits in der Zeit vor seiner ADD-Tätigkeit war er Schulleiter beim Berufsbildungswerk Neuwied. Besondere Anerkennung findet Heiner Günster für seine Kenntnisse zu geschichtlichen und politischen Zusammenhängen. Er ist deshalb ein stets geschätzter Gesprächspartner, der auch durch seine menschlich offene Art zu begeistern weiß. Wir bedanken uns bei Herrn Günster

für die stets gute Zusammenarbeit und wünschen für die Zeit des Ruhestands eine erfüllte Lebensphase in guter Gesundheit!

Hier das Grußwort des **vlw-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß**:
Lieber Herr Günster, sehr geehrte Gäste,
vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, ein Grußwort im Namen des **vlw** zu sprechen.
Den **vlw** muss ich in dieser Runde wohl kaum vorstellen. Interessanter ist da die Person, die heute im Mittelpunkt steht. Lieber Herr Günster, als Sie das Licht der Welt erblickten, da gab es den **vlw** in Rheinland-Pfalz seit gerade einmal 3 Jahren. Mit 38 Jahren sind Sie dann 1990 beim **vlw** eingetreten. Seit 24 Jahren sind Sie also schon eines der 1200 Mitglieder im **vlw Rheinland-Pfalz**, allerdings, wie man zweifellos sagen kann, ein Mitglied in einer herausragenden Stellung.
Als Referent der ADD Außenstelle in Koblenz haben Sie vor allem eines bewiesen, nämlich, dass Sie nicht nur Berufsbildner, sondern auch Demokrat durch und durch sind. Immer wieder haben Sie hervorgehoben, wie bedeutend Verbands- und Personalratsarbeit für unser berufsbildendes System sind, auch wenn dies mitunter mit diskussionsintensiven Interessensgegensätzen in Ihrer Funktion einherging. Gleichzeitig habe ich Sie als außerordentlichen Kenner von kommunalpolitischen Zusammenhängen schätzen gelernt.
Insofern möchte ich die Erinnerungen daran nicht missen, wie wir oft beim Gespräch zusammensaßen, entweder in Ihrem Dienstzimmer in der Südallee oder in einem nahegelegenen Lokal, mal im kleinen Kreis, mal in größerer Runde. Dabei hatten wir intensiv über die aktuellen bildungspolitischen Ereignisse diskutiert und nach Lösungen für das eine oder andere operative Problem gesucht und oft auch gefunden.
Diese Gesprächskultur, die stets von menschlicher Offenheit Ihrerseits geprägt war, habe ich sehr geschätzt, und deshalb fand ich es damals schade, als ich erfahren hatte, dass Sie künftig als Schulleiter an der BBS Mayen tätig sein würden. Doch auch in der dortigen Funktion hatten Sie eine glückliche Hand und haben sich als Unterstützer des **vlw** gezeigt, durch ein offenes Haus für Verbandstreffen bzw. als Referent auf unserer Fachtagung im Schloss Waldthausen.
Lieber Herr Günster, Sie treten nun den wohlverdienten Ruhestand an. Im Namen des **vlw** und ausdrücklich auch persönlich bedanke ich mich für die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen alles Gute, Gesundheit und Gottes reichlichen Segen!! Als Geschenk habe ich mich entschieden für ein Werk des Geigenbauers Martin Schleske (nein, keine Geige, sondern ein Buch!). Es heißt „Der Klang“ und handelt vom „Unerhörten Sinn des Lebens“. Viel Freude beim Lesen!! Vielen Dank!

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

An alle vlw-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 4. September 2014

Einladung zur ordentlichen

vlw-Landesdelegiertenversammlung

mit Fachvortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase
„Auf den Lehrer kommt es an“

Termin: **17. November 2014, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr**

Ort: **Konferenzzentrum Schloß Waldthausen**
Sparkassenverband Rheinland-Pfalz
Im Wald 1, 55257 Budenheim, Tel. 06131 145-0

Vorläufige Tagesordnung:

1. **Begrüßung durch den Landesvorsitzenden**
2. **„Auf den Lehrer kommt es an“**
   Referat von Professor Dr. Dollase mit anschließender Diskussion und Fragerunde
3. **Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer**
4. **Aussprache und Entlastung des Vorstands**
5. **Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands**
6. **Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen**
7. **Neuwahl Landesschatzmeister/in und stellv. Landesvorsitzende/r**
8. **Neufassung der Satzung: Beratung und Beschlussfassung**
9. **Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen**
10. **Verschiedenes**
11. **Schlusswort des Landesvorsitzenden**

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrlVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen **vlw**-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis **spätestens 10. Oktober 2014** an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

Landesgeschäftsstelle: Beethovenstr. 2a ◦ 67292 Kirchheimbolanden
Tel. 063 52 / 7 19 05 17 ◦ Fax 0 63 52 / 7 19 05 18
Web: www.vlw-rlp.de ◦ E-Mail: Kontakt@vlw-rlp.de
Landesvorsitzender: Diplom-Handelslehrer Karl-Heinz Fuß

Im Gedenken an Karlheinz Helling

Ansprache des Landesvositzenden

KarlHeinz Helling starb im April 2014 im Alter von 80 Jahren in seiner Wahlheimat Freiburg im Breisgau. Er war ein sehr geschätzter und weit über die Maßen hinaus engagierter Kollege. Als ich Karlheinz Helling vor ziemlich genau 13 Jahren das erste Mal begegnete, da habe ich ihn als hilfsbereiten und agilen Menschen kennengelernt. Er war bereits pensioniert und hatte ein erfülltes Berufsleben hinter sich, was durch eine Vielzahl von Anerkennungen gekennzeichnet war. Jeder hätte Verständnis gehabt, wenn sich Karlheinz Helling damals im Jahr seiner Pensionierung auch von der aktiven Verbandsarbeit verabschiedet hätte. Aber nein, er war auch weiterhin äußerst aktiv für den vlw unterwegs.

„Jedermann spürte immer sofort die Hilfsbereitschaft und Kompetenz, die Karlheinz Helling ausstrahlte“ berichtete unser Bezirksvorsitzender Gernot Kormann, als Karlheinz Helling im Jahr 2008 zum Ehrenmitglied in unserem Verband ernannt wurde. Die Ehrenmitgliedschaft hatte Karlheinz Helling mehr als verdient. Bereits während des Referendariats wurde er Verbandsmitglied und 2 Jahre später, als junger Kollege, wurde er zum Schriftführer des Landesvorstands gewählt. Dieses Amt bekleidete er sage und schreibe mehr als 30 Jahre. Er hatte somit über 3 Dekaden hinweg die Geschicke des Verbandes mit begleitet und mit gelenkt. In dieser Zeit hatte er sich auch um die Mitgliederverwaltung des Verbandes und um viele weitere organisatorische Angelegenheiten gekümmert. Dem nicht genug, engagierte sich Karlheinz Helling auch als Vertrauensmann der schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen und war auch in dieser Funktion ein geschätzter Ratgeber. Er war Vorsitzender des dbb-Kreisverbands Koblenz, war als Dozent an der Sparkassenschule und an der Fachhochschule aktiv, ebenso beim Telekolleg sowie als Ausbildungsberater.

Und währenddessen machte er Karriere, als Abteilungsleiter an der BBS Montabaur, was mit der Beförderung zum Studiendirektor verbunden war. Ich bin mir sicher, dass es noch weitere Aktivitäten gab, die hier jedoch nicht alle aufgezählt werden können. Die Anerkennungen, die ihm zuteil wurden, wie die Goldenen Ehrennadeln der IHK und der Handelskammer in Rheinland-Pfalz und schließlich im Jahre 2006 die Verleihung der Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz für seine „unermüdliche Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit“, wie es der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz formulierte, sind Belege für das umfassende Engagement von Karlheinz Helling.

Nach seiner aktiven Dienstzeit betätigte er sich als Verbindungsmann zwischen dem vlw und dem BRH, dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen, und wirkte in dessen Landesvorstand mit. Und hier wieder ein Zitat von Herrn Kormann, „bei aller Ernsthaftigkeit in der Sache war Karlheinz Helling immer für einen Spaß zu haben oder wusste eine Anekdote zum Besten zu geben.“ So behalten wir Karlheinz Helling als sehr engagierten Pädagogen und wertvollen Ratgeber in Erinnerung, den wir wegen seiner Menschlichkeit, seinem Sinn für Humor und seiner Fähigkeit zum Zuhören überaus geschätzt haben. Der vlw in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich voll großer Dankbarkeit von Karlheinz Helling, einem Kollegen, der einen wesentlichen Teil seiner Lebenszeit und seiner Kraft für die Ziele unseres Verbandes und somit der kaufmännischen Bildung eingesetzt hat.

Wir sprechen Frau Helling und ihrer Familie unsere tiefe Anteilnahme aus und werden Karlheinz Helling ein ehrendes Andenken bewahren.

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender

Verantwortlich:
Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a,
67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de

Redaktion:
Michael Lutz, Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim,
Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

VLW KOMPAKT

VLW
VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

AUSGABE 01/2016

WWW.VLW-RLP.DE

VLW KOMPAKT

VERANTWORTLICH
Karl-Heinz Fuß
Landesvorsitzender

Geschäftsstelle:
Beethovenstr. 2a
67292 Kirchheimbolanden

www.vlw-rlp.de
info@vlw-rlp.de

REDAKTION
Michael Lutz
Hofgartenstr. 4c
55424 Münster-Sarmsheim
Tel. 06721 9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

COVER
© Felix Pergande/
Fotolia.com

Inhaltsverzeichnis

Stellungnahme des vlw zum Entwurf des Gesetzes der Landesregierung „Zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften (IKFWG)“ an das MBWWK 3

Etikettenschwindel 5

Landesrechnungshof zu Fachoberschulen: Nicht hinreichend wirtschaftlich. VLW fordert Gleichbehandlung! 5

Landtag berät über BBS – Regierung und Opposition positionieren sich vor die Landtagswahl 6

BBS bleibt Thema im Landtag 7

Einkommensrunde 2015 im öffentlichen Dienst 7

Bericht zur Fortbildungsveranstaltung des VLW-Bezirksverbands Koblenz am 24.04.2015 zum Thema Arbeitsrecht 8

Informationsveranstaltung des VLW Bezirksverband Pfalz zur Berechnung von Pensionsansprüchen 9

Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag 10

Rückblick auf VLW-Fortbildung am 2. Juni 2015 in Mainz 10

Teach the Teacher – Schlüssel für erfolgreichen Unterricht? 11

Keine Buchvorstellung - Prof. Dr. Markus Böhner und sein Methodik-Werk 11

????

Liebe Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein für die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz spannendes und ereignisreiches Jahr liegt vor uns. Am 13. März wird ein neuer Landtag gewählt, wir befinden uns mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes. Schon im September hat der VLW zu seinem „Tag der kaufmännischen Schule“ auf den Betzenberg in Kaiserslautern eingeladen. Ministerin Vera Reiß nahm zu den aktuellen Themen der beruflichen Bildung Stellung, und die drei Kandidatinnen der Landtagsfraktionen vertraten in einer Podiumsdiskussion ihre Positionen zu den im Vorfeld erarbeiteten „Wahlprüfsteinen“ des VLW Rheinland-Pfalz. Die Diskussion war in weiten Teilen bestimmt vom Mega-Thema „Flüchtlinge“ und deren Beschulung an den beruflichen Schulen des Landes. Aber auch die Aussagen zu den „Dauerbrennern“ der Diskussion sollten Ihre Beachtung in dem vorliegenden Heft finden. Zu Ihrer Information sind die Reden der Ministerin und die Stellungnahmen der Fraktionen im Heft abgedruckt.

Die Beschulung der minderjährigen Flüchtlinge sowie auch der über 18jährigen stellt eine große Herausforderung für das BBS-System in Rheinland-Pfalz dar, das ja ohnehin erheblich größere Unterrichtsausfälle verkraften muss als die meisten allgemeinbildenden Schulen. Die Gewinnung von Fachkräften für die Vermittlung der deutschen Sprache steht hier erst einmal im Mittelpunkt; das Ministerium bildet sogenannte „BVJ-S“-Klassen, in denen schwerpunktmäßig Sprachqualifikationen vermittelt werden sollen, aber auch Kenntnisse der deutschen Kultur und unseres Rechtssystems. Woher soll man die Lehrkräfte für das Fach „Deutsch als Zweitsprache“ nehmen, wie soll das alles finanziert werden, wie können die Schulen das organisatorisch und personell stemmen? Unser Verband wird sich dafür einsetzen, dass Immigranten hier willkommen geheißen und integriert werden. Das kann aber nicht auf dem Rücken der Angehörigen des Öffentlichen Dienstes allein ausgetragen werden.

Wir alle sehen mit Spannung den Tagen nach der Landtagswahl entgegen. Unser Verband ist mit allen Fraktionen des Landtages seit Jahren in ständigem und gutem Kon-

takt. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind aufgefordert, die Antworten der Fraktionen auf unsere „Wahlprüfsteine“ zu bewerten und die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir bedanken uns bei den Fraktionen für ihre Aussagen und sind offen für weitere Gespräche nach den Wahlen und der Regierungsbildung.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünscht der Landesvorstand des VLW ein gesundes, erfolgreiches und spannendes Jahr 2016!

Karl-Heinz Fuß
vlw-Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Begrüßungsrede von Karl-Heinz Fuß zum Tag der kaufmännischen Schule am 28.9.2015 in Kaiserslautern

Begrüßung

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zum VLW-Tag der kaufmännischen Schule hier in Kaiserslautern.

Das Thema „Perspektiven der kaufmännischen Bildung an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz“ haben wir gewählt, weil wir gespannt darauf sind, wie es an unseren Schulen weitergehen wird. Gespannt deshalb, weil sich derzeit vieles verändert. Seit einigen Jahren ist es die Demografie, die unsere Schülerzahlen reduziert. Immer mehr junge Menschen möchten studieren gehen und wählen den direkten Weg über das Gymnasium zur Hochschule oder Universität. Der Fachkräftemangel ist die Konsequenz, es gibt aber auch eine hohe Zahl an Studienabbrechern. Die Inklusion war in den letzten Jahren in aller Munde, abgelöst nun in der Aktualität von der Flüchtlingskrise. All das sind Themen, die unsere Kolleginnen und Kollegen an den Schulen betreffen, Themen, die sich früher oder später auf unseren Schulalltag auswirken werden.

Wir haben Sie deshalb für heute eingeladen, weil wir gespannt sind, wie es aus Sicht der Politik weitergehen soll.

Und ich freue mich, dass ich Sie heute hier begrüßen darf. Ganz besonders freue ich mich, dass Sie, Frau Ministerin Reiß, unserer Einladung gefolgt sind und für uns heute die Eröffnungsrede sprechen. Wir sehen das als Zeichen Ihrer Wertschätzung gegenüber der kaufmännischen Bildung und freuen uns sehr, dass Sie da sind. Herzlich willkommen Frau Reiß!
Ebenso herzlich willkommen heiße ich die bildungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen, Frau Bettina Brück von der SPD-Fraktion, Frau Bettina Dickes von der CDU und Frau Ruth Ratter von Bündnis 90/Die Grünen. Sie stehen uns heute für einen sehr spannenden Tagesordnungspunkt zur Verfügung. Danke, dass Sie heute hier sind, um mit uns auf dem Podium über die Perspektiven unserer berufsbildenden Schulen nach der kommenden Landtagswahl zu diskutieren.
Ich möchte nun weitere geladene Gäste namentlich begrüßen, bitte aber darum, mit dem Applaus zu warten, bis ich die Begrüßung abgeschlossen habe.

Ich begrüße

- Herrn Ulrich Winter von der Abteilung 4A für berufsbildende Schulen im MBWWK;
- Frau Ingrid Uhlig vom Ref. 36 der ADD Neustadt in Vertre-

tung von Frau Brigitte Fischer;
- Herrn Dr. Thorsten Ralle, Vorsitzender des Landeselternbeirates in RLP;
- Frau Dr. Angelika Rehm, Bundesvorsitzende des VLW; Fachkongress in Berlin
- Herrn Jürgen Kettner vom dbb Rheinland-Pfalz
- Herrn Martin Lützenkirchen vom pädagogischen Landesinstitut in Bad Kreuznach
- Herrn Frank Puschhof, Schulleiter der BBS Wirtschaft in Worms und Sprecher der AdBS im Bezirk Neustadt,
- Herrn Joachim Veigel von der Mainzer Steinhöfelschule und Vertreter des Privatschulverbandes

vom Studienseminar in Mainz begrüße ich

- Herrn Prof. Dr. Markus Böhner, Leiter des Studienseminars BBS in Mainz; besondere Wertschätzung, dafür, dass Sie heute hier sind, denn schon in 2 Tagen sitzen Sie im Flugzeug in Richtung Sri Lanka, wo Sie für 2 Jahre im dortigen Bildungsministerium tätig sein werden;

Von den befreundeten Verbänden begrüße ich

- Herrn Christoph Ringhoffer und Herrn Harry Wunschel vom VLBS;
- Und Herrn Wolfgang Wünschel vom Verband Reale Bildung;

Ebenso herzlich begrüße ich unsere Ehrenmitglieder die heute anwesend sein können:

- Frau Helga Giebson,
- Frau Nortrud Hummel,
- Herrn Georg Jooß
- Und Frau Elisabeth Pollak

Ich freue mich, dass Sie heute hier dabei sind.

(falls anwesend: Namentlich begrüßen möchte ich auch Herrn Fritz Pfaff, Schulleiter der BBS II WuS hier in Kaiserslautern.)

Sehr gerne hätten wir die heutige Veranstaltung an der BBS II WuS in der neuen Aula durchgeführt. Bis zu den Sommerferien waren wir noch voller Zuversicht, dass die neuen Räume bis heute fertiggestellt werden können. Es wird jedoch noch einige Tage dauern bis alles übergeben werden kann und so sind wir heute hier in den exklusiven Räumen des Fritz-Walter-Stadions, das durchaus als eines der Wahrzeichen der Stadt Kaiserslautern gesehen wird, auch der fußballerische Erfolg hat sich ja jetzt in Bochum wieder eingestellt.

Und ich freue mich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den Schulen so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind und heute mit dabei sind.

Herzlich willkommen!

1. Bedeutung der kaufmännischen Bildung

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

weshalb veranstaltet der VLW den Tag der kaufmännischen Schule?

Wir wollen mit diesem Tag auf die Bedeutung der kaufmännischen Bildung aufmerksam machen. Leider beobachten wir in jüngster Zeit, dass das Kaufmännische hier im Lande aus dem Blick gerät. Vorrangig befasst sich berufliche Bildungspolitik derzeit mit Themen, die für die berufliche Bildung insgesamt gelten bzw. mit den Bereichen, die in Not geraten sind, z.B. mit den typischen Mangelfächern im gewerblich-technischen Bereich oder in den Pflegeberufen.

Das Kaufmännische wird gerne als „gut geölte Maschine“ betrachtet, die läuft, ohne dass sich man sich darum Sorgen machen müsste. Das ist jedoch eine gefährliche Haltung, wenn man sich bewusst macht, wie wichtig die kaufmännische Bildung ist. Ich möchte es am Beispiel der 10 beliebtesten Ausbildungsberufe verdeutlichen. Diese 10 Berufe umfassten zum Stichtag 30. September 2014 insgesamt 186 291 (von 522 131) Auszubildende. Von diesen 186 Tausend sind 140 197

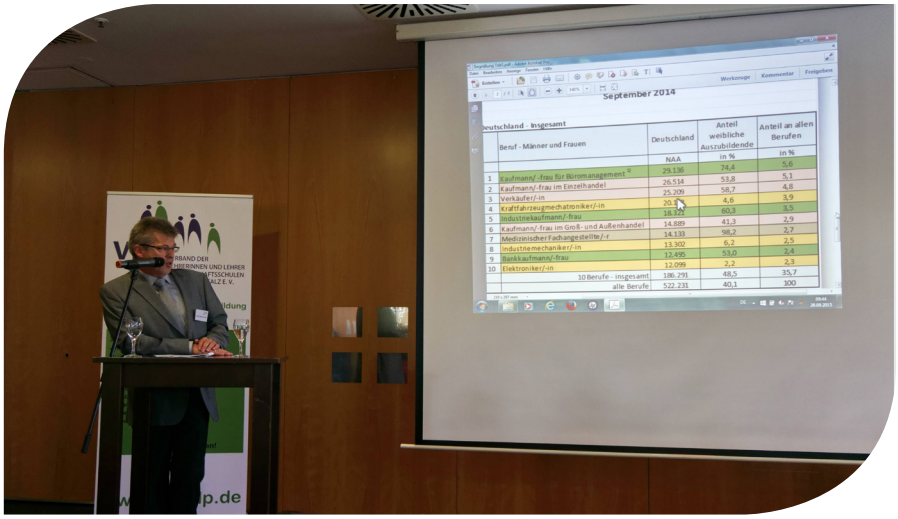
im kaufmännischen Bereich, d.h. 75% der Auszubildenden in den TOP-10-Berufen werden im kaufmännischen Bereich ausgebildet. Auch im vollzeitschulischen Bereich liegt ein großer Anteil bei den kfm. Bildungsgängen.
Von den insgesamt etwa 6000 Lehrkräften an berufsbildenden Schulen sind aktuell 1/3 mit der Lehrbefähigung BWL (1791) oder Bürowirtschaft (143) unterwegs. (Das bedeutet, dass jedes Jahr ein Drittel der Neueinstellungen in diesen Fächern erfolgen müsste). Ob dies noch umgesetzt wird, ist eine Frage, die von der ADD zu beantworten wäre. Klar ist jetzt schon, dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Hinzu kommen die vielen Lehrkräfte mit allgemeinbildenden Fächern, die für den Unterricht in kaufmännischen Bildungsgängen gebraucht werden.

Und nun, Frau Ministerin Reiß, erlauben Sie mir eine kritische Anmerkung:

Die Größenordnung der kfm. Bildung spiegelt sich nicht wieder

- in der Summe der Anwärterinnen und Anwärter im Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen
- bei der Zahl der Neueinstellungen
- in der Summe der fachlich angebotenen Fortbildungsveranstaltungen
- bei der personellen Besetzung der Referenten, sowohl in Ministerium als auch in der ADD, wo nur noch sehr vereinzelt Kaufleute zu finden sind.

Stattdessen ist eine Verwässerung der kaufmännischen Bildung zu beobachten. Dies beginnt mit



Begrifflichkeiten, wenn z.B. in der Statistik bei der Lehrbefähigung nicht mehr von Betriebswirtschaftslehre oder Volkswirtschaftslehre die Rede ist, sondern nur noch lapidar der Begriff „Wirtschaft“ verwendet wird.
Ein weiteres Beispiel ist die Meinung, die ich in letzter Zeit antreffe, dass es für die Leitung einer kaufmännischen Schule oder Abteilung keines Funktionsträgers mehr mit kaufmännischer Lehrbefähigung bedarf. Ich warne ausdrücklich davor, unser fachliches Profil aufzugeben, denn damit geben wir unsere Legitimation als beruflich qualifizierende Institution auf. Wenn wir uns damit zufrieden geben, dass wir in einem Niveau unterwegs sind, in das sich jeder Beliebige innerhalb kurzer Zeit einarbeiten kann, dann haben wir unser sehr gutes Ansehen in der Wirtschaft schon bald verspielt, meine Damen und Herren, dann werden wir alle sehr schnell überflüssig sein und zum Spielball der Politik werden.

Der VLW sieht es als Verband der Lehrkräfte an kaufmännischen Schulen als seine Aufgabe, auf diese Fehlentwicklung hinzuweisen und eine entsprechende Nachsteuerung zu fordern. Unsere berufsbildenden Schulen müssen leistungsfähig bleiben, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe der beruflichen Qualifzierung künftiger Fachkräfte gerecht zu werden.

2. Standortsicherung – Schulstruktur

Unsere Schulen müssen aber nicht nur leistungsfähig, sondern auch lebensfähig bleiben.

Es bereitet uns Sorge, dass die berufsbildenden Schulen in den ländlichen Regionen von Rheinland-Pfalz zunehmend in Bedrängnis geraten. Dies ist einerseits demografisch bedingt, andererseits aber auch ein politisch hausgemachtes Problem. So läuft die Einrichtung von Fachoberschulen an den RS plus und der Aufwuchs von zusätzlichen IGS-Oberstufen der Sicherung von BBS-Standorten zuwider. Es hilft uns zwar, wenn die PauSe-Faktoren für die Berufsschule verbessert werden, Dass dies allerdings auf Kosten unserer Wahlschulbildungsgänge geschieht, das halten wir für äußerst bedenklich. Es schwächt unsere Wahlschulbildungsgänge und damit die BBS insgesamt.
Wir begrüßen hingegen jede Art von Bestreben, die bestehenden BBS-Standorte zu stärken. Dazu zählt der Schulversuch BS 20

ebenso wie die angekündigten Tage der Berufsorientierung, die auch für die Gymnasien des Landes verpflichtend eingeführt werden sollen.

Das Besondere an einer BBS ist, dass sich dort ein Pool an Kompetenzen zusammen findet. Selbst kleine Bündelschulen haben BWL-Lehrkräfte in zweistelliger Zahl. Diese sichern gemeinsam die Qualität des Unterrichts in ihrem Fachbereich, denn sie entwickeln gemeinsam Jahresarbeitspläne und können sich gegenseitig vertreten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Gelegentlich werden die berufsbildenden Vollzeitbildungsgänge politisch in Zweifel gezogen, es sei schließlich die Berufsschule im dualen System, die unseren volkswirtschaftlichen Erfolg ausmache. Ich denke, das ist zu kurz gedacht, denn, eine berufsbildende Schule kann, insbesondere in der Fläche, alleine mit der Berufsschule nicht überleben, da sie nicht genug Beschäftigungsmöglichkeit für die Kolleginnen und Kollegen bieten würde.

Zudem werden die vollzeitschulischen Wahlbildungsgänge benötigt, um diejenigen jungen Menschen beruflich zu qualifizieren, denen noch Orientierung fehlt, oder die aus vielfältigen Gründen keinen Ausbildungsplatz bekommen konnten. Die Angriffe auf die höhere Berufsfachschule halten wir für sehr gefährlich, weil genau diese Schulart, in der ca. 10 000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, von besonderer Bedeutung für die Vorbereitung auf eine duale Berufsausbildung ist. Auch im Hinblick auf die Qualifizierung von Flüchtlingen, die aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse in den Gymnasien (zunächst) nicht Fuß fassen können, stellen die höheren Berufsfachschulen eine ideale Möglichkeit dar, um Deutschkenntnisse zu vertiefen und gleichzeitig an berufsbezogenem Unterricht teilzunehmen.

Mit Blick auf den Aufwuchs bei den IGSn sind wir als Berufsbildner davon überzeugt, dass der bei uns erteilte berufsqualifizierende Unterricht die bessere Wahl für Schülerinnen und Schüler darstellt. Der Besuch eines beruflichen Bildungsganges erleichtert den anschließenden Einstieg ins Arbeitsleben, und ist dabei gleichwertig zur allgemeinen Bildung. Damit stehen alle Wege für ein Studium offen und das in jedweder Fachrichtung.

Wenn sich jedoch zeigen sollte, dass ein Studium eben doch nicht der passende Weg für die Zukunft ist, dann sind unsere Schülerinnen und Schüler bestens auf eine anschließende Berufsausbildung im dualen System vorbereitet.

Der Streit zwischen RS plus und BBSn, der durch Einführung der FOS entstanden ist, ist bedauerlich, da sich beide Schularten gegenseitig ergänzen, einander sogar benötigen. Sie sollten eigentlich intensiv kooperieren. Genau da sehe ich die eigentliche sinnvolle bildungspolitische Zukunft in unserem Land. Eine enge Verzahnung zwischen Realschule und berufsbildenden Schulen mit

ausschließlich berufsqualifizierenden Bildungsgängen in der Sekundarstufe 2, die alle Abschlüsse bis hin zum Abitur und zum anschließenden Studium bieten.

3. Lehrkräftenachwuchs

Schon seit einigen Jahren warnt der VLW davor, sich beim Thema Unterrichtsversorgung im kaufmännischen Bereich in allzu großer Sicherheit zu wägen. Die Umstrukturierung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in einen Bachelor/Master Studiengang ging zunächst noch einigermaßen geräuschlos vonstatten. Problematisch wurde es dann jedoch mit der Einführung des Masters of Education, bei dem es von Anfang an zu Streitigkeiten zwischen dem Ministerium und dem Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik kam. Letztendlich wurde der Master of Education in einer Form eingeführt, die nicht die Zustimmung des Lehrstuhls fand. Dies hatte zur Folge, dass sich ein großer Teil der Studierenden für den Studiengang „Master of Science“ entschieden hat. Dies führte jedoch nach Ablauf der Übergangsphase dazu, dass der Abschluss nicht mehr zum Referendariat in Rheinland-Pfalz berechtigt. Also was passiert mit den Absolventen? Sie müssen in die benachbarten Bundesländer, um dort den Vorbereitungsdienst zu durchlaufen. Dass sie danach nach Rheinland-Pfalz zurückkehren ist zwar möglich, aber nicht gewährleistet. Aber mal ernsthaft nachgedacht, ist es nicht unsinnig, diesen Absolventen in RLP den Vorbereitungsdienst zu verwehren, nur wegen des politischen Zieles, möglichst viele Studierende für den Studiengang Master of Education zu gewinnen? Bereits in der Expertenkommission und auch in einer Vielzahl von Gesprächen mit unserer damaligen Bildungsministerin Doris Ahnen habe ich davor gewarnt, dass im Bereich der Wi-Päd-Absolventen ein Schweinezyklus zu befürchten ist. Heute ist es so, und das ist harter Fakt, dass nur noch wenige Wirtschaftspädagogen in den Studienseminaren ankommen und dass Bewerber aus anderen Bundesländern eingestellt werden müssen, um den Bedarf im Land zu decken. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren verstärken, wenn nicht schnell nachgesteuert wird. Eine erste und einfache Maßnahme wäre hierfür die Zulassung der Master of Science-Absolventen zum Quereinstieg fürs Referendariat in RLP. Es schmerzt zu hören, dass kaufmännische Bildungsgänge an der BBS nicht mehr angeboten werden können, weil es an BWL-Lehrkräften fehlt!

4. Flüchtlingsströme

Nun aber zu den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir auch an den berufsbildenden Schulen stehen. Es sind die unerwartet hohen Flüchtlingsströme, die nach Rheinland-Pfalz und auch an unsere Schulen kommen. Viele der Flüchtlinge werden auf Dauer in Deutschland bleiben und es geht darum, die Chance zu nutzen und die oft elternlosen Jugendlichen auf Leben und Arbeiten in unserem Land vorzubereiten. Es geht darum, dass wir gesellschaftlich integrierte und gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen, die Steuern und Sozi-

alabgaben bezahlen und sich in Deutschland wohlfühlen und anerkannt werden. Wir, Kolleginnen und Kollegen an den BBSn, sehen es als unseren Auftrag, hierzu unseren Beitrag zu leisten.

Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, man könnte einen jungen Menschen, der bislang lediglich mit der arabischen oder einer semitischen Schrift vertraut war, innerhalb kürzester Zeit für unseren Arbeitsmarkt gewinnen. Nein, hier ist Geduld und vor allem der entsprechende Lehrkräfteeinsatz gefragt, um diese Aufgabe zu bewältigen, für die ein Zeitraum von mehreren Jahren einzuplanen ist. Wer jetzt bei der Bildung der jungen Zuwanderer spart, verpasst die Chance der Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Der Prozess der Integration ist langwierig und kostspielig, aber nur so kann am Ende ein Gewinn daraus werden. Wir fordern deshalb, entsprechende Fortbildungsangebote für unsere Deutsch-Lehrkräfte für den Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ nun sehr schnell zur Verfügung zu stellen. Zudem brauchen wir zusätzliche Schulsozialarbeitsstunden, um den traumatisierten Jugendlichen eine Anlaufstelle innerhalb der Schule und damit eine Entlastung für unsere Lehrkräfte zu bieten. Durch die Flüchtlinge wird sich die Heterogenität in unseren Klassen weiter erhöhen, weshalb auch an unseren Schulen Möglichkeiten zum team-teaching geschaffen werden sollten. (Erste kleine Ansätze gibt es in der Berufsfachschule 1, wo 4 Lehrerstunden pro Woche im Entscheidungsfreiraum der Schule vergeben werden können. Das sind positive Weichenstellungen, die uns helfen.) Aber auch die Sachausstattung einer Schule, z.B. mit modernen Medien, und die Klassengrößen müssen in den Blick genommen werden.

Wir brauchen für diese anspruchsvolle Aufgabe die Unterstützung der Politik, damit sie letztendlich erfüllt werden kann. Allein mit der Aussage „Wir schaffen das!“ werden wir nicht weit kommen.

5. Inklusion

Dasselbe gilt für die Umsetzung der Inklusion an unseren Schulen. Die Vorgabe der UN-Behindertenrechtskonvention stellt klar, dass auch für behinderte Menschen Schulplätze im öffentlichen System vorhanden sein müssen. Auch dieser Aufgabe wollen wir uns gerne stellen, doch wir brauchen dringend die passenden Mittel dazu, d.h. auch hier einerseits die Sachausstattung, andererseits die personelle Unterstützung durch entsprechend geschulte Kräfte. Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen passende Fortbildungsangebote, was aber nicht bedeuten kann, dass sie alleine diese Aufgabe zusätzlich bewältigen können. Der Anfang, der nun mit dem inklusiven BVJ gemacht wird, ist ein erstes Signal, aber ich denke, es ist jedem klar, dass mit dem BVJ die Inklusion nicht endet, sondern dass diese auch auf die weiterführenden Bildungsgänge der BBSn zukommen wird. Deshalb hier meine Aufforderung an die Politik, auch an die BBSn zu denken und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir erin-

nern uns noch sehr gut an die 200 zusätzlichen Stellen, die von Prof. Klemm für die Umsetzung der Inklusion empfohlen wurde. Nur, dabei wurden die berufsbildenden Schulen schlichtweg vergessen! Keine dieser Stellen war für BBSn vorgesehen. So kann Inklusion nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Hier bedarf es dringender Personalzuweisungen auch für BBS.

6. Lehrergesundheit

Bei all den anspruchsvollen Aufgaben, denen wir durchaus bereit sind uns zu stellen, gibt es jedoch zu beachten, dass diese erfüllbar sein müssen. Neben den Rahmenbedingungen betrifft dies auch die spezifischen gesundheitlichen Belastungen, die der Lehrerberuf mit sich bringt. Es gibt eine ganze Reihe positiver Weichenstellungen zu vermerken, wie z.B. die Einrichtung des Instituts für Lehrergesundheit oder Angebote vom PL eben zu dieser Thematik.
Was uns jedoch aktuell stark aufstößt, ist die Neuregelung in der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung zur Altersermäßigung. Während bisher klar geregelt war, dass es ab dem Schuljahr, in dem das 63. Lebensjahr vollendet wird, 3 Deputatsstunden Altersermäßigung gibt, wurde die Regelung nun dahingehend verschoben, dass es diese 3 Stunden erst ab dem vorletzten Schuljahr vor Erreichen der Pensionsaltersgrenze geben wird. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen wurden von dieser Neuregelung eiskalt erwischt. Gleich zwei Ärgernisse sind damit verbunden. Zunächst, dass in Anlehnung an das um ein Jahr erhöhte Pensionseintrittsalter, auch die Altersermäßigung nach hinten verschoben wird, als ob sich an der Belastbarkeit im 63. Lebensjahr etwas verändert hätte.

Das zweite Ärgernis ist der Eindruck, als ob die Regelung nun bewusst so gestaltet wurde, um für weitere Anhebungen der Pensionsaltersgrenze gerüstet zu sein. Das ist unlauter und widerspricht der Fürsorgepflicht durch unseren Dienstherrn. In der Schule haben wir nur wenige Möglichkeiten, älteren Kolleginnen und Kollegen weniger belastende Aufgaben zuzuweisen. Die besonderen Lasten des Lehrerberufs können nicht einfach wegargumentiert werden. Es muss noch viel mehr getan werden, um unsere spezifischen Belastungen anzuerkennen und entsprechende Präventionsmaßnahmen anzubieten.

Hier wird an der falschen Stelle gespart und ich fordere Sie auf, nachzubessern im Interesse einer funktionierenden Schule mit gesunden Kolleginnen und Kollegen, die gerne ihren Beruf ausüben und nicht von der Last erdrückt werden.

Das Gleiche gilt im Hinblick auf die im Jahr 2016 auslaufende Regelung zur Altersteilzeit. Ich fordere die anwesenden Politiker auf, die Altersteilzeitregelung weiter zu verlängern, damit Kolleginnen und Kollegen, die Möglichkeit bleibt, vorzeitig in Würde aus der aktiven Lehrtätigkeit auszusteigen oder im Teilzeitmodell, die Last zu verringern.

Zum Schluss meiner Einführung

Im Hinblick auf die Landtagswahl würde es mir nicht schwerfallen, eine sehr lange Liste unserer Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen vorzutragen. Ich möchte dies aber abkürzen, indem ich diese auf eine Perspektive reduziere nämlich auf die der Attraktivität unseres Berufes. Nie habe ich es bereut, diesen interessanten Beruf gewählt zu haben, aber ich meine, der Beruf muss attraktiv bleiben im Hinblick auf

1. unsere Professionalität (dabei denke ich an Fortbildungsangebote und die pädagogischen Unterstützungssysteme)
2. bei den Rahmenbedingungen und der Ausstattung der Schulen (z.B. bei den Klassengrößen und den modernen Medien)
3. beim Ansehen in der Öffentlichkeit (professionelle Image-Kampagne)
4. bei der Besoldung (Lüften des Deckels ein positives Signal, das aber kein einmaliges Wahlgeschenk sein darf)
5. im Hinblick auf die Beförderung nach A14 (unerträglicher Beförderungsstau) und schließlich
6. auf die Aufstiegs- und Karrieremöglichkeiten in unserem System (wenn wir gute Leute wollen, müssen wir Perspektiven bieten, sonst werden sich diese gar nicht erst für diesen Beruf entscheiden;)

Ich wünsche Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen für heute eine interessante Veranstaltung hier in Kaiserslautern, und bin nun sehr gespannt, auf die Worte unserer Ministerin.

Dankeschön!

Rede.....

Was hat Fritz Walter mit dem Tag der kaufmännischen Schule zu tun?

Nicht nur, dass uns das Stadion, das seinen Namen trägt, heute beherbergt, nein: Fritz Walter hat noch mehr damit zu tun. Er war nämlich nicht nur Fußballnationalheld, er war auch – Bankkaufmann.

Und in beiden Funktionen war er in gewisser Weise Teil des Gründungsmythos' unserer Republik.

Als Fußballer, weil das Wunder von Bern ja für viele die inoffizielle, mentale Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland war. Und als Bankkaufmann, weil auch die duale Ausbildung, weil auch das Kaufmannswesen zu diesem bundesrepublikanischen Gründungsmythos gehören. Sie sind Teil des deutschen Wirtschaftswunders, ganz wie die Stimme

von Herbert Zimmermann Teil des Weltmeisterschaftsfinales 1954 ist.

Fritz Walter, der als Fußballheld und Bankkaufmann zwei Facetten der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte repräsentiert, ist also ein guter Namenspatron für den heutigen Tag der kaufmännischen Schule.
Lassen Sie uns also über die kaufmännische Bildung in unserem Land reden. Lassen Sie uns dabei aber keinen Gegensatz und keine Konkurrenz zwischen den Bildungsgängen aufmachen.

Wenn wir über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung sprechen wollen, dann geht das nicht losgelöst von den Perspektiven der beruflichen Bildung in ihrer Gesamtheit. Jedenfalls nicht, wenn wir die Herausforderungen vor denen wir – gerade wegen des demografischen Wandels – stehen für unsere Berufsbildenden Schulen und für die kaufmännische Bildung bewältigen wollen. Das geht nur gemeinsam und mit einem Gesamtkonzept.

Deswegen, sehr geehrter Herr Fuß, möchte ich sehr gern heute über kaufmännische Bildung sprechen, ich möchte das aber immer auch mit dem Verweis auf die gesamte berufliche Bildung in unserem Land tun – also auf jene Erfolgsgeschichte, die uns einst das Wirtschaftswunder brachte und uns heute durch die Weltwirtschaftskrise führt.

Denn die berufliche Bildung ist in ihrer ganzen Breite weltweit anerkannt und bewundert.

Lassen Sie uns dabei über Perspektiven sprechen, aber lassen Sie uns diese Perspektiven – auch wenn es verlockend ist in diesen Tagen – nicht in Legislaturperioden einteilen.

Denn so wie die berufliche Bildung an unseren Berufsbildenden Schulen unsere Wirtschaft seit mehr als 60 Jahren trägt, wie sie seit mehr als 60 Jahren der Grundstein für Erfolg und Zufriedenheit von Millionen Menschen ist und wie sie seit mehr als 60 Jahren das Leben dieser Menschen für viele Jahrzehnte auf ein solides Fundament stellt, so wird sie das auch nach der Landtagswahl 2016 tun.
Unsere Aufgabe ist es, diese Erfolgsgeschichten fortzuschreiben und dort, wo es nötig ist, behutsam weiterzuentwickeln. Langfristig und im Konsens. Damit wir eben gerade keine Bildungspolitik für eine Legislaturperiode machen.

Bildungspolitik braucht Konstanz. Sie braucht Struktur. Und wo sie Innovationen braucht, braucht sie breite Unterstützung: von Ihnen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Verbänden, den Eltern und den Schülerinnen und Schülern. Und ganz besonders in der beruflichen Bildung auch von den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land.

Dann kann sie das große sozial- und wirtschaftspolitische Ziel erfüllen, das wir mit ihr verbinden: den Schülerinnen und Schülern die bestmögliche Perspektive für

ein erfülltes Leben zu bieten. Und dazu gehört auch ein erfülltes Arbeitsleben.

Aber wie soll dieses erfüllte Arbeitsleben aussehen?

Das ist vielleicht die wichtigste Frage für die Schülerinnen und Schüler in unserer Zeit. Sie steht ganz am Anfang.

Wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung im Allgemeinen und über die Perspektiven der kaufmännischen Bildung im Besonderen sprechen, müssen wir deshalb dort beginnen, wo die Schülerinnen und Schüler die Frage für sich beantworten: Welchen Beruf will ich?

Denn heute kann jeder und jede den individuell passenden Weg nehmen. Nur, welcher Weg passt? Damit sie das herausfinden können, müssen wir den Schülerinnen und Schülern eine Landkarte an die Hand geben, eine Karte, auf der all die Berufswege verzeichnet sind, die ihnen offen stehen. Und wir müssen ihnen zeigen, wie sie diese Karte benutzen.

Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Orientierung. Und weil die in unserer komplexen Berufswelt immer schwieriger wird, haben wir sie zu einem Schwerpunkt der Bildungspolitik gemacht.

Gemeinsam mit unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe ich am 21. Juli 2015 unser neues, verbindliches Beratungskonzept für alle rund 400 weiterführenden Schulen des Landes vorgestellt. Es gilt für Realschulen plus, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen gleichermaßen.

Der Titel: „Kompetent in eigener Sache – Zukunft läuft“. Das Ziel: Berufs- und Studienorientierung.
^
Es geht also um jene Zeit im Leben, in der zwei Metaphern in unser Bewusstsein treten: die Karriereleiter und der Lebensweg. Und es geht darum, Ersteres auf Letzterem aufzustellen.

Dabei brauchen die Schülerinnen und Schüler Hilfe und Rat, wie jede und jeder von uns in dieser Phase einmal Hilfe und Rat brauchte.

Deshalb haben wir viele Ratgeberinnen und Ratgeber gewonnen: die Kammern, Wirtschaftsorganisationen, die Hochschulen und die Bundesagentur für Arbeit. Sie alle machen mit und sie alle werden wissenschaftlich begleitet durch das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Das Ziel, das wir damit verbinden, ist: Mehr Informationen – und das nicht nur über die Studienwahl, sondern auch über die Möglichkeiten, die die Berufsausbildung im dualen System bietet. Denn diese Möglichkeiten sind vielfältig. Man muss es nur wissen. Und deswegen müssen wir es den Schülerinnen und Schülern sagen. Das machen wir; und vom kommenden Jahr an machen wir das in allen Schulformen ab der achten Klasse zusätzlich an Tagen der Berufsorientierung.

All die Partnerinnen und Partner, die ich gerade genannt habe, ge-

ben den Schülerinnen und Schülern dann Informationen aus erster Hand, wecken Neugierde und Interesse und sicher auch Begeisterung.

Ihre Expertise, die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes, ist dabei von unschätzbarem Wert für die Berufs- und Studienorientierung.

Ich bin überzeugt davon, dass die Tage der Berufsorientierung auch ganz besonders die vielfältigen Möglichkeiten der Berufsausbildung im dualen System sichtbar machen werden und das wird auch den kaufmännischen Berufen zugutekommen.

Die kaufmännischen Berufe sind schon heute besonders beliebt; etwa ein Drittel der Auszubildenden will Kaufmann oder Kauffrau werden. Das ist ein enormer Anteil.

All diese Auszubildenden betreten damit ein Berufsfeld, das sich in den vergangenen Jahren drastisch gewandelt hat. Der schnelle Wandel der Arbeitswelt, die neuen Medien, all das verändert auch die Berufsbilder. Und das in einem rasanten Tempo.

Wo früher zum Beispiel eine Bürokauffrau und ein Kaufmann für Bürokommunikation und eine Fachangestellte für Bürokommunikation drei unterschiedliche Berufe lernten, vereint der Kaufmann für Büromanagement sie heute alle in einem. Andere Berufe wiederum haben sich ausdifferenziert, viel neues Wissen ist hinzugekommen, anderes hat ausgedient.

Dieser Wandel der Berufe, wandelt auch die berufliche Bildung und mit ihr die Berufsbildenden Schulen.

Sie alle erleben das jeden Tag und noch viel wichtiger: Sie gestalten diesen Wandel jeden Tag.

Ihr Engagement und Ihre Expertise bereiten die Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen auf das vor, was das neue, schnelle Arbeitsleben von Ihnen erwartet.

Und dafür möchte ich Ihnen und Ihren 7000 Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag in etwa 6000 Klassen an unseren Berufsbildenden Schulen unterrichten, heute herzlich danken.

Dank Ihnen garantieren unsere Berufsbildenden Schulen Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung in unserem Bildungssystem. Dank Ihnen wird aus der Vielfältigkeit der Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen Vielfältigkeit der Chancen.

Dank Ihnen legen gerade 120.000 Schülerinnen und Schüler an den Berufsbildenden Schulen unseres Landes den Grundstein für ein erfolgreiches Leben.

Anrede, wir lesen heute oft, dass ein Gegensatz aufgemacht wird zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung.

Aber wie man es dreht und wendet:

Wer diesen Gegensatz aufmacht, der sagt entweder den 120.000 Schülerinnen und Schülern an unseren Berufsbildenden Schulen oder den etwa 120.000 Studierenden an unseren Hochschulen, dass sie etwas falsch gemacht haben, dass sie etwas anderes tun sollen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Gegensatz uns nicht weiterführt. Es gibt hier keinen Gegensatz, es hat niemand etwas falsch gemacht.

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig, sie sind zwei Seiten einer Medaille.

Wir brauchen Meister und wir brauchen Master. Und wenn es zum Lebensweg passt, dann brauchen wir auch Meister mit Master.

Deswegen bedeutet hier in Rheinland-Pfalz die Entscheidung für die duale Ausbildung keine Entscheidung gegen das Studium. Wir haben die Hochschulen für die Menschen geöffnet, die sich beruflich qualifiziert haben.

Diese Durchlässigkeit erhöht auch die Attraktivität der beruflichen Bildung und sie bietet den Auszubildenden neue Perspektiven.

Deshalb reden wir, wenn wir über die Perspektiven der beruflichen Bildung reden, wenn wir darüber reden, welche Perspektiven berufliche Bildung hat und welche sie bietet, dann reden wir auch darüber, dass eine Ausbildung in Rheinland-Pfalz ein Startpunkt ist, von dem aus alle Wege offen stehen.

Und deswegen gibt es keinen Gegensatz zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Es gibt nur viele unterschiedliche Wege und unser Ziel ist es, dass keiner davon in einer Sackgasse endet.

Das können wir uns nicht leisten. Dafür sind die Herausforderungen zu groß, vor die uns der demografische Wandel stellt.

Denn auch darüber müssen wir sprechen, wenn wir über Perspektiven reden.

Wir schauen dabei aus zwei unterschiedlichen Richtungen auf unsere Berufsbildenden Schulen. Aus der einen schauen wir, wie sie uns helfen, auch in Zukunft genügend Fachkräfte für die Unternehmen in unserem Land auszubilden.

Aus der anderen Richtung schauen wir darauf, wie es uns gelingen kann, ein breites Angebot beruflicher Bildung in der Fläche zu erhalten, wenn es immer weniger junge Menschen und damit Auszubildende gibt.

Wir suchen aus beiden Richtungen Lösungen für den demografischen Wandel und letztlich müssen wir beide Blickwinkel zusammenführen, um diese Lösungen zu finden.

Denn die Zukunft der beruflichen Bildung ist in einem hohen Maße auch die Zukunft der Fachkräftesicherung.

Was also ist zu tun?

Wir müssen die Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln. Kontinuierlich und mit Bedacht.

Wir haben dafür seit dem vergangenen Jahr die Empfehlungen der Expertengruppe.

Sie, der VLW, haben an diesen Leitlinien engagiert mitgearbeitet –gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der anderer Lehrerverbände und -gewerkschaften, der Schulleitungen und des Landeselternbeirats. Diese Empfehlungen werden uns weit über das kommende Jahr hinaus begleiten, denn wir sprechen bei der Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen nicht über Hau-Ruck-Aktionen, sondern über eine langfristige Aufgabe, die dann aber auch lange trägt.

Deswegen gibt es zurzeit den Schulversuch BS20, Berufsschule 2020. Mit ihm erproben wir pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, um die Berufsschule weiterzuentwickeln und die duale Ausbildung in der ganzen Fläche unseres Landes langfristig zu sichern.

Das besondere an den Konzepten, die wir in diesem Schulversuch erproben, ist, dass wir das Lernen an der Berufsschule individualisieren und gleichzeitig durch berufsübergreifende gemeinsame Kurse verbreitern.

Im Rahmen des Modellversuchs BS20 analysiert das Pädagogische Landesinstitut gerade die Rahmenlehrpläne und entwickelt gemeinsam mit den Schulen ein Konzept zum berufsübergreifenden Lernen.

Vielversprechend sind die Ansätze zum Beispiel bei den Industriekaufleuten, den Kaufleuten für Büromanagement, den Kaufleuten im Groß- und Außenhandel, bei den Einzelhandelskaufleuten und den Verkäuferinnen und Verkäufern. Hier können die Auszubildenden beispielsweise bei Beschaffung, Personal und Marketing gemeinsam und voneinander lernen.

Wir alle, Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, der VLW, die Landesregierung – wir investieren viel Kraft, um die duale Ausbildung überall in unserem Land zu erhalten und zu sichern.

Ich weiß: Wir werden unser Ziel gemeinsam erreichen. Und ich bin ganz sicher, dass das, was wir unternehmen, auf breitem Konsens gegründet sein wird. Und das ist eine gute Perspektive für die berufliche Bildung.

Zu den Perspektiven gehört es in diesen Tagen auch, über die Herausforderung zu sprechen, Menschen in unserem Land aufzunehmen, die Zuflucht suchen.

Der Beitrag der Berufsbildenden Schulen wird dabei in den kommenden Jahren unschätzbar wertvoll sein, wie er es auch heute schon für viele Geflüchtete ist. Denn die Menschen, die zu uns kommen und die – wenn sich die Weltlage nicht schnell ändert – bei uns bleiben, wollen arbeiten. Sie wollen ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben führen in

ihrer neuen Heimat.

Dafür ist eine gute Ausbildung unerlässlich.

Für viele wird die Berufsbildende Schule deshalb das Tor in ihr neues Leben sein – in einer Ausbildung oder im Berufsvorbereitungsjahr oder weil sie zunächst noch die Berufsreife erwerben wollen.

Der erste Schritt ist es dabei immer, Deutsch zu lernen.

Deswegen haben wir die Mittel für Deutschintensivkurse aufgestockt und deswegen profitieren auch heute schon die Berufsbildenden Schulen, weil ihnen Lehrkräfte für die 15 bis 20 Stunden Deutschintensivkurse pro Woche zur Verfügung stehen.

Der Weg, den Geflüchteten Chancen zu bieten, ihnen Deutsch beizubringen, sie in die Gemeinschaft zu integrieren und ihnen ein erfülltes Arbeitsleben zu ermöglichen, wird für viele über die Berufsbildenden Schulen führen. Wir werden Sie, die Lehrerinnen und Lehrer, dabei unterstützen und Ihnen die nötigen Ressourcen bereitstellen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Herausforderungen gerade angesichts des demografischen Wandels eine Chance für unser Land ist.

Anrede, lassen Sie uns auch einen Blick auf die anderen Bildungsgänge der Berufsbildenden Schule werfen. Denn die berufliche Bildung in unserem Land hat viele Facetten. Das weiß niemand besser als Sie.

Deshalb gehört zu der Frage der Perspektiven eine ganze Menge mehr als das, was ich bisher schon vorgetragen habe, und mehr als ich in der schon fortgeschrittenen Kürze hier vortragen kann. Ich will aber ein paar Punkte wenigstens anreißen.

So haben wir beispielsweise im vergangenen Jahr die Reform der Berufsfachschule I abgeschlossen und arbeiten gerade daran, das Berufsvorbereitungsjahr weiterzuentwickeln.

In diesem Schuljahr ist an fünf Standorten inklusiver Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr gestartet mit Schülerinnen und Schülern, die den Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung haben.

Pro Klasse, in der inklusiver Unterricht stattfindet, erhalten die Schulen dann zusätzlich eine Förderschullehrkraft mit 20 Lehrerwochenstunden oder eine pädagogische Fachkraft mit 24 Wochenstunden. Und die Klassenmesszahl kann bei pädagogischem Bedarf von 16 auf 12 reduziert werden.

Eine wichtige Rolle, nicht nur, aber besonders in der Berufsfachschule I und dem Berufsvorbereitungsjahr, spielt die Schulsozialarbeit. Und obwohl die Schülerzahlen sinken, haben wir die Haushaltsmittel für die Schulsozialarbeit seit dem Jahr 2006 fast verdoppelt.

Heute gibt es an 60 öffentlichen

Berufsbildenden Schulen in unserem Land Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Insgesamt stehen 52 Vollzeitstellen dafür zur Verfügung. 2006 waren es noch 36.

Die Schulsozialarbeit hilft und unterstützt. Sie erhöht die Chancen der Schülerinnen und Schüler, die diese Hilfe und Unterstützung brauchen. Und so schafft auch sie Perspektiven – für jeden und jede Einzelne, aber auch für unsere Wirtschaft.

Denn eines ist klar: Wir können es uns nicht nur moralisch, sondern auch ökonomisch nicht leisten, Schülerinnen und Schüler in schwierigen Phasen allein und sie damit vielleicht zurückzulassen.]

Meine Damen und Herren,
auch was die Höhere Berufsfachschule angeht, liegen unsere Positionen nicht weit auseinander.

Und weil die Höhere Berufsfachschule heute zunehmend eine Brückenfunktion einnimmt von der Schule in den Beruf, weil sie Jugendlichen ermöglicht, sich weiter zu qualifizieren, auch wenn sie noch keine Ausbildung gefunden haben, weil sie Jugendlichen ermöglicht, weiter zu lernen, auch wenn sie sich über ihre beruflichen Ziele noch nicht klar sind, und weil sie benachteiligten Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bessere Chancen bietet, aus all diesen Gründen, halte ich es für erforderlich, grundsätzlich zu überlegen, wie wir die Höhere Berufsfachschule neu strukturieren.

Deshalb ist die angekündigte Änderung der Landesverordnung noch nicht umgesetzt, deshalb habe ich die umfassende strukturelle Weiterentwicklung der HBF in Auftrag gegeben.

Die Facharbeitsgruppe möchte und wird dabei auch gern auf Ihre Expertise, die Expertise des VLW, zurückgreifen.

Meine Damen und Herren,
noch ein paar kurze Worte zur Unterrichtsversorgung an unseren Berufsbildenden Schulen. Auch sie gehört zu den Perspektiven.

Denn eines brauchen die Berufsbildenden Schulen vor allem anderen: gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Deswegen haben wir in der Vergangenheit alle Hebel in Bewegung gesetzt, um gute Lehrkräfte für unsere Berufsbildenden Schulen zu gewinnen – was nicht einfach war, in einer Zeit, in der sich viel zu wenige Studierende für ein entsprechendes Lehramtsstudium entschieden haben.

Wir haben in diesen Jahren viele Seitenw und Quereinsteiger gewonnen. Das war ein Erfolg für die Schulen und für die Schülerinnen und Schüler.

Das Koblenzer Modell, also die gemeinsame Ausbildung von Lehrkräften an der Universität Koblenz-Landau und der Hochschule Koblenz, hat zudem geholfen, die Lage bei den gewerblich-technischen Mangelfächern zu entschärfen und uns bundesweit eine beachtete Vorreiterrolle beschert.

Im Vallendarer Modell werden nun Lehrkräfte für Pflege ausgebildet. Mit Hochschulen, die den Bedarf in Sozialpädagogik und Gesundheit decken können, stehen wir in Verhandlung. In den kaufmännischen Fächern ist die Lage schon längere Zeit weniger problematisch.

Und so war die Unterrichtsversorgung an Berufsbildenden Schulen im vergangenen Jahr so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Und auch wenn die Schulstatistik für dieses Schuljahr noch aussteht, lassen die ersten Rückmeldungen die Prognose zu, dass sie sich weiter verbessert hat.

Auch der Schulversuch „Stärkung von Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur (EQuL)“ hält Lösungen bereit, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern.

So verfügen EQuL-Schulen über ein Budget, um Lehrkräfte einzustellen. Damit können sie flexibel ihren Bedarf decken. Durch ein verbindliches Qualitätsmanagementsystem arbeiten sie systematisch an der Verbesserung ihrer Unterrichtsqualität.

Wir sind deswegen bestrebt, dass

über die heutigen 26 EQuL-Schulen hinaus in den kommenden Jahren möglichst viele weitere Berufsbildende Schulen EQuL-Schulen werden.

Damit wollen wir auch das selbstbestimmte Handeln in den Berufsbildenden Schulen weiterentwickeln.

Meine Damen und Herren,
ich könnte jetzt noch weiterreden und es wie der ehemalige amerikanische Vizepräsident Hubert Humphrey halten. Der sagte einst über seine eigenen Reden: „Ich fand Sie nie zu lang, ich habe jede Minute davon genossen“.
Aber keine Sorge. Ich bin fertig, auch wenn es noch viel zu sagen gäbe.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verbandstag. Und danke Ihnen noch einmal herzlich für Ihre Arbeit. Man darf ja nicht vergessen, dass Verbandsarbeit ehrenamtliche Arbeit ist.

Umso mehr sind wir dankbar, dass Sie sie tun und dass wir mit Ihrem Verband einen konstruktiven, manchmal kritischen, aber immer anpackenden und pragmatischen Partner an unserer Seite haben, wenn es darum geht, die berufliche Bildung in unserem Land weiterzuentwickeln.

Wir sind zwar nicht immer einer Meinung – aber das wäre ja auch langweilig.

In jedem Fall glaube ich, dass die Perspektiven für die Berufsbildenden Schulen in unserem Land trotz aller Herausforderungen gut sind und dass wir sie gemeinsam sogar noch besser machen werden.

Deshalb viel Erfolg auch in Zukunft!

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.

- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und

Freiräume für die Beruflichen Schulen.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science“ sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrergesundheit an berufsbilden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben".

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der SPD-Fraktion ist die Bedeutung der berufsbildenden Schulen mit ihrem vielfältigen Angebotsspektrum innerhalb der gesamten Schulstruktur stets bewusst. Uns eint die große Aufgabe, die Gleichwertigkeit des allgemeinbildenden und berufsbildenden Systems und ihre engagierte Arbeit in den Berufsbildenden Schulen noch stärker als bisher in der öffentlichen Wahrnehmung hervorzuheben und zu verankern. Die Durchlässigkeit und die Aufstiegsorientierung sind die großen Stärken des berufsbildenden Schulwesens. Die Wahlschulbildungsgänge der Berufsbildenden Schulen haben deshalb auch für die SPD-Landtagsfraktion einen hohen Stellenwert.

Die Höheren Berufsfachschulen bieten in einigen Berufsfeldern attraktive ergänzende Abschlüsse als staatlich geprüfte Assistentin/Assistenten in Ergänzung zu den Angeboten des dualen Ausbildungsmarktes. Die Berufsfachschule 1 bietet eine pädagogisch sehr gut begleitete Möglichkeit, junge Menschen für die Aufnahme einer Ausbildung im dualen System zu stärken.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.

- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die SPD-Fraktion hat sich in der Vergangenheit gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen dafür eingesetzt, die Diskussion um die Mindestklassenstärke 25 sowie weiteren einschränkenden Veränderungen in den Höheren Berufsfachschulen zu beenden und zunächst genau zu evaluieren. Der Erhalt der Vielfalt der Angebote, ohne zu zersplittern, ist uns dabei ein wichtiges Anliegen.

Die Berufsfachschule 1 und 2 wurden bereits erfolgreich umstrukturiert. Notwendige Veränderungen im Berufsvorbereitungsjahr sollen aus unserer Sicht auch gemeinsam mit den Akteuren in den Schulen erfolgen.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Fraktion ist es selbstverständlich, dass jugendliche Flüchtlinge je nach Bildungsstand grundsätzlich in allen Schulformen der Berufsbildenden Schule aufgenommen werden können. Jugendliche ohne Deutschkenntnisse sollen auch in den berufsbildenden Schulen die nötige Sprachförderung in Deutsch-Intensivkursen im Umfang von 15 bis 20 Wochenstunden erhalten und darüber hinaus am allgemeinbildenden Unterricht und insbesondere am Unterricht in Fachpraxis für die berufliche Orientierung teilnehmen.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach "Deutsch als Fremdsprache").

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Uns ist es wichtig, dass die Schulen gut mit qualifiziertem Personal ausgestattet sind und ggf. nachgesteuert wird. In den Deutsch-Intensivkursen werden in der Regel Sprachförderkräfte mit einer Qualifikation für "Deutsch als Zweitsprache" oder Lehrkräfte mit entsprechender Qualifikation eingesetzt. Für die Ausbildung weiterer qualifizierter Lehrkräfte wird die SPD-Landtagsfraktion dem Pädagogischen Landesinstitut im Jahr 2016 zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

3. Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Auf die Auszubildenden im dualen System und damit auf die zukünftigen Fachkräfte unserer Unternehmen hat die SPD-Landtagsfraktion einen besonderen Blick. Wir begrüßen daher den zum Schuljahr 2015/2016 gestarteten Schulversuch BS20, an dem neun berufsbildende Schulen teilnehmen. Diese Schulen erproben pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten, damit die duale Berufsausbildung auch zukünftig von allen jungen Menschen als attraktiver Weg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft gewählt werden kann. Der Schulversuch ist Bestandteil einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Teilzeitberufsschule und zur Sicherung der dualen Ausbildung in der Fläche. Sofern weitere Maßnahmen zur Sicherung in der Fläche nötig werden, werden wir diese gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort angehen.

- Der Modellversuch „EQuL“ schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Mehr Selbständigkeit von Schulen ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Deshalb unterstützt sie das erfolgreiche Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur“ (EQuL). Hier bietet sich die Möglichkeit, schulische Angebote entsprechend den regionalen Gegebenheiten zu gestalten und dabei prozessorientiert transparent, nachhaltig und effizient zu arbeiten. Der Unterrichtsausfall kann durch ein selbstverantwortetes Personalbudget reduziert werden, Lehrkräfte profitieren vom schuleigenen Fortbildungsbudget Wir wollen, dass EQuL weiter ausgebaut wird.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion stellt die Schulsozialarbeit einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein schulischer Qualität und des schulischen Miteinanders dar. Durch zusätzliche Mittel wurde diese in den vergangenen Jahren daher kontinuierlich und flächendeckend ausgebaut. Von den 64 öffentlichen berufsbildenden Schulen haben 59 Schulsozialarbeit Die Mittel wurden seit 2005 von 700.000 Euro auf 2.455.000 Euro im Haushalt 2014/2015 mehr als verdreifacht. Für den Haushalt 2016 sind nochmals 115.000 Euro mehr eingeplant. Wir wollen die Schulsozialarbeit auch weiter stärken.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

• Der Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses “Master of Science” sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Für die SPD-Landtagsfraktion ist klar, dass in besonderen Bedarfssituationen die Möglichkeit offen stehen muss, Quer- und Seiteneinsteiger für das Lehramt an berufsbildenden Schulen auszubilden. In diesem Sinne unterstützen wir Ihr Anliegen, dass auch für dieses Fach weiterhin der Quereinstieg und damit der Zugang für Bewerberinnen und Bewerber mit dem Abschluss “Master of Science” - sofern der Nachweis der erforderlichen Studienleistungen im allgemeinbildenden Zweitfach vorliegt - möglich ist.. Dies setzt allerdings voraus, dass nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber mit einem lehramtsbezogenen Master of Education zur Verfügung stehen.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Dem stimmt die SPD-Landtagsfraktion zu , da wir zur Zeit den größten Bedarf in den beruflichen Fächern, insbesondere in den technischen Fächern und Gesundheit und Pflege haben.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Der Wunsch nach schnelleren und frühzeitigeren Einstellungsverfahren ist für die SPD-Fraktion nachvollziehbar. Diese Anregung haben wir bereits an die zuständi-

ge Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier weiter gegeben.

5. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz haben sich schon seit Jahren, besonders bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Lernen, der inklusiven Beschulung angenommen und diese verwirklicht. Dies muss vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention ausgebaut und auch beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden. Förder- und Beratungszentren unterstützen berufsbildende Schulen bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts mit ihrer sonderpädagogischen Fachkompetenz. Dazu entwickeln die beteiligten Schulen passgenaue Strukturen der Zusammenarbeit.

Die zunehmende Vermittlung von Kompetenzen für inklusiven Unterricht in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte aller Schularten trägt darüber hinaus zur Weiterentwicklung der Kompetenzen an den berufsbildenden Schulen bei. Die Empfehlungen der Expertenkommission zur Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen wurden gemeinsam von der Landesregierung mit den Kammern, Unternehmensverbänden, der Bildungsgewerkschaft und Berufsverbänden entwickelt. Diese tragen in besonderer Weise dem Inklusionsgedanken Rechnung mit den Zielen, die individuelle Förderung auszubauen und inklusiven Unterricht in den einzelnen Schulformen zu erreichen. Mit der in das Schulgesetz aufgenommenen Experimentierklausel zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems in § 1 09a wurde insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung und für die Gestaltung des Übergangs in den Beruf eine rechtliche Grundlage geschaffen, um neue geeignete Organisationsformen für sonderpädagogische Förderung, Beratung und Unterstützung zu ermöglichen. Mit dem Antrag 16/4738 „Gesellschaftliche Teilhabe durch berufliche Bildung stärken - berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion unterstützen“ haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Forderungen für die künftige Weiterentwicklung formuliert. Darüber hinaus unterstützen wir die in diesem Schuljahr begonnene Ausweisung von 5 berufsbildenden Schulen mit inklusivem Unterricht im Berufsvorbereitungsjahr mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Das Projekt ist personell besonders ausgestattet mit zusätzlichen 20 Förderlehrerwochenstunden pro Klasse mit max. 4 Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung und der Möglichkeit einer Reduktion der Klassenmesszahl um ebenfalls bis zu vier Jugendlichen abhängig vom individuellem Förderbedarf. Wir wollen dieses Projekt bedarfsgerecht ausbauen. Weiterhin muss es nach unseren Vorstellungen vermehrt Fortbildungs-, Weiterbildungs- und Beratungsmöglichkeiten zur Unterstützung des inklusiven Unterrichts an berufsbildenden Schulen geben.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrergesundheit an berufsbildenden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z. B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Antwort der SPD-Landtagsfraktion:

Die Lehrergesundheit ist der SPD-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Mit dem 2011 gegründeten Institut für Lehrergesundheit (IfL) hat die Landesregierung eine bundesweit einmalige Einrichtung geschaffen, die landesweit die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung aller im staatlichen Schuldienst beschäftigten Personen sicherstellt. Im Rahmen seiner Tätigkeit berücksichtigt das IfL auch besondere Belastungsfaktoren, die z. B. aus dem Alter der betroffenen Person resultieren können.

Weiter beinhaltet das Schulentwicklungsprojekt EQuL für berufsbildende Schulen zahlreiche Elemente zur Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit wie den konsequenten Ausbau teambasierter Arbeitsstrukturen und die Installation einer Feedbackkultur, zu der z.B. auch die kollegiale Fallberatung gehört. Vielfältige Maßnahmen der Qualitätssicherung sollen die Arbeit der Lehrkräfte erleichtern und unterstützen. Die Fragen von künftigen Möglichkei-

ten der Altersermäßigung und Altersteilzeit für Lehrkräfte wird vor dem Hintergrund der Wirkungen der damit verfolgten Regelungsziele nach § 75a Abs. 6 LBG und der Situation zukünftiger Haushalte zu beantworten sein. Wir werden uns verantwortungsbewusst mit der Thematik auseinandersetzen.

Auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 16/5069 „Gesundheitsmanagement in der öffentlichen Verwaltung stärken -Grundlage für längere Lebensarbeitszeit schaffen“ s. Anlage) hat der Landtag am 27.05.15 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Darin wird die Notwendigkeit, ein adäquates Gesundheitsmanagement und altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen unterstrichen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

CDU

1. Stellenwert der Wahlschulen

Für die CDU sind die Wahlschulangebote der Berufsbildenden Schulen ein unverzichtbarer Bestandteil eines vielfältigen Bildungsangebotes. Sie ermöglichen Schülerinnen und Schülern einen Aufstieg mit klarer beruflicher Orientierung. Hierzu gehört für uns auch die Stärkung der Höheren Berufsfachschulen, die in den vergangenen Jahren mehrfach von der Landesregierung zur Disposition gestellt wurden. Dieses Angebot ist für uns keine Konkurrenz zur dualen Ausbildung, sondern es bietet vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, eine anspruchsvolle Ausbildung zu beginnen.

Die CDU steht für die Gleichwertigkeit der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen. Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

2. Beschulung von Flüchtlingen

Zu einer gelingenden Integration gehört auch die Möglichkeit der Teilhabe am Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es einer intensiven Vorbereitung insbesondere durch die Schulen. Die CDU möchte hierzu nach Möglichkeit die Schulpflicht für Asylbewerber auch auf ältere Flüchtlinge ausdehnen.

Generell wollen wir für Flüchtlinge spezielle Vorlaufklassen bilden statt sie vom ersten Tag an und ohne jede Deutschkenntnisse in bestehende Kassen zu integrieren. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen wollen wir hierbei ein zweijähriges BVJ umsetzen, wobei der Fokus im ersten Jahr auf der Sprachförderung und dem Vermitteln von Grundkenntnissen über deutsche Werte und Sitten liegen soll, im zweiten Jahr Berufsorientierung im Vordergrund stehen soll. Alternativ können die Flüchtlinge bei entsprechender Qualifikation nach dem ersten Jahr in Wahlschulbildungsgänge wechseln.

Bei der Umsetzung müssen die Berufsbildenden Schulen umfassend mit dem nötigen Personal ausgestattet werden.

3. Qualitätssicherung

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir einen flexibleren Klassenteiler, um hier Fachklassen erhalten zu können. Dazu gehört für uns auch, Schulen dabei zu unterstützen, verwandte Ausbildungsberufe verstärkt in einzelnen Fächern zumindest zu Beginn der Ausbildung zusammen zu legen. Denn mit dem Schließen der Klassen wird häufig auch der Beruf durch lange Fahrwege für junge Menschen unattraktiv, und Betriebe finden keine Auszubildenden mehr.

Die vor einigen Jahren reformierte Berechnung des PAUSE-Faktors wollen wir einer kritischen Überprüfung unterziehen. Aktuell hat sich dadurch nämlich die Gesamtsituation der einzelnen Schulen in Bezug auf Lehrerstundenzuweisung nicht wesentlich verbessert. Die Notwendigkeit von sozialpädagogischer Begleitung von Schulen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Entgegen der Versprechungen im Koalitionsvertrag hat die aktuelle Landesregierung hier jedoch keinerlei Verbesserungen umgesetzt.

Zusätzlich steigt auch an den Be-

rufsbildenden Schulen der Bedarf nach Ganztagsschulangeboten.
Wir werden hier in der kommenden Legislaturperiode einen Schwerpunkt setzen und Berufsbildende Schulen gleichberechtigt sowohl am Ganztagsschulprogramm wie auch an der Schulsozialarbeit teilhaben lassen.
Das Modellprojekt EQuL, das Schulen mehr Selbständigkeit gibt, begrüßen wir. Wir wollen hier jedoch einen Schritt weiter gehen und allen Schulen in allen Schularten die Möglichkeit geben, selbständige Schule zu werden.

4. Lehrkräftesicherung

Die CDU hat in der Vergangenheit mehrfach auf die Probleme von Studierenden an der Mainzer Universität hingewiesen und gefordert, dass auch Abolventen des „Masters of Science“ zum Referendariat zu gelassen werden. Hier werden wir als CDU eine Rechtssicherheit schaffen, um mehr junge Menschen für den Beruf als kaufmännische Lehrkraft zu gewinnen. Diese sind bei der Einstellung an berufsbildenden Schulen bevorzugt einzustellen.
Insgesamt brauchen wir mehr Anreize in Rheinland-Pfalz. Durch den verspäteten Einstellungstermin wandern vielen fertige Referendare in andere Bundesländer ab und fehlen an unseren Schulen.

5. Umsetzung der Inklusion

Die CDU steht dazu, gemeinsamen Unterricht zwischen Kindern mit und ohne Beeinträchtigung bedarfsgerecht auszubauen. Grundlage aller Entscheidungen ist hier jedoch nicht ein gesellschaftliches Ziel, sondern das Wohl des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund schätzen und unterstützen wir die gute Arbeit der Förderschulen und wollen gleichzeitig Schulen bei der Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts unterstützen und stärken. Grundlage dafür ist der Ressourcenvorbehalt - wir können an der Schulen nur so viel gemeinsamen Unterricht anbieten, wie auch personelle, räumliche und sächliche Ressourcen vorhanden sind. Dazu werden wir verbindliche Standards formulieren, auf die beeinträchtigte Kinder unabhängig vom Förderort einen Anspruch haben.

6. Lehrergesundheit

Der Lehrerberuf geht mit besonderen psychischen Belastungen einher. Diese sind bei jeder Person unterschiedlich, was individuelle Modelle auch im Bereich der Arbeitsgestaltung notwendig macht. Ein Altersteilzeit-Modell hat sich hier in der Vergangenheit bewährt und wird unter unserer Regierungsverantwortung auch fortgeführt werden.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016

1. Welchen Stellenwert haben für Ihre Fraktion die Wahlschulen der Berufsbildenden Schule in unserem Bildungssystem?

- Für den VLW bilden die beruflichen Wahlschulen, insbesondere auch die Höhere Berufsfachschule, einen „Aufzug nach oben“.

- Auch die Klassengrößen sind für den Lernerfolg von erheblicher Bedeutung.

- Die geplanten Veränderungen für das Berufsvorbereitungsjahr sollten einhergehen mit einer entsprechenden Personal- und Sachausstattung.

Antwort:

Die berufsbildenden Schulen haben für uns GRÜNE einen enorm hohen Stellenwert. Die Akteure der berufsbildenden Schulen vermitteln fachliche Kompetenzen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Integration von jungen Menschen. Die berufliche Integration von jungen Menschen ist für uns GRÜNE der Schlüssel für kulturelle sowie soziale Teilhabe und ist daher für uns von großer Bedeutung. Insbesondere die Höheren Berufsfachschulen bieten bedarfsgerechte Qualifizierungsmöglichkeiten, um Schülerinnen und Schülern über den zweiten Bildungsweg den Zugang zu akademischen Bildungsangeboten an den Hochschulen zu ermöglichen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem und für die Fachkräftesicherung.

Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt aus diesem Grund, das schulische Angebot für das Schuljahr 2016/2017 erneut bedarfsgerecht auszubauen. Sie sieht, gerade im Hinblick auf den Demographischen Wandel, zu-

dem eine Anpassung an regionale Gegebenheiten vor, um die Qualifizierungsmöglichkeiten insbesondere im ländlichen Raum nachhaltig sicherstellen zu können.

Eine adäquate Klassenmesszahl ist für das Schüler-Lehrer-Verhältnis und den Lernerfolg in einer angenehmen Arbeitsatmosphäre von großer Bedeutung. Aus diesem Grund ist die rot-grüne Landesregierung stets darum bemüht Klassenmesszahlen auf einem dauerhaft niedrigen Niveau sicherzustellen. Insgesamt wurden für die Umsetzung des Stufenplans zur Absenkung der Klassenmesszahlen bislang mehr als 1000 Vollzeitstellen eingesetzt.

In Rheinland-Pfalz gilt für die Orientierungsstufe die Klassenmesszahl von 28 Kindern. Damit haben wir in diesem Bereich im bundesweiten Vergleich mit die kleinsten Klassen.

Erfreulicherweise sind die SchülerInnenzahlen nicht so stark gesunken wie prognostiziert. Der für die beiden kommenden Schuljahre vorgesehene Schritt, zunächst für die fünfte und dann für die sechste Klassenstufe die Klassenmesszahl auf 25 Schülerinnen und Schüler zu reduzieren, wurde daher ausgesetzt. Die 200 Lehrerstellen, die für die weitere Absenkung der Klassenmesszahl in der Orientierungsstufe veranschlagt wurden, werden in vollem Umfang für eine weitere Verbesserung der strukturellen Unterrichtsversorgung zur Verfügung stehen. Die Landesregierung beabsichtigt, den strukturellen Unterrichtsausfall weiter zu reduzieren.

Wir wissen, dass insbesondere die berufsbildenden Schulen vom strukturellen Unterrichtsausfall betroffen sind, wenngleich seit dem Schuljahr 2011 der Unterrichtsausfall von 6 % auf 4,5 % und im Umfang von 75 Vollzeit-Stellen kontinuierlich gesenkt werden konnte. Uns ist ferner bewusst, dass Schülerinnen und Schüler, die nicht auf direktem Wege die Berufsreife erlangen, einer intensiveren fachlichen Betreuung seitens der Fachlehrer bedürfen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die berufsbildenden Schulen künftig berücksichtigt werden und zusätzliche Unterstützung (z.B. Team-Teaching) erhalten.

2. Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschulung von Flüchtlingen / Asylsuchenden an den berufsbildenden Schulen des Landes?

- Die Jugendlichen sollten entsprechend ihrer Qualifikationen in unserem Schulsystem beschult werden.

- Voraussetzung ist der Einsatz geeigneten Personals (z.B. Qualifikation im Fach „Deutsch als Fremdsprache“).

Antwort:

Die große Zahl ankommender Flüchtlinge hat zuletzt dazu geführt, dass die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die keine oder nur geringe deutsche Sprachkenntnisse besitzen, stark gestiegen ist. Dies bedeutet eine besondere Herausforderung für alle beteiligten Akteure in der Politik und in den Kommunen.

Da Sprache eine zentrale Voraussetzung für Integration ist, hat die rot-grüne Landesregierung einen Maßnahmenplan zur Sprachförderung in Schulen auf den Weg gebracht. Das Budget für die darin enthaltenen Maßnahmen wurde jüngst von 1,6 Millionen Euro auf 2,6 Millionen für das laufende Jahr aufgestockt.

Der Maßnahmenplan ist speziell für die Sprachförderung von Neuankömmlingen mit geringen Sprachkenntnissen entwickelt worden. Ein wesentliches Element bilden dabei die Deutsch-Intensivkurse, die kontinuierlich ausgebaut wurden und Vorrang vor anderen Formen der Sprachförderung haben sollen.

Wir GRÜNE lehnen die Forderung der CDU entschieden ab, Kinder aus Flüchtlingsfamilien in „Deutschvorlaufklassen“ zu separieren, da Integration und das Erlernen von Sprache nur im Kontext eines sozialen Umfeldes gelingen kann. Die Deutsch-Intensivkurse, die von Beginn an auch auf die Teilnahme am Unterricht in Regelklassen setzen, sind daher aus unserer Sicht der richtige Weg. Es ist außerdem wissenschaftlich hinreichend belegt, dass der Herkunftssprachenunterricht ein zentraler Baustein zur Förderung der Mehrsprachenkompetenz ist. Der Herkunftssprachenunterricht wurde daher bis zum Ende der Sekundarstufe erweitert und wird nun für das Schuljahr 2014/2015 durch insgesamt 154 staatliche Lehrkräfte in insgesamt 14 Sprachen erteilt.

Darüber hinaus wurden zum neuen Schuljahr landesweit 41 Runde Tische zur Sprachförderung eingerichtet. Die Runden Tische haben sich als tragfähiges Angebot erwiesen, da sie zwischen den Schulen und Schulträgern inhaltlich eng miteinander abgestimmt wurden. Die Runden Tische wer-

den bspw. auch dazu genutzt, die Unterstützungsangebote von Kindertagesstätte, VHS und freien Trägern aufeinander abzustimmen.

Um die Lehrerinnen und Lehrer auf die mit der Integration von Kindern aus Flüchtlingsfamilien verbundenen Aufgaben besser vorzubereiten, hat die Landesregierung das Fort- und Weiterbildungsangebot des Pädagogischen Landesinstituts um Qualifikationsmodule erweitert und ausgebaut. Neben den Kompetenzen für „Deutsch als Zweitsprache" werden auch Hilfestellungen für die Alphabetisierung von Jugendlichen vermittelt.

Wie wollen Sie die Qualität der beruflichen Bildung angesichts des demografischen Wandels sichern?

- Ausbildung an allen Schulstandorten sichert berufliche Bildung und damit Arbeitsplätze in allen Regionen des Landes.

- Der Modellversuch „EQuL" schafft Selbständigkeit und Freiräume für die Beruflichen Schulen.

- Die Sozialarbeit an den berufsbildenden Schulen sollte flächendeckend ausgebaut werden.

Antwort:

- Die schulische Versorgung stellt aufgrund des demographischen Wandels insbesondere für ländliche Regionen eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen dar. Aus diesem Grund setzen wir GRÜNE uns vehement für die Förderung des Ausbaus von wohnortnahen Schulstandorten ein. Unter Berücksichtigung des Demographischen Wandels soll durch neu gestaltete Unterrichtskonzepte das Ausbildungsangebot vor allem an kleineren Berufsschulstandorten und im ländlichen Raum sichergestellt werden. Darüber hinaus setzen wir GRÜNE uns für die Ausweitung der kostenfreien Schülerbeförderung in einem engmaschigen ÖPNV-Netz ein.

- Das Schulentwicklungsprojekt „Eigenverantwortung, Qualitätsmanagement und Lehr- und Lernkultur" (EQuL) stärkt die Berufsbildenden Schulen durch mehr selbständige Entscheidungsmöglichkeiten im finanziellen sowie personellen Bereich, da den Berufsbildenden Schulen eigene Budgets für verschiedene Aufgaben zur Verfügung stehen, die Gestaltungsspielräume eröffnen. Das Schulentwicklungsprojekt hat sich aus unserer Sicht bewährt. Aus diesem Grund wurde die Anzahl von Berufsbildenden Schulen, die an EQuL teilnehmen, inzwischen auf 26 Standorte ausgeweitet. Zum Schuljahr 2016/2017 sollen sieben weitere BBSen als EQuL-Schulen an den Start gehen und in den Folgejahren soll dieser Kreis schrittweise weiter ausgebaut werden. Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt darüber hinaus mit dem Schulversuch B20 zur Sicherung der dualen Ausbildung landesweit neue Modellschulen zu erproben. Der Schulversuch zielt auf eine bessere Verzahnung beispielsweise von Nahrungsberufen wie Bäcker, Fleischer und Fachverkäufer mit bestimmten Lernfeldern wie Personalführung oder Kundenservice ab. Er soll zu einer transdisziplinären Unterrichtskultur im Bereich der berufsbildenden Schulen führen. Darüber hinaus sollen Lernprozesse stärker individualisiert und flexibilisiert werden, damit Auszubildende künftig auf passgenaue Angebote zurückgreifen können.

- Mit den Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket ist es gelungen den Kommunen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Erweiterung der Angebote der Schulsozialarbeit zu eröffnen. In den Jahren 2011 bis 2013 wurden für alle rheinland-pfälzischen Kommunen Bundesmittel in Höhe von rund 11 Mio. Euro/Jahr für mehr Stellen in der Schulsozialarbeit und Hortmittagessen zur Verfügung gestellt. Mit den zusätzlichen Bundesmitteln konnten landesweit 178 neue Stellen an Schulen oder externen Koordinierungsstellen geschaffen werden. Die Gelder für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind mittlerweile ausgelaufen. Der Landeshaushalt sieht für die Förderung von Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten, seit dem Doppelhaushalt 2014/2015 wieder einen Gesamtansatz von rund 5,1 Mio. Euro vor. Der Wert liegt damit höher als der Ausgangswert vor der Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Einhaltung der verfassungsrechtlich verankerten

Schuldenbremse macht große finanzielle Sprünge in diesem Bereich unmöglich. Umso wichtiger ist es uns GRÜNEN, uns weiterhin für mehr finanzielle Unterstützung des Bundes im Bildungsbereich einzusetzen und uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbots im Bereich der Schulen zu engagieren.

3. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Sicherung einer bedarfsdeckenden Ausbildung von kaufmännischen Lehrkräften?

- Die Ausbildung des Nachwuchses an kaufmännischen Lehrkräften an der Universität Mainz sollte gesichert werden. Absolventen des Abschlusses „Master of Science" sollte der Zugang zum Referendariat ermöglicht werden.

- Bei Übernahmen von Lehrkräften nach dem zweiten Staatsexamen sollten Lehrkräfte mit beruflicher Fachrichtung bevorzugt eingestellt werden.

- Absolventen mit dem 2. Staatsexamen soll frühzeitig eine verbindliche Zusage erteilt werden, um Abwanderung zu vermeiden

.

Antwort:

Das System der Beruflichen Schulen ist die tragende Säule der dualen Ausbildung. In Anbetracht der Vielzahl der bestehenden Lehrberufe ist das Angebot an den Berufsbildenden Schulen enorm differenziert. Eine ausreichende Anzahl von Fachlehrerinnen und Fachlehrern zu finden wird dadurch erschwert, dass momentan nicht genügend Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Das gilt auch, aber nicht nur, für die kaufmännischen Berufe. Daher sind vor allem Maßnahmen zur Gewinnung von Fachlehrkräften von Bedeutung, insbesondere in Mangelfächern. Die Landesregierung hat hier mit der Imagekampagne „Entdecke die Lehre in Dir!" intensiv für das Lehramt an berufsbildenden Schulen geworben. Das wollen wir auch weiterhin tun. Eine weitere Möglichkeit bietet die verstärkte Einstellung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern in Mangelfächern unter umfänglicher Berücksichtigung von bereits vorhandenen betrieblichen Erfahrungen. Und schließlich muss noch stärker der Beruf der Lehrkraft an berufsbildenden Schulen in den Fokus von Berufsberatung rücken: Auch Abiturienten an Gymnasien müssen mit der attraktiven Möglichkeit des Lehramts an Berufsbildenden Schulen vertraut gemacht werden.

4. Wie wollen Sie inklusiven Unterricht an den berufsbildenden Schulen des Landes ermöglichen?

- Die berufsbildenden Schulen des Landes benötigen Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele inklusiven Lernens. Dazu sind neben der Sachausstattung entsprechende Fachkräfte und Fortbildungsangebote erforderlich.

Ein Schlüssel zur Umsetzung der Inklusion ist die Stärkung der Kompetenzen von Lehrkräften für das inklusive Unterrichten in allen Phasen der Lehrkräftebildung. Mit dem „Gesetzesentwurf zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften" wird die Verpflichtung der Qualifizierung von Lehrkräften während aller Phasen der Lehrkräftebildung für inklusiven Unterricht verwirklicht.

Neben der Stärkung der beruflichen Kompetenzen von Lehrkräften spielen für das Gelingen von Inklusion auch die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht sowie die Zusammenarbeit in den Schulen durch multiprofessionelle Beratung und Vernetzung eine zentrale Rolle. Sie müssen gestärkt und ausgebaut werden.

Inklusion muss insbesondere beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben verwirklicht werden, um die Inklusion für alle Lebensbereiche gleichermaßen sicherstellen zu können. In dieser sensiblen Phase benötigen junge Menschen ein Übergangssystem. Die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz leisten hierbei schon seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag und haben sich der Herausforderung einer inklusiven Beschulung längst angenommen.

Die in das Schulgesetz aufgenommene Experimentierklausel (§109 a SchulG) zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems schafft insbesondere für den Bereich der beruflichen Bildung sowie die Übergangsgestaltung eine rechtliche Basis für neue, bedarfsgerechte Organisationsformen der sonderpädagogischen Förderung, Beratung und Unterstützung.

Für uns GRÜNE steht insbesondere die individuelle Unterstützung im Vordergrund, damit die Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) nicht die einzige berufliche Perspektive für junge Menschen mit Beeinträchtigung bleibt.

5. Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung der Lehrergesundheit an berufsbilden Schulen?

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert neue Überlegungen z.B. bei der Analyse spezifischer Belastungen und bei der Altersermäßigung.

Antwort:

Lehrerinnen und Lehrer sind besonderen Belastungen ausgesetzt, weswegen das Renteneintrittsalter um ein Jahr weniger angehoben wurde als für die übrigen Landesbeamten. Mit dem Institut für Lehrergesundheit (IfL) verfügt das Land über eine Einrichtung von der inzwischen ca. 45.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an über 1.600 Schulen landesweit profitieren. Das Institut setzt zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit von Lehrkräften gezielt auf arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen. Das Institut für Lehrergesundheit bietet darüber hinaus Schulbegehungen sowie die individuelle Beratung von Lehrkräften und Schulleitungen oder die Durchführung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung an. Ein weiterer Auftrag besteht in der Wiedereingliederung von langfristig Erkrankten. Darüber hinaus ermöglicht die Ansiedlung des Instituts an der Universitätsmedizin Mainz eine enge Verzahnung von arbeitsmedizinischer Betreuung und der Forschung im Bereich des präventiven Gesundheitsschutzes. Das IfL wird vom Land mit knapp 1,6 Millionen Euro finanziert und beschäftigt aktuell mehr als 20 Personen. Es verfügt außerdem über drei „mobile Einheiten“, die es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen, vor Ort, in den Schulen bzw. in regionalen Sprechstunden präsent zu sein. Seit der Gründung des IfL wurden rund 2.000 individuelle Beratungen sowie ca. 120 Studientage durchgeführt.

Schreiben von Ministerin Reiß “Tag der kaufmännischen Schule” am 28. September 2015 in Kaiserslautern

Sehr geehrter Herr Fuß,

am „Tag der kaufmännischen Schule“ am 28. September 2015 in Kaiserslautern hatte ich Ihnen zugesagt, dass ich an anderer Stelle gerne auf Ihre Ausführungen zur Situation des Lehrkräftenachwuchses an kaufmännischen beruflichen Schulen eingehen möchte.

In Ihrer Rede habenSie mit Blick auf die Unterrichtsversorgung die Überführung des Studiengangs Wirtschaftspädagogik in Bachelor- und Masterstrukturen kritisiert.

Sehr wichtig ist mir, in diesem Zusammenhang auf Folgendes hinzuweisen und klarzustellen:

Das Studienangebot des Faches Wirtschaft für das Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Universität Mainz ist mir ein wichtiges Anliegen. Deshalb bin ich sehr froh, dass es nach einem intensiven Abstimmungsprozess zwischen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und meinem Haus gelungen ist, ein pragmatisches Studiengangmodell zu konzipieren, dessen Struktur und Inhalte sowohl den landesspezifischen Vorgaben als auch den einschlägigen Beschlüssen der Kultusministerkonferenz zur gegenseitigen Anerkennung von lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterabschlüssen in den Studiengängen sowie den ländergemeinsamen curricularen Anforderungen entspricht. Denn nur dadurch ist gewährleistet, dass die Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs Wirtschaftspädagogik (M.Ed.) einen Anspruch auf Zugang zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und auch in allen anderen Bundesländern erhalten. Eine Gefährdung dieser Anerkennung wäre im Interesse der Studierenden nicht vertretbar.

Studierende, die sich innerhalb dieses Studiengangmodells nach dem Bachelorstudium nicht für den auf eine Tätigkeit in der Schule vorbereitenden lehramtsbezogenen Masterstudiengang (M.Ed.), sondern für den Studiengang Master of Science in Wirtschaftspädagogik (M.Sc.) entscheiden, können aus den oben genannten Gründen keinen

gleichberechtigten Zugang zum Vorbereitungsdienst erhalten.

Bei entsprechendem Bedarf können sich allerdings Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs Master of Science (M.Sc.) für den Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst bzw. für die Einstellung in den Seiteneinstieg bewerben. Jedoch werden auch im Bedarfsfall die nach den KMK-Vorgaben entsprechend ausgebildeten Absolventinnen und Absolventen des lehramtsbezogenen Studiengangs immer mit Priorität zugelassen.

Dieser Bedarf war allerdings zu den letzten Einstellungsterminen nicht gegeben: Das Fach Wirtschaft wurde in der Vergangenheit noch nie für den Seiteneinstieg ausgeschrieben. Auch für die Zulassung zum Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst be“ steht aktuell kein Bedarf (zuletzt im Jahr 2012).

Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen. Aktuell wird im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an berufsbildenden Schulen jede vierte Referendarin bzw. jeder vierte Referendar im Fach Wirtschaft ausgebildet Selbstverständlich behalten wir- wie bereits bisher- die Entwicklung der Unterrichtsversorgung sorgsam im Blick und werden, sofern es angezeigt erscheint, entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Ich hoffe, meine Ausführungen zum lehramtsbezogenen Studium des Faches Wirtschaftspädagogik in Rheinland-Pfalztragen zur Klarstellung bei. ln diesem Zusammenhang möchte ich Sie freundlich bitten, dieses Schreiben den Mitgliedern Ihres Landesverbandes in geeigneter Weise zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Vera Reiß

Folgenschwere Fehleinschätzung? Der VLW fordert die umgehende Öffnung des Quereinstiegs für Absolventen der Wirtschaftspädagogik mit dem Abschluss

Wir finden es durchaus lobenswert, dass Ministerin Reiß unsere Warnung vor der drohenden Knappheit an Absolventen der Wirtschaftspädagogik an unserem „Tag der Kaufmännischen Schule“ in Kaiserslautern ernst genommen hat. Sie hat konsequenterweise das Landesprüfungsamt im Ministerium damit beauftragt, unsere Bedenken zu prüfen und uns abschließend das vorliegende Schreiben zukommen lassen. Dies ist im Prinzip vorbildliche politische Arbeit, über die wir uns freuen würden, wenn wir die getroffene Einschätzung tatsächlich teilen könnten. Wortwörtlich heißt es am Ende des Schreibens „Gegenwärtig ist nicht von einem besonderen Bedarf für das Fach Wirtschaft auszugehen.“ Eine Öffnung des Vorbereitungsdienstes für den Quereinstieg im Bereich Wirtschaftspädagogik, M.o.S., sei somit derzeit nicht erforderlich. Wir wundern uns allerdings darüber, dass wir von verschiedensten Regionen des Landes, sowohl von den Schulen als auch von den Studienseminaren, zu hören bekommen, dass die Zahl der Referendarinnen und Referendare mit dem Fach Wirtschaft signifikant zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund des hohen Ersatzbedarfes, der im kaufmännischen Bereich durch anstehende Pensionierungen zu erwarten ist, halten wir dies für eine gefährliche Entwicklung. Das Ministerium sollte jetzt den Mut haben, den Quereinstieg zuzulassen. Dramatische Bewerberzahlen sind kaum zu erwarten und es könnte dem drohenden Mangel entgegengewirkt werden, bevor es zu spät ist.

Schüler sind NICHT gleich.

SchülerInnen sind NICHT gleich. Wie augenscheinlich! Und damit soll nicht angespielt werden auf Hautfarbe, Wissen, Interesse oder gar IQ, sondern auf die ungleiche Art, wie wir alle lernen. Bereits in den 70ern wurden Theorien entwickelt, um diese Ungleichheit im Lernen fassbar zu machen. Lernt der Schüler

eher auditiv (Lernweg: hören), haptisch (Lernweg: anfassen), visuell (Lernweg: sehen) oder kinästhetisch (Lernweg: ausführen), war eine der Fragen, die aufgeworfen wurde. Im theoretischen Unterricht nach der Grundschule ist diese Unterscheidung für die Vorbereitung des Lernstoffes allerdings wenig hilfreich. Warum? Überlegens Sie, welchen Zeitaufwand es benötigt, die Regel „minus mal minus ergibt plus" begreifbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte zu Beginn der 200er die US-amerikanische Mathematiklehrerin und Schulentwicklerin Gayle H. Gregory ein interessantes Modell. In ihrem Modell werden SchülerInnen mit gleichen „Lernstilen" zusammengefasst, um die Ungleichheit im Unterricht berücksichtigen zu können. Sehr anschaulich wird dieses Modell in ihrem Buch aus dem Jahr 2005 dargestellt. Ein Buch, dass leider bis zum heutigen Tag noch nicht ins Deutsche übersetzt wurden.

Gayle H. Gregory unterscheidet hierin vier Lernstile[1]:

- Die Beach balls, die spontan sind, gerne Dinge ausprobieren und durch Versuch und Irrtum lernen.
- Die Clipboards, die bevorzugt mit festen Schemata arbeiten und Checklisten und Zusammenfassungen schreiben.
- Die Microscopes, die unbedingt Hintergründe erforschen, Zusammenhänge herstellen und Begründungen für alles haben wollen.
- Und last, but not least die Puppies, die am liebsten mit anderen zusammen lernen, sehr empathisch sind und Wert legen auf eine gute Atmosphäre – nicht nur in der Klasse.

Fazit? Ein einheitlicher Unterricht wird diesen ungleichen Anforderungen nicht gerecht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Unterricht meistens nur in einem Stil gehalten wird: dem Lehrstil des Lehrers und dieser Lernstil nur einen Teil der Klasse glücklich macht.

Soweit das Modell von Gayle H. Gregory.

Andere US-amerikanische Autoren vertreten eine gegenteilige Auffassung: sie behaupten, dass die verfügbaren Untersuchungen nicht darauf schließen lassen, dass, wenn jeder Schüler das Unterrichtsmaterial so bekäme, wie es zu seinem Lernstil passt, die Klasse insgesamt bes- ser abschneiden würde.[2] Diese Auffassung beruht auf amerikanischen Experimenten, bei denen mittels Multiple-Choice getestet wurde.

Neugierig geworden durch diese so konträre Behauptung?

Dieser offensichtliche Widerspruch hat mich zu folgendem kleinen Experiment bewogen:

Drei Klassen der Jahrgangsstufe 11 des beruflichen Gymnasiums wurden von mir unterrichtet und eine weiterer Klasse von einem Kollegen. Die beiden größten Klassen wurden zu „Versuchsgruppen" und in dieser Funktion über Lernstile informiert. Nachdem die beiden Versuchgruppen mit den unterschiedlichen Lernstilen nach Gregory bekanntgemacht worden sind, machte

- die eine Versuchsgruppen einen Test und
- die andere erhielte einen Selbsteinschätzungsbogen.

Die kleinste Klasse und die Klasse eines Kollegen wurden als „Kontrollgruppen" klassifiziert und erhielten ebenfalls den Lernstiltest zur Selbsteinschätzung.

[1] vgl. Gregory (2005), S. 38, 44.
[2] vgl. Smith et al. (2002), S. 411, zitiert u. a. in Coffield et al. (2004a), S. 68.

Im weiteren Verlauf des Experimentes erhielten die Schüler der beiden Versuchsgruppen in jeder Unterrichtsstunde Material, das das Thema ihrem Lernstil gemäß erklärt. Die Übungsaufgaben waren im Kern die gleichen, wenngleich erweitert um lernstilspezifische Dinge.

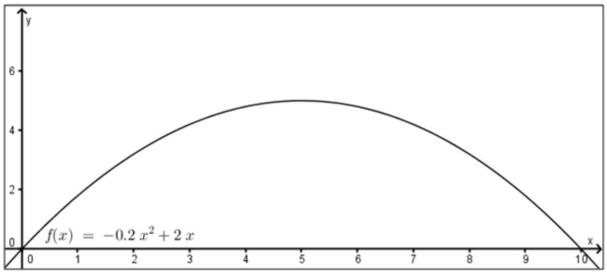
So ergab sich folgende Struktur am Beispiel: Parabel

- Den Beach balls wurde sie anhand des Durchhängens von Lichtschnüren bei einer Party erklärt; in den Aufgaben mussten sie teilweise Dinge ausprobieren und konnten Neues entdecken.
- Den Microscopes dienten die Lichtschnüre nur als Analogie. Ergänzend bekamen sie spezielle Übungsaufgaben zum Beweisen und Begründen.
- Die Puppies erhielten als Aufgabenbeispiel die Parabel, die das Zebra „Marty“ im Film „Madagascar“ spuckt. An dieser, den Schülern bekannten Darstellung, wurden alle Themenaspekte erklärt.
- Auf die Clipboards wartete das Beispiel aus „Madagascar“ als analoges Bild, allerdings lag der Fokus der Anleitungen mehr auf den einzelnen durchzuführenden Schritten, also der Beherrschung der Technik.

So sieht das Unterrichtsmaterial aus ...

. . . für die Puppys:

Mist! Die Funktionsgleichung habe ich, aber der Text ist verloren gegangen.
Wie weit ist das Zebra Marty denn gelaufen? Ich habe das Maul als Nullpunkt gewählt…



Vorgehen: Wenn eine Funktion vom Typ $y = x^2 + px + q$ gegeben ist, ergeben sich die Nullstellen durch die „p-q-Formel“: $x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}$.

Steht vor der größten Potenz (x^2) noch ein anderer Wert als „1“, muss erst durch diesen geteilt werden.

Die Schnitt*punkte* mit der *x*-Achse sind die Nullstellen, der *y*-Wert ist immer Null!

. . . für die Clipboards:
Kennzeichen ist die ausführliche Erklärung der Schritte.

Wenn man die Funktionsgleichung bereits kennt, kann man schnell herausfinden, wie breit der Lichtschlauch hängt. Wir benötigen also die Stellen (*x*-Werte), wo die Kurve die *x*-Achse schneidet. Nullstellen sind die *x*-Werte, wo der Graph die *x*-Achse schneidet.
Die Schnitt*punkte* mit der x-Achse haben immer den *y*-Wert Null!
Schauen wir uns erneut die Funktionsgleichung von Punkt 1, $f(x) = 0{,}5x^2 - 1{,}5x$, an.

Die Nullstellen einer Parabel vom Typ $f(x) = x^2 + px + q$ können mithilfe der *p*-q-Formel ermittelt werden:

$$f(x) = x^2 + px + q = 0 \Rightarrow x_{1,2} = -\frac{p}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2 - q}.$$

Unsere Funktionsgleichung $f(x) = 0{,}5x^2 - 1{,}5x$ hat aber noch einen Koeffizienten vor x^2.
Wir überführen zuerst in die Form ohne diesen Koeffizienten.
Wir gehen folgendermaßen vor:

1. $0{,}5x^2 - 1{,}5x = 0$
2. $\overset{0{,}5}{\Rightarrow} x^2 - 3x = 0$
3. $\overset{p=-3,q=0}{\Rightarrow} x_{1,2} = -\frac{-3}{2} \pm \sqrt{\left(\frac{-3}{2}\right)^2 - 0} = 1{,}5 \pm 1{,}5 \Rightarrow x_1 = 0, x_2 = 3$
4. $\Rightarrow S_{x_1}(0\,|\,0), S_{x_2}(3\,|\,0)$

Der Schlauch hängt also wirklich von Null bis Drei, also über eine Breite von drei Metern.

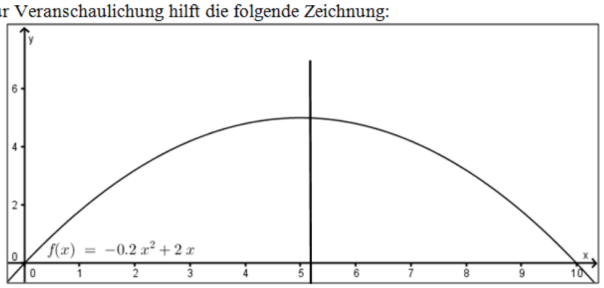
. . . für die Beach balls:
Nullstellen werden anhand der Breite von Lichtschläuchen erklärt.

Nullstellen sind die x-Werte, wo die Parabel die x-Achse schneidet, also der Lichtschlauch aufgehängt ist.
Die Nullstellen einer Parabel vom Typ $f(x)=x^2+px+q$ können ermittelt werden durch die p-q-Formel: $f(x)=x^2+px+q=0 \Rightarrow x_{1,2}=-\frac{p}{2}\pm\sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2-q}$.
Wenn vor der größten Potenz $\left(x^2\right)$ noch eine Zahl steht, müsst ihr zuerst die ganze Gleichung durch diese Zahl teilen.

Die Schnitt*punkte* mit der x-Achse sind die Nullstellen und der y-Wert ist immer Null!

. . . für die Microscopes:
Bei diesen wird rein mathematisch rangegangen....

Nullstellen sind die x-Werte, wo der Graph die x-Achse schneidet.
Die Nullstellen einer Funktionsgleichung der Form $f(x)=x^2+px+q$ können mithilfe der Formel $x_{1,2}=\frac{-p}{2}\pm\sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2-q}$ bestimmt werden. Die Schnitt*punkte* mit der x-Achse haben immer den y-Wert Null!
Zur Veranschaulichung hilft die folgende Zeichnung:



x_1 ← x_S → x_2

$-\frac{p}{2}-\sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2-q}$ ← → $-\frac{p}{2}+\sqrt{\left(\frac{p}{2}\right)^2-q}$

Das Unterrichtsmaterial für die beiden Kontrollgruppen enthielt die gleichen Übungsauf- gaben. Die Erklärungen waren allerdings mehr an das klassische Schulbuch angelehnt.

Um den Schülern Freiheit in der Unterrichtsdurchführung zu geben, erhielten alle Schüler zu Beginn

- eine „Kann-Liste“ und
- einen „Advance Organizer“.

Eine Kann-Liste informierte die SchülerInnen über die Themen, die für die Klassenarbeit relevant sind. Der Advance Organizer diente zur Vernetzung der einzelnen Inhalte. Vor Beginn und nach Abschluss der Unterrichtsreihe mussten die Schüler einen Fragebogen ausfüllen, mit dem ihre Einstellung zur Mathematik skalierbar gemacht wurde. Erstaunlich! Das Ergebnis lieferte keinen Unterschied bzgl. der Veränderung der Einstellung zur Mathematik zwischen den beiden Versuchsgruppen und den beiden Kontrollgruppen.
Und welche Erklärung lieferten die SchülerInnen selbst dazu? Die Schüler selbst gaben an, dass allein die Tatsache, das etwas Neues ausprobiert wurde, bereits zu einer positiveren Einstellung führt. Am Ende jeder Unterrichtsstunde wurde eine Befragung der Motivation durchgeführt. Hierfür relevant sind die Eckpunkte:

- Verständnis des Arbeitsauftrags
- Hilfe durch den Lehrer
- Wohlfühlen in der Stunde

Auch hierbei ergab sich kein relevanter Unterschied zwischen den Gruppen und gipfelte im gleichen hohen Niveau der Antworten.

Vor Beginn einer definierten Lernreihe wurde eine Klassenarbeit über lineare Funktionen und nach Abschluss der Untersuchung eine Klassenarbeit über quadratische Funktionen geschrieben.

Die durchschnittlichen Ergebnisse (mittlere Punkteanteile in Prozent) fasst die folgende Tabelle zusammen:

	Versuchs-gruppe 1	Versuchs-gruppe 2	Versuchs-gruppe 3	Versuchs-gruppe 4
Veränderung des durch-schnittlichen Punkteanteils	-8,05%	-6,70%	-15,82%	-22,79%

Tabelle 1: Entwicklung der Leistungsergebnisse (1. Studie).

Tabelle 1 zeigt, dass sich die beiden Versuchsgruppen deutlich besser entwickelten als die beiden Kontrollgruppen. Das kann als Indiz gewertet werden, dass ein besseres Verständnisses gegeben war. Wundert Sie, dass sich der Durchschnittswert in jeder der vier Gruppe verschlechtert hat? Das ist nicht verwunderlich: Das Thema „quadratische Funktionen“ weist eine höhere mathematische Komplexität auf als lineare Funktionen. Während der Durchführung des Experiments fiel auf, dass die SchülerInnen in den Versuchsgruppen viel bewusster und aufmerksamer den Lernprozess an sich beurteilten. Beispielsweise wurde das Unterrichtsmaterial in den Versuchsgruppen wie folgt beurteilt: „Der Anfang ist ja noch klar, aber Sie haben zwischen dem dritten und vierten Schritt einen Zwischenschritt vergessen, deswegen musste ich meinen Nachbarn fragen, wie das geht.“ In den Kontrollgruppen war die Beurteilung lediglich: „Das Material war nicht gut verständlich“. In der Regel keine wurden keine Begründung genannt.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee für eine zweite Versuchsdurchführung. Die Vorbereitung der Lernreihe „Exponentialfunktionen“, die in der Praxis innerhalb von vier Wochen durchgeführt wurde, dauerte zwei Monate. Hierbei wurde in jeder Stunde statt der Motivation nun die Selbstwahrnehmung und Reflexion der Stunde erfragt.

Es ergab sich wieder kein Unterschied in der Einstellung zur Mathematik. Ebenfalls weder in der Selbstwahrnehmung noch in der Reflexion der Stunde war ein Unterschied zwischen den Versuchsgruppen und den Kontrollgruppen. Die von mir bei der zweiten Durchführung unterrichtete Kontrollgruppe argumentierte auch bewusster und aufmerksamer.

Die Klassenarbeit, der einzige Maßstab, der nicht primär die subjektive Steuerung und Mani- pulation durch die Schüler sondern allein ihre unbeeinflussten Antworten (da sie ja möglichst viele Punkte erreichen wollen) wiedergibt, ergab erneut eine deutlich bessere Entwicklung in den Versuchsgruppen im Vergleich zu den Kontrollgruppen:

	Versuchs-gruppe 1	Versuchs-gruppe 2	Versuchs-gruppe 3	Versuchs-gruppe 4
Veränderung des durch-schnittlichen Punkteanteils	+21,23%	+25,57%	+15,06%	+10,25%

Tabelle 2: Entwicklung der Leistungsergebnisse (2. Studie).

Was also kann festgehalten werden?

1. Wenn der Unterricht genauer auf den Lernmodus der Schüler abgestimmt ist, erhöht sich die Leistung.
2. Motivation, Selbststeuerung und Einstellung gegenüber dem Fach ändern sich nicht.

Welche Gründe könnten die Ursache sein?

1. Lernstilorientierter Unterricht führt zu einem besseren Verständnis der Lerninhalte in Mathematik und demzufolge zu einer höheren Leistung der Schüler in Tests.
2. Gutes Verständnis von Inhalten wird zwar begünstigt durch eine positive Einstellung zum Unterrichtsfach und kann kurzfristig auch ohne eine solche erfolgen. Bessere Leistung der Schüler führt nicht parallel zu mehr Freude am Unterrichtsfach.
3. Motivation und eine grundlegend positive Einstellung zum Fach ergeben sich eventuell erst bei längerer und nicht bei kurzzeitiger Differenzierung des Unterrichtsmaterials nach Lernstilen.
4. Die Studie war nicht lange genug, so dass die Veränderungen nicht nachhaltig auf die Motive und Ursachen des Lernens wirken konnten.

Literaturverzeichnis

Coffield, F., Moseley, D., Hall, E., & Ecclestone, K. (2004a). Learning styles and pedagogy in post-16 learning - A systematic and critical review. London: Learning and Skills Research Centre/University of Newcastle upon Tyne.

Gregory, G. H. (2005). Differentiating instruction with style. Aligning teachers and learners intelligences for maximum achievement. Thousand Oaks (CA): Corwin Preiss.

Smith, W., Sekar, S., & Brandon, K. (2002). The impact of surface and reflective teaching and learning on student academic success. In M. Valcke, & D. Gombeir, Learning styles: reliability and validity (S. 407–418). Gent: Academia Press.

Autor:

Michael Sauer ist Lehrer für Mathematik, Wirtschaft und Informatik an der BBS Westerburg. Im Rahmen seiner Promotion an der TU Darmstadt fand das beschriebene Projekt statt. Ziel war die Überprüfung der Hypothese, dass lernstilorientierter Auswirkungen auf verschiedene Größen (Motivation, Selbstregulation, Leistung und Einstellung zur Mathematik) hat.

Michael Sauer, sauer.m@bbs-westerburg.de, Hofwiesenstraße 1 56457 Westerburg

Gegen den Unterrichtsausfall – unkonventioneller Weg in Bayern – Vorbild für Rheinland-Pfalz?

In der unten abgedruckten Presseerklärung stellt die Technische Universität München einen integrierten Studiengang für eine einphasige Lehrkräfteausbildung in Mangelfächern vor. Wir verstehen diese Maßnahme als interessanten Ansatz zur Gewinnung von Lehrkräften – ein Allheilmittel stellt er gewiss nicht dar. Seit Jahren erwarten wir von der Landesregierung Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung, die über reine Marketing-Maßnahmen hinausgehen. Dies könnte ein Weg von vielen sein, das Ziel einer besseren Unterrichtsversorgung zu erreichen.

Master und Referendariat in einem Studiengang

Dr. Ulrich Marsch Corporate Communications Center (Technische Universität München)

Die Technische Universität München (TUM) startet einen Studiengang für das Lehramt an beruflichen Schulen, der bundesweit erstmalig sowohl das Masterstudium als auch das Referendariat umfasst. Mit der stärkeren Verknüpfung der Inhalte wollen der Freistaat Bayern und die TUM School of Education die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern. Der Studiengang soll sich an Quereinsteiger richten, die im Bachelor bestimmte Ingenieurfächer studiert haben. Er soll so dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

Wenn angehende Lehrerinnen und Lehrer nach ihrem Studium ihr Referendariat absolvieren, stehen sie nicht nur in den Schulklassen, sondern bekommen auch selbst weiteren Unterricht in den Staatlichen Studienseminaren. Manche Themen überschneiden sich dabei mit den Inhalten aus dem Universitätsstudium.

Das Bayerische Kultusministerium und die TUM School of Education starten deshalb ein bundesweit einmaliges Modellprojekt: Sie haben Masterstudium und Referendariat im „Master Berufliche Bildung Integriert“ verbunden, der zum Wintersemester 2016/17 beginnen soll. Themen, die bislang über die verschiedenen Phasen der Ausbildung verteilt waren, werden nun in gemeinsam konzipierten Modulen gelehrt – zum Teil im Studienseminar, zum Teil an der TUM. Entsprechend schreiben die Absolventinnen und Absolventen eine Abschlussarbeit, statt einer Masterarbeit an der Universität und einer Hausarbeit im Studienseminar.

Drei statt vier Jahre für Masterstudium und Referendariat

„Wir können die Inhalte im Zusammenhang erklären und besser aufeinander aufbauen“, erklärt Prof. Kristina Reiss, Dekanin der TUM School of Education. „Von beiden Partnern fließt ihr spezifisches Wissen ein, sodass auch die praktischen und die wissenschaftlichen Aspekte der Ausbildung optimal miteinander verknüpft werden können.“

Obwohl bei der Kopplung von Masterstudium und Referendariat keine Inhalte entfallen, kann durch die bessere Strukturierung die Ausbildungszeit gekürzt werden. Statt Masterstudium und Referendariat in vier Jahren zu absolvieren, sind die Studierenden drei Jahre im Integrierten Studiengang eingeschrieben. Bereits im ersten Semester stehen betreute Praktika auf dem Plan, im dritten Semester beginnt der sogenannte Vorbereitungsdienst, also das Referendariat.

Einfacher Zugang für Quereinsteiger aus Technikfächern

Die zweite Besonderheit des Studiengangs ist, dass er explizit für Studierende gestaltet wurde, die einen Bachelorstudiengang in Elektro- und Informationstechnik, Maschinenbau oder einem vergleichbaren Fach absolviert haben. Er konzentriert sich entsprechend auf erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Inhalte, während die Leistungen aus dem Fachstudium vollständig anerkannt werden. Das bedeutet eine große Erleichterung für Quereinsteiger, die sich üblicherweise die Module eines Fachstudiums erst einzeln anerkennen lassen müssen, wenn sie ins Lehramtsstudium wechseln. So soll das Modellprojekt dazu beitragen, den Nachwuchsmangel in den Technikfächern der beruflichen Schulen zu beheben.

„Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen haben eine anspruchsvolle Aufgabe: Sie müssen im schnellen technologischen Wandel immer auf dem Laufenden bleiben und die Schülerinnen und Schüler auf eine dynamische, vernetzte und hochtechnisierte Arbeitswelt vorbereiten“, sagt Dekanin Prof. Kristina Reiss. „Umso wichtiger ist es, dass sie professionell und nach aktuellen bildungswissenschaftlichen Erkenntnissen auf den Unterricht vorbereitet werden.“

Hintergrund:

Der „Master Berufliche Bildung Integriert“ ist Teil des Konzepts „Teach@TUM“, das bei der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern mit rund 5,4 Millionen Euro gefördert wird. Die TUM School of Education war bei der Gründung 2009 die erste deutsche Fakultät, die fächerübergreifend die Verantwortung für das gesamte Lehramtsstudium einer Universität erhielt. Die Forschungserkenntnisse ihrer Bildungswissenschaftler fließen unmittelbar in das Studium sowie in Lehrerfortbildungen ein. Zudem werden die Studierenden bereits ab dem ersten Semester mit Praktika an die Unterrichtspraxis herangeführt. Über ein enges Kooperationsnetz findet ein intensiver Austausch mit Schulen statt.

Mehr Informationen zu „Teach@TUM“:

http://www.tum.de/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/kurz/article/32268/
https://www.edu.tum.de/qualitaetsoffensive/

Kontakt:
Prof. Dr. Kristina Reiss
Technische Universität München
Dekanin TUM School of Education
Tel.: +49 89 289 25399
kristina.reiss@tum.de

Dr. Christoph Schindler
Technische Universität München
Projektkoordinator

Als Lehrer immer „mit einem Bein im Gefängnis“? Aufsichtspflicht und andere Haftungsrisiken einer Lehrkraft

Was kann ich gegen den Handy-Wahn in meiner Klasse tun? Darf ich Schüler früher aus meinem Unterricht entlassen oder Störende meiner Stunde verweisen? Dürfen Schüler auf Klassenfahrten Alkohol trinken? Dieser und viele andere Fragen stand Karin Kunert, die Expertin für Recht und Besoldung im Landesvorstand des VLW, Rede und Antwort am Tag der kaufmännischen Schule in Kaiserslautern. Die zahlreiche, aktive Teilnahme am Workshop „Haftungsrisiken für Lehrkräfte im Schulalltag“ zeigte die hohe Relevanz des Themas. Wichtigster Aspekt der besonderen Dienstpflichten und -aufgaben eines Lehrers war hierbei die „Aufsichtspflicht“ für alle Teilnehmer. Denn sie nimmt eine besondere Stellung ein, da sie ständig Befürchtungen und Hemmungen auslöst, ja sogar eine Art „Damoklesschwert“ im Schulalltag oder bei Schulfahrten darstellt. Einerseits sind ihre Grenzen nicht klar gefasst, so dass nicht von vornherein ersichtlich ist, was in einer konkreten Situation vom Lehrer zu tun oder zu unterlassen ist; andererseits können bei Verletzung der Aufsichtspflicht erhebliche Schäden entstehen.

„Sich bemerkbar machen“ und als Aufsichtsperson vor allem präventiv vor, während und nach dem Unterricht zu handeln, ist oberstes Gebot. Der Sinn der Aufsichtspflicht ist, Schüler vor Schäden zu bewahren sowie von den Schülern ausgehende Schäden zu verhindern. „Wo steht das?“ war eine der häufigsten Fragen, wodurch sich für Karin Kunert herauskristallisierte, dass alle etwas greifbares, etwas „schwarz auf weiß“ wollen, um sich absichern zu können. „Die wichtigsten Rechtsgrundlagen sind natürlich das BGB, die Berufsschulordnung, die Dienstordnung, die Schulordnung für öffentliche Berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz sowie die Verwaltungsvorschriften, die jedoch keine Gesetze sind“, erklärte die Expertin. Geklärt wurden Begriffe wie „Schulweg“ und „Unterrichtsweg“, der Sinn und Zweck einer Diensthaftpflicht sowie das Anweisungsrecht der Lehrkraft, womit diese einen Schüler z.B. im Krankheitsfalle, wenn er anderen mit seinem Zustand schaden könnte, nach Hause schicken darf. Immer mehr Fragen und spezifische Beispiele wollten die Teilnehmer geklärt wissen und nahmen Tipps wie die Broschüre „Mit der Schulklasse sicher unterwegs“ der deutschen gesetzlichen Unfallkasse (DGUV), die es auf deren Website gibt, gerne an. Dem immerwährenden Thema „Alkohol auf Schulfahrten“ trat die Rechtsexpertin pragmatisch entgegen und erklärte, dass im §59 der Schulordnung für öffentliche BBSn die rauch- und alkoholfreie Schule festgeschrieben steht. Nur der Schulleiter könne bei Volljährigen eine Ausnahme machen.

Wieviel muss ich mir aber als Lehrer gefallen lassen? Und wo kann ich präventiv vorgehen, dass es zu gar keiner Situation kommt, in der ich von schulrechtlichen Maßnahmen Gebrauch machen muss? Karin Kunert empfiehlt, menschliches Urteilsvermögen walten zu lassen, denn wer als Lehrer als verantwortungsbewusster Mensch handelt, handle grundsätzlich nicht pflichtwidrig. Wenn es dennoch zu einem Unfall kommt, könne man ihm einen Vorwurf nicht machen. „Grundsätzlich ist sehr viel über die gesetzliche Unfallversicherung für Schüler abgedeckt“, weiß Karin Kunert. „Zum Beispiel auch, wenn sich Schüler in der Pause vom nahegelegenen Bäcker ihr Frühstück holen und dabei ein Schaden entstehen würde.“ Die persönliche Haftung des Lehrers scheidet ohnehin aus, weil gemäß Art. 34 GG, § 839 BGB der Staat an seiner Stelle eintritt.

Trotz aller „Grauzonen“ schaffte es Karin Kunert, den Lehrkräften eine gewisse Sicherheit zu vermitteln und gebräuchliche Redewendungen wie „auf Klassenfahrten mit einem Bein im Gefängnis stehen“ zu entschärfen, denn „es muss erst eine grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz nachgewiesen werden, wenn der Lehrer für etwas haften soll“.

Neue Doppelspitze im OV Cochem

In der Mitgliederversammlung des Ortsverbands Cochem am 20. Juli 2015, zu der die scheidende Ortsverbandsvorsitzende Roswitha Grimmen ins Gasthaus am Brunnen in Illerich eingeladen hatte, wurden Esther Mücke und Oliver Friderichs einstimmig als neue Vorsitzende des vlw-Ortsverbands Cochem gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte den neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte Ihnen bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude und einen guten Erfolg.

Roswitha Grimmer, die dem Ortsverband Cochem 15 Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für Ihre Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets eine verlässliche, kompetente und engagierte Ansprechpartnerin. Zudem war sie für drei Amtsperioden Mitglied im Vorstand des vlw-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, in dem sie u.a. die Interessen der Lehrkräfte für Bürowirtschaft engagiert vertrat. Für das langjährige Engagement im vlw dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des vlw-Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienst-rechtliche, bildungspolitische und verbandsinterne Themen, die die Kolleginnen und Kollegen zu einer angeregten Diskussion nutzten.

Oliver Friderichs, Esther Mücke

Die Mitgliederversammlung wurde in geselliger Runde mit einem gemeinsamen Abendessen beschlossen.

Kurt Flöck

Stabwechsel an der BBS SÜW

Abschied von Helmut Schweder unter der Devise „Aufbruch“ - Nachfolger Wolfgang Peters bereits ernannt

12 Jahre leitete er die einzige Schule im Landkreis, die den Namen des Schulträgers hat – die Berufsbildende Schule Südliche Weinstraße mit ihren Standorten, die zum Teil über 25 km auseinanderliegen – Dipl.Hdl Helmut Schweder aus Essingen, seines Zeichens Oberstudiendirektor, ab 1. August mit dem Zusatz i.R. (im Ruhestand).

Schweder, Engelhardt-Sigora, Wolfgang Peters

Im vollbesetzten Kurpfalzsaal –

der guten Stube der Stadt Edenkoben, wie es Bürgermeister Kastner in seinem Grußwort bezeichnete- fand die Verabschiedung des rührigen Schulleiters statt, die von vielen Gästen weniger als rührselig, vielmehr als kurzweilig und informativ empfunden wurde. Im Mittelpunkt stand dann auch die Entwicklung der Berufsbildenden Schule Südliche Weinstraße, die als einzige BBS steigende Schülerzahlen aufweisen kann. Nicht zuletzt ist dieser Umstand mit dem Leitbild der Schule begründet – von Schweder geprägt- „Die Region ist unsere Stärke, wir stärken die Region".

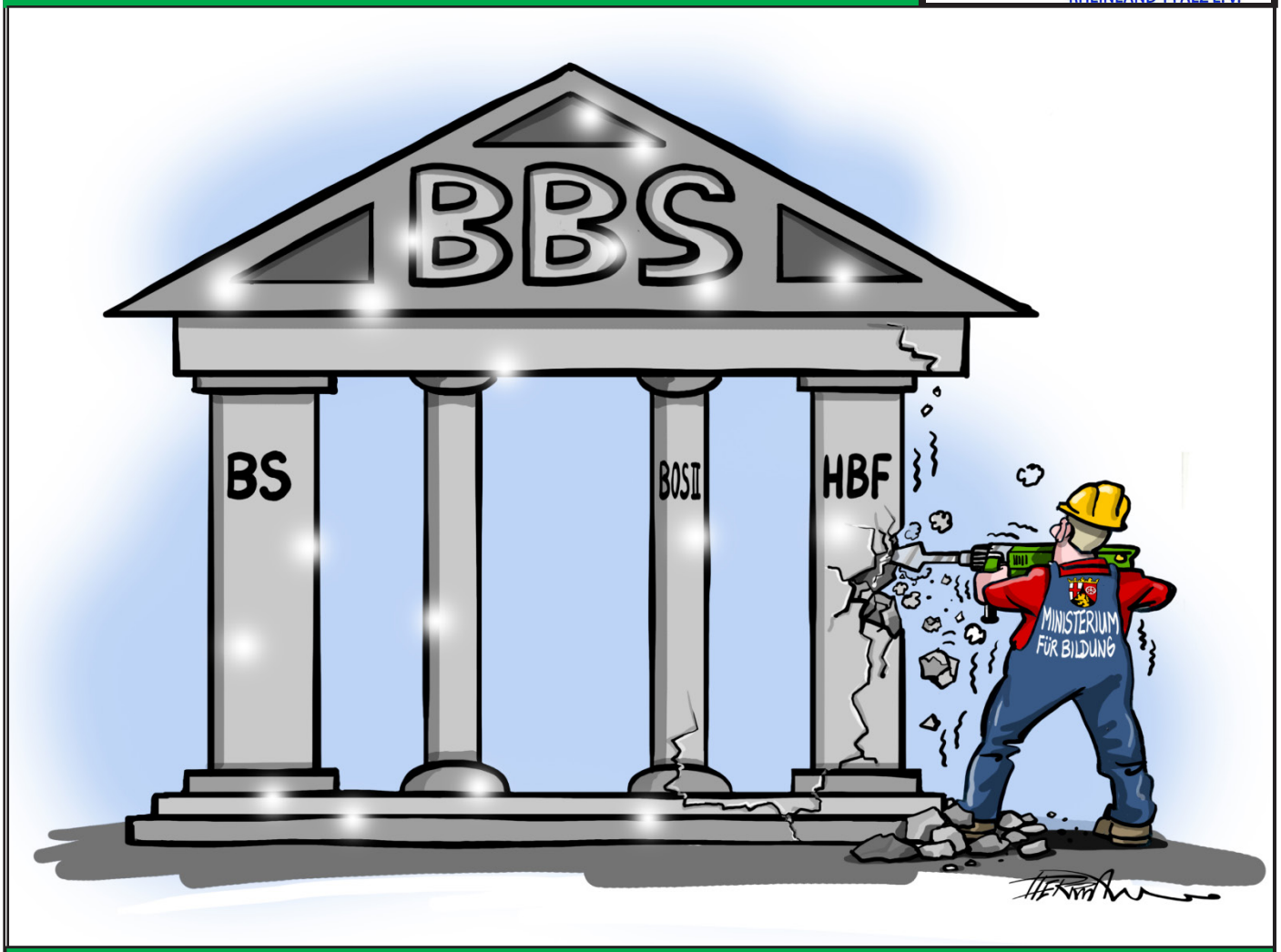
Christian Paulus, Schweder

Dies wird verdeutlicht mit den Köchen, die seit zwei Jahren in Edenkoben ausgebildet werden , sowie der Hotelfachschule und der Fachschule für Hotelmanagement. Dass spanische Auszubildende im Spezialunterricht ihre schulische Ausbildung in Edenkoben absolvieren und demnächst wahrscheinlich eine Klasse für Flüchtlinge, die beruflich qualifiziert werden, in Edenkoben unterrichtet werden, geht auch auf das Engagement von Schweder zurück, der sich nicht im Hinblick auf seinen Ruhestand genüsslich vorbereitete, sondern nach wie vor bis zum letzten Tag aktiv war.
Am Standort Annweiler schaffte er es mit einem engagiertem Kollegium die Schule für die Sozialberufe (u.a.Erzieher, Altenpfleger, usw,) die Höhere Berufsfachschule Sozialassistenz mit jährlich zwei Parallelklassen und die Fachschule für die Erzieherausbildung mit jährlich drei Parallelklassen in Vollzeit und Teilzeit zu etablieren.
Der profilgebende Faktor in Bad Bergzabern – der eigentliche Hauptsitz- ist die Technik und der IT-Bereich. Mit fast 550 Schülern kann sich die Kurstadt als größter Standort behaupten. Insgesamt leistet die BBS Südliche Weinstraße einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsmarkt in der Region und für die Berufschancen von jungen Leuten. Es sei gut, sagte Schweder, dass die BBS SÜW keine Großeinrichtung sei, die wie ein Ozeanriese träge dahingleite, schwer steuerbar sei und nur behäbig beschleunige . Vielmehr sind die drei Standorte dagegen wie wendige Schnellboote, die durch das Meer der Zeit gleiten, die Besatzungen motiviert und anpassungsfähig seien und sich so schnell auf neue Situationen einstellen könnten.
Beate Engelhardt-Sigora von der Ausichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) überreichte die Urkunde mit den Dankesworten der Ministerpräsidentin Malu Dreyer und informierte, dass ohne Unterbrechung der bisherige Stellvertreter Wolgang Peters ab 1. August zum Schulleiter ernannt wurde. Die Veranstaltung wurde musikalisch von der BBS Lehrerband umrahmt, verschiedene Beiträge ge-stalteten die Verabschiedung sehr kurzweilig. Beim anschließenden Imbiss zeigte sich, dass die gastronomischen Berufe nicht nur theoretisch , sondern auch praktisch hochqualifiziert sind. (lpa)

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.
Ausgabe 3/2017 November 2017

VLW VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Baustelle HBF: Der VLW bezieht Stellung

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS^{20} vorgestellt

Aus dem Bundesverband: Gemeinsame Erklärung von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung

Aus dem Landesverband: Personalrätefortbildungen

Nachrufe Günter Neumann und Georg Jooß

Aus den Bezirken: Fortbildung zur Wettbewerbspolitik

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Positionspapier des VLW zur Weiterentwicklung der HBF 3

Alter Wein in neuen Schläuchen? - Ergebnisse des Schulversuchs BS^{20} vorgestellt 4

Aus dem Bundesverband

Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK 5

Aus dem Landesverband

VLW-Personalrätefortbildungen 2017 in Welling und Weisenheim am Berg 6

Nachruf Günter Neumann 7

Nachruf Georg Jooß 7

Aus den Bezirksverbänden

Fortbildung des VLW-Bezirksverbandes Koblenz 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb.
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler, Hildchen 7, 56077 Koblenz,
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Alles neu macht der Mai“, heißt ein populäres Volkslied von Hermann Adam von Kamp aus dem 19. Jahrhundert. Bezogen auf unseren Verband stimmt das nur zum Teil. So haben die Personalratswahlen im Mai dieses Jahres keine Veränderung bei der Sitzverteilung in den beiden Stufenvertretungen BPR und HPR gebracht, lediglich eine personelle Veränderung gibt es: Da Michael Lutz mit Beginn des laufenden Schuljahres seinen wohlverdienten Ruhestand angetreten hat, bin ich jetzt an seiner Stelle Mitglied des Hauptpersonalrates. Für seine Arbeit im HPR und besonders für sein Wirken als Öffentlichkeitsreferent im VLW sei ihm an dieser Stelle noch einmal ganz offiziell herzlich gedankt. Meinen persönlichen Dank schließe ich an für seine großartige Unterstützung in der Phase des Übergangs, insbesondere für das halbe Jahr zwischen unserer Landesdelegiertenversammlung vor nunmehr einem Jahr und den PR-Wahlen, in dem er so getan hat, als hätte es gar keine Neubesetzung auf dieser Position gegeben. Lieber Michael, vielen Dank!

Heute halten Sie also die erste Ausgabe des „VLW kompakt“ unter neuer Regie in Ihren Händen. Die Ideen, die ich für dieses Medium habe, möchte ich Schritt für Schritt umsetzen – wobei diese Schritte zumindest teilweise auch von meinen Fortschritten im Umgang mit der Layout-Software abhängen – und für Ihre Kritik und für Ihre Anregungen bin ich dankbar.

In dieser Ausgabe haben wir die wichtigsten Ereignisse des vergangenen halben Jahres zusammengefasst, wobei leider auch zwei Sterbefälle verdienter VLW-Mitglieder zu beklagen sind. Die größte Baustelle für unsere Verbandsarbeit stellt momentan – wie aus dem Titelbild ersichtlich wird – die Höhere Berufsfachschule dar. Unsere größte Sorge ist, dass die an sich begrüßenswerte Reform als Deckmantel für ein Sparpaket herhalten muss. Der Druck, der durch den Entschluss der Landesregierung, im Bildungssektor 310 Stellen durch strukturelle Reformen einzusparen, auf dem Bildungsministerium lastet, ist deutlich spürbar. Auch der Abschlussbericht aus dem Schulversuch BS^{20} enthält Vorschläge, die die Alarmglocken zumindest leise erklingen lassen.

Wie Sie sehen, gibt es weiterhin viel zu tun für den VLW als Interessensvertreter aller Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen und damit auch gute Gründe für Ihre Mitgliedschaft im VLW. Und nun wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre des neuen „VLW kompakt“.

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Bildungspolitik: Positionspapier des VLW zur Weiterentwicklung der HBF

Der VLW begrüßt das Vorhaben, die HBF an veränderte gesellschaftliche und bildungspolitische Rahmenbedingungen anzupassen. Sparbemühungen unter dem Deckmantel der Reform lehnt der VLW hingegen vehement ab.

Die Reformpläne des Bildungsministeriums sehen vor, die Höhere Berufsfachschule als vollschulische Erstausbildung zu profilieren. Deshalb orientiert sich die neue Stundentafel an den Vorgaben der KMK-Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung zum staatlich geprüften Assistenten an Berufsfachschulen. Des Weiteren wird das Pflichtpraktikum deutlich ausgeweitet (im Regelfall verdoppelt) und mit 640 Unterrichtsstunden in der Stundentafel verankert. Der Erwerb der Fachhochschulreife soll weiterhin möglich sein, der entsprechende Unterricht soll allerdings nicht mehr zum Pflichtkanon gehören, sondern muss gegebenenfalls zusätzlich absolviert werden.

Dies führt zu einer massiven Reduktion des Unterrichts - vor allem in den allgemeinbildenden Fächern - für jene Schüler, die nicht am FHR-Unterricht teilnehmen, welche in der Regel die schwächeren Schüler sind. Damit werden diese HBF-Schüler gerade in den Fächern benachteiligt, die für den Erwerb der von den Ausbildungsbetrieben geforderten Kernkompetenzen „Lesen, Schreiben, Rechnen“ von Bedeutung sind. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine wesentliche Aufgabe der HBF darin besteht, gerade in diesen Kulturtechniken Defizite auszugleichen, die die Schüler von ihren bisherigen Bildungsgängen der Sekundarstufe I mitbringen.

Die Zahl der Fachrichtungen soll von derzeit 23 auf 9 plus x reduziert werden. Für den Bereich der Wirtschaft ist nur noch eine einzige Fachrichtung vorgesehen. Dies dient offensichtlich dem Ziel, in den Oberstufen Klassen zusammenlegen zu können und somit Lehrerstunden einzusparen. Für die Schüler entfällt damit die Möglichkeit, differenzierte Qualifikationen zu erwerben, und die hohe Unterrichtsqualität in tendenziell kleineren Oberstufenklassen wird dem Spardiktat geopfert. Der VLW lehnt dies ab und fordert, im Bereich der Wirtschaft mindestens zwei Fachrichtungen (z. B. Handel und Industrie) beizubehalten.

Der Sparcharakter der Reform zeigt sich auch darin, dass für das jetzt deutlich ausgedehnte Praktikum kein Lehrkräfteeinsatz vorgesehen ist. Und das, obwohl die Praktikumserfahrungen in die Berichtsarbeit einfließen sollen, die wiederum prüfungsrelevant sein soll. Die Schülerinnen und Schüler in der Praktikumsphase unbetreut zu lassen, wäre aus Sicht des Verbandes unverantwortlich. Der VLW fordert hier eine Gleichbehandlung der HBF mit der Fachoberschule, die im organisatorischen Verbund mit der Realschule plus geführt wird. Dort wird das Praktikum von Lehrkräften qualifiziert betreut, die dafür bis zu vier Anrechnungsstunden je Klasse erhalten.

Mit Beginn des laufenden Schuljahres hat an sechs rheinland-pfälzischen BBSn die Pilotierung der Reform begonnen. Die von uns geforderte Verschiebung dieser Pilotierung hat das Bildungsministerium ohne Begründung abgelehnt, unserer Forderung nach Verlängerung der Pilotphase auf zwei volle Schuljahre hat es hingegen entsprochen. Die dadurch gewonnene Zeit gilt es jetzt zu nutzen, um die Erfahrungen der Pilotschulen in die Reform der HBF mit einfließen zu lassen. Hier muss ehrlich reflektiert werden und Realitätssinn vor Wunschdenken stehen. Es darf nicht sein, dass Elemente, die sich in der Pilotphase nicht bewähren, am Schluss doch in der Verordnung auftauchen.

Die Höhere Berufsfachschule ist ein bewährter Bildungsgang unter dem Dach der BBS. Sie hat in der Vergangenheit Tausenden von Schülern, die bei Verlassen der Sekundarstufe I zwar einen Schulabschluss besaßen, aber noch keinen passenden Ausbildungsplatz finden konnten, den Bildungsaufstieg ermöglicht und den Einstieg in die Berufswelt erleichtert. Diese gesellschaftlich unschätzbar wertvolle Funktion macht die HBF in unserer Bildungslandschaft unverzichtbar. Deshalb fordert der VLW, dass die Reform nicht zu Sparzwecken missbraucht, sondern tatsächlich dazu genutzt wird, die HBF zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig aufzustellen.

Emmelshausen, 25.08.2017

Alter Wein in neuen Schläuchen?
Ergebnisse des Schulversuchs BS^{20} vorgestellt

15 000 Auszubildende weniger - mit innovativen Modellen die duale Ausbildung in der Fläche sichern

Im Rahmen einer Transfertagung wurden die Ergebnisse des zweijährigen Schulversuchs Berufsschule 2020 (BS^{20})[1)] vorgestellt und diskutiert.

Der aus vier Handlungsfeldern bestehende Schulversuch hatte - neben dem Ziel, die derzeitigen Berufsschulstandorte transparent zu machen – die Aufgabe, pädagogische, organisatorische und technische Möglichkeiten zu erproben, mit denen die duale Ausbildung in der Fläche erhalten werden kann. Die Ergebnisse sollen schließlich auch als Basis für künftige Standortentscheidungen dienen.

Hintergrund ist die stetig rückläufige Zahl der dualen Ausbildungsverhältnisse im Land Rheinland-Pfalz. Wurden im Jahr 2009 noch knapp 80 000 Ausbildungsverträge geschlossen, sind es im laufenden Jahr nur noch ca. 65 000. Unsere berufsbildenden Schulen bekommen dies deutlich zu spüren. Immer kleiner werdende Klassen sind zwar eine pädagogische Chance, erregen aber unsere Besorgnis bezüglich deren Zukunftsfähigkeit. Das Schließen der Klassen kann jedoch nicht die Lösung sein, denn dann ist die Chance auf Ausbildung insbesondere in den ländlichen Räumen womöglich für immer vertan.

Der VLW begrüßt deshalb ausdrücklich die strategische Zielsetzung des Landes, die berufsbildenden Schulen zu stärken und die Ausbildung in der Fläche zu erhalten.

Die vier Handlungsfelder

Die im **Handlungsfeld 1 (Standorttransparenz)** des Schulversuchs beschriebene systematische Erfassung der Berufsschulangebote des Landes und deren Darstellung im Schulatlas ist ein wichtiger Schritt hin zu Übersichtlichkeit und als Planungsgrundlage für künftige Standortentscheidungen.

Im **Handlungsfeld 2 (Curriculare Möglichkeiten)** ging es darum, die gemeinsame Beschulung unterschiedlicher Berufe zu eruieren. Hier zeigte sich, dass dies, wegen der regionalen Besonderheiten und der unterschiedlich verfügbaren Kompetenzen vor Ort, am besten schulindividuell gelingt.

Das **Handlungsfeld 3 (Schulversuch)** beschreibt die Durchführung von BS^{20}. Hierfür wurde den neun über das Land verteilten Modellschulen bewusst ein großer Gestaltungsfreiraum zur Entwicklung innovativer Lösungen zugestanden. Neben der Auflösung der bisherigen Klassen wurde die Einführung von „Globalklassen“ erprobt, in denen ein Lehrerteam eigenverantwortlich die Aufteilung in Lerngruppen vornimmt, den Unterricht organisiert und erteilt. Somit kann Unterrichtsausfall vermieden werden und gleichzeitig die Heterogenität von Berufsschülern durch differenzierte Angebote Berücksichtigung finden. Als weiteres bedeutendes Feld, auch in Verbindung zum selbstgesteuerten bzw. selbstorganisierten Lernen und zur individuellen Förderung, ist die Implementierung webbasierter Lernformen zu sehen, die ebenfalls von vielen Teilnehmerschulen erprobt wurde.

Beim **Handlungsfeld 4 (Standortgespräche)** wird die Notwendigkeit thematisiert, gegebenenfalls Verlagerungen von Ausbildungsangeboten an Nachbarschulen in regionaler Nähe vorzunehmen. Dies soll jeweils im Diskurs von Kammern, Schulaufsicht und Bildungsministerium entschieden werden.

Der VLW fordert angemessene Rahmenbedingungen

Der VLW sieht in dem Schulversuch durchaus einen Schritt in Richtung Zukunft. Die Ergebnisse zeigen jedoch deutlich, dass durch die neuen Organisationsformen die Komplexität der Aufgaben für die Schulleitungen und die Kolleginnen und Kollegen an unseren BBSn deutlich zunehmen wird. So wird sich die Präsenzzeit der in Teams organisierten Lehrkräfte zwangsläufig erhöhen. Die im Abschlussbericht beschriebene Erarbeitung von Lernangeboten für die Lernplattform Moodle liest sich, als ob die Lehrkräfte künftig ihre Schulbücher selbst schreiben müssten. Es gleicht einer Utopie zu glauben, dass sich dies mit den derzeitigen Rahmenbedingungen und noch dazu kostenneutral umsetzen

ließe. Allein die Bereitstellung der erforderlichen Hardware einschließlich eines funktionierenden Internetzugangs erfordert die Bereitschaft von Land und Schulträgern, deutlich mehr Geld für Bildung bereitzustellen.

Der VLW begrüßt es deshalb, dass für den kommenden Schulversuch das Thema „BBS 4.0“ angekündigt wurde. Die Notwendigkeit, im Bereich Digitalisierung und Industrie 4.0 den Anschluss zu halten, hat der VLW bereits an seinem Tag der kaufmännischen Schule am 20. März im Schloss Waldthausen betont (siehe dazu auch den Bericht in der SWR-Landesschau am 20. März).

Wir, die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen, sind bereit, die Veränderungen mit zu gestalten und fordern, dazu möglichst bald die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass wir zusätzlich zu den ohnehin schon starken Belastungen, einen solchen Veränderungsprozess ohne entsprechende Kompensation bewältigen können.

1) Ausführliche Hintergrundinformationen finden Sie im Abschlussbericht zum Schulversuch BS20, der auf dem Bildungsserver Rheinland-Pfalz als PDF-Datei heruntergeladen werden kann.

Karl-Heinz Fuß

Aus dem Bundesverband
Gemeinsames Positionspapier von VLW, BLBS und DIHK zur Digitalisierung

VLW Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V.

BLBS Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e. V.

DIHK

Berufsschulen von morgen benötigen 500 Millionen jährlich für Digitalisierung – DigitalPakt#D reicht nicht aus

Der Deutsche Industrie und Handelskammertag e.V. (DIHK) hat heute gemeinsam mit dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V. (VLW) und dem Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) ein Papier zur Stärkung der beruflichen Bildung und der Berufsschulen in Deutschland veröffentlicht. Es enthält Handlungsempfehlungen für die Politik in Bund und Ländern für die Ausbildung im ländlichen Raum, die Nachwuchskräftesicherung von Berufsschullehrern und die Modernisierung und Digitalisierung von Berufsschulen sowie die Stärkung der Dualen Ausbildung.

Der Investitionsbedarf für die Digitalisierung von Berufsschulen ist eine der zentralen Herausforderungen.

Durch den so genannten DigitalPakt#D soll die digitale Ausstattung aller Schulen finanzierten werden. Bislang haben Bund und Länder 5 Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre geplant. Mit schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro benötigen allein die Berufsschulen rund die Hälfte der Gelder, um sich für die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft in unserem digitalen Zeitalter zu rüsten.

Um eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen, ist eine Modernisierung der Ausstattung der Schulen mit zeitgemäßen Arbeitsmitteln auf technisch aktuellem Stand erforderlich. Dazu zählt neben der Bereitstellung mobiler Endgeräte und internetgestützten Lernplattformen auch der Ausbau des glasfaser-basierten Breitband-Internetzugangs. Berufsschulen müssen daher bei den Planungen von Bund und Ländern für den DigitalPakt#D einen besonderen Stellenwert erhalten.

Darüber hinaus müssen Bund, Länder und Kommunen ländliche Räume durch gute Infrastruktur und Ausbildung in der Region stärken. Um Fachkräfte in der Region zu halten, müssen Berufsschulstandorte und Berufsschulangebote vor Ort aufrechterhalten werden. Berufsbildende Schulen sollen in die Lage versetzt werden, über regionale Grenzen hinweg Kooperationen einzugehen, um in seltenen Berufen einen wohnort- und betriebsnahen Unterricht zu ermöglichen.

Eine wichtige Voraussetzung zur Sicherstellung der Ausbildung von ausreichend und gut qualifizierten Berufsschullehrern sind zukunftssichere Konzepte für leistungsfähige Berufsschulen in den Regionen. Das gilt vor allem für berufsqualifizierende Fächer und den gewerblich-technischen Bereich (Metall-, Elektro-, Fahrzeugtechnik, Informatik). Die Ausbildung durch ausgebildete Fachlehrer ist ein wichtiger Gradmesser für die Qualität des Unterrichts. Es gilt daher die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen und Anreize für den Beruf des Berufschullehrers zu

schaffen. Das gelingt zum Beispiel, in dem das Berufsbild des Berufsschullehrers Teil der Berufs- und Studienorientierung wird, finanzielle Anreize und ein attraktives Arbeitsumfeld mit einer modernen Ausstattung geschaffen werden und der Quereinstieg erleichtert wird.

Insgesamt gilt es, politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die duale Ausbildung stärken und die Attraktivität der beruflichen Bildung erhöhen. Wir brauchen Investitionen in eine attraktive Berufsschullandschaft, die sowohl für Berufsschüler als auch für Berufschullehrer interessant ist und sich am Bedarf der Wirtschaft orientiert.

Stefan Werth (Fachlehrer für Wirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Informationstechnische Systeme, Ludwig-Erhard-Berufskolleg des Kreises Paderborn und stellv. Bundesvorsitzender des VLW):

„Viele Schulen der beruflichen Bildung müssen modernisiert werden, da reicht es nicht, ein paar Leuchttürme mit überdurchschnittlich viel Geld aufzustellen, sondern alle Schulen sind flächendeckend nach ihrem Bedarf auszustatten. Bei allen technischen Debatten gibt das pädagogische Konzept die Richtung vor. In diesem Punkt scheint momentan noch der größte Bedarf zu liegen."

Eugen Straubinger (BLBS Bundesvorsitzender und Schulleiter der Philipp-Matthäus-Hahn Schule in Balingen):

„Das deutsche Berufsbildungssystem schafft individuelle Chancen und Lebensperspektiven. Daher freue ich mich, dass die Bundesregierung und die Kultusministerkonferenz die Attraktivität der beruflichen Bildung weiter stärken will und hoffe, dass zusammen mit den Bundesländern mehr in die sächliche und personelle Ausstattung der beruflichen Schulen investiert wird."

Dr. Achim Dercks (Stellv. Hauptgeschäftsführer DIHK): „Die duale Ausbildung kann nur stark sein, wenn die beiden Partner Unternehmen und Berufsschule stark sind. Wir brauchen darum eine gemeinsame Berufsschuloffensive von Bund und Ländern. Diese muss für eine moderne digitale Ausstattung, betriebsnahe Berufsschulstandorte und einen ausreichenden Nachwuchs an qualifizierten Berufsschullehrern [...]."

Aus dem Landesverband

VLW-Personalrätefortbildungen in Welling und Weisenheim am Berg

Welche Aufgaben und Pflichten habe ich als gewähltes Personalratsmitglied? Wie kommuniziere ich am erfolgreichsten mit der Schulleitung und wie gehe ich mit den vielfältigen Erwartungen aus dem Kollegium um? Dies sind nur einige Beispiele für die Fragestellungen, mit denen sich neu- und wiedergewählte Personalräte am 11. bzw. 12. September auf Einladung des VLW befasst haben.

Die Grundlagen des Personalvertretungsrechts in Rheinland-Pfalz waren jeweils das Tagesthema, das in den ansprechenden Tagungsräumen des Hotels Post in Welling und des Hotels Speeter in Weisenheim am Berg im Fokus stand. Unter der Leitung von Kurt Flöck und Andreas Seehaus (beide langjährige Mitglieder im BPR) wurden am Vormittag die gesetzlichen Regelungen zur Geschäftsführung ebenso beleuchtet wie die verschiedenen Formen der Beteiligungsrechte. Am Nachmittag referierte Karl-Heinz Fuß (seit 2001 im HPR) zu den Aufgaben der Stufenvertretung und den Regelungen zur Personalversammlung. Abgerundet wurde das Programm durch einen Vortrag von Dirk Mettler (neu gewähltes HPR-Mitglied) zum Entwurf der Neufassung der VV Mehrarbeit im Schuldienst.

Zwischendurch und im Anschluss gab es Gelegenheit, besondere aktuell anstehende Fragen zu diskutieren und zu klären. Am Ende des Tages bedankte sich das VLW-Team bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die aktive und diskussionsfreudige Beteiligung. Der VLW wünscht allen Personalrätinnen und -räten viel Freude und Erfolg in ihrem verantwortungsvollen Amt und steht als Ansprechpartner für Fragen gerne und jederzeit zur Verfügung.

Andreas Seehaus

Nachruf Günter Neumann
(† 30.05.2017)

Unser Ehrenmitglied und ehemaliger Kollege Günter Neumann ist am 30. Mai im Alter von 78 Jahren nach langer schwerer Krankheit gestorben. Wir verlieren mit ihm einen lgeschätzten Kollegen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat. Günter Neumann engagierte sich schon als junger Kollege für unseren Verband, zunächst viele Jahre als Ortsvorsitzender und ab 1983 als Mitglied im Beirat des Landesvorstands. Durch seine Erfahrung als Schulleiter der BBS II in Kaiserslautern aber auch in der Seminararbeit sowie durch seine vielfältigen Beziehungen zu Vertretern der Politik und der Wirtschaft war er dem Landesvorstand eine unschätzbare Hilfe. Nicht zuletzt leitete er fast ein Jahrzehnt die VLW-Landesdelegiertenversammlungen in souveräner Art und Weise.

Aufgrund seiner Verdienste wurde Günter Neumann im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Am 8. Juni 2017 wurde Günter Neumann in seinem Heimatort Mehlingen, bei Kaiserslautern, würdevoll bestattet. Wir trauern

mit seiner lieben Frau und seiner Familie und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Nachruf Georg Jooß
(† 27.10.2017)

Der VLW Rheinland-Pfalz trauert um seinen ehemaligen Landesvorsitzenden Georg Jooß, der am 27. Oktober, kurz nach seinem 71. Geburtstag nach schwerer Krankheit von uns gegangen ist.

Während seines gesamten Berufslebens war Georg Jooß eng mit dem VLW verbunden. Bereits im Alter von 33 Jahren wurde er Mitglied im Landesvorstand, zunächst als Vorsitzender des Bezirksverbandes Pfalz. Doch das war nur der Anfang. 5 Jahre später wurde Georg zum stellv. Landesvorsitzenden gewählt und hat die damaligen Landesvorsitzenden Helga Giebson und Klaus Flörchinger(†) tatkräftig unterstützt. Dabei machte er auch vor der Landesgrenze nicht Halt, sondern engagierte sich in den 90er Jahren sehr aktiv im geschäftsführenden Vorstand des VLW-Bundesverbandes, wo er von 1992 bis 1998 den Vorsitz des Ausschusses für Lehrerbildung innehatte. Mit Leidenschaft, fachlicher Kompetenz und einer tiefen Überzeugungskraft half er in dieser Zeit, die Verbandsstrukturen in den Neuen Bundesländern aufzubauen. Zeitgleich vertrat er den VLW im Hauptpersonalrat der berufsbildenden Schulen im Bildungsministerium in Mainz. Mit Blick auf dieses umfangreiche Engagement und die erlangte Sachkenntnis verwundert es wenig, dass Georg Jooß im Jahr 1997 von den Delegierten zum Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz gewählt wurde. Es waren vor allem seine persönlichen Stärken, die ihn für das Amt auszeichneten. Es fiel ihm nicht schwer vor einem großen Publikum ad hoc eine Rede zu halten. In Verhandlungen mit Politikern und Referenten von Ministerium und ADD gelang es ihm immer wieder, Lösungen und Kompromisslinien aufzuzeigen. Wenn Entscheidungen von strategischer Bedeutung getroffen werden mussten, hatte er die Auswirkungen im Blick und konnte von seinem erheblichen Erfahrungsschatz schöpfen. Er machte deshalb nicht nur im Verband, sondern auch an der Schule Karriere. So gab er im Jahr 2003 das Amt des VLW-Landesvorsitzenden an Karl-Heinz Fuß weiter, nachdem er zum Leiter der Berufsbildenden Schule Wirtschaft I in Ludwigshafen ernannt wurde. Dennoch stand er dem VLW-Landesvorstand weiterhin als kooptiertes beratendes Mitglied zur Seite. Erst nach seiner Pensionierung im Jahr 2012 wurde Georg Jooß, nach sage und schreibe 33 Jahren, feierlich aus dem Landesvorstand verabschiedet. Gleichzeitig wurde er zum Ehrenmitglied des VLW ernannt.

Am 3. November 2017 wurde Georg Jooß in seinem Heimatort Limburgerhof, bei Ludwigshafen, würdevoll bestattet. Wir trauern mit seiner lieben Frau und seinen Kindern und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wettbewerbspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Wie funktioniert Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft? Zu dieser Fragestellung lud der VLW-Bezirksverband Koblenz interessierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Fortbildungsveranstaltung am 27. April 2017 ins Food-Hotel in Neuwied ein.

Wettbewerbsrechtliche Fragestellungen sind fester Bestandteil der Lernfelder bzw. Lernbereiche in kaufmännischen Bildungsgängen. Vor diesem Hintergrund setzten sich 21 Kolleginnen und Kollegen von verschiedenen Berufsbildenen Schulen im Rahmen der Veranstaltung mit klassischen Themen wie Kartellrecht, Fusionen-Fusionskontrolle-Missbrauchsaufsicht, Grundzügen des europäischen Wettbewerbsrechts sowie der Struktur und den Aufgabengebieten des Bundeskartellamts auseinander.

Hierbei vermittelte Referent Michael Detering den aktuellen fachlichen Sachstand, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf praktischen Fällen aus dem Aufgabenbereich des Bundeskartellamts lag. Herr Detering ist derzeit als stellvertretender Pressespecher des Bundeskartellamts tätig. Zuvor arbeitete er als Ökonom in einer der Beschlussabteilungen des Amtes.

Anhand vielfältiger Beispiele wurden Einschränkungen des Wettbewerbs durch Kartelle sowie Maßnahmen des Bundeskartellamts zur Sicherung des Wettbewerbs als Säule der sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt. In einem weiteren zentralen Thema veranschaulichte Herr Detering Fragen zur Fusionskontrolle und Missbrauchsaufsicht anhand konkreter Fälle. Unter anderem wurden der Ablauf eines Fusionskontrollverfahrens, die Abgrenzung des relevanten Marktes, die wirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen Fusion, die Formen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung sowie die Ministererlaubnis an praktischen Beispielen erläutert. Hieraus ergaben sich viele interessante Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die im Dialog mit dem Referenten eine Klärung fanden.

Abschließend stellte Herr Detering beispielhaft einige Unterrichtsmaterialien vor, die auf der Homepage des Bundeskartellamts zum Download zur Verfügung stehen.

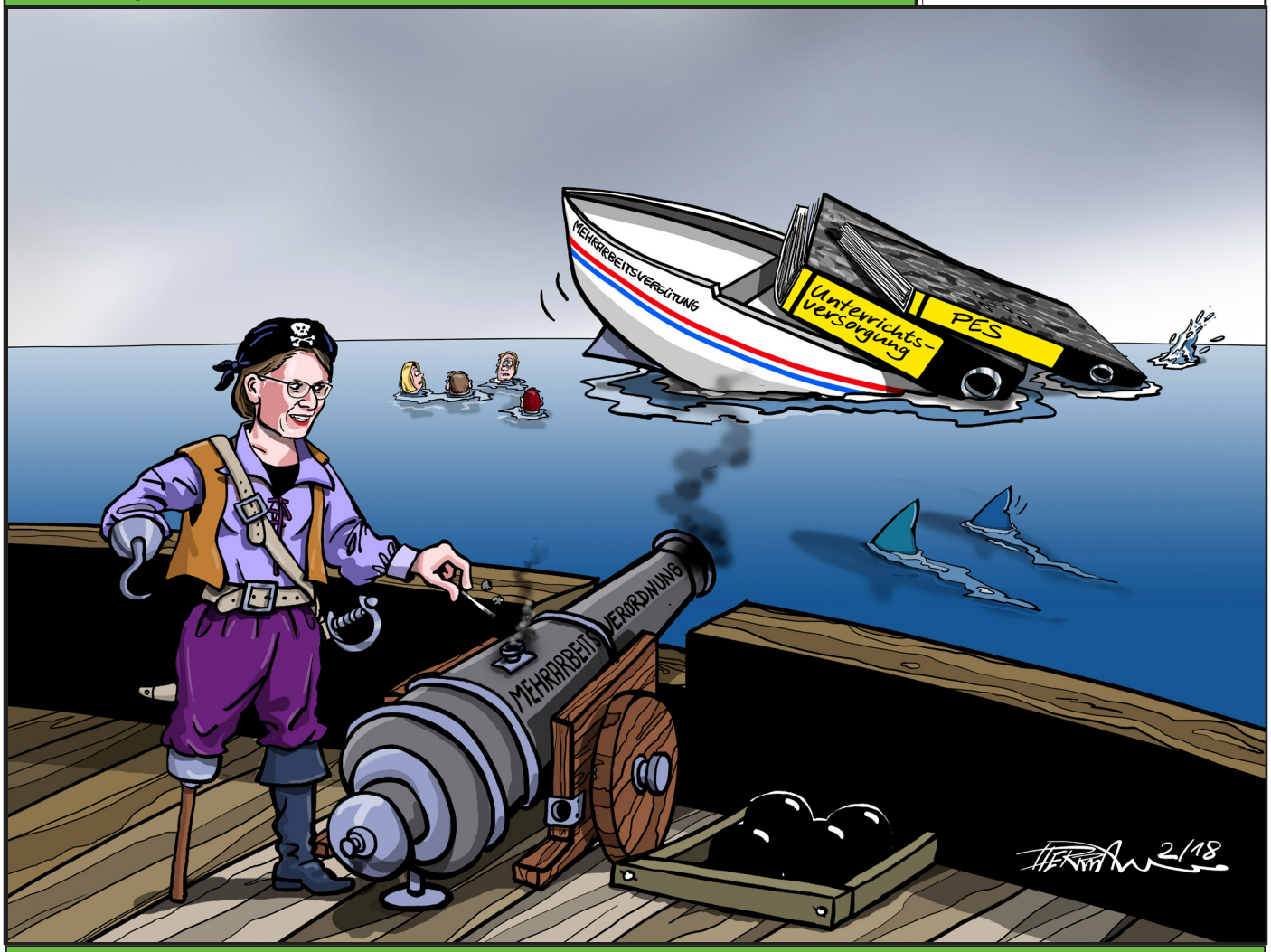
Die Fortbildungsveranstaltung fand bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine sehr positive Resonanz. Insbesondere die fachliche Leistung des Referenten und der Praxisbezug wurden lobend erwähnt. Auch verstand es Herr Detering, die Themen in einer interessanten Art und Weise zu präsentieren. Anklang fanden auch die angenehmen Rahmenbedingungen der Tagungsstätte.

Kurt Flöck

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.
Ausgabe 1/2018 März 2018

VLW VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Neue Verwaltungsvorschrift zur Mehrarbeit: Treffer versenkt!

Aus dem Bundesverband:
Verschmelzung mit dem BLBS steht unmittelbar bevor

Aus dem Landesverband:
Gespräche mit Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen

Aus den Bezirken: Neue Vorsitzende in Rheinhessen

Aus den Ortsverbänden: Neue Vorsitzende in Worms und Boppard

INHALTSVERZEICHNIS

Dienstrecht

Neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit“ 3

Bildungspolitik

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern 3

Aus dem Bundesverband

Verschmelzung der bundesweiten Dachverbände steht unmittelbar bevor 6

Aus dem Landesverband

Der VLW informierte zur Altersteilzeit für Lehrkräfte 7

Aus den Bezirksverbänden

Neue Vorsitzende in Rheinhessen 7

Aus den Ortsverbänden

Staffelholz-Übergabe an der BBS Wirtschaft Worms 8

Neuer Ortsvorsitzender in Boppard 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler, Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir geben es zu: Die Karikatur auf der Titelseite ist in der Fastnachtszeit entstanden, und da ist es sicher erlaubt, die Ministerin als Piratin darzustellen, mit allem was dazugehört. Leider ist der Hintergrund dieser Karikatur alles andere als spaßig, bringt die neue Verwaltungsvorschrift (VV) „Mehrarbeit“ doch einige Verschlechterungen für uns Lehrkräfte mit sich, weshalb der VLW diese neue VV auch ablehnt. Dieses Votum haben Karl-Heinz Fuß und ich auch in den Hauptpersonalrat getragen, wo die Mitbestimmungsvorlage ebenfalls keinen Stich machen konnte. Da die HPRe der anderen Schularten dies genauso sahen, gab es zu Beginn des Jahres gleich mehrere so genannte Einigungsstellen, bei denen die HPRe leider unterlagen, da sich die Vorsitzende Richterin (aus dem Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit) bei der entscheidenden Abstimmung auf die Seite des Ministeriums schlug. Deshalb gehen wir davon aus, dass die neue VV mit Beginn des neuen Schuljahres in Kraft treten wird.

Bei unserer letztjährigen „Parteienrunde“ stießen wir mit unseren Anliegen weitgehend auf offene Ohren, was uns gelegentlich überrascht und deshalb umso mehr erfreut hat. Allerdings stimmt es auch traurig, wenn eine langjährige Regierungspartei auf die Forderung nach Anpassung der Anwendungsbetreuung an die Realität nur auf Finanzmittel vom Bund und die Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots hofft. Es wäre schön, wenn sich die der Bildung in Sonntagsreden immer wieder zugesprochene Bedeutung endlich auch mal im Haushaltsplan wiederfände. Es ist schließlich alles eine Frage der Prioritäten!

In Berlin wächst wieder einmal zusammen, was zusammen gehört. Unser Dachverband, der VLW-Bundesverband schließt sich mit dem BLBS zu einem neuen Verband, dem Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) zusammen. Bei der Verschmelzungsversammlung im April wird der VLW Rheinland-Pfalz mit vier Delegierten vertreten sein, ebenso der vlbs.

Es ist erfreulich zu sehen, dass sich immer wieder junge Kolleginnen und Kollegen finden, die bereit sind, sich für unseren Verband zu engagieren. Im Bezirksverband Rheinhessen schwingt jetzt eine Frau das Zepter: Birgit Winkelhaus tritt die Nachfolge von Bertie Thalacker an und nimmt damit auch seinen Platz im Landesvorstand ein. Wir heißen sie herzlich willkommen! Bei Bertie Thalacker bedanken wir uns für sein engagiertes Mitwirken, seine konstruktiv-kritischen Einwände und seine humorvollen Beiträge im Landesvorstand. Ebensolcher Dank gilt den bisherigen Ortsvorsitzenden von Worms und Boppard, Jürgen Hatzfeld und Robert Kirch. Ihren Nachfolgern, Thorsten Weber und Daniel Göbel, wünschen wir viel Freude und Erfolg in ihren neuen Ämtern!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Treffer versenkt - Neue Verwaltungsvorschrift Mehrarbeit torpediert Unterrichtsversorgung

Wahrscheinlich zum Beginn des nächsten Schuljahres wird die neue Verwaltungsvorschrift (VV) Mehrarbeit in Kraft treten, die mit einigen Verschlechterungen gegenüber der bisherigen Situation einhergeht.

So wird geleistete Mehrarbeit erst dann vergütet, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres durch Dienstbefreiung ausgeglichen werden kann. Wer also Mehrarbeit über den so genannten „Schwellenwert" (Näheres dazu siehe unten!) leistet, muss zukünftig ein ganzes Jahr auf die Vergütung warten - wenn er sie denn überhaupt bekommt. In den weitaus meisten Fällen dürfte es wohl so sein, dass der Ausgleich durch ausfallende Stunden am Schuljahresende kompensiert wird. Bislang war es vielerorts üblich, die aufgrund des kurz- bis mittelfristigen Ausfalls einer Lehrkraft geleisteten Vertretungsstunden aus Mitteln des PES-Budgets zu entlohnen. Wenn man aber zukünftig ein Jahr lang darauf warten muss und überdies Gefahr läuft, dass die geleistete Mehrarbeit durch sowieso anfallende Ausfallstunden ausgeglichen wird, verliert diese unbürokratische Praxis jeden Anreiz. Das bleibt sicher nicht ohne Auswirkung auf die Bereitschaft, solche Vertretungen zu übernehmen. Im Ergebnis steht zu erwarten, dass mehr Unterricht ausfallen wird.

Der neu eingeführte Begriff „Schwellenwert" nimmt Bezug auf eine Vorschrift im Landesbeamtengesetz. § 73 Abs. 2 LBG sieht vor, dass Beamtinnen und Beamte beim Vorliegen zwingender dienstlicher Erfordernisse innerhalb eines Monats bis zu einem Achtel ihrer wöchentlichen Arbeitszeit als unentgeltliche Mehrarbeit leisten müssen. Wird dieses Maß überschritten, so ist die gesamte geleistete Mehrarbeit dieses Monats nach Möglichkeit durch Dienstbefreiung auszugleichen und andernfalls zu vergüten.

Wichtig zu wissen ist, dass Ausfallstunden nur solche Freistunden sind, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Wer also beispielsweise wegen Niederkunft der Ehefrau (§ 31 Abs. 3 Nr. 1 UrlVO) oder zu gewerkschaftlichen Zwecken (§ 25 UrlVO) beurlaubt ist, muss sich diese Zeiten nicht auf seine Mehrarbeit anrechnen lassen. Ebenfalls nicht als Ausgleich zählen Freistunden, während derer nach Anordnung durch die Schulleitung dienstliche Aufgaben wahrgenommen werden. Dazu zählt ausdrücklich auch die Mitwirkung in einem Prüfungsausschuss der Kammern!

Sauer aufstoßen wird vielen verdienten Kolleginnen und Kollegen die Anhebung der Altersgrenze, ab der Mehrarbeit nur mit dem Einverständnis des Betroffenen angeordnet werden darf. Darauf muss man künftig bis zum Beginn des Schuljahres warten, in welchem man sein 56. Lebensjahr vollendet.

Nach wie vor gilt, dass Mehrarbeit nur in Ausnahmefällen angeordnet werden darf. An vielen Schulen und für viele betroffene Kolleginnen und Kollegen ist diese Ausnahme aber immer mehr zur Regel geworden. Der VLW kritisiert, dass auf diese Weise die Unterrichtsversorgung schöngerechnet wird. Dies geschieht faktisch auf dem Rücken der Lehrkräfte und trägt sicher nicht zur Qualitätssteigerung des Unterrichts bei.

Nicht verschwiegen werden sollen natürlich auch die Verbesserungen: Die neue VV stellt klar, dass der Schwellenwert, bis zu dem Mehrarbeit zum Nulltarif geleistet werden muss (3 Unterrichtsstunden je Kalendermonat) für teilzeitbeschäftigte Beamte nur anteilig gilt. Wer zum Beispiel mit halber Stelle unterwegs ist, für den beträgt der Schwellenwert 1,5 Unterrichtsstunden, der bereits durch die zweite Mehrarbeitsstunde im Kalendermonat überschritten wird. Das ist zwar nicht neu, wurde aber häufig übersehen, da entsprechende Regelungen bislang nur im Landesbeamtengesetz zu finden waren.

Ebenso gilt weiterhin die VV „Unterrichtsorganisation in der Berufsschule für die Zeit der Ausbildungsabschlußprüfungen" vom 11.12.1992. Aus ihr geht klar hervor, dass Ausfallstunden, die durch die vorzeitige Entlassung der Abschlussklassen (sechs Wochen vor Beginn der Sommerferien bzw. am 1. Dezember) entstehen, für die Lehrkräfte, die an den Abschlussprüfungen mitwirken (Korrektur der schriftlichen Arbeiten, Teilnahme an den mündlichen und praktischen Prüfungen), als Ausgleich für eben diese Tätigkeiten anzusehen ist. Deshalb können auch diese Ausfallstunden nicht als Ausgleich für geleistete Mehrarbeit herangezogen werden.

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern

In Gesprächen mit Bildungspolitikern des Landtags betonten die Vertreter des VLW die Bedeutung der berufsbildenden Schulen im Land.

Eine nachhaltige Fachkräftesicherung lässt sich nur mit früh ansetzender beruflicher Bildung realisieren. Dazu sind die berufsbildenden Schulen in unserem Land die kompetenten Partner. Neben der Berufsschule, die in dualer Partnerschaft mit den Ausbildungsbetrieben die international anerkannte Berufsausbildung möglich macht, ist es die Vielzahl von schulischen Vollzeitbildungsgängen, die unsere berufsbildenden Schulen zu dem machen, was sie sind. Nämlich zu einer Bildungsinstitution, welche auf allen Ebenen die Durchlässigkeit des schulischen Bildungssystems zur Realität werden lässt. Beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, über die Berufsfachschulen, die höheren Berufsfachschulen, die Berufsoberschulen, das berufliche Gymnasium und die vielen Fachschulen wird an berufsbildenden

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern (Forts.)

Schulen eine große Vielfalt an berufsqualifizierenden Bildungsgängen angeboten. Diese bieten für jeden Abschluss einen Anschluss und stellen einen erheblichen Wert für unsere Volkswirtschaft dar. Die zentrale und über die meisten Bundesländer hinweg angewandte Prüfung zum Abschluss der Berufsschule sichert die Einhaltung des hohen Qualitätsstandards. Dieser Anspruch findet selbstverständlich auch in den Wahlschulbildungsgängen Anwendung und wird durch die überwiegend berufsbezogen qualifizierten Kolleginnen und Kollegen gewährleistet.

Der VLW warnt davor, dieses erfolgreiche System durch Sparmaßnahmen zu gefährden, deren Folgen nicht absehbar sind. Aktuell ist dies insbesondere bei der Reform der höheren Berufsfachschule zu befürchten, deren Ausgestaltung durch die Sparvorgaben die eigentliche notwendige Förderung der Schülerinnen und Schüler in Frage stellt. Die Reform der Höheren Berufsfachschule muss nach Auffassung des VLW dringend dazu genutzt werden, diesen Bildungsgang zukunftsfähig zu gestalten. Ein wesentlicher Baustein dazu wäre die Anerkennung des Assistentenabschlusses als Teil der dualen Ausbildung in affinen Berufen. Im Hinblick auf die Fachkräftesicherung könnte dies dazu beitragen, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen.

Mitglieder des Landesvorstands (v. l. n. r.) Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld und Karl-Heinz Fuß im Gespräch mit den CDU-Bildungspolitikern Anke Beilstein MdL und Guido Ernst MdL

Mit Blick auf die beruflichen Gymnasien kritisiert der VLW die Vielzahl an aufwachsenden IGS-Oberstufen. Hier werden unnötig viele Sek-II-Schulplätze geschaffen, die zueinander in Konkurrenz stehen. Dabei haben die beruflichen Gymnasien den Nachteil, dass sie ihre Schülerinnen und Schüler von den abgebenden Schulen abholen müssen, während diese an den IGSn einfach in ihrem vertrauten System bleiben. Der VLW fordert, allen Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe und deren Eltern eine objektive und faire Schullaufbahnberatung zukommen zu lassen. Denn schließlich bieten die beruflichen Gymnasien eine ideale Vorbereitung auf eine anschließende duale Berufsausbildung oder ein Studium.

Diskussion in gemütlicher Runde: Helga Lerch MdL (FDP, 2. v. l.)) hatte die Vertreter des VLW (v. l. n. r.) Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus, Jürgen Hatzfeld und Dirk Mettler in ihr Wahlkreisbüro in Ingelheim eingeladen.

Mit Blick auf die Zukunft der beruflichen Bildung wies der VLW in den Gesprächen darauf hin, dass künftig auch im kaufmännischen Bereich Nachwuchsprobleme bei den Lehrkräften zu befürchten sind. Die Zahl der Studierenden im Fachbereich Wirtschaftspädagogik und die Zahl der Lehramtsanwärterinnen und -anwärter mit dem Fach Wirtschaft ist gegenüber früheren Jahren deutlich gesunken. Gleichzeitig gehen in den nächsten 10 Jahren viele Kolleginnen und Kollegen aus diesem Fachbereich in den Ruhestand. Hier ist es dringend geboten Anreize zu schaffen und das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiver zu gestalten. Dazu gehören die zeitgemäße Ausstattung unserer Schulen und die Stärkung der pädagogischen Unterstützungssysteme (z.B. Schulsozialarbeit und fachliche Fortbildungen).

Um der zunehmenden Bedeutung der digitalen Medien im Unterricht gerecht zu werden, müssen verstärkt Ressourcen in die System- und Anwendungsbetreuung fließen. Der dafür zur Verfügung stehende Satz des Landes bezieht sich auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler und ist bei weitem nicht mehr hinreichend. Kein Wunder, denn er stammt aus einer Zeit, als unsere Schulen lediglich über einen Bruchteil an digitalen Geräten verfügten.

Inzwischen ist die Zahl der PCs und der elektronischen Tafeln deutlich gestiegen und weitere werden benötigt. Daran müssen dringend auch die Mittel für die technische Betreuung angepasst werden.

Breite Zustimmung bei der CDU

Bei den Vertretern der CDU-Landtagsfraktion, der bildungspolitischen Sprecherin Anke Beilstein und dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses Guido Ernst, rannten die VLW-Vertreter mit ihren Forderungen offene Türen ein. Die CDU-Politiker sagten in allen Punkten ihre Unterstützung zu.

Der VLW nutzte das Gespräch auch, um auf die Bedeutung der Personalratsarbeit an unseren Schulen aufmerksam zu machen. In Folge des Rechnungshofberichtes hatte die CDU-Fraktion eine kleine Anfrage zu den gewährten Freistellungsstunden für Personalräte gestellt. Eine Beschränkung der Anrechnungsstunden würde aus Sicht des VLW jedoch zu massiven Einschränkungen bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben aus dem Landespersonalvertretungsgesetz führen. Davor warnt der VLW ausdrücklich und stieß auch damit auf Verständnis bei den Bildungspolitikern der CDU. Beide Gesprächsparteien sind sich einig, den konstruktiven Dialog weiterhin zu pflegen.

Das Gespräch mit Bettina Brück MdL (SPD, m.) führten (v. l. n. r.): Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Kurt Flöck und Jürgen Hatzfeld.

Verständnis bei der FDP

Auch bei der bildungspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Helga Lerch, stießen die VLW-Vertreter auf großes Verständnis für ihre vorgebrachten Anliegen. Insbesondere teilte Frau Lerch die Meinung des VLW, dass die zunehmende Akademisierung mit Sorge zu betrachten sei. Schon jetzt ist die Zahl der Studienabbrecher erschreckend hoch, was belegt, dass junge Menschen mit der Aufnahme eines Studiums nicht immer gut beraten sind. Frau Lerch bedauerte ebenfalls, dass viele Eltern ihre Kinder möglichst lange im allgemeinbildenden System beschulen lassen wollen, was häufig dazu führt, dass die jungen Menschen erst spät im aktiven Berufsleben Fuß fassen.

Die Grünen-Politiker Daniel Köbler MdL (l.) und Jutta Blatzheim-Roegler MdL (2. v. r.) standen den VLW-Vertrtern Kurt Flöck (2. v. l.) und Karl-Heinz Fuß (r.) Rede und Antwort.

SPD sieht den Bund in der Pflicht

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Bettina Brück betrachtet die Situation der Schulen des Landes, was die Voraussetzungen für die Teilhabe am Lernen mit modernen Medien betrifft, als virulent. So brauche jede Schule dringend einen Breitbandanschluss, damit der Zugang zum Internet und den Lernplattformen gewährleistet sei. Auf die mangelnde Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung angesprochen, betonte Frau Brück, dass ihre Partei die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern fordere, um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten. Zudem sei abzuwarten, was aus den versprochenen Mitteln des Bundesbildungsministeriums werde.

Frau Brück versicherte, dass bei der Genehmigung von Fachoberschulen und IGS-Oberstufen auch jeweils die Konkurrenzsituation in den Blick genommen werde. Allerdings konnten die VLW-Vertreter belegen, dass die Anmeldezahlen an benachbarten beruflichen Gymnasien nach Start einer IGS-Oberstufe rückläufig waren. Ein Zustand, der sich zwischenzeitlich wieder nivelliert hat, jedoch besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Auf die Umstellung auf die generalisierte Pflegeausbildung angesprochen, sicherte

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern (Forts.)

Frau Brück zu, darauf zu achten, dass die Pflegeausbildung in staatlicher Hand bleibe.

Grüne erkennen die Bedeutung der Berufsbildenden Schulen

Auch im Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, Jutta Blatzheim-Roegler, und deren Sprecher für Bildung, Daniel Köbler, diskutierten die Vertreter des VLW die Bedeutung und die aktuellen Belange der berufsbildenden Schulen.

Auf die Konkurrenzsituation angesprochen, die durch die Vielzahl an neu genehmigten IGS-Oberstufen für die beruflichen Gymnasien entstanden ist, erläuterten die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen ihre Sicht der Bedeutung einer Gemeinschaftsschule für alle und erkannten dabei an, dass die Berufsschule die Gemeinschaftsschule schlechthin darstellt, in der Studienabbrecher gemeinsam mit Realschul- und Gymnasialabgängern unterrichtet werden.

Die VLW-Vertreter machten deutlich, dass das erfolgreiche und internationale System der dualen Berufsausbildung von schulischer Seite nur in Verbindung mit den beruflichen Vollzeitbildungsgängen aufrechterhalten werden kann. Lehrkräfte mit Berufserfahrung und deren Nähe zu den ausbildenden Betrieben stellen sicher, dass die berufsbildenden Schulen den Erfordernissen der ausbildenden Wirtschaft gerecht werden können. Vor diesem Hintergrund warb der VLW um Unterstützung beim Verbleib der Pflege-Ausbildung an den staatlichen Schulen. Die Umstellung zur generalisierten Pflege-Ausbildung sollte nicht dazu führen, dass diese in private Trägerschaften übergehen.

Die Vertreter von Bündnis90/Die Grünen und die des VLW vereinbarten, im konstruktiven Kontakt zu bleiben.

Aus dem Bundesverband: Verschmelzung der bundesweiten Dachverbände VLW und BLBS steht unmittelbar bevor

Es tut sich was im Bereich der großen Lehrerverbände, wenn auch – zunächst – nur auf Bundesebene. Die gewerkschaftliche Interessensvertretung der Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen sowie die fachverbandliche Lobbyarbeit für die berufliche Bildung werden auf Bundesebene zukünftig von einem gemeinsamen Verband, dem „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB)“ wahrgenommen.

Zur Erklärung: In Rheinland-Pfalz existieren zwei Verbände für Berufsschullehrkräfte, unser VLW mit seinem Schwerpunkt im kaufmännischen Bereich und der uns freundschaftlich verbundene vlbs mit seinem gewerblich-technischen Schwerpunkt. Genauso verhält es sich auch in anderen Bundesländern, wie z. B. in unseren beiden Nachbarländern Nordrhein-Westfalen und Saarland. In den meisten Bundesländern, so z. B. in Baden-Württemberg, gibt es seit der erfolgreichen Verschmelzung der verschiedenen Verbände nur noch jeweils einen gemeinsamen Verband.

Auf Bundesebene bestehen bislang auch noch zwei Dachverbände, die sich über Jahre hinweg angenähert haben. Die beiden gemeinsam ausgerichteten Führungskräftekongresse in den Jahren 2015 und 2016 haben deutlich gemacht, dass die Zeit reif ist für den nun bevorstehenden Schritt des Zusammengehens. Am 11. April soll es soweit sein. Dann treffen sich 131 Delegierte der bisherigen Bundesverbände, um den neuen Verband aus der Taufe zu heben.

Den meisten Mitgliedern dürfte der – noch existente – VLW-Bundesverband nur durch die Zeitschrift „Wirtschaft und Erziehung“, vertraut sein, die mit der im April erscheinenden Ausgabe 2/2018 eingestellt wird. An ihre Stelle wird eine neue Zeitschrift (Bildung und Beruf) treten, die – wie gewohnt – nicht nur aus dem Verbandsleben und über alles, was sich im Bereich der beruflichen Bildung tut, berichten wird, sondern darüber hinaus auch wissenschaftliche Beiträge aus dem Bereich der Berufs- und Wirtschaftspädagogik enthalten wird. Es ändert sich also nicht viel, außer dass das Spektrum – entsprechend der Breite des neuen Verbandes – etwas weiter gestreut sein wird.

Der VLW Rheinland-Pfalz begrüßt die Verschmelzung der beiden Dachverbände zum neuen BvLB ausdrücklich. Die berufliche Bildung, die meistens wie das Stiefkind der Bildungspolitik behandelt wird, braucht eine starke Lobby. Es wird höchste Zeit, dass die berufliche Bildung stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt wird. Die Aufmerksamkeit, die uns Medien und Politik derzeit zukommen lassen, entspricht nicht in Ansätzen der Bedeutung, die die berufliche Bildung für unsere Gesellschaft hat. Dass Dr. Susanne Eisenmann (KMK-Präsidentin in 2017) die berufliche Bildung in den Mittelpunkt ihrer Präsidentschaft gestellt hat, ist natürlich ausgesprochen lobenswert. Es kann aber nur der Anfang sein! Kein Bildungspolitiker und auch kein selbst ernannter Bildungsexperte darf es sich mehr leisten können, über die berufliche Bildung einfach so hinwegzusehen. Dafür braucht es eine starke Interessensvertretung, dafür braucht es den BvLB, dem wir einen guten Start und viel Erfolg in seinem Wirken für die berufliche Bildung wünschen!

Aus dem Landesverband: Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

Der VLW informierte zur Altersteilzeit für Lehrkräfte

Welche verschiedenen Modelle gibt es? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Und vor allem: Wie wirkt sich die Altersteilzeit auf die Besoldung und die Pension aus? Dies sind nur einige Beispiele für Fragen, die sich unsere Kolleginnen und Kollegen stellen, wenn es um die Altersteilzeit geht.

Nach wie vor ist die Altersteilzeit eine beliebte Möglichkeit, vorzeitig aus dem aktiven Dienst zu scheiden bzw. eine deutliche Entlastung während der letzten Dienstjahre zu erhalten. Durch den Altersteilzeitzuschlag wird diese Möglichkeit finanziell abgefedert. Letztendlich liegt es allerdings an der jeweiligen Lebenssituation, ob die Altersteilzeit eine interessante Option darstellt.

Ziel der VLW-Informationsveranstaltung an der BBS Alzey im Januar 2018 war es, Informationen für diese individuelle Entscheidung zu bieten. Die hohe Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt die Bedeutung und das Interesse an diesem Thema. **Eine weitere Informationsveranstaltung, voraussichtlich in Trier, soll deshalb noch in diesem Jahr folgen.**

Aus den Bezirksverbänden: Neue Vorsitzende in Rheinhessen

Am 19. Februar 2018 trafen sich in den Räumen der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Rheinhessen zu ihrer Bezirksversammlung.

Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung des langjährigen Bezirksvorsitzenden Bertie Thalacker. Er hat den Bezirksverband in bewegten und manchmal schwierigen Zeiten geführt und im Landesvorstand des VLW vertreten. Ganz besonders werden die von ihm hervorragend organisierten Fachtagungen und Landesversammlungen im Schloß Waldthausen in Erinnerung bleiben. Der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß bedankte sich bei Bertie Thalacker für seine neunjährige Arbeit als Bezirksvorsitzender mit einem Präsent und gab der Hoffnung Ausdruck, dass Bezirk und Landesverband auch weiterhin von seiner Arbeit und seiner Erfahrung profitieren werden. Wir danken Bertie Thalacker und wünschen ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute!

Der neue Bezirksvorstand mit seinem ehemaligen Vorsitzenden (v.l.n.r.): Joachim Veigel, Emöke Anderlik, Michael Lutz, Bertie Thalacker, Volker Wolff, Thorsten Weber, Birgit Winkelhaus, Jürgen Hatzfeld, Jutta Macher, Christoph Waßmer, Peter Kempf.

In der Folge wurde Birgit Winkelhaus (Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz) einstimmig zur neuen Bezirksvorsitzenden gewählt, ebenso Jürgen Hatzfeld zu ihrem Stellvertreter. Bestätigt wurden als Kassierer Joachim Veigel (Steinhöfelschule in Mainz) und Jutta Macher (BBS Mainz III) als Schriftführerin.

In der Aussprache über den Rechenschaftsbericht des ausscheidenden Bezirksvorsitzenden wurde insbesondere der Bedarf nach vermehrten Fortbildungsangeboten für unsere Mitglieder angesprochen. Erfreulich war die Teilnahme von jungen Kolleginnen und Kollegen an der Versammlung sowie auch ihre Bereitschaft, sich für den Verband und damit auch für die Belange der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen des Landes zu engagieren. Für diese Arbeit wünschen wir Birgit Winkelhaus und ihrem Team alles Gute!

Staffelholz-Übergabe an der BBS Wirtschaft Worms

In einer Ortsversammlung des Ortsverbands Worms wurde Jürgen Hatzfeld am 6. November 2017, nach 21 Jahren als Ortsvorsitzender, mit Dank und Anerkennung für sein nachhaltiges und erfolgreiches Wirken im Ortsverband verabschiedet. Hatzfeld ließ die Aktivitäten des Ortsverbands der letzten beiden Jahrzehnte noch einmal Revue passieren und verwies u. a. auf die in dieser Zeit zahlreich eingereichten bedeutsamen Anträge zu den Landesdelegiertenversammlungen. So sei beispielsweise die Umbenennung unseres Verbands in Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen auf eine Initiative des OV Worms zurückzuführen. Auch die inzwischen erfolgreich angelaufenen Austauschtreffen der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im

Der neue Vorsitzende Thorsten Weber (l.) bedankt sich bei seinem Vorgänger Jürgen Hatzfeld.

VLW seien einem Wormser Antrag entsprungen.

Der Ortsverband dankte Jürgen Hatzfeld im Anschluss auch dafür, dass er den Ortsverband nach innen zusammengehalten habe und die BBS Wirtschafts Worms unverändert zu den VLW-Hochburgen im Land zähle. In den anschließenden Neuwahlen des Ortsvorstands wurde Thorsten Weber einstimmig zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Ihm wird Emöke Anderlik als stellvertretende Ortsvorsitzende zur Seite stehen.

Nach den Neuwahlen berichtete der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß über den aktuellen Diskussionsstand der HBF-Reform sowie über die kommende Mehrarbeitsverordnung. Fuß stand den interessierten Kolleginnen und Kollegen auch während einer anschließenden Diskussionsrunde zur Verfügung und sicherte ihnen zu, dass der Landesvorstand ihre Anliegen - im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler sowie aller Kolleginnen und Kollegen an den BBSn - bei den politischen Entscheidungsträgern mit Nachdruck zu Gehör bringen werde.

Neuer Vorsitzender im Ortsverband Boppard

Die Ortsverbände des VLW an den berufsbildenden Schulen des Landes bilden die entscheidende Verbindung zwischen unseren Mitgliedern und dem jeweiligen Bezirksvorstand sowie dem Landesvorstand. Deshalb ist die Person des oder der Ortsvorsitzenden für eine funktionierende Verbandsarbeit so wichtig.

Am 22. Februar 2018 ging der Vorsitz im VLW-Ortsverband Boppard von Robert Kirch auf Daniel Göbel über. Als Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz dankte Kurt Flöck Daniel Göbel für die Bereitschaft, die Nachfolge von Robert Kirch anzutreten und gratulierte ihm zum neuen Amt. Aus Sicht des Bezirksvorstandes wird es als besonders erfreulich angesehen, dass Daniel Göbel als einer der jüngeren Kollegen bereit ist, Verantwortung im VLW zu übernehmen. Für die weitere Führung der Amtsgeschäfte im Ortsverband Boppard wünscht Kurt Flöck viel Freude und einen guten Erfolg.

Robert Kirch, der dem Ortsverband Boppard neun Jahre mit Erfolg vorgestanden hat, war für seine Kolleginnen und Kollegen und den Bezirksvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und engagierter Ansprechpartner. Für das langjährige Engagement im VLW und die gute Zusammenarbeit dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des Bezirksverbands Koblenz und des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Daniel Göbel ist neuer Vorsitzender des Ortsverbands Boppard

Zu guter Letzt

Der VLW wünscht allen seinen Mitgliedern schöne und erholsame Osterferien!

Foto: designerzone.de

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verband der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz e. V.
Ausgabe 2/2018 Dezember 2018

VLW VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

Landesdelegiertenversammlung 2018 in Trier

Reform der Höheren Berufsfachschule

Aus dem Bundesverband:
Gelungener Start für den neuen Bundesverband BvLB

Aus dem Landesverband:
Gespräche mit Bildungspolitikern von CDU und SPD
BBS Idar-Oberstein feiert 175-jähriges Jubiläum

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Reform der Höheren Berufsfachschule 3

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern von SPD und CDU 4

Aus dem Bundesverband

Gemeinsamer Verband will starke Lobby für die Berufsbildung sein 5

Aus dem Landesverband

Landesdelegiertenversammlung 2018 7

Resolutionen der LDV 8

Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein feiert 175-jähriges Jubiläum 9

Erfolgreiche Personalratsschulungen 10

Bertelsmann-Studie bestätigt langjährige VLW-Forderungen 10

Aus den Bezirksverbänden

Fortbildung zum Arbeitsrecht 11

Aus den Ortsverbänden

StD Hans-Joachim Bethge in Ruhestand verabschiedet 11

Ortsversammlung in Kirn 12

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler, Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Michael Lutz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im gerade zu Ende gehenden Jahr ist einiges in Bewegung geraten: Die neuerliche Reform der HBF beschäftigte uns das ganze Jahr und biegt so langsam aber sicher auf die Zielgerade ein. Im Bildungsministerium hält man - noch - am geplanten Einführungstermin 1. August 2019 fest. Wir würden es ja lieber sehen, wenn die Erfahrungen der kompletten Pilotphase in die neue Verordnung mit einflössen. Aber egal, wie es kommt, wir bleiben auf jeden Fall am Ball und werden den Reformprozess weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.

Auf Bundesebene ist ein lange gehegter Traum Wirklichkeit geworden: ein gemeinsamer Dachverband für alle Lehrkräfte des beruflichen Schulwesens. Aus der Verschmelzung der bisherigen Bundesverbände VLW und BLBS ist der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) hervorgegangen. Damit wurde auf Bundesebene nachvollzogen, was in vielen Bundesländern - teils schon recht lange - Realität ist. Die Erfahrungen der fusionierten Landesverbände (z. B. Baden-Württemberg, Bayern, Hessen) zeigen, dass dies der richtige Weg ist. In Rheinland-Pfalz ist es allerdings noch nicht so weit, hier existieren nach wie vor zwei Verbände. Es bleibt also dabei, dass Sie, liebe Mitglieder, dem VLW Rheinland-Pfalz e. V. angehören. Dieser wiederum ist Mitglied im neuen BvLB.

Die neue Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ ist zum 1. August 2018 in Kraft getreten. Die unzähligen Fragen, denen wir in den vielen Gesprächen mit Ihnen immer wieder begegnen, machen deutlich, dass diese VV uns auch im neuen Jahr noch beschäftigen wird. Dazu kommen noch die neue Dienstordnung, die Überarbeitung der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung u. s. w. Die Arbeit geht uns also nicht aus.

Diese Fülle der Aufgaben macht auch deutlich, wie wichtig eine starke Interessenvertretung ist. Für Ihre Interessen, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt der VLW sich ein - und das im nächsten Jahr schon seit 70 Jahren. Dieses Jubiläum feiern wir im Rahmen unseres „Tages der kaufmännischen Schule“ im März 2019 im Schloss Waldthausen. Derzeit arbeitet der Landesvorstand mit Hochdruck an den Planungen. Lassen Sie sich überraschen und feiern Sie mit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses Heft in Ihren Händen halten, ist Weihnachten nicht mehr weit und damit stehen auch die wohlverdienten Ferien vor der Tür. Der Landesvorstand wünscht Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und erholsame Ferien. Kommen Sie gut ins neue Jahr!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Reform der Höheren Berufsfachschule

Es ist ein Thema, das derzeit viele Kollegen umhertreibt, das Sorgen und Befürchtungen auslöst. Die Reform der HBF nimmt immer konkretere Gestalt an und wird wohl zum 01.08.2019 umgesetzt. Dennoch bleiben offene Fragen

Im Bildungsministerium wird derzeit mit Hochdruck an der Reform der HBF gearbeitet. Unterstützt wird es dabei von den sechs Pilotschulen, die schon einmal ausprobieren, was man sich im Ministerium ausgedacht hat, und ihre dabei gewonnenen Erfahrungen in den Reformprozess mit einbringen.

Auch der VLW begleitet die Reform kritisch und konstruktiv. Außerdem hält er seine Mitglieder auf dem Laufenden. Im August konnten sich die Schulischen Funktionsträger im VLW an einer der Pilotschulen, der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied, Informationen aus erster Hand holen. Alfons Plag, derzeit kommissarischer Schulleiter der LES, informierte umfassend und fundiert über den aktuellen Stand der Planungen, die in regelmäßigen Treffen der Pilotschulen mit der zuständigen Referentin aus dem Bildungsministerium fortlaufend präzisiert werden.

Eben jene Referentin, Ulrike Neumüller, konnte für eine Vorstellung der HBF-Reform auf der Landesdelegiertenversammlung am 29. Oktober in Trier gewonnen werden. Dort hat sie den Delegierten unseres Verbandes das der Reform zugrunde liegende Konzept präsentiert.

Für alle, die an keiner der beiden Veranstaltungen teilnehmen konnten - was für die meisten unserer Mitglieder gilt - stellen wir das Konzept im Folgenden dar.

Profilierung als vollschulische berufliche Erstausbildung

Ein Hauptanliegen der Reform ist die Profilierung der HBF als vollschulische Erstausbildung. Die Anpassung des berufsbezogenen Unterrichts (BBU) an KMK-Rahmenvorgaben (2.240 Unterrichtsstunden) bei gleichzeitiger Reduzierung des berufsübergreifenden Unterrichts auf 320 US im Rahmen der Assistentenausbildung und die deutliche Ausweitung der Praktikumsanteile sollen dieses Anliegen unterstreichen. Um dies auch nach außen hin zu dokumentieren, gibt es zukünftig keine Lernbereiche mehr, sondern - wie in der Berufsschule - Lernfelder.

Neu in der Stundentafel steht das Fach „Selbstgesteuertes Lernen“ mit 80 US (Stand 11/2018). Immerhin wurde hier dem intensiven Drängen unserer Vertreter im HPR Rechnung getragen, dieses Fach auch mit Lehrerstunden zu hinterlegen, sodass die Schüler nicht sich selbst überlassen werden.

Das Praktikum wird von derzeit acht auf zwölf bis 16 Wochen ausgedehnt und kann entweder in Blöcken von bis zu vier (in Ausnahmefälen sechs) Wochen, in dualisierter Form mit einem oder mehreren Praktikumstagen je Woche oder in einer Mischung aus beiden Modellen organisiert werden. Die Schulen haben hier also eine große Wahlfreiheit, die wir grundsätzlich begrüßen. Zu beachten ist jedoch, dass bei Entscheidung für das Blockpraktikum die Lehrerwochenstunden faktorisiert werden sollen. Dies würde dazu führen, dass die Unterrichtsstunden, die in die Praktikumsphasen fielen, in den Unterrichtsphasen vor- bzw. nachgearbeitet werden müssen. Der VLW wird darauf achten, dass ein Hinweis auf den § 7 der Lehrkräftearbeitszeitverordnung Eingang in die Verordnung finden wird. Dieser deckelt die planmäßige Erhöhung des Unterrichtsdeputats bei zwei Stunden je Woche.

Fachhochschulreife als Wahlangebot

Anders als bisher soll der FHR-Unterricht nicht mehr verpflichtend für alls Schüler der HBF sein. Vielmehr sollen diese bei Eintritt in die HBF zwischen dem reinen Assistentenabschluss und der Fachhochschulreife wählen können. Für jene Schüler, die den FHR-Abschluss anstreben, kommen dann zusätzliche Lernbausteine in den berufsübergreifenden Fächern im Umfang von 600 US hinzu. Auf Antrag können sie sich von einigen Lernbausteinen des Assistentenunterichts befreien lassen.

Eine merkwürdige Regelung ist für den Fall angedacht, dass jemand vom FHR-Unterricht zum Assistentenabschluss wechselt - was zu jedem Halbjahr möglich ist - und bisher nicht am Assistentenunter-

Der informative und fundierte Vortrag von Herrn StD Alfons Plag von der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied stieß bei den schulischen Funktionsträgern im VLW auf großes Interesse.

Reform der Höheren Berufsfachschule (Forts.)

richt teilgenommen hat. In diesem Fall wird die im FHR-Unterricht erworbene Zeugnisnote um eine Notenstufe angehoben. Der VLW sieht hier ein Problem im Zusammanhang mit der Versetzungsregelung, das noch gelöst werden muss.

Zusammenführung von Fachrichtungen

Aus derzeit sieben möglichen Fachrichtungen der Berufsgruppe Wirtschaft und Verwaltung wird eine einzige. Lediglich die Fachrichtung „Polizeidienst und Verwaltung“ bleibt eigenständig bestehen. Damit wird in den Bereich Wirtschaft am stärksten eingegriffen.

Der Verdacht liegt nahe, dass hier Einsparpotenziale gesehen werden, da es nun erheblich leichter sein wird, in der HBF-Oberstufe geschrumpfte Klassen zusammenzulegen. Andererseits zeigt die Pilotphase, dass die gelockerten Versetzungsregelungen zu zahlenmäßig stärkeren Oberstufen führen.

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten

Die durch die Zusammenführung von Fachrichtungen eingeschränkten fachlichen Differenzierungsmöglichkeiten können über den so genannten „Standortspezifischen Unterricht“ trotzdem realisiert werden. Hier haben die Schulen die Möglichkeit, im Rahmen ihrer personellen Potenziale individuelle Lernfelder zu enwickeln und anzubieten. Wichtig ist festzuhalten, dass in Parallelklassen verschiedene Schwerpunkte realisiert werden können. Damit bleibt die Möglichkeit eines differenzierten Angebots an ein und demselben Schulstandort erhalten.

Ulrike Neumüller, Referentin im Bildungsministerium, erläuterte im Rahmen der LDV die Eckpunkte der geplanten HBF-Reform

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern von SPD und CDU

Im Rahmen der regelmäßigen Gespräche des Landesvorstands mit den Bildungspolitikern von CDU und SPD ging es erneut um die Fragen, die die Kolleginnen und Kollegen an den BBSn in ihrer täglichen Arbeit berühren.

Neben der Unterrichtsversorgung gehören dazu der Erhalt und die Stärkung der BBS-Standorte, eine deutliche Ausweitung der Fortbildungsangebote, eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen und die Folgen der Digitalisierung für das berufsbildende Schulwesen.

Die Mitglieder des Landesvorstandes forderten mit Blick auf die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler kleinere Klassen bzw. Lerngruppen und den Ganztagsschulstatus auch für die BBSn. Es grenzt an einen Skandal, wenn gerade unseren Schülern mit ihrem zum Teil schwierigen sozialen Hintergrund der Zugang zu vorhandenen Mensen verwehrt wird.

Vertreter des VLW (v. l. n. r.) Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler und Kurt Flöck mit den SPD-Bildungspolitikerinnen Bettina Brück (3. v. l.) und Astrid Schmitt (2. v. r.)

Beim Thema Unterrichtsversorgung verwiesen die Vertreter des VLW darauf, dass ihre vor Jahren bereits geäußerten Befürchtungen eines Lehrkräftemangels auch in den kaufmännischen Fächern inzwischen Realität geworden sind. Gerade in der Konkurrenzsituation mit der Wirtschaft und den angrenzenden Bundesländern ist eine Steigerung der Attraktivität des Lehramtes an BBSn dringend geboten; dazu gehört auch die Wiedereinführung von A 14 als Regelbeförderung. Die beabsichtigte Regelung, dass Lehrkräfte an den drei letzten Tagen der Sommerferien für schulische Aufgaben zu Verfügung stehen müssen, ist in diesem Zusammenhang wenig hilfreich.

Die Vertreter des VLW machten erneut deutlich, dass die VV Mehrarbeit den temporären Unterrichtsausfall ansteigen lassen wird, da durch die Neuregelung PES an

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikern von SPD und CDU (Forts.)

vielen Schulen faktisch abgeschafft wird.

Im Zusammenhang mit der Digitalisierungsoffensive der Landesregierung wiesen die Vertreter des VLW auf das unzureichende Fortbildungsangebot hin und bezweifelten, dass mit den geplanten Mitteln eine Qualifizierung aller Lehrkräfte erreicht werden kann. Obwohl SAP-Software in weiten Bereichen der Wirtschaft eingeführt ist, fehlt diese Software an den BBSn in Rheinland-Pfalz. Ebenso sind die Anrechnungsstunden für die EDV-Betreuung auf dem Stand vor der Jahrtausendwende stehen geblieben.

Mit Blick auf die pädagogischen Fragestellungen rund um die Digitalisierung erwartet der Verband die Vorlage entsprechender pädagogischer Konzepte.

Jürgen Hatzfeld

Das Gespräch mit Anke Beilstein MdL und Thomas Barth MdL (CDU, m. und 2. v. r.) führten (v. l. n. r.): Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler.

Aus dem Bundesverband: Gemeinsamer Verband will starke Lobby für die Berufsbildung sein

„Gemeinsam stärker – Berufsbildung gestalten" Unter diesem Motto sind die bisherigen Bundesverbände VLW und BLBS zum neuen BvLB verschmolzen.

Der Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e. V. (BvLB) ist die neue Vertretung der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen auf Bundesebene. Unser neuer, gemeinsamer Verband wird sich nun wirksamer und zielgerichteter mit Fragen der beruflichen Schul- und Bildungspolitik sowie mit der zukünftigen Gestaltung der Lehrkräfteaus- und Fortbildung beschäftigen. Der BvLB bündelt die beruflichen Interessen von ca. 39 000 Kolleginnen und Kollegen und wird damit einen deutlich wahrnehmbaren politischen Einfluss für die berufliche Bildung erreichen.

Dem Verschmelzungskongress vorangegangen war ein jahrelanger Prozess des einander Annäherns der beiden bisherigen Verbände. „Der Teufel steckt im Detail", sagt ein bekanntes Sprichwort. So gab es auch im Verschmelzungsprozess von VLW und BLBS unzählige Detailfragen zu klären. Jahrelang haben Vertreter der beiden Verbände gemeinsam an den Details gefeilt, in unzähligen Arbeitssitzungen wurde in diversen Arbeitsgruppen der gemeinsame Nenner gesucht – und in aller Regel auch gefunden. Meilensteine auf dem Weg zur Verschmelzung waren sicherlich die beiden äußerst erfolgreichen Führungskräftekongresse, die VLW und BLBS in den Jahren 2015 und 2016 gemeinsam ausgerichtet haben.

Bundeshauptvorstand des VLW sagt „JA" zur Verschmelzung mit dem BLBS.

Die endgültige Zustimmung zur Verschmelzung bedurfte satzungsgemäß eines Beschlusses des Bundeshauptvorstandes, weshalb sich die Vertreter der Landesverbände zur letzten Sitzung dieses Gremiums trafen, um den von langer Hand vorbereiteten letzten Schritt zur Verschmelzung gemeinsam zu vollziehen.

Am Morgen des 11. April 2018 fand die historische Sitzung in den Räumen des dbb-forums Berlin statt. Die Delegierten der BHV – für den VLW Rheinland-Pfalz nahm unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß an der Sitzung teil – erteilten einstimmig die Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag und gaben damit grünes Licht für die Verschmelzung des VLW mit dem BLBS.

Da auch die Delegierten des BLBS auf ihrer letzten und damit genauso historischen Delegiertenversammlung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen der Verschmelzung des BLBS mit dem VLW zur Gründung des neuen Verbandes zustimmten, stand der Gründung des neuen Bundesverbandes nichts mehr im Wege.

Gelungener Start für den BvLB

Am Nachmittag des 11. April trafen sich die 125 Delegierten der beiden Verbände zur Verschmelzungs-Delegiertenversammlung, um den ersten Bundesvorstand des neuen, des gemeinsamen Bundesverbandes aller Berufsbildner in Deutschland zu wählen.

Aus dem Bundesverband (Forts.)

Im Vorfeld der Verschmelzung hatte man sich darauf geeinigt und in der Satzung festgeschrieben, dass der Bundesvorstand zumindest in seiner ersten Legislaturperiode paritätisch mit Bewerbern aus den beiden bisherigen Verbänden besetzt werden soll.

Als Bundesvorsitzende wurden Joachim Maiß und Eugen Straubinger vorgeschlagen. Joachim Maiß ist Landesvorsitzender des VLWN (Niedersachsen). Als Schulleiter der MultiMedia-BBS in Hannover ist ihm das Thema Digitalisierung ein Herzensanliegen. Fast einstimmig wurde er zum Bundesvorsitzenden des BvLB gewählt. Eugen Straubinger war in den vergangenen fünf Jahren Bundesvorsitzender des BLBS und möchte vor allem die Wahrnehmung der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit steigern. Die Delegierten sprachen auch ihm mit überzeugender Mehrheit ihr Vertrauen aus.

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden sechs Bewerber vorgeschlagen und gewählt: Wolfgang Lambl zeichnet für den Bereich Dienst- und Tarifrecht verantwortlich. Sven Mohr übernimmt den Bereich Schul- und Bildungspolitik. Stefan Nowatschin kümmert sich um die Kontakte zu internationalen Partnerverbänden. Pankraz Männlein ist federführend im Bereich Lehrerbildung. Detlef Sandmann ist mit dem Bereich Öffentlichkeits- und Pressearbeit betraut. Stefan Werth zeichnet für den Bereich Marketing, Kommunikation und Neue Medien verantwortlich.

Zum Bundesschatzmeister wurde Dominik Berdin gewählt, der dieses Amt bereits seit Jahren im Deutschen Lehrerverband ausübt. Schriftführerin ist Thea Kuhs. Die beiden vorgeschlagenen Rechnungsprüfer Manuela Soethe und Walter Schmich wurden in offener Abstimmung einstimmig gewählt.

Aus dem Landesverband: Landesdelegiertenversammlung 2018 in Trier

Zufriedene Gesichter haben die LDV 2018 geprägt, und das aus gutem Grund. Allein die Delegation des Bildungsministeriums machte deutlich, dass der VLW ein ernst zu nehmender Partner in der Beruflichen Bildung ist. Mit Staatssekretär Hans Beckmann, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung 4A, Stefan Röth, sowie den beiden Referentinnen Kerstin Belyea und Ulrike Neumüller waren gleich vier Vertreter der Exekutive zugegen, die aufmerksam zuhörten, was der VLW zur aktuellen Lage der Beruflichen Bildung zu sagen hat.

Diese Gelegenheit hat unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß sich nicht entgehen lassen, hat in seiner Begrüßungsrede das gesamte Spektrum der aktuellen Themen ausgeleuchtet und pointiert deutlich gemacht, wo der Schuh drückt. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Vertreter des Ministeriums auch das ein oder andere Lob mit nach Hause nehmen durften. So z. B. für die Zusage der Landesregierung, die Bezüge - zusätzlich zur Übernahme des Tarifergebnisses aus den Verhandlungen Anfang 2019 - in den nächsten Jahren um 2 x 2 % zu erhöhen, wofür der VLW sich zusammen mit seinen Partnern seit Jahren vehement eingesetzt hat.

Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß bei seiner Begrüßungsrede

Staatssekretär Hans Beckmann ist in seiner Ansprache auf viele Aspekte, die Karl-Heinz Fuß angesprochen hatte, eingegangen. Seiner Rolle entsprechend hat er die meisten Punkte anders beurteilt als der VLW. Trotzdem wurde deutlich, dass es auf Seiten des Ministeriums Gesprächsbereitschaft gibt und dass der Einsatz unseres Verbandes für die

Volles Haus in Trier: Die Landesdelegiertenversammlung im Robert-Schuman-Haus war wie immer gut besucht.

Berufliche Bildung und für akzeptable Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen nicht vergebens ist.

Ulrike Neumüller, die als Referentin im Bildungsministerium für die Weiterentwicklung der HBF zuständig ist, erläuterte umfassend und anschaulich die geplante Reform und konnte alle Fragen der Delegierten beantworten, auch wenn sich mancher Delegierter auf die eine oder andere Frage sicher eine andere Antwort gewünscht hatte.

Kerstin Belyea, Stefan Röth und Ulrike Neumüller (v. l. n. r.) aus dem Bildungsministerium standen den Delegierten Rede und Antwort.

Staatssekretär Hans Beckmann ging in seiner Ansprache auf viele Punkte aus der Begrüßungsrede unseres Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß ein.

Nach vielen Jahren im Landesvorstand des VLW wurde Karin Kunert aus dem Vorstand verabschiedet. Aus familiären Gründen kann sie die übernommenen Aufgaben leider nicht mehr wahrnehmen. An dieser Stelle sei ihr für ihren langjährigen Einsatz für unseren Verband, insbesondere für die kompetente Beratung der Mitglieder in Fragen rund um Recht & Besoldung, herzlich gedankt. Als Nachfolger wurde Kurt Flöck, Vorsitzender des Bezirksverbands Koblenz, mit überwältigender Mehrheit sowohl als stellvertretender Landesvorsitzender als auch als Referent für den Geschäftsbereich „Recht & Besoldung“ gewählt. Wir wünschen ihm bei seinen neuen Aufgaben viel Freude und Erfolg!

Zwei verdiente und langjährige Aktive wurden zu Ehrenmitgliedern gewählt: Frieder Heil, ehemals Bezirksvorsitzender in der Pfalz und und zuletzt Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Landesvorstand hat sowie Heinz Werner Seyler, der über Jahrzehnte den Ortsverband Kaiserslautern geleitet hat und ebenfalls im Bezirksvorstand der Pfalz aktiv war.

Von 17 vorliegenden Anträgen wurden 14 angenommen, einer abgelehnt und zwei zur weiteren Bearbeitung an den Landesvorstand verwiesen. Die beiden Resolutionen zur Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14 sowie zur Digitalstrategie des Landes (siehe S. 8 und 9) wurden jeweils mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Allen Delegierten, die mit ihren Beiträgen und Fragen zu einer lebendigen und gelungenen Veranstaltung beigetragen haben, sprach Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß am Ende der Veranstaltung ein herzliches Dankeschön aus.

Die beiden neuen Ehrenmitglieder des VLW: Frieder Heil (l.) und Heinz Werner Seyler (r.)

Resolution des VLW zur Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14

Das Abschmelzen des Stellenkegels in den vergangenen Jahren hat einen riesigen Beförderungsstau verursacht. Viele Kolleginnen und Kollegen, die teils seit Jahrzehnten engagiert und erfolgreich an den BBSn unterrichten, haben inzwischen die Hoffnung auf eine Beförderung aufgegeben. Dies sorgt für Frust bei den Betroffenen und ist leider keine Werbung für den wichtigen Beruf des Handelslehrers.

Angesichts des Nachwuchsmangels kann sich das Land diese Sparpolitik schlicht und ergreifend nicht länger leisten. Hier wird auf Kosten der Zukunft künftiger Generationen gespart! Die Landesregierung darf in dieser Frage nicht länger untätig bleiben. Angesichts des überall beklagten Fachkräftemangels muss die Versorgung der BBSn mit hochqualifizierten Lehrkräften höchste Priorität genießen. Wer gut ausgebildete Fachkräfte haben will, muss für exzellente Ausbildungsbedingungen, gerade auch an den Berufsschulen, sorgen.

Die BBSn sind der Garant für den Erfolg der dualen Ausbildung, deren Qualität sich inzwischen bis zur OECD rumgesprochen hat. Um dieses hohe Niveau zu halten, benötigen die BBSn auch in Zukunft motivierte und qualifizierte Lehrkräfte. Angesichts höherer Verdienstmöglichkeiten in der freien Wirtschaft ist die Wiedereinführung einer Regelbesoldung nach A 14 das Gebot der Stunde. Sie würde das richtige Signal senden, um die Attraktivität des Lehramtes an BBS zu erhöhen. A 13 darf nicht länger Endstation für viele Kolleginnen und Kollegen sein, sondern, wie es früher war, Eingangsamt für die Lehrkräfte im höheren Dienst, dem nach einigen Jahren der Bewährung die Beförderung nach A 14 folgt.

Resolution des VLW zur Digitalstrategie der Landesregierung

Den Worten Taten folgen lassen: Digitalstrategie zum Erfolg führen

Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt müssen die Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen in die Lage versetzt werden, ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen zur Teilhabe an der digitalen Welt zu vermitteln. Das Ministerium für Bildung sowie die im Landtag vertretenen Parteien fordern wir auf:

- eine Initiative zu starten, um an berufsbildenden Schulen dringend benötigte Lehrkräfte mit der Fakultas „Informatik“ zu gewinnen,
- den Informatikunterricht in den Stundentafeln der kaufmännischen Bildungsgänge als eigenständiges Unterrichtsfach abzubilden,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Fortbildungsträger des Landes Rheinland-Pfalz für die Lehrerfort- und Weiterbildung mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um Lehrkräfte so fortbilden zu können, dass sie ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen zur „Bildung in einer digitalen Welt“ vermitteln können,
- die Schulträger bei der Ausstattung der berufsbildenden Schulen mit benötigten digitalen Lehr- und Lernmitteln auch über den notwendigen Landesanteil hinaus zu unterstützen,
- die Mittel für die Anwendungsbetreuung im Computerbereich zu erhöhen.

Im Rahmen der „Strategie des Landes Rheinland-Pfalz für das digitale Leben“ hat Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig folgende Zielvorstellungen formuliert:

- „Das Lehren und Lernen mit und über digitale Medien und Werkzeuge machen wir zum Standard an jeder Bildungseinrichtung in unserem Land. Die Stärkung der Medienkompetenz und Medienbildung der Lernenden gehört für uns zu den zentralen Bildungsaufträgen des 21. Jahrhunderts“ (a. a. O., S. 16).
- „Wir wollen Rheinland-Pfalz zu einem starken MINT-Land machen. Von der Kita bis zum Übergang in Studium und Beruf werden wir Kinder und Jugendliche für die MINT-Fächer begeistern“ (a. a. O., S. 20).

Diese Zielsetzungen sind insbesondere für den Bereich der Berufsbildenden Schule von besonderer Relevanz, da diese mit ihren Vollzeit- und Teilzeitbildungsgängen die Nahtstelle zur Wirtschaft darstellen, die sich in einem fortschreitenden Digitalisierungsprozess befindet.

Vor diesem Hintergrund sind insbesondere Berufsbildende Schulen mit den erforderlichen digitalen Lehr- und Lernmitteln sowie qualifizierten Lehrkräften auszustatten, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Schülerinnen und Schüler in einer sich digitalisierenden Arbeits- und Lebenswelt bestehen können.

In der „Strategie des Landes Rheinland-Pfalz für das digitale Leben“ wird expilzit darauf hingewiesen, dass digitale Bildung und der Erwerb digitaler Kompetenzen zunehmend über Berufs- und Lebenschancen entscheiden und Voraussetzung sind für eine selbstbestimmte und souveräne Teilhabe an einer digitalisierten Lebenswelt.

Das Land Rheinland-Pfalz plant im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie bis

zum Jahr 2023 – neben der Ausbildung neuer Lehrkräfte an Universitäten und Studienseminaren – die Fortbildung der über 40.000 im Dienst befindlichen Lehrkräfte. Damit dieses ambitionierte Ziel realisiert werden kann, müssen die Fortbildungsträger des Landes Rheinland-Pfalz finanziell erheblich besser ausgestattet werden als dies derzeit der Fall ist.
Die Schulträger sind verantwortlich für die Ausstattung der Schulen in ihrem Zuständigkeitsbereich. Um die angestrebten Ziele im Rahmen der Digitalisierungsstrategie zu erreichen, reicht es – besonders vor dem Hintergrund „klammer Kassen" in vielen Kommunen – nicht aus, wenn das Land lediglich seinen Pflichtanteil erfüllt. Auch hier ist ein stärkeres finanzielles Engagement gefordert!

BBS Idar-Oberstein Harald-Fissler-Schule feiert 175-jähriges Jubiläum

Anlässlich Ihres Jubiläums zeigte sich die BBS Idar-Oberstein von Ihrer besten Seite. Die komplette Schulgemeinschaft hatte sich auf diesen großen Tag vorbereitet. So wurde Einblick in den Unterricht und in die Fachräume gewährt und es konnten die Ergebnisse vieler interessanter Projekte besichtigt werden. Auch für das leibliche Wohl wurde gesorgt, so dass den Besucherinnen und Besuchern ein rundum gelungenes Programm geboten wurde.

Bereits im Jahr 1843 wurde die Gewerbeschule Oberstein gegründet, aus der sich die heutige BBS entwickelt hat, stellte Landrat Dr. Schneider in seiner Festansprache fest. Den entscheidenden Wachstumsschub löste jedoch die Zusammenführung von 27 Berufsschulstandorten in der Umgebung aus, die nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte. Wurden die beiden Zweige „Technik" und „Wirtschaft" bis vor einem Jahr noch unter getrennter Leitung geführt, bilden diese seit der Fusion eine Einheit. Damit könne künftig ein noch attraktiveres Bildungsangebot vorgehalten werden, wie es Schulleiter Gerd Zimmermann am Beispiel des Beruflichen Gymnasiums darstellte.

Mit einem Zitat von Knigge „Man ist viel wert in der Welt, wenn man sein Fach versteht!", betonte Oberbürgermeister Frühauf die Bedeutung der beruflichen Bildung. Unterstützt von IHK-Präsident Dr. Ackermann und Kreishandwerksmeister Wenz warben sie für den Erhalt der Berufsausbildung an den BBSn in ländlichen Regionen.

Als Besonderheit hat die BBS Idar-Oberstein, die seit dem Jahr 2010 den Namen „Harald-Fissler-Schule" trägt, eine Edelsteinschleiferwerkstatt, was in Deutschland einmalig ist. Darüber hinaus führt die Harald-Fissler-Schule den Titel „Europaschule", womit sie ihr international ausgerichtetes Profil verdeutlicht. Ergänzt wird dies durch den Schwerpunkt als Gesundheitsschule. Dies ist u.a. vor dem Hintergrund bedeutsam, dass im Landkreis jedes Jahr eine große Zahl neuer Pflegekräfte benötigt wird, wie Dr. Schneider deutlich machte. Dazu passt auch der neu eingerichtete „Raum der Stille", der künftig die Möglichkeit bietet, sich aus dem oft lauten und stressigen Schulalltag zurückzuziehen.

Dass die Schule auf Wachstum setzt, wird am neu genehmigten Bildungsgang „Höhere Berufsfachschule Sozialassistenz" sichtbar, der mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 angeboten wird. Die daran anschließende Fachschule für Sozialpädagogik soll noch beantragt werden.

Bildungsministerin Dr. Hubig sagte in ihrer Festrede ihre Unterstützung zu und betonte, dass eine duale Berufsausbildung genauso gut sei wie ein Studium. Mit „BS20" solle die Ausbildung in der Fläche erhalten werden. Sie bedankte sich bei dem Gastgeber für die gelungene Festveranstaltung und wünschte den insgesamt 119 Kolleginnen und Kollegen der Schule alles Gute. Zum Abschluss wurde eine Steele mit Amethystdrusen enthüllt, welche die Verbundenheit mit der Edelsteinregion zum Ausdruck bringt.

Der VLW-Landesvorstand gratuliert der gesamten Schulgemeinschaft der Harald-Fissler-Schule zu ihrem Jubiläum und wünscht weiterhin viel Erfolg bei der beruflichen Bildung.

Karl-Heinz Fuß

OB Frank Frühauf, Schulleiter Gerd Zimmermann, Landrat Dr. Matthias Schneider und Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (v. l. n. r.) bewundern die Steele mit Amethystdrusen

Erfolgreiche Personalratsschulungen in Welling und Weisenheim am Berg

Der Gliederungsplan als ein Instrument zur Beurteilung der personellen Situation an Schulen – welche validen Aussagen sind möglich, welche Interpretationsmöglichkeiten sind vorhanden...?

Wolfgang Schärf, stellvertretender Schulleiter der BBS Worms Wirtschaft, konnte den an beiden Fortbildungsstandorten zahlreich teilnehmenden Personalvertretern die Erstellung, die Spielräume und die Interpretation der verschiedenen Gliederungspläne sehr anschaulich nahe bringen. Mit zahlreichen konkreten Beispielen verschaffte Wolfgang Schärf den Teilnehmern einen tiefen Einblick in diese komplexe Thematik.

Geballte Informationen: Bei zwei ausgebuchten Personalratsschulungen (im Bild die Veranstaltung in Welling) erhielten die Teilnehmer Informationen aus erster Hand.

Weitere Schwerpunkte der Personalratsschulungen vom September dieses Jahres waren das „Verfahren zur Feststellung der Dienstunfähigkeit“ (**Kurt Flöck**, stellvertretender BPR-Vorsitzender), die „Arbeitsbelastung von Lehrkräften in Teilzeit“ (**Karl-Heinz Fuß**, stellvertretender HPR-Vorsitzender) und die Neufassung der Verwaltungsvorschrift „Mehrarbeit im Schuldienst“ (**Dirk Mettler**, HPR-Mitglied). Vor allem letztere Thematik führte zu angeregten Diskussionen und zahlreichen Fragen, wie mit geleisteter Mehrarbeit unserer Kolleginnen und Kollegen zukünftig an unseren Schulen umgegangen werden wird.

Die Tagungsleitung wurde von **Kurt Flöck** und **Andreas Seehaus** (BPR-Mitglied) übernommen.

Ein besonderer Dank gilt **Kurt Flöck** für die perfekte Organisation der beiden Veranstaltungen.

Andreas Seehaus

Bertelsmann-Studie bestätigt VLW-Forderungen

Attraktivität des BBS-Lehramtes muss dringend gesteigert werden

Die von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie von Prof. Dr. Klaus Klemm zur Entwicklung des Einstellungsbedarfs an beruflichen Schulen bestätigt auf eindrucksvolle Weise, was der VLW seit vielen Jahren fordert. Der Studie zufolge übersteigt der Bedarf an jährlich einzustellenden Berufsschullehrern die zu erwartende Zahl der Absolventen deutlich. Ursächlich dafür ist neben der hohen Anzahl an Pensionierungen bis zum Jahr 2035, dass sich viel zu wenig junge Menschen für ein Studium des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen entscheiden.

VLW-Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß wundert das nicht: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es viel zu wenig Bewerber für das Lehramt an BBSn gibt, insbesondere solche, die ein berufliches Fach studiert haben. Vielfach entscheiden sich die Studenten nach ihrem Abschluss für ein Angebot aus der freien Wirtschaft. Insbesondere im Studiengang Wirtschaftspädagogik ist dieses Phänomen sehr häufig zu beobachten.“ Die Angebote aus der freien Wirtschaft, führt Fuß weiter aus, seien häufig lukrativer als der Schuldienst, zumal dort erst noch ein Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolviert werden muss. „Dabei ist weniger der Vorbereitungsdienst als solcher das Problem“, erläutert Fuß, „sondern die übersichtliche Bezahlung während dieser Zeit. Gerade Interessenten für das Lehramt an BBS haben häufig bereits eine Familie zu ernähren. Das ist mit den Almosen während des Referendariats nicht zu stemmen. Dies gilt insbesondere für die so dringend benötigten Quereinsteiger, die über für BBSn unschätzbar wertvolle praktische Erfahrungen verfügen.“

Der VLW fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anwärterbezüge für das Lehramt an BBS, zumindest für Bewerber mit beruflichen Fächern, spürbar zu erhöhen. Darüber hinaus muss Schluss sein mit immer weiteren Belastungen, wie sie die geplante neue Dienstordnung vorsieht. Die angekündigte Erhöhung der Bezüge für Beamte in Rheinland-Pfalz um zwei Mal zwei Prozent in den kommenden beiden Jahren und die zugesagte Übernahme des kommenden Tarifabschlusses sind Schritte in die richtige Richtung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft bestehen zu können, muss dieser Weg allerdings konsequent weitergegangen werden. [...]

VLW-Pressemeldung vom 30.10.2018

Bezirksverband Pfalz: Fortbildung in der BBS Landau

Unter welchen Voraussetzungen kann ein Arbeitsverhältnis gekündigt werden, was ist eine Ermahnung/Abmahnung? Die ganztätige Fortbildungsveranstaltung zum Thema **„Arbeitsrecht in der Praxis“** in der BBS Landau war gut besucht. Fast 30 Kolleginnen und Kollegen, die überregional aus verschiedenen berufsbildenden Schulen angereist waren, verfolgten die Ausführungen des Referenten mit großer Aufmerksamkeit.

Als Referenten konnte der VLW Bezirksverband Pfalz **Ralf Michaelis, Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei und Lehrbeauftragter im Fachbereich Rechtswissenschaft an der Universität Trier**, gewinnen. Die Teilnehmer wurden immer wieder aktiv eingebunden. Hierdurch und mit Hilfe der zahlreichen aufschlussreichen Rechtsbeispiele aus der Praxis war diese Fortbildungsveranstaltung nicht nur hochinformativ, sondern auch lebendig und kurzweilig. **Andreas Seehaus, Bezirksvorsitzender des VLW Pfalz**, bedankte sich mit einem Weinpräsent bei Ralf Michaelis für die gelungene Fortbildungsveranstaltung.

Für das leibliche Wohl der Kolleginnen und Kollegen war ebenfalls bestens gesorgt. Die Fortbildungsveranstaltung war für unsere VLW-Mitglieder wie immer kostenfrei! Einen herzlichen Dank an Markus Hofmann aus dem Ortsverband Landau für die perfekte Organisation vor Ort!

Andreas Seehaus

Nachruf

Wir trauern um unsere liebe Kollegin

Charlotte Helm,

die am 15. November 2018 plötzlich und für uns alle unerwartet im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Mutter, ihren Angehörigen und allen, die ihr nahe standen.

Charlotte Helm war eine sehr engagierte Kollegin, die wegen ihrer menschlichen und offenen Art im Kollegium und in der Schülerschaft gleichermaßen beliebt war und sehr geschätzt wurde. Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

VLW-Ortsverband Idar-Oberstein
Karl-Heinz Schneider

Aus den Ortsverbänden

StD Hans-Joachim Bethge von der BBS Südliche Weinstraße in den Ruhestand verabschiedet

Der leitende Kopf der Hotelfachschule Südliche Weinstraße in Edenkoben war über Jahrzehnte Dipl.-Hdl. Hans-Joachim Bethge. Als Koordinator führte der studierte Betriebswirt die Schule und gab als Spiritus Rector entscheidende Impulse zu ihrer Weiterentwicklung. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik und Betriebswirtschaftslehre in Mannheim lehrte er an der Hotelfachschule in Heidelberg und avancierte in Pegnitz zum stellvertretenden Schulleiter. Seit 1996 unterrichtete er in Edenkoben Marketing, Controlling, Personalwesen, Hotelbetriebswirtschaftslehre, Abgaben- und Wirtschaftsrecht, Existenzgründung

Dank und Anerkennung für jahrelanges Engagement: Tobias Kuhlmann (l.) überreicht ein Präsent an Hans-Joachim Bethge

sowie Food & Beverage Management. Als Unternehmensberater und Dozent unterstützte er auch nebenberuflich die Gastronomie und war über Jahre als Prüfer für die IHK tätig. Für den Behr´s Verlag fungiert er als Herausgeber mehrerer Loseblatt-Sammlungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Als zuständiger VLW-Obmann am Standort Edenkoben der BBS Südliche Weinstraße verfolgte Bethge über Jahre die Interessen des VLW und setzte sich bei der Neuordnung der Höheren Berufsfachschule besonders für eine Sonderregelung für die Fachrichtung Hotelmanagement ein. Im Namen des erkrankten VLW-Vorsitzenden des Ortsverbandes Südliche Weinstraße, Christian Paulus, übergab Tobias Kuhlmann ein Präsent des VLW-Ortsverbandes und bedankte sich für das jahrelange Engagement im Ortsverband.

Christian Paulus

Aus den Ortsverbänden: Ortsversammlung in Kirn

Unter dem Motto „Austausch auf allen Ebenen“ tagte der VLW Ortsverband Kirn im Weingut Schmidtburger Hof in Weiler bei Monzingen an der Nahe. Hierbei stand die neue VV Mehrarbeit im Zentrum der Diskussion der Kirner Verbandsmitglieder.

Der Kirner VLW-Ortsvorsitzende Björn Jacobs begrüßte aus Landes- und Bezirksvorstand Karl-Heinz Fuß, Kurt Flöck und Dirk Mettler. „Nahezu 75 % der Kirner Mitglieder sind zur Mitgliederversammlung gekommen“, stellte der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß in seinem Grußwort fest und freute sich über das rege Interesse der Kirner Lehrkräfte an der Verbandsarbeit.

Ab Februar 2019 ist eine Funktionsstelle an der BBS Kirn vakant. Der VLW-Ortsverband fordert schnellstmöglich die Ausschreibung einer A15-Funktionsstelle, nicht zuletzt als Zeichen, dass der Standort Kirn langfristig gesichert ist bzw. weiterentwickelt werden kann. „Mehr Soft Skills und verstärkte interkulturelle Kompetenz“ wünscht sich Jacobs, Abteilungsleiter Kaufmännische Berufsschule und Höhere Berufsfachschule, zudem für „seine“ Kaufleute. Dazu könnte man über Erasmus+ Kooperationen mit europäischen Schulpartnern aufbauen, internationale Betriebspraktika begleiten bzw. die überregionale Netzwerkarbeit zwischen Schule & Wirtschaft voranbringen. „Mit dem Wahlpflichtfach ‚Interkulturelle Kommunikation‘ hat Holger Hufer diesbezüglich den Geist der Zeit getroffen und ein attraktives Unterrichtsangebot für Berufsschülerinnen und -schüler mit (Fach-)Hochschulreife geschaffen“, so Jacobs.

Im Rahmen des „Berichts aus Kirn“ verwies Holger Hufer auf die zukünftige Irrelevanz von PES angesichts der neuen Verwaltungsvorschrift zur Mehrarbeit im Schuldienst und forderte explizit eine Begrenzung der wöchentlichen Mehrbelastung der Kolleginnen und Kollegen. Die Bereitschaft von Lehrkräften zur Organisation von z. B. Fahrten an außerschulische Lernorte sowie zu Klassenfahrten müsse vom Dienstherren entsprechend honoriert werden, im Sinne einer adäquaten Anrechnung dieser Stunden im Rahmen der neuen VV Mehrarbeit. Zudem sprach er sich angesichts von Praktika, z. B. im BVJ, in der BF 1 oder in der HBF, ausdrücklich gegen eine Faktorisierung der Lehrerstunden im Vorfeld aus, u. a. weil Lehrkräfte die Praktika der Schülerinnen und Schüler entsprechend aktiv begleiten müssten. Bezüglich der geplanten HBF-Reform, so Hufer, sei man vom Dienstherrn bis dato enttäuscht. Bislang existiere weder eine konkrete Handreichung noch eine fertige LVO. Deshalb fordert das Kirner Kollegium eine Verschiebung der Einführung der neuen HBF um ein weiteres Jahr.

Im Anschluss führte der Ortsverbandsvorsitzende Björn Jacobs aus, dass er mehr Ressourcen für die Leistungsträger unserer Gesellschaft fordert. Die aktuelle Konzeption BS20 bezeichnet er als „Sparmodell“ der Regierung, durch die Qualitätsverluste billigend in Kauf genommen würden. Während beispielsweise für BF1-Klassen genug personelle Ressourcen vorhanden seien, z. B. vier zusätzliche Lehrerwochenstunden (PUO-Stunden) je Klasse für pädagogische Arbeit und Förderung bzw. für Stunden im Rahmen des Profil-AC, würden in der Berufsschule aufgrund rückläufiger Auszubildendenzahlen in den kaufmännischen Berufen die Schulen gezwungen, Jahrgangssammelklassen zu bilden oder Auszubildende verschiedener Berufe gemeinsam im Klassensaal zu beschulen. Diesen Umstand bezeichnete der Vorsitzende als unhaltbar. Der VLW fordert explizit den Erhalt der Ausbildung in der Fläche – auch in kleinen Lerngruppen – sowie die beste Ausbildung für beste Fachkräfte – auch auf dem Land.

Die Qualität in der Ausbildung könne weder durch Jahrgangssammelklassen noch durch berufsübergreifende Klassenbildung gesteigert werden. Dazu bedürfe es zuerst einer Vereinheitlichung der Lehrpläne in Richtung einer soliden kaufmännischen Grundbildung in der Grundstufe und Diversifikation beispielsweise ab Fachstufe 1. Die Umsetzung dürfe keinesfalls vor der Schaffung der Rahmenbedingungen erfolgen.

In Anbetracht der neuen VV Mehrarbeit lasse der Dienstherr, so Jacobs, die KollegInnen im Dunkeln tappen. So wisse bislang niemand genau, welche Tätigkeiten Unterrichtsausfall (z. B. BVJ-/BF1/HBF-Praktika) kompensieren könnten. Ein bewährtes System (PES), das den temporären Unterrichtsausfall minimiert, überdies aber die zusätzliche Belastung der KollegInnen erträglicher gemacht hat, wird an Berufsbildenden Schulen zum Auslaufmodell.

Gute Laune an der Basis: Beim Ortsverband Kirn kommt traditionell auch die Gemütlichkeit nicht zu kurz.

Abschließend erläuterten die VLW-Experten Dirk Mettler (HPR-Mitglied) sowie Kurt Flöck (Stellvertretender BPR-Vorsitzender) die VV Mehrarbeit und berieten die anwesenden VLW-Mitglieder aktiv.

Als Fazit lässt sich resümieren, dass die sehr gelungene und äußerst informative Veranstaltung für alle Beteiligten einen eindeutigen Informationszugewinn bedeutete. Der Ortsverband Kirn hofft auf eine Wiederholung im Herbst 2019.

Holger Hufer

Zu guter Letzt

Der VLW wünscht allen seinen Mitgliedern schöne und erholsame Weihnachtsferien!

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz
Ausgabe 1/2019 Mai 2019

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

70 Jahre VLW RHEINLAND-PFALZ

VLW feiert Jubiläum in Schloß Waldthausen mit Tag der kaufmännischen Schule 2019

Reform der Höheren Berufsfachschule

Landesregierung stärkt Erinnerungskultur

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß zur Reform der Höheren Berufsfachschule 3

70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz

VLW feiert Jubiläum mit Tag der kaufmännischen Schule in Schloß Wadthausen 4

Pressemitteilungen anlässlich des Tages der kaufmännischen Schule 6

Erinnerungskultur

Ministerium will Sozialkunde stärken - mehr Sozialkunde, mehr Erinnerung, mehr Europa 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler,
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Bernd Zinßius

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das inzwischen nicht mehr ganz so neue Jahr startete für den VLW mit einem Großereignis: dem 70-jährigen Jubiläum, das es natürlich zu feiern galt. Die Festveranstaltung im Rahmen des Tages der kaufmännischen Schule 2019 steht deshalb auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Wenn auch Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig leider kurzfristig absagen musste, konnten wir mit Staatssekretär Hans Beckmann und zahlreichen Referenten aus dem Bildungsmisterium dennoch viele Adressaten begrüßen, denen wir unsere Vorstellungen einer zeitgemäßen Bildungspolitik darlegen konnten. Diese Chance ließ sich unser Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß nicht entgehen.

Mit Prof. Dr. Philipp Harms von der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz konnten wir einen Experten für Außenwirtschaftspolitik gewinnen, dem mit seinem ebenso spannenden wie hochaktuellen Vortrag über den wieder um sich greifenden Protektionismus die Aufmerksamkeit des ganzen Auditoriums sicher war. Ein Fachvortrag auf diesem Niveau unterstreicht die Bedeutung eines „Tages der kaufmännischen Schule“. Interessante und gut besuchte Workshops zu aktuellen Themen der Bildungspolitik rundeten einen insgesamt gelungenen Tag ab.

Leider nicht so gut gelungen ist der uns seit kurzem vorliegende Entwurf der neuen Verordnung für die Höhere Berufsfachschule (HBF). Hier sehen wir noch reichlichen Bedarf für Nachbesserungen im Sinne unserer Kollegien und vor allem im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler. Details zu unserer Kritik verrät Ihnen Karl-Heinz Fuß in seinem Kommentar zum aktuellen Verordnungs-Entwurf.

Inzwischen sind auch noch Anhörungsvorlagen zur Lehrkräftearbeitszeitverordnung und zur VV Fort- und Weiterbildung auf unseren Schreibtischen gelandet, zu denen wir uns selbstverständlich auch im Interesse unserer Mitglieder positionieren. Darüber halten wir Sie in gewohnter Weise auf dem Laufenden. Am schnellsten geht das mit unserem Newsletter, den alle Mitglieder des VLW Rheinland-Pfalz beziehen können. Senden Sie einfach eine kurze E-Mail an folgende Adresse: info@vlw-rlp.de!

Für den Schuljahresendspurt und die nun anstehenden Prüfungen wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen viel Durchhaltevermögen und unseren Schülerinnen und Schülern viel Erfolg!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Warum die HBF-Reform ihr Ziel verfehlt

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Viele unsere Kolleginnen und Kollegen haben die Ankündigung der Reform der HBF vor einigen Jahren begrüßt, einige sogar gefordert. Hauptgrund dafür war die zunehmende Überforderung vieler HBF-Schülerinnen und -Schüler in den allgemeinbildenden Fächern, die bisher am Niveau der Fachhochschulreife (FHR) ausgerichtet waren. Die Hoffnung, dass mit der Reform zusätzliche Unterrichtsstunden verfügbar wären, um die Defizite der betroffenen Schülerinnen und Schüler auszumerzen, hat sich mit der Nachricht des verpflichtenden schulbegleitenden Praktikums jäh zerschlagen. Was blieb, war die Idee, den Assistenzbereich vom Fachhochschulreife-Unterricht zu trennen. Somit können die Stärkeren weiterhin auf FHR-Niveau beschult werden, während sich die anderen auf die niedrigeren Lernbausteine konzentrieren und dadurch mit guter Chance auf Erfolg den Abschluss der HBF als Assistentin oder Assistent anstreben können. So weit, so gut.

Der nun vorgelegte Verordnungsentwurf lässt die Idee, zumindest für die Fachrichtung Wirtschaft, jedoch wie eine Seifenblase zerplatzen:

Punkt 1: Schülerinnen und Schüler, die einmal für den FHR-Unterricht angemeldet sind, können sich nur selbst von diesem wieder abmelden. Für Lehrkräfte bzw. die Klassenkonferenz besteht keine Möglichkeit, nicht leistungsbereite oder -fähige Schülerinnen und Schüler, die oftmals die Stärkeren an ihrem Lernfortschritt hindern, aus dem FHR-Unterricht zu verweisen.

Punkt 2: Die Anzahl der erteilten Unterrichtsstunden im FHR-Unterricht entspricht der Stundentafel der dualen Berufsoberschule. Diese sieht in den Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, Naturwissenschaft und Sozialkunde weniger Unterricht vor als bisher in den kaufmännischen Fachrichtungen der HBF erteilt wurde. Tatsächlich wird aber mehr Unterrichtszeit benötigt, um die HBF-Schülerinnen und -Schüler zur FH-Reife zu führen.

Punkt 3: Die Leistungsfähigkeit der künftigen HBF-Schülerinnen und Schüler wird eher abnehmen als steigen. Dies liegt daran, dass die übergreifende Schulordnung dahingehend Änderungen erfahren hat, dass der Übergang nach der Klasse 10 in eine gymnasiale Oberstufe erleichtert wurde. Somit wird ein Teil der Schülerinnen und Schüler, die sich bisher für die HBF angemeldet haben, künftig am beruflichen Gymnasium anmelden. Dort werden sie zu den Schwächeren gehören, während an der HBF die starke Spitze wegbricht.

Punkt 4: Es gibt für Schülerinnen und Schüler in der Fachrichtung Wirtschaft kaum Gründe, weshalb sie sich nicht von Anfang an für den FHR-Unterricht anmelden sollten. Zum einen gibt es möglicherweise gar kein Ausweichangebot an ihrer Schule. Der Besuch der BF2 oder im günstigeren Fall einer Berufsschulklasse wären denkbare Alternativen, deren Unterrichtszeit dann jedoch in entsprechenden Bändern angelegt sein müsste. Zum anderen sieht die Verordnung vor, dass die Schülerinnen und Schüler, die den FHR-Unterricht besuchen, in den Zeugnissen der höheren Berufsfachschule eine Note bekommen, die um eine Notenstufe besser ist als die im FHR-Unterricht erreichte. Dies

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

betrifft sowohl die Halbjahreszeugnisse als auch die Jahreszeugnisse. Die Noten des FHR-Unterrichts werden separat in einem Zeugnis des Fachhochschulreife-Unterrichts ausgewiesen.

Die Wirkung einer solchen Regelung lässt sich leicht vorhersehen. Schülerinnen und Schüler werden weiterhin zu einem hohen Anteil den FHR-Unterricht besuchen. Die ursprüngliche Hoffnung, in diesem Unterricht ein höheres Niveau anbieten zu können, wird zerschlagen. Dass innere Differenzierung das Problem nicht lösen kann, haben unsere Kolleginnen und Kollegen bereits zur Genüge in der bisherigen HBF herausgefunden. Was bleibt, ist eine Reform, die dem Sparziel der Landesregierung dient, indem unterm Strich weniger Unterrichtsstunden gehalten werden als zuvor. Sie dient in dem vorgelegten Entwurf jedoch nicht unseren Schülerinnen und Schülern und ebenso wenig unseren Kolleginnen und Kollegen. Die Reform wird ihr Ziel deshalb weit verfehlen, wenn der Verordnungsentwurf nicht umgehend korrigiert wird.

70 Jahre VLW Rheinland-Pfalz
VLW feiert Jubiläum mit Tag der kaufmänischen Schule in Schloß Waldthausen

Hochrangige Gäste aus der Politik und aus der Verbandswelt sind der Einladung des VLW ins Schloß Waldthausen gefolgt, um zusammen mit den erschienenen Mitgliedern das 70-jährige Bestehen unseres Verbandes zu feiern. In Stellvertretung für Ministerin Dr. Stefanie Hubig, die leider verhindert war, kam Staatssekretär Hans Beckmann. Außerdem durfte Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß zahlreiche Referenten aus dem Ministerium sowie bildungspolitische Sprecher aus dem Landtag begrüßen. Unser Bundesverband BvLB entsandte den Bundesvorsitzenden Joachim Maiß, für den dbb Rheinland-Pfalz

Für seine engagierte Begrüßungsrede erntete Karl-Heinz Fuß anhaltenden Applaus der Anwesenden.

nahm der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Kettner an unserer Festveranstaltung teil und die befreundeten Lehrerverbände waren durch ihre Vorsitzenden vertreten.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte Karl-Heinz Fuß an die zahlreichen Neuerungen, mit denen sich der VLW in den vergangenen zehn Jahren (seit dem 60-jährigen Jubiläum) beschäftigt

Hochrangige Vertreter aus der Politik und aus der Verbandswelt gaben sich die Ehre und gratuliertem dem VLW zu 70 Jahren erfolgreiche Interessenvertretung.

und auseinandergesetzt hat. Erinnert sei nur an die Gründung des Pädagogischen Landesinstituts und des Instituts für Lehrergesundheit, die Reform der Berufsfachschule I, die Expertenkommission für die Perspektiven der BBSn und den Schulversich BS20. Seit einigen Jahren steht die Digitalisierung im Fokus, die uns sicher noch einige Jahre begleiten wird und die vermutlich die weitreichendsten Veränderungen der Beruflichen Bildung seit Langem hervorbringen wird.

Beim hochaktuellen Thema HBF-Reform erinnerte Karl-Heinz Fuß noch einmal daran, dass nicht zuletzt aufgrund unserer Intervention die Umsetzung der Reform um ein Jahr verschoben wurde. Aus heutiger Sicht ein Segen! Trotz prinzipieller

Würdigung der Verbandsarbeit: Thorsten Weber, Miriam Schmidle, Karl-Heinz Fuß und Mechthild Antony-Hatzfeld (v. l. n. r.) standen dem Moderator der Festveranstaltung, Michael Kostelnik, Rede und Antwort.

Zustimmung zum Reformgedanken ließ er keinen Zweifel daran aufkommen, dass der VLW die geplante Kürzung der Teilungsstunden im Berufsbezogenen Unterricht auf 360 Lehrerwochenstunden entschieden ablehnt und eine Nachbesserung der Stundentafel fordert. Um Wertigkeit und Akzeptanz der HBF gleichermaßen zu steigern, plädierte Karl-Heinz Fuß „an die Verantwortlichen, den Abschluss der HBF auch für eine duale Berufsausbildung anzuerkennen, z. B. als Teil 1 der Abschlussprüfung". Der kräftige Applaus machte deutlich, dass er vielen der Anwesenden aus der Seele sprach.

Den Jubelarien aus dem Bildungsministerium wegen der von 97,1 % (Schuljahr 2017/18) auf 97,2 % im laufenden Schuljahr gestiegenen Unterrichtsversorgung hielt Karl-Heinz Fuß entgegen,

Er begeisterte die Festgemeinde mit seinem Fachvortrag zum „neuen Protektionismus": Prof. Dr. Philipp Harms von der Universität Mainz

dass diese Zahlen keineswegs zufriedenstellen könnten. Deshalb wiederholte er die vom VLW schon seit langem erhobene Forderung, das Lehramt an BBSn attraktiver zu gestalten und insbesondere für das Studium der Wirtschaftspädagogik zu werben. Als kontraproduktiv brandmarkte Karl-Heinz Fuß in diesem Zusammenhang „die ständige

Sie verliehen dem Tag der kaufmännischen Schule 2019 mit ihren musikalischen Einlagen einen festlichen Rahmen: Ralf Klein (Klarinette) und Thorsten Weber (Klavier) von der BBS Wirtschaft Worms

Ausweitung unserer außerunterrichtlichen Aufgaben bei gleichzeitiger Reduzierung der Ferientage, wie es die neu vorgelegte VV Dienstordnung faktisch vorsieht".

Den Blick in die Zukunft richtend betonte Karl-Heinz Fuß die Bereitschaft des VLW, seinen Teil zum Erhalt insbesondere der Wahlschulbildungsgänge an den BBSn beizutragen. Der Verband sieht in diesen Bildungsgängen einen „Garant für die Aufstiegsmöglichkeiten in unserem Bildungssystem, auf die wir mit Recht stolz sein können. Es lohnt sich dafür zu kämpfen, dass es weiterhin für jeden Abschluss einen Anschluss gibt".

Mit Blick auf die die aktuelle bildungspolitische Diskussion bestimmende Digitalisierung warb Karl-Heinz Fuß dafür, bei der Umsetzung des DigitalPakts Schule nicht bei der technischen Aufrüstung der Schulen stehen zu bleiben. Diese sei zwar nötig, da vielerorts zunächst die infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Es reiche aber „bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen und gute pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden". Ebenso wichtig sei die Fortbildung der Lehrkräfte, die die junge Generation auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft vorbereiten sollen. Vor der geplanten Auslagerung der System- und Anwendungsbetreuung an externe Dienstleister hat Karl-Heinz Fuß ausdrücklich gewarnt. Die Entscheidung darüber, welche Teile der System- und Anwendungsbetreuung in externe Hände gegeben werden, solle bei den einzelnen Schulen bleiben.

Prof. Dr. Markus Böhner bot einen Workshop zur „Wirtschaftsdidaktik in Zeiten digitaler Chancen und Herausforderungen" an.

Petra Jendrich, Leiterin der Abt. 4A im Bildungsministerium, präsentierte ihre Vorstellungen von der Zukunft der BBS in Rheinland-Pfalz

Zum Abschluss seiner Rede warb Karl-Heinz Fuß bei den anwesenden Politikern und Ministeriumsvertretern noch einmal dafür, den Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers, nicht zuletzt angesichts seiner hohen gesellschaftlichen Relevanz, attraktiv zu halten. Neben einer angemessenen finanziellen Vergütung gehören dazu auch Rahmenbedingungen wie eine erträgliche Arbeitsbelastung und insbesondere für jüngere Kolleginnen und Kollegen lukrative Aufstiegsperspektiven. Allen Zuhörern sicherte er zu, dass der VLW sich auch weiterhin engagiert für die Belange seiner Mitglieder und für die Berufliche Bildung einsetzen werde.

Dr. Alexander Jatzko referierte zum „Umgang mit digitalen Medien aus neurobiologischer Sicht“.

Pressemitteilungen des VLW anlässlich des Tages der kaufmännischen Schule

VLW fordert Hälfte der Mittel aus dem DigitalPakt für die Berufsbildenden Schulen

Mit dem DigitalPakt Schule stellt der Bund den Ländern in den nächsten Jahren fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen ca. 240 Millionen auf Rheinland-Pfalz. Der VLW begrüßt den Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses, den der Bundesrat in seiner Sitzung am 15. März noch bestätigen muss[te]. Dieser zukunftsweisende Schritt reicht jedoch bei weitem nicht aus. Insbesondere die Berufsbildenden Schulen benötigen erhebliche Finanzmittel, um die Jugendlichen auf die digitalen Anforderungen des Arbeitsmarktes vorzubereiten.

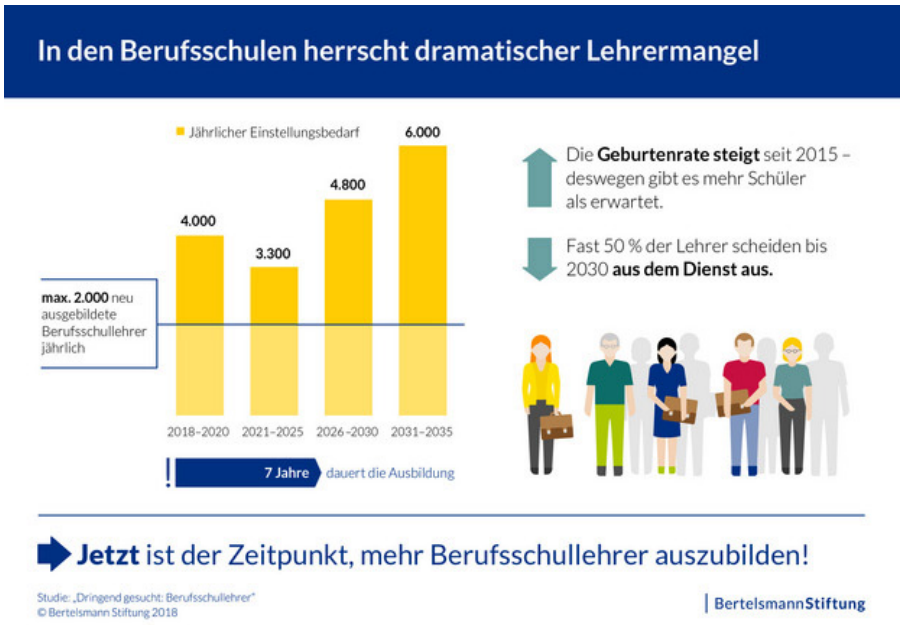
„Die Finanzmittel müssen nun endlich in die Schulen fließen“, fordert Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW und führt weiter aus: „Die technologische Ausstattung der Schulen ist aber nur der erste Schritt, dem weitere folgen müssen. In den Schulen müssen moderne Lernumgebungen geschaffen werden und es müssen gute pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien entwickelt werden. Es reicht bei weitem nicht aus, Laptops und Tablets in die Klassenräume zu stellen.“ Bei aller Begeisterung dürfe nicht vergessen werden, dass die Lehrkräfte nicht nur selbst mit den digitalen Medien umgehen können müssen. Insbesondere in den Berufsbildenden Schulen müssen die Schüler mit den sich immer weiter entwickelnden Möglichkeiten der neuen Technologien vertraut gemacht werden.

„Bei uns ist die Digitalisierung nicht nur Mittel zum Zweck, sondern Lerninhalt!“, erläutert Karl-Heinz Fuß und stellt klar, dass die Berufsbildenden Schulen mindestens die Hälfte der Mittel des DigitalPakts Schule benötigen, um eine zukunftsfähige Ausbildung der jungen Generation zu ermöglichen. Abschließend fordert Fuß: „Die Berufsbildenden Schulen müssen bei den Planungen des Landes einen besonderen Stellenwert erhalten, da sie Jugendliche für die Anforderungen des Arbeitsmarktes fit machen müssen!“

VLW fordert Landesregierung zum Handeln auf Attraktivität des BBS-Lehramtes muss dringend gesteigert werden

Der VLW fordert die Landesregierung auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, welche die Attraktivität des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen erhöhen. Andernfalls drohe ein Mangel an Lehrkräften mit beruflichen Fächern, was zur Folge hätte, dass die von der Wirtschaft händeringend gesuchten und benötigten Fachkräfte nicht mehr ausreichend qualifiziert werden könnten.

Der VLW-Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß führt dazu aus: „Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass es viel zu wenig Bewerber für das Lehramt an BBSn gibt, insbesondere solche, die ein berufliches Fach studiert haben. Vielfach entscheiden sich die Studenten nach ihrem Abschluss für ein Angebot aus der freien Wirtschaft. Insbesondere im Studiengang Wirtschaftspädagogik ist dieses Phänomen – leider – sehr häufig zu beobachten.“ Die Angebote aus der freien Wirtschaft, führt Fuß weiter aus, seien häufig lukrativer als der Schuldienst, zumal dort erst noch ein Vorbereitungsdienst (Referendariat) absolviert werden muss. „Dabei ist weniger



der Vorbereitungsdienst als solcher das Problem", erläutert Fuß, „sondern die dürftige Bezahlung während dieser Zeit. Gerade Interessenten für das Lehramt an BBS haben häufig bereits eine Familie zu ernähren. Das ist mit den Almosen während des Referendariats nicht zu stemmen."

Die Warnungen des VLW vor einem Mangel an Handelslehrern stießen bei der Landesregierung regelmäßig auf taube Ohren. Dort ging man lange Zeit von einem Überhang aus. Inzwischen sah man sich im Bildungsministerium gezwungen, den Quereinstieg für das Fach „Wirtschaft" zu öffnen. Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade diese so dringend benötigten Quereinsteiger, die oftmals über für BBSn unschätzbar wertvolle praktische Erfahrungen verfügen, ebenfalls mit den Anwärterbezügen abgespeist werden.

Der VLW fordert deshalb die Landesregierung auf, die Anwärterbezüge für das Lehramt an BBS, zumindest für Bewerber mit beruflichen Fächern, spürbar zu erhöhen. Darüber hinaus muss Schluss sein mit immer weiteren Belastungen, wie sie die geplante neue Dienstordnung vorsieht. Die angekündigte Erhöhung der Bezüge für Beamte in Rheinland-Pfalz um zwei Mal zwei Prozent in den kommenden beiden Jahren und die zugesagte Übernahme des [...] ausgehandelten Tarifabschlusses sind Schritte in die richtige Richtung. Um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern und der Wirtschaft bestehen zu können, muss dieser Weg allerdings konsequent weitergegangen werden.

„Die Forderungen unseres Verbandes werden auf eindrucksvolle Weise durch die von der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm bestätigt", erläutert Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Der Studie zufolge übersteigt der Bedarf an jährlich einzustellenden Berufsschullehrern die zu erwartende Zahl der Absolventen deutlich. Ursächlich dafür ist neben der hohen Anzahl an Pensionierungen bis zum Jahr 2035, dass sich viel zu wenig junge Menschen für ein Studium des Lehramtes an Berufsbildenden Schulen entscheiden."

„Zur Attraktivität des BBS-Lehramtes gehören auch realistische Aufstiegsperspektiven. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung der Regelbeförderung nach A 14 für Lehrkräfte an BBSn", unterstreicht Karl-Heinz Fuß und fährt fort: „Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Sorge des Dienstherrn um die Lehrergesundheit. Die Studie von Prof. Klemm weist völlig zurecht darauf hin, dass viel zu viele Lehrkräfte vorzeitig in den Ruhestand eintreten und zeigt gleichzeitig eine Lösungsmöglichkeit auf: Die Ausweitung und Erhöhung der Altersermäßigung, die wir ebenfalls seit Langem fordern."

VLW fordert erhebliche Ausweitung des Etats für Fortbildung der Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen

An den Berufsbildenden Schulen des Landes werden Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitschulen und in der Berufsschule für den Arbeitsmarkt ausgebildet. Die Berufsbildenden Schulen und ihre Lehrkräfte müssen sich deshalb auch dem ständigen Wandel der Anforderungen des Arbeitsmarktes stellen („Industrie 4.0", „Digitalisierung" usw.). Wichtig ist daher eine ständige und intensive Fortbildung der Lehrkräfte, nicht nur etwa in den MINT-Fächern. Die Schülerinnen und Schüler, insbesondere in der Berufsschule, erleben an drei Tagen in der Woche in ihren Betrieben ständig sich wandelnde Arbeitsbedingungen, auf die sie in der Berufsschule eigentlich vorbereitet werden müssten. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sollte für jede Lehrkraft eine ständige Fortbildung verpflichtend sein – und, Überraschung, das ist sie auch: Die Landesregierung hat dies vor drei Jahren gesetzlich verankert. Die Schulleitungen können seitdem ihre Lehrkräfte zur Teilnahme an Fortbildungen verpflichten. Täten sie dies, würde das System sofort zusammenbrechen, da die Ressourcen hierfür nicht ansatzweise ausreichen.

Der VLW fordert deshalb, dass das Fortbildungsangebot für die Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen ausgebaut wird. Das BBS-Team beim Pädagogischen Landesinstitut(PL) in Speyer – für die Fortbildungen im Lande zuständig – leistet hervorragende Arbeit, benötigt aber dringend zusätzliche Mittel, um dem gewachsenen Fortbildungsbedarf gerecht zu werden.

Weitere Beispiele für den erheblichen Fortbildungsbedarf sind:

- Von den ca. 350 staatlich anerkannten Ausbildungsberufen wurden in den letzten Jahren ca. 250 neu geordnet oder sind neu entstanden;
- Die berufsbezogene Fortbildung erfordert oft umfangreiche Kooperation mit Betrieben, Fachhochschulen und Universitäten („Duales Studium“).
- An der BBS befindet sich ein hoher Anteil an Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf (z. B. Geflüchtete ohne deutsche Sprachkenntnisse, Inklusionsschüler).
- Die IT-Fortbildung kann nicht auf Lehrkräfte beschränkt werden, die im IT-Unterricht eingesetzt sind. Die übrigen Fachlehrkräfte müssen sich ebenfalls entsprechende Kompetenzen in IT-Anwendungen aneignen, da diese auf breiter Front in den Unterricht in fast allen Fächern einbezogen werden sollen.

Auch außerhalb des PL-Fortbildungsinstitutes werden Fortbildungen angeboten und durchgeführt, etwa in Zusammenarbeit mit Betrieben oder Hochschulen. Auch für diese, in Eigenregie organisierten Fortbildungen, müssen die Mittel erheblich ausgeweitet werden, etwa im Zusammenhang mit dem Programm für die Selbständigkeit von Schulen („EQuL“).

Ministerium will Sozialkunde stärken – mehr Sozialkunde, mehr Gedenkarbeit, mehr Europa

Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretär Hans Beckmann hatten die Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfteverbände und Hauptpersonalräte zu einem wichtigen und – leider – aktuellen Thema ins Ministerium eingeladen. Beabsichtigt ist eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und die Stärkung der „Erinnerungskultur“ sowie die Erfahrung des Wertes von Europa (und Israel) durch Schülerbegegnungen und Austausch.

Alle Anwesenden haben die Pläne der Ministerin, der man ein persönliches Engagement durchaus anmerkte, positiv aufgenommen. Wobei einstweilen noch offen bleibt, wie eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichtes in den Sekundarstufen I und II organisatorisch durchgeführt werden kann (Ausweitung der Stundentafel oder Erhöhung des Sozialkundeanteils auf Kosten anderer Fächer?). In unseren Berufsbildenden Schulen muss natürlich gesondert vorgegangen werden. VLBS und VLW haben angeregt, anlässlich der BVJ-Reform in diesem Bereich zu beginnen.

Im Einzelnen sind folgende Maßnahmen geplant:

- Alle rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schüler sollen künftig mindestens einmal in ihrer Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder einen Lernort besuchen oder beschäftigen sich mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen.
- Verdoppelung der Förderung von Gedenkstättenfahrten.
- Neueinrichtung einer Servicestelle für Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut (PL).
- Schaffung von mehr Fortbildungsangeboten für Lehrkräfte.

Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

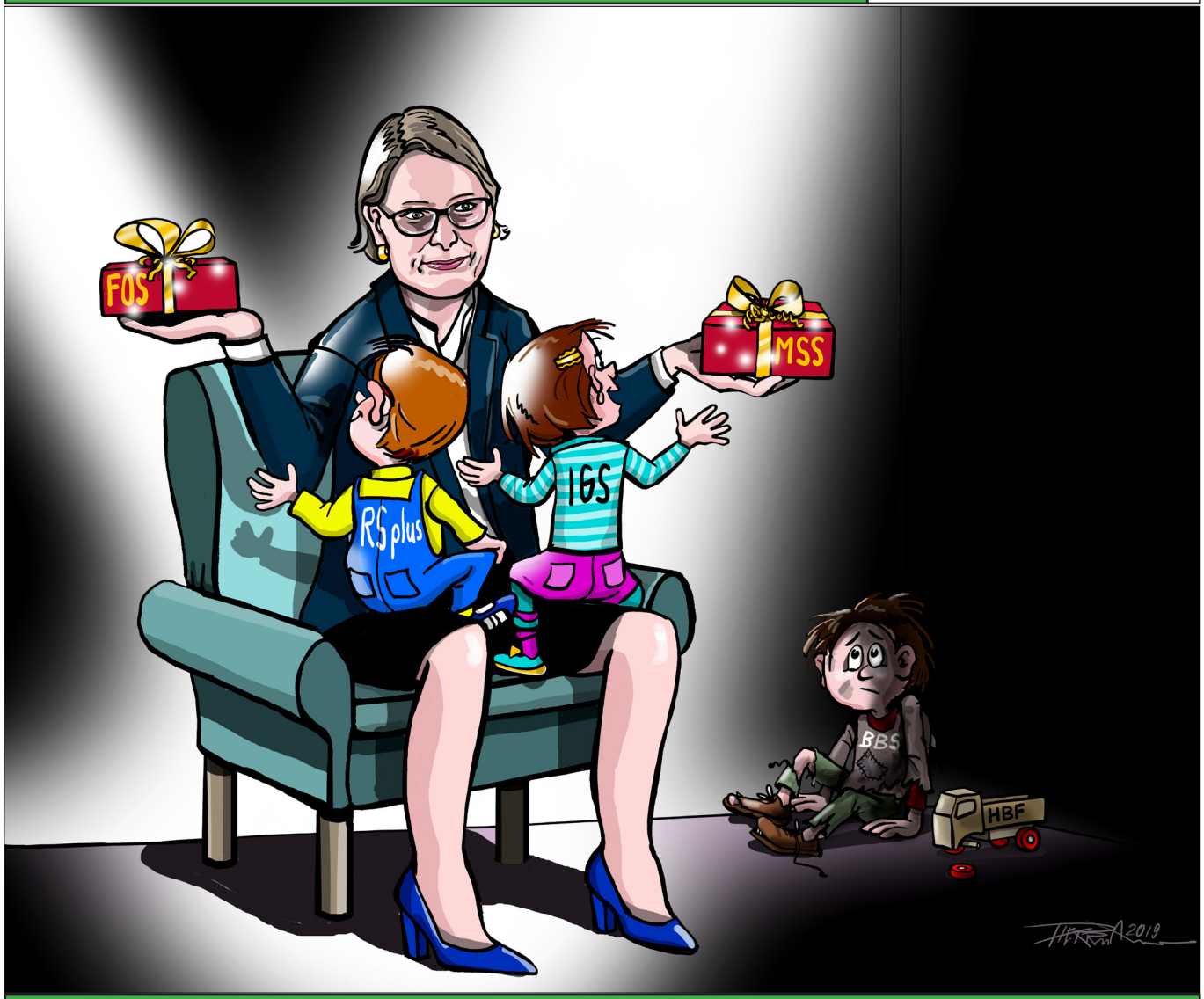
- Verpflichtende Besuche von Gedenkstätten für alle Anwärter und Anwärterinnen in den Seminaren.
- Kooperationsvereinbarung mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, die Studienfahrten für Lehrkräfte nach Israel ermöglicht.
- Neuerarbeitung der Sozialkunde-Lehrpläne in der Sekundarstufe II.
- Einrichtung einer Servicestelle für Demokratiebildung am PL.
- Ausbau und Intensivierung von Austausch- und Begegnungsprogrammen, besonders mit unserem Nachbarland Frankreich.
- Einführung eines „AzubiBac-Pro“ im Bereich der BBS, angelehnt an das deutsch-französische Abitur „AbiBac“.

Die Landesregierung schafft hier sehr positive Ansätze für eine Stärkung der Demokratiebildung, nicht nur im Fach Sozialkunde. Dass dafür eine Notwendigkeit besteht, ist wohl offensichtlich, betrachtet man die Stärkung von populistischen und rechtsradikalen Kräften in ganz Europa. Die Maßnahmen werden vielleicht nicht ausreichen, sind aber ein lobenswerter Anfang. Darüber waren sich alle Anwesenden einig. Weiter so!

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz
Ausgabe 2/2019 November 2019

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Nach dem Start der „neuen“ HBF: Schulische Funktionsträger im VLW diskutieren Probleme

Bildung in der digitalen Welt

VLW fordert Verbesserungen bei Lehrkräfte-Arbeitszeit

Mehr Mitsprache für Schülerinnen und Schüler - geplante Änderungen am Schulgesetz gehen zu weit

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß 3

Schulische Funktionsträger im VLW beraten über die Auswirkungen der HBF-Reform 4

Der VLW bezieht Stellung

Pressemitteilung zur System- und Anwendungsbetreuung und zur Koordination „Bildung in der digitalen Welt“ 5

Positionspapier: Lehrkräfte-Arbeitszeit jetzt deutlich verbessern! 6

Stellungnahme zu geplanten Änderungen am Schulgesetz 6

Aus den Orstverbänden

Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider als Ortsvorsitzender verabschiedet 7

Alzey: Hans Bitzer in den Ruhestand verabschiedet 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Spiel nicht mit den Schmuddelkindern“, so lautet der Titel unserer Karikatur auf dem Titelblatt, die sie auch auf unserem aktuellen Plakat wiederfinden. Wir sind es ja inzwischen gewohnt, dass der große Bereich der beruflichen Bildung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. Wenn in TV-Quasselrunden (sog. Talkshows) eifrig über Bildungspolitik diskutiert wird und die angeblich nur nach unten gegebene Durchlässigkeit sowie vermeintlich nicht vorhandene Aufstiegschancen beklagt werden, dann sitzt eine Gruppe regelmäßig nicht mit am Tisch: die Berufsbildner.

Ähnlich sieht das in der Politik aus. Obwohl inzwischen sogar die OECD den Wert der beruflichen Bildung erkannt hat, findet diese zumeist nur in den Sonntagsreden statt. Bei konkreten Entscheidungen fallen wir dann wieder hinten runter. Symptomatisch dafür ist die „Strategie für das digitale Leben“ des Landes Rheinland-Pfalz. In einer 68-seitigen Hochglanzbroschüre wird die berufliche Bildung schlicht und ergreifend nicht erwähnt.

Die gleiche Landesregierung nimmt dazu noch wenig Rücksicht auf bestehende, bewährte Strukturen bei der Einrichtung von Bildungsgängen. Anders lassen sich die in den vergangenen Jahren geschehene Ausweitung von IGSn, die nach und nach alle mit einer Oberstufe gesegnet wurden oder noch werden, und die Fehlallokation der FOS an die RS plus wohl kaum erklären.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir nicht müde werden, die Missstände anzuprangern und im konstruktiven Dialog mit der Politik nach sinnvollen und vor allem zielführenden Lösungen zu suchen. Wir bleiben am Ball! Wir kämpfen für eine starke BBS!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats / Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie ab sofort bitte an unsere neue Mitarbeiterin: ruth.jakob@t-online.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Es reicht! Lehrkräfte müssen dringend entlastet werden!

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Halbtagskraft, zwölf Wochen Ferien im Jahr, üppige Bezahlung – diese Schlagworte bestimmen noch immer manche Stammtischdiskussion zum Thema Schule und den in ihr Beschäftigten. Doch – und das zeigen Umfragen des Deutschen Beamtenbundes – sind solche Äußerungen und Denkweisen inzwischen seltener geworden. Es hat sich herumgesprochen, dass die Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer an ihrem Arbeitsplatz Schule schon immer hoch waren und in den letzten Jahren und Jahrzehnten weiter angestiegen sind.

Ahnungslose Kritiker sehen hierbei nur das Unterrichtspensum, die sogenannte „gebundene Arbeitszeit". Auch in den Schulministerien wird gerne auf diese Sicht der Dinge zurückgegriffen, ist sie doch bequem und einfach zu verstehen. Macht man sich jedoch die Mühe, die „ungebundene Arbeitszeit", also das Arbeitspensum außerhalb des Unterrichts, mit einzubeziehen, werden die Missstände schlagartig deutlich. Wie aktuell dieses Thema ist, zeigen folgende Entwicklungen:

Eine ganze Reihe von rechtlichen Vorschriften, die in diesem Jahr in Kraft getreten sind, konkretisieren die Pflichten von Lehrkräften. So beschreibt beispielsweise die neue *Dienstordnung* sehr deutlich Aufgaben, die über den Unterricht hinaus zu vollbringen sind. Die *VV Mehrarbeit* regelt die Verpflichtung, Vertretungsstunden zu halten, und die anstehende Änderung des *Schulgesetzes* beschreibt neben der Erweiterung der Eltern- und Schülerrechte die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit.

Ebenso trat in diesem Jahr die Neufassung der *Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung* in Kraft. In der Anhörung hat der VLW u. a. die Reduktion des Wochenstundendeputats und die Erhöhung der Kopfpauschale, auch bekannt als 3/6-Pauschale, gefordert. Mit Blick auf die Vielzahl der zusätzlichen Belastungen, die von den Lehrkräften im Vergleich zu früheren Jahren bewältigt werden müssen, sind diese Forderungen keinesfalls abwegig.

Die Integration von Zugewanderten, die Inklusion von Behinderten sowie die weiterhin zunehmende Heterogenität unserer Schülerinnen und Schüler erfordern differenzierte Konzepte, deren Erstellung mit hohem Aufwand verbunden ist. Individuelle Förderung und Beratung lässt sich kaum rationalisieren. Was wir brauchen, ist schlichtweg mehr Zeit, um unseren Beruf in guter Qualität und mit Professionalität auszuüben.

Anstatt Entlastungen zu ermöglichen, kommen jedoch weitere Belastungen hinzu. Die Drei-Tage-Bereitschaft zum Ende der Sommerferien, die Umsetzung des Digitalpakts, die Stärkung der Demokratiebildung und die Bildung für

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

nachhaltige Entwicklung sind nur einige Beispiele, welche die gestiegenen Belastungen deutlich werden lassen.

Das Maß ist jedoch bereits mehr als voll. Es wird nun höchste Zeit, die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass professionelles Handeln in guter Qualität möglich ist, ohne dass sich Lehrkräfte auf Kosten ihrer Freizeit oder gar Gesundheit selbst ausbeuten. Der VLW appelliert deshalb an die Politik, die Entlastung von Lehrkräften nicht auf den St.-Nimmerleinstag zu verschieben und bereits heute in die Wahlprogramme für 2021 aufzunehmen. Denn Qualität gibt es nicht zum Sparpreis!

Gewerkschaftstag des dbb in Mainz

Sie vertraten den VLW auf dem dbb-Gewerkschaftstag am 14./15. Mai 2019: Andreas Seehaus, Kurt Flöck, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)

Was lange währt, ist längst nicht gut ...

Schulische Funktionsträger im VLW beraten über die Auswirkungen der HBF-Reform

Michael Lutz, Schriftführer im Landesvorstand

Am 22. August traf sich in den Räumen der BBS Bingen der Kreis der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger im VLW Rheinland-Pfalz. Unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld wurden insbesondere Probleme bei der Konzeption und bei der Umsetzung der Reform der Höheren Berufsfachschule (HBF) diskutiert. Deutlich wurde eine große Unzufriedenheit über den Stand der Umsetzung, fehlende Fortbildungs- und Koordinationsveranstaltungen und nicht zuletzt unzureichende Unterstützung durch das Ministerium und die ADD.

Eine Fülle von Fragen und Unklarheiten wurde angesprochen. So ging es im Einzelnen um

- die unterschiedlichen Praktikumsmodelle (Nachweis der abgeleisteten Stunden, Zulassung zur Prüfung) etc.

- die, bedingt durch fehlende oder unzureichende Vorgaben, erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Schulen, was insbesondere die Notengebung und das Praktikum anbelangt. Schulwechsel werden dadurch erschwert. Die Schulleitungen sollen die Schülerinnen und Schüler informieren, die versprochene Handreichung fehlt bislang (trotz erheblichen zeitlichen Vorlaufs und zweier Jahre HBF-Reform mit sechs „Pilotschulen").

- Unterschiede bei der Genehmigung des „standortspezifischen Unterrichts" durch die Referentinnen und Referenten der ADD.

Der Landesvorstand des VLW hat sich mit den Anregungen und Unmutsäußerungen beschäftigt und setzt sich für eine Lösung der Probleme und Klärung der offenen Fragen ein. Auch unsere Vertreter im Hauptpersonalrat BBS, Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler, werden diese und andere Punkte (zum wiederholten Male) direkt im Bildungsministerium ansprechen.

Gewünscht wurde vom Kreis der Teilnehmer auch ein verstärkter Austausch über die bisher durchgeführten Abschlussprüfungen bei den Pilotschulen (für unseren Bereich ist das die Ludwig-Erhard-Schule Neuwied).

Positiv registriert wurde, dass sich die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr in der HBF stabilisiert zu haben scheinen.

Eine weitere Forderung aus der Runde betrifft die notwendige Einführung und Lizensierung einer ERP-Software. Dies sollte durch das Land geschehen, damit nicht jede einzelne BBS jährliche Lizensierungsgebühren aufbringen muss.

Zum Schluss des regen Meinungsaustausches wurden noch die Themen „Digitale Bildung" und „neue Dienstordnung" angesprochen. Allgemein wird eine Verschlechterung oder zumindest Verlangsamung des direkten Service für die Kolleginnen und Kollegen bei Alltagsproblemen mit der EDV befürchtet. Auch herrscht noch erhebliche Unsicherheit bei der Position des EDV-Koordinators. Viele Schulen haben diese Frage auf das nächste Schuljahr verschoben.

Der VLW wird weiterhin eine Vermittlerfunktion einnehmen, um wichtige Fragen in der Umsetzung der Bildungspolitik zwischen den Schulen und dem Bildungsministerium zu klären.

Die Reform der Höheren Berufsfachshcule bleibt das Aufregerthema. In einem intensiven Austausch diskutierten die im VLW organisierten schulischen Funktionsträger über die Auswirkungen und (noch) nicht gelöste Probleme der Reform.

Der VLW bezieht Stellung

Pressemitteilung zur System- und Anwendungsbetreuung und zur Koordination „Bildung in der digitalen Welt“

In fast allen berufsbildenden Schulen sind heute vielfältige und funktionierende EDV-spezifische Unterrichtsnetze installiert. Sie wurden größtenteils in schulischer Eigeninitiative mit zum Teil erheblicher unbezahlter Mehrarbeit von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern eingerichtet und betreut. Diese Kolleginnen und Kollegen verdienen unseren besonderen Dank, denn Sie haben mit dazu beigetragen, die berufliche Bildung frühzeitig an die Erfordernisse der digitalen Bildung heranzuführen.

Teilweise kümmern sich diese Lehrerinnen und Lehrer in den berufsbildenden Schulen neben ihrer pädagogischen Arbeit um eine komplexe Netzarchitektur und garantieren so – trotz minimalistisch bemessener Anrechnungsstunden – eine schulalltägliche Netzsicherheit.
Wer auf diese schulinterne Netzkompetenz in Zukunft nicht verzichten will, braucht praktikable Modelle der System- und Anwendungsbetreuung, um die Sicherheit und Funktionalität der Schulnetze nicht zu gefährden.

Der VLW begrüßt, dass das Ministerium für Bildung in Rheinland-Pfalz die KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ unterstützt und die Bedeutung und Notwendigkeit der System- und Anwendungsbetreuung in den berufsbildenden Schulen wertschätzt. Die Erhöhung der zur Verfügung gestellten Gelder ist – vor dem Hintergrund, dass unsere Schulen in den vergangenen Jahren mit der rasanten technischen Entwicklung bei den digitalen Medien nicht mithalten konnten – ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fördermittel des Bundes zum Breitbandausbau und zum DigitalPakt sind deshalb dringend erforderlich, um unsere Schulen auf den aktuellen Stand zu bringen.

Entscheidung zur System- und Anwendungsbetreuung muss in Händen der Schulen bleiben!

Für die berufsbildenden Schulen ist es nun von essentieller Bedeutung, dass die aufgebauten Systeme nahtlos weiterentwickelt werden können. Damit das entsprechende Know-how genutzt werden kann, benötigen die Schulen weiterhin die Option für Anrechnungsstunden, die sie den Anwendungsbetreuerinnen und -betreuern zukommen lassen können. Externe Dienstleister können lediglich unterstützend und ergänzend hinzugezogen werden.

Deshalb wehrt sich der VLW vehement gegen die strikte Vorgabe, dass unseren Schulen nur noch Mittel für externe Dienstleister zur Verfügung gestellt werden sollen. Denn dies führt faktisch dazu, dass die Schulen auf den schulinternen Stundenpool (3/6-Pauschale) zugreifen müssen, der für pädagogische und weitere besondere Aufgaben gedacht ist und dringend benötigt wird!

Koordinierung für „Bildung in der digitalen Welt“ darf nicht zwingend von Schulleitung abgekoppelt werden!

Der VLW begrüßt die Zuweisung von Anrechnungsstunden für die Koordination der digitalen pädagogischen Konzepte und Medien. Allerdings stößt es bei uns auf Unverständnis, dass diese Aufgabe nur von Kolleginnen und Kollegen übernommen werden darf, die nicht der Schulleitung angehören. Längst ist in den meisten berufsbildenden Schulen eine elaborierte EDV- und Netzwerkkompetenz vorhanden, die in den Geschäftsverteilungsplänen der Schulleitungen ihren Niederschlag findet. Es bedeutet für eine Schule einen massiven Rückschritt, wenn Personen, die sich oft seit vielen Jahren mit den digitalen Systemen an ihren Schulen befassen, diese Aufgabe nun abgeben müssen. Vielmehr muss aus Sicht des VLW die Entscheidung darüber, wer an einer Schule die Koordinierung übernimmt, von der Schule selbst, im Rahmen ihrer Eigenständigkeit, getroffen werden.

Der VLW fordert:

- die verbindliche und auskömmliche Finanzierung der System- und Anwendungsbetreuung,
- die Entscheidungsfreiheit der Schulen bei der Organisation der System- und Anwendungsbetreuung,
- einen täglich verfügbaren Support, der auch kurzfristige Störungen vor und während der Unterrichtszeit beseitigt,
- die Gewährleistung der Datensicherheit,
- die Besetzung der Koordinatorenstelle „Bildung in der digitalen Welt“ in eigener Verantwortung der Schulen unter Mitwirkung des Personalrats.

Positionspapier
Lehrkräfte-Arbeitszeit jetzt deutlich verbessern!

Aktuell wird die Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung des Landes Rheinland-Pfalz neu gefasst. In den zurückliegenden Jahren haben die außerunterrichtlichen Aufgaben für Lehrkräfte, z. B. durch EQuL, erheblich zugenommen. Gleichzeitig ist der Anspruch an die Unterrichtsvor- und nachbereitung gestiegen: Individuelle Förderung, Inklusion, Beschulung von Flüchtlingen und die damit verbundene erforderliche Differenzierung sind nur einige Beispiele, die die gestiegene außerunterrichtliche Belastung aufzeigen. Trotzdem ist die so genannte geregelte Arbeitszeit von 24 Wochenstunden an berufsbildenden Schulen konstant hoch geblieben. Hinzu kommen der zunehmende Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmethoden und immer mehr Verwaltungsaufgaben, welche die Lehrkräfte vor zusätzliche Herausforderungen stellen, deren Bewältigung einen zeitintensiven Arbeitseinsatz erfordert.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, fordert der VLW neben der Reduzierung des Wochendeputats neue angepasste Regelungen der zugeteilten Anrechnungsstunden. Die zu erledigenden Aufgaben müssen bewältigbar sein, um einer krankmachenden Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen vorzubeugen.

Der VLW fordert:

- die Senkung des Regelstundenmaßes an berufsbildenden Schulen auf 21 Wochenstunden je 45 Minuten,
- die Erhöhung der Altersermäßigung: ab dem 60. Lebensjahr 1 Stunde, ab dem 62. Lebensjahr 2 Stunden, ab dem 64. Lebensjahr 3 Stunden,
- eine deutliche Verbesserung der Schulleitungspauschale um landesweit weitere 250 Stunden,
- die Anpassung der 3/6-Pauschale, um rückläufige Kollegenzahlen an einer Schule zu kompensieren. Die Arbeit bleibt gleich, auch wenn die Klassen weniger werden!
- eine gestaffelte Entlastung für die Koordinatoren für die Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in Abhängigkeit von den Schülerzahlen. Die derzeitige Regelung, bei der jede Schule unabhängig von der Größe eine Anrechnungsstunde erhält, benachteiligt die großen berufsbildenden Schulen!

Stellungnahme zu geplanten Änderungen am Schulgesetz

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat einen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vorgelegt, der sich derzeit in der Anhörung befindet. Der VLW Rheinland-Pfalz hat sich hierzu wie folgt geäußert.

Neben begrüßenswerten Änderungen sind leider auch einige bedenkliche Regelungen geplant, bei denen wir Nachbesserungen fordern. So soll in § 6 (Begriff der Schule) die Nutzung von digitalen Lehr- und Lernsystemen sowie Netzwerken als regulärer Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit festgeschrieben werden. Diese Formulierung kann unseres Erachtens zu Missverständnissen führen, da es wie eine Verpflichtung klingt. Dieser kann jedoch noch nicht in vollem Umfang entsprochen werden, da sich die Entwicklung digitaler Lehr- und Lernsysteme noch in einem frühen Stadium befindet. Vieles ist noch nicht ausgereift, gar nicht verfügbar oder noch sehr teuer, was insbesondere auf Anwendungen für den berufsbildenden Bereich zutrifft. Deshalb schlagen wir hier eine Kann-Formulierung vor, die es den Schulen ermöglicht, digitale Lehr- und Lernsysteme sowie Netzwerke als regulären Bestandteil der Erziehungs- und Unterrichtsarbeit zu nutzen.

Die Festschreibung im Gesetz ist, auch wenn sie eine längst laufende Entwicklung nur nachzeichnet, sinnvoll, da somit geregelt ist, dass es sich bei den entsprechenden Medien um Lehrmittel handelt, die prinzipiell vom Schulträger zu finanzieren sind.

Die Regelung, Lehrkräfte in Schularten einzusetzen, für die sie nicht ausgebildet wurden und für die sie über keine Lehramtsbefähigung verfügen, lehnt der VLW entschieden ab. Eine solche Regelung stellt die schulartbezogene Lehramtsausbildung insgesamt in Frage und schwächt das Profil jeder einzelnen Schulart. Eine Feststellung der Eignung durch die Schulbehörde sieht der VLW ebenso wenig als hinreichend an, denn dabei werden erfahrungsgemäß lediglich persönliche Merkmale betrachtet und die Fachlichkeit für die jeweilige Fakultas nicht berücksichtigt. Der VLW fordert deshalb die Streichung dieses Absatzes.

Die weitreichendste geplante Änderung betrifft die Ausweitung der Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler, die analog zu den Beteiligungsrechten des Schulelternbeirats (§ 40 SchulG) gefasst werden sollen.

Die Fülle der Maßnahmen, die dadurch der Anhörung, der Benehmensherstellung oder gar der Zustimmung durch die Versammlung der Klassensprecherinnen und -sprecher bedürften, ließe sich im schulischen Alltag nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand bewältigen. Somit ist zu befürchten, dass dies zur Verzögerung oder gar Lähmung der schulischen Entwicklung führte. Der VLW fordert deshalb, die Beteiligung auf Ebene des Schulausschusses, in dem die Schülerinnen und Schüler vertreten sind, zu belassen.

Aus Sicht des VLW sollten Schulentwicklungspläne (§ 91 SchulG) auch das jeweilige Profil (bei berufsbildenden Schulen beispielsweise die Form der Bildungsgänge und deren Fachrichtungen) berücksichtigen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wenn aus kommunalpolitischen Erwägungen durch neue Bildungsangebote Konkurrenz zu bereits bestehenden Einrichtungen erzeugt wird. Als Beispiel lässt sich die Ausweitung von Fachrichtungen der Fachoberschulen an RS plus nennen.

Aus den Ortsverbänden

Idar-Oberstein: Karl-Heinz Schneider als Ortsvorsitzender verabschiedet

Karl-Heinz Schneider (l.) und sein Nachfolger Mario Passannante

In der Mitgliederversammlung des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein am 4. Juni 2019 wurde der langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Idar-Oberstein Karl-Heinz Schneider in würdigem Rahmen verabschiedet. Karl-Heinz Schneider trat mit Ende des Schuljahres 2018/2019 in den wohlverdienten Ruhestand ein.

Karl-Heinz Schneider, der dem Ortsverband Idar-Oberstein fast 20 Jahre mit Erfolg vorstand, war für seine Kolleginnen und Kollegen, den Bezirks- und den Landesvorstand stets ein verlässlicher, kompetenter und sehr engagierter Ansprechpartner in vielerlei dienstrechtlichen und bildungspolitischen Fragestellungen, zuletzt im Zusammenhang mit der Fusion der beiden berufsbildenden Schulen in Idar-Oberstein. Karl-Heinz Schneider gehörte zuletzt auch dem örtlichen Personalrat der fusionierten BBS Idar-Oberstein an. Als stellvertretender Vorsitzender des örtlichen Personalrats leistete er durch seine vermittelnde und verbindliche Art einen wichtigen Beitrag zur Integration der Kollegien der beiden fusionierten Schulen. Die hohe Akzeptanz und Wertschätzung, die Karl-Heinz Schneider im Ortsverband und im Kollegium der BBS Idar-Oberstein genießt, spiegelte sich u. a. auch darin wider, dass fast der gesamte Ortsverband der Einladung zu seiner Verabschiedung gefolgt ist.

Für das langjährige treue Engagement im VLW dankte Kurt Flöck im Namen des Vorstands des VLW-Bezirksverbands Koblenz und des VLW-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß.

Als Nachfolger von Karl-Heinz Schneider wurde Mario Passannante einstimmig zum neuen Vorsitzenden des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein gewählt. Kurt Flöck, der als Bezirksvorsitzender an der Versammlung teilnahm, gratulierte dem neuen Vorsitzenden ganz herzlich zur Wahl und wünschte ihm bei der Führung der Amtsgeschäfte viel Freude und einen guten Erfolg.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung informierte Kurt Flöck über aktuelle dienstrechtliche, bildungspolitische und verbandsinterne Themen, die die Kolleginnen und Kollegen zu einer angeregten Diskussion nutzten.

Kurt Flöck

Ortsverbandstreffen der BBS Alzey
Hans Bitzer in den Ruhestand verabschiedet – Größere Anstrengungen bei Umsetzung der Digitalisierung gefordert

In gemütlicher Runde trafen sich Mitglieder und Freunde des Ortsverbands Alzey zum Sommertreffen, um über aktuelle bildungspolitische Entwicklungen zu diskutieren. Die Reform der höheren Berufsfachschule, die neue Dienstordnung und die Initiative „Bildung in der digitalen Welt“ standen als Themen im Fokus.

Es bestand Einigkeit darin, dass die neugestaltete HBF kein Sparmodell werden darf, sondern genügend Raum für die differenzierte Förderung der Schülerinnen und Schüler bieten muss. So dürfe es nicht sein, dass künftig weniger Unterrichtsstunden für die berufsübergreifenden Fächer zur Verfügung stehen. Ebenso müsse es genügend Ressourcen für die Praktikumsbetreuung, ähnlich wie an der Fachoberschule, geben.

Zur Neufassung der Dienstordnung berichtete Karl-Heinz Fuß, dass in der Einigungsstelle ein tragbarer Kompromiss zur umstrittenen Ferienregelung gefunden werden konnte. Diese soll nun lauten: „Soweit und solange dies für die organisatorische und pädagogische Vorbereitung des neuen Schuljahres erforderlich ist und rechtzeitig vorher angekündigt wurde, hat die Lehrkraft innerhalb der letzten drei Ferientage vor Unterrichtsbeginn des neuen Schuljahres *in der Regel an einem Tag* in der Schule Dienst zu leisten. Einzelheiten regelt die Schulleiterin oder der Schulleiter.“

Karl-Heinz Fuß (r.) verabschiedet Hans Bitzer nach 35 aktiven Dienstjahren in den Ruhestand.

In der ursprünglich vorgelegten Fassung war die ganze letzte Sommerferienwoche für dienstliche Zwecke vorgesehen. Dagegen haben sich die Personalräte aller Schularten erfolgreich gewehrt. Nachdem diese auch die Drei-Tage-Regelung abgelehnt haben, entstand der genannte Kompromiss.

Für die Umsetzung der „Bildung in der digitalen Welt“ sieht der Ortsverband Alzey noch große Schritte als erforderlich an. Wenn künftig die Anwendungsbetreuung an einen externen Dienstleister gegeben werden soll, dann muss sichergestellt sein, dass ein erforderlicher Support schnell und zeitnah möglich ist. Die 3/6-Pauschale könne kein Ersatz dafür sein, wenn der Schule die Stunden für die Anwendungsbetreuung gestrichen werden. Für die Einführung neuer pädagogischer Konzepte auf Basis digitaler Medien genügt es nicht, neue Hard- und Software anzuschaffen, sondern es müssen auch umfassende Fortbildungen angeboten werden. Des Weiteren muss über das schulische Beratungssystem durch das Pädagogische Landesinstitut (PL) eine umfassende Unterstützung gewährleistet sein. Nur so kann es gelingen, dass unsere Schulen die neuen Möglichkeiten nutzen können, die sich durch die Digitalisierung bieten.

Mit den besten Wünschen wurde Hans Bitzer, der auf 35 aktive Dienstjahre an der BBS Alzey zurückblicken kann, von den Mitgliedern des Ortsverbands in den Ruhestand verabschiedet. Karl-Heinz Fuß würdigte die gemeinsame Zeit an der BBS Alzey, in der Hans Bitzer durch sein Engagement für den Lehrersport und durch seine freundschaftliche und zuverlässige Art zum positiven Klima im Kollegium beigetragen hat. Seine Unterstützung des damaligen ÖPR bei der Gestaltung des Schulneubaus ist nur ein Beispiel für seinen aktiven Einsatz und seine Fähigkeit, konstruktive Kritik zu äußern. Als Symbol dafür, dass für den künftigen Pensionär nun gemütlichere Zeiten anbrechen dürfen, überreichte Karl-Heinz Fuß einen Gutschein vom Café Mandala in Kirchheimbolanden.

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz
Ausgabe 1/2020 Juni 2020

VLW
VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

Schule im Ausnahmezustand - wie geht es weiter?

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Jenseits des Kabels - Berufsbildungskongress 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß 3

Der VLW bezieht Stellung

Resolution des Landesvorstands: VLW fordert zeitnahes Konzept für Beschulung im kommenden Schuljahr 4

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Petra Jendrich, Leiterin der Abteilung 4A im Bildungsministerium 5

Gespräch mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände 7

Gespräche mit Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen 7

Aus dem Bundesverband

Jenseits des Kabels - Berufsbildungskongress 2019 in Berlin 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Foto auf dem Cover: Henning Fleck, Ludwig-Erhard-Schule Neuwied

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

deutlich später als geplant halten Sie nun die neueste Ausgabe des VLW kompakt in Ihren Händen. Aber in den vergangenen drei Monaten hat uns ein kleines Virus gelehrt, dass unsere Planungen das eine sind und die Umsetzung das andere. Wir alle mussten umdenken und neue Wege finden, um miteinander in Kontakt zu bleiben.

Dass das „neuartige Corona-Virus“ mit Namen Sars-CoV-2 auch uns im Landesvorstand des VLW ganz schön in Atem gehalten hat, können Sie an der Vielzahl unserer Veröffentlichungen in den letzten drei Monaten ablesen. Zu Beginn der Schulschließung gab es fast täglich neue Meldungen aus dem Bildungsministerium oder von der ADD, auf die wir (meistens jedenfalls) umgehend reagiert haben. In sieben Pressemitteilungen, zwei Positionspapieren und schließlich einer Resolution haben wir unsere Positionen dargelegt und zusammen mit weiteren Informationen in insgesamt 13 Newslettern zu Ihnen nach Hause transportiert.

Dabei mussten wir allerdings feststellen, dass wir - genauso wie die meisten Schulen bei der technischen Ausstattung - noch etwas Luft nach oben haben, denn noch längst nicht alle unsere Mitglieder beziehen den Newsletter. Wenn Sie das ändern möchten, schreiben Sie uns einfach eine kleine E-Mail an folgende Adresse: info@vlw-rlp.de. Dann sind auch Sie künftig immer topaktuell informiert über die Aktivitäten Ihres VLW!

Auf viele unserer Veröffentlichungen bekamen wir Rückmeldungen von Ihnen, liebe Mitglieder. Dabei waren sowohl bestärkende als auch kritisch hinterfragende Äußerungen. Für beides möchte ich mich im Namen des Landesvorstands an dieser Stelle herzlich bedanken. Es tut einfach gut, wenn die eigene Arbeit wahrgenommen und wertgeschätzt wird.

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: ruth.jakob@t-online.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Die Infektionsgefahr nicht kleinreden

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Ankündigung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und von Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig, nach den Sommerferien wieder den regulären Präsenz-Schulbetrieb aufzunehmen, kann man als Bestreben werten, möglichst schnell wieder zur Normalität zurückzukehren. Klar muss jedoch sein, dass es längst nicht mehr so sein wird wie in der Zeit vor dem Corona-Lockdown.

Die Vorstellung, dass alle Schülerinnen und Schüler wie zuvor nach Stundentafel in Präsenz unterrichtet werden können, unterliegt gewissen Voraussetzungen, wenn wir einer neuen Infektionswelle nicht Tür und Tor öffnen wollen. Zwangsläufig werden wir auch weiterhin konsequent die Hygieneregeln einhalten müssen. Da erscheint es geradezu grotesk, dass der Mindestabstand aufgegeben werden soll. Ob es stattdessen eine Maskenpflicht im Klassensaal geben wird, wird derzeit noch diskutiert.

Eine große Bedeutung hat nach Meinung der Experten jedenfalls das Lüften der Räume. Die Schulträger müssen oft erst noch die Möglichkeit schaffen, damit die Fenster vollständig geöffnet und nicht nur gekippt werden können. Des Weiteren soll eine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler vermieden werden. Folglich sollten die Klassen nicht gleichzeitig in die Pause gehen, um möglichst wenigen Mitschülern aus anderen Klassen zu begegnen. Innerhalb der berufsbildenden Schulen kann dies organisatorisch zwar realisiert werden. Was passiert jedoch außerhalb des Schulgebäudes? Wie verhalten sich die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zur Schule und wieder nach Hause? Werden sie die geforderten Abstände im öffentlichen Nahverkehr einhalten können? Was ist mit Auszubildenden, z. B. im Einzelhandel, die im Betrieb mit vielen Menschen in Kontakt kommen? All die Fragen machen deutlich, dass das Risiko des Aufflammens von Neuinfektionen bestehen bleibt, und zwar mindestens so lange, bis ein wirksamer Impfstoff gegen COVID-19 verfügbar ist.

Das Zurückverfolgen der Infektionskette, das systematische Testen betroffener Personen, die verordnete Quarantäne für einzelne Klassen und möglicherweise die temporäre Schließung von kompletten Schulen sind Maßnahmen, um Hotspots gezielt zu bekämpfen. Klar ist, dass in einem solchen Fall der Fernunterricht wieder ein Thema sein wird. Die begonnenen Schritte zur Digitalisierung müssen deshalb unbedingt weitergeführt werden.

Und nicht wegzudiskutieren ist die Gefahr für unsere Kolleginnen und Kollegen, sich in Ausübung des Dienstes mit COVID-19 zu infizieren. Der Dienstherr muss deshalb alles dafür tun, dass diese Gefahr auf ein Minimum reduziert wird. Sollte es dennoch zu einer Infektion kommen, so läuft diese hoffentlich glimpflich ab. Bei einem schweren Verlauf jedoch, der gar zur Dienstunfähigkeit führt, ist dies aus Sicht des VLW ohne Wenn und Aber als Dienstunfall anzuerkennen. Es kann nicht sein, dass dieses Risiko vom Dienstherrn auf uns Kollegen und Kolleginnen abgewälzt wird.

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

Vorankündigung:

Landesdelegiertenkonferenz und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

momentan gibt es zwar keine Gewissheit, dass Veranstaltungen in gewohnter Weise stattfinden können, dennoch müssen wir als Landesvorstand den Blick in die Zukunft werfen. Deshalb planen wir, am **2. November 2020** eine **Landesdelgiertenversammlung** durchzuführen, auf der der Landesvorstand neu gewählt und die Listen für die HPR- und BPR-Wahlen im Mai 2021 aufgestellt werden. Bitte denken Sie in Ihren Ortsverbänden schon einmal darüber nach, wer als Delgierte(r) in Frage kommt!

Der nächste **Tag der kaufmännischen Schule** soll am **8. März 2021** in Trier stattfinden. Bitte merken Sie sich beide Termine schon einmal vor!

Der VLW bezieht Stellung

Resolution des Landesvorstands des VLW Rheinland-Pfalz: VLW fordert zeitnahes Konzept für Beschulung im kommenden Schuljahr

Der VLW lobt ausdrücklich die hervorragende Kommunikation zwischen dem Bildungsministerium, der ADD, den Verbänden und den Personalräten seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie. Dadurch konnten viele drängende Fragen zügig beantwortet werden, wenngleich es noch nicht auf alle Fragen Antworten gab und gibt. Wir freuen uns über die Wertschätzung, die den Lehrkräften in dieser schwierigen Zeit entgegengebracht wird. Jedoch wird in der Öffentlichkeit gerne übersehen, mit welchen Zusatzbelastungen unser systemrelevanter Beruf zurzeit konfrontiert wird. Vereinzelt wird aus reiner Effekthascherei Lehrerschelte betrieben und dabei durch Herauspicken von negativen Einzelfällen gleich die ganze Lehrerschaft verunglimpft. Der VLW begrüßt deshalb, dass Ministerium und ADD die außerordentlichen Leistungen von Schulleitungen und Lehrkräften anerkennen. Des Weiteren bedankt sich der VLW für die Erfüllung vieler vorgetragener Forderungen, deren Bedeutung wir den Schulbehörden aufzeigen konnten. Als Beispiele seien hier das Absehen von der Präsenzpflicht der Lehrkräfte während der Schulschließung, die Einführung des landesweiten Videokonferenzsystems, die Freiheit der Schulen für individuelle Beschulungspläne und auch die Ausstattung der Lehrkräfte mit wiederverwendbaren Schutzmasken genannt.

Zwischenzeitlich wird deutlich, dass der Ausnahmezustand durch COVID-19 auch das kommende Schuljahr betreffen wird und es deshalb erforderlich ist, dafür die entsprechenden Planungen vorzunehmen und Vorbereitungen zu treffen. Ziel muss es sein, dass unter der Bedingung eines bestmöglichen Gesundheitsschutzes für alle Beteiligten ein effektiver und effizienter Unterricht erteilt werden kann, an dem alle Schülerinnen und Schüler teilhaben. Der VLW formuliert dazu die folgenden Anforderungen.

Umsetzung des Hygieneplans

Wichtigste Voraussetzung für die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes ist die Einhaltung der Hygieneregeln an den Schulen. Damit die vorgegebenen Abstände eingehalten werden können, darf die Zahl der Personen im Schulbetrieb nicht zu hoch sein. Entsprechende Wegeführungen nach dem Einbahnstraßenprinzip und zeitversetzte Pausen sind adäquate Mittel, um das Ansteckungsrisiko zu reduzieren. Darüber hinaus muss aber auch sichergestellt sein, dass die Schulträger mit Unterstützung des Landes in erforderlichem Umfang Desinfek tionsmittel bereitstellen. Zudem muss der Arbeitseinsatz des Reinigungspersonals aufgestockt werden, damit Türklinken, Tische und Toiletten mindestens einmal täglich desinfiziert werden können. Der VLW schlägt vor, Eltern und Schülerinnen und Schüler mittels geeigneter Medien, wie beispielsweise YouTube-Clips, für die Hygieneregeln zu sensibilisieren.

Umsetzung des DigitalPakts beschleunigen und dabei keinen Schüler zurücklassen

Da nicht alle Schülerinnen und Schüler im Präsenzunterricht beschult werden können, muss die Infrastruktur für den Online-Unterricht unverzüglich ausgebaut werden. Dabei kommt es neben dem Breitbandausbau darauf an, dass sämtliche Schülerinnen und Schüler über Online-Medien erreichbar sind. Das Verleihen von Endgeräten sehen wir als einen richtigen Schritt. Dieser ergibt jedoch nur Sinn, wenn die Betroffenen zu Hause auch über einen leistungsfähigen Internetanschluss sowie einen Drucker verfügen. Auch hierbei muss der Staat unterstützend eingreifen, wenn sich Haushalte dies nicht leisten können.

Unser Dienstherr setzt dabei als selbstverständlich voraus, dass die Lehrkräfte an ihrem heimischen Arbeitsplatz so mit Hard- und Software ausgestattet sind, wie es für einen effektiven Online-Unterricht erforderlich ist. Dies geschieht bis jetzt allein auf Kosten der Beschäftigten, die sich hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit dann auch noch mit den Finanzbehörden auseinandersetzen dürfen. Deshalb fordern wir nachdrücklich Ausstattungsbeihilfen des Landes für die Kolleginnen und Kollegen!

Wir halten es für zielführend, Präsenz- und Online-Unterricht miteinander zu verknüpfen. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Lehrkräfte nicht zusätzlich zu ihren gehaltenen Stunden Online-Unterricht anbieten müssen. Die technische Ausstattung der Schulen muss so gestaltet sein, dass sich Schülerinnen und Schüler von zu Hause oder von den Ausbildungsbetrieben aus am Präsenzunterricht beteiligen können. Dies sollte durch das vom Land in Aussicht gestellte Videokonferenzsystem möglich sein. Darüber hinaus müssen die Klassenräume mit entsprechenden Monitoren ausgestattet werden.

Die Lernplattform Moodle muss auch bei einer großen Zahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern stabil laufen, was während der Zeit der Schulschließung leider nicht gewährleistet war. Ein elektronisches Klassenbuch ergänzt die Digitalausstattung im Klassensaal und bietet die Möglichkeit, Einblick zu nehmen, welche Themen im Unterricht bearbeitet wurden und wann kommende Leistungsfeststellungen anstehen. Von den Lehrkräften kann aber nicht dauerhaft erwartet werden, dass sie so nebenher auch noch didaktisch aufbereitete Lehrmaterialien für den Online-Unterricht erstellen. Hier ist das Land gefordert, entsprechende Lizenzen zu erwerben und den Schulen zur Verfügung zu stellen. Ebenso sind Nachverhandlungen bei den Gesamtverträgen der Bundesländer mit den Rechteinhabern zur Vervielfältigung an Schulen erforderlich. Es mutet seltsam an, dass eine eingescannte Schulbuchseite zwar per E-Mail an Schüler verteilt werden darf, nicht aber über eine Lernplattform.

Lehrkräfte aus Risikogruppen schützen und Zusatzbelastungen minimieren

Lehrkräfte und solche mit Angehörigen im selben Haushalt, die bei einer Ansteckung durch COVID-19 besonders gefährdet wären, sollen weiterhin von zuhause aus ihren Dienst verrichten dürfen. Von dort aus können sie über die Lernplattform Moodle und ein Videokonferenzsystem Online-Unterricht anbieten.

Die Lehrkräfte im Präsenzunterricht müssen sich auf Ihre Kernaufgabe, nämlich die Erteilung von Unterricht, konzentrieren können und dürfen nicht durch eine Unmenge an zusätzlichen Aufgaben überlastet werden. Die Verwaltungsvorschrift „Aufsicht an Schulen“ ermöglicht auch den Einsatz von Schülerinnen und Schülern zur Aufsichtsführung, wodurch Lehrkräfte entlastet werden können. Solange zum Präsenzunterricht zusätzlich Online-Unterricht erteilt werden muss, ist dies voll auf das Deputat anzurechnen. Es kann nicht sein, dass Lehrkräfte doppelten Unterricht leisten müssen. Das Land muss dafür gegebenenfalls zusätzliches Lehrpersonal einstellen. Ebenso erwarten wir, dass die momentan vielgelobten Lehrkräfte, die durch Präsenz- und Online-Unterricht doppelt belastet sind und durch ihr großes Engagement dafür sorgen, dass das Bildungssystem in der momentanen Krisensituation nicht zusammenbricht, spätestens im übernächsten Schuljahr durch eine zeitweise Absenkung ihres Deputates entlastet werden.

Durch die wirtschaftlichen Verwerfungen der COVID-19-Pandemie steht zu erwarten, dass für das kommende Ausbildungsjahr weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen werden und auch, dass Auszubildende ihren Ausbildungsplatz verlieren werden. Aus Sicht des VLW wäre es fatal, diese Situation dafür auszunutzen, unterbesetzte Bildungsgänge an einzelnen Standorten zu schließen. Gerade jetzt ist es wichtig, dass Ausbildungsplätze in der Fläche erhalten werden!

Der VLW fordert entschlossenes Handeln

Die Erfüllung dieser Forderungen in dieser oder einer ähnlichen Form sieht der VLW als Voraussetzung dafür, dass das kommende Schuljahr gelingen kann, ohne dabei einzelne Schülerinnen und Schüler zurückzulassen oder Lehrkräfte zu überfordern. Die Beschleunigung der Umsetzung des DigitalPakts hilft uns gleichzeitig dabei, den Anschluss an die ausbildende Wirtschaft herzustellen und Schule fit zu machen für die Bildung für das digitale Leben. Somit kann es gelingen, aus dieser Krisensituation etwas Gutes für alle hervorzubringen, ohne die Gesundheit der Beteiligten zu gefährden. Damit dies gelingt, sind jetzt zeitnahe Weichenstellungen unabdinglich, auch wenn diese zusätzliches Geld kosten. Berufliche Bildung ist eine Investition in die Zukunft und darf keinesfalls wirtschaftlichen Erwägungen geopfert werden!

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gemeinsam im Einsatz für die berufliche Bildung - Der VLW im Gespräch mit Abteilungsleiterin Petra Jendrich (Bildungsministerium)

In der Reihe unserer Gespräche mit Akteuren der beruflichen Bildung trafen sich Vertreter des VLW Rheinland-Pfalz nun zum ersten Mal mit der Abteilungsleiterin der Abteilung 4A im Bildungsministerium, Petra Jendrich, zum Gedankenaustausch. In einer von Offenheit und gegenseitigem Interesse geprägten Gesprächsatmosphäre wurde schnell deutlich, dass in den Zielen eine große Übereinstimmung vorliegt und dass die Konfliktlinien eher in der Frage der konkreten Umsetzung liegen.

Aus ihrer Zeit in Bremen kennt Petra Jendrich die Situation, dass die berufliche Bildung ein Stückweit kämpfen muss, um ihre Gleichwertigkeit mit der allgemeinen Bildung zu verdeutlichen. Auch wenn es in Rheinland-Pfalz eine eigene Abteilung für die BBS gibt – was nicht in allen Ländern Standard ist –, hat sie schnell feststellen müssen, dass auch hierzulande ein unermüdlicher Einsatz für die berufliche Bildung angesagt ist, damit deren Belange ihrer Bedeutung entsprechend wahrgenommen werden.

Im Gespräch mit Petra Jendrich vertraten Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler sowie Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.) die Postitionen des VLW

Karl-Heinz Fuß erläuterte zunächst die größten Probleme aus Sicht des VLW. Leider gibt es immer wieder Anlass zu der Sorge, dass die berufliche Bildung unter die Räder zu kommen droht, was durch unser aktuelles Plakat („Spiel nicht mit den Schmuddelkindern") trefflich ausgedrückt wird. Besonders bedrohlich wirkt der zunehmende Bedeutungsverlust der Fachlichkeit, der sich nicht nur in Lehrplänen abspielt, sondern durch die Konkurrenzsituation mit IGSn und RSn-plus verstärkt wird. Es ist eine zunehmende Tendenz zu beobachten, auch schwächere Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, was zwangsläufig zu einem Absinken des Niveaus bei gleichzeitig größer werdender Heterogenität führt. Der Markenkern der BBS, junge Menschen fachlich zu qualifizieren, damit diese gut gerüstet in eine Berufsausbildung starten können, muss aus Sicht des VLW unbedingt erhalten bleiben.

Diesem Ansinnen schließt sich die Abteilungsleiterin grundsätzlich an, betont jedoch, dass aus ihrer Sicht, z. B. in der Berufsschule oder in der HBF, die Fachlichkeit nicht zu kurz komme und dass in Schulformen wie der BFI andere Kompetenzen im Mittepunkt stünden. Sie habe lernen müssen, dass es in Rheinland-Pfalz – abgesehen von den Kammerprüfungen – keine zentralen Abschlussprüfungen gibt. Hier schlägt sie eine stärkere Kooperation der BBSn mit den umliegenden Zubringerschulen vor, in denen diese auch Vereinbarungen über erwartete Kompetenzen treffen können. Ein gutes Verhältnis zu den Zubringerschulen liegt auch im Interesse der BBSn, erläutert Karl-Heinz Fuß für den VLW, beklagt jedoch, dass der bundesweit einzigartige Sündenfall der Verlagerung der FOS an die RS-plus das einst gute Verhältnis mit diesen nachhaltig belastet, da eine neue und überflüssige Konkurrenzsituation entstanden ist.

Einen weiteren Schwerpunkt der Unterredung bildete die HBF-Reform. Dirk Mettler legte hier die Position des VLW dar, dass diese noch nicht als gelungen angesehen werden kann. Prinzipiell ist es zwar begrüßenswert, dass die HBF einen Doppelabschluss (Assistentenabschluss sowie FH-Reife) ermöglicht, die in diesem Zusammenhang gemachten Versprechen wurden aber zum großen Teil nicht eingehalten. Eine Differenzierung der Schülerschaft nach angestrebtem Abschluss findet de facto kaum statt, sodass das Heterogenitätsproblem in den Kursen bestehen bleibt. Außerdem wirkt es sich problematisch aus, dass die zur FH-Reife führenden Lernbausteine nicht versetzungsrelevant sind und dass es – leider nicht nur theoretisch – möglich ist, die FH-Reife zu erlangen, obwohl die Lernbausteine des Assistentenabschlusses vernachlässigt werden, die quasi das Fundament bilden.

Einigkeit bestand in der Auffassung, dass der Assistentenabschluss der HBF eine höhere Anerkennung vonseiten der Betriebe verdient hätte. Petra Jendrich bedauerte, dass die Kammern den HBF-Bildungsgang zwar prinzipiell als Berufsausbildung anerkennen würden, sich ihrerseits aber außerstande sehen, dies auch von den Betrieben zu verlangen. Dirk Mettler regte in diesem Zusammenhang die Reaktivierung der Anrechnungsverordnung an. In dieser könnte verankert werden, dass der Assistentenabschluss als Zwischenprüfung bzw. Abschlussprüfung I anerkannt werden muss. Das würde die Attraktivität dieses Bildungsganges enorm steigern.

Einem von der Landesdirektoren-Konferenz gewünschten Belohnungssystem steht Petra Jendrich prinzipiell offen gegenüber. Der VLW erinnerte in diesem Zusammenhang an seine Forderung, für Lehrkräfte an BBSn die Regelbeförderung nach A 14 wieder einzuführen.

Jürgen Hatzfeld appellierte an die Abteilungsleiterin, sich in Sachen Mehrarbeitsverordnung für eine Sonderregelung für BBSn einzusetzen, da es diesen im Flächenland Rheinland-Pfalz besonders schwer fällt, qualifizierte Vertretungslehrkräfte für die beruflichen Fächer zu finden, was zu einem inakzeptabel hohen Unterrichtsausfall gerade in diesen Fächern führt.

Abschließend bedankte sich Karl-Heinz Fuß für die Vertreter des VLW bei Petra Jendrich für das konstruktive Gespräch, das – auch darüber waren sich alle Beteiligten einig – bald fortgesetzt werden soll.

Duale Berufsausbildung stärken, dem Fachkräftemangel begegnen - Der VLW im Gespräch mit der Landesvereinigung der Unternehmerverbände (LVU)

Eine große Schnittmenge der Positionen zeigte sich beim Gedankenaustauch zwischen den Vertreterinnen der LVU, Frau Anne Drost und Frau Anne Körr[1)], sowie den Vertretern des VLW Rheinland-Pfalz, Karl-Heinz Fuß und Michael Lutz. So lässt sich der Forderungsbroschüre des LVU u. a. entnehmen, dass die duale Berufsausbildung gestärkt werden muss. Dazu soll sie „...im Bewusstsein der Gesellschaft und insbesondere der Eltern als gleichwertiger Karriereweg..." aufgewertet werden. Mindeststandards für fachliche und soziale Kompetenzen sollen als Voraussetzung für die Ausbildungsreife sichergestellt werden. Und die Ausstattung der Schulen soll personell, materiell und finanziell verbessert werden. Die Mittel aus dem DigitalPakt Schule sollen zügig zum Einsatz kommen. Dies sind alles Positionen, die der VLW unterstützt.

Das Thema Landesfachklassen erzeugte jedoch Anlass zur Diskussion. So sehen die Vertreterinnen des LVU die Ausbildungsqualität in einer Landesfachklasse eher gewährleistet. Michael Lutz vom VLW wies jedoch darauf hin, dass die Konzentration der Berufsschulausbildung auf wenige Standorte die BBSn im ländlichen Raum schwächt. Wenn die Berufsschule nicht in der Nähe ist, gehen in der Region Ausbildungsplätze verloren, wie die Erfahrung gezeigt hat.

Der VLW zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion: Martin Brandl MdL, Anke Beilstein MdL, Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld, Guido Ernst MdL (v. l. n. r.)

Zur Stärkung der HBF warb Karl-Heinz Fuß dafür, den staatlichen Assistentenabschluss durch die Kammern bzw. Ausbildungsbetriebe anzuerkennen, zumindest als ersten Teil der Abschlussprüfung einer dualen Ausbildung. Dies würde Doppelungen vermeiden und die HBF-Absolventen schneller zum Abschluss der Berufsausbildung führen, was im Prinzip eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten darstellen würde.

LVU und VLW eint die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung. Dass diese im Mittelpunkt stehen muss, darin waren sich die Gesprächsteilnehmer ebenso einig wie darüber, dass der Dialog regelmäßig fortgeführt werden soll.

[1)] Frau Anne Drost vertritt in der LVU die Bereiche Bildung und SCHULEWIRTSCHAFT, Frau Anne Körr die Bereiche Wirtschaftspolitik und Bildung.

Der VLW im Gespräch mit Bündnis 90/Die Grünen: Karl-Heinz Fuß, Daniel Köbler MdL, Dirk Mettler, Jürgen Hatzfeld (v. l. n. r.)

Im Dialog mit der Politik - Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie der CDU

Regelmäßig sucht der VLW den Kontakt zu Bildungspolitikern der Landtagsfraktionen, um auf aktuelle Probleme an den BBSn hinzuweisen sowie seine Positionen zu aktuellen Themen darzulegen. Im Februar führte eine Delegation des VLW Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen sowie mit der CDU. In diesen Gesprächen wurde die Sorge um die Qualität der beruflichen Bildung thematisiert. Fehlende Bildungsstandards in den Zubringerschulen begünstigen, dass die jungen Menschen, die in den BBS-Sektor aufrücken, immer größere Defizite aufweisen, die bis zu den elementaren Kulturtechniken reichen.

Weitere Themen waren die aus Sicht des VLW noch nicht zufriedenstellende Reform der HBF, der Erhalt der BBS in der Fläche, der Dauerbrenner Unterrichtsversorgung und der fehlende Nachwuchs für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Durch die Kontaktbeschränkungen infolge der Sars-CoV-2-Pandemie wurde die Gesprächsreihe unterbrochen. Der VLW strebt eine baldige Fortsetzung der Gespräche mit Vertretern anderer Landtagsfraktionen an.

Aus dem Bundesverband

Jenseits des Kabels – Berufsbildungskongress 2019 in Berlin

Gigabit für alle, leistungsstarkes W-LAN in allen Klassenräumen, „Bring your own device“ (BYOD) und Cloudtechnologie – davon war häufig die Rede an den beiden Tagen des Berufsbildungskongresses, den unser Bundesverband BVLB in den Räumen des „dbb-forums“ an der Berliner Friedrichstraße vorbildlich organisiert hatte. Für unseren Bundesvorsitzenden Joachim Maiß stehen diese Begriffe aber für das, worüber gar nicht mehr geredet werden müsse. Der Digitalpakt soll – spätestens – diese Voraussetzungen schaffen. Doch wofür?

- Wie sehen digitale Konzepte für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik aus?
- Welche gesellschaftliche Rolle übernehmen berufliche Schulen in einer digitalisierten Gesellschaft?
- Für welche Berufswelt müssen berufliche Schulen künftig ausbilden?
- Und wie soll die Lehrerfort- und -weiterbildung als Voraussetzung für eine gelingende Digitalisierung aussehen?

Diese Fragen sollten auf dem Kongress behandelt und möglichst auch beantwortet werden. Für den VLW Rheinland-Pfalz nahmen neben dem Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß noch Bernd Zinssius, Björn Jacobs und Michael Lutz teil.

Glenn Gonzales, Chief Technology Officer (CTO) bei SAP Deutschland, führte in das Thema „Chancen und Grenzen von künstlicher Intelligenz als Assistent im Klassenzimmer“ ein und zeigte, wie weit KI mittlerweile den Alltag dominiert.

Und Prof. e. h. Wilhelm Bauer, Geschäftsführender Leiter des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), gab zur Einführung „Einblicke in die Arbeitswelt von morgen und übermorgen“.

In zahlreichen Foren wurden danach die Fragestellungen vertieft und – zumindest ansatzweise – beantwortet. Themen dieser Foren waren u.a. „Alles ist im Wandel – Trial und Error“, „Warum wir auch in der digitalen Schule noch Lehrerinnen und Lehrer brauchen“, „Berufliche Schulen digitalfest machen“, „Multiprofessionelle Teams bilden“, „Die Lehrerrolle in der digitalen Welt“, „Classroom-Management und digitaler Unterricht“, „24/7 für Lehrkräfte – die klassische Lehrerarbeitszeitverordnung hat ausgespielt“. Die Leiterin der Abteilung 4A – Berufsbildende Schulen – im Mainzer Bildungsministerium, Petra Jendrich, hielt darüber hinaus einen Vortrag in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Hauptausschusses Berufliche Bildung der KMK über „Aktuelle Aspekte und Arbeitsfelder der KMK“.

Der Kongress war mit insgesamt ca. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern mehr als „ausverkauft“, was die Themensetzung im Nachhinein bestätigt hat. Unter den perfekten Bedingungen des dbb-forums wurde eine Mischung aus grundsätzlichen und praxisnahen Themen behandelt. Wie immer bei solchen Gelegenheiten war der Meinungsaustausch außerhalb der Themenforen von großem Wert für alle Teilnehmenden. Der Bundesverband hat diese Veranstaltungen vorbildlich organisiert und durchgeführt. Die Ergebnisse werden in „Handlungsempfehlungen für den digitalen Unterricht“ münden, über die wir an dieser Stelle noch berichten werden.

Angemerkt: Der DigitalPakt soll möglichst schnell Lücken schließen und die Voraussetzungen für „digitalen Unterricht“ schaffen. Wie dringend das nötig ist, haben die vergangenen Monate schmerzlich deutlich gemacht. Die Versäumnisse der Vergangenheit, angefangen von technischen Unzulänglichkeiten, fehlender und unzureichender Systembetreuung und nicht ansatzweise ausreichenden Fortbildungsmöglichkeiten, sind jetzt deutlich zutage getreten. Es wird höchste Zeit, dass den Sonntagsreden konkrete Taten folgen!

Michael Lutz

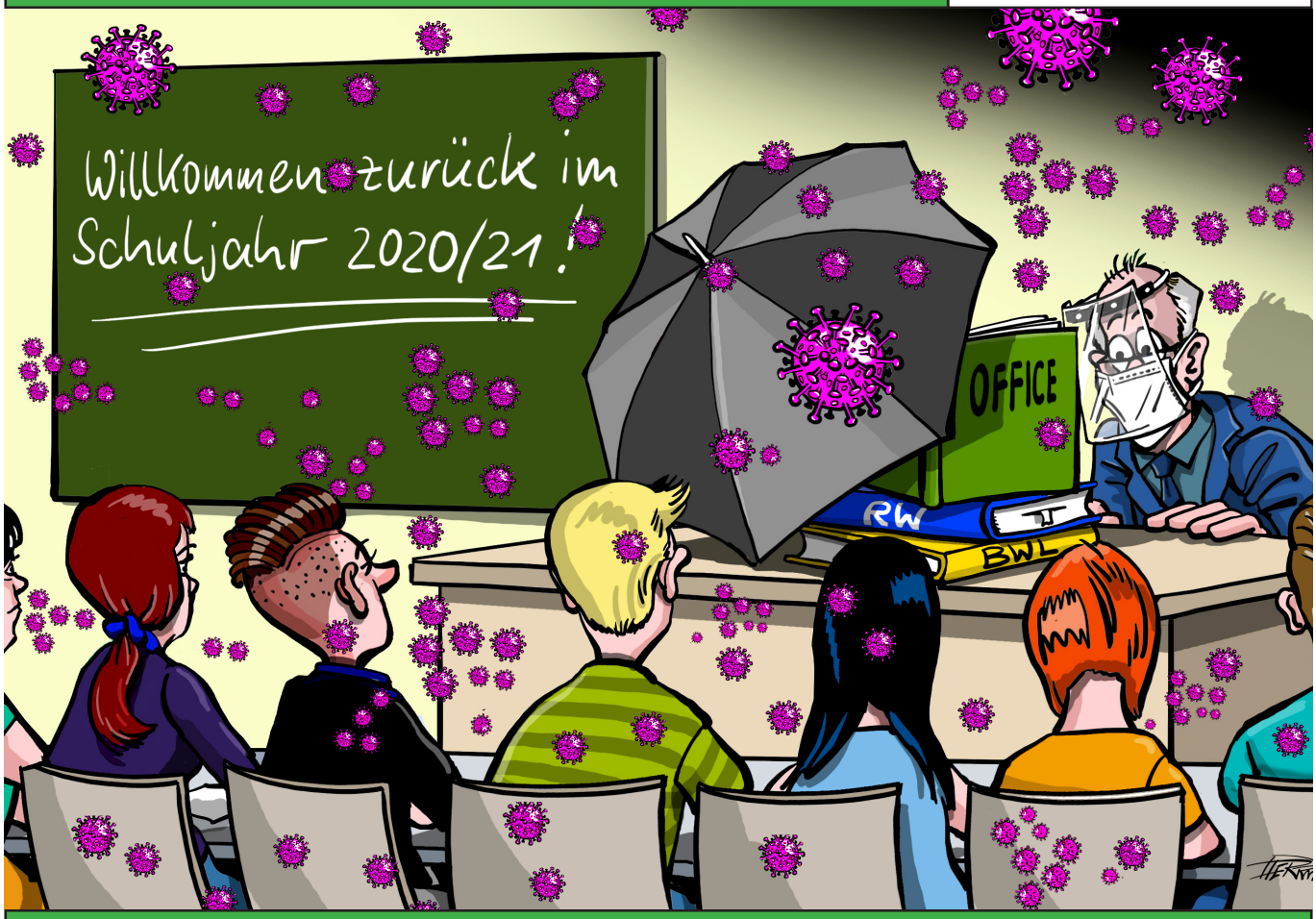
Gemeinsam in Berlin: Harry Wunschel (l.), Vorsitzender des vlbs Rheinland-Pfalz, und Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2020 November 2020

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Regelbetrieb um jeden Preis?

„Recht auf Bildung“ versus „Recht auf Gesundheit“?

Der VLW im Gespräch mit Ministerin Dr. Hubig

und mit der SPD-Landtagsfraktion

Neue Bezirksvorsitzende in Rheinhessen

Abschied in Bad Kreuznach

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß 3

Der VLW im Gespräch mit Akteuren der Berufsbildung

Gespräch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig 4

Gespräch mit Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion 5

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksversammlung Rheinhessen wählt neue Bezirksvorsitzende 6

Nachrufe

Der VLW trauert um Heinrich Günster, Dietrich Birke und Elisabeth Pollak 7

Aus den Ortsverbänden

OV Bad Kreuznach: Theo Vogt in den Ruhestand verabschiedet 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Idee zu der Karikatur auf der Titelseite hatte ich gleich zu Beginn der Sommerferien, als klar war, dass wir ins neue Schuljahr im Regelbetrieb starten sollten. Die Situation, wie wir sie zu Beginn dieses Schuljahres angetroffen haben, dürfte einigermaßen getroffen sein. Einzig die Virendichte war im August wahrscheinlich nicht so hoch, wie in der Karikatur dargestellt. Heute sind wir von dieser Darstellung gar nicht mehr so weit entfernt, wenn man mal davon absieht, dass die Schülerinnen und Schüler mittlerweile Mund-Nasen-Bedeckungen tragen.

Heute, da ich diese Zeilen schreibe, herrscht in zu vielen Klassenräumen immer noch eine drangvolle Enge. Möglicherweise ist das dann, wenn Sie diese Zeilen lesen, bereits anders. Das wäre zumindest zu wünschen, denn das hieße, dass man im Bildungsministerium unserer massiv erhobenen Forderung, angesichts der Pandemie-Entwicklung in den rollierenden bzw. – wo das schon möglich ist – in einen Hybridunterricht zu wechseln, endlich nachgegeben hat. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass noch längst nicht jeder von dieser Vorstellung begeistert ist. Genau genommen kenne ich niemanden, der nicht am liebsten in einer vollständigen Lerngruppe live und in Farbe unterrichtet. In der derzeitigen Lage kommt es aber nicht darauf an, in welchem Unterrichtssetting wir uns am wohlsten fühlen. Es gilt, eine gesunde und verantwortbare Balance zwischen dem inflationär bemühten „Recht auf Bildung“ und der Fürsorgepflicht unseres Dienstherren für uns Lehrkräfte zu finden.

Wie Sie in diesem VLW kompakt lesen können, lassen wir wirklich keine Gelegenheit aus, unsere Forderungen anzubringen. Es ist manchmal schon erschreckend, wie vorhersehbar die Antworten sind. Aber wie sagt ein bekanntes Sprichwort: Steter Tropfen höhlt den Stein. Deshalb bleiben wir am Ball. Darauf können Sie sich verlassen!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:
ruth.jakob@t-online.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Berufsbildende Schulen brauchen ein eigenes Krisenmanagement

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Die Infektionszahlen schießen durch die Decke und dennoch hält das Ministerium am Präsenzunterricht für alle fest. Die Verschärfungen der 12. Corona-Bekämpfungsverordnung, durch die neben Reisebranche und Gastronomie u. a. auch Fitness- und Kosmetikstudios vorübergehend schließen müssen, treffen Teile unserer Wirtschaft hart. Dass die Schulen im vollen Präsenzbetrieb weiterlaufen, erscheint vor diesem Hintergrund widersinnig.

Auch wenn das Ministerium, unterstützt von Experten der Universitätsmedizin in Mainz, hochhält, dass die Schulen nicht der Ort der Ansteckungen seien, so bleibt dennoch zu befürchten, dass sich dies schon sehr bald ändert. Längst können die Infektionsketten nicht mehr zurückverfolgt werden und es ist bekannt, dass vor allem junge Menschen häufig gar nicht merken, dass sie infiziert sind, da sie glücklicherweise nur einen milden Krankheitsverlauf haben. Die Hoffnung, durch die erstellten Hygienepläne geschützt zu sein, platzt leider wie eine Seifenblase, wenn man beobachtet, wie eng Schülerinnen und Schüler in Zügen und Bussen zusammenstehen. Dies setzt sich in überfüllten Klassenräumen mit bis zu 30 Schülerinnen und Schülern fort. Das durchgängige Tragen der Masken erschwert das gemeinsame Lernen und das propagierte Lüften als Allheilmittel stößt mit sinkenden Temperaturen auf Hemmnisse, wenn das persönliche Wohlbefinden durch die Kälte gestört ist.

Man wolle den Schülerinnen und Schülern ihr Recht auf Bildung nicht vorenthalten, lautet der Leitsatz aus dem Ministerium. Aber genau dieses Ziel verfolgen doch auch wir, die Lehrkräfte an unseren Schulen. Wir sind jedoch der Meinung, dass es jetzt allerhöchste Zeit ist, in einen geordneten Wechselunterricht überzugehen, um einem kompletten Lockdown zuvorzukommen.

Dabei wollen wir nicht mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen werden, sondern wir benötigen unsere eigenen Regelungen. Wir haben nicht das Problem, dass unsere Schülerinnen und Schüler von den Eltern durchgängig betreut werden müssen, wenn sie nicht in der Schule sind. Deshalb können wir das Argument der Betreuungsproblematik nicht akzeptieren, wenn es darum geht, den kompletten Schulbetrieb in Präsenz aufrecht zu erhalten. Vielmehr benötigen die berufsbildenden Schulen dringend die Möglichkeit, die größten Gefahrenpotenziale zu entschärfen, indem ein Teil der Schülerschaft bereits jetzt im rollierenden System oder per Videoübertragung aus dem Klassensaal (hybrid) unterrichtet wird. Gleichzeitig wäre dies eine effektive Vorbereitung

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

auf eine komplette Schulschließung, falls sie sich doch nicht vermeiden lässt.

Und nicht zuletzt geht es um die Gesundheit von uns Lehrkräften. Wir sollten von unserem Dienstherrn erwarten können, dass er uns den bestmöglichen Gesundheitsschutz gewährt. Dies erscheint jedoch zweifelhaft, wenn das Ministerium auch für die berufsbildenden Schulen an Regeln festhält, die augenscheinlich auf die Mittelstufen der allgemeinbildenden Schulen ausgerichtet sind.

abgesagt:

Landesdelegiertenversammlung und Tag der kaufmännischen Schule

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es stand zu befürchten und ist jetzt leider Realität geworden: Die für den 9. November 2020 in Bingen geplante **Landesdelegiertenversammlung** konnte nicht stattfinden und den für den 8. März 2021 in Trier geplanten **Tag der kaufmännischen Schule** wird das gleiche Schicksal ereilen.

Der Landesvorstand arbeitet an einer Lösung, wie wenigstens die Listen für die BPR- und HPR-Wahlen fristgerecht aufgestellt werden können. Die Landesdelegiertenversammlung mit Neuwahl des Vorstands wird voraussichtlich im Sommer 2021 stattfinden.

Der VLW im Gespräch mit der Ministerin

In den Räumen des Bildungsministeriums trafen sich Karl-Heinz Fuß, Jürgen Hatzfeld, Michael Lutz und Dirk Mettler mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen Petra Jendrich. Wie nicht anders zu erwarten, drehte sich das Gespräch ausschließlich um Fragen und Probleme rund um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Schulbetrieb.

Im Bildungsministerium wurden die Abstandsregeln eingehalten: Dirk Mettler, Karl-Heinz Fuß, Abteilungsleiterin BBS Petra Jendrich, Ministerin Dr. Stefanie Hubig, Staatssekretär Hans Beckmann sowie Jürgen Hatzfeld erörtern die Lage an den BBSn angesichts der Covid-19-Pandemie. Auf dem Foto fehlt Michael Lutz; er hat das Foto gemacht.

Ministerin Dr. Hubig wies zu Beginn des Gesprächs auf die Verantwortung hin, die sie in ihrem Amt spüre. Die angesichts der steigenden Infektionszahlen immer wieder von Lehrkräften geäußerten Ängste vor einer Ansteckung mit Covid-19 nehme sie durchaus wahr. Sie stellte aber klar, dass die Entscheidung, weiterhin am Regelbetrieb festzuhalten, das Ergebnis einer Abwägung zwischen dem berechtigten Interesse der Lehrkräfte an Gesundheitsschutz einerseits und dem Recht auf Bildung der jungen Menschen andererseits sei. Die Schulschließungen im Frühjahr hätten teils massive Auswirkungen gehabt und nicht alles, was versäumt wurde, ließe sich nachholen.

Sie erläuterte, dass die mittlerweile eingeführte Maskenpflicht ab dem 5. Schuljahr von allen Experten begrüßt würde und dass die Hygienekonzepte zu greifen schienen. Vor den Herbstferien habe es in Rheinland-Pfalz nur eine einzige nachgewiesene Übertragung des Sars-CoV-2 in Schulen gegeben. Vor diesem Hintergrund würden Schulschließungen bzw. Teilschließungen von Schulen von den zuständigen Gesundheitsämtern mit Augenmaß angeordnet. Die neuerlichen Kontaktbeschränkungen in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens seien vorgenommen worden, um Schulen offenhalten zu können.

Nach ihrer Auffassung gebe es für Lehrkräfte, die zu einer vulnerablen Personengruppe gehören, die Möglichkeit des Fernunterrichts von zuhause aus. So verständlich der Wunsch vieler Lehrkräfte nach maximalem Schutz auch sei, müsse man jedoch bedenken, dass die Umsetzung dieses Wunsches das Recht auf Bildung lahmlegen und zu massiven Nachteilen für sehr viele Schülerinnen und Schüler führen würde.

Karl-Heinz Fuß lobte ausdrücklich die enge Kommunikation, die seit Beginn der Schulschließung im März gepflegt werde und stellte klar, dass das Recht auf Bildung auch im Interesse des VLW und seiner Mitglieder liege. Eine erneute Schließung der Schulen (Szenario 3 des Hygieneplans) wolle man ebenso vermeiden. Leider sei jedoch zu beobachten, dass insbesondere die Abstandsregeln nicht überall eingehalten würden, selbst da nicht, wo es prinzipiell ginge. In voll besetzten Klassenräumen und im ÖPNV, auf den ein erheblicher Teil auch der BBS-Schüler angewiesen sei, sei daran kaum zu denken.

Um die Forderung des VLW nach schulartspezifischen Regelungen zu begründen, verwies Karl-Heinz Fuß auf die Besonderheiten der Berufsbildenden Schule: Etwa zwei Drittel unserer Schülerinnen und Schüler seien Auszubildende mit Kontakten in Betriebe, teilweise sogar mit sehr vielen Kontakten, z. B. im Einzelhandel.

Jürgen Hatzfeld ergänzte, dass dem Gleichheitsgrundsatz zufolge Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln sei und machte geltend, dass in der Berufsschule junge Erwachsene unterwegs seien, die man anders behandeln müsse als Kinder.

Ministerin Dr. Hubig wies auf die aktuelle IZA-Studie hin, derzufolge es zum Ende der Sommerferien in den Bundesländern, in denen die Ferien bereits zu Ende waren, geringere Infektionsraten gab als in jenen Ländern, deren Ferien noch andauerten. Dieses Ergebnis spreche dafür, dass die Infektionsgefahr für Schülerinnen und Schüler in den Schulen mit ihren Hygienekonzepten geringer sei als in ihrer Freizeit.

Auf den abrupten Kurswechsel der Gesundheitsämter bei der Anordnung von Quarantänen wies Dirk Mettler hin. Während bis vor kurzem noch grundsätzlich ganze Klassen in Quarantäne geschickt worden seien, würde jetzt oftmals noch nicht einmal der direkte Sitznachbar mit einer Quarantäne belegt. Dies sei, auch wenn es der aktuellen Empfehlung des Robert-Koch-Instituts entspreche, nicht nachzuvollziehen. Es sei zu befürchten, dass dadurch vermehrt mit Sars-CoV-2 infizierte Schülerinnen und Schüler, mit allen Gefahren, die von ihnen ausgingen, im Unterricht verblieben und – da junge Menschen nun mal sehr häufig gar keine Symptome entwickelten und nach den aktuellen Richtlinien auch nicht getestet würden – unentdeckt blieben. Diese Sorge konnte Ministerin Dr. Hubig nachvollziehen und sagte zu, dieses Problem mit dem zuständigen Ministerium zu erörtern.

Jürgen Hatzfeld ging auf die überproportionale Infektionsrate von Lehrkräften gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung ein und untermauerte die Forderung nach der Ausstattung der Lehrkräfte mit Schutzmasken durch den Dienstherren mit dessen Fürsorgepflicht. Nach Ansicht der Bildungsministerin infizierten sich Erwachsene eher außerhalb von Schulen, leider seien aber viele Lehrerzimmer Problembereiche, da die Vorschriften des Hygieneplans dort nicht mit der gleichen Sorgfalt wie in den Klassenräumen umgesetzt würden. Sie verstehe zwar die Forderung, verwies aber auf die zusätzlich 500.000 Masken, die nochmals für Schülerinnen und Schüler bereitgestellt würden. Lehrkräften sei es zuzumuten, sich selbst mit ausreichend Masken zu versorgen. [Anm. d. Red.: Inzwischen wurden doch noch 200.000 FFP2-Masken, zwei Alltagsmasken für jede Lehrkraft sowie 13.000 Face-shields für Grundschullehrkräfte zur Verfügung gestellt. Das Insistieren auf unserer Forderung hat offensichtlich Wirkung gezeigt.]

Dr. Stefanie Hubig erinnerte auch nochmals an die 48 Millionen Euro, die das Land zusätzlich für Vertretungslehrkräfte bereitgestellt hat, an die 3.000 Endgeräte für Lehrkräfte, die einer Risikogruppe angehören, an die 6 Millionen Euro für Luftfilteranlagen sowie an die Endgeräte, die bundesweit allen Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden sollen. Abschließend erklärte sie, dass ein Wechsel in Szenario 2 mit rollierendem Unterricht nicht kategorisch ausgeschlossen sei, dass die Landesregierung aber, solange es zu vertreten sei, am Regelunterricht für möglichst viele Schüler festhalten möchte.

Karl-Heinz Fuß bedankte sich für das offene und konstruktive Gespräch in wertschätzender Atmosphäre.

Der VLW im Gespräch mit Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion

Unter den Rahmenbedingungen einer Videokonferenz trafen sich die Landesvorstandsmitglieder Andreas Seehaus und Dirk Mettler mit den Bildungspolitikerinnen der SPD-Landtagsfraktion Bettina Brück MdL, Giorgina Kazungu-Haß MdL, Astrid Schmitt MdL sowie der Referentin Nathalie Eghbalizadeh zum turnusgemäßen Gedankenaustausch. Der Schwerpunkt des Gespräches sollte eigentlich auf dem Haushaltsentwurf für 2021 liegen, aufgrund der aktuellen Entwicklungen rund um die Covid-19-Pandemie drängten sich jedoch andere Probleme und Fragen in den Mittelpunkt.

Dirk Mettler berichtete für den VLW vom weitverbreiteten Unverständnis der Kolleginnen und Kollegen für die Beibehaltung des Regelbetriebs an den Schulen, während rundherum das öffentliche Leben massiven Einschränkungen unterliege. Aus Sicht vieler Kolleginnen und Kollegen stelle sich die Frage, was denn noch passieren müsse, damit das im aktuellen Hygieneplan vorgesehene Szenario 2 in Kraft gesetzt würde, ganz abgesehen davon, dass auch noch ein Szenario 3 vorgesehen sei.

Was im Bereich der Berufsbildenden Schulen besonders bitter aufstoße, sei die undifferenzierte Herangehensweise an das Schulsystem. Wieder einmal würden die BBSn mit allen anderen Schularten in einen Topf geworfen, obwohl die Rahmenbedingungen gänzlich andere seien als beispielsweise an Grundschulen. Die Schülerinnen und Schüler an den BBSn seien Jugendliche und junge Erwachsene, die keiner häuslichen Betreuung mehr bedürften. Speziell in den Klassen der Berufsschule bestehe außerdem das Problem, dass die Auzubildenden durch ihre Kontakte in den Ausbildungsbetrieben in beide Richtungen (Betrieb – Schule und Schule – Betrieb) zur Verbreitung des Sars-CoV-2 beitrügen. Ein besonderes Augenmerk sei dabei auf die medizinischen Ausbildungsberufe zu richten.

Dem wurde seitens der bildungspolitischen Sprecherin Bettina Brück entgegengehalten, dass für die Landesregierung das „Recht auf Bildung“ im Vordergrund stehe. Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens seien ja gerade deshalb eingeführt worden, um den Schulbetrieb möglichst lange aufrecht erhalten zu können. Die bisherigen Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Schulen keine Infektionsherde seien.

Giorgina Kazungu-Haß ergänzte, dass in der Phase der Schulschließung im März/April viele Schülerinnen und Schüler nicht erreicht worden seien. Seitens der Landesschülervertretung werde be-

klagt, dass einige Lehrkräfte ihre Schülerinnen und Schüler in den Phasen des Fernunterrichts überhaupt nicht kontaktiert hätten.

Die Vertreter des VLW missbilligten dieses Verhalten ausdrücklich, wiesen aber deutlich darauf hin, dass es sich dabei nur um Einzelfälle gehandelt habe. Andreas Seehaus ergänzte, dass in einigen Fällen die nicht vorhandene technische Ausstattung, insbesondere zu schwache Internetanbindungen, einen Fernunterricht verhindert hätten und betonte, dass die Kollegien der BBSn in der Zwischenzeit ihre digitalen Kompetenzen durch zahlreiche Fortbildungen ausgebaut hätten, sodass die Situation heute nicht mehr mit der im Frühjahr dieses Jahres vergleichbar sei. Für die Berufsschule käme noch hinzu, dass viele Auszubildende, die selbst über keine hinreichenden Anschlüsse verfügten, aus den Betrieben heraus am Fernunterricht teilnehmen könnten. Deshalb plädierte er mit Nachdruck dafür, den BBSn mehr Freiraum für individuelle Lösungen einzuräumen.

Giorgina Kazungu-Haß versicherte den VLW-Vertretern, dass ihnen die Lehrkräfte nicht egal seien. Hier handele es sich aber um eine Frage der Güterabwägung zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Lehrkräfte und den Bildungschancen für junge Menschen. Andreas Seehaus stellte klar, dass die Bildung junger Menschen dem VLW und seinen Mitgliedern ebenso am Herzen liege, wies aber auch auf die bestehende Fürsorgepflicht des Dienstherren für die Lehrkräfte hin.

Hinsichtlich der in Aussicht gestellten Dienst-Laptops für alle Lehrkräfte bekräftigte Dirk Mettler die Forderung des VLW, auch hier nach Schularten und innerhalb der BBSn auch nach Branchen zu differenzieren, da die Anforderungen an diese Geräte stark differierten. Eine Einheitslösung würde dazu führen, dass in vielen Bereichen die Dienstgeräte den teilweise sehr spezifischen Anforderungen nicht genügen würden. Bettina Brück verwies auf das positive Beispiel des Landkreises Bernkastel-Wittlich, der an allen in seiner Schulträgerschaft stehenden Schulen die Bedarfe abgefragt habe. Andreas Seehaus appellierte an die Bildungspolitikerinnen, darauf zu achten, dass auch die Personalräte in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Giorgina Kazungu-Haß führte aus, dass der Markt für mobile Rechner momentan sehr strapaziert sei und dass vermutlich die Lizenzen für die erforderlichen Programme teurer würden als die Rechner selbst. Sie wies darauf hin, dass die Gelder aus dem DigitalPakt 1 auch für die Anwendungsbetreuung verwendet werden dürften.

Dirk Mettler wies nochmals darauf hin, dass es mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln für die Erstausstattung nicht getan sei. Vielmehr müssten sich die laufenden Kosten für Wartung und auch Ersatzanschaffungen dauerhaft im Haushalt widerspiegeln. Bettina Brück machte abschließend deutlich, dass diese Herausforderung nur vom Land und von den kommunalen Schulträgern gemeinsam geschultert werden könne.

Die VLW-Vertreter bedankten sich für das offene und konstruktive Gespräch.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksversammlung Rheinhessen wählt neue Bezirksvorsitzende

Emöke Anderlik wurde zur neuen Bezirksvorsitzenden in Rheinhessen gewählt.

Am 1. Oktober fand die lang erwartete Bezirksversammlung Rheinhessen in den Räumen der BBS Wirtschaft Worms statt, angesichts der Corona-Umstände unter beachtlicher Beteiligung der Schulen in Mainz, Bingen und Worms. Eine umfangreiche Tagesordnung wurde unter der Sitzungsleitung von Jürgen Hatzfeld abgearbeitet. Dem Landesschatzmeister Joachim Veigel wurde nach dem Bericht des Kassenprüfers Bernhard Bohrer Entlastung und ausdrückliches Lob für seine Arbeit zuteil.

Zur neuen Bezirksvorsitzenden wurde Emöke Anderlik (BBS Worms) dann einstimmig gewählt. Frau Anderlik wohnt in Mainz und unterrichtet die Fächer BWL und Sozialkunde an der BBS Worms.

Die beiden Mitglieder des Landesvorstandes, Miriam Schmidle (BBS Worms, stellvertretende Bezirksvorsitzende) und Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey, Beisitzer) wurden ebenso einstimmig in den Bezirksvorstand gewählt. Die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstands bleiben bis zum nächsten Jahr im Amt, dann wird der komplette Bezirksvorstand neu gewählt.

Im Namen aller Anwesenden bedankte sich Michael Lutz bei Jürgen Hatzfeld, der zwei Jahre als kommissarischer Bezirksvorsitzendender die Arbeit maßgeblich verantwortet und bestimmt hat und weiterhin im Bezirksvorstand mitwirkt.

Wir wünschen der neuen Bezirksvorsitzenden und ihrem Team alles Gute und viel Erfolg bei ihrer Arbeit für den Verband und die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen!

Nachrufe
Der VLW trauert um Heinrich Günster, Dietrich Birke und Elisabeth Pollak.

Heiner Günster († 20.03.2020) war seit vielen Jahrzehnten Mitglied im VLW Rheinland-Pfalz. Er war ein hervorragender Kenner politischer Zusammenhänge und engagierte sich zeitlebens für die berufliche Bildung. Es war ihm ein besonderes Anliegen, sich dafür einzusetzen, dass gerade auch die Schwächeren in der Gesellschaft die passenden Bildungsangebote, Beratung und Unterstützung auf dem Weg von der Schule in den Beruf erhalten. Er leitete von 1996 bis 2001 die BBS im Berufsbildungswerk Neuwied und von 2011 bis 2014 die Carl-Burger-Schule BBS Mayen. Von 2001 bis 2011 war er als Referent und schließlich als Leiter des Referats 36 an der ADD-Außenstelle in Koblenz aktiv. Als kompetenter und menschlich sehr geschätzter Ansprechpartner war er ein gern gesehener Gast bei unseren VLW-Veranstaltungen und wurde landesweit bekannt. Er starb im Alter von 67 Jahren.

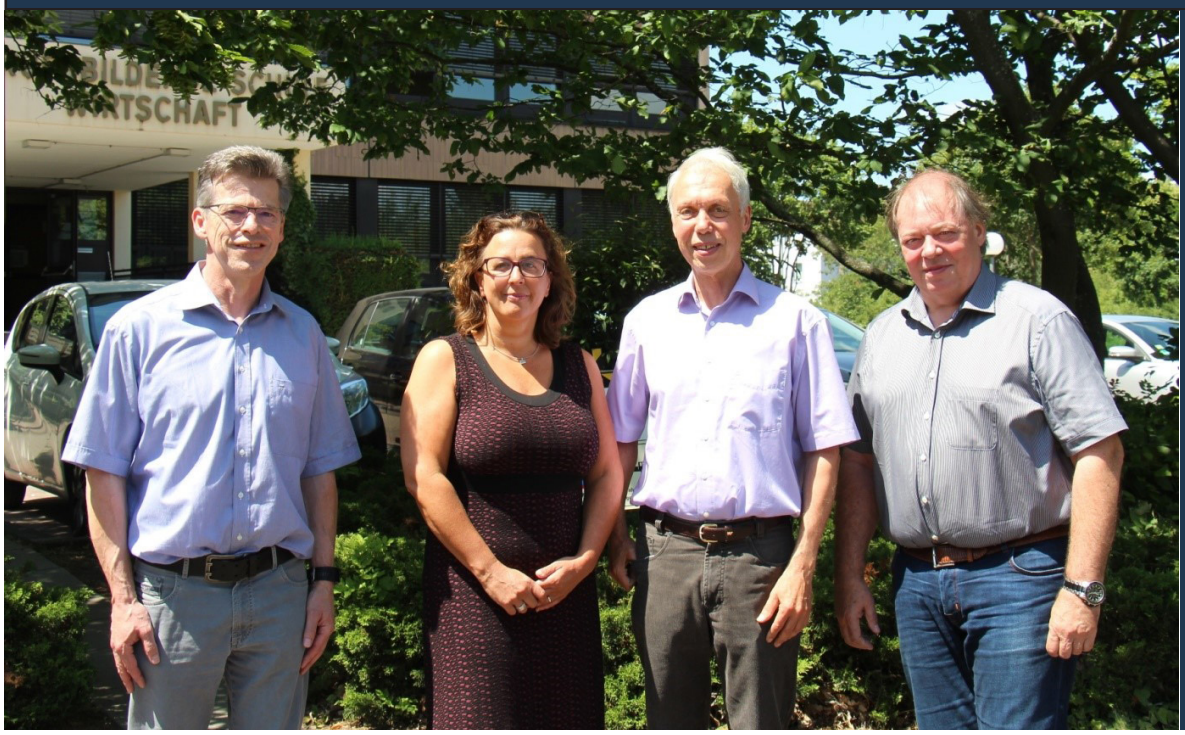
Dietrich Birke († 18.06.2020) war in seiner aktiven Zeit an der BBS Wirtschaft in Trier tätig, zuletzt als Abteilungsleiter. Für den VLW hatte er von 1968 bis 1981 den Vorsitz des Bezirks Trier inne und vertrat den VLW viele Jahre im Bezirkspersonalrat Trier. In zahlreichen Arbeitssitzungen hat er sich damals in die Überarbeitung der damaligen Satzung des Landesverbandes eingebracht, die in in Bad Kreuznach erstellt wurde. Im Jahr 2008 wurde ihm in Anerkennung seines Engagements die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen. Er starb im Alter von 88 Jahren.

Unser Ehrenmitglied und unsere ehemalige Kollegin **Elisabeth Pollak** ist am 22. Juli im Alter von 93 Jahren von uns gegangen. Wir verlieren mit ihr einen lieben und geschätzten Menschen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat.
Elisabeth Pollak ist als Kollegin der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler im Jahr 1975 in den VLW eingetreten. 1980 wurde sie zur Ortsvorsitzenden und bereits vier Jahre später zur Vorsitzenden des Bezirksverbands Koblenz gewählt. Dadurch war sie gleichzeitig Mitglied des VLW-Landesvorstandes. Diese Funktion übte sie bis 1998, also 14 Jahre lang aus. An ihrer Schule war sie überwiegend in den Bankfachklassen eingesetzt und zuletzt als Abteilungsleiterin tätig. Im ganzen Land und darüber hinaus wurde sie bekannt durch ihr Engagement bei der Friedtjof-Jansen-Stiftung Ingelheim. Sie organisierte Weiterbildungen und Studienreisen, die sie selbst bis ins hohe Alter begleitete. Aufgrund ihrer Verdienste wurde Elisabeth Pollak im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand war Elisabeth Pollak stets interessiert am VLW und seiner Arbeit. An VLW-Versammlungen und Tagungen hat sie bis zuletzt im März 2019 in Schloß Waldthausen persönlich teilgenommen. Sie war stets ein gern gesehener Gast. Es war für sie eine Selbstverständlichkeit, mit dem eigenen Auto anzureisen, was regelmäßig Bewunderung für ihre stabile Gesundheit auslöste.
Am 30. Juli 2020 wurde Elisabeth Pollak in ihrem Heimatort Bad Honnef würdevoll bestattet. Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus den Ortsverbänden

Ortsverband Bad Kreuznach: Theo Vogt in den Ruhestand verabschiedet



Landesvorsitzender Karl-Heinz Fuß (l.), Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch (2. v. l.) sowie Bezirksvorsitzender Kurt Flöck (r.) würdigten Theo Vogt anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand.

In kleiner Runde haben sich der Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß, der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck und die Ortsverbandsvorsitzende Kerstin Proksch mit Theo Vogt an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach getroffen, um in einem lockeren Gespräch seine aktive Zeit Revue passieren zu lassen.

Bereits zu Beginn seiner schulischen Laufbahn musste Theo Vogt seine Mobilität unter Beweis stellen. Nach dem Studium der Wirtschaftspädagogik in Mainz wurde er zu seiner Überraschung für das Referendariat dem Studienseminar Neuwied und der BBS Wirtschaft Koblenz als Ausbildungsschule zugewiesen. Dort hat es ihm durchaus gefallen, doch die nächste Überraschung erfolgte nach dem erfolgreich absolvierten zweiten Staatsexamen mit Zuweisung einer Stelle in Idar-Oberstein. Obwohl er sich auch dort wohlfühlte, beantragte er nach einigen Jahren aus familiären Gründen die Versetzung nach Bad Kreuznach. Dabei stellte er seine Beharrlichkeit unter Beweis, denn er musste 13 Anträge auf Versetzung stellen, bis ihm diese im Jahr 1994 schließlich gewährt wurde.

Theo Vogt war auch über die Schule hinaus aktiv, so z. B. als Geschäftsführer im Modellversuch Fachschule Informationstechnik in Rheinland-Pfalz und nach der Wiedervereinigung in der Lehrerfortbildung in Thüringen. Sein Talent blieb dem damaligen Schulleiter, Herrn Giebson, nicht verborgen, sodass ihn dieser für das Amt des ständigen Stellvertreters gewinnen konnte. Dies nahm Theo Vogt unter der Voraussetzung an, dass er den Stundenplan EDV-gestützt erstellen konnte. Bis dato waren nämlich noch meterlange Stecktafeln Usus. Dass er sich damit auf den richtigen zukunftsweisenden Weg begeben hatte, konnte er in den zurückliegenden Jahren beweisen, in denen die verfügbare EDV für die Stundenplangestaltung stetig weiterentwickelt wurde und er diese für sich und seine Schule zu nutzen verstand.

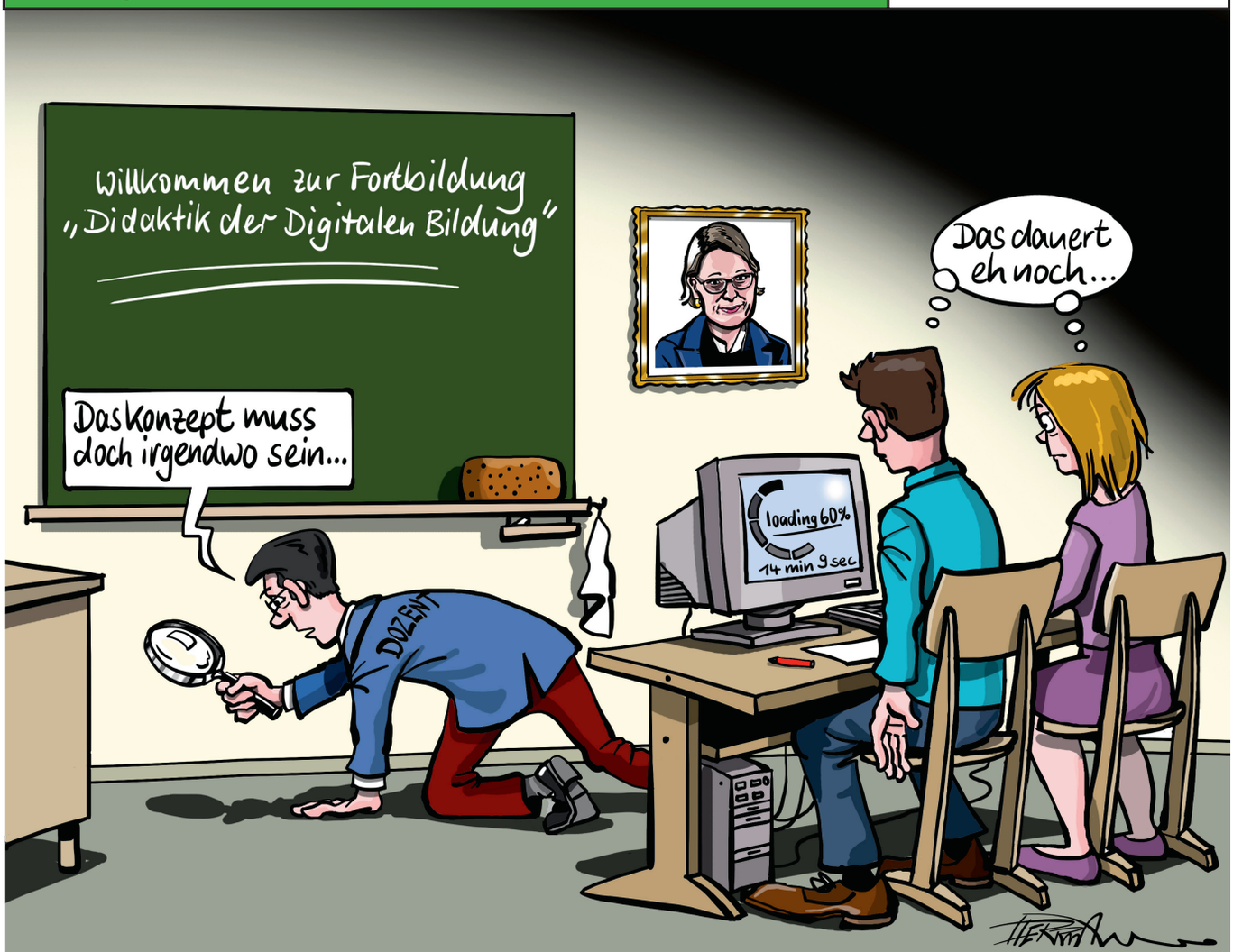
In den Jahren, in denen der VLW an der BBS Wirtschaft in Bad Kreuznach mitunter eine schwierige Zeit durchmachte, war Theo Vogt ein zuverlässiger Ansprechpartner, der die Fahne des VLW auch an stürmischen Tagen hochhielt. Neben all seinem Engagement ist der dreifache Vater auch ein Familienmensch. So will er sich im Ruhestand verstärkt seinen Enkeln widmen und auch seinem Hobby, dem Radfahren, frönen. In der Kirche möchte er bei der Erstellung des Pfarrbriefs mitwirken und wenn die Schule ihn braucht, dann sei er im Notfall auch bereit, unterstützend einzuspringen.

Zum Ende des Gesprächs dankten Karl-Heinz Fuß und Kurt Flöck Theo Vogt im Namen des VLW für seinen Einsatz für die berufliche Bildung und wünschten ihm viele glückliche und gesunde Jahre im Ruhestand. Alle Beteiligten freuen sich auf ein Wiedersehen bei einer der künftigen VLW-Veranstaltungen.

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz
Ausgabe 1/2021 März 2021

VLW VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Landtagswahl 2021: Der VLW fühlt Landtagsparteien auf den Zahn

Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt

Personalratswahl 2021

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß 3

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 4

Gastbeitrag

Rückblick auf ein Jahr Pandemie - wie Lehrerbildung in Coronazeiten gelingt 10

Personalratswahl 2021

Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz - zehn Forderungen für eine bessere BBS 11

Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz 12

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allenthalben ist von einem Superwahljahr 2021 die Rede. Für uns Rheinland-Pfälzer stimmt das sogar, denn neben einem neuen Landtag im März und einem neuen Bundestag im September wählen wir im Mai auch neue Personalräte. Neben den Örtlichen Personalräten in den Schulen, in denen sich regelmäßig zahlreiche VLW-Mitglieder zum Wohle unserer Kolleginnen und Kollegen engagieren, werden auch ein neuer Bezirks- und ein neuer Hauptpersonalrat gewählt. Die Listen dafür mussten wir dieses Mal in einem schriftlichen Abstimmungsverfahren aufstellen, das stark an eine Briefwahl erinnert hat. Allen Organisatoren im Hintergrund und allen Delegierten, die sich daran beteiligt haben, gilt unser Dank!

Wofür wir als VLW Rheinland-Pfalz stehen und wofür wir in den kommenden Jahren kämpfen wollen und wer für diese Positionen zukünftig in den Stufenvertretungen BPR und HPR einstehen soll, präsentieren wir Ihnen in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl haben wir vier im Landtag vertretenen Parteien auf den Zahn gefühlt. Wie sich die Parteien zu unseren Anliegen positionieren, können sie in diesem Heft lesen. Leider haben Bündnis 90/Die Grünen bisher nicht geantwortet. Falls das noch geschieht, werden wir ihre Antworten auf unserer neuen Website veröffentlichen.

Sie haben richtig gelesen, wir haben eine neue Website! Unser Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler hat aus eigenem Antrieb und mit gigantischem Engagement eine komplett neue Seite entwickelt. Dafür sagen wir ihm ein herzliches Dankeschön! Schauen Sie mal rein unter www.vlw-rlp.de, es lohnt sich! Das gilt ebenso für den Artikel von Thomas Becker, der aus Sicht eines Fachleiters sehr gelungen darlegt, wie Lehrerausbildung unter Pandemiebedingungen gelingen kann.

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung:
ruth.jakob@vlw-rlp.de bzw.
Ruth Jakob, Holzhauserstraße 27, 55411 Bingen

Berufsbildende Schulen müssen Schritt halten können

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

Die Landtagswahl steht kurz bevor, die Bundestagswahlen folgen im Herbst. Typischerweise ist dies eine Zeit, in der von den politischen Parteien jeglicher Couleur eine deutliche Verbesserung des aktuellen Zustands in Aussicht gestellt wird. Parteiübergreifend besteht Einigkeit darin, dass mehr finanzielle Mittel für Bildung eingesetzt werden müssen, um den Standort Deutschland auch in Zukunft konkurrenzfähig zu halten.

Was mir an dieser an sich begrüßenswerten Diskussion missfällt, ist die Tatsache, dass die berufliche Bildung zumeist nicht im Fokus der Debatten steht. Dies führt dazu, dass unser Ministerium bei seinen Entscheidungen regelmäßig die allgemeinbildenden Schularten in den Blick nimmt und die dort passenden Regelungen auf den BBS-Bereich zu übertragen versucht. Damit kann man den berufsbildenden Schulen mit ihrer Vielfalt an Bildungsgängen, vom BVJ bis zum beruflichen Gymnasium, von der Berufsschule bis hin zu den Fachschulen, jedoch nicht gerecht werden.

Deutlich sichtbar wird dies bei der Umsetzung des Digitalpakts, bei der in vielen Städten und Kommunen die berufsbildenden hinter den allgemeinbildenden Schulen mit dem Hinweis eingereiht werden, sie seien ja bereits gut mit digitalen Geräten versorgt. Von der Grundschule an aufwärts sollen die Schulen zunächst bedient werden, damit die Schülerinnen und Schüler von der Pike auf während ihrer kompletten Schullaufbahn mit digitalen Geräten und Medien arbeiten und lernen. Dass bei dieser Vorgehensweise für die berufsbildenden Schulen viele wertvolle Jahre verstreichen, wird fatalerweise ausgeblendet.

Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung von BigBlueButton und Moodle, die allen Schularten gleichermaßen vorgeschrieben werden soll. In der Konsequenz will das Ministerium spätestens zum Schuljahresende die Nutzung von frei am Markt verfügbaren Programmen wie MS Teams, Google-Classroom etc. auch an BBSn verbieten. Dabei wird jedoch verkannt, dass die berufsbildenden Schulen eng mit den Ausbildungsbetrieben zusammenarbeiten und dort selbstverständlich überwiegend mit solch hochentwickelter Software gearbeitet wird. Das Argument, die am Markt angebotenen Programme seien zu teuer, zieht nicht, denn für die Betreuung und Pflege von BigBlueButton und Moodle muss ebenfalls viel Geld aus öffentlichen Kassen in die Hand genommen werden. Was bleibt, ist der Verweis auf Probleme mit dem Datenschutz bei Anbietern, deren Server in den USA oder dem außereuropäischen Ausland stehen.

Doch auch dafür gibt es eine Lösung, wenn man nur will. Der VLW fordert von den politisch Verantwortlichen, über entsprechenden Vertragsvereinbarungen die Nutzung dieser Programme für die Schulen möglich zu machen. Für den Beruf qualifizieren bedeutet, dass unsere Schülerinnen und Schüler mit den digitalen Systemen lernen und arbeiten, die sie auch an ihrem Arbeitsplatz vorfinden.

Die Zukunft unseres international anerkannten Systems der dualen Berufsausbildung wird unter anderem davon abhängen, ob es uns gelingt, auch in diesem Punkt mit den Belangen der ausbildenden Wirtschaft Schritt zu halten.

Die Berufsbildner wählen!

Wir kämpfen für eine starke BBS!

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

Wahlprüfstein 1: Sicherung der Berufsbildenden Schulen

Ausbildung im dualen System erfolgt in Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen. Im größtenteils ländlich geprägten Rheinland-Pfalz ist die Erreichbarkeit einer Berufsschule eine wichtige Voraussetzung für Ausbildungsplätze.

Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?

SPD: Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Berufsbildenden Schulen, gerade in der Fläche, ein. Mit dem Schulversuch BS 20 ist der wichtige und richtige Weg der nachhaltigen Schulentwicklung eingeschlagen. Die vielfältigen Unterstützungsmaßnahmen für Berufsbildende Schulen in der Fläche wollen wir durch pädagogische, organisatorische und technische Ansätze weiter vorantreiben und so der Verlagerung von Ausbildungsangeboten entgegenwirken. Daneben suchen wir den engen, institutionalisierten Austausch mit den Kammern und der Wirtschaft, um einen Rückgang von Ausbildungsplätzen vorausschauend zu verhindern und zukunftsfeste, tragfähige Lösungen zu finden. Wir betonen in der Berufs- und Studienorientierung die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, werben in allen Schularten für die duale Ausbildung und die Wahlschulbildungsgänge der BBS und streben Kooperationen mit der Wirtschaft an.

CDU: RLP ist ein Flächenland und berufliche Bildung darf nicht nur in den Ballungszentren gewährleistet sein. Fachverwandte Klassen in einzelnen Fächern zusammenzulegen, um Klassenschließungen zu vermeiden, kann daher ein Weg sein, um Angebote in ländlichen Räumen zu halten.

FDP: Es ist im Hinblick auf die ländlichen Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz wichtig, dass Schul- und Ausbildungsplätze im ganzen Land und möglichst wohnortnah zur Verfügung stehen. Wir wollen die Kriterien für die Festlegung von Ausbildungsstandorten verändern, sodass im ländlichen Raum weiterhin eine flächendeckende und vielfältige Ausbildung an Berufsbildenden Schulen möglich ist. Wir Freien Demokraten wollen die Verzahnung zwischen Unternehmen, Hochschulen, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und weiteren Institutionen weiter stärken, um Synergien und Mehrwerte für alle zu schaffen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen sollen eingebunden werden, um die Abschlüsse von Ausbildungsverträgen zu erhöhen.

Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz setzen sich für eine qualitative Verbesserung des ÖPNV ein. Dazu gehört, dass Bus und Bahn besser miteinander verknüpft sowie Fahrpläne aufeinander abgestimmt werden Gleichzeitig wollen wir das ÖPNV-Netz ausbauen und damit dafür sorgen, dass der Bus dort öfter fährt, wo er gebraucht wird. Dies betrifft insbesondere den ländlichen Raum.

Bündnis 90/Die Grünen *haben es leider nicht rechtzeitig geschafft, uns ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zu liefern. Sollten diese noch kommen, werden wir sie auf unserer Internet-Seite www.vlw-rlp.de veröffentlichen.*

Die Position des VLW: BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Wahlprüfstein 2: Digitalisierung

Mit den DigitalPakten hat der Bund große finanzielle Anstrengungen unternommen, um die technischen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Unterricht unter Einbeziehung der digitalen Medien zu ermöglichen. Was noch fehlt, sind pädagogische Konzepte, um diese Medien sachgerecht und effizient in den Unterricht zu integrieren sowie entsprechende Fortbildungen für die Lehrkräfte.

Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Entwicklung zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?

SPD: Die Corona-Pandemie hat der digitalen Bildung enormen Aufschwung gegeben. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Mittel aus dem DigitalPakt vollständig den Schulen zugutekommen. Digitale Bildung bedeutet jedoch mehr als die Bereitstellung von Technik und muss auch als pädagogisches Konzept gedacht werden. Wir verfolgen dabei eine Gesamtstrategie von der Kita bis zum Schulabschluss. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört dabei in unseren Schulen selbstverständlich dazu. Dafür wollen wir unser Programm „Medienkompetenz macht Schule“ zu einem Landesprogramm „Digitale Schule“ weiterentwickeln. Auch die Lehrkräfte wollen wir dabei mitdenken und Fort- und Weiterbildungen gezielt ausbauen. Wir schaffen die Voraussetzun-

gen dafür, dass die digitalen Möglichkeiten an die pädagogische Gestaltung des Unterrichts angepasst werden. Digitale Bildungsangebote sollen genutzt werden, um selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen und den Kindern die besten Voraussetzungen für ihren weiteren beruflichen Lebensweg mitzugeben.

CDU: Wir sehen höchste Priorität in der Herstellung einer guten Digitalinfrastruktur. Gerade unsere berufsbildenden Schulen müssen adäquat zu den Anforderungen ihrer Schüler ausgestattet werden. Damit einhergehend bedarf es auch entsprechender Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Nur wer auf dem neusten Stand der Technik lernt, ist fit für die Wirtschaft. Wir sehen auch in den digitalen Lernfabriken, wie sie bereits in Baden-Württemberg erfolgreich umgesetzt werden, eine große Chance für RLP.

FDP: Wir Freien Demokraten streben die Einrichtung eines Zentrums für digitale Berufsbildung an. Aufgabe dieses Zentrums ist die Beratung von Berufsschulen und ausbildenden Betrieben in der Konzeption und Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote, vom zielgerichteten Einsatz digitaler Lernmittel, bis hin zur Konzeption neuer Ausbildungsmodule einer digitalisierten Arbeitswelt. Durch eine verstärkte Vernetzung zwischen den Unternehmen, den Kammern und den Schulen sollen die digitalen Ausbildungsangebote aktiv weiterentwickelt werden.
Eine Stärkung der Berufsbildenden Schulen ist weiterhin unerlässlich. Sei es durch eine bestmögliche Personalausstattung, passgenaue Technik und Raumangebote oder den Ausbau der Nutzung von webbasierten Unterrichtsformaten. Gerade für dünn besiedelte ländliche Regionen wollen wir Präsenzunterricht durch onlinegestützte Lerngruppen ergänzen.

Die Position des VLW: Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Wahlprüfstein 3: Besonderheiten der Berufsbildenden Schulen

Bei vielen bildungspolitischen Entscheidungen wird keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen. Das ist zuletzt bei vielen Maßnahmen anlässlich der Covid-19-Pandemie wieder deutlich geworden.
Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?

SPD: Die Berufsbildenden Schulen sind eine unverzichtbare, tragende Säule des rheinland-pfälzischen Bildungssystems. Wohlwissend um den Wert und die Komplexität des BBS-Systems wollen wir deshalb auch mit Blick auf die Pandemiesituation weiterhin gerade den Berufsbildenden Schulen die größtmögliche Flexibilität hinsichtlich der Unterrichtsorganisation (Fernunterricht, Wechselunterricht) gewähren. Wir werden die Berufsbildenden Schulen weiterhin stärken und das eigenverantwortliche Arbeiten unterstützen, um vor Ort passgenau und flexibel agieren zu können, mit einem eigenen Budget und mit Unterstützung, z.B. durch das Pädagogische Landesinstitut, wo gewünscht. Außerdem werden wir ein besonderes Augenmerk auf die jeweils erforderliche digitale Ausstattung legen. Den besonderen digitalen Bedarf der berufsbildenden Schulen werden wir bei der digitalen Ausstattung berücksichtigen und flächendeckend digitalisieren. Digitale berufliche Lernzentren wollen wir dafür an den berufsbildenden Schulen ausbauen und digitale berufliche Kompetenzschulen als Multiplikatoren immer weiter in die Fläche bringen.

CDU: Wenn bisher keine Rücksicht auf die Besonderheiten des BBS-Systems genommen wurde, dann ist dies Ausdruck mangelnder Wertschätzung. Das wird die CDU ändern.

FDP: Berufsbildende Schulen bieten ein breites Spektrum an Wegen, je nach individuellem Interesse und persönlichen Zielen, in Vollzeitschulformen oder im Rahmen einer dualen Berufsausbildung die ersten Schritte in die Arbeitswelt zu gehen und die unterschiedlichsten anerkannten Abschlüsse zu erreichen. Mit ihren Stärken – der Vielfalt an Schulformen und Abschlüssen sowie der Kombination von Allgemeinbildung und berufsbezogener Expertise – ist die berufsbildende Schule ein exzellentes Angebot, dass es zu erhalten und zu fördern gilt. Eine Schlechterstellung der beruflichen Bildung und damit der Berufsschullehrerinnen und –lehrer lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab.

Die Position des VLW: Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagsschulen – was sie da facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Wahlprüfstein 4: Nachwuchsgewinnung

Einer von der Bertelsmann-Stiftung 2018 veröffentlichten Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm zufolge wird der Einstellungsbedarf an Lehrkräften an den Berufsbilden Schulen bis 2035 um 84 % steigen (verglichen mit 2021). Mit den aktuellen Studentenzahlen für das Lehramt an BBS wird sich dieser Bedarf auf absehbare Zeit nicht decken lassen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dieser Entwicklung begegnen?

SPD: Da Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebildet und eingestellt hat und dies auch weiter fortführen wird, sehen wir uns für die Zukunft grundsätzlich gut gerüstet. Allerdings gibt es auch bei uns, wie in anderen Bundesländern auch, einen Bedarf an BBS-Lehrkräften in den beruflichen Fächern. Unser Ziel ist es, Menschen langfristig für den Beruf des Lehrers an beruflichen Schulen zu gewinnen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir auch weiter für die Ausbildung von Lehrkräften im Bereich der Mangelfächer werben und diese bekannter machen, um die vielfältigen Möglichkeiten in diesem Bereich darzustellen. Wir wollen an Quer- und Seiteneinsteigermöglichkeiten festhalten, den Berufsbildenden Schulen Spielraum geben, um eigenverantwortlich Lehrpersonal rekrutieren zu können und mit innovativen Studienmodellen mehr BBS-Lehrkräfte ausbilden.

CDU: Wir setzen auf ein Anreizsystem im Bereich der Mangelfächer. Mit bspws. einem Stipendiensystem oder zeitlich befristete Zulagen oder aber auch der Anerkennung von Arbeitserfahrung außerhalb des Schuldiensts können hier motivierte neue Lehrkräfte gewonnen werden. Zusätzlich muss bei den Abiturientinnen und Abiturienten für dieses Studium geworben werden.

FDP: Die FDP Rheinland-Pfalz fordert eine Stärkung der beruflichen Bildung in Rheinland- Pfalz. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Laufbahnen und Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie jungen Menschen eine echte Perspektive bieten.
Wir Freien Demokraten wollen Quereinsteiger aus der beruflichen Praxis ins Lehramt an berufsbildenden Schulen holen. Dafür wollen wir Weiterbildungsmodule flexibilisieren.

Die Position des VLW: Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Wahlprüfstein 5: Arbeitszeit der Lehrkräfte

Zur Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte kommen außerunterrichtliche Aufgaben, wie Unterrichtsvorbereitung, Korrekturen, Teambesprechungen mit Kollegen, Gespräche mit Ausbildern und Eltern, Beratungsgespräche, Konferenzen, Unterrichtsentwicklung, Qualitätssicherung etc., hinzu. Die Liste wird immer länger, sodass die zeitliche Belastung in den letzten Jahren enorm angewachsen ist.

Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?

SPD: Wir haben schon jetzt in Rheinland-Pfalz mit die geringste Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im bundesweiten Vergleich. Über weitere Schritte werden wir bei entsprechenden Spielräumen entscheiden. Auch unterstützen wir die Altersteilzeit, um Lehrkräften, die dies wünschen, diese Möglichkeit der Entlastung zu geben. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir darüber hinaus mit mehr Lehrkräften, festen Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie zusätzlichen Leitungsstunden für Schulleiterinnen und Schulleiter unterstützen. Um die Schulen dauerhaft zu stärken, setzen wir auf multiprofessionelle Teams und werden zusätzliche Planstellen schaffen.

CDU: Die Dokumentation und andere Aufgaben, die nicht zur Lehre gehören (z.B. IT-Betreuung), nehmen zu. Mit einer Reduzierung der Dokumentationspflicht sowie der Einstellung von EDV-Fachkräften durch die Schulträger schaffen wir den Lehrkräften mehr Raum, sich wieder auf die Kernaufgaben zu konzentrieren.

FDP: Durch mehr Personal wollen wir die Arbeitsbelastung für die Lehrerinnen und Lehrer begrenzen. Selbstverständlich muss auch die außerunterrichtliche Arbeitszeit angemessen in der Gesamtarbeitszeit berücksichtigt werden und es ist Aufgabe der Tarifpartner, dafür zu sorgen, dass die außerunterrichtliche Arbeitszeit nicht zu einer Form der unentgeltlichen Arbeit wird.

Die Position des VLW: Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Wahlprüfstein 6: Belastungsausgleich

In Zeiten des Fern- bzw. Wechselunterrichts sind viele Kolleginnen und Kollegen bis an ihre Belastungsgrenze, einige auch darüber hinaus gegangen, um die Unterrichtsversorgung ihrer Schüler sicherzustellen und um zu verhindern, dass diese zu Verlierern der Covid-19-Pandemie werden.

Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Belastungsausgleich sorgen?

SPD: Diese Pandemie verlangt sehr vielen Menschen in sehr vielen Bereichen das Äußerste ab und unsere Gesellschaft wird hier auf die Probe gestellt. Nicht nur wir, sondern unsere Kinder, Enkel, Urenkel und folgende Generationen werden die Kosten dieser Pandemie tragen müssen.
Lehrkräfte leisten in der Pandemie Herausragendes und sind zentral für die Gewährleistung des Rechts auf Bildung unserer Kinder. Es ist richtig, die pandemiebedingten Ausfälle auch finanziell zu fördern sind. Wir haben uns deshalb als regierungstragende Fraktion im Landtag dafür eingesetzt, dass mit dem Nachtragshaushalt 15 Millionen Euro und dem Sondervermögensgesetz weitere 25 Millionen Euro für den Abschluss befristeter Verträge an Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Damit kann flexibel reagiert werden, wenn aufgrund von Corona zusätzlicher Vertretungsbedarf an den Schulen entsteht. Insgesamt stehen zusätzlich 48 Millionen Euro zur Kompensation pandemiebedingter Ausfälle zur Verfügung. Dies gilt unter anderem für den Ausfall von Lehrkräften in Risikogruppen oder erhöhten Planungs- und Organisationsaufwand.
Davon abgesehen wollen wir weiterhin Belastungen für Lehrkräfte minimieren, indem wir beispielsweise Unterstützungsangebote über das Institut für Lehrergesundheit und das Pädagogische Landesinstitut bereithalten.

CDU: Wir wertschätzen die außerordentlichen Leistungen der Lehrkräfte, die sie aufgrund von Corona zusätzlich leisten, sehr und wollen die Möglichkeiten von Anrechnungsstunden überprüfen. Für die Zukunft ist es unerlässlich, dass jede Lehrkraft über ein dienstliches Endgerät verfügt. In diesem Zusammenhang sind vermehrte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte unerlässlich, um sie für Homeschooling, Hybrid- und Fernunterricht fit zu machen. Zur Steigerung der Attraktivität gehört für uns auch eine Besoldungsstruktur, die im Ländervergleich wettbewerbsfähig ist.

FDP: Wir halten es für wichtig, dass die Politik die Rahmenbedingungen so setzt, dass es den Tarifparteien möglich ist, die Laufbahnen so zu gestalten, dass sie auch eine attraktive Perspektive bieten. Gleichzeitig stehen wir zu dem Grundsatz der Tarifautonomie und vertrauen darauf, dass die Tarifparteien in den Tarifverhandlungen Ihrer Verantwortung für ihren Zuständigkeitsbereich gerecht werden. Gerade in Bezug auf die künftige Ausgestaltung der Laufbahnen und des Berufsbildes ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Tarifparteien unerlässlich.

Die Position des VLW: Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitguthaben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Wahlprüfstein 7: Altersteilzeit

Die Altersteilzeit ermöglicht einen flexiblen Übergang vom aktiven Dienst in den Ruhestand und wird von vielen Lehrkräften genutzt. Zusätzlich kann sie helfen, Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit zu vermeiden.

Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

SPD: Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende, aber auch anstrengende Arbeit. Wir erkennen ihr großes Engagement und ihre Leistung an und wollen die Altersteilzeit für Lehrkräfte fortführen, da dies eine entscheidende Entlastung für Geleistetes darstellt.

CDU: Wir sind der Ansicht, dass sich das derzeitige System bewährt hat. Deshalb möchten wir im Falle einer Regierungsbeteiligung daran festhalten.

FDP: Wir wollen attraktive Laufbahnen für die Lehrkräfte an den rheinland-pfälzischen Berufsschulen, eine angemessene Altersversorgung gehört unbedingt dazu. Wir erwarten von den Tarifparteien, dass sie im Rahmen der Tarifverhandlungen auch für diesen Bereich zu einem guten Kompromiss gelangen, welcher den Anliegen der Beschäftigten Rechnung trägt.

Die Position des VLW: Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

Die Berufsbildner wählen!

Wir kämpfen für eine starke BBS!

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E.V.

Wahlprüfstein 8: Unterrichtsversorgung

An den BBSn herrscht seit vielen Jahren ein Lehrermangel. Nach Berücksichtigung von real gehaltenen Vertretungsstunden ist an den BBSn nach wie vor der höchste Unterrichtsausfall aller Schularten zu beklagen. Viele in den Stundentafeln vorgesehenen und pädagogisch oder organisatorisch notwendigen Teilungen können deshalb nicht verwirklicht werden.

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?

SPD: Wir haben uns stark gemacht für die beste Unterrichtsversorgung in der Geschichte des Landes und werden dies auch weiterhin tun. Rheinland-Pfalz hatte noch nie so eine gute Unterrichtsversorgung wie jetzt – das gilt gerade auch für die Berufsbildenden Schulen. Insgesamt wurden im Haushalt 2021 378 neue Stellen geschaffen, insgesamt mehr als 1.000 in dieser Wahlperiode. Allein für die Unterrichtsversorgung stehen knapp zweieinhalb Milliarden Euro im Haushaltsplan 2021. Diese Prioritätensetzung wollen wir beibehalten und haben die Berufsbildenden Schulen dabei fest im Blick. Eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent wird bei uns ab 2022 die Regel. Dazu werden wir auch den Vertretungspool immer weiter ausbauen und die Vermeidung von kurzfristigem Unterrichtsausfall weiterentwickeln.
Gerade bei der Vielzahl der berufsbezogenen Fächer bleibt es eine Herausforderung, die jeweiligen Fachlehrerinnen und -lehrer zu finden. Das ist ein bundesweites Phänomen. Wir werden daher die bereits ergriffenen Maßnahmen (z.B. die Verbesserung der Studierbarkeit benötigter Bedarfsfächer, die Ausweitung des Seiten- und Quereinsteigerprogramms, breite Werbung für den Beruf, mehr Selbstständigkeit für die BBS) intensivieren und weiterentwickeln, um mehr Lehrkräfte mit beruflichen Fächern (insbesondere in den beruflichen Fächern Elektrotechnik, Gesundheit, Informatik, Informationstechnik, Metalltechnik, Sozialpädagogik, Wirtschaft und Mathematik) zu akquirieren.

CDU: Wir wollen grundsätzlich mehr Lehrkräfte einstellen. Unser Ziel ist die 105 %-ige Lehrerversorgung.

FDP: Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass der bereits eingeschlagene Weg, an allen Schularten mindestens eine 100 prozentige Unterrichtsversorgung sicherzustellen, beibehalten wird. Um so viel Lernzeit wie nötig und so wenig Unterrichtsausfall wie möglich zu gewährleisten, werden wir durch digitale Lehr- und Lernmethoden, individuelle und projektbasierte Lernformen, gute Lehrerversorgung und Teams eine Unterrichtsversorgung herstellen, die einer 105 prozentigen Versorgung entspricht. Auf den Lehrer und die Lehrerin kommt es an.

Die Position des VLW: Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

Wahlprüfstein 9: Schulstrukturreform 2009

Als einziges Bundesland führt Rheinland-Pfalz die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit einer Realschule plus, obwohl es sich um eine Schulform der Berufsbildenden Schule handelt. Dies führt zu Verwerfungen, wie bspw. der Abordnung von BBS-Lehrkräften an RS plus, um dort die Unterrichtsversorgung mit für den Sek-II-Bereich qualifizierten Lehrkräften sicherzustellen.

Welche Maßnahmen planen Sie, um diesen Missstand zu beheben?

SPD: Die Fachoberschule im organisatorischen Verbund mit Realschulen plus ist eine wichtige Säule im rheinland-pfälzischen Bildungsangebot. Schülerinnen und Schüler sammeln Erfahrungen im schulischen Bereich, schließen nach Erwerb der Fachhochschulreife häufig eine duale Ausbildung an oder besuchen die auf die Fachhochschulreife aufbauenden Bildungsgänge der BBS. Die Versorgung mit Lehrkräften geschieht in enger Absprache der Beteiligten mit der Schulaufsicht. Die Fachoberschule eröffnet zusätzliche Einstellungschancen für BBS-Lehrkräfte.

CDU: Es wäre wichtig, das vielfältige Angebot der Berufsbildenden Schulen bekannter zu machen. Daher sollte es frühzeitig auch schon Eltern von Grundschulkindern im Rahmen der Information über die schulischen Anschlusswege zur Kenntnis gebracht werden.

Die **FDP** hat diesen Wahlprüfstein im Zusammenhang mit Wahlprüfstein 3 (Besonderheiten der BBS) beantwortet.

Die Position des VLW: Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

Wahlprüfstein 10: Leistungsförderung

Seit Jahren wird sowohl von Ausbildungsbetrieben als auch von Hochschulen beklagt, dass Auszubildende und Studenten trotz guter Noten in den Abschlusszeugnissen nicht über die notwendigen Kenntnisse verfügen, um eine Ausbildung bzw. ein Studium erfolgreich zu absolvieren. Auch in den BBSn wird seit Jahren beklagt, dass zunehmend mehr Schüler die Eingangsvoraussetzungen tatsächlich nicht erfüllen, obwohl von den Zubringerschulen entsprechende Leistungen bescheinigt werden.

Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?

SPD: Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Kenntnisse und Kompetenzen haben, die ihnen bescheinigt werden – und die sie für ein erfolgreiches Leben nach der Schule brauchen. Wir setzen uns für ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot ein, das der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler gerecht wird und es erlaubt, sie individuell bestmöglich zu fördern. Schülerinnen und Schülern, die hier besondere Unterstützung benötigen, wollen wir zusätzliche Bildungsangebote machen, um pandemiebedingte Lernrückstände aufholen zu können.

Eine der besonderen Herausforderungen an den berufsbildenden Schulen ist, dass innerhalb von Klassen oft besonders differenziert werden muss, um berufsspezifische Inhalte zu behandeln. Deshalb setzen wir uns für eine bestmögliche strukturelle Unterrichtsversorgung ein, die neben dem Raum für den Pflichtunterricht zusätzliche Förder- und Differenzierungsangebote erlaubt.

CDU: Hierzu bedarf es verschiedener Ansätze. Die Bildungsqualität und das sichere Beherrschen von Grundkenntnissen muss von Schulbeginn an wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Es bedarf häufig persönlicher Unterstützung auch durch verstärkte Schulsozialarbeit. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen müssen zudem Ausstattung und Lernumgebung an die künftigen Herausforderungen der Berufswelt angepasst werden.

FDP: Für Freie Demokratinnen und Demokraten ist Bildung ein Bürgerrecht. Jede Schulform wird von uns gleichbehandelt. Wir wollen das Aufstiegsversprechen und Bildungsgerechtigkeit ins Zentrum stellen. Wir werden weiter konsequent daran arbeiten, für jedes Kind die beste Bildung anzubieten. Wir werden Konzepte in Schulen ermöglichen, durch die Schülerinnen und Schüler anhand ihrer individuellen Begabungen fachliche Schwerpunkte bilden können. Dafür brauchen wir solche Lehrkräfte, die für unsere Kinder bestmögliche kind- und jugendgerechte Lernumgebungen bereitstellen, in denen die freie Entfaltung der Talente im Vordergrund steht.

Um die Schülerinnen und Schüler auf die komplexe (digitale) Arbeitswelt vorzubereiten, braucht es auch eine moderne und digitale Ausstattung. Sämtliche Schulen sollen umgehend an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Zudem muss jede Lehrkraft in die Lage versetzt werden, die digitalen Angebote sinnvoll im eigenen fachlichen Kontext einzusetzen. Dazu wollen wir das Fortbildungsangebot qualitativ und quantitativ ausbauen.

Die Position des VLW: Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit den Wahlprüfsteinen haben wir Ihnen die nach unserer Auffassung zehn wichtigsten Themen präsentiert, die aktuell bzw. in den nächsten Jahren anstehen. Wir haben vier Landtagsparteien (von denen leider nur drei geantwortet haben) darum gebeten, zu diesen Themen Position zu beziehen. Die Zusammenstellung soll Ihnen eine Orientierungshilfe für die anstehende Landtagswahl am 14. März geben. Einer Kommentierung der Äußerungen haben wir uns bewusst enthalten, weil wir satzungsgemäß parteipolitisch neutral bleiben wollen. Gleichwohl haben wir auch jeweils unsere Position dargelegt, die wir verfasst haben, bevor uns Antworten der Parteien vorlagen. Wir würden sie heute allerdings immer noch genauso formulieren.

Da nach der Landtagswahl auch noch Personalratswahlen anstehen (3. bis 7. Mai), haben wir unsere Positionen zu einem Wahlprogramm zusammengefasst, welches wir Ihnen auf Seite 11 nochmals als Komplettübersicht präsentieren. Bitte unterstützen Sie uns bei den Wahlen zum Bezirks- und zum Hauptpersonalrat durch Ihre Stimme, und werben Sie auch in Ihrem Kollegium für die Listen des VLW, indem Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen über die Ziele des VLW sprechen - soweit das derzeit möglich ist. Vielen Dank!

Rückblick auf ein Jahr Pandemie – Wie Lehrerausbildung in Coronazeiten gelingt

StD Thomas Becker, Fachleiter am Studienseminar BBS Neuwied

Freitag der dreizehnte. Genauer gesagt war es Freitag, der 13. März 2020. Diesen Tag werde ich so schnell nicht vergessen. Ich war zu einem Unterrichtsbesuch in einem VWL-Grundkurs des beruflichen Gymnasiums an der BBS Wirtschaft in Koblenz geladen. Eine Lautsprecherdurchsage während des Unterrichts ließ verlauten, dass ab dem kommenden Montag die Präsenzpflicht ausgesetzt und Schulen geschlossen sein würden.

Diese völlig unvorhersehbare und bis dato undenkbare Situation erfasste auch die Lehrerausbildung an unserem Studienseminar in Neuwied mit voller Wucht. Innerhalb kürzester Zeit musste die gesamte Prüfungsphase umgeplant werden, was zunächst zur Folge hatte, dass zweite Staatsprüfungen in mündliche und praktische Prüfungen gesplittet wurden. Um Prüfungen unter Infektionsschutzbedingungen durchführen zu können, mussten strenge Hygienepläne entwickelt und eingehalten werden. Als befremdlich empfinde ich nach wie vor das Prüfungsformat der Unterrichtsprüfung als Alternative zur Prüfungslehrprobe. Alleiniger Gegenstand dieses Prüfungsformats ist die Vorstellung eines geplanten Unterrichts mit anschließendem Prüfungsgespräch.

Über das Prüfungsgeschehen hinaus gab es noch eine Menge weiterer Herausforderungen. Unvermittelt musste die gesamte Lehrerausbildung auf digitale Formate umgestellt werden. Wöchentlich finden im Studienseminar Neuwied mittwochs und donnerstags jeweils vormittags und nachmittags mehrere Ausbildungsveranstaltungen parallel statt. Folglich wurde eine große Anzahl an Veranstaltungen so konzipiert, dass diese vom heimischen Rechner aus durchgeführt werden konnten. Dank einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung, der Lust am Ausprobieren, der Innovationsfreude und der Expertise vieler Kolleginnen und Kollegen sowie eines regelmäßigen Erfahrungsaustausches konnte ein Großteil der Veranstaltungen ohne nennenswerte Qualitätseinbußen online „geschaltet“ werden. Darüber hinaus stand die neue Ausbildungsgruppe in den Startlöchern, die am 01.05.2020 ihre Ausbildung in Neuwied beginnen wollte. Auch deren Einführungsphase wurde komplett auf digitale Formate umgestellt. Da sich erst Ende Mai eine vorläufige Normalisierung des Unterrichtsgeschehens andeutete und Präsenzunterricht unter Wahrung strenger Hygienevorschriften wieder stattfinden konnte, bedurfte es „kreativer Lösungen“, um die Lehrerausbildung in Gang zu halten. Unterrichtsbesuche in Präsenz waren in Zeiten von geschlossenen Schulen ebenfalls ausgeschlossen. Die Chance wurde genutzt, um Pionierarbeit zu leisten. Erstmalig fanden Unterrichtsbesuche in der Form statt, dass Fachleiterinnen und Fachleiter zu Online-Stunden via Videokonferenz zugeschaltet wurden. Mittlerweile finde ich auf meinem privaten (!) Rechner Icons sieben verschiedener Videokonferenzsysteme. Als echten didaktischen Mehrwert habe ich in diesem Kontext empfunden, dass sich auf unkomplizierte Art und Weise Vertreterinnen und Vertreter aus der beruflichen Praxis in den Unterricht bspw. als Fachleute zuschalten lassen.

Seit Dezember 2020 ist die Präsenzpflicht an rheinland-pfälzischen Schulen bis auf einige Abschlussklassen erneut aus- und Fernunterricht angesetzt. Ich konnte vielfach in deutschen Leitmedien lesen, dass in der Zwischenzeit an Schulen oder in der Lehrerausbildung wenig geschehen sei. Diesem Eindruck möchte ich widersprechen. Mittlerweile gelingt die Umstellung auf digitale Veranstaltungsformate zügig. Viele Ausbildungsveranstaltungen, die sich mit den veränderten Bedingungen von Unterricht, insbesondere der Digitalisierung, befassen, sind neu konzipiert worden. Ich erlebe sehr digitalkompetent agierende Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, die sich schwierigen Herausforderungen stellen müssen. So sind bei der Unterrichtsplanung unterschiedliche Szenarien (Präsenzunterricht, Wechselunterricht, Fernunterricht) zu berücksichtigen. Der Unterricht wird zum größten Teil unter sehr heterogenen technischen Voraussetzungen seitens der Lernenden in Form von Videokonferenzen durchgeführt. Erschwerend kommt bei den Anwärterinnen und Anwärtern der Ausbildungsgruppe, die ihren Vorbereitungsdienst im November 2020 begannen, hinzu, dass sie ihre Klassen des ersten eigenverantwortlichen Unterrichts noch gar nicht persönlich kennenlernen konnten.

Rückblickend kann ich sagen, dass wir Kolleginnen und Kollegen des Studienseminars Neuwied die Situation bislang erfolgreich gemeistert haben. Ich bin tief davon beeindruckt, mit welch positiver Energie den Herausforderungen größtenteils begegnet wird und wie innovativ die Anwärterinnen und Anwärterinnen ihren Fernunterricht gestalten. Was bleibt, ist die Sehnsucht nach persönlicher Begegnung auf allen Ebenen, denn Bildung braucht Bindung und diese lässt sich online nur schwerlich aufbauen und aufrechterhalten.

Personalratswahl 2021

Dafür steht der VLW Rheinland-Pfalz

Der VLW sieht sich als Interessenvertretung aller Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Daraus ergibt sich für uns als Verband und unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Personalräten die Aufgabe, in der bildungspolitischen Diskussion im Land dafür zu sorgen, dass die Belange der Berufsbildenden Schulen mehr als bisher Gehör finden, und gleichzeitig darauf zu achten, dass die Belange der Lehrkräfte hierbei nicht zu kurz kommen. Dies sind unsere Kernforderungen für die nächsten Jahre:

Sicherung der BBS

BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Digitalisierung

Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Besonderheiten der BBS

Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagsschulen – was sie da facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Nachwuchsgewinnung

Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Arbeitszeit der Lehrkräfte

Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Belastungsausgleich

Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitguthaben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Altersteilzeit

Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

Unterrichtsversorgung

Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen.

Fachoberschule

Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

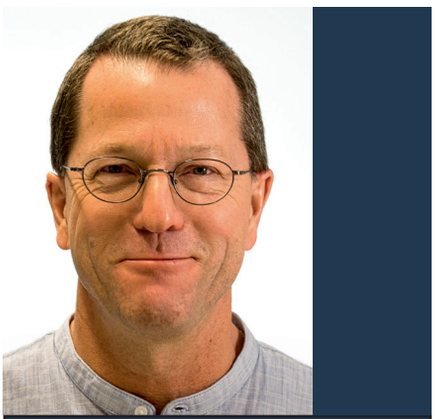
Leistungsförderung

Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz

Unsere Liste für die Wahl zum Bezirkspersonalrat

Kurt Flöck (BBS Wissen)



Andreas Seehaus (BBS Landau)

Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule)

1. Kurt Flöck (BBS Wissen)
2. Andreas Seehaus (BBS Landau)
3. Stefanie Tischer (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
4. Jörg Schütz (BBS Bernkastel-Kues)
5. Emöke Anderlik (BBS Wirtschaft Worms)
6. Bianca Kolm (BBS Landau)
7. Michael Steuer (BBS Bernkastel-Kues)
8. Oliver Friderichs (BBS Cochem)
9. Peter Kempf (BBS Bingen)
10. Christian Flory (BBS Südliche Weinstraße)
11. Silke Hill (BBS Bernkastel-Kues)
12. Jens Spornitz (BBS Wirtschaft Koblenz)
13. Fabian Peifer (BBS Rodalben)
14. Ulrike Wiesenberg (BBS Bernkastel-Kues)
15. Petra Studt (BBS Montabaur)
16. Martin Lützenkirchen (BBS Bingen)
17. Ute Edelmann (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)
18. Axel Wieß (BBS Simmern)
19. Michael Sühling (BBS III Mainz)
20. Anke Rinner (BBS Landau)

Unsere Liste für die Wahl zum Hauptpersonalrat

Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule)

Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)

Miriam Schmidle (BBS W Worms)

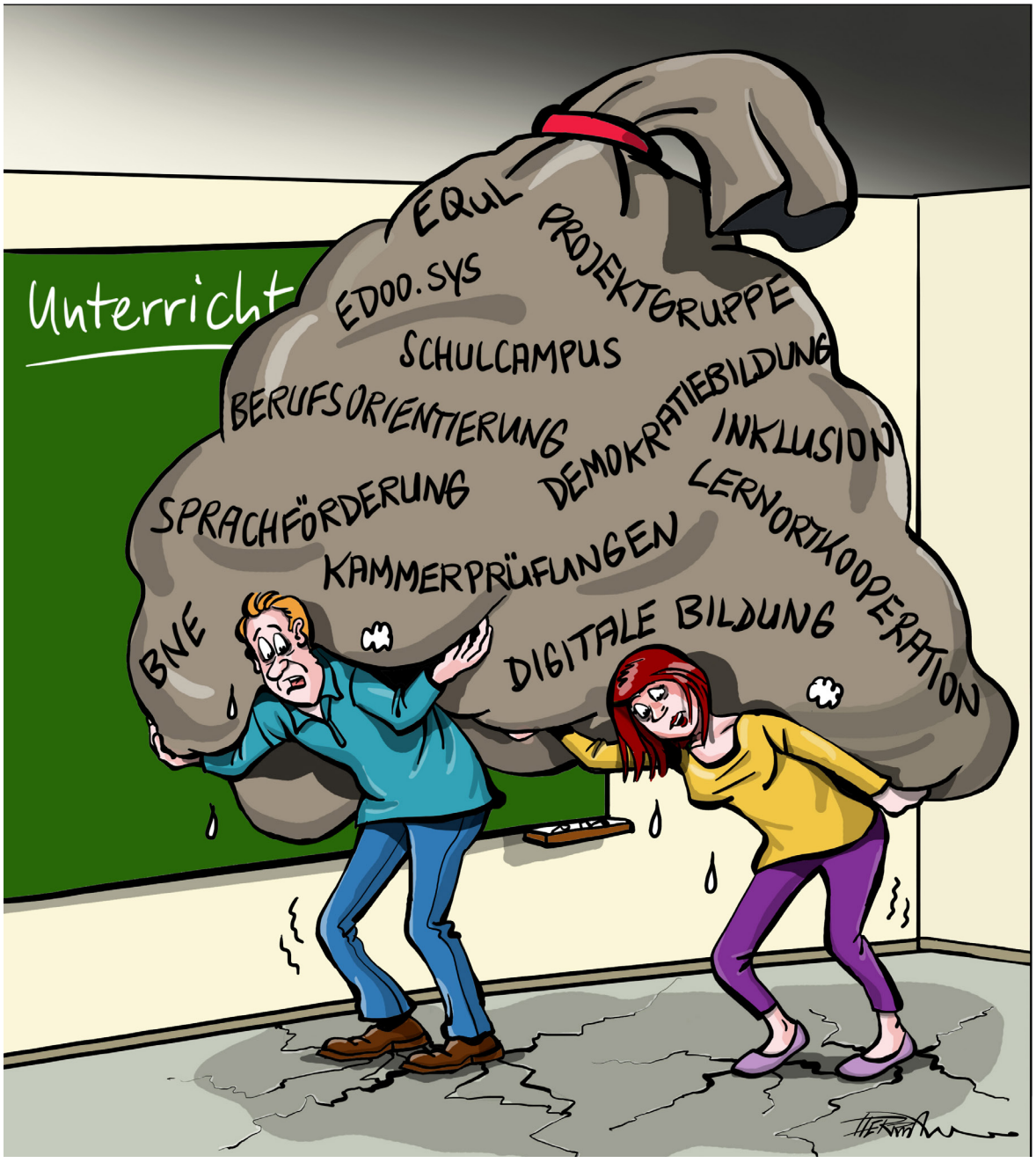
1. Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied)
2. Karl-Heinz Fuß (BBS Alzey)
3. Miriam Schmidle (BBS Wirtschaft Worms)
4. Pascal Schlimmer (BBS Pirmasens)
5. Christian Kasper (BBS Bernkastel-Kues)
6. Mario Passannante (Harald-Fissler-Schule Idar-Oberstein)
7. Jutta Macher (BBS III Mainz)
8. Annika Petilliot (BBS Pirmasens)
9. Sarah Trierweiler (BBS Wirtschaft Trier)
10. Kerstin Proksch (BBS Wirtschaft Bad Kreuznach)
11. Jürgen Schwindt (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
12. Thorsten Weber (BBS Wirtschaft Worms)
13. Patrick Grewis (BBS Bernkastel-Kues)
14. Dagmar König-Kries (BBS Wirtschaft Kaiserslautern)
15. Björn Hornburg (BBS Wissen)
16. Meike Stohrer (BBS Landau)
17. Joachim Huth (BBS Mayen)
18. Kathrin Stoll (BBS Rodalben)
19. Mirko Herrmann (BBS Wirtschaft Trier)
20. Ralf Ettling (BBS Wirtschaft 1 Ludwigshafen)

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz

Ausgabe 2/2021 August 2021

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.



Nach der Landtagswahl: Was sagt der Koalitionsvertrag zu den Fragen und Forderungen des VLW?

INHALTSVERZEICHNIS

Bildungspolitik

Kommentar des Landesvorsitzenden Karl-Heinz Fuß 3

Abgleich der VLW-Forderungen mit den Aussagen des Koalitionsvertrages 4

Resolution des VLW-Landesvorstands 6

Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ 7

Aus dem Verbandsleben

Ergebnisse der Personalratswahlen 7

Landesdelegiertenversammlung 2021 8

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Karl-Heinz Fuß

Geschäftsstelle: Beethovenstraße 2a, 67292 Kirchheimbolanden

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Karikatur auf dem Cover: Uwe Herrmann

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Ausgabe des VLW kompakt haben wir Ihnen im Vorfeld der Landtagswahl unsere Wahlprüfsteine und die Antworten von drei Landtagsparteien präsentiert. Inzwischen wurde gewählt, die „Ampel-Koalition“ wurde mit leicht verschobenen Stimmanteilen in der Regierung bestätigt und hat einen Koalitionsvertrag vorgelegt. Diesen haben wir auf Aussagen zur Bildungspolitik - insbesondere zu Aussagen über die BBS - untersucht. Das Ergebnis präsentieren wir ihnen in dieser Ausgabe. Um es gleich vorweg zu sagen: Es ist schon ernüchternd, dass sich zu gleich fünf Fragen, die wir den Parteien haben zukommen lassen, keine Aussage im Koalitionsvertrag findet. Man kann leicht den Eindruck gewinnen, als wollten die Regierenden die dahinter stehenden Probleme, auf die wir ja aufmerksam gemacht haben, nicht wahrnehmen. Es wartet also noch viel Arbeit auf unseren Verband.

Wir werden die Regierungsfraktionen natürlich nicht aus der Verantwortung entlassen. Damit der Landesvorstand diese Aufgabe gestärkt wahrnehmen kann, ist eine starke Beteiligung der Basis an der im Oktober geplanten Landesdelegiertenversammlung wünschenswert, auf der Anträge diskutiert und ein neuer Landesvorstand gewählt werden sollen. Die Versammlung hätte eigentlich bereits im vergangenen Jahr stattfinden sollen, fiel aber der „zweiten Welle“ zum Opfer. Der aktuelle Landesvorstand ist optimistisch, dass die Veranstaltung in diesem Jahr in Präsenz stattfinden kann, schließlich sollten bis dahin alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wollen, geimpft sein. Auch dafür haben wir uns als Verband ja vehement eingesetzt.

Ob das ausreicht, um endlich mal wieder ein „normales“ Schuljahr erleben zu dürfen, bleibt abzuwarten. Wir wünschen es uns und Ihnen!

Dirk Mettler
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,
bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.
Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft/Änderungsmeldung

Mit Aufbruchstimmung ins neue Schuljahr

Ein Kommentar von Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW

Nach einer hoffentlich erholsamen Ruhepause während der Sommerferien liegt das neue Schuljahr vor uns. Ein Schuljahr, das hoffentlich besser, vor allem geordneter verlaufen wird als die beiden zuvor. Dabei ist jedem klar, dass die Auswirkungen der Pandemie sichtbar bleiben werden. Für die vom Hochwasser betroffenen Gebiete in der Eifel kommen noch viele weitere, einschneidende Veränderungen hinzu, bis hin zu dem vorübergehend nicht mehr nutzbaren Schulgebäude in Bad Neuenahr. Für das ganze Land gilt, dass die Heterogenität in der Schülerschaft noch stärker ausgeprägt sein wird als zuvor. Die psychosozialen Folgen der Schulschließungen und des Fernunterrichts sind bislang noch nicht absehbar. Es ist deshalb zu hoffen, dass der Unterricht im geplanten Präsenzbetrieb ohne weitere Unterbrechungen stattfinden kann. Um dies zu gewährleisten, sollten sich nach der Lehrerschaft jetzt auch möglichst viele unserer überwiegend volljährigen Schülerinnen und Schüler impfen lassen. Schüler- und Studierendenverbände fordern dies bereits auch für Minderjährige. Entsprechende Angebote sollten dringend gemacht werden.

Die Errungenschaften bei der Digitalisierung müssen dringend weiter ausgebaut werden, jedoch nicht mit dem Ziel, den Präsenzunterricht zu reduzieren, sondern um als Medium für einen differenzierten Unterricht zu dienen, der unsere Schülerinnen und Schüler kompetenzorientiert auf die Arbeitswelt vorbereitet. Selbstverständlich benötigen die Schülerinnen und Schüler, genauso wie die Lehrkräfte, die passenden Endgeräte, die sie auch mit nach Hause nehmen können. Diese Geräte müssen mit der Software ausgestattet sein, die den Anwendungen in der Berufswelt entsprechen. Selbstgestrickte Lösungen des Landes mit nur eingeschränkten Möglichkeiten sehe ich da eher skeptisch, da sie ebenfalls teuer sind und den Wettlauf mit den am Markt verfügbaren kommerziellen Programmen niemals gewinnen können.

Dass sich vieles verändern wird, gar verändern muss, wurde auch im Bildungsministerium erkannt, wo man zum Dialog zum Thema „Lernen nach der Pandemie“ eingeladen hat. An der Online-Auftaktveranstaltung, zu der meines Erachtens viel zu kurzfristig eingeladen wurde, haben immerhin 271 Interessierte aus allen Schularten, einschließlich Eltern- und Schülervertretungen, Personalrats- und Verbändevertretern teilgenommen. Mit Blick auf die Kurzfristigkeit konnte die organisatorische und technische Umsetzung als gelungen angesehen werden. Für die Organisation war das PL zuständig, bei der Technik wurde auf Cisco WebEx gesetzt, obwohl BigBlueButton angeblich inzwischen doch so wunderbar funktioniert. Wie auch immer, der Dialog soll laut unserer Ministerin fortgesetzt werden. Bleibt zu hoffen, dass die Arbeit der Workshops, in denen viele gute Ideen zusammengetragen wurden, auch Früchte trägt. Klar wurde jedenfalls allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, dass in Bildung künftig mehr investiert werden muss. Mit Blick auf den Fachkräftemängel gilt das für die berufliche Bildung insbesondere.

Karl-Heinz Fuß, Landesvorsitzender des VLW Rheinland-Pfalz

Mit großer Bestürzung haben wir die Nachricht aufgenommen, dass zwei unserer Mitglieder in Bad Neuenahr auf tragische Weise in ihren Häusern ums Leben kamen. Wir haben einen Kollegen verloren, der erst vor zwei Jahren pensioniert wurde und eine Kollegin, die mitten aus dem Leben gerissen wurde. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den betroffenen Familien.

Hans-Jürgen Stratmann

1953 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler

Anja Weischedel

1977 - 2021

BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler

Abgleich der VLW-Forderungen mit den Aussagen des Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Durch welche Maßnahmen wollen Sie den Erhalt der Berufsbildenden Schulen insbesondere in den ländlichen Gebieten sicherstellen?

Die Position des VLW: BBSn zeichnen sich durch eine einzigartige Verknüpfung von Teilzeit- und Vollzeitangeboten aus, die gegenseitig voneinander profitieren. Zur Sicherung der BBSn sollten überflüssige Konkurrenzangebote beseitigt statt ausgebaut werden. Die Quantität des Angebots sagt nichts über dessen Qualität aus! Wo nicht (mehr) ausgebildet wird, fehlen zukünftig qualifizierte Arbeitskräfte, worunter die gesamte Wirtschaftsstruktur leidet.

Koalitionsvertrag: Die berufsbildenden Schulen sind zentraler Partner in der dualen Ausbildung und bei der Fachkräftesicherung. Sie stehen wie keine andere Schulform für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems. Für viele Jugendliche und Erwachsene sind sie eine sehr gute Alternative, um höherwertige Abschlüsse bis zur allgemeinen Hochschulreife zu erwerben. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus werden wir weiter für das Berufsschullehramt werben und verstärkt die Möglichkeiten zum Quer- und Seiteneinstieg nutzen. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, die berufsbildenden Schulen demografiefest und digital aufzustellen, in der Fläche zu sichern und zu stärken. Unsere Berufsbildenden Schulen sind schon jetzt am Puls der Zeit. Wir werden sie zu „digitalen berufsbildenden Lernzentren" ausbauen, damit die duale Ausbildung überall im Land attraktiv bleibt und unsere jungen Leute fit für das Arbeitsleben sind. (Zeilen 774-785)

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Entwicklung des Unterrichts im digitalen Zeitalter zu fördern und in die richtigen Bahnen zu lenken?

Die Position des VLW: Wir fordern die Entwicklung schulübergreifender pädagogischer Konzepte zur Einbindung der Technik, die Integration entsprechender Lerninhalte in die Lehrpläne und ein massiv ausgeweitetes Fortbildungsangebot für die BBS-Lehrkräfte. Die finanziellen Mittel dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes Investitionen in die Zukunft!

Koalitionsvertrag: Wir wollen sicherstellen, dass die technische Ausstattung unserer Schulen dauerhaft den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht und der Fokus auf der Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik liegt. Wir unterstützen die Schulträger dabei, den Schulen bis zum Ende des nächsten Schuljahres flächendeckend WLAN zur Verfügung zu stellen und die Ausstattung mit belastungsfähiger Bandbreite, ausreichenden Serverkapazitäten, digitalen Endgeräten sowie beim Einsatz von Software und Lehr- und Lernmedien voranzutreiben. (Zeilen 599-605)

Dazu gehört auch die entsprechende Anwendungsbetreuung der technischen Infrastruktur. Wir werden die Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden umsetzen, auf deren Grundlage die Schulen ausreichend digitalen Support erhalten. (Zeilen 607-610)

Unsere Lehrkräfte erhalten digitale Endgeräte. (Zeilen 616-617)

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die spezifischen Belange der BBS zukünftig angemessen berücksichtigt werden?

Die Position des VLW: Wir haben ein breit gefächertes Schulsystem, das unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedarfe bereithält. Da bringt es nichts, alle Schularten unter dem Deckmantel der Gleichbehandlung über einen Kamm zu scheren. Wir brauchen bildungspolitische Ansätze, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der verschiedenen Schularten zugeschnitten sind. Ein erster Schritt wäre die Anerkennung der BBSn als Ganztagsschulen – was sie da facto längst sind! – mit allen damit verbundenen Konsequenzen.

Koalitionsvertrag: Wir nehmen alle Schularten in den Blick. Dort, wo Bedarfe sind, richten wir weitere schulische Ganztagsangebote ein. (Zeilen 686-687)

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die Versorgung der BBSn mit Lehrkräften sicherstellen?

Die Position des VLW: Der einzige Weg führt unseres Erachtens über die Attraktivität des BBS-Lehramts. Das fängt mit der Bezahlung an, und führt über die Aufstiegsmöglichkeiten bis zu den Rahmenbedingungen (siehe Arbeitszeit der Lehrkräfte). Marketingmaßnahmen allein helfen da nicht weiter!

Koalitionsvertrag: Unser Anspruch ist es, Planstellen weiterhin mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Damit dies gelingt, werben wir intensiv für den Lehrer:innenberuf [sic!] und halten für alle Schularten ausreichend Studien- und Ausbildungsplätze vor. (Zeilen 637-639)

Welche Maßnahmen planen Sie, um einer Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an den Berufsbildenden Schulen entgegenzuwirken?

Die Position des VLW: Wir sehen zwei Möglichkeiten: Entweder wird die Unterrichtsverpflichtung spürbar gesenkt (unsere Forderung: Absenkung auf 21 Wochenstunden), oder die außerunterrichtlichen Aufgaben werden entschlackt, indem Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, eingestellt und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wie wollen Sie für einen fairen und angemessenen Ausgleich der Mehrbelastungen während der Sars-CoV-2-Pandemie sorgen?

Die Position des VLW: Analog zur Zwangsansparstunde sollten die Kolleginnen und Kollegen ein Arbeitszeitguthaben (unser Vorschlag: 8 Wochenstunden bei voller Stelle) erhalten, das sie individuell und entsprechend den Möglichkeiten der jeweiligen Einsatzschule über die nächsten Jahre verteilt abrufen können, auf Wunsch auch geblockt am Ende der Dienstzeit.

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Befürworten Sie eine Fortführung der Altersteilzeit für Lehrkräfte und wenn ja, zu welchen Bedingungen?

Die Position des VLW: Wir befürworten ganz klar eine Fortführung des Angebots zur Altersteilzeit für Lehrkräfte, und zwar zu den Bedingungen, die vor den Sparmaßnahmen der letzten Jahre gegolten haben!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Welche Maßnahmen wollen Sie zur Sicherstellung einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung ergreifen?

Die Position des VLW: Schönrechnerei bringt nichts. An einer massiven Erhöhung der Planstellen führt kein Weg vorbei. Ziel muss eine nominell 105 %-ige Versorgung sein, um den Ausfall von Lehrkräften durch Fortbildung, Krankheit etc. durch qualifizierten Vertretungsunterricht auffangen zu können. Dazu ist es dringend erforderlich, sich verstärkt um den Nachwuchs an BBS-Lehrkräften zu bemühen (vgl. Wahlprüfstein 4).

Koalitionsvertrag: Guter Unterricht braucht gute Rahmenbedingungen, vor allem durch die Unterrichtsversorgung, die wir weiter verbessern werden. Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen. (Zeilen 629-632)

Wir werden die Lehrkräfteaus-, weiter-, und -fortbildung, sowie die Qualifizierung von Schulleitungen den aktuellen Anforderungen entsprechend im Schulalltag weiterentwickeln. (Zeilen 633-636)

Welche Maßnahmen planen Sie, um den Missstand der FOS an den Realschulen plus zu beheben?

Die Position des VLW: Die Fehlallokation der FOS an der RS plus muss beendet werden. Die FOS ist eine Schulform der BBS und muss auch hier angesiedelt werden. Hier gibt es auch die qualifizierten Sek. II-Lehrkräfte für einen qualitativ hochwertigen Unterricht in allen Fächern!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wie gedenken Sie, den Abwärtstrend in der rheinland-pfälzischen Bildung zu stoppen und sicherzustellen, dass künftige Absolventen rheinland-pfälzischer Schulen den Herausforderungen einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt gewachsen sind?

Die Position des VLW: Die Bildungsstandards in den Zubringerschulen (Gymnasien, RS plus, IGS) müssen gewährleistet werden, um die geforderte Ausbildungs- bzw. Studierfähigkeit sicherzustellen. Eine Möglichkeit dazu wären z. B. Abschlussprüfungen zur Erlangung eines Berufsreife- bzw. qualifizierten Sek. I-Abschlusses!

Koalitionsvertrag: Fehlanzeige!

Wonach wir nicht gefragt hatten:

Wir wollen Schulen mehr Selbstständigkeit ermöglichen und hierbei insbesondere die Ausweitung der Möglichkeiten zur Personalgewinnung, eigener Budgets und Schwerpunktsetzung in den Blick nehmen. Wir wollen Räume schaffen für flexiblere Unterrichts- und Lernzeiten, wo Lehrkräfte zu Lernbegleiter:innen [sic!] werden [...] (Zeilen 541-545)

Dazu gehört auch die Erprobung demokratischer Beteiligungsinstrumente wie Schulparlamente. Die Schulen werden bestärkt darin, außerschulische Lernorte und Erfahrungsfelder in die Gestaltung des Unterrichts einzubeziehen oder neue zu erschließen. (Zeilen 549-552)

Schulartübergreifend wollen wir neue Formen des gemeinsamen Lehrens und Lernens entwickeln und erproben [...] (Zeilen 556-557)

Resolution des VLW-Landesvorstands vom 26. Juni 2021

Auf seiner Klausurtagung hat der VLW-Landesvorstand die folgende Resolution beschlossen:

Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen - Digitalisierung weiter stärken - Entlastung jetzt gewähren

Mit den anstehenden Sommerferien steht uns nach diesem turbulenten Schuljahr eine wohlverdiente Ruhepause bevor. Wir alle wünschen uns eine Zeit der Ruhe, nach Möglichkeit weit weg vom heimischen Schreibtisch. Doch bekanntlich machen Viren leider keinen Urlaub. Die hochinfektiöse Delta-Variante breitet sich weiter aus und lässt eine erneute Corona-Welle nach den Sommerferien oder spätestens im Herbst befürchten. Bleibt zu hoffen, dass die Impfbereitschaft in der Bevölkerung weiterhin auf hohem Niveau bleibt und eine kommende Welle damit flach gehalten werden kann. Wir begrüßen ausdrücklich Impfaktionstage für Studierende sowie Schülerinnen und Schüler. Auch wenn junge Menschen vermutlich eher nur einen milden Krankheitsverlauf zu befürchten haben, so sind sie doch potenzielle Überträger der Viren und können andere anstecken.

Für unsere Schulen darf es keine Zweifel daran geben, dass der Gesundheitsschutz weiterhin an erster Stelle stehen muss. Der VLW unterstützt deshalb die Testpflicht nach den Sommerferien und empfiehlt die penible Einhaltung der AHA-Regeln, um die Ausbreitung von Viren, die aus Urlaubsgebieten eingeschleppt werden, zu verhindern. Da es inzwischen gängige Meinung der Experten ist, dass Corona-Viren so wie Grippe-Viren eine ständige Bedrohung darstellen werden, fordert der VLW die adäquate bauliche Ausstattung unserer Schulen mit fest installierten Lüftungsanlagen, die, wie bei einem Passivhaus, für einen ständigen Luftaustausch im Klassensaal sorgen. Mobile Luftreiniger, die lediglich die Luft im Klassensaal umwälzen und Aerosole herausfiltern, sind langfristig nicht geeignet, da sie den CO_2-Gehalt der Luft nicht verringern. Für die Finanzierung ist die Unterstützung durch Bundesmittel erforderlich. So wie beim Digitalpakt muss entsprechend Geld bereitgestellt werden. Da die Belüftungsanlagen viele Jahre genutzt werden können, bevor sie erneuert werden müssen, relativieren sich die Ausgaben im Vergleich zu den vielen Millionen Euro, die derzeit für Corona-Tests und Schutzmasken ausgegeben werden. Zudem bringen die Anlagen über den Corona-Schutz hinaus weitere positive Effekte für die Luftqualität im Klassensaal und sind energieeffizienter, als wenn im Winter alle 20 Minuten die Fenster geöffnet werden.

Auch wenn wir nach den Ferien hoffentlich vollumfänglich im Präsenzunterricht bleiben können, so fordern wir weiterhin den schnellen Ausbau der Infrastruktur für den Einsatz digitaler Medien an unseren Schulen. Es müssen endlich die zugesagten Endgeräte zur Verfügung gestellt und der Support durch die Schulträger bei der System- und Anwendungsbetreuung lückenlos gewährleistet werden. Des Weiteren fordern wir die generelle Beibehaltung des zweiten Studientages sowie ein den schwierigen Aufgaben entsprechendes umfangreiches Fortbildungsangebot, damit die Transformation hin zur Bildung für das digitale Leben nachhaltig gelingen kann.

Das zurückliegende Schuljahr hat gezeigt, mit wie viel Anstrengung die Umstellung hin zu einer neuen Lehr- und Lernkultur, die auf digitalen Medien basiert, verbunden ist. Der VLW fordert dringend eine Entlastung für unsere Kolleginnen und Kollegen und unsere Schulleitungen, auch als Zeichen der Wertschätzung für die geleistete Arbeit unter schwierigen Bedingungen. Es ist wenig hilfreich, wenn unsere Ministerin darauf verweist, dass es die Mitarbeiter anderer Branchen ebenfalls schwer oder gar noch schwerer haben. Wir benötigen jetzt dringend eine Unterstützung, die in vielerlei Form denkbar ist. Die Stärkung der Schulsozialarbeit und die Entlastung von administrativen Aufgaben sind Beispiele dafür. Mittelfristig halten wir die Senkung des Lehrerwochenstundendeputats für alternativlos, um unsere Lehrtätigkeit auszuüben, denn Kommunikation und Feedback mittels digitaler Medien erfordern einen erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand. Die Berechnung der Lehrkräftearbeitszeit bedarf deshalb dringend einer Reform.

Als Anerkennung der erbrachten Leistungen im auslaufenden Schuljahr schlägt der VLW ein Stundenguthaben vor, über das jede Kollegin, jeder Kollege frei verfügen kann. Ähnlich der Rückgabe der im Jahr 2010 eingeführten Zwangsansparstunde, könnten diese Stunden für eine unmittelbare Entlastung genutzt werden oder aber angespart werden, um in späteren Berufsjahren eine Erleichterung zu erfahren. Gleichzeitig könnten durch eine solche Maßnahme mehr junge Lehrkräfte, die ja bekanntlich bereits der Generation der *digital natives* angehören, eingestellt werden, was zu einer gesunden Durchmischung der Lehrerkollegien führen würde. Am Ende stünde eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten, die nur ein wenig Weitsicht, Mut und Entschlossenheit durch die Landesregierung erfordert.

Enquete-Kommission zur „Zukunft der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ legt Abschlussbericht vor - Bundeskompetenz muss von Ländern umgesetzt werden

Auf 543 Seiten hat die 2018 beauftragte Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt. Den Auftrag der Kommission benannte der damalige Vorsitzende, Dr. Stefan Kaufmann MDB (CDU), folgendermaßen: „Die Enquete-Kommission ‚Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt‘ untersucht, wie die berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland so modernisiert werden kann, dass sie den Anforderungen einer digitalisierten Arbeitswelt entspricht und für junge Menschen wieder attraktiver wird. Gemeinsam wollen wir mit Handlungsempfehlungen an die Politik Wege aufzeigen, wie kontinuierliches und zeitgemäßes lebensbegleitendes Lernen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung so gestaltet werden kann, dass der Fachkräftebedarf auch in Zukunft gesichert ist und ein humanes Arbeiten im ständigen Wandel der Berufsfelder ermöglicht wird.“.

Weitere Untersuchungsaufträge lauteten u.a.:

- Wie können Berufsschulen und überbetriebliche Bildungsstätten für die Anforderungen der Digitalisierung fachlich gut und zeitgemäß ausgestattet und ausreichend gefördert werden?
- Wie muss die Aus- und Weiterbildung von Berufsschullehrern, Ausbildern und Prüfern modernisiert werden, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden?
- Welche Maßnahmen und innovativen Ansätze zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung können ergriffen werden, um die sich verändernden Berufsbilder zu berücksichtigen und mehr junge Menschen für berufliche Bildung zu begeistern?
- Wie verändert sich das Verhältnis von Erstausbildung und beruflicher Weiterbildung und wie müssen die Gestaltung und Förderung von beruflicher Weiterbildung daran angepasst werden?

Detaillierte Handlungsempfehlungen zur Attraktivität der beruflichen Bildung, zur Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zur Verbindung von beruflicher und akademischer Ausbildung (Doppelqualifikationen), zur Durchlässigkeit beruflicher und akademischer Bildung, zum DQR, zur Anschlussfähigkeit (Anerkennung erworbener Qualifikationen) und zur wissenschaftlichen Weiterbildung eröffnen die politische Diskussion um die Konsequenzen aus der Arbeit der Enquete-Kommission.

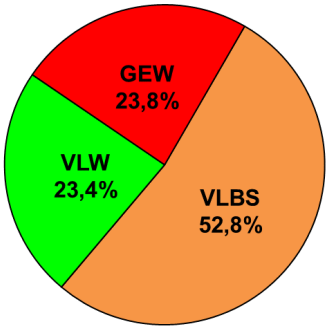
Spätestens hier sind nicht mehr nur der Bundesgesetzgeber als Zuständiger für die Berufliche Bildung gefragt, sondern auch die Bildungsministerien der Länder. Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung heißt nicht zuletzt auch, die oft stiefmütterlich behandelten Beruflichen Schulen (Ausstattung, Lehrkräfteversorgung, Anerkennung als Ganztagsschulen) endlich auch gleichwertig zu behandeln. Die ersten Schritte zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sind getan, weitere müssen folgen.

Der Abschlussbericht kann unter folgendem Link abgerufen werden:
https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930950.pdf

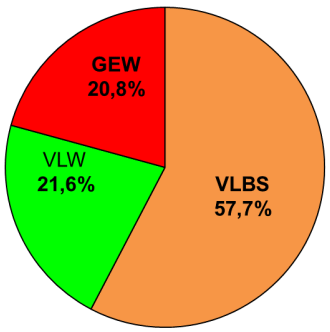
Personalratswahlen 2021

Unter noch unglücklicheren Rahmenbedingungen hätten die diesjährigen Personalratswahlen wohl kaum stattfinden können. Die „dritte Welle“ der Sars-CoV-2-Pandemie sorgte gerade rechtzeitig zu den Wahlen dafür, dass in einigen Regionen unseres Bundeslandes die Schulen abermals für den Regelbetrieb geschlossen werden mussten. Da nicht an allen Schulen die generelle Briefwahl beschlossen worden war, gab es gravierende Unterschiede bei der Wahlbeteiligung an den Schulen.
Im Ergebnis kam es zu leichten Verschiebungen der Stimmanteile - in der Regel zu Gunsten des vlbs - die aber nicht zu Verschiebungen in den Gremien geführt haben. Nach wie vor ist der vlbs die stärkste Gruppierung sowohl im BPR als auch im HPR mit jeweils fünf Sitzen. Auf VLW und GEW entfallen in beiden Gremien jeweils zwei Sitze. Aufgrund der Kooperation mit dem vlbs stellt der VLW mit Kurt Flöck (BPR) und Dirk Mettler (HPR) jeweils den ersten Stellvertreter.

Landesergebnis BPR



Landesergebnis HPR



Landesdelegiertenversammlung

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

VLW VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

An alle VLW-Ortsverbände in Rheinland-Pfalz

Kirchheimbolanden, 16. Juli 2021

Einladung zur ordentlichen

VLW-Landesdelegiertenversammlung

4. Oktober 2021, 9:30 Uhr bis 16:00 Uhr

Rheintal-Kongress-Zentrum, Rheinkai 21, 55411 Bingen am Rhein

Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Grußwort von Ministerin Dr. Hubig (angefragt)
3. Wahl eines Versammlungsleiters/einer Versammlungsleiterin, der Mandatsprüfungskommission und zweier Zählkommissionen
4. Berichte Landesvorsitzender, Landesschatzmeister und Kassenprüfer
5. Aussprache und Entlastung des Vorstands
6. Verabschiedung und Ehrung von Mitgliedern des Landesvorstands
7. Beschlussfassung zu Satzungsänderungen
8. Neuwahl des Landesvorstands und von zwei Kassenprüfern
9. Beschlussfassung zur Resolution und zu den Anträgen
10. Verschiedenes
11. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Die endgültige Tagesordnung geht den Delegierten spätestens zwei Wochen vor der Versammlung zu. Delegierte erhalten nach § 25 UrlVO Dienstbefreiung, sofern dienstliche Gründe dem nicht entgegenstehen. Selbstverständlich sind auch alle anderen VLW-Mitglieder als Gäste freundlich eingeladen. Bitte schicken Sie Ihre Anträge (auch Satzungsänderungsanträge) bis spätestens 30. August 2021 an die Landesgeschäftsstelle. Später eingehende Anträge werden nur dann behandelt, wenn die Landesdelegiertenversammlung sie als dringlich anerkennt.

VLW KOMPAKT

Zeitschrift des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer
an Wirtschaftsschulen Rheinland-Pfalz
Ausgabe 3/2021 Dezember 2021

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

Landesdelegiertenversammlung 2021 in Bingen :

Der VLW wählt einen neuen Landesvorstand
Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden
Der neue Landesvorstand stellt sich vor
Beschlüsse der Landesdelegiertenversammlung

Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier

INHALTSVERZEICHNIS

Aus dem Verbandsleben I

Solidarität ist überwältigend - Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 3

Landesdelegiertenversammlung 2021

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler 4

Der neue Landesvorstand stellt sich vor 6

Informationen des Landesschatzmeisters zur Finanz- und Beitragsordnung 7

Warme Worte reichen nicht - Resolution der Landesdelegiertenversammlung 9

Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 10

Was sonst noch so geschah 18

Aus dem Verbandsleben II

Der Landesvorstand zu Gast im Bezirk Trier 20

IMPRESSUM

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW) im dbb
Vorsitzender: Dirk Mettler

Geschäftsstelle: Rutschbach 10, 56736 Kottenheim

Redaktion und Layout: Dirk Mettler
Tel.: 02 61 - 20 06 90 16
dirk.mettler@vlw-rlp.de

Druck: wir-machen-druck.de

Fotos: privat

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

knapp vor Weihnachten kamen die bereits für das letzte Jahr zugesagten Endgeräte für unsere Lehrkräfte endlich an den Schulen an. Und das ein ganzes Jahr später als ursprünglich in Aussicht gestellt! Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an unsere Karikatur vom letzten Jahr, welche bereits die Problematik der „One-fits-all"-Geräte für alle Schularten in etwas überzeichneter Form abbildet. Im Frühjahr hat man im Ministerium noch betont, dass es zwei verschiedene Geräte zur Auswahl geben wird. Leider haben viele Landkreise und Städte jedoch eine andere Entscheidung getroffen. Aus Gründen des Supports blieb dort den Kolleginnen und Kollegen nur noch die Wahl, zu dem vorausgewählten Gerät ja oder nein zu sagen. Grundsätzlich ist es durchaus wünschenswert, wenn die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen mit einheitlicher Technik arbeitet. Denn so können Schulungen und Teamarbeit effizient funktionieren. Die Voraussetzung ist allerdings, dass die Systeme mit der technischen Entwicklung und den Ansprüchen der ausbildenden Wirtschaft Schritt halten können.

Hinzu kam noch die Verunsicherung hinsichtlich der steuerlichen Absetzbarkeit von privat für dienstliche Zwecke angeschafften digitalen Geräten. Erst spät kam die Zusage des Finanzministeriums, dass diese auch dann weiterhin absetzbar sein können, wenn man das dienstliche Gerät in Anspruch nimmt.

Skepsis breitet sich aus, wenn man die aktuellen Probleme mit edoo.sys betrachtet. Da bleibt nur zu hoffen, dass der SchulCampus besser funktionieren wird. Wenig hilfreich für unsere berufsbildenden Schulen sind die Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten bezüglich der Nutzung kommerzieller Software-Produkte. Denn hier stoßen wir auf ein Dilemma, da die Mehrheit der ausbildenden Betriebe mit den in Frage stehenden kommerziellen Programmen arbeitet.

Aus den Anträgen der zurückliegenden VLW-Landesversammlung lassen sich die Probleme herauslesen, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung an unseren Schulen auf uns zukommen. Dabei gehe ich davon aus, dass sich der Großteil unserer Kolleginnen und Kollegen gerne weiter auf den digitalen Weg begeben möchte, aber die erforderlichen Rahmenbedingungen schlichtweg nicht vorfindet. Die engagierten Pioniere müssen mit viel Mühe und oftmals privatem Geld technische Hürden überwinden und sind auch bei den Konzepten für das digitale Lernen häufig auf sich allein gestellt. Dabei gibt es viele Erfahrungen aus anderen Bundesländern oder aus der freien Wirtschaft, die unseren

Kolleginnen und Kollegen lediglich systematisch zugänglich gemacht werden müssten.

Aber selbst wenn die größten Probleme beseitigt sind, bleibt weiterhin der wichtige Faktor Zeit, der benötigt wird, um die Transformation hin zum digitalen Lernen zu bewältigen. Diese Zeit muss uns der Dienstherr zur Verfügung stellen, da wir ansonsten nur viel zu langsam vorankommen werden. Umso mehr als dass wir uns bei der Arbeitszeit aufgrund der Corona-Krise längst schon in einer Erschöpfungssituation befinden. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben bereits während der Corona-Krise weit mehr geleistet als dies die Dienstordnung vorsieht. Die VLW-Landesdelegierten haben eine Resolution verabschiedet, in der sie eine deutliche Entlastung fordern, und zwar jetzt und nicht in ferner Zukunft.

Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, scheint zwischenzeitlich im Bildungsministerium angekommen zu sein, denn von dort kam Mitte November aufgrund des Drucks der Landeseltern und der Lehrerverbände die Einladung zum Kongress „Schule der Zukunft“. Immerhin hat die Landesregierung für die kommenden Jahre mehrere Millionen Euro in Aussicht gestellt, um Pilotschulen neue Wege des Lernens beschreiten zu lassen. Gelingen kann dies aber nur, wenn zusätzliches Personal eingestellt wird, und dafür sind die zugesagten Gelder allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ebenfalls wenig hilfreich ist die Tatsache, dass die Bundesländer beim Personal lieber sparen möchten, wie sich der aktuelle Tarifabschluss interpretieren lässt. Eine Erhöhung der Bezüge um 2,8 % zum 1. Dezember 2022 (!) stellt ein äußerst mageres und enttäuschendes Ergebnis dar.

All die Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass wir uns organisieren, um unsere Forderungen mit gebündelter Stimme bei unserem Dienstherrn vorzutragen. Deshalb freut es mich, dass der VLW bei seiner Landesversammlung in Bingen durch die Neuwahl des Landesvorstands ein deutliches Signal in Richtung Zukunft gesetzt hat. Lesen Sie mehr dazu in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Der Landesvorstand wünscht Ihnen ein glückliches neues Jahr.

Ihr Karl-Heinz Fuß
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Solidarität ist überwältigend

Bei einem Besuch an der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler konnten sich der VLW-Landesvorsitzende Dirk Mettler und der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck einen lebhaften Eindruck vom Ausmaß der Zerstörungen machen, die durch die Flutkatastrophe Mitte Juli verursacht wurden. Schulleiterin Gundi Kontakis, ihr Stellvertreter Dr. Klaus Müller sowie der Vorsitzende des Fördervereins Daniel Schlich führten die beiden VLW-Vertreter durch die aktuellen Baustellenbereiche der BBS.

Vor den zerstörten Werkstätten (v. r. n. l.): Schulleiterin Gundi Kontakis, VLW-Landesvorsitzender Dirk Mettler, Fördervereinsvorsitzender Daniel Schlich und VLW-Bezirksvorsitzender Kurt Flöck bei der Übergabe der Spende

Dabei berichteten Sie immer wieder von der überwältigenden Solidarität, die sie seit der Katastrophennacht von allen Seiten erfahren. Insbesondere die unbürokratische Aufnahme der Schülerinnen und Schüler an insgesamt sechs Schulen im nördlichen Rheinland-Pfalz wurde lobend erwähnt. Inzwischen konnten die Klassen, die an der Alice-Salomon-Schule in Linz sowie am Megina-Gymnasium in Mayen untergebracht waren, in die nicht zerstörten Teile des Schulgebäudes zurückkehren. Für die übrigen Klassen werden gerade provisorische Klassenräume auf dem Schülerparkplatz errichtet.

Die beiden VLW-Vertreter waren sehr beeindruckt von der Zuversicht und von der unermüdlichen Energie, mit der die Schulgemeinschaft der BBS Bad-Neuenahr-Ahrweiler die riesige Herausforderung meistert. Am Ende des Besuchs überreichte Dirk Mettler die von der VLW-Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober beschlossene Spende in Höhe von 1.500 Euro an den Vorsitzenden des Fördervereins, um auch der Solidarität des VLW mit der Schule an der Ahr Ausdruck zu verleihen.

Der neue Landesvorstand stellt sich vor

Interview mit dem neuen Landesvorsitzenden Dirk Mettler

VLW kompakt: Dirk, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum neuen Landesvorsitzenden. Wie fühlt sich das neue Amt an nach den ersten Wochen?

Dirk Mettler: Vielen Dank, die Glückwünsche kann ich gut gebrauchen. Das neue Amt fühlt sich noch ungewohnt an, viele Abläufe müssen sich neu einspielen, erst recht, da wir auch eine neue Situation mit der Geschäftsstelle haben, die sich ja jetzt nicht mehr im Haushalt des Landesvorsitzenden befindet. Aber ich bin anpassungsfähig, der Landesvorsitz ist ja schließlich bereits die vierte Funktion, die ich im Landesvorstand übernommen habe.

VLW kompakt: Du warst Ansprechpartner für die Jungen Wirtschaftspädagogen, Schatzmeister und zuletzt Referent für Öffentlichkeitsarbeit. Liegt es dir nicht, eine Aufgabe langfristig wahrzunehmen?

Dirk Mettler: Man kann das auch so interpretieren, dass ich immer die Aufgabe übernommen habe, für die ich gerade gebraucht wurde. Dass das alle paar Jahre eine völlig neue Funktion bedeutet, lag eigentlich nie in meiner Absicht. Vielleicht liegt es mir aber auch einfach im Blut, immer wieder neue Herausforderungen zu suchen und auch anzunehmen.

VLW kompakt: Und wie lange möchtest du jetzt Landesvorsitzender bleiben?

Dirk Mettler: Satzungsgemäß bin ich zunächst für vier Jahre gewählt. Danach sehen wir weiter. Es bleibt halt auch abzuwarten, wie sich der Verband entwickelt und ob das mit meinen Vorstellungen zusammenpasst.

VLW kompakt: Welche Entwicklung wünschst du dir denn für den VLW?

Dirk Mettler: Für mich sind zwei Punkte wichtig. Zum einen möchte ich dem Verband einen modernen Anstrich verleihen und ihn zukunftsgerichtet aufstellen. Das heißt konkret, dass perspektivisch die jungen Kolleginnen und Kollegen den Verband prägen. Es geht ja schließlich auch darum, die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens zu gestalten. Wenn aus dem Verband die zukunftsweisenden Impulse kommen sollen, geht das nach meiner Überzeugung nicht, ohne dass die junge Generation in diesen Prozess eingebunden ist - und zwar an entscheidender Stelle.

VLW kompakt: Gibt es denn genügend junge Talente im VLW?

Dirk Mettler: Davon bin ich überzeugt. Man muss sie nur finden und dann natürlich zur Mitarbeit motivieren. Dafür werden wir aber sicher auch neue Möglichkeiten der Partizipation finden müssen. Die junge Generation lässt sich für die uns vertrauten Strukturen nur noch selten begeistern.

VLW kompakt: Und wo willst du die jungen Talente finden?

Dirk Mettler: Hier appelliere ich an die Ortsvorsitzenden und an die Bezirksvorstände, aktiv auf die jungen Kolleginnen und Kollegen zuzugehen. Ohne das wird es nicht funktionieren.

Zur Person: Dirk Mettler ist 52 Jahre alt, verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Koblenz. An der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied unterrichtet er BWL/RW und katholische Religion.

VLW kompakt: Welches ist der zweite Punkt, der dir am Herzen liegt?

Dirk Mettler: Der zweite Punkt ist die engere Zusammenarbeit mit dem vlbs mit dem ganz klaren Ziel, in absehbarer Zeit einen gemeinsamen Verband zu bilden.

VLW kompakt: Im VLW gibt es aber auch viele Mitglieder, die sich einen eigenständigen Verband speziell für die kaufmännische Bildung wünschen.

Dirk Mettler: Das ist richtig und das ist auch verständlich. Allerdings muss man auch sehen, dass sich das berufsbildende Schulwesen nicht sauber in eine kaufmännische und eine gewerblich-technische Richtung unterteilen lässt. Die meisten rheinland-pfälzischen BBSn sind Bündelschulen und der an Bedeutung gewinnende Gesundheitsbereich ist mal an kaufmännischen, mal an gewerblichen Schulen angedockt. Und in den großen Städten gibt es sogar eigene BBSn mit sozialem Schwerpunkt.

VLW kompakt: Ist die Verschmelzung der beiden Verbände für dich also eine conditio sine qua non?

Dirk Mettler: Das natürlich nicht. Ich will keine Verschmelzung um jeden Preis, aber ich will sie. Deshalb bin ich auch sehr froh, dass ein entsprechender Antrag auf der letzten Landesdelegiertenversammlung eine breite Unterstützung erfahren hat.

VLW kompakt: Was motiviert dich eigentlich, dich für den VLW zu engagieren?

Dirk Mettler: Da kommen mehrere Gründe zusammen. Zunächt mal ist es mein Werdegang im VLW und dann bin ich - wie ich es gerne ausdrücke - selbst ja auch ein Kind der BBS.

VLW kompakt: Das musst du uns genauer erklären. Wieso motiviert dich dein Werdegang im VLW?

Dirk Mettler: Mein Eintritt in den VLW stand unter dem Solidaritätsgedanken. Weiter habe ich das damals gar nicht reflektiert. Wie wichtig eine verbandliche Vertretung wirklich ist, wurde mir erst klar, als die Landesregierung die unsägliche Fehlentscheidung getroffen hat, die FOS an den Realschulen plus anzudocken. Ich hatte damals den Eindruck, die BBS müsste als Steinbruch herhalten, um Lieblingsprojekte des Bildungsministeriums zu unterfüttern.

VLW kompakt: Wie ging es dann weiter?

Dirk Mettler: Daraufhin habe ich meinem damaligen Bezirksvorsitzenden, Herrn Gernot Kormann, meine Mitarbeit im Verband angeboten. Bei nächster Gelegenheit wurde ich dann in den Bezirksvorstand gewählt und kurze Zeit später vom Landesvorstand kooptiert, um mich um die Jungen Wirtschaftspädagogen zu kümmern. Dabei habe ich immer mehr Lust auf die Verbandsarbeit bekommen und dann ja auch verschiedene Aufgaben übernommen.

VLW kompakt: Was meinst du damit, wenn du sagst, du seiest ein Kind der BBS?

Dirk Mettler: Das hat auch mit meinem Werdegang zu tun. Dieses Mal aber mit meinem beruflichen. Eigentlich hatte ich gar nicht vor zu studieren. Nach der mittleren Reife an einem Gymnasium habe ich eine Bankausbildung absolviert. In dieser Zeit habe ich natürlich auch eine Berufsschule besucht. Gegen Ende meiner Ausbildung habe ich mich dann gefragt, ob ich mir wirklich den richtigen Beruf ausgesucht habe. Dabei fiel mein Blick auf meine damaligen Berufsschullehrer und deren Job gefiel mir irgendwie besser als mein eigener.

VLW kompakt: Wie ging es dann weiter? Du hattest ja noch nicht mal Abitur.

Dirk Mettler: Das stimmt. Aber im berufsbildenden Schulsystem gibt es ja für jeden eine passende Anschlusslösung. Heute würde mein Weg sicher über die Berufsoberschule führen, die gab es damals aber leider noch nicht. Deshalb bin ich auf ein Wirtschaftsgymnasium gegangen. Mit meiner Bankausbildung im Rücken hatte ich da einen ziemlich leichten Einstieg.

VLW kompakt: Das heißt, die Berufsschule hat dir das Lehramt schmackhaft gemacht und das Wirtschaftsgymnasium hat dir den Weg ins Studium geebnet.

Dirk Mettler: Und damit meinen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Noch heftiger fiel dieser Aufstieg bei meinem Bruder aus. Er hat die allgemeinbildende Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen. Parallel zu Ausbildung und Berufsschule hat er damals die Berufsaufbauschule besucht und die mittlere Reife erworben, anschließend die Fachoberschule, die damals noch dort angesiedelt war, wo sie hingehört. Heute arbeitet er als Maschinenbauingenieur in der Automobilzulieferindustrie.

VLW kompakt: Das sind zwei schöne Beispiele für die Aufstiegsmöglichkeiten, die die BBS bietet.

Dirk Mettler: Genau. Und deshalb liegt mir die BBS so am Herzen. In bildungspolitischen Diskussionen wird immer wieder behauptet, unser Schulsystem sei nur nach unten durchlässig, fördere also den Bildungsabstieg.
Das Gegenteil ist richtig. Die BBS bietet, wie ich vorhin schon mal angemerkt habe, für jeden, der von einer weiterführenden Schule kommt, ein passendes Anschlussangebot. Jahr für Jahr verlassen Tausende junger Menschen die BBSn, die allermeisten davon sind echte Bildungsaufsteiger.
Die BBSn fungieren also wie ein Fahrstuhl nach oben. Das ist für jeden einzelnen der jungen Menschen, die zu uns kommen, und auch für die Gesellschaft als Ganzes von unermesslichem Wert. Deshalb lohnt sich der Einsatz für die BBS. Dafür braucht es starke Verbände wie den VLW, die nicht müde werden, die Bedeutung der BBS immer wieder herauszustellen und im Dialog mit der Politik immer wieder zu betonen. Dafür brauchen wir Mitglieder, die bereit sind, sich im VLW für die BBS zu engagieren.

VLW kompakt: Das ist ein schönes Schlusswort. Dirk, Danke für das Gespräch und viel Erfolg bei deinem Einsatz für den VLW und für die BBS!

Dirk Mettler: Vielen Dank.

Der neue Landesvorstand stellt sich vor

Andreas Seehaus
Stellvertretender Landesvorsitzender

Als Mitglied im BPR bei der ADD und Bezirksvorsitzender in der Pfalz berate und unterstütze ich unsere Kolleginnen und Kollegen bei Fragen und Problemen aus dem schulischen Alltag.

Kontakt:
andreas.seehaus@vlw-rlp.de
Schule: BBS Landau

Emöke Anderlik
Stellvertretende Landesvorsitzende

Ich engagiere mich im VLW, weil wir nur gemeinsam gute Arbeitsbedingungen durchsetzen und schaffen können. Denn gute Arbeit verdient Anerkennung und Wertschätzung.

Kontakt:
emoeke.anderlik@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wirtschaft Worms

Jürgen Hatzfeld
Schatzmeister

Ich engagiere mich im VLW, weil er eine notwendige und kompetente Vertretung der Interessen der kaufmännischen berufsbildenden Schulen, ihrer Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler ist.

Kontakt:
juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de
Schule: ehemals BBS Wirtschaft Worms

Michael Lutz
Schriftführer

Als Schriftführer im Landesvorstand möchte ich dazu beitragen, den Verband zu stärken und unseren Mitgliedern, den Kolleginnen und Kollegen an unseren Berufsbildenden Schulen, ihre Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

Kontakt:
michael.lutz@vlw-rlp.de
Schule: ehemals BBS Bingen

Karl-Heinz Fuß
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Ich engagiere mich im VLW, weil es ohne organisierte Verbandsarbeit keine effektive Personalratsarbeit geben kann. Meine Aufgabengebiete sind das VLW kompakt, unserer Website und unser Newsletter.

Kontakt:
karl-heinz.fuss@vlw-rlp.de
Schule: BBS Alzey

Stefanie Tischer
Bildungs- und Schulpolitik

Die berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz verdient einen höheren Stellenwert. Darum engagiere ich mich im VLW und bin im Landesvorstand für den Bereich Bildungs- und Schulpolitik zuständig.

Kontakt:
stefanie.tischer@vlw-rlp.de
Schule: Ludwig-Erhard-Schule Neuwied

Miriam Schmidle
Junge Wirtschaftspädagogen

Gerade für junge Kolleginnen und Kollegen ist es wichtig, eine leistungsstarke Interessensvertretung zu haben. Im VLW engagiere ich mich besonders bei der Gestaltung der digitalen Zukunft an den Berufsbildenden Schulen.

Kontakt:
miriam.schmidle@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wirtschaft Worms

Kurt Flöck
Recht und Besoldung

Die Tätigkeit von Verbänden und Gewerkschaft ist Ausdruck gelebter Demokratie in unserem Land. Als Ansprechpartner im Geschäftsbereich „Recht und Besoldung“ bin ich gerne bereit, mich für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Kontakt:
kurt.floeck@vlw-rlp.de
Schule: BBS Wissen

Petra Studt
Lehrkräfte für Fachpraxis

Gerne bringe ich weiterhin meine Erfahrungen in die Vorstandsarbeit ein, um Interessen und Bedürfnisse von Kollegeninnen und Kollegen zu vertreten, mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Fachpraxis im Bereich Bürowirtschaft.

Kontakt:
petra.studt@vlw-rlp.de
Schule: BBS Montabaur

Informationen des Landesschatzmeisters

Beitragseinzug erfolgt jetzt zentral durch den Landesverband

In diesem Jahr haben wir eine wesentliche organisatorische Veränderung vorgenommen – Ihr Beitrag wird nicht mehr durch die Bezirke, sondern durch den Landesverband eingezogen. Gleichzeitig wurde eine zentrale Mitgliederdatei eingerichtet und die Daten der Bezirke wurden dort zusammengeführt.

In diesem Zusammenhang haben wir Ihnen allen ein Formular mit Ihren – in der zentralen Mitgliederdatei hinterlegten – Daten mit der Bitte um Prüfung zugesandt. Viele von Ihnen haben uns Veränderungen bereits mitgeteilt – alle anderen bitten wir, dies noch zu tun. Nur mit korrekten Daten können wir mit Ihnen kommunizieren bzw. Ihren Beitrag in der richtigen Höhe abbuchen.

Allen, die uns bei der Umstellung unterstützt haben, den Bezirksvorsitzenden und -schatzmeistern, den Ortsvorsitzenden und insbesondere unserem Ehrenmitglied Heinz Werner Seyler, gilt unser besonderer Dank.

Geringfügige Anpassung der Finanz- und Beitragsordnung – der VLW bleibt konkurrenzlos günstig

Im Zusammenhang mit der zentralen Mitgliederverwaltung hat die Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 Veränderungen in der Finanz- und Beitragsordnung ab 2022 beschlossen. Bis auf einige geringe Anpassungen für Mitglieder im gehobenen Dienst bleiben die Mitgliedsbeiträge stabil. Die letzte Beitragserhöhung liegt damit 11 Jahre zurück.

Diese Beitragskonstanz ist vor allem auf das hohe ehrenamtliche Engagement sowohl in den Orts- und Bezirksverbänden als auch im Landesverband zurückzuführen und war nur durch sparsame Haushaltsführung und den Verzicht auf Aufwandsentschädigungen, Honorare, Sitzungsgelder u. ä. möglich.

Zum Vergleich: Im Zeitraum von Januar 2011 bis September 2021 ist der Preisindex für die Lebenshaltung um 17,6 % (von 93,9 auf 110,4 Indexpunkte) gestiegen. Ebenso mussten wir erhöhte Beiträge an die Dachverbände abführen. Der VLW bleibt damit konkurrenzlos günstig.

Eine Studienrätin/ein Studienrat zahlt (Stand November 2021) beim VLW auf voller Stelle 10 Euro im Monat (beim VLBS 17,40 Euro, bei der GEW 34,80 Euro).

Dies gelingt nicht zuletzt durch den Verzicht auf eine Diensthaftpflicht- und Schlüsselversicherung. Diese können Sie - wenn Sie es wünschen - letztlich günstiger für einen geringen Zuschlag im Rahmen Ihrer privaten Haftpflichtversicherung mitversichern, was wir dringend empfehlen.

Bitte informieren Sie unsere Mitarbeiterin Frau Jakob zeitnah über Änderungen von Adresse, Dienstort, Bankverbindung und Stundenumfang (siehe gelben Kasten unten). Dies ist auch über unsere Homepage gesichert möglich.

Danke für Ihre Unterstützung!

Jürgen Hatzfeld
Landesschatzmeister

Wichtig: Ihre aktuellen Daten

Liebe Mitglieder,

bitte denken Sie daran, uns Änderungen Ihrer Daten rechtzeitig mitzuteilen. Dazu gehören neben Ihrer aktuellen Adresse und der Bankverbindung auch Statusangaben (Vollzeit/Teilzeit; Abschluss des Referendariats; Eintritt in den Ruhestand), die Auswirkungen auf Ihre Beitragshöhe haben.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Änderungen erst nach Eingang der Mitteilung berücksichtigen können.

Änderungen melden Sie bitte direkt an unsere Mitgliederverwaltung: Ruth Jakob, Holzhauserstr. 27, 55411 Bingen, ruth.jakob@vlw-rlp.de oder über unsere Website (https://vlw-rlp.de/pages/mitgliedschaft/aenderungsmeldung.php).

Vielen Dank!

Auszug aus der Finanz- und Beitragsordnung (gültig ab 1. Januar 2022)

1. Der VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. erhebt zur Finanzierung seiner Aufgaben Mitgliedsbeiträge. Diese erhält der Landesverband. Sie werden auf Vorschlag des Landesvorstandes von der Delegiertenversammlung festgesetzt. Ab 1. Januar 2022 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

Höherer Dienst
Mitglieder im Höheren Dienst auf voller Stelle: ..... 10,00 Euro/Monat
Mitglieder im Höheren Dienst bis 3/4-Stelle: ..... 8,00 Euro/Monat
Mitglieder im Höheren Dienst bis 1/2-Stelle: ..... 6,00 Euro/Monat
Mitglieder in Altersteilzeit: ..... 8,00 Euro/Monat

Gehobener Dienst
Mitglieder im Gehobenen Dienst auf voller Stelle: ..... 9,00 Euro/Monat
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 3/4-Stelle: ..... 7,00 Euro/Monat
Mitglieder im Gehobenen Dienst bis 1/2-Stelle: ..... 5,00 Euro/Monat
Mitglieder in Altersteilzeit: ..... 7,00 Euro/Monat

Pensionäre und Pensionärinnen
Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppel-Mitgliedschaft
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH): ..... 7,00 Euro/Monat
Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppel-Mitgliedschaft
im Bund der Ruhestandsbeamten (BRH) :..... 6,00 Euro/Monat

Sonstige
Ehegatten (2. Beitrag): ..... 6,00 Euro/Monat
Referendarinnen und Referendare: ..... 2,00 Euro/Monat
Studierende und Mitglieder ohne Anstellung: ..... 2,00 Euro/Monat
Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens
6 Monate Dauer): ..... 2,00 Euro/Monat
(Für Mitglieder in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, gilt der normale Beitrag gemäß dem Stundenumfang.)

2. Die Beiträge werden vom Landesverband vierteljährlich im Lastschriftverfahren eingezogen. (Hinweis: Die Abbuchung erfolgt jeweils zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November bzw. dem nächsten folgenden Bankarbeitstag.)

3. Die Mitglieder sind verpflichtet, sämtliche Veränderungen gemäß § 7 Abs. 5 der Satzung des VLW Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (Änderungen des Beschäftigungsumfangs, Versetzungen, Adressänderungen, Änderungen der Bankverbindung usw.), unverzüglich der Landesgeschäftsstelle zu melden. Unabhängig vom Zeitpunkt der Meldung wird der korrekte Beitrag im Falle einer Erhöhung ab dem Zeitpunkt der Veränderung erhoben. Ergibt sich aus der Meldung der Veränderung eine Verminderung des Beitrags, wird die Differenz auf Antrag für maximal zwei zurückliegende Quartale erstattet. Über Abweichungen von der Beitragsordnung entscheidet der Landesvorstand mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder.

Landesdelegiertenversammlung

Warme Worte reichen nicht - VLW fordert Kompensation der Mehrbelastungen durch Pandemie und Digitalisierung

Seit nunmehr anderthalb Jahren befinden sich die Schulen in unserem Land im Ausnahmemodus. Während der ersten Phase der Schulschließungen waren im individuellen Fernunterricht über E-Mails, Messengerdienste, Moodle & Co. das Improvisationstalent und ein außergewöhnliches Engagement der Kolleginnen und Kollegen gefragt. Schon damals sind viele Kolleginnen und Kollegen ihren Schülerinnen und Schülern zuliebe bis an ihre Belastungsgrenze, manche auch darüber hinaus, gegangen. Es folgte eine Phase des Wechselunterrichts, in der die Schülerinnen und Schüler wechselweise in Präsenz beschult oder zuhause mit entsprechenden Lernaufträgen und Aufgaben versorgt wurden. Zwischenzeitlich hatte die Landesregierung eine Landeslizenz für ein funktionierendes Videokonferenz-System erworben, das von einer mit reichlich Kinderkrankheiten gesegneten Landeslösung Marke Eigenbau abgelöst wurde. In der Zeit der Pandemie wurden die Lehrkräfte zu Lüftungsexperten und Testbeaufsichtigern, die sich in diverse Videokonferenzsysteme und Lernplattformen eingearbeitet haben. **Dass unter diesen Umständen ein einigermaßen vernünftiges Unterrichten gelingen konnte, ist dem unermüdlichen und selbstlosen Einsatz vieler engagierter Lehrkräfte zu verdanken.**

Wir anerkennen ausdrücklich die Bemühungen und Leistungen der Landesregierung, einen sicheren und verlässlichen Unterricht zu garantieren. Auch wir möchten am liebsten einfach nur unserem gewählten Beruf nachgehen und junge Menschen fit für die Zukunft machen. Die Zeit, in der wir gerade leben, lässt es aber nicht zu, „einfach nur so“ Lehrerin oder Lehrer zu sein. Die Maßnahmen, die zur Sicherung des Unterrichts ergriffen wurden, gehen mit Mehrbelastungen für die Lehrkräfte einher. Dies wurde seitens unserer Bildungsministerin auch immer wieder anerkannt und lobend erwähnt. **Was allerdings immer noch aussteht, ist eine Kompensation für die geleistete Mehrarbeit.**

Der VLW fordert als Ausgleich für die während der Pandemie – die ja leider immer noch nicht vorbei ist – geleistete Mehrarbeit eine Gutschrift von acht Lehrerwochenstunden für jede Vollzeitkraft, Teilzeitkräfte sollen anteilig bedacht werden. Dieses Guthaben sollen die Kolleginnen und Kollegen, so wie es bei der so genannten „Zwangsansparstunde“ auch geregelt war, individuell und unter Berücksichtigung schulischer Belange abrufen können. Auf Wunsch soll dieses Guthaben auch geblockt am Ende der Dienstzeit abgerufen werden können, etwa um in den letzten Dienstjahren eine zusätzliche Entlastung zu erhalten. Um die Lerndefizite aufzufangen, unter denen viele Schülerinnen und Schüler aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie leiden, bedürfen diese einer stärker individualisierten Förderung. **Dazu sind dringend kleinere Klassen und eine bessere personelle Ausstattung unserer Schulen nötig.** Es gibt, wenn auch nicht für jedes einzelne Fach, mehr als genug junge Lehrkräfte auf dem Markt, die sich gerne dieser wichtigen Aufgabe widmen würden!

Durch die Pandemie hat die Digitalisierung auch an den Schulen einen erheblichen Schub erhalten. Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, warnen jedoch vor dem Irrglauben, dadurch würde jetzt alles einfacher und ginge schneller. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der administrative Aufwand sowohl in den Schulen als auch bei den einzelnen Lehrkräften zunächst erheblich größer ausfällt. Dies gilt erst recht, wenn die zur Verfügung stehenden digitalen Tools unausgereift sind und deren Defizite durch persönlichen Einsatz ausgeglichen werden müssen. **Die Transformation der Schulen ins digitale Zeitalter ist nicht umsonst zu haben!** Die Zukunft der jungen Generation ist mehr als ein Almosen wert. Deshalb fordert der VLW die sofortige Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um einen Support zu gewährleisten, der eine verlässliche Unterrichtsplanung und -gestaltung ermöglicht. Die Verantwortung dafür auf die Schulträger zu schieben, mag dem Subsidiaritätsprinzip entsprechen, zementiert aber leider die ohnehin schon erheblichen regionalen Unterschiede zwischen leistungsfähigen und überschuldeten Kommunen.

Darüber hinaus muss das Land Lizenzen für praxisnahe Programme erwerben, mit denen eine Ausbildung ermöglicht wird, die sich an den Erfordernissen einer digitalisierten Arbeitswelt orientiert, sodass die jungen Menschen, die die berufsbildenden Schulen verlassen, auch wirklich fit für die Zukunft sind. Die Beschränkung auf Open-Source-Programme führt dazu, dass die betriebliche Praxis nicht realitätsnah abgebildet werden kann, wodurch die berufliche Bildung massiv abgewertet würde. Die junge Generation hat einen Anspruch auf eine zukunftsorientierte Ausbildung, die auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet. **Wer hier spart, setzt die Zukunft einer ganzen Generation wie auch unseres Landes aufs Spiel!**

Schließlich müssen auch die Lehrkräfte auf diesem Weg mitgenommen werden. Dafür braucht es umfangreiche Schulungen und Fortbildungen. Die durch die Digitalisierung möglichen neuen Arbeitsformen bei Fortbildungen (sog. Online-Seminare) können als Ergänzung des bestehenden und auszubauenden Angebots angesehen werden. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Fortbildungen mehr und mehr zu einem Freizeitvergnügen werden, die außerhalb der gebundenen Arbeitszeit stattfinden. Auch der Besuch einer Fortbildung stellt Arbeit dar, die auch als solche anerkannt werden muss!

Dem solidarischen Handeln und dem unermüdlichen Einsatz tausender Kolleginnen und Kollegen ist es zu verdanken, dass unsere Schulen während der Pandemie nicht kollabiert sind. Auch der Einstieg ins digitale Zeitalter, wenn er gelingen soll, wird auf diese Ressourcen zugreifen müssen. Deshalb geben wir uns nicht mehr mit warmen Worten zufrieden, sondern fordern ein entschlossenes Handeln unserer Landesregierung, das den Worten Taten folgen lässt!

Die Zukunft im Blick - beschlossene Anträge der LDV 2021

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Änderung der Finanzordnung

Neufassung der Finanzordnung entsprechend der Vorlage

Begründung: Künftig sollen die Mitgliedsbeiträge nicht mehr auf Bezirksebene, sondern zentral durch den Landesverband eingezogen werden. Des Weiteren erfolgt eine Reihe von Präzisierungen, z. B. zur Beitragspflicht von Mitgliedern in Elternzeit. Für Mitglieder im gehobenen Dienst wird künftig durchgehend ein um 1 Euro/Monat günstigerer Beitrag erhoben.

Bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Einführung einer Geschäftsordnung

Einführung einer Geschäftsführung entsprechend der Vorlage (Anlage)

Begründung: Die Neufassung der Satzung sieht eine Geschäftsordnung für die Landesdelegiertenversammlung vor, in der Verfahrensfragen geregelt werden.

Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Aufbruch zu einem „Rheinland-Pfälzischen Institut für berufliche Bildung“

Der Landesvorstand wird aufgefordert, eine einheitliche Steuerung, Beratung, Unterstützung, Trägerschaft und Aufsicht aller berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz nach dem Hamburger Vorbild in die politische Diskussion zur Zukunft der beruflichen Bildung in RLP einzubringen und die Entwicklung entsprechender Strukturen progressiv-kritisch zu begleiten.

Begründung: Die aktuellen Probleme insbesondere im Bereich der Digitalisierung und der Transformation der Berufsbildungsstrukturen in Bezug auf die sich rasant ändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes lassen erkennen, dass die althergebrachten Strukturen der Steuerung, Trägerschaft und Kontrolle der berufsbildenden Schulen nicht mehr zeitgemäß sind und Weiterentwicklungen auf Schulebene mehr behindern als ermöglichen.

Insbesondere die Aufteilung der Sachkostenträgerschaft und der Personalhoheit zwischen Kommunen und Land haben sich überholt, lassen sich kaum steuern und führen darüber hinaus zu einer extrem ungleichen Verteilung von Bildungschancen. Der Abruf der Digitalisierungsmittel ist in diesem Bereich ein sehr trauriges Beispiel für das Systemversagen (vgl. Artikel im Stern vom 20.08.2020).

Auch die ständigen Reibungsverluste aufgrund von Zuständigkeitsunklarheiten zwischen Bildungsministerium, drei oft uneinheitlich agierenden ADD-Bezirken, Pädagogischem Landesinstitut, Studienseminaren und Schulen vor Ort müssen behoben werden.

Das bereits im Jahr 2007 gegründete HIBB ist ein leuchtendes Gegenbeispiel für einen innovativen Ansatz, der auch mit geringfügigen Anpassungen auf ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz übertragen werden kann.

Bei 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Breite Zustimmung: Die meisten Anträge stießen auf große Unterstützung der Delegierten.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Einführung von digitalen Fachkräften an rheinland-pfälzischen Schulen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an den Schulen Stellen für digitale Fachkräfte geschaffen werden.

Begründung: Im Zuge der Digitalisierung werden auch die Bildungsangebote und die im Unterricht verwendeten medialen Angebote modernder und digitaler. Dies ist nicht zuletzt durch die Novellierung des rheinland-pfälzischen Schulgesetzes für alle Lehrkräfte verbindlich festgelegt worden. Die Realität an den Schulen zeigt jedoch, dass Netzwerke und schuleigene Endgeräte oftmals nicht in der dafür notwendigen Weise zuverlässig funktionieren und es einen effektiven und kurzfristigen First-Level-Support braucht, um Störungen kleinerer Art vor Ort möglichst noch während der jeweiligen Unterrichtsstunde beheben zu können.

Eine Lösung über die Schulträger ist wegen der langen Reaktionswege kein adäquates Hilfsangebot.

Ebenso kann es nicht sein, dass an einer Schule der reibungslose Einsatz digitaler Bildungsangebote davon abhängt, dass sich Lehrkräfte über ihre unterrichtliche Lehrbefähigung hinaus Kompetenzen im Bereich der Netzwerktechnik und Hardware erwerben müssen und ihre Fähigkeiten dann zum Wohle ihrer Schule einsetzen.

Es braucht daher nicht-unterrichtende Fachkräfte, die während der Unterrichtszeiten in der Lage sind, die digitale Infrastruktur der Schule aufrecht zu erhalten bzw. diese binnen kurzer Zeit wiederherzustellen.

Einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Trier
Betreff: Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung: Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalem Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Einstimmig angenommen.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Fortbildungskonzept zu Medientechnik am PL

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass am Pädagogischen Landesinstitut ein Fortbildungskonzept etabliert wird, das die Lehrkräfte zum methodisch und didaktisch zielführenden Einsatz digitaler Medien befähigt.

Begründung: Mit der Digitalisierung geht eine elementare Veränderung der Unterrichtsgestaltung und der Unterrichtsmedien einher. Diese Veränderung bedeutet für viele Lehrkräfte eine grundlegende Neuvorbereitung ihres Unterrichts, die durch fundierte Fortbildung begleitet werden muss.

Statt des Angebots singulärer Veranstaltungen zu ausgewählten Medien ist eine fortlaufende Fortbildungsreihe notwendig, welche die Kolleginnen und Kollegen aufeinander aufbauend zu digitalem Unterricht qualifiziert. Diese modularisierte Fortbildungsreihe durch Fachexperten soll sich am Kompetenzrahmen des European Framework for the Digital Competence of Educators orientieren und insbesondere die Verbindung digitaler Medien mit der Fachdidaktik der jeweiligen Unterrichtsfächer beinhalten.

Jede Lehrkraft soll sich so mit einem passenden Fortbildungsreihenangebot des PL individuell weiterentwickeln können, um die Kompetenz in der digitalen Welt aufzubauen. Dabei sollen der jeweilige digitale Kenntnisstand und die technische Schulausstattung berücksichtigt werden.

Bei den Fortbildungen ist darauf zu achten, dass die Veranstaltungen während der Kernarbeitszeit von Lehrkräften (8:00 - 16:00 Uhr) stattfinden.

Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) durch den Dienstherrn oder wahlweise Zahlung eines Zuschusses zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Lehrkräfte im Bereich der berufsbildenden Schule im Rahmen der Umsetzung des Digitalpakts Schule durch den Dienstherrn zeitnah mit mobilen Endgeräten (Notebooks, Laptops, Tablets) ausgestattet werden oder dass vom Dienstherrn wahlweise ein Zuschuss zu einem von der Lehrkraft beschafften Endgerät gezahlt wird. Für diejenigen Lehrkräfte, die ein vom Dienstherrn zur Verfügung gestelltes Endgerät nutzen, wird seitens des Dienstherrn die Bereitstellung der erforderlichen Software, die Erneuerung der Endgeräte nach Ablauf einer festzulegenden Nutzungsdauer sowie die Wartung der Endgeräte sichergestellt. Diejenigen, die ein privates Endgerät nutzen, müssen hierfür selbst Sorge tragen, erhalten aber für die Softwarebereitstellung und notwendige Wartungsarbeiten am Endgerät einen Pauschalbetrag.

Begründung: Der Digital-Pakt Schule trat mit Unterzeichnung der Bund-Länder-Vereinbarung am 17. Mai 2019 in Rheinland-Pfalz in Kraft. Die Landesregierung erklärt die Digitale Bildung mit der Agenda „Digitale Bildung entscheidet“ zu einem ihrer politischen Schwerpunkte. Um die digitale Entwicklung im Bildungsbereich zu forcieren, müssen den Lehrkräften zeitnah die hierfür benötigten Arbeitsmittel an die Hand gegeben werden. Die Pflicht zur Bereitstellung der benötigten Arbeitsmittel leitet sich insbesondere aus dem Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz ab.

Dieser Antrag wurde zusammen mit dem folgenden Antrag behandelt.

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Zügige und unbürokratische Zurverfügungstellung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die von der Bundesregierung zugesagten digitalen Endgeräte tatsächlich zeitnah bei den Lehrkräften ankommen.

Begründung: Am Beispiel des Digitalpaktes ist zu erkennen, dass die Zurverfügungstellung von Mitteln mit hohen bürokratischen Hürden einhergeht und ein Großteil der vom Bund zur Verfügung gestellten 5 Milliarden Euro den Schulen noch nicht zugeflossen ist. Insbesondere der im Falle des Digitalpakts vorgegebene lange Weg von der Einreichung des didaktischen Konzepts beim Schulträger über das Pädagogische Landesinstitut bis zur tatsächlichen Auszahlung durch die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz lässt befürchten, dass viele Monate ins Land gehen werden, bis die Dienst-Laptops den Lehrkräften tatsächlich zur Verfügung stehen.

Moderner Unterricht, der unsere Schülerinnen und Schüler zu den notwendigen Kompetenzen für lebenslanges Lernen in einer digitalen Welt befähigt, kann nur stattfinden, wenn die Lehrkräfte mit einem modernen digitalen Endgerät ausgestattet sind, das sich in die vorhandene Infrastruktur der Schule nahtlos einbinden lässt. Allein auf die Eigeninitiative der Lehrkräfte oder die vorhandene Ausstattung zu setzen, bedeutet, dass in vielen Fällen digitaler Unterricht eher die Ausnahme als die Regel ist. Die derzeit im BBS-System befindlichen Schülerinnen und Schülern haben hingegen bereits jetzt einen Anspruch darauf, im Unterricht optimal auf die digitale Arbeitswelt vorbereitet zu werden.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Landesweite Softwarelizenzen für Schulen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass den Schulen aktuelle Schullizenzversionen durch das Land Rheinland-Pfalz bereitgestellt werden.

Begründung: Zunächst brauchen Schulen eine Grundausstattung an Softwareprogrammen, die als „digitale Schultasche“ des Landes allen Lehrkräften für den digitalen Unterricht zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden an den Schulen Softwarelizenzen für den jeweiligen Unterricht (z. B. MS Office, SAP4School oder ggf. Open Source- Programme etc.) oder auch für Kammerprüfungen (z. B. Navison) benötigt, die sowohl den Lehrkräften als auch den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen müssen.

Es erscheint ineffizient, dass die Schulen einzeln mit den Softwareanbietern verhandeln; vielmehr sollte hier eine landesweite Lösung (vgl. Moodle, Webex und BigBlueButton) angestrebt werden.

Gern gesehene Gäste: Die Ehrenmitglieder Nortrud Hummel und Hans Lemke

Darüber hinaus können Schulen spezielle Softwareprogramme wie bisher eigenständig anschaffen und verwalten.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: OV Bernkastel-Kues
Betreff: Nicht abgerufene Budgets für digitale Ressourcen und Ausstattung nutzen

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für alle Lehrkräfte an BBS digitale Ressourcen und Ausstattung aus Mitteln nicht abgerufener Budgets zur Verfügung gestellt werden!

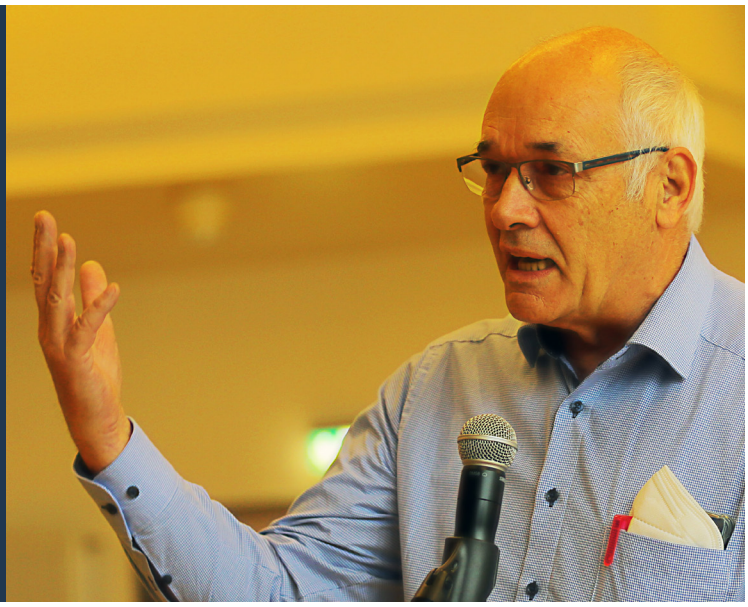
Begründung: Verschiedene relativ hohe Budgets (z.B. EQUL-B bzw. -C) werden von den Schulen nicht abgerufen. Diese freiwerdenden Mittel könnten dazu genutzt werden, digitalen Content, Fortbildungsreihen am PL, freien Zugang zu kostenpflichtigen fobizz-Webinaren, kostenpflichtige tutorielle/interaktive Systeme der Schulbuchverlage, Software-Lizenzen etc. den Lehrkräften kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit sie mehr Ressourcen für digitalen Unterricht haben.

Angenommen bei 1 Ablehnung und 6 Enthaltungen

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Ausstattung der Schulen mit ausreichenden Ressourcen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine aufgabengerechte Ausstattung der Schulen mit Anrechnungsstunden für die Kollegien und die Schulleitungen einzusetzen, die der permanent steigenden Aufgabenfülle gerecht wird.

Begründung: Die Aufgabenvielfalt in den berufsbildenden Schulen nimmt seit Jahren unablässig zu. Ständig werden neue Aufgaben im Bereich der Statistik, neue Aufgaben (Schaffung verschiedener „Beauftragten"), mehr eigenverantwortliche Aufgabenwahrnehmung, Personalhoheit, Administrationsaufgaben etc. auf Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungen übertragen.



Während der Versammlungwurde eifrig diskutiert. Dabei wurden selbstverständlich auch gegensätzliche Meinungen respektiert.

Die Ausstattung mit Stunden für das Kollegium (Anrechnungsstunden, 3/6-Pauschale) wächst jedoch kaum bzw. überhaupt nicht mit. Die ungebundene Arbeitszeit der Lehrkräfte wird damit immer weiter erhöht.

Auch die Stunden für die Wahrnehmung von Schulleitungsaufgaben werden nicht erhöht, sondern im Gegenteil wird keine Gelegenheit ausgelassen, Anrechnungsstunden zu reduzieren oder gar Funktionsstellen einzusparen.

Viele Kolleginnen und Kollegen sowie Schulleitungsmitglieder arbeiten daher weit über ihrer Kapazitätsgrenze mit entsprechenden langfristigen Schäden. Auf dem Prinzip Selbstausbeutung darf dieses System nicht länger beruhen!

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung: In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schüler(innen) einen deutlichen Nachteil gegenüber Schüler(innen) der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schüler(innen) der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schüler(innen), die Erziehungsberechtigten und die Lehrer(innen) der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

Bei 4 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Schonungslose Evaluation der HBF-Reform

Der Landesvorstand wird aufgefordert, auf politischer Ebene die ehrliche und schonungslose Evaluation der jüngsten HBF-Reform zu bewirken. Sollte die politische Bereitschaft dazu fehlen, soll der Landesvorstand diese Evaluation selbst durchführen und die Politik anschließend mit den Ergebnissen und entsprechenden Nachbesserungsvorschlägen konfrontieren.

Begründung: Die Umsetzung der HBF-Reform hat in allen betroffenen Schulen zu erheblichen Problemen und unnötigen Verschlechterungen sowohl für die Schülerinnen und Schüler als auch für die Lehrkräfte geführt.

Das erklärte Ziel der Fachabteilung des BM, mit der „Reform" in erster Linie Lehrkräfte zu sparen und das ungeliebte Kind HBF bewusst unattraktiver zu machen, wird mit sinkenden Zukunftschancen der jungen Menschen erkauft.

Die verschiedenen Einschnitte, wie z. B. unnötige Erschwerung der Praktikumssuche durch verkomplizierte Vorgaben, gekürzte Unterrichtsstunden in BBU und Fachhochschulreifeunterricht teilweise weit unter dem Niveau der FOS, Zusammenstreichung von Teilungsstunden etc. haben zu den befürchteten Komplikationen geführt. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Die HBF ist gerade jetzt bei einem zusammenbrechenden Ausbildungsmarkt weiter von großer Bedeutung und oft die einzige reale Chance, um Lebens- und Berufschancen von Realschulabgängern zu verbessern.

Die Handreichung ist dringend erforderlich, gerade auch im Hinblick auf die bald erstmals anstehenden Abschlussprüfungen, um eine einigermaßen einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten und die Schulen von unnötiger verwaltungstechnischer Mehrfacharbeit zu entlasten und wieder Raum für pädagogisches Arbeiten zu gewinnen.

Bei 3 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Neuwied
Betreff: Ausreichende Belüftung von Unterrichtsräumen

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig für die Sicherstellung einer ausreichenden Lüftung für alle Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz ein. Das bedeutet, dass der Einbau von lüftungstechnischen Systemen mit Wärme- und Feuchterückgewinnung sowie Zusatzlüftungsmöglichkeit über Fenster (hybride Lüftung) gefordert wird. Zudem muss sichergestellt werden, dass die technischen Anlagen regelmäßig überprüft und gereinigt werden.

Begründung:
Einigen Kommunen in Rheinland-Pfalz ist der Gesundheitsschutz ihrer Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer wichtig. Deshalb werden bei Neubauten und Sanierungen neueste Erkenntnisse und Standards hinsichtlich der Innenraumlufthygiene, Emissionsverhalten der Baustoffe, Brandschutz, Schallschutz u.a. berücksichtigt. Leider ist dies nicht selbstverständlich. Es wird nach wie vor von Kommunen auch ohne ausreichende Lüftungsmöglichkeit geplant und saniert. Hier nun die Argumente für eine ausreichende Lüftung aller Unterrichtsräume in Rheinland-Pfalz:

1. Gute Innenraumluftqualität ist für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Nutzer unerlässlich. „In Bildungseinrichtungen erfordert die Lüftungssituation besondere Aufmerksamkeit. Die vergleichsweise große Zahl an Personen auf oft engem Raum macht schon allein aufgrund des vom Menschen ausgeatmeten Kohlendioxids ein regelmäßiges Lüften unerlässlich, um die gesundheitlich-hygienischen Vorgaben der Innenraumluftgüte zu erreichen. Bloßes Lüften – ab und an – über die Fenster reicht dann nicht mehr aus." (s. S. 8, Anforderungen an Lüftungskonzeptionen in Gebäuden Empfehlungen des Arbeitskreis Lüftung (AK Lüftung) am Umweltbundesamt, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/uba_empfehlungspapier_lueftung_unterrichtsgebaeude_final_bf.pdf, abgerufen am 27-09-2020)
2. Lernen erfordert Konzentration. Durch die CO^2-Anreicherung während der Nutzung wird diese deut-

Ehrenmitglied Christian Paulus mit Ehefrau

lich herabgesetzt, Lernen findet nicht mehr statt.
3. Insbesondere die Corona-Pandemie zeigt die Notwendigkeit von ausreichenden Lüftungssystemen, um die Gesundheit der Nutzer zu gewährleisten.
4. Lüftungstechnische Systeme erlauben die Wärmerückgewinnung. Dies vermindert den Energieverbrauch von Gebäuden und dient somit dem Klimaschutz und der Wirtschaftlichkeit.
5. Lüftungstechnische Systeme ermöglichen eine Feuchteregulierung. Eine relative geringe Raumluftfeuchte führt zu Reizerscheinungen, eine zu hohe relative Raumluftfeuchte zu Schimmel.
6. „Lüftungsanlagen ermöglichen es, Fenster geschlossen zu halten [...] und so einen guten Schutz gegenüber Außenlärm zu erzielen." (s. S. 11, s.o.) Voraussetzung ist, dass die Lüftungsanlagen selbst keinen Lärm erzeugen.
7. Lüftungsanlagen sollten einfach zu reinigen sein und regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Bei 6 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Alzey
Betreff: Spezielles Hygienekonzept für berufsbildende Schulen

Der Landesvorstand fordert ein spezielles Hygienekonzept mit weitreichenden eigenen Handlungsmöglichkeiten für berufsbildende Schulen.

Begründung: Die Regelungen der bisherigen Hygienekonzepte waren oftmals für berufsbildende Schulen nicht passend. Für berufsbildende Schulen mit ihren vielfältigen Besonderheiten soll deshalb ein eigenes Konzept erstellt werden, das ihnen weitreichende Handlungsspielräume innerhalb der eigenen

Der neue Landesvorsitzende lauscht gespannt, welche Arbeitsaufträge ihm die Delegierten für die erste Hälfte seiner Amtszeit mit auf den Weg geben.

Schule überlässt. So soll eine berufsbildende Schule auch Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergreifen können, die über die Regelungen des Landes hinausgehen, z.B. zur Maskenpflicht während des Unterrichts.

Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln unter Corona-Bedingungen

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für eine flexiblere Handhabung der PauSE-Regeln zur Klassenbildung einzusetzen, um eine Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln zu gewährleisten und den Unterricht im Klassenverband auch bei einer möglichen zweiten Coronawelle zu ermöglichen.

Begründung: Die aktuellen PauSE-Regeln geben mit ihren unterschiedlichen Faktoren, je nach Bildungsgang, Mindestgrößen bei der Klassenbildung vor. In der Berufsschule kommt es durch Kündigungen, zweistufige Bildungsgänge und vorgezogene Prüfungen vor, dass Klassen im zweiten und dritten Jahr schrumpfen und nach den PauSE-Vorgaben zusammengelegt werden müssen. Dabei können sehr große Klassen entstehen, in denen die Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln sehr problematisch bis unmöglich ist.

Bei einer Einschränkung des Präsenzunterrichts müssen diese Klassen geteilt in Präsenz- und Onlinephasen unterrichtet werden. Dabei besteht die Gefahr, dass der Unterrichtsstoff nicht in dem Ausmaß vermittelt werden kann, wie es für einen erfolgreichen Abschluss der IHK-Prüfung notwendig ist. Außerdem hat der erste Lockdown gezeigt, dass einzelne Ausbildungsbetriebe den Auszubildenden nicht ausreichend Zeit einräumen um das Homeschooling während der Arbeitszeit vollständig absolvieren zu können. Zudem erhöht sich das Ansteckungsrisiko in großen Klassen enorm, was zur Quarantäne und hohem Unterrichtsaufall führen kann.

Bei einer flexibleren Auslegung der PauSE-Regeln aufgrund der Corona-Pandemie, könnten kleinere Klassen erhalten bleiben und der Unterricht könnte auch bei einer zweiten Coronawelle im Klassenverband und überwiegend im Präsenzunterricht fortgeführt werden. Kleinere Gruppen lassen sich auch in Online-Phasen leichter betreuen und das Infektionsrisiko für Auszubildende und Lehrkräfte ist deutlich niedriger.

Bei 2 Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich an den Landesvorstand zur weiteren Befassung überwiesen.

Antragsteller: OV Bernkastel-Kues
Betreff: Entlastung von Lehrkräften, die im rollierenden System Präsenz- und Fernunterricht leisten mussten

Der Landesverband möge sich für die Entlastung der Lehrkräfte einsetzen, die anlässlich des rollierenden Systems im Rahmen der coronabedingten Hygienevorschriften unter teilweise erheblichen Doppelbelastungen zu leiden hatten.

Begründung: Viele Lehrkräfte mit vollem Deputat hatten im letzten Schuljahr große Klassen, die sie sowohl in Präsenzunterricht, als auch digital unterrichten mussten. Dies erforderte einen enormen Mehraufwand, für den der VLW Kompensation fordert.

Lehrkräften mit vielen großen Klassen sollte im darauffolgenden Schuljahr das Deputat gesenkt werden. Dem stünde aber eine „Unterversorgung" gegenüber. Zur Deckung haben wir folgenden Vorschlag: Es könnte das Modell der „Ansparstunde" der vergangenen Jahre Pate stehen: Es könnten auch 2 oder 4 der 24 Stunden in diesem Jahr als Ansparstunden gerechnet werden (also Senkung des Deputats um 2 oder 4 Stunden auf dem Papier), die in späteren Schuljahren mit geringerer Schülerzahl „abgefeiert" werden könnten.

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier
Betreff: Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium - erhalten bleiben.

Begründung: Der Antrag spricht für sich selbst!

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)
Betreff: Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit den Fächern BWL und VWL ermöglichen

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung: An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht alleine decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger - ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Bei 9 Enthaltungen einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)
Betreff: Gleichwertige Anerkennung der Abschlüsse „Master of Education" und „Master of Science"

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education" und „Master of Science" im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

Begründung: Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science", der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science" häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Bezirksverband KO
Betreff: Verlängerung der Altersteilzeit für Lehrkräfte

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich nachhaltig dafür ein, dass die Möglichkeit der Altersteilzeit für Lehrkräfte über das Jahr 2021 hinaus verlängert wird. Hierfür sollen mindestens die derzeitigen Konditionen fortgeschrieben werden.

Konzentriert bei der Arbeit: Jürgen Hatzfeld (l.) und Michael Lutz während der Antragsberatungen

Delegierte im Gespräch: Auch am Rande der Versammlung wurde eifrig diskutiert.

Begründung: Mit der Altersteilzeit haben ältere Lehrkräfte die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch früher aus dem Berufsleben auszuscheiden und die individuellen Belastungen reduzieren zu können. Die Altersteilzeit ermöglicht älteren Kolleginnen und Kollegen einen gleitenden Übergang in den Ruhestand. Deshalb sollte für Kolleginnen und Kollegen ab dem Jahr 2022 weiterhin die Möglichkeit bestehen, das Modell der Altersteilzeit zu nutzen.

Einstimmig angenommen

Antragsteller: Ortsverband Worms
Betreff: Rheinland-Pfalz-Ticket für Lehrkräfte

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Lehrkräfte ein Rheinland-Pfalz-Ticket erhalten.

Begründung: Viele Städte in Rheinland-Pfalz stöhnen über Verkehrslärm, Staus, gesundheitsschädlichen Feinstaub und Abgase. Bus und Bahn leisten daher einen wichtigen Beitrag zur umweltfreundlichen Mobilität im Alltag der Menschen.

Zusätzlich kann ab 01.01.2019 ein Arbeitgeber das Jobticket bzw. jede andere Fahrkarte für den öffentlichen Nahverkehr steuerfrei bezuschussen, ohne sich um die 44-Euro-Grenze kümmern zu müssen.

Weiterhin würde eine solche Vereinbarung die Arbeitsstellen in Rheinland-Pfalz noch attraktiver gestalten. Das angrenzende Bundesland Hessen bietet allen Landesbeschäftigten kostenfreie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr – nicht nur für den Arbeitsweg. Im bundesweiten Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre ein kostenfreies Rheinland-Pfalz-Ticket ein weiterer Beleg dafür, dass unser Land ein moderner und familienfreundlicher Arbeitgeber ist.
Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität und des Umweltschutzes und um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes weiter zu fördern, fordern wir für unsere Kolleginnen und Kollegen ein Rheinland-Pfalz-Ticket, das auch die Möglichkeit einer Fahrradmitnahme einschließt.

Mit 19 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und zahlreichen Enthaltungen angenommen

Antragsteller: Ortsverband Bingen
Betreff: Fusion von VLW und vlbs in Rheinland-Pfalz

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Fusion von VLW und vlbs zu einem neuen „Verband der Lehrkräfte für berufliche Bildung Rheinland-Pfalz“ voranzutreiben.

Begründung: Die Konfliktlinien verlaufen im Bereich der beruflichen Bildung schon seit langer Zeit nicht mehr primär zwischen den Interessen der kaufmännischen und der gewerblichen Schulen. Stattdessen sieht sich die berufliche Bildung zunehmend in einer Zwickmühle zwischen expandierenden allgemeinbildenden Schulen auf der einen Seite und dem Trend der Verlagerung beruflicher Bildung in den Hochschulsektor. Darüber hinaus muss im Bereich des ehrenamtlichen Engagements im VLW mit den Kräften der engagierten Mitglieder und mit den Ressourcen verantwortungsvoll umgegangen werden, da beides begrenzt ist.

Dieser Entwicklung kann nur mit einem gemeinsamen und kraftvollen Auftritt der Lehrkräfte der Berufsbildung entgegengetreten werden, um der beruflichen Bildung wieder mehr Gehör zu verschaffen. Die Interessen aller Bereiche der beruflichen Bildung, also auch des kaufmännischen Bereichs, können so besser durchgesetzt werden.

Diese Erkenntnis hat dazu geführt, dass die Fusion der Bundesverbände und der Mehrzahl der Landesverbände bereits erfolgreich stattgefunden hat. Daher erscheint ein Fusionsprozess in einem Zeitrahmen von mehr als zweieinhalb Jahren gut durchführbar, um sich dann gemeinsam auf die anstehenden Herausforderungen zu konzentrieren.

Bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

Antragsteller: Ortsverband Kusel
Betreff: Kostenlose Grippe-Impfung für Lehrerinnen und Lehrer

Das Land Niedersachsen hat bereits angekündigt, die Kosten für eine Grippe-Impfung zu übernehmen (https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Influenza-Land-will-kuenftig-Grippeschutzimpfung-fuer-Beamte-bezahlen). Andere Bundesländer wollen diesem Beispiel folgen, auch das Land Rheinland-Pfalz sollte dem sich anschließen. In der aktuellen Pandemie-Situation stellt dies eine mögliche Entlastung des Gesundheitssystems dar. Gegen die aktuell rasant steigenden Fallzahlen muss aktiv angekämpft werden. Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Kalenderjahr noch keinen Beihilfeantrag gestellt haben, bleiben wegen des Eigenanteils so auf den Kosten sitzen. Dies sollte, auch aus Respekt gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern, schnellstmöglich geändert werden.

Mit 29 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen angenommen

Antragsteller: Ortsverband Kusel
Betreff: Kostenlose Corona-Tests für Lehrerinnen und Lehrer

Das Land RLP hatte den Lehrerinnen und Lehrer bis zum 14.09.20 die Möglichkeit eines kostenloses Corona-Tests gegeben, allerdings nur, wenn keine Symptome vorlagen. Wenn ein Verdachtsfall vorlag, musste dieser Test selbst bezahlt werden, dies ist besonders wegen des Eigenanteils nicht hinnehmbar. Das Land sollte dem Beispiel Baden-Württembergs folgen und den Lehrerinnen und Lehrern wenigstens zwei weitere Tests – und zwar unabhängig davon, ob Symptome vorliegen oder nicht – bezahlen.

Bei 6 Enthaltungen Überweisung zur weiteren Befassung an den Landesvorstand

Antragsteller: Ortsverband Mainz III
Betreff: Kein Ersatz von Planstellen durch EQuL- oder PES-Stellen

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass Nachwuchslehrkräfte nach dem Referendariat Planstellen erhalten und nicht auf PES- oder EQuL-Verträge ausweichen müssen.

Begründung: Zum 1. Mai 2021 hat das Land mehreren Absolventinnen und Absolventen mit beruflichen Fächern im Gegensatz zu den Vorjahren selbst bei guten Examensleistungen keine Planstellen angeboten, sondern deren Ausbildungsschulen in Aussicht gestellt, PES- oder EQuL-Verträge abzuschließen. Die neue Praxis, hochqualifizierten Lehrkräften keine verlässliche schulische Perspektive zu bieten und EQuL als Sparmodell und nicht als Modell der Eigenverantwortlichkeit einzusetzen, ist diesen Lehrkräften gegenüber unverantwortlich und wird zu Abwanderungen in andere Bundesländer oder in die freie Wirtschaft führen. Gleichzeitig wird die mittel- und langfristige Versorgung mit Lehrkräften dadurch in Frage gestellt, was gerade in Zeiten, in denen pandemiebedingte Defizite behoben werden sollen („Aufholen nach Corona"), eine gefährliche Entwicklung ist.

Bei 1 Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Spende für den Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler

Der VLW Rheinland-Pfalz spendet dem Förderverein der BBS Bad Neuenahr-Ahrweiler 1.500,00 Euro zur satzungsgemäßen Verwendung.

Begründung: Aufgrund der Hochwasserflut sind an der BBS in Bad Neuenahr außer den Räumen viele Lehr- und Lernmittel zerstört worden. Die Wiederbeschaffung wird sich über viele Jahre hinziehen. Als ein Zeichen der Solidarität soll der betroffenen Schule mit der Geldspende geholfen werden.

Einstimmig angenommen

Was sonst noch so geschah - ein kleiner Rückblick auf die LDV 2021

Sie wirkt fast nur im Hintergrund. Jetzt wurde Sie den Delgierten des VLW einmal vorgestellt: Ruth Jakob verwaltet seit März 2019 die zentrale Mitgliederdatei des Landesverbandes.

Am Montag, 4. Oktober 2021 trafen sich in den Räumen des NH-Hotels Bingen ca. 70 Delegierte aus den VLW-Bezirken Koblenz, Pfalz, Rheinhessen und Trier zu ihrer – schon im vergangenen Jahr vorgesehenen – Landesversammlung. Zu Beginn gedachten die Anwesenden in einer Schweigeminute den beiden bei der Hochwasserkatastrophe in Bad Neuenahr ums Leben gekommenen Mitgliedern sowie dem verstorbenen Ehrenmitglied Elisabeth Pollak.

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bei ihrem Grußwort an die Landesdelegiertenversammlung

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig sprach ein Grußwort, in dem sie einen Ausblick auf die bildungspolitischen Perspektiven der „Nach-Corona-Zeit“ in Rheinland-Pfalz bot. Sie antwortete damit auf die Aspekte, die der scheidende Landesvorsitzende Karl-Heinz Fuß in seiner Begrüßung angesprochen hatte, etwa die Aussichten auf eine (eher bescheidene) Besoldungserhöhung oder die (wahrscheinlicher gewordene) Wiederauflage der ausgelaufenen Altersteilzeitregelung.

Abschied aus dem Landesvorstand: Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß bedanken sich bei Eva Pertgen (l.) für ihr langjähriges Wirken als Expertin für Bildungspolitik.

Ein neuer Landesvorstand sollte gewählt werden, und es gehört zur Tradition, dass die nun ausscheidenden Mitglieder des Landesvorstandes geehrt und verabschiedet wurden. Eva Pertgen (BBS Bingen) hat für lange Zeit den Geschäftsbereich „Bildungspolitik“ verantwortet und den Verband bei etlichen Bundestagungen vertreten. Bernd Zinssius (BBS Rodalben) hat im Landesvorstand als Schatzmeister gewirkt sowie den Geschäftsbereich „Lehrerbildung“ langjährig ausgefüllt. Beide haben jetzt ihren Ruhestand erreicht bzw. die „Passivphase“ der Altersteilzeit. Der Landesvorstand und die anwesenden Delegierten bedankten sich für die geleistete Arbeit und wünschen einen ausgefüllten Ruhestand! Mit großer Zustimmung wurde Bernd Zinßius die Ehrenmitgliedschaft im VLW Rheinland-Pfalz verliehen.

Dann war es so weit: Nach 18 Jahren war auf Wunsch von Karl-Heinz Fuß ein Wechsel im Landesvorsitz fällig: Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Dirk Mettler (Ludwig-Erhard-Schule Neuwied) gewählt, der dem Landesvorstand bisher als Schatzmeister und zuletzt als Referent für Öffentlichkeitsarbeit angehört hat. Er wurde mit großer Mehrheit gewählt, ein Zeichen des großen Vertrauens. Dirk Mettler bedankte sich anschließend im Namen des Landesvorstands bei Karl-Heinz Fuß für seine langjährige Tätigkeit als Landesvorsitzender. In den 18 Jahren hat er den Verband repräsentiert und ihn wesentlich geprägt. Er wird dem Landesvorstand erhalten bleiben und zukünftig den Geschäftsbereich „Öffentlichkeitsarbeit“ betreuen.

Für sein langjähriges Wirken im Landesvorstand wurde Bernd Zinßius (l.) mit der Ehrenmitgliedschaft des VLW geehrt. Emöke Anderlik und Karl-Heinz Fuß gratulieren im Namen des neugewählten Landesvorstands.

Landesvorstand tagt, wo andere Urlaub machen

Bezirksverband Trier will Gas geben, um weiter im Rennen zu bleiben

Zwölf VLWler flanieren am 7. September im Urlaubsort Bernkastel-Kues durch eine Einkaufspassage der 50er Jahre und plaudern über die Autos aus ihrer Kindheit, live und in voller Größe zwischen ihnen stehend, im Augenwinkel eine Original ARAL-Tankstelle aus jener Zeit.

Ein Museumsbesuch der besonderen Art bildete den Auftakt der Besucherrunde des Vorstands in den Bezirken. Zwei Filmrequisiten - der schwarze Käfer Cabrio von Falco (zu sehen im Video zu „Jeanny“) und der Original BMW aus einem James-Bond-Film wurden ebenso bestaunt wie der „Schrottplatz“ mit einem Flut-Auto aus dem Ahrtal. Den Anfang besagter Besucherrunde machte der Bezirk Trier, derzeit vertreten durch Patrick Grewis (Schatzwart) und Jörg Schütz (Schriftführer), die zu diesem wichtigen Abend eingeladen hatten.

In der anschließenden Bezirksversammlung – sogar das Urgestein dieses Bezirksverbands, Gisela Wüsten, war der Einladung gefolgt – gab es nur einen einzigen Tagungsordnungspunkt: „Austausch über die Möglichkeiten, den VLW im Bezirk Trier weiterzuentwickeln.“

Der Landesvorstand im Gespräch mit Mitgliedern aus dem Bezirksverband Trier

Nach einer kurzen Einleitung des Landesvorsitzenden, Karl-Heinz Fuß, und des Landesschatzmeisters, Jürgen Hatzfeld, wurde die Runde eröffnet.

Der Bezirksverband gab dem Landesvorstand die Aufgabe mit, die Abschaffung der Lehrer-Taschenkalender zu kompensieren, weil dort viele wichtige Informationen und Termine enthalten waren, die über die Inhalte der Homepage hinausgingen.

Demgegenüber war auch der Auftrag an den Bezirksverband deutlich: Neben der Suche nach einem oder einer neuen Vorsitzenden müssen die Ortsverbände aktiver werden, sich als verlässliche Berater der Kolleginnen und Kollegen zu etablieren. Dazu sollten im Rahmen des Bezirkshaushalts auch rechtliche, fachliche, politische und schulrelevante Informationsveranstaltungen angeboten werden, die im Anschluss an den Unterricht stattfinden sollten.

Sehr interessiert aufgenommen wurden die Vorschläge des OV Cochem, potenzielle Mitglieder über YOUTUBE-Tutorials oder INSTAGRAM-Popups mit Link zur Homepage zu erreichen. Dafür müssten gegebenenfalls nicht einmal Experten „eingekauft“ werden, wenn man einmal eine Online-Fortbildung für junge Wirtschaftspädagogen anbietet mit dem Thema „Wie kann ich über INSTAGRAM Werbung für den VLW machen?“ Das hier erworbene Wissen wäre dann auch in der Unterrichtspraxis (Marketing) anwendbar!

Nun ist es am Bezirksverband Trier, die Weichen für die Zukunft zu stellen – auch wenn dieser Schlusssatz anlässlich einer Konferenz in einem AUTOMUSEUM etwas unpassend sein mag. Aber nicht ganz so sehr, denn die Getränke zum Abendessen auf der spätsommerlich warmen Terrasse des Restaurants „Zylinderhaus“ wurden immerhin mit einer Tisch-Eisenbahn serviert...

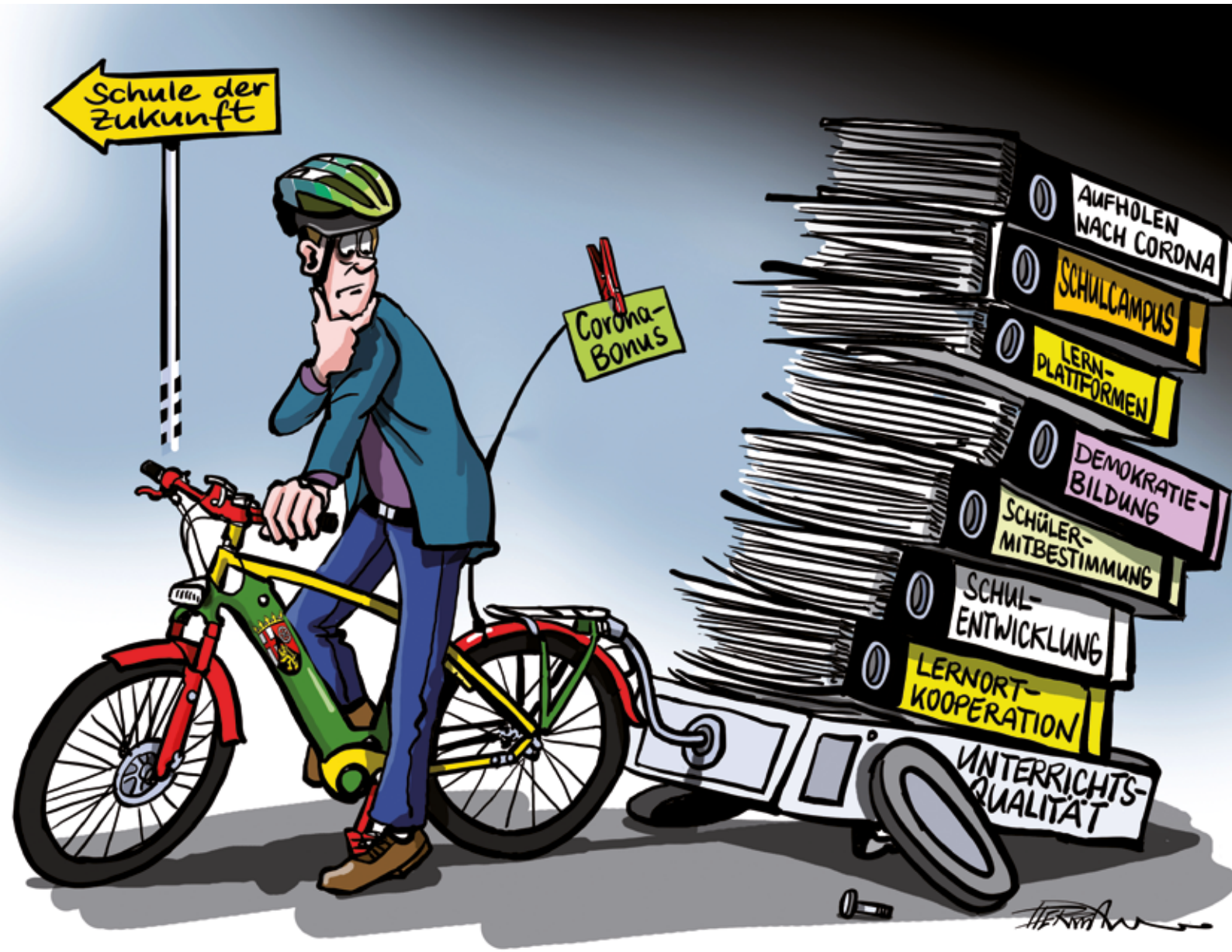
Jörg Schütz, Bezirksverband Trier

Nach getaner Arbeit: Die Teilnehmer des Treffens in Bernkastel-Kues lassen den Abend gemütlich ausklingen.

VLW

KOMPAKT

MAI 2022



IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN HUBIG

„SCHULE DER ZUKUNFT“
Initiative des Bildungsministeriums

BERUFSVORBEREITUNGSJAHR
Chance: Neue Impulse im Modellversuch

IN DIESER AUSGABE ...

MAI 2022

Foto: BM RLP/Peter Bajer

TOP-THEMA

Der VLW zu Besuch bei der Ministerin

Foto: Pixabay

HALLO ZUKUNFT!

Wie sieht die „Schule der Zukunft“ aus?

I LIKE TO RIDE MY BICYCLE ...

Dienstfahrrad für Lehrkräfte

03 ALLES NEU MACHT DER MAI
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN STEFANIE HUBIG
Pandemie, Flüchtlingshilfe, Digitalisierung, zu wenig Lehrkräfte – es gibt viel zu besprechen ...

08 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN
Mehrbelastungen durch die Coronapandemie müssen kompensiert werden.

09 AKTIONSBÜNDNIS 22: SCHULEN ENTLASTEN!
Initiative für Online-Petition – machen Sie mit!

10 INITIATIVE „SCHULE DER ZUKUNFT“
Durch Bottom-up zum Erfolg?

12 BERUFSVORBEREITUNGSJAHR
Ministerium legt Entwurf zur Reform vor.

14 MOBILITÄT: WANN KOMMT DAS DIENST-FAHRRAD?
Rheinland-pfälzischer Landtag hat Gesetzesvorlage in der Prüfung.

15 STANDPUNKT
Verbandsarbeit in Krisenzeiten

16 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Heinz Werner Seiler – der Macher der VLW-Website

18 SCHULEN IN DEN ORTSVERBÄNDEN
BSS Bingen – eine Schule im Umbruch

19 IN ALLER KÜRZE
Infos, News und Impressum

ALLES NEU MACHT DER MAI

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit Blick auf die aktuelle Jahreszeit kommt mir regelmäßig das in der Überschrift genannte Kinderlied in den Sinn. Dabei können wir wahrlich nicht sagen, dass es an Neuem fehlen würde in dieser Zeit. So haben neu- bzw. wiedergewählte Koalitionen in Bund und Land die Regierungsverantwortung übernommen und hatten und haben angesichts Pandemie, Flut im Ahrtal und der Ukraine-Krise alle Hände voll zu tun.

HIN ZUR SCHULE DER ZUKUNFT

Bei alledem darf die Bildungspolitik nicht aus dem Blickfeld geraten. Immerhin gibt es in Rheinland-Pfalz nicht nur Überlegungen, sondern auch, wenngleich bescheidene, finanzielle Mittel zur Entwicklung einer „Schule der Zukunft". Der Einzug der Digitalität in unseren Schulen schreitet allmählich voran. Die neue Verordnung für das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) soll im Sommer in Kraft treten, und künftig sollen Kolleginnen und Kollegen mit einem „Dienstfahrrad" umweltfreundlich und gesundheitsfördernd in die Schule radeln können. An der Berufsbildenden Schule Bingen ist gerade der erste Spatenstich zu einem umfassenden (Teil-) Neubau gefeiert worden, der sich bei seiner Raumgestaltung an modernen pädagogischen Methoden orientiert.

Doch es geht leider vieles nicht so schnell, wie wir es uns wünschen. Im Gespräch mit unserer Bildungsministerin und der Leiterin der BBS-Fachabteilung prallten viele unserer Forderungen mit der Begründung „nicht finanzierbar" ab. Ein Hinweis, der mir alles andere als neu erscheint. Da fällt mir ein weiteres Kinderlied ein: „Komm lieber Mai und mache".

NEUGESTALTUNG UNSERER MEDIEN

Der VLW ist jedenfalls fest entschlossen, seinen Teil zur Stärkung der beruflichen Bildung beizutragen und als Berufsverband die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. So präsentiert sich auch beim VLW einiges neu. Wir haben unsere Website von Grund auf erneuert und, wie Ihnen sicherlich aufgefallen ist, präsentiert sich unser VLW Kompakt in neuem Layout. Die neue Website soll Sie noch besser und schneller informieren, das neue Layout dieses Magazins das Lesen angenehmer und die Orientierung leichter machen. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de.

Ich freue mich darauf!

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Karl-Heinz Fuß

DER VLW IM GESPRÄCH MIT MINISTERIN STEFANIE HUBIG

Am 14. März traf sich die Delegation des VLW-Landesvorstands mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen Petra Jendrich zum Gespräch zu aktuellen Themen und Forderungen des VLW Rheinland-Pfalz. Thematisiert wurden neben der Corona-Situation und der Ukraine-Krise die Einstellungssituation und die Nachwuchsgewinnung von Lehrkräften, die Reform der höheren Berufsfachschule und die digitale Transformation an Schulen.

„Lockerungen der Hygieneregeln sind in der derzeitigen Situation weder sinnvoll noch vermittelbar", informierte Ministerin Dr. Hubig zu Beginn des Gesprächs mit Verweis auf die Entscheidung von Gesundheitsminister Hoch, u. a. die Maskenpflicht an weiterführenden Schulen vorerst um zwei weitere Wochen zu verlängern.

Es bestand Einigkeit unter den Anwesenden, dass dies eine gute Entscheidung darstellt. Der VLW-Vorsitzende Dirk Mettler machte die Gefährdung deutlich, der eine BBS-Lehrkraft ausgesetzt ist, sobald die Maskenpflicht der Schülerinnen und Schüler wegfällt. Zwar dürfe die Lehrkraft weiterhin freiwillig eine FFP-2-Maske zum eigenen Schutz tragen, dies stellt aber, wie unsere Kolleginnen und Kollegen seit langer Zeit erfahren mussten, eine besondere Anstrengung dar, die auf Dauer kaum tragbar ist. Der VLW hält deshalb seine Forderung aufrecht, möglichst bald technische Einrichtungen zum Gesundheitsschutz, wie Lüftungsanlagen, zu installieren.

RASCHE INTEGRATION GEFLÜCHTETER KINDER AN SCHULEN

Der Krieg in der Ukraine, von dem auch viele Zivilisten unmittelbar betroffen sind, bringt voraussichtlich eine hohe Zahl von Flüchtenden nach Deutschland. Diese sollen nach dem „Königsteiner Schlüssel" (d. h. 4,6 % aller Flüchtenden für Rheinland-Pfalz) auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Jedoch ist dies organisatorisch nicht so einfach zu lösen. Ministerin Hubig berichtet, dass beispielsweise ukrainische Familien

KONSTRUKTIVES GESPRÄCH

v. l. n. r.: Jürgen Hatzfeld (VLW), Petra Jendrich und Dr. Stefanie Hubig (BM), Dirk Mettler und Andreas Seehaus (VLW)

bei Winzerbetrieben unterkommen, die sie von ihrer Tätigkeit als Erntehelferinnen und -helfer kennen. Da die Flüchtenden drei Monate Zeit haben, um ihren Aufenthalt bei der Behörde anzumelden, fehlt momentan noch der Überblick darüber, wie sich die Schutzsuchenden regional verteilen.

Klar ist jedenfalls, dass Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Bildung haben. Erste Kinder sind bereits in Grundschulen des Landes angekommen. Es geht nun darum, diese in den laufenden Schulbetrieb zu integrieren, ihnen gleichzeitig aber auch Sprachförderunterricht und herkunftssprachlichen Unterricht zu erteilen. Dafür stehen auch geflüchtete ukrainische Lehrkräfte zur Verfügung. Um dies zu koordinieren, konnte unser ehemaliger Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann gewonnen werden, der im Rahmen der Flüchtlingskrise in den Jahren 2015/16 entsprechende Erfahrungen gesammelt hat. Der VLW begrüßt dieses Engagement mit Blick auf die sehr gute Zusammenarbeit mit Herrn Beckmann während seiner aktiven Zeit. An den BBSn wurden ebenfalls wertvolle Erfahrungen mit der Integration von zugewanderten Jugendlichen gesammelt.

VLW FORDERT PERSONELLE ENTLASTUNG

Jedoch machte Dirk Mettler deutlich, dass – aufgrund der Corona-Krise und der digitalen Transformation – sowohl die Schulleitungen als auch die Kolleginnen und Kollegen an den BBSn längst an ihrer >>

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig:

„ICH BIN STOLZ DARAUF, FÜR DEN STAAT TÄTIG ZU SEIN"

Hans Beckmann, ehemaliger Bildungsstaatssekretär, koordiniert die Integration geflüchteter Kinder aus der Ukraine.

Belastungsgrenze angekommen sind bzw. sie bereits überschritten haben. Man könne die schulische Integration der Ukraine-Flüchtlinge nun nicht einfach noch obenauf packen, sondern müsse die dringend benötigte Entlastung für das bestehende Personal realisieren.

Da sich das Ministerium derzeit nicht in der Lage sieht, zusätzliche Lehrkräfte „auf Vorrat" einzustellen, wirbt Dr. Hubig dafür, Aufgaben an den Schulen auf den Prüfstand zu stellen und sich von solchen, die zwischenzeitlich obsolet wurden, zu lösen. Der VLW stimmt dem zwar zu, sieht es allerdings mit großer Skepsis, ob dies zu hinreichender Entlastung führt. Er fordert deshalb schnellstmöglich die in Aussicht gestellte Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. So könnten sich beispielsweise Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter um die Fehlzeitenverwaltung und das zugehörige Mahnverfahren kümmern. Ein erweitertes Unterstützungsangebot für die technischen Arbeitsmittel ist zudem dringend erforderlich. Weiterhin benötigen wir zusätzliches Lehrpersonal, um den temporären Unterrichtsausfall aufgrund von Fortbildungen, Klassenfahrten und Krankheitsfällen zu reduzieren.

ATTRAKTIVITÄT DES LEHRAMTES ERHALTEN

Dass die Arbeitsbedingungen an unseren Schulen in den Blick genommen werden müssen, zeigt sich auch an der rückläufigen Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Mai ihren Vorbereitungsdienst beginnen. Diese hat sich im Vergleich zu früheren Jahren mit 51 Personen fast halbiert. Dirk Mettler verwies deshalb auf die aktuell vorgelegte Studie des renommierten Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm, die aufzeigt, dass spätestens ab dem Jahr 2030 die Zahl der Schülerinnen und Schüler an BBSn wieder steigen wird. Bis dahin geht jedoch ein großer Teil der Lehrkräfte an BBSn in den Ruhestand und muss ersetzt werden. Da man von acht Jahren

für Studium und Vorbereitungszeit ausgehe, müsse bereits jetzt intensiv für das Lehramt an BBSn geworben werden. Wir können uns nicht allein auf Quereinsteigerinnen und -einsteiger verlassen. Insbesondere mit Blick auf die Bedarfe in der Privatwirtschaft ist zu befürchten, dass sich gute Universitätsabsolventen erst gar nicht bei uns bewerben.

Ministerin Hubig vertrat den Standpunkt, dass der öffentliche Dienst nach wie vor ein sehr attraktiver Arbeitgeber sei. Sie persönlich sei stolz darauf, für den Staat tätig zu sein. Dennoch nehme sie die Bedenken des VLW ernst und wolle die Entwicklung im Blick behalten. Die Zusage, dass jede gut qualifizierte Bewerberin, jeder gut qualifizierte Bewerber mit beruflichem Fach ein Stellenangebot erhalte, solle weiterhin gelten – mit der Einschränkung jedoch, dass eine Bereitschaft zur Mobilität erwartet wird. Nicht immer könne die Wunschschule in unmittelbarer Heimatnähe realisiert werden, zumal es nach wie vor einen starken Andrang auf die Schulen gebe, in deren Nähe das Studium absolviert werden konnte.

Um die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zu erhalten, muss aus Sicht des VLW jedoch mehr passieren. So muss beispielsweise die Arbeitszeitbelastung auf den Prüfstand, was bedeutet, dass sich der VLW den Forderungen nach einer Senkung des Wochendeputats anschließt. Des Weiteren muss der Entgrenzung der Arbeitszeit entgegengewirkt werden. Die unbeschränkte Erreichbarkeit über die Online-Medien führt dazu, dass Lehrkräfte zunehmend in den Abendstunden und an den Wochenenden Anfragen und Informationen von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Betrieben, von Kolleginnen und Kollegen und von den Schulleitungen sichten und bearbeiten müssen. Lehrkräfte, die sich dagegen verwahren, werden mitunter als rückständig oder wenig engagiert diskreditiert. Dem muss dringend durch klare Kommunikationsstrukturen und -regeln begegnet werden. Ministerin Dr. Hubig bestätigte, dass es legitim und richtig sei, während der Abendstunden und am Wochenende keine dienstlichen Mails zu bearbeiten. Dennoch sieht der VLW hier Handlungsbedarf, um einer Arbeitsüberlastung vorzubeugen.

Jürgen Hatzfeld machte deutlich, dass sich die überwiegende Zahl der Wirtschaftspädagogen mit ihrem Fach identifiziert. Die Zurückdrängung der Fachlichkeit zugunsten allgemeinpädagogischer Inhalte sieht er deshalb als kontraproduktiv im Hinblick auf die Attraktivität des Lehramts an BBS. Als Beleg dafür führte er die Umbenennung der „Betriebswirtschaftslehre“ in „Wirtschaft“ an. Dadurch wird das Fach verwässert und der Beliebigkeit ausgesetzt. Des Weiteren spielen sehr wohl auch monetäre Kriterien bei der Berufswahl eine Rolle. Man könne nicht davon ausgehen, dass sich Studierwillige allein aus der Freude im Umgang mit jungen Menschen für den Beruf als Lehrkraft an einer BBS entscheiden. Eine angemessene Alimentierung, die dem Vergleich mit Angeboten aus der Privatwirtschaft standhält, ist deshalb unumgänglich.

EVALUATION NACH REFORM ANSTOSSEN

Für die Fragen zur Reform der höheren Berufsfachschule stand die Leiterin der Fachabteilung Petra Jendrich zur Verfügung. Andreas Seehaus sprach für den VLW die Forderung aus, dass die zugesagte Evaluation nun möglichst bald erfolgen müsse. So müssen Regelungen, die nicht gut laufen, dringend in den Blick genommen werden. Dies betrifft insbesondere die fehlenden Ressourcen für die qualifizierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler, die keinen Praktikumsplatz gefunden haben. Ebenso müssen dringend Fördermöglichkeiten, z. B. in Mathematik, geschaffen werden. Denn durch die Reform wurden die Unterrichtsstunden, entgegen der Warnungen des VLW, sogar verkürzt, anstatt sie zu erweitern. Petra Jendrich sagte zu, eine Evaluation anzustoßen. Dazu nehme sie gerne Vorschläge für Kriterien entgegen.

DIGITALISIERUNGSKONZEPTE FÜR TRANSFORMATION ERFORDERLICH

Mit Blick auf die angelaufene digitale Transformation an Schulen zeigte Karl-Heinz Fuß auf, dass diese nur mit zusätzlichem persönlichem Einsatz der Kolleginnen und Kollegen erfolgen kann. Die Erwartung, dass durch digitale Medien Arbeitszeit eingespart werden könne, treffe aus Sicht des VLW möglicherweise für die Verwaltung, jedoch nicht für den Bereich der Bildung zu. Digitale Medien bieten viele Chancen im Umgang mit Heterogenität und für individuelle Förderung. Es ist jedoch ein Trugschluss zu glauben, dass Computerprogramme die Lehrkraft ersetzen könnten.

Vor uns steht viel mehr eine sehr herausfordernde Phase, in der die Bildung mit digitalen Medien etabliert werden muss. Dies kann nicht durch einmalige Programmierung oder das Hochladen von Lernmaterialien erfolgen, sondern Konzepte müssen entwickelt, stetig gepflegt und angepasst werden.

Der von Prof. Dr. Rainer Dollase bei seinem Vortrag im Jahr 2014 vor den VLW-Delegierten im Schloss Waldthausen benutzte Titel „Auf den Lehrer kommt es an“, wird in Bezug auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern auch weiterhin Gültigkeit behalten. Der VLW fordert deshalb, den Lehrkräften an BBSn die entsprechende Ausstattung und Unterstützung zukommen zu lassen.

Der VLW bedankte sich bei Ministerin Dr. Stefanie Hubig und Abteilungsleiterin Petra Jendrich für das in angenehmer Atmosphäre geführte Gespräch. ■

Karl-Heinz Fuß

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

DIE ZEIT IST REIF FÜR EINE ENTLASTUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit über zwei Jahren befinden wir uns jetzt im Ausnahmezustand. Das von der Bundesregierung beschlossene Auslaufen der wichtigsten Schutzmaßnahmen ändert ja leider nichts am Fortgang der Pandemie. Dabei bleibt aber noch abzuwarten, ob an unseren Schulen tatsächlich wieder so etwas wie Normalität eingekehrt ist, wenn Sie diese Zeilen lesen. Es bleibt natürlich auch zu hoffen, dass die Normalität von Dauer ist, denn das, was wir in den vergangenen beiden Jahren erlebt haben, braucht wohl niemand noch einmal.

RÜCKBLICK

Begonnen hat es mit einer ziemlich spontanen Schulschließung, die dazu geführt hat, dass wir uns quasi über Nacht auf ein völlig anderes Unterrichtsformat einstellen mussten: den Fernunterricht über alle denkbaren Kommunikationswege. Arbeitsaufträge wurden, wo es möglich war, über Lernplattformen wie Moodle, ansonsten wohl weitgehend über E-Mails gestellt. Die auf welchem Weg auch immer zurückgesandten Lösungen der Schülerschaft machten dann häufig eine individuelle Rückmeldung mit dem entsprechenden Zeitaufwand erforderlich.

Als die Schulen nach den Osterferien 2020 wieder geöffnet wurden, haben wir uns auf den Wechselunterricht eingestellt. Die Hälfte der Lerngruppe war im Klassenraum zugegen, die andere musste zuhause mit Arbeitsaufträgen versorgt werden. All dies erfolgte unter dem Diktum, dass die Schülerinnen und Schüler keine Nachteile durch die pandemiebedingten Einschränkungen erleiden durften. Mit den Weihnachtsferien 2020/21 begann das Spiel dann von vorne, wobei wir uns jetzt auch noch mit einem un-

ausgereiften Videokonferenzsystem herumschlagen durften. Gesegnet, wer zuhause wenigsten über einen stabilen Internetanschluss verfügte.

BERUFSETHOS

Im Frühjahr 2021 wurden die Schulen schließlich zu riesigen Testzentren. Grundsätzlich fanden wir das Testangebot und später auch die Testpflicht für unsere Schülerinnen und Schüler eine gute Idee, aber wieder waren es die Lehrkräfte, die für einen reibungslosen Ablauf Sorge zu tragen hatten, inklusive pädagogisch-sensibler Begleitung im Falle eines positiven Testergebnisses. Nach meiner Wahrnehmung haben die allermeisten Lehrkräfte an den BBSn das alles mitgetragen. Es entspricht auch unserem Berufsethos, das uns Mögliche zum Wohl unserer Schülerinnen und Schüler zu leisten. Gedankt wurde es uns bei jeder sich bietenden Gelegenheit, allerdings meistens nur mit lobenden Worten.

FORDERUNG

Natürlich darf an dieser Stelle der so genannte Corona-Bonus nicht vergessen werden. Bei genauem Hinsehen entpuppt sich dieser allerdings nur als missratene Kompensation für die ausgebliebene Erhöhung der Bezüge, die eigentlich zum Jahreswechsel fällig gewesen wäre. Was immer noch aussteht, ist eine Kompensation für die während der beiden Pandemiejahre geleistete Mehrarbeit. Der VLW hat schon mehrfach eine Gutschrift von acht Wochenstunden je Vollzeitlehrkraft vorgeschlagen, die – ähnlich wie einst die Zwangsansparstunde – individuell abgerufen werden können. Nach Aussage unserer Bildungsministerin Stefanie Hubig scheitert eine Entlastung, die natürlich nicht umsonst zu haben ist, an den Finanzen. Deshalb wende ich mich heute einmal direkt an unsere Finanzministerin:

Sehr geehrte Frau Ahnen, in Ihrer Zeit als Bildungsministerin haben Sie sich mit voller Kraft für die Belange der Bildungspolitik eingesetzt. Sie wurden nicht müde zu betonen, welch wichtiges Gut eine solide Bildung darstellt. Daran hat sich seitdem nichts geändert. Unser Bildungssystem hat in den letzten Jahren die Herausforderung der Flüchtlingswelle 2014 mit der Integration tausender Schülerinnen und Schüler sowie die Corona-Pandemie gestemmt. Letztere ist leider noch nicht vorüber, und schon steht mit den Flüchtlingen aus der Ukraine die nächste Belastungsprobe ins Haus. Unsere Schulen sind mehr denn je auf eine hervorragende Ausstattung, sowohl in technischer als auch in personeller Hinsicht, angewiesen. Von beidem sind wir leider noch meilenweit entfernt. Es liegt nicht zuletzt in Ihrer Hand, die dafür notwendigen Gelder zur Verfügung zu stellen. Uns ist auch klar, dass sie nicht über ein Füllhorn verfügen, aber Politik ist immer auch eine Frage der Prioritäten. Bitte erinnern Sie sich an Ihre Zeit als Bildungsministerin und werden Sie auch als Finanzministerin Ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Gesellschaft gerecht! Die junge Generation wird es Ihnen danken!

Dirk Mettler

Foto: AdobeStock

JETZT ONLINE-PETITION UNTERSCHREIBEN

AKTIONSBÜNDNIS 2022:

SCHULEN DURCH MULTI-PROFESSIONELLE TEAMS UND KLEINERE KLASSEN ENTLASTEN

Unter der Initiative von Reiner Schladweiler, Sprecher des Landeselternbeirats (LEB), trafen sich im März Vertreterinnen und Vertreter aus einer Vielzahl von mit Bildungspolitik befassten Vereinigungen und Organisationen. Ziel der Initiative ist eine Petition an den Landtag, die eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsmittel für die Schulen des Landes verlangt. So werden 7.000 zusätzliche Lehrkräfte gefordert, um die Bildung kleinerer Klassen zu ermöglichen. Zudem sollen multiprofessionelle Teams die Schulleitungen und Lehrkräfte entlasten, um die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern. Dazu gehören Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter, EDV-Fachkräfte für die Systembetreuung, Medienpädagogen und Verwaltungskräfte. Eine ausdrückliche Forderung der Landesschüler*innenvertretung ist es, die mentale Gesundheit der Schülerinnen und Schüler in den Fokus zu nehmen und zu fördern.

Damit die vorgesehene Petition vom Landtag angenommen wird, müssen insgesamt 12.000 Unterschriften zusammenkommen. Der VLW empfiehlt seinen Mitgliedern, die Petition durch ihre Unterschrift zu unterstützen. ■

Einfach QR-Code mit dem Smartphone scannen und online Petition unterzeichnen!

HINTERFRAGT:

Foto: AdobeStock

INITIATIVE „SCHULE DER ZUKUNFT" DURCH BOTTOM-UP ZUM ERFOLG?

Aktuell läuft der Bewerbungszeitraum für die Pionierschulen, die in der ersten Runde an der Initiative „Schule der Zukunft" teilnehmen möchten. Insgesamt sollen etwa 100 Schulen in der ersten Runde zugelassen werden. Sollte die Zahl der Bewerbungen höher liegen, wird eine Quotierung nach Schulart und Region erfolgen.

Der VLW ist sehr gespannt darauf, wie groß das Interesse in der ersten Runde sein wird. Denn es gibt einige Hürden zu bewältigen, die angesichts des kurzen Bewerbungszeitraums bei den meisten zunächst für Zurückhaltung sorgen werden.

INNOVATIONSIMPULSE VON DER BASIS

Ziel der Initative ist es, als Reaktion auf die vielfältigen Entwicklungen im 21. Jahrhundert, wie z. B. die Digitalisierung, die Schulentwicklung von der Basis her zu befeuern. Denn dort sitzen die Experten, die sich mit Bildung und Schule auskennen. Dabei sollen die Schulen jeweils ihre eigenen innovativen Konzepte einbringen, eben das, was sie am besten können. Dies soll dann nach außen für andere Schulen sichtbar werden, so dass die gesamte Schulgemeinschaft davon profitieren kann.

KICK-OFF ZUKUNFTSKONGRESS

Interessenten wurden in der zweiten Märzhälfte durch die allesamt ausgebuchten virtuellen Informationsveranstaltungen über die Ziele und den Bewerbungsprozess der Initiative informiert. Im Kern geht es darum, dass sich Schulen mit innovativen Ideen, die gewisse Kriterien erfüllen müssen, für die Teilnahme bewerben. Ausgewählte Schulen profitieren durch ihre Teilnahme davon, dass sie als Teil des Netzwerks „Schule der Zukunft" mit anderen Teilnehmenden in Kontakt und Austausch treten können.

Das BM kümmert sich um den Aufbau des Netzwerks und auch das Pädagogische Landesinstitut steht den Schulen beratend zur Seite. Als weitere Unterstützung wurde die Vermittlung interessanter Experten für Change Management und Schulentwick-

lung in Aussicht gestellt. Margret Rasfeld ist eine solche Expertin. Sie ist eine ehemalige Schulleiterin aus Niedersachsen, die gute Erfahrungen mit Bottom-Up-Prozessen gemacht hat. Sie zeigte in ihrem Grußwort auf, dass es meist lediglich Mut und Entschlossenheit braucht, um einen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen.

KULTUR DER SELBSTBESTIMMUNG

Tobias Eck von der Initiative „Schule der Zukunft", für die am Bildungsministerium eine Geschäftsstelle eingerichtet wurde, wirbt damit, dass die Initiative den Schulen nicht von oben übergestülpt wird, sondern dass die Teilnahme freiwillig und kostenlos ist. Es soll eine Kultur der Ermöglichung im Vordergrund stehen, bei der die Schulen ihren Weg selbst bestimmen und sich gegenseitig inspirieren. Oftmals sei Schulen nicht klar, welche Möglichkeiten ihnen der rechtliche Rahmen bietet. Deshalb soll dieser voll ausgeleuchtet werden. Sollte er nicht ausreichen, können Projekte als begleitete Schulversuche laufen, solange sie nicht gegen KMK-Vereinbarungen verstoßen. Insgesamt soll das Entwicklungsprogramm auf mehrere Jahre angelegt sein.

Die Chat-Frage eines Teilnehmers, ob die teilnehmenden Schulen mit zusätzlichen personellen oder finanziellen Ressourcen rechnen können, wurde von Herrn Eck jedoch verneint. Dies sei nicht vorgesehen. Der VLW fragt sich, ob denn Schulen, die durch die Pandemie ohnehin schon über die Maße belastet sind, zusätzlich noch ein solches Projekt stemmen können. Die Antwort hat Herr Eck dann auch schon vorweggenommen. Denn die Schulen müssen ja nicht gleich in der ersten Runde dabei sein, sondern können sich auch noch in den Folgejahren bewerben.

SCHULÜBERGREIFENDE AUSWIRKUNG

Was von interessierten Schulen konkret erwartet wird, wurde von Andrea Bürgin, Referentin im BM, anhand von vier Kriterien dargestellt. So geht es darum, „Zukunftskompetenzen" zu fördern. In einer zunehmend komplexeren, sich schnell verändernden Welt sind kritisches und vernetztes Denken, Kreativität und agiles Handeln Beispiele für künftige Herausforderungen. Die Förderung dieser Kompetenzen soll „Beispielhaft wirken", d. h. auch andere Schulen sollen von den Erfahrungen profitieren können. Zudem sollen die Projekte so angelegt sein, dass sie „Nachhaltigkeit sichern". Es solle sich um keine Eintagsfliegen, sondern um langfristig angelegte Veränderungen handeln, deren Strahlkraft möglichst viele Schülerinnen und Schüler erreicht. Als viertes Kriterium sollen die Projekte „Transformationsprozesse anstoßen", also geeignet sein, klein begonnen zu werden und anschließend wachsen zu können.

Für die Bewerbung müssen sich die Schulen auch entsprechend darstellen. Eine weitere Voraussetzung ist, dass die gesamte Schulgemeinschaft die Bewerbung mitträgt, was einen entsprechenden Beschluss durch die Gesamtkonferenz erfordert. ■

Informationen dazu finden sich auf www.schule-der-zukunft.rlp.de

KOMMENTAR DES VLW

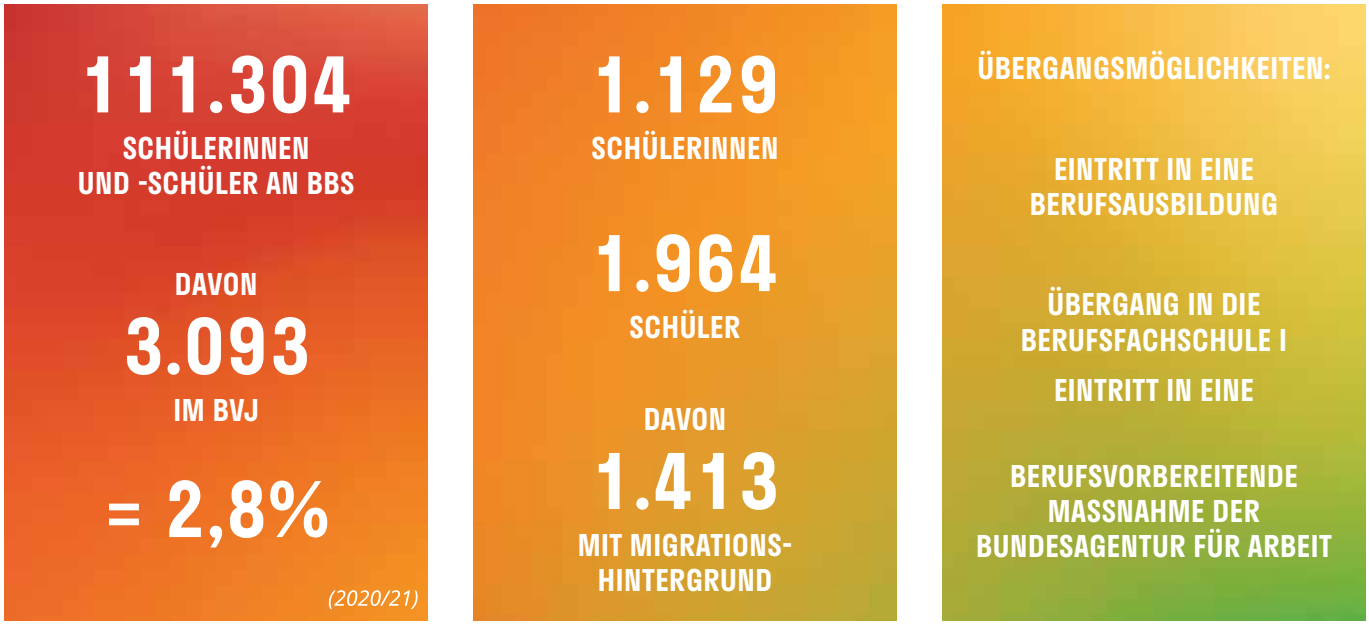
Mit Blick auf die Gelder in Millionenhöhe, die im Haushalt für die Initiative eingestellt wurden, hat der VLW gehofft, dass den teilnehmenden Schulen entsprechende Ressourcen zugewiesen werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Somit müssen die Teilnehmenden ihr Projekt aus eigener Kraft stemmen. Soweit eine Schule bereits ein die Kriterien erfüllendes Projekt durchführt, ist eine Bewerbung zum jetzigen Zeitpunkt denkbar.

Wer sich jedoch innovativ neu auf den Weg machen möchte, sieht sich großer Hürden (kreative Projektdarstellung, Beschluss der Gesamtkonferenz) gegenüber, die angesichts des knappen Bewerbungszeitraums kaum überwunden werden können.

Was bleibt, ist die Möglichkeit, sich in aller Ruhe auf eine Bewerbung im folgenden Jahr vorzubereiten. Aufgrund der aktuellen Belastungssituation an unseren Schulen fürchtet der VLW jedoch, dass die bezüglich ihrer Ziele begrüßenswerte Initiative im Keim erstickt, falls nicht doch noch weitere Ressourcen einfließen können. Der VLW ist deshalb sehr gespannt darauf, welche berufsbildenden Schulen sich an der Initiative beteiligen werden.

AUSBILDUNGSVORBEREITUNG:

MINISTERIUM LEGT ENTWURF ZUR REFORM DES BERUFSVORBEREITUNGS-JAHRES (BVJ) VOR



Quelle: www.statistik.rlp.de

Nach der coronabedingten Verlängerung der Pilotphase hat das rheinland-pfälzische Ministerium für Bildung im Februar den Verordnungsentwurf für das reformierte Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) vorgelegt.

Der VLW begrüßt einige positive Ansätze, fordert aber noch weitere mutige Schritte zur Verbesserung der Fördermöglichkeiten in diesen pädagogisch besonders anspruchsvollen Klassen.

BERUFSREIFE

Ziel des reformierten BVJ ist es, die Anschluss- und Abschlussfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu erhöhen. Über die reine Schulpflichterfüllung hinaus soll das BVJ der Ausbildungsvorbereitung und der Erlangung eines ersten allgemeinen Schulabschlusses (Berufsreife) dienen.

WOCHENSTUNDEN

Ein begrüßenswerter Ansatz in der Stundentafel sind fünf Lehrerwochenstunden je Klasse, die für die Lernberatung, die Praktikumsbegleitung und ... als flexible Reaktion auf konkrete Lehr- und Lernsituationen zur Verfügung gestellt werden sollen. Was sich zunächst großzügig liest, relativiert sich wieder, wenn man bedenkt, wieviel Zeit beispielsweise die 14-tägliche und durchschnittlich 15-minütige Lernberatung einschließlich Dokumentation benötigt. Zudem muss Schülerinnen und Schülern ohne

DAS REFORMIERTE BVJ – WISSENSWERTES IN KÜRZE

- Die Sonderformen BVJ-I (Inklusion) und BVJ-S (Sprache) werden durch die Verordnung verstetigt.
- Einführung einer verbindlichen schülerbezogenen Lernberatung mit entsprechender Dokumentation (14-tägliche Einzelgespräche mit durchschnittlich 15 Minuten Beratungszeit je Schülerin oder Schüler)
- Neues Unterrichtsfach Berufliches Lernen und Arbeiten, das überwiegend aus Fachpraxis bestehen soll. Zur Erlangung der Berufsreife muss in diesem Fach mindestens die Note „ausreichend" erzielt werden (Sperrfach)
- Die Stundentafel enthält 200 Lehrerwochenstunden für Lernberatung, Praktikumsbegleitung und zur Gestaltung von weiteren, flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf konkrete Lehr- und Lernsituationen
- Neues Unterrichtsfach Leben und Beruf, das ohne Leistungsfeststellungen und ohne Benotung erteilt wird
- Bei den Wahlpflichtfächern Deutsch/Kommunikation und Mathematik/Rechnen besteht die Möglichkeit, beide Fächer zu besuchen und zwischen den Fächern zu wechseln
- Noten der Wahlpflichtfächer können in die Pflichtfächer eingebracht werden, wenn dies vorher schuleinheitlich geregelt und bekanntgemacht wurde
- Verbindliche betreute Praktikumszeiten von sechs Wochen als Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss des Bildungsganges (Ausnahme im Einzelfall möglich)
- Der Bildungsgang kann wiederholt werden, wenn Aussicht auf Erwerb der Berufsreife in einem weiteren Jahr besteht
- Zeugnisse können durch Verbalbeurteilungen ergänzt werden
- Möglichkeit zum Erwerb von Qualifizierungsbausteinen bleibt erhalten
- Die Verordnung soll zum 1. August 2022 in Kraft treten

Foto: AdobeStock

Praktikumsplatz eine adäquate schulische Ersatzleistung zur Verfügung gestellt werden.

MULTIPROFESSIONELL

Begrüßenswert ist aus Sicht des VLW ebenfalls die Regelung, dass die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern in multiprofessionellen Teams erfolgen soll. So könnte beispielsweise das Fehlzeiten-Management in die Hände der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter übergehen. Eine solche Arbeitsaufteilung muss allerdings jeweils auf Schulträgerebene vereinbart werden. Für die vom VLW geforderte Entlastung unserer Kolleginnen und Kollegen wäre dies jedenfalls eine Lösung, die unbedingt auf kommunaler Ebene angestrebt werden muss. Finanzschwache Kommunen müssen durch das Land unterstützt werden.

FORDERUNG

Mit Blick auf die individuelle Förderung fordert der VLW weiterhin die ursprünglich in Aussicht gestellte Reduzierung der Klassenmesszahl von 16 auf 14 Schülerinnen und Schüler je Klasse. Die Klassenmesszahl wird über den PauSE-Faktor in der VV Klassen- und Kursbildung geregelt, nicht in der vorgelegten Landesverordnung. Das Ministerium lehnt die Reduzierung der Klassenmesszahl zwischenzeitlich ab, was vom VLW ausdrücklich kritisiert wird, da es dem Ziel der individuellen Förderung der oftmals gesellschaftlich benachteiligten Schülerinnen und Schüler zuwiderläuft. ■

MOBILITÄT:

WANN KOMMT DAS DIENST-FAHRRAD? ODER: GUT DING WILL WEILE HABEN.

Einhergehend mit den ersten Frühlingssonnenstrahlen und milderen Temperaturen, aber auch mit Blick auf die stark gestiegenen Kraftstoffpreise, mehren sich die Mitgliederanfragen nach dem Dienstfahrrad für Beamtinnen und Beamte des Landes Rheinland-Pfalz.

Bereits im Januar hat die Landtagspartei Bündnis 90/Die Grünen in einer Pressemitteilung verkündet, dass der Ministerrat einer Änderung des Landesbesoldungsgesetzes zugestimmt hat, wonach Landesbeamten und -beamtinnen ein Dienstfahrrad-Leasing angeboten werden kann. Der VLW hat bei Bündnis90/Die Grünen nachgefragt, ab wann voraussichtlich das Dienstfahrrad kommen wird.

GESETZESVORLAGE IN DEN LESUNGEN

Vom zuständigen Referenten erhielten wir die Auskunft, dass die Gesetzesvorlage inzwischen in 1. Lesung in den Landtag eingebracht wurde und derzeit vom Finanz- und vom Rechtsausschuss geprüft wird. Danach kommt die Gesetzesvorlage in die 2. Lesung im Landtag, nach der sie dann von den Abgeordneten verabschiedet wird. Nachdem damit die gesetzliche Grundlage gelegt ist, kommt der praktische Schritt, der zunächst eine europaweite Ausschreibung erfordert. Erst danach kann das Land einen Vertrag mit dem ausgewählten Unternehmen schließen, das als Leasinggeber eine Vielzahl verschiedener Fahrradtypen zur Auswahl stellt. Es muss also davon ausgegangen werden, dass es noch einige Monate dauern wird, bis die ersten Dienstfahrräder bestellt werden können. Somit bleibt zu hoffen, dass sich die Umsetzung nicht so weit in die Länge zieht, wie es bei unseren digitalen Endgeräten der Fall war.

ATTRAKTIVES ANGEBOT FÜR LEHRKRÄFTE

Bei dem vorgesehenen Modell ist das Land der Leasingnehmer, das seinen Bediensteten ein Fahrrad nach deren Wunsch für die Dauer der Laufzeit, z. B. drei Jahre, überlässt. Die Leasingrate wird vom Land bezahlt, aber von den Bruttobezügen des Bediensteten einbehalten (sogenannte Entgeltumwandlung). Dadurch ergeben sich für die Bediensteten steuerliche Vorteile, die sich durch den steuerpflichtigen geldwerten Vorteil (seit Januar 2020 nur noch 0,25 % des Bruttolistenpreises des Fahrrads je Monat) nur geringfügig verringern. Da auch die private Nutzung des Fahrrads ausdrücklich erlaubt, ja sogar gewünscht ist, dürfte diese Möglichkeit für viele Kolleginnen und Kollegen interessant sein. ■

Karl-Heinz Fuß

Foto: Pixabay

STAND PUNKT

VERBANDSARBEIT IN KRISENZEITEN

Was bedeuten Krisen, wie wir sie seit mehr als zwei Jahren erleben müssen, für die Arbeit des VLW? Im Folgenden wollen wir aufzeigen, wie sich diese auf die VLW-Arbeit auswirken.

CORONA: DIE MEINUNGSVIELFALT UNSERER MITGLIEDER ENTSPRICHT DER UNSERER GESAMTGESELLSCHAFT

Nie zuvor war die Kommunikation so intensiv wie zu Zeiten der Pandemie. Seit dem ersten Lockdown im März 2020 steht der VLW im wöchentlichen Kontakt mit dem Bildungsministerium. Dazu gehört eine Telefon- oder Videoschalte mit Abteilungsleiterin Petra Jendrich, die montags stattfindet und jeweils mittwochs die Telefonschalte zwischen den Vorsitzenden der Hauptpersonalräte und Ministerin Dr. Stefanie Hubig oder Staatssekretärin Bettina Brück (bis zur Landtagswahl im März 2021 Staatssekretär Hans Beckmann). Hinzu kamen in regelmäßigen Abständen Diskussionsrunden mit Virologen und weiteren Experten, z. B. der Universitätsmedizin in Mainz. Im Vordergrund standen jeweils die sich immer wieder verändernden Hygienepläne und Testkonzepte. Mit seinen Positionen und Forderungen ist der VLW ein wichtiger Ansprechpartner. Mehrfach wurden die Forderungen des VLW erfüllt, wenn teilweise auch erst mit Verzögerung. Als Beispiele seien hier die Forderungen nach den FFP-2-Masken, die Priorisierung bei den Impfungen und die wöchentlich mehrfach durchzuführenden Testungen genannt.

Auf der anderen Seite hat sich aber auch die Kommunikation mit den Mitgliedern erheblich intensiviert. Immer wieder erreichen uns besorgte Anfragen bezüglich der auferlegten Regelungen. Allerdings sind die Meinungen zum Thema Corona-Schutzmaßnahmen in unserer Mitgliedschaft ebenso unterschiedlich wie die in unserer Gesamtgesellschaft. Während der überwiegende Teil die festgelegten Maßnahmen für gut befand, forderten einige noch eine Verstärkung der Schutzmaßnahmen bis hin zu weiteren Schulschließungen. Andere wiederum lehnen Masken- und Testpflicht als lästig ab und fordern ein baldiges Ende der Auflagen. Dieser bunte Strauß an Meinungen macht deutlich, dass der VLW nicht in der Lage sein konnte, alle Denkrichtungen zu berücksichtigen.

Jedenfalls hat sich gezeigt, dass der Verbandsarbeit als Sprachrohr der Kolleginnen und Kollegen eine wichtige und wirksame Funktion zukommt, die durch kein anderes Gremium ersetzt werden kann.

FLUT IM AHRTAL KOSTET ZWEI VLW-MITGLIEDERN DAS LEBEN

Immer noch schockiert sind wir, wenn wir an die Flutkatastrophe im Ahrtal zurückdenken, der zwei unserer Mitglieder zum Opfer gefallen sind. Unser Bezirksvorsitzender Kurt Flöck hat über unseren Ortsvorsitzenden Erich Braun von der Heiden, dessen Privathaus ebenfalls massiv von der Flut betroffen war, die wichtigsten Informationen der Geschehnisse vor Ort und des Grades der teilweisen Zerstörung des Gebäudes und der Einrichtung der BBS in Bad Neuenahr erhalten. Die Delegierten des VLW-Landesverbands haben als Zeichen der Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine Geldspende an den Förderverein beschlossen, die im Spätsommer 2021 an Schulleiterin Gundi Kontakis und den Fördervereinsvorsitzenden Daniel Schlich übergeben werden konnte.

UKRAINE-KRISE: VLW FORDERT RESSOURCEN FÜR BBS

Die aktuelle Situation in der Ukraine erfüllt uns seit Kriegsbeginn im Februar mit großer Besorgnis. Die Stabilität und Sicherheit, in der wir uns als Mitteleuropäer bislang wägten, wurde erschüttert. Die Hilfsbereitschaft der Nachbarländer und auch Deutschlands ist ein hoffnungsvolles Zeichen der Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und der Geschlossenheit in der Ablehnung der Aggression vonseiten der russischen Regierung. Die Erfahrungen aus der Flüchtlingskrise 2015/2016 helfen uns hoffentlich dabei, ukrainische Jugendliche an unseren BBSn zu integrieren. Dies ist eine Aufgabe, der sich unsere Kolleginnen und Kollegen mit großer Selbstverständlichkeit annehmen. Jedoch kommt diese in einer Zeit auf uns zu, in der viele unserer Schulleitungen und Lehrkräfte bereits infolge der Pandemie und der vielen zusätzlichen Neuerungen, wie der digitalen Transformation, am Rande der Belastungsgrenze arbeiten.

Der VLW sieht es als seine Aufgabe, Entlastung einzufordern und wird nicht müde, dies gegenüber dem Dienstherrn anzuzeigen. Gerade jetzt benötigen wir Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (Vertretungslehrkräfte, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, EDV-Systembetreuer, Verwaltungskräfte) und Entlastung in Form von kleineren Klassen und der Senkung des Wochendeputats. ■

HINTER DEN KULISSEN:

HEINZ WERNER SEYLER – DER MACHER DER VLW WEBSITE

Heinz Werner Seyler lebt mit seiner Frau Evi in Otterberg im Landkreis Kaiserslautern.

Heinz Werner Seyler nach Verleihung der VLW-Ehrenmitgliedschaft 2018 in Trier.

„25.977 Besucher haben vom 1. Februar 2021 bis Mitte März 2022 die Website des VLW Rheinland-Pfalz besucht, was durchschnittlich mehr als 63 Besuchern pro Tag entspricht. Und die Tendenz steigt, zuletzt auf 130 pro Tag im März 2022“, berichtet Heinz Werner Seyler mit berechtigtem Stolz über den Nutzungsgrad des VLW-Internetauftritts.

Seyler hat seit Beginn des Jahres 2021 mit sehr hohem Engagement die VLW-Website auf Vordermann gebracht. Diejenigen, die ihn noch aus seiner aktiven Zeit kennen, überrascht das nicht. Denn sowohl an seiner ehemaligen Schule, der BBS Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern, an der er bis zu seiner Pensionierung die Funktion des Ständigen Vertreters des Schulleiters innehatte, als auch im VLW-Bezirksverband Pfalz war er als äußerst umtriebiger Kollege bekannt und geschätzt.

„Es ist bei der Website nicht damit getan, diese einmalig einzurichten, denn sie will stetig gepflegt und weiterentwickelt werden“, so Seyler. Selbst wenn er mit seiner Frau Evi gerade die Familie seines Sohnes

AUFRUF AN DIE VLW-ORTSVERBÄNDE

Zurzeit entsteht unter dem Menüpunkt „Über uns – BBS mit VLW-OV“ eine Sammlung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz mit VLW-Ortsverband. Neben mehreren Fotos gibt es einen Link zur Website der Schule. Sollte Ihre Schule noch fehlen, dann schicken Sie bitte Ihre Fotos mit einem Link zur Website Ihrer Schule an info@vlw-rlp.de . Wir danken für Ihre Unterstützung!

Beispielbild links: BBS Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern

mit den Enkelkindern in North Carolina besucht oder sich im Allgäu zum Wanderurlaub aufhält, hat er die VLW-Website immer im Blick. Technische Probleme sieht er als Herausforderung und besucht deshalb regelmäßig Foren, in denen er mit Programmierern und Website-Entwicklern in direkten Kontakt kommt. Aufgrund seines Sachverstandes stellt er dort nicht nur Fragen, sondern bringt sich mit kreativen Vorschlägen und Anregungen ein, was ihn zu einem begehrten Ansprechpartner macht.

Die Technik für den Versand des Newsletters läuft ebenfalls über die VLW-Website, wo sie als Modul integriert ist. Seyler stellt sicher, dass dies reibungslos funktioniert. Wer meint, dass ihn dieses Engagement voll auslasten würde, der sieht sich getäuscht. Denn zudem kümmert sich Seyler zusammen mit Jürgen Hatzfeld auch noch um die Wartung der Software „Vereinsmanager" für die VLW-Mitgliederverwaltung, und das mit großem Erfolg. So konnte im zurückliegenden Februar, erstmalig in der Geschichte des VLW Rheinland-Pfalz, der Einzug des Mitgliedsbeitrags zentral durchgeführt werden.

Nach seiner Motivation befragt, teilt er mit, dass es ihm Freude bereitet, sich für die berufliche Bildung zu engagieren. „Die Verbandsarbeit stellt in der Bildungspolitik einen wichtigen demokratischen Baustein dar, der mit Leben gefüllt werden muss. Dazu möchte ich beitragen", so Seyler. Es ist für ihn selbstverständlich, dass er diese Aufgabe ehrenamtlich ausübt. Somit ist es auch sein Verdienst, dass der VLW-Mitgliedsbeitrag seit mehr als 10 Jahren nahezu unverändert bleiben konnte. Auf die Frage, womit man ihn denn für all sein Engagement belohnen könne, antwortet er lapidar, dass es ihn mit Freude erfülle, wenn die Website genutzt wird. So ist es ihm ein großes Anliegen, dass noch mehr Ortsverbände Fotos ihrer Schule schicken, um die Seite mit den VLW-Ortsverbänden zu vervollständigen (siehe Aufruf unten).

Für den VLW Rheinland-Pfalz ist Heinz Werner Seyler ein wertvoller Mitstreiter und geschätzter Freund, der mit seinem Erfahrungsschatz und Engagement zum Erfolg der VLW-Arbeit beiträgt. ■

DAS ALLES BIETET DIE WEBSITE DES VLW RHEINLAND-PFALZ

- Laufende aktuelle bildungspolitische News
- Informationen zur Verbandsarbeit und zur Verbandsstruktur
- Ansprechpartner mit Kontaktdaten
- Informationen zu den Geschäftsbereichen Recht und Besoldung, Schul- und Bildungspolitik, Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis, Lehrerbildung
- Informationen und Downloads zur Mitgliedschaft im VLW
- Archiv zu Publikationen des VLW, wie VLW kompakt, Newsletter, Karikaturen etc.
- Viele Links unter „Service" zu Schulrecht, Beihilfe, Institute, ...
- und vieles mehr

Schauen Sie mal vorbei unter www.vlw-rlp.de – es lohnt sich!

SCHULEN IN DEN ORTSVERBÄNDEN:

BSS BINGEN – SCHULE IM UMBRUCH

Von Michael Lutz

Kommissarische Schulleiterin Alexandra Land

Der Vorsitzende des ÖPR, Thomas Walter (links), im Gespräch mit dem Stellv. Schulleiter, Bernhard Bohrer

FACTS & FIGURES ZUR BBS BINGEN

64 KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

250 VOLLZEIT-SCHÜLERINNEN UND -SCHÜLER

950 TEILZEIT-SCHÜLERINNEN UND -SCHÜLER

BILDUNGSGÄNGE

Berufsschule
Berufsfachschulen I und II
Höhere Berufsfachschule
Duale Berufsoberschule
Fachschule Logistik

BBS-BINGEN.DE

42 MITGLIEDER IM VLW-ORTSVERBAND

VLW-ORTS-VORSITZENDER

Peter Kempf

Die Tradition geht weit zurück – 1839 wird vom Gewerbe- und Handwerksverein eine „Handwerkerzeichenschule" gegründet.

125 Jahre später – 1963/64 – wird der Neubau der „Berufsschule" (so genannt ab 1929) in der Binger Pennrichstraße bezogen, 1983 das Erweiterungsgebäude eingeweiht. 1992 kommen eine Sporthalle und zwei Parkdecks hinzu. In diesem Jahr besucht eine angehende Industriekauffrau die Schule am Rhein: Alexandra Land – heute leitet sie die Schule.

2008 feiert der Förderverein sein 25jähriges Jubiläum, zu Gast unter anderem Kabarettist Lars Reichow und Trainer Jürgen Klopp. 2009 werden – eine wesentliche Verbesserung für das Kollegium – die Lehrerzimmer renoviert.

Einschneidende Veränderungen kommen 2013 auf die Schule zu: Ziel der Schulstrukturreform ist es, die beiden berufsbildenden Schulen in Bingen und Ingelheim durch Profilbildung, auch durch Verlagerungen auf Kosten des Standorts Mainz, nachhaltig zu stärken. Die BBS Bingen entwickelt jetzt den Schwerpunkt „Logistik" und erhält ein „Logistik-Kompetenzzentrum" sowie ein „Lernlager".

Zwei bewegte Jahre erlebt die Schulgemeinde von 2014 bis 2016, in denen die Schule ohne einen Schulleiter und dessen Stellvertreter zurechtkommen muss. Dies gelingt durch gemeinsame Anstrengungen von Mitgliedern der Schulleitung, des Örtlichen Personalrates und der Kolleginnen und Kollegen.

Aus dieser Zeit stammen die ersten Auffälligkeiten über gesundheitliche Beeinträchtigungen einiger Lehrkräfte. Vermutet wird eine Kontaminierung in Isolierungen und Böden des Schulgebäudes, es stellt sich eine gefährliche Schimmelpilzbelastung heraus. Nach beharrlichem Drängen von Schule und Personalrat sichert die Verwaltung

des Landkreises Mainz-Bingen daraufhin die Komplettsanierung der BBS Bingen zu. Seit 2019 wird nun saniert – begleitet vom Sanierungsausschuss der Schule, man geht von Kosten in Höhe von ca. 22 Millionen Euro aus. Selbstverständlich orientiert sich die Raumgestaltung des Neubaus an modernen pädagogischen Ansprüchen.

Eine BBS im Umbruch – die Binger Kolleginnen und Kollegen mussten zu allen Zeiten mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Veränderungen leben. Jetzt kommt noch der Umbau – de facto ein Neubau – hinzu. Die Berufsbildnerinnen und -bildner werden auch das bewältigen. Der VLW wünscht dem Kollegium, vertreten durch die kommissarische Schulleiterin Alexandra Land und den ÖPR-Vorsitzenden Thomas Walter, dazu viel Kraft und Erfolg! ■

BBS Bingen – Baustelle Februar 2022
(Foto Karl-Heinz Günther)

BBSn stellen sich vor – In loser Reihenfolge berichten wir im Magazin VLW Kompakt über berufsbildende Schulen mit VLW-Ortsverbänden. Gerne nehmen wir dazu Beiträge entgegen. Schreiben Sie uns!

IN ALLER KÜRZE

DIGITALE AUSGABE FÜR PENSIONIERTE MITGLIEDER

Es ist inzwischen möglich, unsere Mitgliederzeitschrift VLW Kompakt digital auf unserer Website zu lesen. Bitte informieren Sie uns per E-Mail, falls Sie künftig auf das gedruckte Exemplar verzichten möchten. Stattdessen senden wir Ihnen regelmäßig unseren Online-Newsletter, damit wir den Kontakt zu Ihnen nicht verlieren.

Sollten Sie dies wünschen, schreiben Sie uns per E-Mail an info@vlw-rlp.de mit dem Betreff „Verzicht auf Print-Medien“.

ÄNDERUNGSMITTEILUNGEN IHRER DATEN

Bitte informieren Sie uns, falls sich Änderungen ergeben, die für Ihre Mitgliedschaft von Bedeutung sind. Dazu gehört beispielsweise die Änderung Ihrer Anschrift, Ihres Stundendeputats, Ihrer Dienstbezeichnung und wenn Sie in Altersteilzeit gehen oder in den Ruhestand versetzt werden.

Änderungsmitteilungen können Sie bequem auf unserer Website vlw-rlp.de unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft vornehmen.

Gertrud Jakob, Mitgliederverwaltung

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Rutschbach 10 • 56736 Kottenheim

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

KONZENTRATION AUF DAS KERNGESCHÄFT

Lehrkräfte müssen sich wieder auf das konzentrieren können, weswegen sie diesen Beruf ergriffen haben und wofür sie ausgebildet wurden: Unterricht!

VERZICHT AUF NEBENSCHAUPLÄTZE

Dazu ist es erforderlich, Schaufensterprojekte, die wenig Ertrag bei hohem Aufwand bringen, einzustellen und Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten!

REDUZIERUNG DER UNTERRICHTSVERPFLICHTUNG

Die zunehmenden pädagogischen Herausforderungen machen eine spürbare Entlastung dringend erforderlich. Das Deputat für eine volle Stelle muss auf 21 Wochenstunden gesenkt werden!

MEHR PERSONAL IN DIE SCHULEN

Zur Sicherstellung eines quantitativ und qualitativ hochwertigen Unterrichts müssen zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten für junge Lehrkräfte geschaffen werden. Außerdem muss die Zahl der Schulpsychologen spürbar erhöht werden. Hierfür muss das Land die nötigen Gelder bereitstellen.

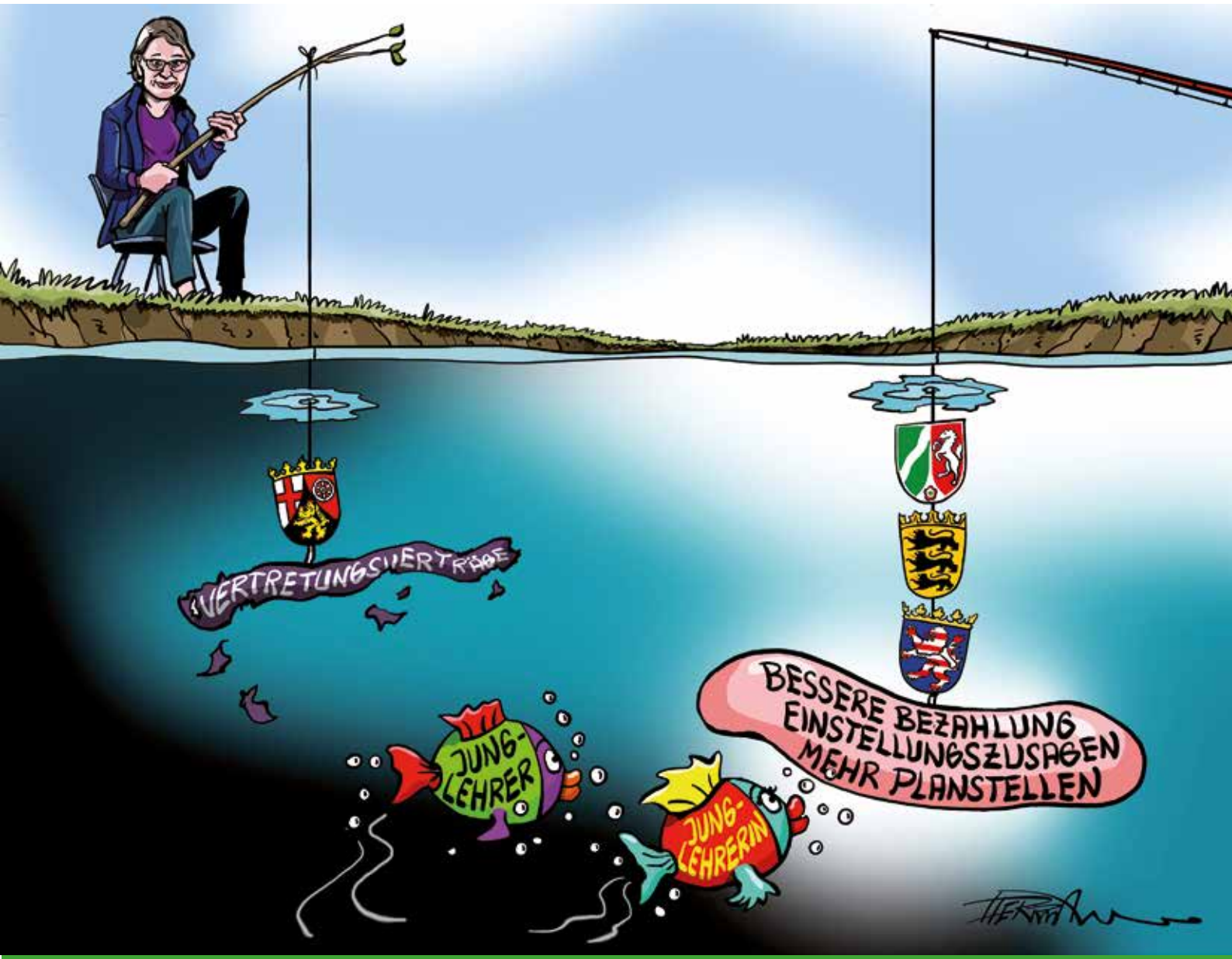
JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW

KOMPAKT

SEPTEMBER 2022



LEHRKRÄFTEMANGEL VERSCHÄRFT KRISENMODUS

Gegenmaßnahmen anderer Bundesländer setzen RLP zusätzlich unter Druck

VLW-KLAUSURTAGUNG

Resolution mit klaren Forderungen

NEUE DOPPELSPITZE

Bundesvorstandswahlen des BvLB

IN DIESER AUSGABE ... SEPTEMBER 2022

AUFWERTUNG

Besseres Fächerangebot
für berufliche Gymnasien

LEHRKRÄFTE-MANGEL

Foto: Pixabay

PRÄSENZ-MEETING

Die Ortsvorsitzenden
im Hotel Speeter

03 IM KRISENMODUS INS NEUE SCHULJAHR
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN
„Der Köder muss dem Fisch schmecken – nicht dem Angler“

05 BERUFLICHES GYMNASIUM WIRD AUFGEWERTET
Fächerangebot im beruflichen Gymnasium wird erweitert – Abitur-Prüfungsordnung wird angepasst

06 NEUE DOPPELSPITZE BEIM BVLB
Dr. Sven Mohr und Pankraz Männlein sind neue Vorsitzende

08 RESSOURCEN – PERSONAL – ZEIT
Es fehlt an allem – VLW-Landesvorstand verabschiedet Resolution auf Klausurtagung

09 REGER GEDANKENAUSTAUSCH IN GEMÜTLICHER ATMOSPHÄRE
Ortsvorsitzenden-Treffen in Weisenheim am Berg

10 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Gertrud Jakob – die gute Seele der VLW-Mitgliederverwaltung

11 IN ALLER KÜRZE
Infos, News und Impressum

IM KRISENMODUS INS NEUE SCHULJAHR

Liebe Leserin, lieber Leser,

das neue Schuljahr hat begonnen und sicherlich wünschen auch Sie sich, dass dieses wie geplant verlaufen wird. Es stehen jedoch einige dunkle Wolken am Himmel. Der Krieg in der Ukraine, die dadurch ausgelöste Energiekrise sowie die anhaltenden Preissteigerungen werden zwangsläufig auch den Schulbetrieb betreffen. Da sind zum einen die ukrainischen Schülerinnen und Schüler, die bei uns ihre berufliche Ausbildung absolvieren und deren Unterrichtung aufgrund fehlender Deutschkenntnisse eine Herausforderung darstellt. Die meines Erachtens richtige Entscheidung zur Energieeinsparung in öffentlichen Gebäuden gilt sicherlich auch für unsere Schulgebäude. Bleibt zu hoffen, dass der Winter nicht allzu kalt wird, denn wie unser Bundesgesundheitsminister nicht müde wird zu betonen, besteht bereits im Herbst die Gefahr einer neuen Pandemie-Welle. Da als eine wichtige Hygienemaßnahme das regelmäßige Lüften der Räume durch Öffnen der Fenster im 20-minütigen Abstand genannt wird, kühlen die Klassensäle dadurch zwangsläufig weiter ab. Der Hoffnung auf den Einbau von geeigneten Belüftungsanlagen steht die anhaltend hohe Inflation entgegen. Diese droht auch viele weitere Investitionen auszubremsen, auf die wir in unseren Schulen dringend warten. Die Digitalisierung ist nur ein Beispiel dafür, die zeitgemäße Gestaltung und Ausstattung unserer Schulräume ein weiteres.

HERAUSFORDERUNG LEHRKRÄFTEMANGEL

Wesentlich bedeutsamer ist sicherlich die personelle Ausstattung, die wir mit Blick auf die mittel- und längerfristige Zukunft benötigen. Unser Titelthema und der Kommentar unseres Landesvorsitzenden befassen sich kritisch damit. Bei den beruflichen Gymnasien wird es einige positive Veränderungen geben, die wir Ihnen in dieser Ausgabe des VLW kompakt vorstellen. Aus Berlin berichten wir von der Neuwahl des BvLB-Vorstands, an der selbstverständlich eine Delegation des VLW-Rheinland-Pfalz teilnahm. Mit den Arbeitsbedingungen an unseren Schulen, insbesondere den immer stärker zunehmenden Belastungen, setzt sich die Resolution des VLW Rheinland-Pfalz auseinander, die anlässlich der jährlich stattfindenden Klausurtagung verfasst wurde. In Weisenheim am Berg fand endlich wieder ein Präsenztreffen der VLW-Ortsvorsitzenden des BV Pfalz statt, bei dem die aktuelle Situation an unseren Schulen und daraus folgende Forderungen diskutiert wurden.

Last but not least stellen wir Ihnen unsere Mitarbeiterin Gertrud Jakob vor, die sich u. a. um die Mitgliederverwaltung des VLW Rheinland-Pfalz kümmert und einen Wunsch an die Mitglieder äußert!

Ich wünsche Ihnen wieder eine interessante Lektüre und nehme gerne Kritik und Anregungen Ihrerseits entgegen. Schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de.

Ich freue mich darauf!

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Karl-Heinz Fuß

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN

DER KÖDER MUSS DEM FISCH SCHMECKEN – NICHT DEM ANGLER

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Sprichwort kommt mir in den Sinn, wenn ich die Karikatur auf der Titelseite dieses *VLW kompakt* betrachte. Spontan möchte ich ergänzen: Der Angler mit den schmackhaftesten Ködern fängt die meisten Fische. Nun sind wir kein Anglerclub, sondern ein Bildungsverband. Dementsprechend geht es bei der Karikatur auch nicht um Fische, sondern darum, möglichst viele gut ausgebildete Nachwuchs-Lehrkräfte an Land zu ziehen.

Dass dies bitter nötig ist, war auch schon klar, bevor uns kurz vor Beginn des aktuellen Schuljahres die Nachricht erreichte, dass nach Schätzungen des Deutschen Lehrerverbandes bundesweit etwa 40.000 Lehrkräfte fehlen. Diesen Mangel spüren wir auch bei unserer täglichen Arbeit an den Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz, wo wir von einer eigentlich selbstverständlichen Unterrichtsversorgung von 100 % noch ein gutes Stück entfernt sind. Da nützt es den Betroffenen überhaupt nichts, wenn das Bildungsministerium in wohlklingenden Pressemitteilungen verkündet, dass wieder einmal alle Planstellen besetzt werden konnten. Dazu muss man wissen, dass sich die Zahl der Planstellen nicht – wie man es erwarten könnte – am Bedarf an Lehrkräften orientiert, sondern einzig und allein auf Basis der von der Landtagsmehrheit zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel berechnet wird.

Für den Bereich der BBS wird seitens des Ministeriums auch gerne darauf verwiesen, dass man die vorhandenen Stellen ja gerne mit Lehrkräften besetzen würde, wenn diese denn auf dem Markt verfügbar wären. Nicht von der Hand zu weisen ist in diesem Zusammenhang, dass immer wieder Bewerberinnen und Bewerber abspringen, wenn ihnen eine Stelle im rheinland-pfälzischen Hinterland angeboten wird. Das ist

in der Tat bedauerlich, bietet unser Bundesland doch auch abseits der Rheinschiene Standorte mit hoher Lebensqualität. Offensichtlich sehen das viele aus der nachwachsenden Lehrkräfte-Generation anders. Sie lassen sich nicht von schönen Landschaften beeindrucken und ziehen strukturstarke Regionen mit einem attraktiven Freizeitangebot dem in Rheinland-Pfalz ja meist gar nicht so flachen Land vor.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten, auf diese Situation zu reagieren: Entweder steckt man den Kopf in den Sand und lässt die Bewerberinnen und Bewerber in benachbarte Bundesländer abwandern oder man überlegt sich Gegenmaßnahmen, um die jungen Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz zu behalten. Daraus folgt, dass dringend an der Attraktivität des rheinland-pfälzischen Schuldienstes gearbeitet werden muss. Möglichkeiten dazu haben wir in den vergangenen Jahren fast schon gebetsmühlenartig vorgetragen. Elementar ist die Zuweisung einer Planstelle direkt im Anschluss an die erfolgreiche Ausbildung im Studienseminar. Hochqualifizierte Lehrkräfte, die besonders im Bereich der BBS oft schon mitten im Leben stehen und eine Familie zu ernähren haben, lassen sich nun mal nicht gerne mit unsicheren Vertretungsverträgen abspeisen. Auch wenn sich die Besoldung in den zurückliegenden Jahren verbessert hat und Rheinland-Pfalz die rote Laterne abgeben konnte, bleibt im Vergleich zu benachbarten Bundesländern noch Luft nach oben!

Ein weiteres Problemfeld ergibt sich durch misslungene Reformen, wie jüngst in der HBF. Unsere im Vorfeld der Reform geäußerten Befürchtungen haben sich leider bestätigt. Insbesondere die Kürzungen im Stundenansatz der allgemeinbildenden Fächer werden von fast allen Beteiligten kritisch gesehen. Es ist auch für Lehrkräfte frustrierend, wenn sie in Ihren Fächern, für die sie in aller Regel brennen, nur Bruchstückhaftes realisieren können. Ich will es nochmals ausdrücklich betonen: Die HBF ist ein wichtiger Baustein im Gefüge der BBS. Sie ermöglicht einer großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die meist von einer Realschule plus kommen und die mit den Anforderungen des beruflichen Gymnasiums überfordert wären, zu echten Bildungsaufsteigern zu werden. Wir bedauern es sehr, dass diese Schulform im Ministerium nicht die ihr zustehende Wertschätzung erfährt.

Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass es auch gute Ansätze gibt. Die Stärkung des beruflichen Gymnasiums durch neue frei wählbare Grundfächer oder auch die Etablierung des Sport-Leistungskurses (siehe eigenen Bericht in diesem *VLW kompakt*) ist ein gutes Beispiel dafür, wie man durch einfache – und in diesem Fall vermutlich sogar kostenneutrale – Maßnahmen die Attraktivität der beruflichen Bildung stärken kann. Hoffen wir, dass dieses Beispiel im wahrsten Sinne des Wortes Schule macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Namen des Landesvorstands wünsche ich Ihnen ein gutes neues Schuljahr, verbunden mit der Hoffnung, dass wir gemeinsam die vor uns liegenden Herausforderungen meistern werden.

Dirk Mettler

BERUFLICHES GYMNASIUM WIRD AUFGEWERTET

Fächerangebot im beruflichen Gymnasium wird erweitert – Abitur-Prüfungsordnung wird angepasst

Foto: AdobeStock

Mit Beginn des neuen Schuljahres (Stand: 05.08.2022) sind einige Änderungen beim beruflichen Gymnasium in Kraft getreten. In allen drei Fachrichtungen gibt es nun das frei wählbare Grundfach „Projektmanagement" sowie in der Fachrichtung Gesundheit und Soziales das Grundfach „Gesundheitsmanagement". Letzteres dürfte insbesondere für die Standorte interessante Möglichkeiten eröffnen, die außerdem bereits über ein Wirtschaftsgymnasium verfügen.

Der Schulversuch zum Leistungsfach Sport wird in den Regelbetrieb überführt, sodass Sport fortan reguläres Leistungsfach sein kann. Die Fachrichtung Technik wird zudem um die Schwerpunkte „Informationstechnik" und „Biologietechnik" ergänzt.

GESTEIGERTE ATTRAKTIVITÄT

Aus Sicht des VLW sind diese Änderungen zu begrüßen, da sie die Attraktivität des beruflichen Gymnasiums steigern und somit zu einer Sicherung der Standorte beitragen können.

Darüber hinaus sollen in den kommenden Schuljahren sukzessive Änderungen an der Abitur-Prüfungsordnung in Kraft treten. Dadurch werden Beschlüsse der Kultusministerkonferenz zur Vereinheitlichung der Struktur der Aufgaben sowie der Prüfungszeiten in den schriftlichen Abiturprüfungen umgesetzt.

Die Änderungen in der Fächergruppe der Sprachen sowie in Mathematik greifen ab der Abiturprüfung 2024, in den naturwissenschaftlichen Fächern ab der Abiturprüfung 2025. Die Änderungen im Einzelnen:

Im Fach Deutsch beträgt die Bearbeitungszeit inklusive Auswahlzeit 315 Minuten. Den Prüflingen werden zukünftig vier Aufgaben vorgelegt, von denen sie eine zur Bearbeitung auswählen. Zwei der Aufgaben werden wie bisher von der Schule vorgelegt, die anderen beiden Aufgaben werden durch das Bildungsministerium ergänzt. ▸

In den Fremdsprachen Englisch und Französisch werden den Prüflingen zwei Aufgaben zur Wahl gestellt, von denen sie eine zur Bearbeitung auswählen. Eine dieser Aufgaben wird wie bisher von der Schule vorgelegt, die andere Aufgabe wird durch das Bildungsministerium zugefügt. Darüber hinaus wird die Prüfung durch das Bildungsministerium um zwei zusätzliche Aufgaben ergänzt, die die Prüflinge bearbeiten müssen. Die Bearbeitungszeit inklusive Auswahlzeit beträgt insgesamt 315 Minuten, 225 Minuten für die Aufgabe zum Kompetenzbereich „Schreiben“, 60 Minuten für das „Leseverstehen“ und 30 Minuten für das „Hörverstehen“.

Im Fach Mathematik beträgt die Bearbeitungszeit inklusive Auswahlzeit 300 Minuten. Den Prüflingen werden wie bisher zwei Aufgaben, die von der Schule vorgelegt werden, zur Bearbeitung gegeben. Darüber hinaus erhalten sie zukünftig zwei Aufgaben, die durch das Bildungsministerium vorgelegt werden, von denen sie eine bearbeiten müssen.

In den naturwissenschaftlichen Fächern beträgt die Bearbeitungszeit inklusive Auswahlzeit zukünftig 300 Minuten. Die Prüflinge erhalten insgesamt vier Aufgaben (zwei dezentrale und zwei zentrale), von denen sie drei zur Bearbeitung auswählen.

GELEBTE PRAXIS KÜNFTIG AUCH IN VERORDNUNG

Von den Änderungen in der – wie es zukünftig heißt – Fächergruppe Religion/Ethik sind die beruflichen Gymnasien nur am Rande betroffen. Die bisher schon gelebte Praxis der – verfassungsrechtlich gebotenen – Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften im Abitur findet fortan auch ihren Ausdruck in der AbiPrO, indem auf die Auflistung einzelner Konfessionen verzichtet wird. ■

Dirk Mettler

Leiten künftig die Geschicke des BvLB: Dr. Sven Mohr (links) und Pankraz Männlein

Nahezu einstimmig wurden Anfang Mai Pankraz Männlein und Dr. Sven Mohr zu den neuen Vorsitzenden des BvLB gewählt. Sie lösen damit Joachim Maiß und Eugen Straubinger ab, die in der Amtsperiode davor bereits als Doppelspitze im Amt waren.

BEWÄHRTES MODELL

Bei der Verschmelzung des ehemaligen BLBS und des VLW Bundesverbandes hatte man sich 2018 für die Doppelspitze entschieden, um die beiden bisherigen Verbände angemessen im daraus hervorgehenden BvLB zu repräsentieren. Dass die Delegierten im Jahr 2022 wiederum eine Doppelspitze gewählt haben, spricht dafür, dass sich dieses Modell bewährt hat. So können sich die beiden neu Gewählten weiterhin die anstehenden Termine aufteilen und dabei den BvLB stark repräsentieren. Begünstigt wird dies durch die unterschiedlichen Wohnorte von Pankraz Männlein und Dr. Sven Mohr. Männlein leitet in Bamberg die Staatliche Berufsschule III, Dr. Mohr ist Schulleiter des Regionalen

NEUE DOPPELSPITZE BEIM BVLB

Berlin – Bundesverband der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen wählt neuen Bundesvorstand – Kassenprüfer vom VLW Rheinland-Pfalz

Berufsbildungszentrums in Flensburg. Beide Amtsträger waren zuvor als Stellvertretende Vorsitzende im BvLB aktiv. Sie kennen sich in der Verbandstätigkeit bestens aus und sind auch schon untereinander und bei den Mitgliedern bestens bekannt. Während Männlein bislang für den Bereich Lehrerbildung aktiv war, kümmerte sich Mohr um den Bereich Recht und Besoldung.

Nicht nur die Vorsitzenden, sondern auch der erweiterte Vorstand wurde am 5. Mai in Berlin neu gewählt. Somit kann der BvLB für die kommende Amtsperiode auf eine starke Vorstandsmannschaft bauen.

VLW IST AUCH INVOLVIERT

Ebenfalls neu gewählt wurden die beiden Kassenprüfer. Einer davon ist unser VLW-Landesschatzmeister Jürgen Hatzfeld, der künftig mit seiner Expertise die Kassen- und Buchführung des Bundesverbandes auf Korrektheit prüfen wird.

Beim abendlichen Festakt wurde den bisherigen Vorsitzenden und Vorstandsmitgliedern für ihr Engagement in der ersten Amtsperiode des BvLB gedankt.

Am Tag darauf führte der BvLB seinen gut besuchten Berufsbildungskongress durch.

Weitere Informationen dazu finden Sie in der Mitgliederzeitschrift *Bildung und Beruf* sowie auf der Website www.bvlb.de. ■

Karl-Heinz Fuß

Besuchen Sie die Online-Bildnachlese zum Berufsbildungskongress 2022

Delegierte des VLW Rheinland-Pfalz Stefanie Tischer, Michael Lutz und Miriam Schmidle (v. l. n. r.) nahmen am Bildungskongress teil.

RESOLUTION

Auf seiner 2-tägigen Klausurtagung vom 10. bis 11. Juni 2022 hat der Landesvorstand des VLW die folgende Resolution beschlossen:

> Für die Schule der Zukunft benötigen wir Personal und Zeit

> VLW fordert zusätzliche Ressourcen für die berufsbildenden Schulen

Foto: AdobeStock

Einerseits hat die Pandemie die Schwachstellen unserer Schulen bei der digitalen Infrastruktur und Ausstattung ans Licht gebracht, andererseits sind bei unseren Schülerinnen und Schülern durch die Zeit des Lockdowns erhebliche Defizite entstanden. Hinzu kommen zunehmend Verhaltensauffälligkeiten bei Schülerinnen und Schülern, bis hin zu aggressivem Verhalten. Nach wie vor auf deutlich höherem Niveau als vor der Pandemie sind die Fehlzeiten. Wir laufen Gefahr, einen erheblichen Teil unserer Schülerinnen und Schüler zu verlieren, da diese nicht regelmäßig am Unterricht teilnehmen. Im Vorstand wird als eine Ursache für die zunehmende „Blaumacherei" die digitale Vernetzung vermutet. Schülerinnen und Schüler fühlen sich über das Geschehen an der Schule informiert, da sie über die sozialen Medien im Kontakt zueinander stehen. Dass dies ein Trugschluss ist, stellen wir spätestens bei den Tests und Klassenarbeiten fest. Der hohe Fehlstand bringt zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich, da Entschuldigungen eingefordert und Mahnungen geschrieben werden müssen. Hierfür benötigen die Lehrkräfte stärkere Unterstützung, z. B. durch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter.

Dass die Belastungen an den Schulen ein sehr hohes Maß erreicht haben, wird durch eine repräsentative Forsa-Befragung, die im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung u. a. in Rheinland-Pfalz durchgeführt wurde, bestätigt. Dabei schätzen etwa achtzig Prozent der Befragten ihre derzeitige Arbeitsbelastung als hoch oder sehr hoch ein. Laut Deutschem Schulbarometer wird die Belastung gar von mehr als neunzig Prozent der Lehrkräfte als stark oder sehr stark angegeben.

Der VLW fordert eine deutliche Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams für die Bereiche digitale Transformation, Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Zudem fordert der VLW die Aufstockung des Lehrpersonals auf mehr als hundert Prozent, um eine Vertretungsreserve vorhalten zu können und Team-Teaching in schwierigen Klassen zu ermöglichen.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass durch die Digitalisierung und Methoden des selbstgesteuerten Lernens Lehrkräfte eingespart werden können. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, aber auch um die Teilhabe für diejenigen aus nicht bildungsförderlichen Schichten zu gewährleisten, müssen dringendst weitere Ressourcen in das System der beruflichen Bildung fließen. Dies muss auch dazu dienen, Lehrkräfte mit Blick auf die Vielfalt der neu hinzugekommenen Aufgaben zu entlasten. Individuelle Förderung, Inklusion, Maßnahmen der Berufsorientierung, die Entwicklung digitaler Konzepte und Demokratiebildung sind nur einige Beispiele für Tätigkeiten, die zusätzlich zur täglichen Unterrichtsvorbereitung bewältigt werden sollen.

Der Erfolg unserer international renommierten beruflichen Bildung hängt nicht zuletzt von gut ausgebildeten und motivierten Lehrkräften ab. Diese überhaupt erst zu gewinnen und in ihrer Tätigkeit des Lehrens zu unterstützen und zu entlasten, ist eine Aufgabe des staatlichen Dienstherrn. Digitalisierung alleine reicht nicht – der VLW fordert deshalb umgehendes Handeln durch verstärkte Ressourcenzuweisung!

Der VLW vertritt die Interessen von knapp tausend Mitgliedern und kämpft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den berufsbildenden Schulen. ■

Kirchheimbolanden, Juni 2022

V. l. n. r.: Landesvorsitzender Dirk Mettler, Ralf Ettling (Ludwigshafen), Peter Michel (Pirmasens), Katharina Dollmann (Donnersbergkreis), Dagmar König-Kries (Kaiserslautern), Bezirksvorsitzender Andreas Seehaus, André Glatzel (Germersheim), Christian Flory (Südliche Weinstraße)

Ortsvorsitzenden-Treffen in Weisenheim am Berg

REGER GEDANKEN-AUSTAUSCH IN GEMÜTLICHER ATMOSPHÄRE

„Endlich wieder ein Präsenztreffen“ lautete der Tenor beim Zusammentreffen in den Räumen des Hotels Speeter, zu dem der Bezirksvorsitzende der Pfalz, Andreas Seehaus, für Ende Mai eingeladen hatte. Zu berichten und erzählen gab es nach der langen Corona-Pause reichlich.

Doch zunächst leitete der Landesvorsitzende Dirk Mettler, der zusammen mit Karl-Heinz Fuß als Vertreter des Landesvorstands an dem Treffen teilnahm, die Sitzung mit einem Redebeitrag zur Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements der Ortsvorsitzenden ein. Als Schnittstelle zu den Mitgliedern eines Ortsverbandes sind die Ortsvorsitzenden unverzichtbar. Sie kennen ihre Kolleginnen und Kollegen persönlich, stehen diesen beratend zur Seite und kümmern sich um die satzungsgemäße Organisation der Verbandsarbeit vor Ort. Dafür gebührt ihnen Dank, den ihnen Dirk Mettler ausdrücklich aussprach.

BETRIEBSBESICHTIGUNGEN GEWÜNSCHT

Andreas Seehaus bat daraufhin um Vorschläge für weitere Aktivitäten im Bezirk Pfalz. Es wurde der Wunsch vorgetragen, weiterhin regelmäßige Treffen für VLW-Mitglieder durchzuführen. Insbesondere die Betriebsbesichtigungen, die aufgrund der Pandemie in den letzten beiden Jahren nicht stattfinden konnten, sollten wieder angeboten werden. Als Beispiele aus der Vergangenheit wurden die hochinteressanten Besuche bei John Deere und Daimler genannt. Aber auch an den Besuch bei der Bischoff-Brauerei in Winnweiler mit anschließendem Imbiss und Umtrunk dachte man gerne zurück.

Bei der folgenden Diskussionsrunde, welche Leistungen die Mitglieder von ihrem VLW erwarten, wurde das Informations- und Beratungsangebot genannt. Als ebenso bedeutend wird der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen an unseren Schulen eingeschätzt. Die Pandemie hat deutlich gemacht, was alles im Argen liegt. Angefangen bei der Digitalisierung bis hin zu dem erhöhten Bedarf an Schulsozialarbeitern und -psychologen. Kritisch wird das zunehmende Angebot an Online-Fortbildungen gesehen, die als „kleine Häppchen“ zusätzlich zum Schulalltag bewältigt werden sollen. Wenn schon online, dann müsse zumindest genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung zur Verfügung gestellt werden.

Zurückblickend auf den Tarif-Abschluss war man sich einig, dass dieser bei der derzeitigen Inflation nicht zukunftsweisend sein kann. Dementsprechend wolle man an die Mitglieder appellieren, bei zukünftigen Demonstrationsveranstaltungen des dbb verstärkt Präsenz zu zeigen. Welche Vorteile ein Zusammentreffen in Präsenz bietet, konnte das stattgefundene OV-Treffen bestens verdeutlichen, nicht nur, aber auch wegen des anschließenden leckeren gemeinsamen Abendessens. ■

Karl-Heinz Fuß

HINTER DEN KULISSEN:

GERTRUD JAKOB – DIE GUTE SEELE DER VLW MITGLIEDER-VERWALTUNG

Gertrud Jakob bei der VLW-Landesversammlung in Bingen im Oktober 2021

An der BBS Bingen kennt man Gertrud Jakob sehr gut. Denn dort war „Ruth", wie sie genannt wird, über viele Jahre als Schulsekretärin beschäftigt. Kein Wunder, dass sie nach Eintritt in ihren Ruhestand angefragt wurde, ob sie sich vorstellen könne, für den VLW die Mitgliederverwaltung zu übernehmen.

IN GUTEN HÄNDEN

Prompt hat sie „ja" gesagt und damit dem VLW-Landesvorstand eine Sorge genommen. Denn die Mitgliederdatei war in die Jahre gekommen und musste dringend auf aktuellen Stand gebracht werden. Eine Aufgabe, die viel Geduld und Recherche erforderte. Mit der Unterstützung von Landesschatzmeister Jürgen Hatzfeld und unserem EDV-Experten Heinz Werner Seyler konnte diese Arbeit innerhalb der vergangenen beiden Jahre erfolgreich durchgeführt werden. Probleme wie Postrückläufer aufgrund ungültiger Adressen oder nicht eingelöster Lastschriften infolge veränderter Bankverbindungen konnten somit auf ein Minimum reduziert werden.

Zwischenzeitlich hat Gertrud Jakob die Mitgliederverwaltung so gut im Griff, dass sie auch weitere Aufgaben übernommen hat, wie die Pflege von Verteilerdateien und die

Konfektionierung von VLW-Versandaktionen, z. B. der Mitgliederzeitschrift *VLW kompakt*.

Für den VLW hat sie sich somit zu einer wertvollen und geschätzten Mitarbeiterin entwickelt. Neben ihrem Fleiß liegt dies in ihrem angenehm freundlichen menschlichen Wesen begründet. Von all diejenigen, die bereits mit ihr zusammengearbeitet haben, wird dies einhellig bestätigt.

ERFÜLLBARER WUNSCH

Der VLW hat Gertrud Jakob gefragt, was sie sich von den VLW-Mitgliedern wünscht: „Mein größter Wunsch ist, dass ich über Änderungen zum Mitgliedstatus zeitnah informiert werde. Dies ist über unsere Website zwischenzeitlich ganz einfach möglich. Wer seine Meldung nicht digital abgeben möchte, kann dies auch per Post tun oder mich telefonisch kontaktieren. Des Weiteren ist es für mich wichtig zu wissen, wer in den jeweiligen Ortsverbänden mein Ansprechpartner für den VLW ist. Deshalb benötige ich eine entsprechende Information, sobald ein neuer Ortsvorsitzender oder eine neue Ortsvorsitzende gewählt wird."

Der VLW bittet seine Mitglieder und die Ortsvorsitzenden darum, Frau Jakob entsprechend zu unterstützen. ■

IN ALLER KÜRZE

DIGITALE AUSGABE FÜR PENSIONIERTE MITGLIEDER

Es ist inzwischen möglich, unsere Mitgliederzeitschrift *VLW kompakt* digital auf unserer Website zu lesen. Bitte informieren Sie uns per E-Mail, falls Sie künftig auf das gedruckte Exemplar verzichten möchten. Sie erhalten dann eine Nachricht, wenn eine neue Ausgabe zum Download bereitsteht. Zusätzlich senden wir Ihnen – sofern gewünscht – regelmäßig unseren Online-Newsletter.

Sollten Sie sich dafür entscheiden, schreiben Sie uns per E-Mail an **ruth.jakob@vlw-rlp.de** mit dem Betreff: „Verzicht auf Print-Medien". Vielen Dank!

ÄNDERUNGSMITTEILUNGEN IHRER DATEN

Bitte informieren Sie uns, falls sich Änderungen ergeben, die für Ihre Mitgliedschaft von Bedeutung sind. Dazu gehört beispielsweise die Änderung Ihrer Anschrift, Ihres Stundendeputats, Ihrer Dienstbezeichnung und wenn Sie in Altersteilzeit gehen oder in den Ruhestand versetzt werden.

Änderungsmitteilungen können Sie bequem auf unserer Website vlw-rlp.de unter dem Menüpunkt Mitgliedschaft vornehmen.

Gertrud Jakob, Mitgliederverwaltung

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Rutschbach 10 • 56736 Kottenheim

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

- **VERSTÄRKTE BEMÜHUNGEN** der Landesregierung zur Gewinnung von Nachwuchskräften für das Lehramt an BBS
- **STEIGERUNG DER ATTRAKTIVITÄT DES BERUFES** „Lehrer/Lehrerin an BBS“ durch echte Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen und Bezahlung statt bloßer Marketing-Kampagnen
- **STEIGERUNG DER AUSBILDUNGSZAHLEN** an den Seminaren für Berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz nach Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes
- **THEMATISIERUNG VON ABWERBEEFFEKTEN** durch Maßnahmen anderer Bundesländer in der KMK
- **UNVERZÜGLICHE BEMÜHUNGEN ZUR GEWINNUNG** qualifizierter junger Lehrkräfte mit 2. Staatsexamen für das Lehramt an BBS in ausreichender Zahl durch das Bildungsministerium RLP
- **ABSCHAFFUNG DER KOSTENDÄMPFUNGSPAUSCHALE** in Rheinland-Pfalz – auch dies würde in der Konkurrenzsituation zu den Nachbarbundesländern zur Steigerung der Attraktivität unseres Bundeslandes beitragen

Angesichts des sich abzeichnenden Lehrkräftemangels, der Altersstruktur unserer Beschäftigten und der gegenwärtigen minimalen Ausbildungszahlen an Universitäten und Seminaren muss unverzüglich umgesteuert werden:
Die Uhr zeigt eine Minute vor Zwölf!

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW

KOMPAKT

NOVEMBER 2022

DER WEG ZUR BEFÖRDERUNG IST STEINIGER GEWORDEN

EINKOMMENSRUNDE 2023
Tarifverhandlungen mit Signalwirkung

BEZIRKSVERSAMMLUNGEN
Verabschiedungen – Neuwahlen

IN DIESER AUSGABE ... NOVEMBER 2022

An unseren Schulen fehlen die finanziellen Mittel!

DOPPELHAUSHALT 2023 UND 2024

PERSONALRÄTE-SCHULUNGEN

VERSAMMLUNG

VLW Pfalz wieder in Präsenz

03 GUTE BILDUNG GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN
Der Weg ist steiniger geworden ...

05 ES FEHLT AN ALLEN ECKEN UND ENDEN
Doppelhaushalt 2023 und 2024

06 VLW-KOMMENTAR ZUM DOPPELHAUSHALT
Die Defizite setzen sich fort ...

07 PETITION
Unterschriften überreicht – Aktion läuft aber weiter

08 INFLATION NICHT AUF DEM RÜCKEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES AUSTRAGEN
Einkommensrunde 2023

09 PERSONALRÄTESCHULUNG
Der VLW informierte zu wichtigen Themen – Engere Vernetzung zwischen Personalräten gewünscht

11 AUS DEN BEZIRKEN
Neue Vorsitzende in Koblenz und Trier

12 MITGLIEDERVERSAMMLUNG
... des VLW-Bezirks Koblenz im Food-Hotel Neuwied

13 BEZIRKSDELEGIERTENVERSAMMLUNG
... des VLW Pfalz in der BBS Kaiserslautern II

14 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Elisabeth Hanck-Huth – die Managerin der VLW-Geschäftsstelle

15 RECHTSTIPP
Frist und Formvorschrift bei Widerspruch von Bescheiden beachten

15 IMPRESSUM
Infos, News und Impressum

GUTE BILDUNG GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Herbst dreht sich besonders viel um das Thema Geld. Die hohe Inflation, horrende Energiekosten, die Unterstützung der Ukraine und der Flüchtenden sind nur einige Beispiele, über die täglich in den Medien berichtet und diskutiert wird. Da ist es kein Wunder, dass dieses Thema auch auf den Bildungsbereich durchschlägt. „Das im Haushalt vorhandene Geld kann schließlich nur einmal ausgegeben werden." Eine Argumentation, die wir immer wieder zu hören bekommen, wenn wir gegenüber den Entscheidungsträgern in Mainz mehr Engagement bei den Bildungsausgaben fordern. Bei den Artikeln in dieser Ausgabe von *VLW kompakt* steht die Forderung nach mehr finanziellen Mitteln jeweils im Mittelpunkt. Es beginnt bei den Einsparungen an den Beförderungsstellen nach A14, die wir ebenso massiv kritisieren wie den vorgelegten Haushaltsentwurf für die kommenden beiden Jahre, der beispielsweise keine zusätzlichen Stellen für berufsbildende Schulen vorsieht. Vor dem Hintergrund der stetig zunehmenden Belastungen aufgrund der digitalen Transformation und der zunehmend heterogenen Schülerschaft ist das eine schmerzliche Situation. Aber auch über die berufsbildenden Schulen hinaus fehlt das Geld für Bildung in allen Bereichen. Aus diesem Grund haben die Elternvertretung, die Landesschülervertretung und die Lehrerverbände gemeinsam eine Petition auf den Weg gebracht, die auf deutlich mehr finanzielle Mittel für Bildung abzielt. Die dbb-Tarifkommission Bund und Kommunen fordert für die aktuelle Einkommensrunde 10,5 Prozent mehr Gehalt für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Auf den Abschluss darf man gespannt sein, denn er wird eine Signalwirkung für die im September 2023 folgende Tarifrunde der Länder haben. Wir hoffen, dass hier eine Einigung erzielt werden wird, die unseren Berufsstand, insbesondere mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung, für die Zukunft gut versorgt. Denn gute Bildung gibt es nicht umsonst.

Um Zukunft geht es auch bei den kürzlich durchgeführten Neuwahlen in gleich zwei Bezirken des VLW, bei denen eine junge Kollegin und ein junger Kollege das Amt der bzw. des Bezirksvorsitzenden übernommen haben. Es ist essenziell, dass die Verbandsarbeit auch in der kommenden Generation weitergeführt wird. Wer sonst sollte unsere berufsständischen Interessen gegenüber den politisch handelnden Personen vertreten?

Ebenso in diesem Heft finden Sie einen Bericht zu unseren Personalräte-Schulungen im vergangenen September, bei denen es um die Einstufung und Eingruppierung von Vertretungslehrkräften und die Rechte von schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen sowie die entsprechenden Pflichten der Schulleitungen ging. Abschließend geben wir wieder den Blick hinter die Kulissen der VLW-Arbeit frei. Dieses Mal nehmen wir das Organisationstalent unserer neuen Landesgeschäftsstelle in Kottenheim, Lisa Hanck-Huth, in den Fokus.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich über ein Feedback. Schreiben Sie uns Ihre Meinung: redaktion@vlw-rlp.de

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Karl-Heinz Fuß

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN

DER WEG IST STEINIGER GEWORDEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ist Ihnen beim ersten Blick auf das neue *VLW kompakt* etwas aufgefallen? Wir haben nämlich etwas geschummelt. Genauer gesagt haben wir uns selbst plagiiert und eine etwas ältere Karikatur aus unserem Fundus hervorgekramt. Das Erschreckende ist, dass die Botschaft dieser Karikatur heute noch genauso aktuell ist, wie sie es im Jahr 2013 war. Nach wie vor ist es ein steiler Weg, den die jungen Kolleginnen und Kollegen antreten müssen, wenn sie zur Oberstudienrätin bzw. zum Oberstudienrat befördert werden möchten.

Schlimmer noch: Die zu überwindenden Klippen sind in den letzten Jahren sogar noch schroffer geworden. Standen zum Beförderungstermin 18. Mai 2021 für die Sek.-II-Lehrkräfte an Gymnasien, BBSn und IGSn noch insgesamt 500 Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung, waren es in diesem Jahr nur noch 450 und im nächsten Jahr werden es gar nur noch 400 sein. Dieser Abwärtstrend steht im krassen Gegensatz zu den salbungsvollen Dankesworten, mit denen unsere oberste Dienstherrin unseren Einsatz während der Covid-19-Pandemie gewürdigt hat.

In unzähligen Gesprächen hat der VLW-Landesvorstand auf die Mehrbelastungen durch Fern- und Wechselunterricht hingewiesen und Entlastungen gefordert. Statt diesem Anliegen endlich einmal Rechnung zu tragen, sehen wir uns jetzt mit diesem Nackenschlag konfrontiert. Will man so junge Menschen motivieren, sich über ihre dienstlichen Pflichten hinaus zu engagieren? Will man so die Attraktivität des Lehramtes an BBSn steigern?

Wir halten dies für den falschen Weg und fordern die Landesregierung auf, ihren Kurs zu überdenken. Und dies bitte nicht erst wieder kurz vor den nächsten Landtagswahlen.

Daher passt es leider gut ins Bild, dass sich das Bildungsministerium querstellt, wenn es darum geht, den Kolleginnen und Kollegen, die sich um die Einführung und anschließend um den störungsfreien Betrieb des Schulcampus an ihren Schulen verdient machen, eine Entlastung zu gewähren. Der Schulcampus ist ein begrüßenswertes und zeitgemäßes Instrument in einer Bildungslandschaft, die gerade damit begonnen hat, die digitale Transformation umzusetzen. Perspektivisch kann er sicherlich dazu beitragen, den Schulalltag zu vereinfachen. Bis es soweit ist, stehen jedoch noch massive Investitionen in Form von „Manpower“ (Kolleginnen sollen sich bitte auch angesprochen fühlen!) an. Es ist in unseren Augen eine Unverschämtheit, ausgerechnet von jenen Kolleginnen und Kollegen, die sich während der Pandemie oftmals über ihre Belastungsgrenze hinaus engagiert haben, erneut zu verlangen, dass sie dies mal gerade eben auch noch schultern.

Nach fast zwei Jahren ohne lineare Erhöhung ist die spärliche Anhebung der Besoldung zum 1. Dezember um 2,8 Prozent für viele unserer Mitglieder ein weiteres großes Ärgernis. Angesichts der aktuellen Inflationsrate ist sie nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Erhöhung ist das Ergebnis des Tarifvertrages, der im letzten Jahr zwischen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ausgehandelt wurde. Die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf den Beamtensektor war uns ein Anliegen, welches von der Landesregierung auch erfüllt wurde. Einen Spielraum für Nachverhandlungen gibt es hier verständlicherweise nicht, solange der Tarifvertrag läuft, also bis zum 30. September 2023. Erst dann werden der Deutsche Beamtenbund (dbb) und ver.di mit der TdL wieder für die Tarifbeschäftigten der Länder verhandeln. Vorher jedoch, nämlich im kommenden Frühjahr, wird für die Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen verhandelt. Unser Dachverband, der dbb, geht mit der Forderung nach einer linearen Erhöhung der Entgelte von 10,5 Prozent in die Verhandlungen. Auch wenn sich das Ergebnis nicht direkt auf unsere Bezüge auswirkt, geht von ihm doch eine Signalwirkung aus. Deshalb muss es auch uns ein Anliegen sein, dass bei diesen Verhandlungen eine Erhöhung der Entgelte herauskommt, die wenigstens annähernd den Kaufkraftverlust durch die anhaltend hohe Inflation ausgleicht. Der VLW plant deshalb, die Aktionen, die im Frühjahr im nördlichen Rheinland-Pfalz stattfinden sollen, zu unterstützen. Entsprechende Aufrufe erfolgen zu gegebener Zeit. Bitte beteiligen Sie sich an den Aktionen, wann immer ihre Unterrichtsverpflichtung dies zulässt, denn einmal mehr gilt hier das Motto: „Nur zusammen sind wir stark!“

Dirk Mettler

Foto: AdobeStock

Doppelhaushalt 2023 und 2024

VLW-KOMMENTAR AUF SEITE 6

ES FEHLT AN ALLEN ECKEN UND ENDEN ...

Im September wurde dem Landtag der Haushaltsplan für die Jahre 2023/2024 vorgelegt. Die endgültige Beschlussfassung darüber soll im November erfolgen. Im Folgenden finden Sie eine Kurzfassung des Vorworts zum Einzelplan 09 des Ministeriums für Bildung in Rheinland-Pfalz.

SCHULE DER ZUKUNFT

Pandemie, Hochwasserkatastrophe im Ahrtal, Energiekrise, Digitalisierung und Globalisierung sind Ereignisse bzw. Entwicklungen, die sich auch im Haushalt für Bildung widerspiegeln. Der sich verändernden Welt will das Ministerium mit der Initiative „Schule der Zukunft“ begegnen und stellt dafür nach 7,54 Millionen Euro im Jahr 2022 in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 10 Millionen Euro bereit. Zu den aktuell 45 teilnehmenden Schulen sollen in den kommenden Jahren weitere hinzukommen. Unter anderem sollen mit diesen Mitteln Schwerpunkte wie Ganztagsbeschulung, Digitalisierung, Schulsozialarbeit, Sprachförderung und Inklusion unterstützt werden.

UNTERRICHTSVERSORGUNG

Für die Unterrichtsversorgung sollen die Mittel im Jahr 2023 gegenüber 2022 in etwa konstant gehalten werden. Für 2024 ist wieder eine Erhöhung von knapp über zwei Prozent auf dann etwas mehr als 2,5 Milliarden Euro vorgesehen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Eine Steigerung von etwa 3,7 Prozent ist für die frühkindliche Bildung, also insbesondere für die Kindertagesstätten für das Jahr 2024 vorgesehen. Insgesamt beträgt der Ansatz dafür knapp 936 Millionen Euro.

BERUFS- UND STUDIENORIENTIERUNG/MINT-FÖRDERUNG

Für die Berufs- und Studienorientierung/MINT-Förderung ist bereits im Jahr 2023 eine Steigerung der Mittel um acht Prozent gegenüber 2022 vorgesehen, auf dann 7,67 Millionen Euro. 2024 soll jedoch keine weitere Erhöhung folgen. Ein Schlüsselelement der in der Fachkräftestrategie des Landes festgeschriebenen Maßnahmen ist das landeseigene trägergestützte Projekt „Übergangscoach“, das derzeit in den 8. und 9. Klassen der allgemeinbildenden Schulen durchgeführt wird. Weitere wichtige Projekte sind beispielsweise die Tage der Berufs- und Studienorientierung, Schülerpraktika und die digitale Orientierungs-App „Zukunft läuft“. Dabei kooperiert das Land mit vielen Partnern auf Bundes- und Landesebene. Im Rahmen der MINT-Strategie wird eine Viel-

KOMMENTAR DES VLW

Obwohl die im Haushalt veranschlagten Ausgaben weiter steigen, fehlen die finanziellen Mittel an unseren Schulen nach wie vor an allen Ecken und Enden. Deutlich wird dies beispielsweise am Ergebnis der kürzlich veröffentlichten IQB-Studie, bei der mehr als ein Viertel der Grundschüler die Mindeststandards beim Lesen und Rechnen nicht erreicht.

Diese Defizite setzen sich fort und kommen letztendlich mit den Betroffenen auch bei uns an der berufsbildenden Schule an. Da verwundert es kaum, dass der Landeselternbeirat eine Petition auf den Weg gebracht hat, in der er zwei Milliarden Euro zusätzlich für den Bildungsetat fordert. Schon jetzt weisen pandemiebedingt die Lernstände vieler unserer Schülerinnen und Schüler auf einen erheblichen Aufholbedarf hin. Um diesen zu bewältigen, benötigen wir dringend mehr Ressourcen, beispielsweise für kleinere Klassen und Schulsozialarbeit. Hinzu kommt die digitale Transformation, die mit entsprechendem Bedarf an Fortbildung und technischem Support einhergeht.

Während das Pädagogische Landesinstitut mehr Angebote macht, als von den Kolleginnen und Kollegen, sehr wahrscheinlich aufgrund fehlender zeitlicher Freiräume, in Anspruch genommen werden, lässt der technische IT-Support noch bei vielen Schulträgern zu wünschen übrig. Bei Letzerem springen IT-Kolleginnen und Kollegen ein, denen dadurch wiederum die Zeit für die Betreuung und individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler fehlt. Die Ablehnung der geforderten Anrechnungsstunden für die SchulCampus-Betreuerinnen und -Betreuer verdeutlichen das Dilemma.

Einen gegenteiligen Motivationseffekt hat zudem die Entscheidung, die Zahl der Beförderungsstellen nach A14 gegenüber den beiden Vorjahren zu kürzen. Eine solche Maßnahme trägt nicht dazu bei, die Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen zu erhalten oder gar zu steigern. Dabei ist es jedoch jetzt schon dringend erforderlich, für den Nachwuchs zu sorgen, den wir in den kommenden Jahren aufgrund von Pensionierungen und steigenden Schülerzahlen brauchen werden.

zahl an Maßnahmen gefördert, u. a. Experimentiermaterialien für den Unterricht.

DIGITALE BILDUNG/ DIGITALISIERUNG

Für den Schwerpunkt Digitale Bildung/Digitalisierung sollen die Mittel im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 13,6 Prozent auf dann 23,46 Millionen Euro erhöht werden. Im Jahr 2024 folgt dann lediglich noch eine geringe Steigerung. Finanziert werden soll aus diesen Mitteln eine Vielzahl an Maßnahmen wie z. B. der SchulCampus RLP, das digitale Kompetenzzentrum beim pädagogischen Landesinstitut, die regionalen Kompetenzzentren, die Unterstützung der Schulträger beim IT-Support, digitale Endgeräte zur unentgeltlichen Ausleihe für Schülerinnen und Schüler, die 29 Informatik-Profilschulen, die digitalen berufsbildenden Lernzentren, das Landesprogramm „Medienkompetenz macht Schule“ und die Fortbildung von Schulleitungen zur „Digitalisierung im Bildungsbereich“. Des Weiteren gibt es Unterstützung für die Schulträger bei der Umsetzung des Digitalpakts Schule und für landesweite und länderübergreifende Projekte. Investiert werden soll in digitale Instrumente zum Lehren und Lernen (u. a. zur Lernstandserhebung) und die Weiterentwicklung und Vereinheitlichung der unterschiedlichen Portale im Bildungsbereich zu einem einheitlichen Bildungsportal für pädagogische Verfahren und Verwaltungsverfahren.

MITTEL DER SPRACHFÖRDERUNG

Für die Mittel für Sprachförderung ist im Jahr 2023 eine Erhöhung von ca. zehn Prozent auf dann 66,12 Millionen Euro veranschlagt. 2024 sollen weitere 1,5 Millionen Euro hinzukommen. Den berufsbildenden Schulen stehen davon bis zu 52 Vollzeitäquivalente (1.176 Lehrerwochenstunden) für das Berufsvorbereitungsjahr-Sprache (BVJ-S) und weitere Sprachfördermaßnahmen zur Verfügung.

Für Ganztagsschulangebote in Rheinland-pfalz wird der Ansatz um rund 800.000 Euro auf knapp über 110 Millionen Euro erhöht. Damit können 84 Prozent der allgemeinbildenden Schulen ein Ganztagsangebot realisieren.

INKLUSION

Einen Zuwachs gibt es bei den Mitteln für die Inklusion in Höhe von jeweils rund 3,3 Prozent auf dann 58,576 Millionen Euro im Jahr 2023 und schließlich 60,542 Millionen Euro im Jahr 2024. Für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung wird der Übergang aus dem inklusiven Unterricht in die berufsbildende Schule durch das Berufsvorbereitungsjahr mit inklusivem Unterricht (BVJ-I) gewährleistet. Dieses Angebot gab es im Schuljahr 2021/2022 an 17 BBSn und wird nachfrageorientiert ausgebaut. Zehn Millionen Euro

müssen jährlich zur Unterstützung von Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Wahrnehmung inklusiv-sozialintegrativer Aufgaben ausbezahlt werden.

SCHULSOZIALARBEIT

Eine erheblich reduzierte Mittelzuweisung um mehr als dreißig Prozent ist bei der Schulsozialarbeit festzustellen. Die Senkung ergibt sich aus dem Wegfall der Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm, die für das Jahr 2022 zur Verfügung standen. Gleichwohl erfolgt zur Förderung der Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden Schulen eine Erhöhung um 500.000 Euro im Jahr 2023 und um 1 Million Euro im Jahr 2024. Für das Berufsvorbereitungsjahr sollen in drei Aufbauschritten, beginnend mit dem Schuljahr 2022/23, insgesamt 30,5 Vollzeitäquivalente gefördert werden.

FERIENBETREUUNG

Vom Wegfall der Mittel aus dem Corona-Aufholprogramm ist ebenso die Ferienbetreuung betroffen, für die für 2023 und 2024 lediglich noch jeweils zwei Millionen Euro gegenüber 4,605 Millionen Euro im Jahr 2022 veranschlagt werden. ■

FORDERUNG:

ZWEI MILLIARDEN EURO MEHR FÜR DEN BILDUNGSETAT IN RHEINLAND-PFALZ

ERSTE GEMEINSAME BILDUNGSPETITION AN DEN LANDTAG ÜBERGEBEN

Nachdem bereits mehr als 13.300 Unterschriften gesammelt werden konnten, wurde am 4. November, umrahmt von einer Demonstration, die Petition an den Landtag übergeben.

Schüler-, Lehrer- und Elternorganisationen haben sich erstmalig zusammengeschlossen, um den Landtag auf die sich immer weiter verschärfenden Probleme im rheinland-pfälzischen Schulalltag aufmerksam zu machen. Geklagt wird u. a. über den hohen Unterrichtsausfall, fehlende Lehrkräfte, fehlendes Personal für Schulsozialarbeit, Verwaltung und den IT-Support sowie das Übermaß an Bürokratie an unseren Schulen.

Schon innerhalb eines halben Jahres hat die Bildungspetition über 13.300 Unterschriften gesammelt. Die Petition fordert „Zwei Milliarden Euro mehr in den Bildungsetat von Rheinland-Pfalz“. Ziel ist es, dass alle Schülerinnen und Schüler den jeweils für sich besten Schulabschluss erreichen.

Der Demonstrationszug formierte sich am Osteiner Hof und bewegte sich zum Ernst-Ludwig-Platz, wo die Petition an die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen überreicht werden konnte. Der VLW beteiligte sich ebenfalls aktiv an der Demonstration.

Unterstützt wird die Petition von

- dem Regionalelternbeirat Trier,
- der ARGE-SEB,
- der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz,
- dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufsbildenden Schulen,
- dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen und
- dem Verband Reale Bildung Rheinland-Pfalz.

MITMACHEN GEHT NOCH

Auch nach der Übergabe läuft die Petition noch ein halbes Jahr weiter. Wir bitten darum, diese zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie unter https://schule-geht-besser.de

Foto: AdobeStock

EINKOMMENSRUNDE 2023

INFLATION NICHT AUF DEM RÜCKEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES AUSTRAGEN

BUNDESTARIFKOMMISSION FORDERT 10,5 PROZENT UND MINDESTENS FÜNFHUNDERT EURO

Mit den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst beim Bund und den Kommunen geht die Einkommensrunde 2023 an den Start. Das Ergebnis hat eine wichtige Signalwirkung für die folgenden Verhandlungen zum Tarifvertrag der Länder, bei denen die Einkommen der Landesbeschäftigten und damit der angestellten Lehrkräfte vereinbart werden. In der Regel wird das Ergebnis für die Landesbeamtinnen und -beamten, also somit der meisten Lehrkräfte, zeit- und inhaltsgleich übernommen. Von Arbeitgeberseite wird allerdings der Vorwurf erhoben, die Forderung im zweistelligen Prozentbereich sei maßlos überzogen, insbesondere weil aufgrund der Pandemie und der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Energie- und Flüchtlingskrise die öffentlichen Kassen bereits äußerst strapaziert seien. Zudem laufe ein hoher Abschluss dem Ziel zuwider, die Inflation einzudämmen.

Der VLW ist da allerdings völlig anderer Meinung und unterstützt die Forderung, die von der dbb-Tarifkommission erhoben wird. Denn bereits beim laufenden Tarifvertrag hat sich der dbb mit einer nach der Nullrunde im Oktober 2021 moderaten linearen Erhöhung von 2,8 Prozent im Dezember 2022 zufrieden gegeben. Die steuerfreie Corona-Einmalzahlung im März 2022 hat keinen linearen Effekt, sondern trägt lediglich dazu bei, dass sich die Einkommensschere zwischen öffentlichem Dienst und der Privatwirtschaft noch weiter öffnet. Pensionäre kamen erst gar nicht in den Genuss der steuerfreien Einmalzahlung, da diese nur den aktiven Beschäftigten und schließlich auch Beamten zugesprochen wurde. Der VLW hält deshalb auch nichts von der von Bundeskanzler Scholz ins Spiel gebrachten Einmalzahlung in Höhe von bis zu dreitausend Euro, sondern ist der Meinung, dass sich Politik im Sinne der Tarifautonomie aus den Tarifverhandlungen heraushalten sollte.

INFLATIONSRATE SCHWÄCHT KAUFKRAFT

Fakt ist nun einmal, dass wir mit einer Inflationsrate von rund zehn Prozent konfrontiert sind und damit einen erheblichen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen. Dem Argument, dass wir mit unserem sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst bessergestellt sind als große Teile der Bevölkerung, will der VLW nur bedingt folgen. Zwar sind unsere Arbeitsplätze sicher, aber gleichzeitig haben auch wir infolge von Pandemie, Digitalisierung und Ukrainekrieg erhebliche Belastungen zu schultern. Als konkrete Beispiele seien hier insbesondere die Umsetzung des Digitalpaktes und die Beschulung von ukrainischen Schülerinnen und Schülern genannt.

ANSCHLUSS AN EINKOMMENS-ENTWICKLUNG NICHT VERPASSEN

Es ist richtig, dass der Staat derzeit viel Geld benötigt, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den schlimmsten Auswirkungen der Krisen zu schützen. Gleichzeitig führt die derzeitige Inflation aber auch zu deutlich höheren Steuereinnahmen. Da wollen wir es nicht hinnehmen, dass der öffentliche Dienst bei den Tarifabschlüssen noch weiter von der Privatwirtschaft abgehängt wird. Für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes und somit auch für die Nachwuchsgewinnung von Lehrkräften an berufsbildenden Schulen ist es wichtig, den Anschluss an die Einkommensentwicklung zu halten. In Zeiten des Fachkräftemangels zieht ein sicherer Arbeitsplatz allein längst nicht mehr, um eine Perspektive für eine lebenslange Berufsentscheidung zu bieten. Vielmehr muss das Gesamtpaket stimmen.

DIE NÄCHSTEN VERHANDLUNGSTERMINE

Die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen starten am 24. Januar 2023 in Potsdam. Eine zweite Verhandlungsrunde ist für den 22. bzw. 23. Februar 2023 angesetzt. Die entscheidende dritte Verhandlungsrunde findet vom 27. bis 29. März 2023 statt.

Die Verhandlungen für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L), der im September 2023 ausläuft, folgen im anschließenden Herbst/Winter.

EINSATZ ZEIGEN

Der VLW bittet alle seine Mitglieder, auf Aufrufe für Aktionen und Demonstrationen des dbb zu achten und gegebenenfalls teilzunehmen und Flagge zu zeigen. Der VLW unterstützt aktiv die Aktionen des dbb. Je mehr Menschen auf die Straße gehen, desto höher ist die Chance auf Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen! ■

Quelle: dbb_spezial_2023_Bund_Kommunen.pdf

PERSONALRÄTESCHULUNG

DER VLW INFORMIERTE ZU WICHTIGEN THEMEN

TEILNEHMER REGT ENGERE VERNETZUNG ZWISCHEN PERSONAL-RÄTEN AN

Die Eingruppierung und Einstufung beim Abschluss von Vertretungsverträgen sowie die Organisation und Arbeit der Schwerbehindertenvertretung, Anlässe für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand und Gründe für die Verlängerung der Probezeit waren die Schwerpunktthemen bei den diesjährigen Personalräte-Fortbildungen des VLW Rheinland-Pfalz. Diese konnten im vergangenen September erfreulicherweise in Präsenz, sowohl im Norden in Neuwied am Rhein als auch im Süden in Weisenheim am Berg stattfinden.

Für den Themenbereich Eingruppierung und Einstufung standen vom VLW mit Kurt Flöck und Andreas Seehaus erfahrene Referenten zur Verfügung. Sie sind beide seit vielen Jahren im Bezirkspersonalrat aktiv und kennen die Knackpunkte, auf die bei Vertretungsverträgen zu achten ist. Schnell können da Fehler passieren, die einen finanziellem Nachteil für die betroffene Vertretungslehrkraft nach sich ziehen. An anschaulichen Musterfällen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Kriterien für die Eingruppierung und der Anerkennung förderlicher Zeiten für die richtige Zuordnung der Entgeltgruppe sowie der Entgeltstufe kennenlernen.

ANSPRECHPARTNER FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Für den zweiten Hauptvortrag konnte Michael Haupt gewonnen werden, der als Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen an berufsbildenden Schulen über einen reichen Erfahrungsschatz verfügt. Die Schwerbehindertenvertretung der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz ist analog der Struktur der Stufenvertretung des Personalrats aufgebaut und besteht derzeit aus neun örtlichen Vertrauenspersonen, der Bezirksvertrauensperson und der Hauptvertrauensperson.

ZUR PERSON

Michael Haupt ist seit August 2005 gewählte Bezirksvertrauensperson für den Bereich der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Er nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Bezirkspersonalrats teil, arbeitet in Personalangelegenheiten eng mit ihm zusammen und berät ihn in allen Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen.

Michael Haupt steht als Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Status als schwerbehinderte Lehrkraft zur Verfügung. Sein Informations- und Beratungsangebot gilt auch für alle Kolleginnen und Kollegen, die Fragen zum Antragsverfahren auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft, zum Gleichstellungsverfahren bei der Arbeitsagentur, zu beruflichen Wiedereingliederung und zu vielem mehr haben. Gleichermaßen versteht er sich als Ansprechpartner für die Schulleitung. Er ist telefonisch unter 02 61/9 22 49 91 zu erreichen.

Die örtlichen Vertrauenspersonen sind jeweils für bestimmte Schulstandorte eines festgelegten Betreuungsbereiches zuständig und dort direkte(r) Ansprechpartner/-in. In diesem Zusammenhang weist Michael Haupt darauf hin, dass die örtliche Vertrauensperson nach §35 Abs. 1 LPersVG zu allen Sitzungen des örtlichen Personalrats der Schule, für die sie zuständig ist sowie zu den Vierteljahresgesprächen mit der Schulleitung gemäß §67 Abs. 1 LPersVG durch den örtlichen Personalrat eingeladen werden muss. Eine Übersicht, welche örtliche Vertrauensperson für welche Schulstandorte zuständig ist, findet sich auf der von Michal Haupt betriebenen Homepage der Schwerbehindertenvertretung www.bpr-bbs.de/schwerbehindertenvertretung.html.

VORZEITIGER RUHESTAND

Anschließend zeigte Michael Haupt Anlässe für eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand auf. Eine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand kann auf Antrag der Lehrkraft nach §39 Abs. 1 und 2 Landesbeamtengesetz (Ruhestand auf Antrag) oder wegen Dienstunfähigkeit gemäß §44 Landesbeamtengesetz erfolgen. Die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit kann auf eigenen Antrag der Lehrkraft oder auf Weisung der ADD erfolgen. In diesem Zusammenhang zeigte Michael Haupt anschaulich den jeweiligen Verfahrensablauf auf. Für den Fall, dass die Versetzung einer Kollegin oder eines Kollegen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ansteht, bittet Michael Haupt die anwesenden Personalvertreterinnen und -vertreter darum, mit den betreffenden Personen Kontakt aufzunehmen, bevor sie auf die vom Bezirkspersonalrat zugesandte Mitbestimmungsvorlage ein Votum abgeben.

Abschließend ging Michael Haupt auf die Gründe für eine Verlängerung der Probezeit ein, die beispielsweise in der fachlichen oder der gesundheitlichen Nichteignung liegen kann. Bei der fachlichen Nichteignung kommt bei der Notenstufe D in der dienstlichen Beurteilung noch eine Verlängerung in Betracht; die Notenstufe E führt zur Entlassung aus dem Dienst. Bei Verlängerung der Probezeit wegen fachlicher oder gesundheitlicher Nichteignung wird perspektivisch die Chance gesehen, dass sich die Eignung im Verlängerungszeitraum einstellen kann. Insofern ist die Verlängerung der Probezeit notwendig, damit betreffende Lehrkräfte im Beamtenverhältnis auf Probe verbleiben können.

NEUES AUS DEM HAUPTPERSONALRAT

Am Nachmittag berichteten Dirk Mettler (in Neuwied) beziehungsweise Karl-Heinz Fuß (in Weisenheim) von aktuellen Themen aus dem Hauptpersonalrat. Diese sind beispielsweise das aktuelle Beförderungsverfahren nach A14 und der Entwurf einer Dienstvereinbarung für den Schulcampus. Beides steht in engem Zusammenhang mit den Haushaltsplanungen des Landes für die Jahre 2023 und 2024 und löste rege Diskussionen aus.

AUSTAUSCH ALS WERTVOLL GEWÜRDIGT

Ein Teilnehmer äußerte den Wunsch, auch in kürzeren Zeitabständen auf regionaler Ebene oder in Online-Formaten mit den ÖPR-Kolleginnen und -Kollegen anderer BBSn zum Erfahrungsaustausch in Kontakt treten zu können. Dieser Wunsch wurde von den weiteren Anwesenden begrüßt, denn wie wertvoll ein solcher Austausch sein kann, haben die beiden durchgeführten Veranstaltungen deutlich gezeigt. ■

NEUE VORSITZENDE IN KOBLENZ UND TRIER

Nahezu zeitgleich wurden Anfang Oktober zwei neue Bezirksvorsitzende gewählt. Im Bezirk Koblenz folgt Stefanie Tischer von der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied dem langjährigen Vorsitzenden Kurt Flöck nach. Im Bezirk Trier übernimmt Michael Steuer von der BBS Bernkastel-Kues die Funktion des Bezirksvorsitzenden, nachdem diese einige Monate vakant gewesen war.

Kurt Flöck, der seit März 2011 den Bezirksvorsitz für Koblenz innehatte, begrüßte die Wahl Tischers zu seiner Nachfolgerin und sagte ihr seine Unterstützung mit der Amtsübernahme zu. „Was ich in mehr als zehn Jahren an Erfahrungen gesammelt habe, kann ich natürlich nicht von heute auf morgen weitergeben“, so Flöck augenzwinkernd bezüglich der Erwartungen, die an Stefanie Tischer gestellt werden. „Aber wir haben einen sehr engagierten Vorstand, auf den sich die frisch gewählte Bezirksvorsitzende verlassen kann“, ergänzte Flöck.

Darauf kann sicherlich auch Michael Steuer zurückgreifen, der im gemütlichen Ambiente des Zylinderhauses in Bernkastel-Kues, ebenso wie Tischer einstimmig, zum neuen Vorsitzenden für den Bezirk Trier gewählt wurde. „Wir freuen uns, dass mit Stefanie Tischer und Michael Steuer eine junge Kollegin und ein junger Kollege ins Amt gewählt wurden und diese nun die junge Generation im VLW vertreten“, kommentierte der Landesvorsitzende Dirk Mettler sichtlich erfreut die Neuwahlen, bei denen er jeweils persönlich mit dabei sein konnte. „Da Bezirksvorsitzende laut Satzung geborene Mitglieder des Landesvorstandes sind, rückt mit Michael Steuer eine weitere Person in den Landesvorstand nach. Stefanie Tischer ist dort bereits Mitglied, seit sie bei der zurückliegenden Landesversammlung von den Delegierten als Vertreterin für den Geschäftsbereich Bildungs- und Schulpolitik gewählt wurde“, führt Dirk Mettler aus.

Der VLW Landesvorstand gratuliert den beiden Neugewählten und wünscht Ihnen viel Freude und Erfolg in ihrer neuen Funktion. ■

Vorstandsmitglieder des Bezirks Trier (v.l.n.r.): Jörg Schütz, Michael Steuer und Patrick Grewis

Michael Steuer, 32 Jahre alt, unterrichtet an der BBS Bernkastel-Kues Wirtschaft und Informatik. Als Schüler besuchte er die BBS Cochem und studierte nach abgeschlossener kaufmännischer Ausbildung Wirtschaftspädagogik in Köln. Sein Referendariat absolvierte er am Studienseminar in Trier und an der BBS in Bernkastel-Kues. Er wohnt in Düngenheim in der Vordereifel und verbringt seine Freizeit mit Fußball spielen und Mountainbike fahren.

Stefanie Tischer, 41 Jahre alt, unterrichtet an der BBS Ludwig-Erhard-Schule Neuwied Betriebswirtschaftslehre, Deutsch und Darstellendes Spiel. Nach ihrer Ausbildung zur Bankkauffrau studierte sie Wirtschaftspädagogik in Mainz. Ihr Referendariat absolvierte sie am Studienseminar in Neuwied und an der Ludwig-Erhard-Schule in Neuwied. Sie wohnt in Urbach, zwischen Rheintal und Westerwald gelegen, und verbringt ihre Freizeit mit Gartenarbeit, einem spannenden Buch und Konzertbesuchen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG
DES VLW-BEZIRKS KOBLENZ IM FOOD-HOTEL NEUWIED

Am 6. Oktober 2022 fand in den Räumen des Food-Hotels Neuwied die Mitgliederversammlung des VLW-Bezirks Koblenz statt, zu der der Bezirksvorsitzende Kurt Flöck eingeladen hatte. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die Neuwahl des Bezirksvorstandes sowie die Wahl der Delegierten für die Landesdelegiertenversammlung am 24. April 2023 im Robert-Schuman-Haus in Trier.

Von links: Dirk Mettler, Stefanie Tischer und Kurt Flöck

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Kurt Flöck und den Landesvorsitzenden Dirk Mettler sowie der Verabschiedung der Tagesordnung folgte alsbald der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands.

UNTERSÜTZUNG FÜR GELINGENDEN ÜBERGANG

In seinem Bericht erklärte Kurt Flöck, dass er vor dem Hintergrund seines nahenden Ruhestands für eine weitere Amtsperiode als Vorsitzender nicht mehr zur Verfügung stehen möchte, aber zu einer weiteren Mitarbeit im Bezirksvorstand bereit sei. Ihm wäre es wichtig, dass ein fließender Übergang im Bezirksvorsitz gelingt und er diesen Übergang durch seine Mitarbeit im Bezirksvorstand begleiten kann.

TÄTIGKEITSBERICHT DES VORSTANDS

Kurt Flöck nahm in seinem Bericht Rückblick auf seine Tätigkeiten in seiner Funktion als Bezirksvorsitzender, die er seit März 2011 ausübte. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die jährlichen Angebote ganztägiger Fortbildungsveranstaltungen zu pädagogischen Themen wie der Konfrontationspädagogik und einer Vielzahl von Veranstaltungen zu betriebs- und volkswirtschaftlichen Themen sowie zur Umsetzung der Digitalisierung im Unterricht, die bei den Teilnehmenden immer eine sehr positive Resonanz fanden. Nach einer durch die Coronasituation bedingten Unterbrechung in den Jahren 2021 und 2022 wurden wieder Fortbildungs- bzw. Informationsveranstaltungen im Jahr 2023 in Aussicht gestellt.

Im Rahmen des Berichts von Kurt Flöck gedachten die Anwesenden noch einmal Oberstudienrätin Anja Weischedel und Oberstudienrat i. R. Hans-Jürgen Stratmann vom Ortsverband Bad Neuenahr-Ahrweiler, die in der Nacht vom 14. auf den 15. Juli 2021 in den Fluten der Ahr auf tragische Weise ums Leben gekommen sind.

Abschließend dankte Kurt Flöck seinem Vorstandsteam sowie den Ortsvorsitzenden für die engagierte Mitarbeit, die vielen guten Gespräche und das gute Miteinander.

Mario Passannante stellte im Anschluss die Finanzlage des Bezirksverbands Koblenz vor. Der Bezirksverband verfügt über stabile finanzielle Rücklagen.

Nach der Entlastung des Vorstandes dankte Kurt Flöck den Kassenprüfern Peter Eich und Maik Nöller für die sorgfältige und gewissenhafte Kassenprüfung.

NEUWAHLEN

In den sich anschließenden Vorstandswahlen wurde Stefanie Tischer von der BBS Wirtschaft Neuwied einstimmig zur neuen Vorsitzenden des VLW-Bezirksverbands Koblenz gewählt. Stefanie Tischer gehört seit dem Jahr 2018 dem Bezirksvorstand als zweite stellvertretende Vorsitzende an. Der Landesvorsitzende Dirk Mettler und Kurt Flöck gratulierten Stefanie Tischer zur Wahl und wünschten ihr viel Erfolg und Freude im neuen Amt. Stefanie Tischer, die die Wahl annahm, bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und freut sich schon auf die neue Aufgabe. In den Bezirksvorstand wiedergewählt wurden Oliver Friderichs (1. stellvertretender Vorsitzender), Mario Passannante (Bezirkskassierer), Björn Hornburg (Schriftführer) sowie Pascal Quinten und Christian Schneider als Beisitzer. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kurt Flöck gewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und dankten ebenfalls für das entgegengebrachte Vertrauen.

Die Tagesordnung bot aber auch ausreichend Raum zu einem regen Gedankenaustausch zu verschiedenen verbandsinternen Themen.

Mit einem Wort des Dankes für die Teilnahme an der Bezirksmitgliederversammlung und die rege Beteiligung beendete die neue Bezirksvorsitzende Stefanie Tischer die Mitgliederversammlung des VLW-Bezirks Koblenz. ■

Bezirksdelegiertenversammlung VLW Pfalz in der BBS Kaiserslautern II

BETRIEBSBESICHTIGUNGEN ANGEKÜNDIGT
PASCAL SCHLIMMER VORGESTELLT
ELMA MERTENS VERABSCHIEDET

Rund zwanzig Delegierte aus acht verschiedenen Berufsbildenden Schulen im Bezirk Pfalz tagten am 4. Oktober in den Räumen der BBS Kaiserslautern II.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Andreas Seehaus folgte dessen Rechenschaftsbericht mit einem Rückblick auf die Aktivitäten der letzten beiden Jahre. Dazu zählen unter anderem zahlreiche individuelle Beratungen, z. B. zu Abordnungen, Versetzungen, ZMU-Untersuchungen und Stundenplanproblematiken. Im Januar wurden zwei inhaltsgleiche Informationsveranstaltungen zum Thema „Altersteilzeit" über Big Blue Button unter der Leitung von Kurt Flöck mit über fünfzig Teilnehmenden durchgeführt. Aufgrund der hohen Nachfrage sollen diese Veranstaltungen erneut angeboten werden. Im September fand das Treffen der Ortsvorsitzenden der Pfalz in Präsenz in Weisenheim am Berg statt. Auf vielfachen Wunsch wurden für den Sommer 2023 wieder Betriebsbesichtigungen angekündigt, organisiert durch den VLW Pfalz. Coronabedingt konnten die beliebten Besuche namhafter Unternehmen in den beiden vergangenen Jahren leider nicht stattfinden.

Es folgte die Vorstellung von Pascal Schlimmer, dem neuen Bezirkskassierer der Pfalz, der seinen ersten Kassenbericht abgab. Ferner wurden die Delegierten gewählt, die am 24. April 2023 bei der Landesversammlung in Trier den VLW-Bezirk Pfalz vertreten werden.

Ein besonderes Anliegen war es dem Bezirksvorsitzenden, die langjährige Ortsvorsitzende der BBS Landstuhl, Elma Mertens, in den Ruhestand zu verabschieden. Mit einem Blumenstrauß bedankte sich Andreas Seehaus für das große Engagement von Frau Mertens für die berufliche Bildung, für den VLW und die herzliche Zusammenarbeit und wünschte ihr viel Glück und Gesundheit für die kommende Lebensphase.

Zum Ausklang der Versammlung folgte ein reger Austausch zu verbandsinternen Themen. Da coronabedingt ein Treffen in Präsenz längere Zeit nicht möglich war, mangelte es dabei nicht an Gesprächsanlässen.

Um die Organisation vor Ort und das leibliche Wohl kümmerten sich Jürgen Schwind und Dagmar König von der BBS Kaiserslautern.

Ein herzliches Dankeschön, auch an alle anderen Helferinnen und Helfer! ■

ELISABETH HANCK-HUTH – DIE MANAGERIN DER VLW GESCHÄFTSSTELLE

Kann bereits auf ein ganzes Jahr Arbeit für den VLW zurückblicken – Elisabeth Hanck-Huth

Mit der Neuwahl des Landesvorsitzenden im Oktober 2021 sollte die VLW-Landesgeschäftsstelle in regionale Nähe des Vorsitzenden verlegt werden. Der VLW suchte damals nach einer kompetenten Person, die eigenständig die Aufgaben einer Geschäftsstelle erledigen konnte.

Elisabeth Hanck-Huth kannte den VLW bereits über ihren Ehemann Joachim Huth, der viele Jahre die Kasse des VLW-Bezirksverbands Koblenz betreute, und so fiel es ihr nicht schwer, sich für den Job zu bewerben. Da die erwachsenen Kinder bereits aus dem Haus sind, stehen ihr sowohl Zeit als auch Raum für die Erfordernisse einer Verbandsgeschäftsstelle zur Verfügung. Dank digitaler Technik ist die Kommunikation mit dem Vorstand und den Mitgliedern auch aus ihrem beschaulichen Heimatort Kottenheim effizient möglich.

HÄNDCHEN FÜR BEIDES – ROUTINE UND NEUE AUFGABEN

Im zurückliegenden Jahr hatte Elisabeth Hanck-Huth bereits alle Hände voll zu tun, denn die neue Geschäftsstelle musste ja zunächst eingerichtet und ausgestattet werden. Und dann ging es daran, die organisatorischen Abläufe und die handelnden Personen im VLW Rheinland-Pfalz kennenzulernen.

Während in vielen Angelegenheiten bereits Routine eingekehrt ist, gibt es immer noch neuartige Aufgaben zu bewältigen, wie aktuell zum Beispiel die Vorbereitung des für den 24. April 2023 terminierten Tags der kaufmännischen Schule in Trier. Neben den Absprachen mit dem Veranstalter müssen dafür eine ganze Reihe an Materialien erstellt oder beschafft werden. Dafür hat Elisabeth Hanck-Huth das richtige Händchen, was sie bereits bei der Organisation vieler kleinerer Veranstaltungen wie den VLW-Fortbildungen und Personalräte-Schulungen unter Beweis gestellt hat.

WEIHNACHTEN KANN KOMMEN

Die kommende Adventszeit sieht sie ganz entspannt, denn sie hat sich bereits während der Sommerferien um die Präsente für unsere Mitglieder an den Schulen gekümmert. Mit Blick auf die Lieferkettenprobleme eine vorausschauende und kluge Vorgehensweise.

Der VLW-Landesvorstand wünscht Elisabeth Hanck-Huth weiterhin viel Erfolg und Freude bei ihrer Tätigkeit. ■

RECHTSTIPP: FRIST UND FORM-VORSCHRIFT BEI WIDERSPRUCH VON BESCHEIDEN BEACHTEN!

Foto: AdobeStock

Ob der Bescheid von der Beihilfestelle, der Reisekostenstelle, der ADD oder einer anderweitigen Behörde kommt, eines haben sie gemeinsam: Wenn Sie Widerspruch einlegen wollen, müssen Sie darauf achten, dass dieser fristgerecht und in der erforderlichen Form erfolgt.

Meist steht am Ende eines Bescheides eine Rechtsbehelfsbelehrung, in der darauf hingewiesen wird, bis wann und in welcher Form ein Widerspruch zu erfolgen hat. Meist beträgt die Frist einen Monat ab Zustellung des Bescheids. Es ist deshalb sinnvoll, das Eingangsdatum zu dokumentieren. Dies kann praktischerweise auf dem Bescheid selbst erfolgen.

Falls keine Rechtsbehelfsbelehrung angefügt ist, beträgt die Frist zwölf Monate.

Der Widerspruch ist in der Regel schriftlich oder zur Niederschrift bei der entsprechenden Stelle einzulegen. Grundsätzlich ist die eigenhändige Unterschrift erforderlich, so dass ein Widerspruch per E-Mail problematisch sein kann. Holen Sie im Zweifelsfall dazu die Information von der entsprechenden Behörde ein. Aber bitte nicht am Telefon, denn dabei entstehen leicht Missverständnisse, die sich anschließend nicht mehr klären lassen.

Nur was Sie schriftlich haben, kann Ihnen als Nachweis dienen!

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Rutschbach 10 • 56736 Kottenheim

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
Wir machen Druck GmbH
Mühlbachstraße 7
71522 Backnang

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT

A14 ALS REGELBEFÖRDERUNG IM HÖHEREN DIENST AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

Damit das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiv und konkurrenzfähig zu adäquaten Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft bleibt, müssen alle Kolleginnen und Kollegen im höheren Dienst im Laufe ihrer beruflichen Laufbahn nach A14 befördert werden.

DEN ABBAU DES BEFÖRDERUNGSSTAUS

Kolleginnen und Kollegen müssen oftmals unerträglich lange warten, bis sie nach A14 befördert werden. Manche müssen gar mit A13 in den Ruhestand gehen. Das muss sich ändern, um dem Mangel an künftigen Bewerberinnen und Bewerbern entgegenzuwirken.

DIE ERHÖHUNG DER ZAHL AN A14-BEFÖRDERUNGSSTELLEN IM DOPPELHAUSHALT 2023/2024

Der VLW kritisiert massiv die Reduzierung der Beförderungsstellen im Vergleich zu den Vorjahren. Im Gegenteil muss die Zahl deutlich erhöht werden, um den Beförderungsstau abzubauen.

Das haben unsere Kolleginnen und Kollegen mit Blick auf die erheblichen Belastungen der letzten Jahre mehr als verdient!

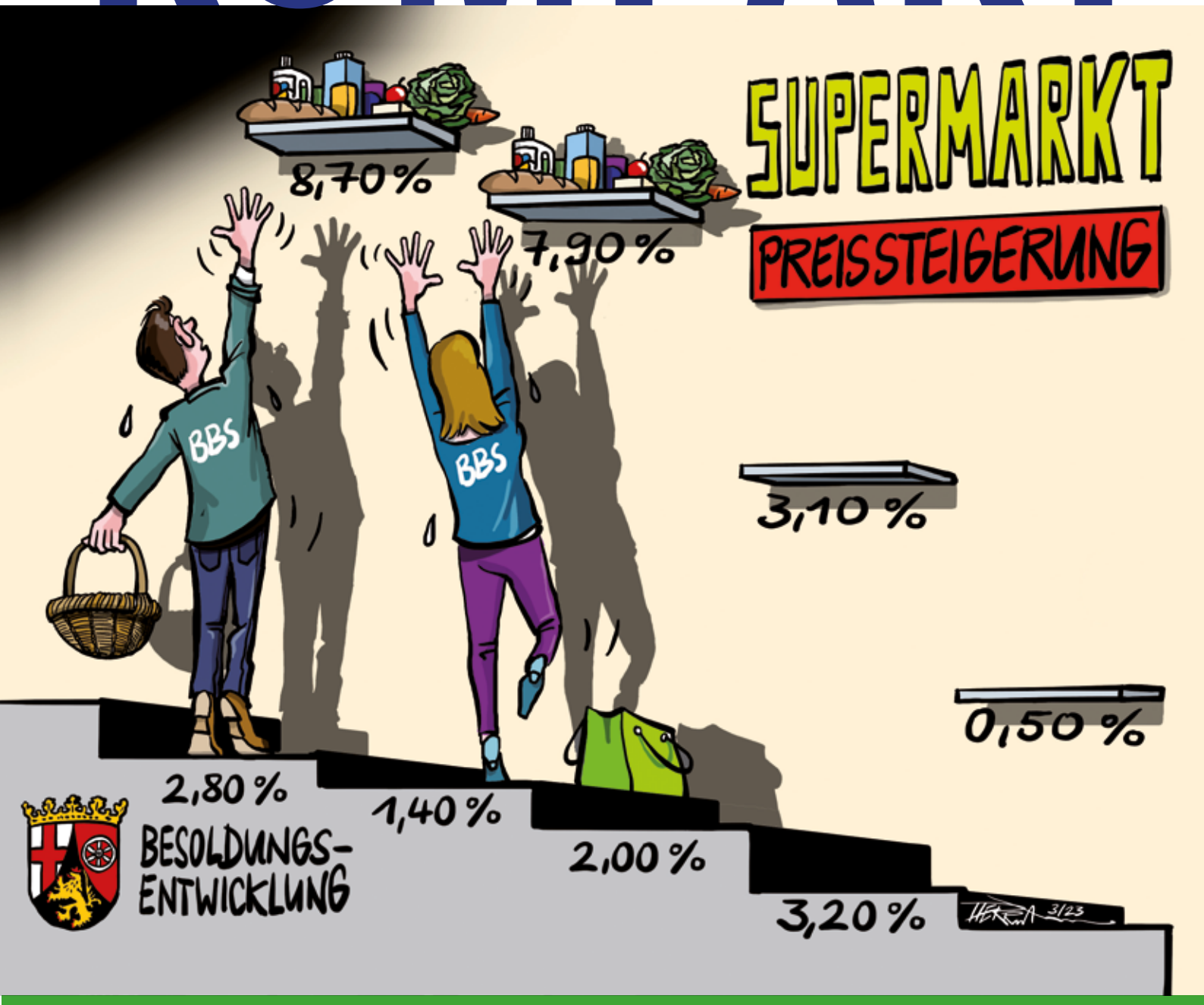
JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW

KOMPAKT

APRIL 2023



DIE SWK GRÜSST VOM ELFENBEINTURM

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ
Der VLW im Chat mit ChatGPT

BLAUMACHEN BOOMT
Phänomen der Fehlquoten

IN DIESER AUSGABE ...

Foto: AdobeStock

Vorschläge der SWK:

AN DER REALITÄT VORBEI ...

Künstliche Intelligenz:

CHATGPT STELLT SICH UNSEREN FRAGEN

BLAUMACHEN BOOMT

Denkt jemand auch darüber nach, welchen organisatorischen Aufwand das Schulschwänzen für Lehrkräfte bedeutet?

03 BILDUNGSGIPFEL – WENN NICHT JETZT, WANN DANN?
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 DIE SWK GRÜSST VOM ELFENBEINTURM
Maßnahmen zur Bekämpfung des Lehrermangels

06 KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN
Rechenaufgabe mit Signalcharakter

07 AUF EIN WORT:
Der VLW im Gespräch mit der CDU-Fraktion

08 SCIENCE FICTION ODER AUFBRUCH IN EIN NEUES ZEITALTER?
Der VLW im Chat mit ChatGPT

11 STANDPUNKT
Blaumachen boomt

12 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Uwe Herrmann – Bildungskritik in Karikaturen

14 AUS DEN BEZIRKEN
VLW Rheinhessen wählt einen starken Vorstand

15 NACHRUF
Der VLW trauert um Nortdrud Hummel

15 IMPRESSUM

16 FORDERUNGEN DES VLW

BILDUNGSGIPFEL – WENN NICHT JETZT, WANN DANN?

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Einladung von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger zum Bildungsgipfel in Berlin sind nur eine Kultusministerin und ein -minister gefolgt. Als Begründung wurden die dürftige Vorbereitung und Organisation der Veranstaltung genannt, die wohl den einen oder anderen an der Bedeutung zweifeln ließ. So haben sich viele Länder damit begnügt, Vertreterinnen oder Vertreter zu entsenden.

Dabei gibt es derzeit im Bildungsbereich mehr als genug Probleme, die dringend länderübergreifend gelöst werden sollten. Im vor Ihnen liegenden *VLW kompakt* greifen wir einige dieser Themen auf. Dem drohenden Lehrermangel muss beispielsweise neben weiteren Maßnahmen mit einer Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs begegnet werden. Dazu gehört in Zeiten mit hoher Inflation auch eine adäquate Erhöhung der Besoldung, wie sie es im Kommentar unseres Landesvorsitzenden Dirk Mettler nachlesen können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der SWK eignen sich aus unserer Sicht überwiegend eher nicht. Weshalb, erfahren Sie ebenfalls in diesem Heft. Welche bahnbrechenden Veränderungen auf uns Lehrkräfte zukommen, lässt sich aus den Errungenschaften der künstlichen Intelligenz schließen. In einem ersten Selbstversuch haben wir getestet, was die Software ChatGPT zu leisten vermag und dies auch kritisch beleuchtet. In einem weiteren Erfahrungsbericht äußere ich mich zum zunehmenden Absentismus an unseren Schulen. All die Beispiele zeigen, dass die Zeit mehr als reif ist für einen echten ernsthaften länderübergreifenden Bildungsgipfel.

Lesen Sie darüber hinaus unsere Berichte zum Gespräch mit Bildungspolitikern der CDU-Fraktion und von der Bezirksversammlung mit Neuwahlen in Rheinhessen. Zudem stellen wir Ihnen in diesem Heft den Karikaturisten Uwe Herrmann vor, mit dem wir bereits seit mehr als zehn Jahren kreativ und erfolgreich zusammenarbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Auch vorsichtig als „zeitlich befristete Notmaßnahmen" formulierte Empfehlungen können nicht darüber hinwegtäuschen, was Lehrkräfteverbände seit Jahren bemängeln: Wird nicht rechtzeitig etwas gegen den Lehrkräftemangel unternommen, fällt er uns irgendwann vor die Füße. Es scheint, der Moment ist nun gekommen …

MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES LEHRERMANGELS

Unfassbar, was die KMK in ihrem Empfehlungsschreiben veröffentlicht hat. Man könnte meinen, es handele sich um die Ergebnisse eines Brainstormings, deren Auswirkungen noch nicht weiter durchdacht wurden. Anders lässt es sich kaum erklären, wie man mit solchen Ideen den Lehrermangel bekämpfen will.

Zu befürchten ist vielmehr das Gegenteil, denn eine Umsetzung einiger dieser Ideen wäre ein weiterer Schlag gegen die Attraktivität des Lehrerberufs. Zweifellos ist es höchste Zeit zu handeln, denn die Situation an den Grundschulen und in der Mittelstufe ist in vielen Ländern bereits dramatisch. So lässt es sich heute schon absehen, wann die aufwachsenden Schülerzahlen an unseren BBSn ankommen werden. Laut Bildungsforscher Prof. Klemm ist dies spätestens ab dem Jahr 2030 der Fall. In seinen Berechnungen, die er kurz vor Ausbruch des Ukraine-Krieges veröffentlicht hat, ist jedoch noch nicht der Zustrom an Geflüchteten berücksichtigt. Das Land müsste demnach heute schon geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Zahl der Lehramtsstudierenden zu erhöhen, damit diese zum Ende der Dekade als Nachwuchskräfte an unseren Schulen zur Verfügung stehen.

FERNAB DER REALITÄT

Die Ende Januar erfolgte Vorstellung der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK), gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz, hat, wenig verwunderlich, eine Welle der Empörung unter den Lehrkräften ausgelöst. Man muss sich schon fernab der Realität bewegen, wenn man der Meinung ist, Kolleginnen und Kollegen seien in Teilzeit, obwohl sie eigentlich noch Zeit und Kraft hätten, ihr Deputat zu erhöhen. Das mag in wenigen Einzelfällen tatsächlich so sein. Überwiegend ist jedoch davon auszugehen, dass jede Teilzeitkraft das für sie passende Maß an beruflicher Tätigkeit bereits ausgelotet hat.

Die Entscheidungsgründe für Teilzeitarbeit (einschließlich Sabbaticals und Altersteilzeit) sind vielfältig. Abgesehen von familiären Aufgaben, wie der Betreuung von Kindern oder Angehörigen, ist die Teilzeit auch eine Reaktion auf die stark zugenommenen Belastungen, mit denen wir in unserem Berufsalltag konfrontiert werden. Die persönliche Freiheit des Einzelnen, das Wochendeputat auf die eigene persönliche Situation abzustimmen, darf uns keinesfalls genommen werden. Jeder kann sich vorstellen, dass bei einer aufgezwungenen erhöhten Unterrichtsverpflichtung zwangsläufig die Unterrichtsqualität leidet und zudem die Gefahr eines erhöhten Krankenstandes droht. Mindestens hat es jedoch Auswirkung auf die Berufszufriedenheit. Bereits heute sind die Medien voll von Berichten unzufriedener Lehrkräfte. Eine Verschärfung dessen würde unseren eigentlich erfüllenden Beruf nur noch weiter in die Negativschlagzeilen bringen.

ERNSTHAFTE LÖSUNGEN STEHEN NICHT IN AUSSICHT

Die weiteren Vorschläge der SWK, den Lehrkräftebedarf durch die Ausweitung von Hybridunterricht, durch Selbstlernzeiten in den höheren Klassenstufen und durch eine Vergrößerung der Klassen zu senken, haben bei genauerer Betrachtung ebenfalls eine erhöhte Belastung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen zur Folge. Die Empfehlungen werden von der SWK zwar als Notmaßnahmen bezeichnet, eine kurzfristige Lösung der Problematik steht jedoch aufgrund des alle Bereiche betreffenden Fachkräftemangels nicht in Aussicht. Die gemachten Vorschläge für eine mittelfristige Lösung der Probleme, z. B. durch Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteigern, erscheinen allenfalls vage. So handelt es sich hierbei um Vorschläge zur Erhöhung der Produktivität des Produktionsfaktors Arbeit in einer primitiven Form: Nämlich auf Kosten der betroffenen Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler.

BEI GENAUEM HINSEHEN GIBT ES KEINE ZEITERSPARNIS

Als Lichtblick kann man allenfalls den Vorschlag werten, Lehrkräfte von Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten. Ob es allerdings eine Arbeitserleichterung darstellt, wenn man seine Klassenarbeiten von einem Studenten korrigieren lässt, erscheint uns mehr als fraglich. Schließlich stellen wir in unseren Arbeiten nicht nur Multiple Choice-Aufgaben, die durch Ankreuzen beantwortet werden. Das Korrigieren einer Arbeit erfordert ständige Entscheidungen darüber, ob und wie viele Punkte für eine Schülerantwort gegeben werden. Wenn dies dann noch mit einem Studenten besprochen und diskutiert werden muss, dann bleibt von der erhofften Zeitersparnis wenig übrig.

> An solchen Ideen wird deutlich, wie weit die Vorschläge der SWK von unserem schulischen Alltag entfernt sind.

Der VLW vertritt die Meinung, dass unsere Politikerinnen und Politiker letztendlich einsehen müssen, dass qualitativ hochwertige Bildungsarbeit nicht mit zu geringen finanziellen Mitteln geleistet werden kann, und er fordert zeitnah geeignete Anstrengungen, um dem drohenden Lehrkräftemangel an BBSn zu begegnen. Seit Jahren unterbreitet der VLW konkrete Vorschläge zur Erhöhung der Attraktivität des Lehramts an BBS, wie z. B. die Erhöhung der Anwärterbezüge während des Vorbereitungsdienstes und den Abbau des Beförderungsstaus nach A14. Dringend erforderlich ist zudem Unterstützung der Lehrkräfte im Schulalltag. Dazu benötigen wir Fachkräfte für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Verwaltung. ■

Die Pressemitteilung der KMK „Einsatz optimieren, Bedarf senken: SWK empfiehlt zeitlich befristete Notmaßnahmen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel" (kmk.org) finden Sie unter folgendem QR-Code:

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN

RECHENAUFGABE MIT SIGNALCHARAKTER

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist schlicht und ergreifend genial, wie unser Karikaturist immer wieder die von uns aufgegriffenen Themen ins Bild setzt. Eines dieser leider hochaktuellen Themen ist der Kaufkraftverlust durch die anhaltend hohe Inflation einerseits und die vergleichsweise läppischen Besoldungserhöhungen der letzten Jahre andererseits. Als die letzten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder, die uns eine Erhöhung von 2,8 Prozent im letzten Dezember beschert haben, im Herbst 2021 abgeschlossen wurden, konnte man noch der Hoffnung anhängen, dass sich die Inflation im Laufe des Jahres 2022 wieder abschwächt. Spätestens am 24. Februar des vergangenen Jahres hat sich diese Hoffnung aber leider in Luft aufgelöst, und andauernde Preissteigerungen in fast allen Bereichen sind zu unseren ständigen Begleitern geworden.

Dem kann man entgegnen, dass es seitens der Bundesregierung abfedernde Maßnahmen gegeben hat, wie die Energiepreispauschale oder die Gas- und Strompreisbremse. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass alle diese Maßnahmen einen Einmaleffekt bewirken. Die Energiepreispauschale gab es im vergangenen Jahr, um hohe Nachzahlungen und hohe Spritpreise abzufedern, die Gas- und Strompreisbremse greift nur im laufenden Jahr. Wenn die Energiepreise nicht wieder auf das Vorkriegsniveau sinken – wovon leider auszugehen ist –, dann bleibt es bei den hohen Preisen auch bei Gütern des täglichen Bedarfs, selbst wenn es mittelfristig gelingen sollte, die Inflation auf ein erträgliches Maß einzudämmen.

Das alles will bedacht sein, wenn in Tarifverhandlungen das vergiftete Angebot der steuerfreien Inflationsausgleichsprämie auf den Tisch kommt. So verlockend es auf den ersten Blick erscheint, so bedenklich sind die langfristigen Auswirkungen. Genau genommen muss man von den ausbleibenden Auswirkungen sprechen. Dazu ein Beispiel:

Bei einem Nettoeinkommen von 42.000 Euro/Jahr (das entspricht in etwa den Bezügen einer unverheirateten Studienrätin in Erfahrungsstufe 5) würde eine steuerfreie Einmalzahlung von 2.500 Euro eine Erhöhung des Einkommens um 5,9 Prozent bedeuten, was bereits weit unter der aktuellen Inflationsrate liegt. Um denselben Einkommenseffekt durch eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte zu erzielen, bräuchte es aufgrund des progressiven Einkommensteuertarifs eine Erhöhung derselben um etwa 7,5 Prozent. Die wären im Gegensatz zu einer Einmalzahlung bei folgenden Verhandlungen aber Bestandteil der Grundlage, auf der weitere Erhöhungen vereinbart werden. Das heißt im Klartext: Wenn man uns in diesem Jahr mit einer Einmalzahlung in Höhe von 2.500 Euro ruhigstellen will, bedeutet im nächsten Jahr jede Erhöhung der Tabellenentgelte um weniger als 7,5 Prozent einen nominalen Einkommensverlust! Zusammen mit der zu erwartenden Inflation würde sich ein massiver Kaufkraftverlust ergeben.

Deshalb wendet sich der VLW klar gegen einen Tarifabschluss, der eine Einmalzahlung anstelle einer linearen Erhöhung vorsieht. Wir fordern stattdessen eine Anpassung der Gehälter und der Besoldung mindestens um die aktuelle Inflationsrate, weswegen wir auch in der aktuellen Tarifauseinandersetzung die Forderung des dbb (10,5 Prozent mindestens 500 Euro/Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten) ausdrücklich unterstützen. Die derzeitigen Verhandlungen betreffen zwar nur die Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen, werden aber – wie bereits mehrfach betont – einen Signalcharakter für die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) im Herbst dieses Jahres haben.

Eine attraktive Bezahlung ist zwar nur eines, dafür aber immer noch sehr wichtiges Element, um den Beruf der Lehrkraft an BBSn attraktiv zu halten.

Andere Vorschläge, die dieser Tage diskutiert werden, erscheinen uns da weitaus weniger geeignet (siehe Artikel „Die SWK grüßt vom Elfenbeinturm“ in diesem VLW kompakt). Die schier unfassbare Tatsache, dass solche Vorschläge ernsthaft diskutiert werden, macht deutlich, wie wichtig eine starke Interessensvertretung der Lehrkräfte an BBSn ist. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass der Arbeitsplatz Berufsbildende Schule auch in Zukunft attraktiv bleibt – im Interesse unser jungen Kolleginnen und Kollegen und im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler. Sie haben es verdient!

Dirk Mettler
Landesvorsitzender

BILDUNGSPOLITIK IN RHEINLAND-PFALZ

DER VLW IM GESPRÄCH MIT DER CDU-FRAKTION

Die aktuellen Empfehlungen der SWK zur Reduzierung des Lehrermangels bildeten den ersten Punkt beim Online-Gespräch zwischen Vertretern des VLW-Landesvorstands und Bildungspolitikern der CDU-Landtagsfraktion, das Ende Februar stattfand. Dirk Mettler stellte heraus, weshalb wir die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen als ungeeignet ablehnen. Lediglich der Vorschlag, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten, die nichts mit Unterricht zu tun haben, wird vom VLW begrüßt. Insbesondere bei der oftmals unzureichend funktionierenden Betreuung der DV-Systeme an unseren Schulen durch die Schulträger, unterstützte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Jenny Groß die Forderung des VLW nach einem „digitalen Hausmeister“. Sie betonte zudem, dass die DV-Betreuung eine Aufgabe des Landes sein müsse. Dadurch könne auch die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulträger ausgeglichen werden. Dirk Mettler kritisierte in diesem Zusammenhang die verweigerte Entlastung für Betreuerinnen und Betreuer des Schulcampus. Für die BBSn entsteht ein besonders hoher Aufwand, da aufgrund der verschiedenen Bildungsgänge und der hohen Schülerzahlen jedes Jahr aufs Neue viele Zugangsdaten angelegt und gepflegt werden müssen.

Thomas Barth von der CDU bekräftigte die Forderung des VLW nach einer Stärkung des Unterstützungspersonals, insbesondere auch für Schulsozialarbeit und Verwaltungsaufgaben. Dafür müssten die Aufgaben zwischen Land und Schulträgern klar formuliert werden.

Als weiteres Thema nahm Dirk Mettler die reformierte höhere Berufsfachschule in den Fokus. Hier müsse zeitnah eine Evaluation erfolgen, um Schwachstellen zu identifizieren und gegebenenfalls nachzusteuern. Herr Barth und Frau Groß sagten zu, dies im Bildungsausschuss des Landtags zur Sprache zu bringen.

Zur Lehrkräfteversorgung monierte der VLW, dass PES-Stellen zu Lasten von Planstellen finanziert werden, was teilweise dazu führt, dass sehr gute Bewerber abgewiesen werden. Als weiterer, wenngleich auch kleinerer, Baustein zur Lehrkräftegewinnung wurde das im Nachbarland Hessen gewährte Job-Ticket genannt. Karl-Heinz Fuß sprach sich für Rheinland-Pfalz – anstelle eines Job-Tickets für alle – für eine Zuschuss-Lösung zum 49-Euro-Ticket für diejenigen aus, die das Angebot des ÖPNV auch tatsächlich nutzen können.

Der VLW bedankte sich für das Gespräch, und beide Seiten vereinbarten, weiterhin den regelmäßigen und bewährten Kontakt zu pflegen. ■

SCIENCE FICTION ODER AUFBRUCH IN EIN NEUES ZEITALTER?

Foto: AdobeStock | #561507056

***Der VLW im Chat mit ChatGPT** – Inzwischen hat sicherlich jeder die Pressemeldungen zu den Fortschritten bei der künstlichen Intelligenz, insbesondere bei den sogenannten Chatbots zu Kenntnis genommen und, klar, auch wir vom VLW waren neugierig zu erfahren, was ChatGPT so kann. Im Folgenden sehen Sie die Ergebnisse, die ChatGPT auf unsere Aufgaben und Fragen innerhalb von Sekunden generiert hat.*

Aufgabe Nr. 1 des VLW: Schreibe einen Artikel zu ChatGPT für eine Mitgliederzeitschrift eines Lehrerverbands an kaufmännischen Schulen in Rheinland-Pfalz

Und hier die Antwort:

ChatGPT – Die künstliche Intelligenz, die den Unterricht unterstützt

In der heutigen Zeit werden Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen mit immer komplexeren Herausforderungen konfrontiert. Die Unterrichtsplanung, die Erstellung von Materialien und die Beantwortung von Fragen können sehr zeitaufwändig sein. Hier kann ChatGPT, ein fortschrittlicher digitaler Assistent, eine große Hilfe sein.

Was ist ChatGPT?

ChatGPT ist ein künstlicher Intelligenz-Assistent, der speziell für Lehrerinnen und Lehrer entwickelt wurde. Die Technologie basiert auf der OpenAI-Plattform und nutzt maschinelles Lernen, um natürliche menschliche Sprache zu verstehen und zu interpretieren.

Wie funktioniert ChatGPT?

ChatGPT funktioniert wie ein menschlicher Assistent. Lehrerinnen und Lehrer können ihm einfach eine Frage stellen, und ChatGPT wird die Frage verstehen und eine passende Antwort liefern. Der Assistent kann auch Aufgaben wie die Erstellung von Unterrichtsmaterialien übernehmen und Schülern bei der Beantwortung von Fragen helfen.

Was kann ChatGPT für Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen tun?

ChatGPT kann Lehrerinnen und Lehrern eine Vielzahl von Aufgaben abnehmen, darunter:

- *Recherche:* ChatGPT kann schnell und einfach Informationen zu bestimmten Themen recherchieren und eine Zusammenfassung liefern.
- *Erstellung von Unterrichtsmaterialien:* ChatGPT kann Lehrern bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien wie Arbeitsblättern, Präsentationen und anderen Materialien helfen.
- *Antworten auf häufig gestellte Fragen:* ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, häufig gestellte Fragen von Schülern zu beantworten, z. B. zu Hausaufgaben oder Prüfungsvorbereitungen.
- *Organisation von Aufgaben:* ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, ihre Aufgaben zu organisieren und sie daran zu erinnern, wann sie bestimmte Aufgaben erledigen müssen.

Welche Vorteile bietet ChatGPT für Lehrerinnen und Lehrer an kaufmännischen Schulen?

ChatGPT bietet Lehrerinnen und Lehrern an kaufmännischen Schulen eine Reihe von Vorteilen, darunter:

- *Zeitersparnis:* Lehrerinnen und Lehrer können schnell und einfach Antworten auf ihre Fragen erhalten und müssen nicht stundenlang im Internet recherchieren oder Unterrichtsmaterialien selbst erstellen.
- *Effizienz:* ChatGPT kann Lehrern dabei helfen, ihre Arbeitsbelastung zu reduzieren und ihre Zeit effizienter zu nutzen, sodass sie sich auf die wichtigeren Aspekte ihrer Arbeit konzentrieren können.
- *Personalisierte Unterstützung*: ChatGPT kann Lehrern eine personalisierte Unterstützung bieten und ihnen helfen, auf ihre individuellen Bedürfnisse und Anforderungen einzugehen.
- *Verbesserung der Unterrichtsqualität:* Indem ChatGPT Lehrern Zeit spart und ihnen bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien hilft, können sie sich auf die Gestaltung ihres Unterrichts konzentrieren und eine höhere Unterrichtsqualität bieten.

Fazit

Insgesamt bietet ChatGPT Lehrerinnen und Lehrern an kaufmännischen Schulen eine hervorragende Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und darüber hinaus vielfältige Einsatzmöglichkeiten im Unterricht. ChatGPT ist permanent verfügbar und hilft Ihnen, die Qualität Ihres Unterrichts zu verbessern.

Aufgabe Nr. 2 des VLW: Schreibe eine kritische Stellungnahme zum Umgang von Lehrkräften mit Schülerarbeiten, die mit Hilfe von ChatGPT angefertigt wurden.

Und hier die Antwort:

Als künstliche Intelligenz-Assistent kann ChatGPT in vielen Bereichen des Lehrerberufs eine große Hilfe sein. Lehrerinnen und Lehrer können Zeit sparen und effizienter arbeiten, indem sie ChatGPT bei der Erstellung von Unterrichtsmaterialien und der Beantwortung von Fragen einsetzen. Allerdings kann die Verwendung von ChatGPT bei der Anfertigung von Schülerarbeiten zu Kontroversen führen.

Wenn Schülerinnen und Schüler ChatGPT zur Unterstützung bei der Erstellung von Hausaufgaben, Referaten oder anderen Arbeiten verwenden, stellt sich die Frage, ob die Lehrkraft in der Lage ist, die Arbeit der Schülerinnen und Schüler zu beurteilen und angemessen zu bewerten. Hier ist es wichtig zu betonen, dass ChatGPT als Assistenz-Tool dienen soll und nicht als Ersatz für das eigenständige Denken und Arbeiten der Schülerinnen und Schüler. Es liegt in der Verantwortung der Lehrkräfte sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die nötigen Fähigkeiten erwerben, um die gestellten Aufgaben eigenständig zu bewältigen. Die Verwendung von ChatGPT sollte daher in Maßen erfolgen und als Ergänzung zum eigentlichen Lernprozess betrachtet werden.

Es ist auch wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer klare Anweisungen und Richtlinien für die Verwendung von ChatGPT in Schülerarbeiten geben, um sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die Technologie auf eine ethisch und moralisch angemessene Weise einsetzen.

Insgesamt kann die Verwendung von ChatGPT als Assistenz-Tool für Schülerarbeiten eine Möglichkeit sein, den Lernprozess zu unterstützen und zu verbessern. Aber es ist wichtig, dass Lehrerinnen und Lehrer sich bewusst machen, wie sie ChatGPT einsetzen und sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler die nötigen Fähigkeiten erwerben, um eigenständig und kritisch zu denken.

Aufgabe Nr. 3 des VLW: Was sollten Lehrer von Politikern fordern, um für die Anwendung von ChatGPT gerüstet zu sein?

Und hier die Antwort:

Lehrer sollten von Politikern fordern, dass sie bestimmte Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sie für die Anwendung von ChatGPT gerüstet sind. Hier sind einige der wichtigsten Forderungen:

1. Fortbildungen für Lehrer: Politiker sollten Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer fördern, die ihnen helfen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit künstlicher Intelligenz und ChatGPT zu verbessern. Diese Fortbildungen sollten Lehrerinnen und Lehrern beibringen, wie sie Schülerarbeiten, die mit ChatGPT erstellt wurden, erkennen und bewerten können und wie sie Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen können, ChatGPT auf eine Weise zu

nutzen, die ihre intellektuelle Entwicklung fördert.

2. Entwicklung von pädagogischen Richtlinien: Politiker sollten die Entwicklung von pädagogischen Richtlinien fördern, die Lehrerinnen und Lehrern helfen, den richtigen Umgang mit ChatGPT in der Schule zu lehren. Diese Richtlinien sollten klare Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler stellen und den Lehrerinnen und Lehrern Anleitungen und Methoden an die Hand geben, um den Schülerinnen und Schülern zu helfen, ChatGPT auf eine Weise zu nutzen, die ihre Fähigkeiten und ihr Verständnis fördert.
3. Finanzielle Unterstützung: Politiker sollten finanzielle Unterstützung für Schulen und Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen, um sicherzustellen, dass sie Zugang zu den neuesten Technologien haben, die für die Arbeit mit ChatGPT erforderlich sind. Diese Unterstützung sollte auch dafür sorgen, dass Schulen über ausreichende Ressourcen verfügen, um Schülerinnen und Schüler zu unterstützen, die Schwierigkeiten beim Umgang mit ChatGPT haben.
4. Regulierungen: Politiker sollten Regulierungen entwickeln, die den Einsatz von ChatGPT in der Schule regulieren. Diese Regulierungen sollten sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT nur auf eine Weise nutzen, die ihre intellektuelle Entwicklung fördert und nicht ihre Kreativität oder ihre Fähigkeit zum kritischen Denken einschränkt. Es sollten auch klare Grenzen festgelegt werden, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT nicht als Ersatz für eigenes Denken und Arbeiten nutzen.

Indem Lehrerinnen und Lehrer Politiker dazu auffordern, diese Maßnahmen zu ergreifen, können sie sicherstellen, dass sie für die Anwendung von ChatGPT gerüstet sind und dass Schülerinnen und Schüler die nötigen Fähigkeiten erwerben, um kritisch und eigenständig zu denken.

KOMMENTAR DES VLW

Die dargestellten Antworten von ChatGPT zeigen eindrücklich, dass die künstliche Intelligenz in unserer Wirklichkeit angekommen ist. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sich diese in der beruflichen Arbeitswelt etabliert hat.

Die Forderung nach Verboten von ChatGPT an Schulen, wie dies z. B. in New York ausgesprochen wurde, erscheint uns deshalb weder durchsetzbar noch sinnvoll. Vielmehr sollten wir Lehrkräfte das neue Tool als Chance sehen. Sowohl für uns Kolleginnen und Kollegen, denen das Programm wertvolle Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung und -gestaltung bietet als auch für unsere Schülerinnen und Schüler, die lernen sollten, das Programm, auch für ihr späteres Berufsleben, sinnvoll und zielgerichtet einzusetzen.

Klar ist, dass ChatGPT das eigenständige und kritische Denken nicht ersetzen darf und kann. Wir Lehrkräfte müssen deshalb über Aufgabenformate nachdenken, mit denen genau dies gefordert und gefördert wird. Dazu benötigen wir dringend die passenden Fortbildungen. Das Pädagogische Landesinstitut hat bereits reagiert und erste Veranstaltungen in sein Programm aufgenommen.

Nun sind noch unsere Schulträger in der Pflicht, uns die technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen, damit ChatGPT neben weiteren digitalen Anwendungen an der Schule eingesetzt werden kann. Das darf trotz klammer Kassen keinesfalls auf die lange Bank geschoben werden.

Karl-Heinz Fuß

Dieser QR-Code führt Sie zu OpenAi.com, dem US-amerikanischen Unternehmen, das ChatPGT entwickelnt hat. Von dort aus können Sie die KI selbst ausprobieren.

STAND PUNKT

BLAU-MACHEN BOOMT

Foto: AdobeStock

Kürzlich übergab mir der Kollege das Klassenbuch mit der Frage „Heute fehlen wieder so viele, schreibst du etwa einen Test?" Und tatsächlich kennt wohl jeder dieses Phänomen, dass an Tagen, an denen Leistungsnachweise anstehen, die Fehlquoten bei den Schülerinnen und Schülern signifikant höher sind als an anderen Tagen.

Aber auch insgesamt habe ich den Eindruck, dass das Blaumachen seit der Pandemie ein bislang nicht gekanntes Niveau erreicht hat. Ich muss mir nur die sich füllenden Ordner anschauen, in denen die Entschuldigungen und Mahnungen gesammelt werden.

Es gibt einige Umstände, die diese Entwicklung begünstigen. So haben die Schülerinnen und Schüler während der Pandemie die Erfahrung gemacht, dass es selbst per Telefon möglich ist, eine ärztliche Schulunfähigkeitsbescheinigung zu bekommen. Und dass es ja gar nicht so dramatisch ist, wenn man den einen oder anderen Tag vom Unterricht fernbleibt. Schließlich schicken ja die Klassenkameraden alles, was wichtig ist, in die WhatsApp-Gruppe. Und zudem findet sich reichlich Material zum Nacharbeiten auf der Lernplattform. Weshalb denn noch täglich in die Schule gehen?

Dass der Absentismus den Lehrkräften jede Menge Arbeit macht, interessiert die Schülerinnen und Schüler kaum. Man denke nur an das mühsame Aufsetzen von Nachschreibearbeiten und das Finden geeigneter Termine, an denen ein Teil der Nachschreiber prompt erneut fehlt und somit der ganze Aufwand in die nächste Runde geht. Ebenso wenig scheint es die Juristen im Bildungsministerium zu interessieren, welcher Aufwand für die Lehrkräfte durch die hohen Fehlzeiten entsteht. Vielmehr mussten die Vertreter des VLW von dort erfahren, dass in Anlehnung an das Arbeitsrecht das Einfordern einer ärztlichen Bescheinigung erst ab dem dritten Fehltag in Folge verlangt werden kann. Dies gelte auch für Tage, an denen Klassenarbeiten geschrieben werden. Eine Ausnahme dürfe lediglich in besonderen Einzelfällen, z. B. bei notorisch Fehlenden, die bereits gemahnt wurden, oder bei Abschlussprüfungen gemacht werden. Dass die Ärzte mit Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zunehmend unwillig sind, handschriftliche Bescheinigungen zu erstellen, verschärft die Problematik zusätzlich.

Da ich sicherlich nicht allein der Meinung bin, dass wir aus pädagogischen Gründen an der täglichen Präsenzpflicht festhalten sollten, fordere ich Unterstützung vom Bildungsministerium. Zum einen wäre das die Rückendeckung dafür, dass wir die Attestpflicht beim Versäumen von Leistungsnachweisen weiterhin in unsere Hausordnungen schreiben dürfen. Zum anderen fordere ich die Unterstützung durch eine Verwaltungskraft, welche die Fehlzeiten für mich verwaltet, die Entschuldigungen fristgerecht einfordert, die Mahnungen schreibt und den Eltern und den Betrieben hinterhertelefoniert.

Denn das gäbe mir endlich wieder mehr Zeit für das, wofür ich eigentlich ausgebildet wurde, nämlich das Unterrichten.

Karl-Heinz Fuß

HINTER DEN KULISSEN

UWE HERRMANN – BILDUNGSKRITIK IN KARIKATUREN

„Der schafft mol wieder nix!" – Wenn Kreative auf Ideensuche sind, hilft oft Abstand vom Schreibtisch. Dann entsteht der Eindruck, dass sie sehr viel Freizeit haben …

Seit mehr als zehn Jahren erstellt Uwe Herrmann Karikaturen für den VLW Rheinland-Pfalz und bringt damit wichtige politische Botschaften auf den Punkt. Getreu dem Spruch „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte" stellen seine Karikaturen einen Blickfänger und eine gern gesehene Ergänzung zu unseren Nachrichten- und Kommentartexten dar. Bei unseren politischen Ansprechpartnerinnen und -partnern sind es oftmals willkommene Türöffner. Im Interview verrät Uwe Herrmann, wie sein Alltag als Karikaturist aussieht.

VLW kompakt: Welches war Ihre erste Karikatur für den VLW Rheinland-Pfalz?

Uwe Herrmann: Die erste Karikatur entstand, als Kurt Beck noch Ministerpräsident war. Er stand damals in der Kritik, Geld für den gescheiterten Vergnügungspark am Nürburgring verschleudert zu haben, während gleichzeitig an der Bildung gespart wurde. Das war im Jahr 2012.

Wie viele Karikaturen zeichnen Sie seither für den VLW etwa pro Jahr?

Pro Jahr entstehen ungefähr drei bis vier Karikaturen. Somit hat sich im Laufe der Jahre eine stattliche Anzahl an Karikaturen angesammelt. Interessanterweise haben viele der politischen Inhalte nach wie vor Gültigkeit. Dennoch kommen immer wieder neue Themen hinzu.

Was macht für Sie den besonderen Reiz und die Faszination an Karikaturen aus?

Karikaturen geben einem die Möglichkeit, mit knappsten Mitteln eine eigene Meinung zu einem bestimmten politischen oder sozialen Thema zu äußern. Eine kommentierende Zeichnung ist, wie ein Foto auch, immer ein Blickfang und garantiert eine hohe Wahrscheinlichkeitsquote wahrgenommen zu werden, sei es auch nur für ein paar Sekunden. Ein starker Vorteil dem schreibenden Kollegen gegenüber, dessen Texte oftmals aus Desinteresse oder Lesefaulheit ignoriert werden.

Wie gelingt es Ihnen, die handelnden Personen, wie beispielsweise unsere Ministerin, so treffsicher darzustellen, dass man sie sofort erkennt?

Durch langjährige Übung und mit Hilfe meines Grafiktabletts am PC, welches mir ermöglicht, mehrfach schwierige zeichnerische Elemente nachzubessern, was bei einem Original nicht möglich wäre.

Die erste Karikatur für den VLW Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 2012

Woher holen Sie die Ideen für Ihre kreativen Darstellungen?

Ich muss ganz normal und so lange über den Sachverhalt nachdenken, bis mir eine Idee gekommen ist, wie ich die Thematik karikaturistisch umsetzen kann. Wenn das nicht gleich klappt, gehe ich mit dem Hund spazieren und grüble so lange bis es „klick" macht. Dann sagen die Leute „Der Herrmann schafft mol wieder nix!"

In der Pfalz sind Sie ja weithin bekannt, einerseits durch Ihre Veröffentlichungen in der Rheinpfalz und durch Ihre Serie „Weck, Worscht & Woi" im LEO. Darüber hinaus haben Sie zusammen mit Michael Konrad schon einige Bücher herausgebracht, die sich erfrischend humorvoll mit dem pfälzischen Dialekt befassen, wie z. B. die Reihe „Können Sie pfälzisch?". Gibt es zudem weitere Auftraggeber, für die Sie arbeiten?

Unter meiner Webseite www.karikaturist.de finden Sie eine Referenzliste. Die geht vom Weltunternehmen über alle nur denkbaren Kunden bis hin zur Geburtstagskarikatur für Privatpersonen.

Sehen Sie in der Arbeit für einen Lehrkräfte-Verband einen Unterschied zu Ihren Arbeiten für eine Zeitung wie die „Rheinpfalz"?

Zeitungskarikaturen behandeln meistens tagesaktuelle Themen, die für den Lehrerverband sind dagegen eher längerfristig präsent. Der Hauptunterschied ist aber der, dass ich bei Redaktionsaufträgen grundsätzlich alleine am Thema arbeite, während es bei den Aufträgen für den VLW doch ein reges Hin und Her gibt, bis die Szenerie steht. Immerhin geht es für die Betroffenen ja darum, die angestrebten wichtigen Ziele zeichnerisch und inhaltlich optimal umzusetzen.

Wie direkt oder wie aggressiv darf eine Karikatur sein (bedenkt man etwa die aktuelle Diskussion um Lars Reichow und seine Äußerungen zur AfD)?

Die Karikatur darf im Grunde alles und sollte keinesfalls Milde mit den Protagonisten walten lassen. Denn das würde dem Wesen der bissigen Karikatur widersprechen. Abzulehnen sind aber billige Beleidigungen. Eine Karikatur soll den Finger auf intelligente Weise in die Wunde legen.

Erfahren Sie in Ihrer Arbeit viel kritische Rückmeldungen?

Im Grunde wenig. Die Redaktionen sind leider etwas zurückhaltend, was die Veröffentlichung direkter Karikaturen anbelangt. Da wird im Zweifel doch eine etwas gemäßigtere Version bevorzugt, die dann natürlich auch weniger Anlass zur Empörung gibt. Einmal jedoch hat sich ein prominenter Bischof beim Chefredakteur höchstpersönlich über mich beschwert. Da war ich richtig stolz. Leider hatte der Bischof die Karikatur überhaupt nicht verstanden.

Haben Sie bei all diesen Aufträgen noch Zeit für Hobbys?

Nicht immer. Aber wenn, dann jogge ich und spiele Badminton, Kontrabass und Saxofon. Leider nur auf mittelmäßigem Niveau. Aber es macht Spaß, und nur darum geht es mir.

Dass Sie auch bei der Arbeit Spaß haben, daran gibt es keinen Zweifel. Denn das sieht man Ihren Werken an, mit denen es Ihnen regelmäßig gelingt, auch anderen Menschen Spaß zu bereiten.

Der VLW bedankt sich für das Interview und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit Uwe Herrmann.

VLW RHEINHESSEN WÄHLT STARKEN VORSTAND

v.l.n.r: Karl-Heinz Fuß, Michael Lutz, Jutta Macher, Kristina Stoll, Emöke Anderlik, Peter Kempf, Thorsten Weber, Joachim Veigel, Oliver Wingerter, Jürgen Hatzfeld, Volker Wolff

Bei seiner Bezirksversammlung hat der VLW Rheinhessen am 14. Februar satzungsgemäß die Neuwahlen des Bezirksvorstands durchgeführt. Fast alle bisherigen Vorstandsmitglieder kandidierten erneut und wurden durch ihre Neuwahl im Amt bestätigt.

Es ist erfreulich, dass im neugewählten Vorstand wieder alle BBSn des Bezirks vertreten sind. Als Vorsitzende wurde Emöke Anderlik (Ortsverband Worms) bestätigt. Als ihre Stellvertreter wurden Jürgen Hatzfeld (OV Worms) und Jutta Macher (OV Mainz III) gewählt. Jutta Macher wurde in Personalunion zudem in ihrem Amt als Schriftführerin bestätigt. Die Kasse wird weiterhin von Joachim Veigel (Mainzer Steinhöfelschule) geführt. Als Beisitzer wurden wie folgt gewählt: Karl-Heinz Fuß (OV Alzey), Peter Kempf (OV Bingen), Michael Lutz (OV Bingen), Kristina Stoll (OV Mainz III), Thorsten Weber (OV Worms), Oliver Wingerter (OV Worms) und Volker Wolff (OV Mainz IV). Als Kassenprüfer wurden Bernhard Bohrer (OV Bingen) und Florian Roth (OV Mainz III) gewählt.

Die anwesenden Vertreter des Landesvorstands gratulierten den wieder- und neugewählten Mitgliedern des Bezirksvorstands sowie den Kassenprüfern, bedankten sich für das Engagement und wünschten viel Erfolg für die bevorstehende Amtsperiode.

LEHRERBERUF ATTRAKTIVER GESTALTEN

Im Anschluss folgte eine lebhafte Diskussion zu aktuellen bildungs- und verbandspolitischen Themen. Einigkeit bestand darin, dass die von der KMK vorgestellten Maßnahmen zur Reduzierung des Lehrermangels überwiegend unpassend sind. Man wurde sich einig, dass einerseits für das Lehramt an BBS zu werben ist, aber gleichzeitig auch die Attraktivität des Lehrerberufs erhöht werden muss. Dazu gehören die Entlastung von Aufgaben außerhalb des Unterrichts und, mit Blick auf die derzeit hohe Inflationsrate, eine angemessene Besoldungserhöhung im kommenden Herbst.

Unverständnis wurde darüber geäußert, dass derzeit im Bezirk selbst sehr gut geeignete Absolventen mit 2. Staatsexamen abgewiesen werden, während vom benachbarten Bundesland Hessen über eine geradezu zuvorkommende Einstellungspraxis berichtet wird.

IN TRIER STARK VERTRETEN

Zur Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung am 24. April in Trier wurden die Delegierten des Bezirks gewählt, Anträge gesammelt und diskutiert. Mit Blick auf die laufende Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen wurde zur Solidarität bei der angekündigten Demonstration in Koblenz aufgerufen. Dort und auch zu weiteren Anlässen wird der Bezirk Rheinhessen mit seinem starken Team die Fahne des VLW im Interesse seiner Kolleginnen und Kollegen hochhalten. ■

Save the date

TAG DER KFM. SCHULE UND LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

24. April 2023 • Trier

DER VLW TRAUERT UM SEIN EHRENMITGLIED NORTRUD HUMMEL

Nortrud Hummel bei der VLW-Landesversammlung 2018 in Trier

Nortrud Hummel leitete von 1990 bis 1993 die Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz und von 1994 bis 2002 die Berufsbildende Schule Zweibrücken. Auch darüber hinaus hat sie sich engagiert. So war sie für die CDU im Stadtrat vertreten und war stellv. Vorsitzende der Frauenunion und Mitglied im Vorstand der Seniorenunion.

Im VLW hatte sie mehr als 25 Jahre das Amt der Landesschatzmeisterin inne und war über viele Jahre Mitglied im Ausschuss des VLW-Bundesverbands. Aufgrund ihrer Verdienste wurde Nortrud Hummel im Jahr 2008 im Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen zum VLW-Ehrenmitglied ernannt.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Landesvorstand war Nortrud Hummel stets interessiert am VLW und seiner Arbeit. An VLW-Versammlungen und Tagungen hat sie bis zuletzt im Oktober 2021 in Bingen persönlich teilgenommen. Sie war stets ein gern gesehener Gast.

Nortrud Hummel starb mit 82 Jahren am 9. Februar. Wir verlieren mit ihr einen lieben und geschätzten Menschen, der sich mit Engagement für das berufliche Schulwesen eingesetzt hat.

Wir trauern mit ihren Angehörigen und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Kirchheimbolanden, 11. Februar 2023

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Hildchen 7 • 56077 Koblenz

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/12518-1907-1001

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT

... EINE ANGEMESSENE ERHÖHUNG DER BESOLDUNG ENTSPRECHEND DER ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN.

Die Besoldungsentwicklung im öffentlichen Dienst darf nicht von der Gehaltsentwicklung in der Privatwirtschaft abgehängt werden. Der VLW unterstützt deshalb die Forderungen der dbb tarifunion in der aktuellen Einkommensrunde.

... DEN ERHALT DER TEILZEIT IM LEHRAMT BBS.

Die Möglichkeiten zum Dienst in Teilzeit müssen erhalten bleiben. Dies betrifft auch die Altersteilzeit und das Sabbatjahr. Im Sinne der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Gesundheitsvorsorge ist die Teilzeit ein wesentliches Plus im Lehramt an berufsbildenden Schulen.

... FORTBILDUNGSANGEBOTE UND UNTERSTÜTZUNG BEIM UMGANG MIT PROGRAMMEN DER KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ.

Die sogenannten Chatbots zeigen die rasante Entwicklung an digitalen Werkzeugen. Wir Lehrkräfte wollen dafür gerüstet sein und erwarten die entsprechende Unterstützung durch den Dienstherrn.

... UNTERSTÜTZUNG DURCH MULTIPROFESSIONELLE TEAMS.

Zu unserer Entlastung benötigen wir dringend Unterstützung durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Verwaltungskräfte, damit für unsere eigentliche Unterrichtstätigkeit genügend Zeit bleibt.

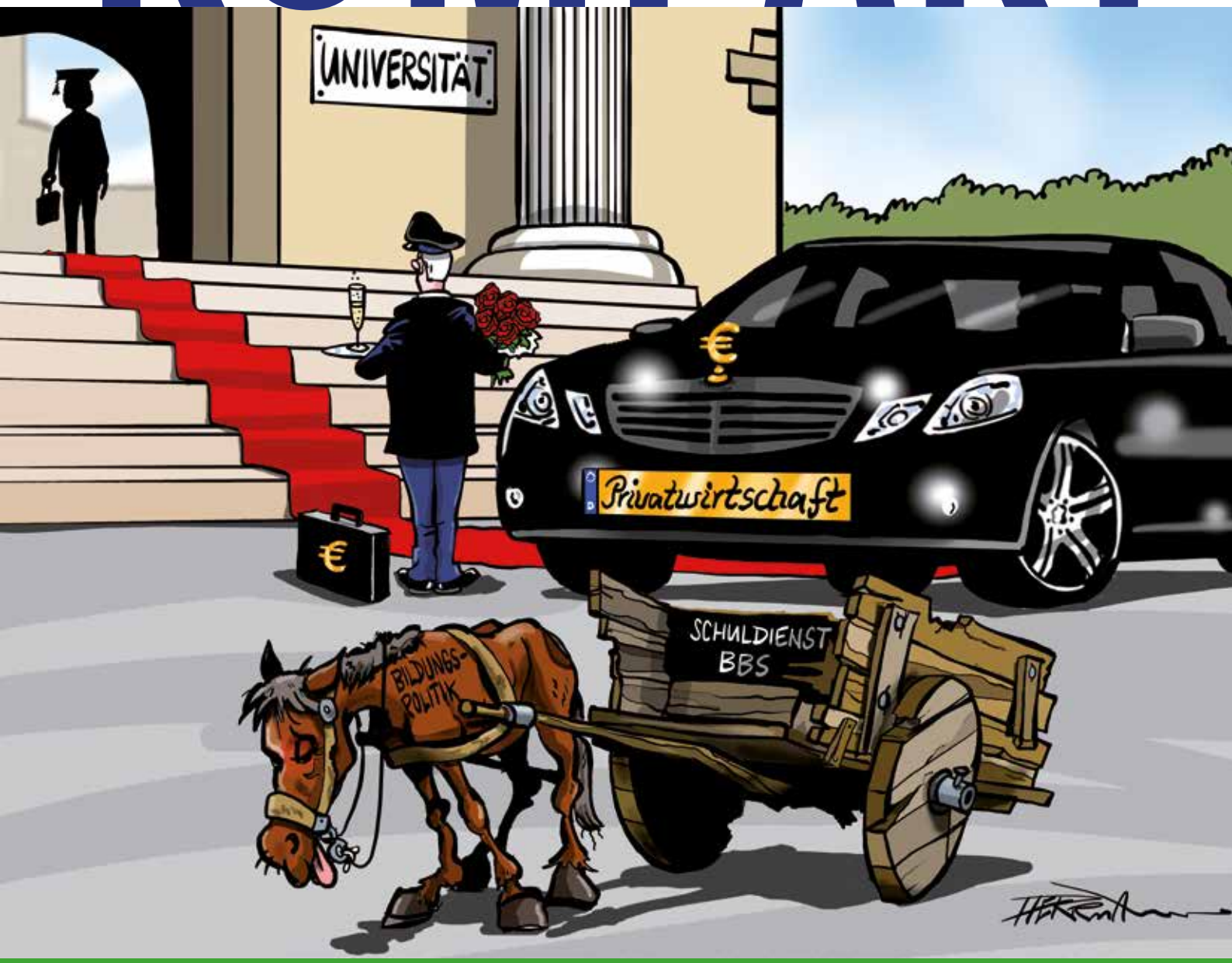
JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW

KOMPAKT

JULI 2023



LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG

Wir müssen im Wettbewerb bestehen

POLITISCHE GESPRÄCHE

Der VLW bei den Landtagsfraktionen und der Ministerin

IN DIESER AUSGABE ...

JULI 2023

VLW-LANDESVER-SAMMLUNG IN TRIER

Foto: © Peter Bajer

GESPRÄCH
mit der Ministerin

Foto: © AdobeStock

PERSONELLE UNTERSTÜTZUNG
Schulen brauchen IT-Fachkräfte

03 DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN
Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG
Kommentar des Landesvorsitzenden

05 „TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ
Der VLW im Trierer Robert-Schuman-Haus

11 DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE
Bericht des Landesvorsitzenden zur Landesdelegiertenversammlung 2023

12 LEHRBERUF ATTRAKTIVER GESTALTEN – LEHRKÄFTE STÄRKEN – LEHRKRÄFTE GEWINNEN
Entschließungsantrag

13 ANTRÄGE DER LANDESVERSAMMLUNG

19 WIR BRAUCHEN EINEN DIGITALEN HAUSMEISTER
Der VLW im Gespräch mit dem Bildungsausschuss der SPD-Fraktion

20 RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENST-FAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG
Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen MdL Daniel Köbler

21 BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN DIE SCHULTRÄGER LIEFERN
Im Gespräch mit der Ministerin

23 IN ALLER KÜRZE & IMPRESSUM

24 FORDERUNGEN DES VLW

DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Erstellung dieses Heftes kam mir eine Liedzeile von Hannes Wader von Anfang der 70er Jahre in den Sinn. Sie lautet: „So vergeht Jahr um Jahr, und es ist mir längst klar, dass nichts bleibt, dass nichts bleibt, wie es war." Wenngleich diese Zeilen eher aus autobiographischer Sicht entstanden sind, beschreiben sie auch eine Erscheinung, welche die ganze Menschheitsgeschichte über zu beobachten ist. Gesellschaft unterliegt einem stetigen Wandel, und das ist gut so, wie ich meine. Allerdings nimmt dieser Wandel derzeit dermaßen an Fahrt auf, dass ich mich frage, ob unser staatliches Schulwesen in der Lage ist, auf all die Veränderungen frühzeitig und mit angemessenen Mitteln zu reagieren.

Vielmehr passt wohl das gern gewählte Bild des großen schweren Tankers, der nicht so schnell auf einen neuen Kurs gebracht werden kann. Wenn nun die Zyklen für erforderliche Kursänderungen immer kürzer werden, so wie dies aktuell durch die digitale Transformation, durch nicht prognostizierbare Migration und weitere Einflüsse der Fall ist, dann fährt der große Tanker der Bildungspolitik erst einmal stur weiter. Geradeaus, denn Kursänderungen wirken erst mit einer gewissen Verzögerung. Deshalb ist jetzt schon klar, dass die Schule der Zukunft agil aufgestellt sein muss. Das bedeutet nicht, auf jede kleine Modeerscheinung zu reagieren, sondern vielmehr auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fundierende Entscheidungen zu treffen.

Insbesondere für die berufsbildenden Schulen, an denen junge Menschen für den Beruf qualifiziert werden, ist es bedeutsamer denn je, dass diese auf Höhe der Zeit ausgebildet werden. Andernfalls droht die duale Berufsausbildung, zumindest auf schulischer Seite, den Anschluss zu verlieren. Davon betroffen ist auch der Lehrkräftenachwuchs. Zum ersten Mai ist die Zahl derjenigen, die in Rheinland-Pfalz an den BBS-Studienseminaren den Vorbereitungsdienst angetreten haben, mit 36 Personen auf ein Rekordtief gesunken. Es ist also höchste Zeit, die Attraktivität des Lehramts an BBS in den Fokus zu stellen.

Dass, ebenso wie unsere Schülerinnen und Schüler, viele potenzielle Nachwuchskräfte der Generation Z (ca. 1995–2012 geboren), anders „ticken" als vorherige Generationen, wurde von Prof. Gerholz beim VLW-Tag der kaufmännischen Schule in Trier humor- und eindrucksvoll dargestellt. Bei der anschließenden Landesdelegiertenversammlung hat der VLW eine dementsprechende Resolution verabschiedet, die Sie in diesem Heft, neben den weiteren beschlossenen Anträgen, nachlesen können. Ebenso zu diesem Thema finden Sie den Kommentar unseres Landesvorsitzenden. Aus dem Verbandsleben berichtete Dirk Mettler in seiner Eröffnungsrede in Trier. Selbstverständlich setzt sich der VLW bei der Ministerin und bei den politischen Landtagsparteien für die berufliche Bildung und für die Interessen seiner Mitglieder ein. Berichte dazu finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Bitte achten Sie darauf, was der Fehlerteufel in unserem Kalender angestellt hat. Den Hinweis dazu finden Sie auch in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Karl-Heinz Fuß

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allerorten ist vom Fachkräftemangel die Rede, fast an jeder Ladentür hängen Plakate, die um Arbeitskräfte und/oder Auszubildende werben. Der Arbeitsmarkt ist längst zu einem Arbeitnehmermarkt geworden. Daraus folgt, nach wirtschaftlicher Logik, dass die Arbeitgeber ihre Anstrengungen zur Gewinnung von Nachwuchskräften verstärken müssen. In der Privatwirtschaft scheint man dies schon lange verstanden zu haben, entsprechende Werbekampagnen sind nicht zu übersehen. Anders sieht dies jedoch bei unserem Dienstherrn aus. Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst genauso wie die Absolventinnen und Absolventen desselben werden von der Schulbehörde wie Bittsteller behandelt. Zusagen für einen Referendariatsplatz werden so kurzfristig verschickt, dass jene Bewerberinnen und Bewerber, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, auf das Wohlwollen ihres Arbeitgebers angewiesen sind, weil sie die gesetzliche Kündigungsfrist nicht mehr einhalten können. Dabei brauchen wir gerade diese fachlich hochqualifizierten und mit der Praxis vertrauten Menschen dringend in unseren Schulen! Für viele gibt es dann etwa anderthalb Jahre später, wenn sie kurz vor dem Examen und unter entsprechender Anspannung stehen, ein Déjà-vu: Statt konkreter Stellenzusagen gibt es seitens der Schulaufsicht nur nebulöse Aussagen über eventuell vorhandene Planstellen an noch nicht näher definierten Schulstandorten. Wen wundert es da, dass viele potenzielle Kolleginnen und Kollegen lieber woanders hingehen? Entweder – zu besseren Bedingungen – in benachbarte Bundesländer oder eben in die Privatwirtschaft.

Wann kapiert man in der Mittleren Bleiche endlich, dass wir Berufsbildner einen knallharten Wettbewerber

haben, der die Spielregeln des Marktes kennt und zu seinem Nutzen anzuwenden weiß? In diesem Punkt unterscheiden wir uns dramatisch von den allgemeinbildenden Schulen. Für einen Allgemeinbildner mit den Fächern Erdkunde und Sport sind die Alternativen zum Schuldienst wahrscheinlich überschaubar. Für Berufsbildner sieht dies jedoch grundlegend anders aus. Für sie gibt es in Handel, Dienstleistung und Gewerbe attraktive Jobangebote, etwa in der betrieblichen Ausbildung. Man kann sich also nicht darauf verlassen, dass Lehramtsstudentinnen und -studenten mit beruflichen Fächern auf die Segnungen des Staates angewiesen sind! Hinzu kommt, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen für die eben bereits erwähnten Praktiker ohne Lehramtsstudium, die sich dennoch für das Lehramt interessieren, eher abschreckend wirken. Dabei brauchen wir diese Quereinsteiger dringend! Wer sonst soll denn etwa die vielen angehenden Erzieherinnen und Erzieher, um die sich das Bildungsministerium derzeit mit einer professionellen Kampagne bemüht, ausbilden?

Was man tun müsste, um den Beruf der Lehrkraft an BBSn attraktiver zu gestalten, wiederholen wir seit vielen Jahren gebetsmühlenartig. Auch bei unserer diesjährigen Landesdelegiertenversammlung haben wir unsere aktuellen Vorschläge in einer Resolution zum Ausdruck gebracht. An mangelnden Ideen kann es also nicht liegen. Das Gegenteil bewirken würden die Vorschläge, die die „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ bei der KMK in die Welt gesetzt hat. Deren Mitglieder müssen unter ständigen Albträumen gelitten haben, anders lassen sich diese weltfremden Vorschläge aus dem Horrorkabinett wohl kaum erklären. Gott sei Dank scheint man das auch bei vielen Bildungspolitikern des rheinland-pfälzischen Landtags so zu sehen. Zumindest haben sie dies in den Gesprächen, die wir in den letzten Monaten mit ihnen geführt haben, stets betont. Sollten sie dies vergessen, werden wir sie daran erinnern.

Hinzu kommt noch, dass die „Generation Z“, die schon in den kommenden Jahren als neue Kolleginnen und Kollegen vor der Tür stehen wird, wie wir am Tag der kaufmännischen Schule gehört haben, völlig andere Vorstellungen über eine attraktive Arbeitswelt hat als die derzeit aktuellen Gegebenheiten. Auch im öffentlichen Dienst mit seinen festgefahrenen Strukturen wird man um eine Flexibilisierung nicht herumkommen. In letzter Konsequenz muss dann natürlich auch über andere Arbeitszeitmodelle nachgedacht werden. So weit sind wir aber noch nicht. Fürs Erste wäre schon viel erreicht, wenn der an sich attraktive und erfüllende Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers an einer Berufsbildenden Schule von Aufgaben entlastet würde, die für der Erfüllung der Kernaufgabe – das Unterrichten – eher hinderlich als hilfreich sind. Es ist ja verständlich, dass man seitens der Landespolitik gerne auf die Verantwortung der Kommunen in ihrer Rolle als Schulträger verweist. Zielführend und hilfreich ist dieses Schwarzer-Peter-Spiel allerdings nicht.

Dirk Mettler

Der VLW mit einer Doppelveranstaltung zu Gast im Trierer Robert-Schuman-Haus:

„TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

Am 24. April hatte sich der VLW Rheinland-Pfalz viel vorgenommen: Vormittags bildete der „Tag der kaufmännischen Schule“ den Auftakt zur fälligen Landesversammlung am Nachmittag. Ein dichtes Programm also, mit dem Keynote Speaker Professor Karl-Heinz Gerholz aus Bamberg und anschließender Podiumsdiskussion, nach einer Mittagspause gefolgt von Wahlen und der Diskussion und Verabschiedung von Anträgen.

Der Landesvorsitzende begrüßte die anwesenden Gäste und Delegierten, unter ihnen eine Delegation des vlbs Rheinland-Pfalz unter Führung ihres Landesvorsitzenden Harry Wunschel. Besondere Erwähnung fanden Stefanie Tischer als neue Bezirksvorsitzende des Bezirks Koblenz (verbunden mit dem Dank an den langjährigen Vorsitzenden Kurt Flöck), Michael Steuer als neuen Bezirksvorsitzenden des Bezirks Trier und der anwesende Heinz Werner Seyler, der seit Jahren unermüdlich und mit großem und erfolgreichem Einsatz unsere Website betreut und immer wieder den aktuellen Gegebenheiten anpasst (siehe Foto links).

Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein Grußwort durch keinen Geringeren als einen der beiden Bundesvorsitzenden des BvLB, Pankraz Männlein, Schulleiter der BBS Bamberg. Pankraz Männlein war vor der Fusion der beiden Bundesverbände im Bundesvorstand des VLW lange zuständig für Fragen der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten und berufsbildenden Schulen.

KEYNOTE ÜBER „GEN Z“

Als Motto hatte der Landesvorstand das Thema „Generation Z – wie lernen sie?“ vorgegeben und dazu interessante Gäste eingeladen, an der Spitze Professor Dr. Karl-Heinz Gerholz vom Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Universität Bamberg. In seinem – alles andere als wissenschaftlich-trockenen – Vortrag skizzierte er Möglichkeiten eines der „Generation Z“ angepassten Unterrichtes und Lernens. Schon beim Berufsbildungskongress 2022 des BvLB in Berlin konnte er mit seinen

ZUR PERSON

Elisabeth Anacker, 30 Jahre alt, unterrichtet an der BBS II Kaiserslautern Gesundheit und Mathematik. Nach dem Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium in Baden-Württemberg studierte sie an der Universität Heidelberg. Ihr Referendariat absolvierte sie an der Augusta-Bender-Schule in Mosbach im Odenwald und dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Berufliche Schulen) in Karlsruhe. Inzwischen wohnt sie in Kaiserslautern und verbringt ihre Freizeit gerne in der Natur.

Ausführungen zum Thema „Gestaltung beruflicher Bildungsprozesse als Chance" die Zuhörenden fesseln, und der Landesvorstand nutzte die Chance, ihn für einen – ebenso unterhaltenden wie informierenden – Vortrag nach Trier zu holen. Auf einen ganz kleinen Nenner gebracht stellte Professor Gerholz Ansätze dar, wie auf die veränderten Lern- und Rezeptionsgewohnheiten der Generation Z (geboren zwischen 1997 und 2012) in unserem Unterricht reagiert werden muss, etwa mit an verkürzte Aufmerksamkeitsspannen angepassten Lehr- und Lernsequenzen. Veränderungen – ein Thema für die (berufsbildende) Schule seit alters her, und wer könnte das mehr verstehen als Berufsbildnerinnen und Berufsbildner?

PODIUMSDISKUSSION

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden die Thesen von Professor Gerholz diskutiert und vertieft, das Podium illuster besetzt, neben Prof. Dr. Gerholz der Bundesvorsitzende des BvLB, Pankraz Männlein, unser Landesvorsitzender Dirk Mettler, Jutta Macher, Mitglied der Schulleitung an der BBS Mainz III und Patrick Grewis, Schulleiter der BBS Bernkastel-Kues und ehemaliger Fachleiter am Seminar – jeder auf dem Podium von Theorie und Praxis her Expertin oder Experte für Berufliche Bildung und Ausbildung von Lehrkräften an BBS. Michael Lutz als Moderator bemühte sich, den „theoretischen" Thesen der Wissenschaft die praktischen Erfahrungen aus unseren Schulen gegenüberzustellen und dabei auch daran zu denken, dass der „Generation Z" nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler, sondern auch schon unsere Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren angehören.

22 ANTRÄGE IN DER BERATUNG

Nach einer notwendigen Mittagspause begann dann die Landesversammlung des VLW Rheinland-Pfalz. Der Landesvorstand hatte für die Delegierten ein enges Programm vorgegeben. Zu Beginn gab der Landesvorsitzende Dirk Mettler seinen ersten Rechenschaftsbericht nach seiner Wahl in Bingen ab, gefolgt vom Bericht unseres Schatzmeisters Jürgen Hatzfeld. Der Landesvorstand wurde – nach dem Bericht der Kassenprüfer – von allen 84 anwesenden Delegierten einstimmig entlastet.

Der Landesvorstand schlug dann Elisabeth Anacker von der BBS Kaiserslautern II zur Wahl in den Landesvorstand vor. Sie wurde nach ihrer Vorstellung einstimmig gewählt und wird den Fachbereich „Gesundheit und Soziales" im aktuellen Landesvorstand betreuen. Der Landesvorstand freut sich auf die Zusammenarbeit und gratuliert Elisabeth Anacker herzlich zur Wahl!

Ein Entschließungsantrag des Landesvorstandes – ständiger guter Brauch auf unseren Landesversammlungen – bildete den Auftakt zur Antragsberatung. Er setzte sich auseinander mit den aktuellen Fragen der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz, insbesondere auch mit einer Reaktion auf die teils abstrusen Forderungen der „Ständigen Kommission" der KMK zum Thema Lehrkräftemangel und -bedarf. Kontrovers wurde es dann, wie zu erwarten war, mit einem nicht angenehmen Thema, nämlich einer Beitragserhöhung für unsere Mitglieder. Nach zwölf Jahren seit der letzten Anpassung schlugen Schatzmeister Jürgen Hatzfeld und der Landesvorstand eine maßvolle Beitragserhöhung vor, die dann auch – nach einer teils kontroversen Diskussion – bei sieben Ablehnungen mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Weitere Anträge beschäftigten sich u. a. mit bildungspolitischen Themen (Imagekampagne BBS, Lehrkräfteversorgung, Mangelfächer), aber auch mit den Forderungen der Gewerkschaft VLW (Wegfall der Kostendämpfungspauschale, Jobticket u. a.).

Es gelang – dank der umsichtigen Diskussionsleitung von Jürgen Hatzfeld und Andreas Seehaus – die Landesversammlung um 16.00 Uhr pünktlich zu schließen, der Landesvorsitzende bedankte sich für die disziplinierte und qualifizierte Antragsberatung und schickte die Delegierten auf den teils langen Heimweg.

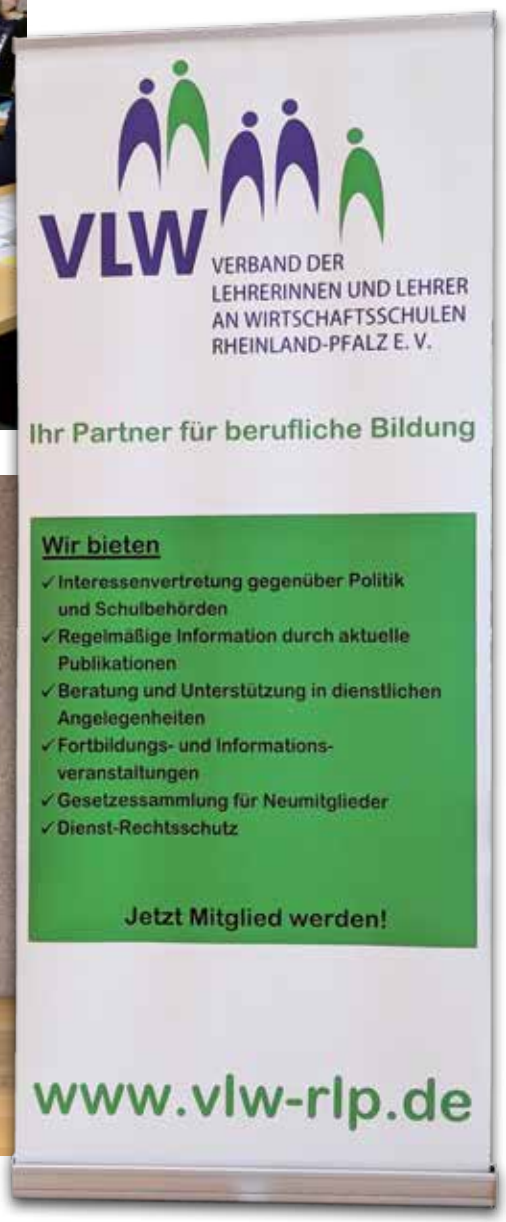
GELUNGENE VERANSTALTUNG

Aus den zahlreichen Rückmeldungen sowohl der Delegierten als auch der Gäste ist zu schließen, dass wir eine gelungene Veranstaltung im Robert-Schuman-Haus erlebt haben. Der Dank gilt allen Beteiligten, Gästen, Delegierten, anwesenden Ehrenmitgliedern und Mitgliedern des Landesvorstands.

Michael Lutz

Ruth Jakob beim Empfang der Delegierten

Das Tagungspräsidium in Aktion: Michael Lutz, Jürgen Hatzfeld und Andreas Seehaus



Jürgen Hatzfeld (links) und Pankraz Männlein

Bericht des Vorsitzenden
zur Landesdelegiertenversammlung 2023

DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE“

Dirk Mettler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Landesdelegiertenversammlung im Oktober 2021 sind nur anderthalb Jahre vergangen, wir sind also außerhalb unseres gewöhnlichen Rhythmus‘. Und doch dient es dazu, wieder in den gewohnten Rhythmus zurückzufinden. Satzungsgemäß müssen wir uns nämlich alle zwei Jahre treffen und traditionell gibt es eine Versammlung im Vorfeld der Personalratswahlen, da bei uns die Delegierten über die Aufstellung der Listen entscheiden. Das wird im Herbst des nächsten Jahres wieder so weit sein.

Hinzu kommt, dass der für das Frühjahr 2021 geplante Tag der kaufmännischen Schule der Pandemie zum Opfer gefallen ist, sodass es auch hier mal wieder an der Zeit war, mit einer Fachtagung zu zeigen, dass wir mehr sind als eine Gewerkschaft, dass wir ein Fachverband für die berufliche Bildung im Allgemeinen und der Fachverband für kaufmännische Bildung im Speziellen sind!

Deshalb bot es sich aus unserer Sicht an, beides miteinander zu kombinieren und am selben Tag am selben Ort stattfinden zu lassen. Es ist für unseren Verband also ein Novum und es ist auch gleich einiges schiefgegangen. Lediglich neun Ortsverbände haben Teilnehmer am Tag der kaufmännischen Schule gemeldet, sodass es einem Lotteriespiel glich, die Teilnehmerzahl zu finden, die wir ans Robert-Schuman-Haus gemeldet haben. Wir wollten ja einerseits sicherstellen, dass für jeden ein Platz da ist und niemand hungrig nach Hause fahren muss, ohne andererseits durch zu großzügige Planung finanzielle Mittel, die ja aus Ihren Mitgliederbeiträgen generiert werden, zu verschwenden.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht die Verantwortung dafür auf andere abschieben. Offensichtlich ist es uns nicht gelungen zu kommunizieren, dass es sich im Grunde um zwei verschiedene Veranstaltungen handelt. Es zeigt aber auch, wie sehr wir auf die Basis, also auf die Ortsverbände, angewiesen sind.

Diese Basis zu stärken, ist eines meiner Ziele, mit denen ich vor anderthalb Jahren angetreten bin. Das funktioniert aber nicht von oben herab, weshalb ich Sie alle bitte, in Ihren Ortsverbänden danach zu schauen, wer für die Verbandsarbeit in Frage kommt und bei wem es sich lohnen könnte, ihn oder sie darauf anzusprechen.

Mein zweites Ziel besteht darin, junge Menschen für die Verbandsarbeit auf allen Ebenen zu gewinnen, also auch für die Bezirke und den Landesverband. Das ist uns glücklicherweise auch gelungen. Es freut mich, dass wir mit Stefanie Tischer von der LES Neuwied eine neue Bezirksvorsitzende in Koblenz haben, die – davon bin ich überzeugt – den Bezirk genauso erfolgreich führen wird wie ihr Vorgänger Kurt Flöck, dem ich an dieser Stelle nochmals herzlich Dank sage für die Arbeit, die er im Bezirk geleistet hat und auch immer noch leistet. Der Dank gilt selbstverständlich auch für die Arbeit im Landesvorstand.

Ebenfalls mit einem neuen Bezirksvorsitzenden – diesmal in der maskulinen Form – gesegnet ist der Bezirk Trier. Michael Steuer von der BBS Bernkastel-Kues leitet fortan die Geschicke des Bezirks, dabei wird er von Patrick Grewis und Jörg Schütz unterstützt.

Außerdem ist es uns gelungen, eine junge Kollegin zu finden, die den Geschäftsbereich Gesundheit betreuen möchte. Elisabeth Anacker von der BBS Wirtschaft KL ist bereits seit knapp einem Jahr als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand dabei und stellt sich heute Ihrem Votum.

Das dritte Ziel, das mir am Herzen liegt, ist die Verschmelzung unseres VLW mit dem vlbs zu einem neuen Verband, der sich mit vereinten Kräften für die Belange der BBS einsetzen kann. Erfreulicherweise konnten wir die Gespräche mit dem vlbs nach der Genesung des Landesvorsitzenden Harry Wunschel wieder aufnehmen. Nach meinem Eindruck sind wir auf einem guten Weg. Wir merken immer wieder, dass wir in vielen Dingen eine unterschiedliche Herangehensweise haben, die zu unterschiedlichen Strukturen und Prozessabläufen führt. Dank des intensiven Austauschs gelingt es beiden Seiten, die Denkweise der jeweils anderen Seite zu verstehen. Deshalb werden wir im Juni eine gemeinsame Klausurtagung der beiden Landesvorstände durchführen.

In einem weiteren Bereich, der nicht auf meiner Agenda stand, aber dennoch sehr wichtig ist, haben wir uns professionalisiert. Ich spreche von unserer Website, die jahrelang unser Sorgenkind war, bis sich Heinz Werner Seyler – übrigens aus Eigeninitiative – der Sache angenommen hat. Er hat die Seite komplett neu gestaltet, mit vielen nützlichen Funktionen, wie z. B. der Möglichkeit für die Mitglieder, Änderungen ihrer persönlichen Daten über ein Formular mitzuteilen, ausgerüstet und pflegt sie hingebungsvoll. Ich bin immer wieder fasziniert, wenn ich einen Wunsch äußere, der dann quasi „in Echtzeit" ausgeführt wird.

Lieber Heinz Werner, wenn wir die Leistungen, die du so nebenbei für den Verband erbringst, bezahlen müssten, würde das unserem Schatzmeister Albträume bescheren. Deshalb ist es nur würdig und recht, wenn wir dir unseren Dank mit einer kleinen Aufmerksamkeit versüßen. Ich darf dich kurz nach vorne bitten.

Weiter professionalisiert hat sich auch unser Außenauftritt durch das neue Layout unserer Verbandszeitschrift VLW kompakt, das wir der Initiative meines Vorgängers als Landesvorsitzender und gleichzeitig Nachfolgers als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Karl-Heinz Fuß, verdanken. Wir haben da ein Produkt, das sich wirklich sehen lassen kann und den Vergleich mit den Zeitschriften größerer Verbände sicherlich nicht scheuen muss.

Etabliert ist inzwischen auch unser Newsletter, mit dem wir schnell und unkompliziert Informationen an unsere Basis transportieren können. Wenn Sie den Newsletter noch nicht abonniert haben, auch dazu findet sich eine Möglichkeit auf unserer Website.

Mit dem Abklingen der Pandemie haben wir auch den Draht zu politischen Ansprechpartnern wieder aufgenommen. Mit Bildungspolitikern der CDU- und der SPD-Fraktion haben wir bereits gesprochen, mit den Grünen haben wir im Mai einen Termin, ebenso mit der Ministerin. Diesen Termin haben wir bewusst so gelegt, dass wir Ihre Anregungen von heute mit in das Gespräch einfließen lassen können. Über die Ergebnisse werden wir in gewohnter Weise auf unserer Website und im VLW kompakt berichten.

Gestern war in den Nachrichten zu hören, dass sich die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes nach langen und zähen Verhandlungen auf den Vorschlag der Schlichtungskommission geeinigt haben. Die Einigung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Verdi-Mitglieder. Zu beachten ist, dass diese Einigung – so sie denn tatsächlich zustande kommt – für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen gilt, also nicht für die Länder. Ich gehe aber fest davon aus, dass dieser Abschluss die Richtlatte für die Verhandlungen der TdL mit den Bundesländern sein wird, die im Herbst beginnen. Mit anderen Worten: Es würde mich wundern, wenn es uns gelänge, einen besseren Abschluss zu erreichen. Wir können aber auch nicht davon ausgehen, dass sich die Tarifparteien so ohne weiteres auf einen vergleichbaren Abschluss einigen. Ich erwarte vielmehr auch hier eine harte und zähe Auseinandersetzung. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stark auftreten. Da wir nicht streiken dürfen – was ich als richtig erachte –, ist es umso wichtiger, dass alle die, die nicht durch eine konkrete Unterrichtsverpflichtung in der Schule gebunden sind, sich an den Demonstrationen beteiligen. Dann dauert die Korrektur der Klassenarbeit halt mal länger. Das ist dann auch eine Folge der Tarifauseinandersetzung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte folgen Sie unseren Aufrufen und beteiligen Sie sich an den Aktionen, wann immer es Ihnen irgendwie möglich ist! Wir können uns nicht mehr darauf ausruhen, dass die Straßenwärter, die erheblich schlechter bezahlt werden als wir, für uns die Kohlen aus dem Feuer holen.

Ich freue mich auf angeregte Diskussionen mit Ihnen an diesem Nachmittag und übergebe das Wort nun an unseren Schatzmeister.

Vielen Dank!

Was zeichnet die „Generation Z“ aus und was bedeutet dies im Umgang mit Lernenden und Lehrenden? Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz gibt dem interessierten Publikum aufschlussreiche Einblicke

Die Teilnehmerin und Teilnehmer der Podiumsdiskussion v. l. n. r.: Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz, Michael Lutz, Patrick Grewis, Jutta Macher, Dirk Mettler und Pankraz Männlein

Es galt, insgesamt über 23 Anträge abzustimmen …

Das Tagungspräsidium in Aktion

Elisabeth Anacker stellt sich den VLW-Mitgliedern vor

ENTSCHLIESSUNGS-ANTRAG

Antragsteller: Landesvorstand

Lehrberuf attraktiver gestalten – Lehrkräfte stärken – Lehrkräfte gewinnen

Der VLW Rheinland-Pfalz hat auf seiner Landesversammlung am 24. April 2023 in Trier folgende Entschließung verabschiedet:

Die Bildungspolitik und die Situation an den Schulen unseres Landes sind zurzeit in aller Munde, und schon ist von einer neuen „Bildungskatastrophe“ die Rede. Marode Schulgebäude, schwierige Schülerinnen und Schüler, fehlende oder unzureichend ausgebildete Lehrkräfte, unbefriedigender Stand der Digitalisierung sind nur einige der diskutierten Sachverhalte.

Die „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ hat zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel unlängst ihre Empfehlungen abgegeben. Diese reichen von der „Erschließung von Beschäftigungsreserven“ (späterer Ruhestandseintritt, Wegfall von Altersermäßigungen, Reduzierung der Teilzeitbeschäftigung, aber auch: Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben) über die Ausweitung des Potentials an qualifizierten Lehrkräften und Entlastungen durch Studierende und andere nicht qualifizierte Personen bis zur „Flexibilisierung des Einsatzes von Lehrkräften“ (Erhöhung der Selbstlernzeiten) bis zur Weiterentwicklung des Quer- und Seiteneinstiegs.

Die Empfehlungen der Kommission sind de facto Vorschläge zur De-Attraktivierung des Lehrberufs. Der Produktionsfaktor Arbeit im Bildungswesen soll – auf Kosten von Qualität und Attraktivität des Berufes – intensiver genutzt werden, Allenfalls als Alibimaßnahmen werden vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorgeschlagen (um die Folgen der Maßnahmen zu mildern?). Viel sinnvoller erscheinen Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu gestalten, die Lehrkräfte in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu stärken und – angesichts der sich abzeichnenden massiven Mängelprobleme – qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Die Verbände und somit auch der VLW haben dazu seit Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, denen in der Kultusbürokratie nicht gefolgt wurde. Im Einzelnen sind dies

A) VORSCHLÄGE ZUR STÄRKUNG DER LEHRKRÄFTE

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Dazu gehören eine Senkung der Arbeitszeit, die Bildung kleinerer Klassen, eine Erhöhung der Entlastungsstunden für unterrichtsfremde Aufgaben und oder den Aufbau von Unterstützungssystemen für Lehrkräfte sowie den Ausbau von IT- und Verwaltungsunterstützung. Weiterhin besteht der VLW auf einer Eingangsbesoldung nach A14 für entsprechend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Einen besser ausgebauten Gesundheitsschutz für alle sowie eine höhere Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte würden dazu beitragen, die Belastungen durch eine heterogene und generell problematischere Schülerschaft zu mildern.

B) VORSCHLÄGE ZUR GEWINNUNG VON LEHRKRÄFTEN

In der Einstellungspolitik in den meisten Bundesländern, gerade auch in Rheinland-Pfalz, muss ein sofortiger Kurswechsel vollzogen werden. Die Zahl der Studienanfänger gibt hier zur größten Sorge Anlass. Das Angebot an Studienplätzen muss unverzüglich ausgebaut werden. Alle diese Maßnahmen werden nicht fruchten, solange nicht die Arbeitsbedingungen im Vorbereitungsdienst (Besoldung, Reisekosten, Entlastungen in der täglichen Arbeit und Stärkung der Mentorentätigkeit) verbessert werden. Analog zu den notwendigen Verbesserungen im Vorbereitungsdienst müssen attraktive Bedingungen für den Quer- und Seiteneinstieg geschaffen werden. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen fordern wir auch nach wie vor eine Lehrkräfteversorgung von 105 % im Bereich der berufsbildenden Schulen.

Der VLW Rheinland-Pfalz fordert dazu auf, sich an den Schulen und in der Öffentlichkeit gegenüber den Ministerien klar gegen die Empfehlungen der Kommission zu positionieren. Wir appellieren an das Bildungsministerium, unsere schon langjährig geäußerten Vorschläge zu diskutieren und endlich auf sie einzugehen.

Eines muss klar sein – die Probleme im Bildungssystem werden nicht zum Nulltarif zu lösen sein. Das Land Rheinland-Pfalz muss seiner föderalen Verantwortung für die Bildung endlich gerecht werden!

Entschließungsantrag:
Einstimmig angenommen.

Foto: © AdobeStock

ANTRAG 1

Antragsteller: *Landesvorstand*
Betreff: *Anpassung der Mitgliederbeiträge*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die monatlichen Beitragssätze in der Beitrags- und Finanzordnung werden an die gestiegenen Kosten angepasst (Die geänderten Beiträge sind fett gedruckt).

Ab 1. Juli 2023 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

1.1 Höherer Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 8 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 10 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 12,50 €
- Altersteilzeit 10 €

1.2 Gehobener Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 7 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 9 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 11 €
- Altersteilzeit 9 €

1.3 Ehegatten (2. Beitrag) 8 €

1.4.1 Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppelmitgliedschaft BRH 9 €

1.4.2 Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppelmitgliedschaft BRH 8 €

1.5 Referendarinnen und Referendare, Studierende und Mitglieder ohne Anstellung 2 €

1.6 Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens 6 Monate Dauer) 2 €.

Bei Mitgliedern in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, werden die normalen Beiträge gemäß dem Stundenumfang erhoben.

Begründung:
Die letzte Beitragsanpassung fand zum 1. Januar 2011, mithin vor 12 Jahren, statt. Seitdem konnten die Beiträge (auch durch erhebliche Sparmaßnahmen) konstant gehalten werden.

Die Kostenentwicklung der letzten Jahre

- gestiegene Portokosten
- Preiserhöhungen bei Papier und Versandverpackungen
- deutliche Steigerungen bei den Tagungskosten
- Erhöhung der abzuführenden Beiträge an unsere Dachorganisationen (BvLB und DBB)
- ein erweitertes und qualitativ verbessertes Informationsangebot für die Mitglieder (VLW-Kompakt, Newsletter, Homepage)

sowie weitere zu erwartende Kostensteigerungen lassen dies nicht mehr zu. In den letzten sechs Jahren war in der Folge ein ausgeglichener Haushalt zum Teil nur durch Auflösung von Rücklagen möglich.

Von den Kollegen Bernhard Bohrer (BBS Bingen) und Matthias Stahlhofen (BBS Ludwigshafen W1) werden Bedenken wegen des Zeitpunkts und des Ausmaßes der Erhöhung vorgetragen, es würde sich um eine Erhöhung um bis zu 25 % handeln. Der Schatzmeister begründet in der Diskussion nochmals die Notwendigkeit einer Erhöhung, Kurt Flöck weist auf die kommende Pensionierungswelle und damit verbundene Einnahmeausfälle hin.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte findet die mehrheitliche Zustimmung der Delegierten.

Antrag Nr. 1: *Zustimmung mit deutlicher Mehrheit, bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.*

ANTRAG 2

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*
Betreff: *Imagekampagne Berufsbildende Schule*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, die Berufsbildende Schule und ihre Bildungsangebote mittels einer Imagekampagne stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken.

Begründung:
Regelmäßig wird das Schulsystem in der Öffentlichkeit als zu undurchlässig kritisiert. Dabei bietet es zahlreiche Möglichkeiten, sich weiter zu qualifizieren und höhere Schulabschlüsse zu erlangen, sofern die Schulformen im BBS-System in die Betrachtung einbezogen werden. Außerdem wird das BBS-System für viele Schülerinnen und Schüler als besonders attraktiv wahrgenommen, da es nicht nur einen allgemeinen Erziehungs- und Bildungsauftrag erfüllt, sondern auch berufsorientierte Fachkenntnisse vermittelt.

Diese Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten müssen allerdings auch von potenziellen Schülerinnen und Schülern und von Erziehungsberechtigten wahrgenommen werden können. Dafür bedarf es gebündelter und gezielter Maßnahmen in der Kommunikation – eine Imagekampagne Berufsbildende Schule.

Antrag Nr. 2: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 3

Antragsteller: *Ortsverband Trier*
Betreff: *Kostendämpfungspauschale*

Antrag:
Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die versteckten Gehaltskürzungen wie z.B. die Kostendämpfungspauschale zurückgenommen werden.

Begründung:
Dieser Antrag spricht für sich selbst.

Antrag Nr. 3: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 4

Antragsteller: *Ortsverband Alzey*
Betreff: *Volle Kostenübernahme bei Fortbildungsveranstaltungen der JGU Mainz*

Antrag:
Die Landesversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, dass die Teilnahmegebühren

für Fortbildungsveranstaltungen an der JGU Mainz vollständig vom Dienstherrn übernommen werden.

Begründung:
Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bietet regelmäßig interessante und für Lehrkräfte relevante Fortbildungen an. Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz müssen bislang 50% der Gebühren als Eigenbeteiligung tragen. Da es sich um Fortbildungen handelt, die dem dienstlichen Interesse dienen, sollte die Eigenbeteiligung entfallen.

Antrag Nr. 4: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 5

Antragsteller: *Ortsverband Worms*
Betreff: *Zuschuss zum 49-Euro-Ticket*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen vorzugsweise die Möglichkeit zu einem Deutschland-Jobticket oder auf Antrag einen Zuschuss zum 49-Euro-Ticket erhalten können.

Begründung:
Zum 1. Mai 2023 wird in Deutschland das 49-Euro-Ticket für den Nahverkehr eingeführt. Diese Maßnahme ist Teil der angestrebten Verkehrswende zum Ziel der Abmilderung des Klimawandels. Zurzeit nutzen viele Kolleginnen und Kollegen ihren privaten PKW, um von ihrem Wohnort zur Schule zu kommen. Als im vergangenen Jahr temporär das 9-Euro Ticket eingeführt wurde, wechselten etliche dieser Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit auf die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel.

Es muss im Interesse einer rot-grün-gelben Landesregierung sein, dass sich dieser Trend ab Mai wieder fortsetzt. Allerdings wird das Nahverkehrsticket mit 49 Euro künftig erheblich teurer angeboten als im vergangenen Jahr und hat damit an Attraktivität verloren. Um die Kolleginnen und Kollegen dennoch zu einem dauerhaften Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist daher ein zusätzlicher finanzieller Anreiz notwendig.

Da nicht wenige Kolleginnen und Kollegen an Orten wohnen, die mit einer geeigneten öffentlichen Verkehrsverbindung erschlossen sind, wäre die Bezuschussung derjenigen, die das Ticket nutzen möchten, ein sinnvoller Weg und ein starkes Signal für die Verkehrswende.

Antrag Nr. 5: *In der abgeänderten Fassung mit Mehrheit bei 21 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 6

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*
Betreff: *Prüfung der Zulässigkeit der Versendung von Korrespondenz über die Dienstpost*

Antrag:
Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als dienstlich gilt und über die Dienstpost versandt werden darf.

Begründung:
In einem aktuellen Schreiben weist die Kreisverwaltung Mainz-Bingen darauf hin, dass Beihilfeanträge nicht über die Dienstpost versendet werden dürfen.

Da es in der Vergangenheit schon mehrfach ähnliche Fälle gab, wäre eine grundsätzliche Prüfung sinnvoll, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als Dienstpost gilt und entsprechend versandt werden darf.

Antrag Nr. 6: *Bei einigen Enthaltungen mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.*

ANTRAG 7

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*
Betreff: *Versorgung der Schulen mit Lehrkräften*

Antrag:
Der Landesvorstand wird gebeten, auf eine Ausstattung der Schulen mit zusätzlichem Lehrpersonal hinzuwirken.

Begründung:
Sowohl der strukturelle als auch der temporäre Ausfall von Lehrkräften führt zu einer Unterversorgung der Lerngruppen. Diese fällt in eine Zeit, in der sich die vielfältigen Folgen der Pandemie in den weiterführenden Schulen, auch in den BBSen, voll entfalten.

In Feedback-Gesprächen werden die Schulen von der ADD aufgefordert, Unterrichtsausfälle zu reduzieren. Die zur Verfügung stehenden Mittel, z. B. PES-Verträge, sind aber nicht flexibel genug, um diese Ausfälle zu kompensieren, insbesondere nicht beim temporären Ausfall.

Förderunterricht, der in dieser Situation dringend geboten ist, kann aufgrund der Personalknappheit nicht erteilt werden, was die Situation in den Jahren, in denen die Pandemiefolgen aufgeholt werden müssten, weiter verschärft.

Anstelle von punktuellen Projekten (z. B. „Aufholen nach Corona“) führt alleine eine bessere Ausstattung der Schulen mit Personal, konkret eine Überpersonalisierung, zur adäquaten Unterrichtsversorgung und zu der Möglichkeit, die dringend benötigte Förderung anzubieten. Die Schulen benötigen keine vermeintlich „korrekte“ Ausstattung mit Lehrkräften, sondern ausreichende Spielräume, damit sie das Unterrichtsangebot und die individuelle Förderung aufrechterhalten können.

Antrag Nr. 7: *Einstimmig angenommen*

ANTRAG 8

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*
Betreff: *Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung durch Übernahme der Referendarinnen und Referendare*

Antrag:
Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich weiterhin für eine Übernahme der in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Referendarinnen und Referendare einzusetzen, um mittel- bis langfristig den Lehrkräftebedarf an berufsbildenden Schulen sicherzustellen.

Begründung:
Noch immer werden in Rheinland-Pfalz einige Referendarinnen und Referendare nicht in den Schuldienst übernommen, auch wenn sie sehr gute Examen abgelegt haben.

Der Verweis der ADD auf den aktuellen Bedarf ist kurzsichtig und die Vertröstung der betroffenen jungen Kolle-

ginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen und reduzierten Deputaten ist unattraktiv und treibt diese in andere Bundesländer.

Der Hinweis der ADD, sich noch einmal zu melden, falls ein Angebot eines anderen Bundeslandes vorliegt, ist zynisch und unseriös.

Die kurzsichtige und unattraktive Personalpolitik der ADD ist vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierungswelle unverantwortlich und führt dazu, dass immer weniger Studentinnen und Studenten ein Referendariat und Lehramt in Rheinland-Pfalz anstreben. Dadurch werden die sich schon jetzt abzeichnenden Personalprobleme an den Schulen weiter verschärft.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht und aus Sicht der Steuerzahler ist diese Personalpolitik der ADD außerdem eine große Geld- und Ressourcenverschwendung.

Antrag Nr. 8: *Mit der Ergänzung („weiterhin") einstimmig angenommen.*

ANTRAG 9

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Lehrkräftenachwuchs – Einstellung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern*

Antrag:
Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land die Einstellung von Lehramtsanwärtern und -anwärterinnen mit größerem Nachdruck verfolgt als bisher.

Begründung:
Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter zumindest im Studienseminar Mainz scheint auf einem Allzeit-Tief angekommen zu sein. Somit erscheint die Sicherung des Lehrkräftenachwuchs gefährdet.

Selbst ehemalige Studierende sowie PES-Kräfte, die sich während ihrer Praktika oder Einsätze an rheinland-pfälzischen Schulen eine Beziehung zu einzelnen Schulen aufgebaut haben, treten angebotene Stellen nicht immer an. Hier ist ein Überdenken der bisherigen Praxis erforderlich.

Mögliche Ansatzpunkte können sein:

- Fortführung der Adressatenorientierung der Website „Lehrerin oder Lehrer werden" im kompletten Bewerbungs- und Stellenzuteilungsprozess
- Informationsveranstaltungen der ADD für die Studierenden in einschlägigen Studiengängen (z. B. Wirtschaftspädagogik, Lehramt Gesundheit) an den Universitäten des Landes
- schnellere und verbindlichere Kontaktaufnahme von Seiten der ADD, nachdem Bewerbungen eingegangen sind, um damit eine Bindung an das Land RLP zu erzielen
- ggf. eine Vereinfachung des Bewerbungsprozesses und ein klarer Zeitplan der Prozess-Schritte zwischen Bewerbung und Einstellung

Antrag Nr. 9: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 10

Antragsteller: *Ortsverband Trier (Studienseminar)*

Betreff: *Quereinstieg*

Antrag:
Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung:
An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht allein decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger – ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Antrag Nr. 10: *Die Delegierten beschließen einstimmig die Überweisung des Antrags an den Landesvorstand.*

ANTRAG 11

Antragsteller: *Ortsverband Trier (Studienseminar)*

Betreff: *Masterabschlüsse*

Antrag:
Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education" und „Master of Science" im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

Begründung:
Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science", der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science" häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Antrag Nr. 11: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 12

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Lehrbefähigung in Mangelfächern*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter des VLW im Hauptpersonalrat werden gebeten sich beim Ministerium für Bildung dafür einzusetzen, dass Kolleginnen und Kollegen mit einem Fachstudium + Referendariat oder einer in einem anderen Bundesland erworbenen Lehrbefähigung (auch) in Rheinland-Pfalz die Lehrbefähigung für ein identisches oder verwandtes Mangelfach erhalten.

Begründung:
Die Schulformen der berufsbildenden Schule können nur dann attraktiv gehalten werden, wenn die laut Stundentafel vorgesehenen Fächer auch unterrichtet werden können.

Im Bereich des Beruflichen Gymnasiums Gesundheit und Soziales besteht ein akuter Mangel an Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in den Fächern Pädagogik und Psychologie, so dass etwa Schülerinnen und Schüler möglicherweise in diesen Fächern nicht wie gewünscht einen Leistungskurs besuchen können.

Dem Mangel könnte in Teilen abgeholfen werden, wenn das Landesprüfungsamt Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in Sozialpädagogik die Lehrbefähigung in Pädagogik zuerkennt oder einen Weg aufzeigt, wie diese durch den Besuch von Lehrveranstaltungen an der Universität erworben werden kann. Dies ist bislang nicht der Fall.

Ebenso erkennt das Land Rheinland-Pfalz zum Teil die Lehrbefähigung in Psychologie nicht an, wenn diese in Nordrhein-Westfalen erworben wurde.

Antrag Nr. 12: *Mit der Änderung einstimmig angenommen.*

ANTRAG 13

Antragsteller: *Ortsverband Trier*

Betreff: *Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land*

Antrag:
Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung ein „Digitaler Hausmeister", also Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung:
Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalen Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Antrag Nr. 13: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 14

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Wiedereinführung der EDV-Betreuungspauschale*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an Schulen, bei denen eine adäquate EDV-Betreuung durch den Schulträger nicht gewährleistet werden kann, optional wieder die EDV-Betreuungspauschale in Anspruch genommen werden kann.

Begründung:
Im Rahmen des Digitalpakts wurden die Schulen mit einer digitalen Infrastruktur und entsprechenden Medien ausgestattet. Offenkundig wurde aber die Betreuungsintensität der nun vorhandenen Medien unterschätzt. So fallen auch bei den neuen Geräten häufiger Wartungs- und Servicetätigkeiten an, die eine zügige Betreuung vor Ort erfordern.

Bei den Schulträgern sind jedoch viele Stellen im Bereich der IT aufgrund des Fachkräftemangels unbesetzt. In der Folge ziehen sich Wartungs- und Servicetätigkeiten zum Teil über mehrere Tage oder gar Wochen hin. In dieser Zeit kann in den entsprechenden Räumen der Unterricht nicht in der dem digitalen Standard entsprechenden Qualität durchgeführt werden.

Um im schulischen Tagesgeschäft unkompliziert Abhilfe zu schaffen, erklären sich Kolleginnen und Kollegen bereit, den First-Level-Support oder darüber hinaus gehende Tätigkeiten durchzuführen. Da es für diese mitunter zeitintensiven Tätigkeiten keine Ermäßigung gibt, geht dies zu Lasten des von den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen zu erteilenden Unterrichts oder zu Lasten der 3/6 Pauschale, welche für Tätigkeiten im Bereich der Schulentwicklung gedacht ist. Folglich stehen so noch weniger Ressourcen für eine Qualitätssteigerung des Unterrichts zur Verfügung.

Antrag Nr. 14: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 15

Antragsteller: *Ortsverband Alzey*

Betreff: *Stärkung multiprofessioneller Teams an berufsbildenden Schulen*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, die multiprofessionellen Teams an berufsbildenden Schulen zu stärken. Dies umfasst die IT-Betreuung, die Schulsozialarbeit, die Schulpsychologie und die Verwaltung.

Begründung:
Die außerunterrichtlichen Belastungen an BBS haben erheblich zugenommen. Als Gründe seien nicht abschließend die Digitalisierung, Inklusion, zunehmende Verwaltungsaufgaben und bei der Schülerschaft die zunehmende Heterogenität, Lerndefizite sowie psychische und soziale Probleme genannt. Eine Stärkung der im Antrag genannten multiprofessionellen Teams ist erforderlich, um den Lehrkräften wieder die benötigte Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, d.h. das Unterrichten und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu geben.

Antrag Nr. 15: *Bei 11 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 16

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Schaffung zusätzlicher psychosozialer Angebote*

Antrag:
Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land den Schulen zusätzliche psychosoziale Angebote (Ausweitung der Schulsozialarbeit, vor Ort tätige Schulpsychologen) zur Verfügung stellt.

Begründung:
Die BBSen werden aktuell von vielen Schülerinnen und Schülern besucht, die Teile ihres siebten und achten Schuljahres bzw. ihres achten und neunten Schuljahres im Lockdown verbracht haben, woran sich ein Schuljahr mit weiteren Herausforderungen (Quarantänephasen, Unterrichtsausfall durch Krankheitswellen, Zeitverluste durch Selbsttest- und Pandemiemanagement) anschloss.

Diese Schuljahre und die allgemeine Situation in der Pandemie haben zu einer Vielzahl von Belastungen der Schülerinnen und Schüler geführt, die diese Schülerinnen und Schüler nach wie vor begleiten. Die Schulsozialarbeit vor Ort und die Beratungszentren des Schulpsychologischen Dienstes leisten hervorragende Arbeit. Es werden aber mehr dieser Angebote benötigt, im Falle der Schulpsychologie vor allem niederschwellig nutzbare Angebote vor Ort, die die Betroffenen ohne vorherige Terminvergabe direkt in der Schule aufsuchen können.

Antrag Nr. 16: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 17

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*
Betreff: *Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass alle Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an BBSen in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler aller Schulformen der jeweiligen Schule betreuen dürfen.

Begründung:
Aktuell sind viele Schulsozialarbeiter-Stunden an Schulformen gebunden, z.B. BVJ und BF. Der Betreuungs- und Beratungsbedarf nimmt jedoch auch in anderen Schulformen stetig zu. Hier sollte Schulsozialarbeit eine adäquate Betreuung und Beratung aller Schülerinnen und Schüler gewährleisten können.

Daher ist es dringend notwendig, die Bindung der Schulsoziarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Schulformen aufzuheben.

Schulsozialarbeit muss für alle Schülerinnen und Schüler verfügbar und zugänglich sein!

Antrag Nr. 17: *Einstimmig angenommen.*

Die Anträge 18 und 19 werden gemeinsam behandelt.

ANTRAG 18

Antragsteller: *Ortsverband Kaiserslautern*
Betreff: *Fehlzeitenregelung*

Antrag:
Der Landesvorstand soll sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass für die Schülerinnen und Schüler in Wahlschulen zum Erreichen des Schulzieles verpflichtend eine Anwesenheitsplicht von mindestens 85% der gesamten Unterrichtszeit je Fach/Kurs eingeführt wird.

Begründung:
Seit Jahren steigen die Fehlzeiten in diversen Wahlschulformen an. Ordnungsmaßnahmen greifen meistens zu kurz, weil die Schülerinnen und Schüler entweder schon volljährig sind oder werden und sich somit selbst entschuldigen können.

Die hohen Fehlzeiten führen zu entsprechenden Lücken im Lernfortschritt, die sich oft gleichmäßig über ganze Lerngruppen verteilen und den Lernerfolg entsprechend gefährden.

Die Verwaltung der Fehlzeiten erzeugt zudem einen enormen administrativen Aufwand der Klassen- und Kursleitungen, meist ohne nennenswerte Konsequenz.

Selbst in der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) vom Januar 2023 wird vorgeschlagen, Lehrkräfte von Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten.

Eine einfache Unterschriftenliste zu Beginn jeder Unterrichtsstunde und das Abschaffen der Entschuldigungspflicht bei gleichzeitig verbindlicher Anwesenheitsquote (15 % erlaubte Abwesenheit bedeutet bei einem Schuljahr mit 40 Wochen immerhin ganze sechs Wochen erlaubte Absenz) würde den Lernerfolg steigern, den administrativen Aufwand minimieren und somit Arbeitszeit und Energie bei den Lehrenden freisetzen, die diese in noch besseren Unterricht investieren könnten!

Die Verpflichtung zur Vorlage ärztlicher Bescheinigungen für Fehlzeiten erzeugt auch jetzt kaum eine Begrenzung der Fehlzeiten, da es aus medizinischer Sicht bei entsprechenden Symptomen schwierig ist, einem Patienten diese Bescheinigung zu verweigern.

Untersuchungen durch die Amtsärzte des Gesundheitsamtes stellen ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen keine gangbare Alternative dar.

Andererseits müssen regelmäßig Interessenten für z. B. den Bildungsgang im beruflichen Gymnasium abgelehnt werden.

ANTRAG 19

Antragsteller: *Ortsverband Südliche Weinstraße*
Betreff: *Anwesenheitsquote*

Antrag:
Wir fordern die Erweiterung der „Landesverordnung über die höhere Berufsfachschule vom 31. Juli 2019“ durch einen Passus zur Einführung einer Anwesenheitsquote von 75 % der Unterrichtsstunden zur Anerkennung des Assistenten-Abschlusses.

Begründung:
Die Forschung hat belegt, dass schon ein Versäumen von zehn Prozent des Schuljahres, einen negativen Einfluss auf die schulischen Leistungen der SuS hat. Gerade im Bildungsgang der HBF haben die Fehlzeiten insbesondere der teilweise erwachsenen SuS in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und führen zu signifikanten Wissenslücken. *(Quelle:https://schule-zaehlt.de/onewebmedia/3%20Fakten%20%C3%BCber%20Unterrichtsanwesenheit.pdf)*

Ferner werden nach §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung nur SuS zugelassen, die bis zum Stichtag mindestens zu zwei Dritteln ihr Praktikum absolviert haben. Eine solche Quote gibt es für den schulischen Teil nicht und sollte mit dieser Anwesenheitsquote der Praktikumsquote gleichgestellt werden.

Folgen:
Eine Nichterfüllung dieser Quote im zweiten Schuljahr führt analog zu fehlenden Praktikumstagen zur Nichtzulassung zur Abschlussprüfung.

In Ausnahmefällen soll der Klassenkonferenz zusammen mit der Schulleitung die Möglichkeit eingeräumt werden, eine geringere Anwesenheitsquote zu genehmigen.

Formulierungsvorschlag für den zu ergänzenden Passus des §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung:

Zu der Prüfung wird zugelassen, wer den Bildungsgang im zweiten Halbjahr des zweiten Schuljahres besucht mit einer Anwesenheitsquote von drei Vierteln über den gesamten Bildungsgang und nachweist, dass das Praktikum nach § 7 Abs. 6 und 7 mindestens zu zwei Dritteln absolviert und die bis dahin erfolgte Teilnahme am Praktikum in der Bescheinigung der Praktikumsstelle als erfolgreich bewertet wurde.

Antrag Nr. 18 wird bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen; da der Antrag 18 als der weitergehende angesehen wird, entfällt die Beschlussfassung über den Antrag Nr. 19.

ANTRAG 20

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*
Betreff: *Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – allgemeinbildende Fächer*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung:
In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schülerinnen und -Schüler einen deutlichen Nachteil gegenüber Schülerinnen und Schülern der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schülerinnen und Schüler der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schülerinnen und Schüler, die Erziehungsberechtigten und die Lehrkräfte der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

Antrag Nr. 20: *Bei 4 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 21

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*
Betreff: *Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – Fachhochschulreifeunterricht*

Antrag:
Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Fortführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe an Leistungskriterien gebunden ist.

Begründung:
Bei einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern der HBF ist bereits nach dem ersten Jahr abzusehen, dass sie den Fachhochschulreifeabschluss nicht erreichen werden. Aktuell ist lediglich eine freiwillige Abmeldung vom Fachhochschulreifeunterricht durch die Schülerinnen und Schüler möglich, dies wird aber in den wenigsten Fällen genutzt.

Durch die Einführung von Kriterien für die Weiterführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe ergibt sich für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler die Chance, dass sie sich Dank der so reduzierte Wochenstundenzahl, des niedrigeren Anforderungsniveaus (z.B. in Englisch B1 anstatt B2) und der geringeren Prüfungsbelastung auf den Abschluss zum staatlich geprüften Assistenten / zur staatlich geprüften Assistentin fokussieren können.

Antrag Nr. 21: *Bei 3 Ablehnungen und 8 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 22

Antragsteller: *Ortsverband Trier*
Betreff: *Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL*

Antrag:
Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium – erhalten bleiben.

Begründung:
Dieser Antrag spricht für sich selbst!

Antrag 22: *Bei 12 Enthaltungen angenommen.*

IM GESPRÄCH MIT DEM BILDUNGSAUSSCHUSS DER SPD-FRAKTION

WIR BRAUCHEN EINEN DIGITALEN HAUSMEISTER

Gerade der VLW hat in der Vergangenheit nicht an Kritik an der Bildungspolitik der SPD-geführten Landesregierung gespart. Umso wichtiger und interessanter ist der regelmäßige Meinungsaustausch mit der sie tragenden SPD-Landtagsfraktion. Zu diesem Zweck trafen sich Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß mit Bildungspolitikerinnen und -politikern der Fraktion.

Unterstützung erfuhren die beiden VLW-Vertreter bereits bei ihrem ersten Anliegen, nämlich die Optionen für Teilzeitarbeit im Schuldienst unangetastet zu lassen. Hierzu gehören auch die Möglichkeiten zum Sabbatjahr und der verschiedenen Formen der Altersteilzeit. Alle Varianten der Teilzeit finden ihre Bestätigung darin, dass sie von einem Großteil der Kolleginnen und Kollegen genutzt werden. Laut Bildungsministerium sind 72 Prozent der Lehrkräfte im Land weiblich. Diese kümmern sich in ihren Familien oftmals um Kinder und auch andere Angehörige, so dass sie durch eine auferlegte Reduzierung der Teilzeit vor erhebliche Probleme gestellt würden. Dirk Mettler betonte deshalb folgerichtig, dass die Teilzeit von den Betroffenen nicht ohne Grund gewählt wird und ein erhebliches Pfund für die Attraktivität unseres Berufes darstellt. Sven Teuber, MdL, beteuerte, dass die SPD-Fraktion keine Vorschriften zur Teilzeit machen wolle. Vielmehr wolle man versuchen, die Lehrkräfte zu motivieren, sich von der Teilzeit zu verabschieden, führte Susanne Müller, MdL, weiter aus. Karl-Heinz Fuß erklärte, dass die deutlich gestiegenen Belastungen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen konfrontiert werden, einer Reduzierung von Teilzeit entgegenstehen. Sven Teuber verwies hierzu auf Entlastung, die durch Technologie ermöglicht werden soll. Dirk Mettler hielt dem jedoch entgegen, dass wir uns diesbezüglich noch in einer Investitionsphase befinden – im Klartext, dass wir für die Transformation derzeit viel Arbeit aufwenden, bevor wir in späteren Jahren dann hoffentlich in den Genuss der Erleichterungen kommen. Als Beispiel führte er den SchulCampus an, für dessen Betreuung es keine zusätzlichen Anrechnungsstunden geben soll. Somit müssen die Stunden aus der 3/6-Pauschale entnommen werden, obwohl diese für andere wichtige pädagogische Aufgaben gebraucht werden.

Susanne Müller stimmte zu, dass wir uns in einer großen Transformationsphase befinden. Neben der Digitalisierung seien da auch die Herausforderungen durch Migration und Inklusion. Ziel der SPD sei es, die Didaktik mit Blick auf die Zukunft weiterzuentwickeln. Dabei wolle man sich vom „Zentralunterricht“ verabschieden, um der heterogenen Schülerschaft mit ihren individuellen Lernbedürfnissen gerecht zu werden. Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß widersprachen diesem Kurs nicht, betonten aber, dass wir auch für die Schule der Zukunft qualifiziertes Personal benötigen. In Bezug auf die digitale Transformation sind es IT-Expertinnen und -Experten, die

Foto: © Susie Knoll

Susanne Müller, MdL

Foto: privat

Sven Teuber, MdL

Foto: © SPD-Fraktion RLP/A. Heimann

Astrid Schmitt, MdL

wir benötigen, um die, oftmals täglich, anfallenden Probleme mit Soft- und Hardware zu bewältigen. Ein Ticket-System kann das an einer BBS nicht leisten. Stattdessen brauchen wir den digitalen Hausmeister, der permanent vor Ort, d.h. an der Schule, erreichbar ist. Was qualifizierte Lehrkräfte betrifft, so werden diese auch in einer Schule der Zukunft erforderlich sein. Die Unterstützung durch Studenten und PES-Kräfte kann da nur eine Notlösung sein, die nicht dazu genutzt werden darf, um die Unterrichtsversorgung statistisch besser darzustellen, als sie tatsächlich ist. Sven Teuber stimmte zu und versicherte, dass an Lehrkräften nicht gespart werden soll.

Der VLW bedankte sich bei Astrid Schmitt, MdL, und den weiteren SPD-Vertreterinnen und -Vertretern für das interessante Gespräch.

IM GESPRÄCH MIT BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENSTFAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG

Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen MdL Daniel Köbler

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die gesetzlichen Grundlagen für das Dienstfahrrad der Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen wurden, wird derzeit die europaweite Ausschreibung durchgeführt, um einen Dienstleister durch Abschluss eines Leasing-Rahmenvertrags zu beauftragen. Ziel ist es, dass die berechtigten Bediensteten im Laufe 2024 mit höchstmöglichem Digitalisierungsgrad ein Dienstrad leasen können. Die Kritik des VLW, dass sich die Einführung des Job-Rades so lange hinzieht, erwiderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Hinweis, dass es in Baden-Württemberg sogar insgesamt 2,5 Jahre gedauert hat, bis die Bediensteten das Leasing-Angebot nutzen konnten. Somit befände sich Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg.

Bei den Themen Job-Ticket und Zuschuss zum 49-Euro-Ticket trafen die VLW-Vertreter bei Köbler erwartungsgemäß auf offene Ohren. Wenngleich der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Flächenland Rheinland-Pfalz (noch) nicht für alle Beschäftigten nutzbar ist, so besteht doch bei einer Vielzahl von VLW-Mitgliedern ein Interesse an einem vonseiten des Dienstherrn bezahlten oder zumindest bezuschussten Ticket. Dass das Angebot des ÖPNV noch deutlich verbessert werden sollte, darin waren sich alle Beteiligten einig.

Zum Thema Bildung und der Situation an unseren Schulen bestätigte Köbler die Bedeutung des Handlungsfeldes. Das Land Rheinland-Pfalz habe bereits vieles auf den Weg gebracht, beginnend bei der frühkindlichen Bildung, über die Grundschule bis hin zu den weiterführenden Schulen. VLW-Vorsitzender Dirk Mettler verdeutlichte die Bedeutung der berufsbildenden Schulen, die nicht nur aus der Berufsschule als dualem Ausbildungspartner bestehen, sondern auch eine Vielzahl an Wahlschulbildungsgängen bieten. Diese sind ein Garant für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, da es faktisch für jeden Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule einen Anschluss an einer berufsbildenden Schule gibt, beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, das mit der Berufsreife abschließt, bis hin zum beruflichen Gymnasium, das mit berufsbezogenen Fächern zur Allgemeinem Hochschulreife führt. Ergänzt wird das Angebot durch Weiterbildungsmöglichkeiten in Form von Fachschulen mit vielen verschiedenen beruflichen Fachrichtungen. Dirk Mettler zeigte auf, dass ohne die berufsbildenden Schulen der Drang der Eltern, ihre Kinder, unabhängig von der Begabung, nach der Grundschule auf ein Gymnasium zu schicken noch viel größer wäre. Es bedarf aber noch viel größerer Anstrengungen bei der Information der Eltern zu den Möglichkeiten an den berufsbildenden Schulen.

Schließlich warben die VLW-Vertreter dafür, jetzt schon für den Nachwuchs an Lehrkräften an BBSn zu sorgen. Keinesfalls dürfe die Situation entstehen, dass in wenigen Jahren Bildungsangebote aufgrund von Personalmangel gestrichen werden müssen. Dies kann nur gelingen, indem das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiv bleibt, fügte Karl-Heinz Fuß mit Verweis auf den drohenden Fachkräftemangel hinzu.

Ein flächendeckendes Angebot beruflicher Bildung sorgt schließlich auch dafür, dass Schulwege kurz bleiben und somit, ganz im Sinne des einführenden Themas, mit dem ÖPNV und im Idealfall auch mit dem Fahrrad bewältigt werden können.

Die Beteiligten bedankten sich für das Gespräch und vereinbarten, weiterhin regelmäßig in Kontakt zu bleiben.

v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler und Daniel Köbler, MdL

IM GESPRÄCH MIT DER MINISTERIN

BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN DIE SCHULTRÄGER LIEFERN

Was müssen wir tun, damit unsere berufsbildenden Schulen auch mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt sind? Diese Fragestellung bildete den Rahmen für das Gespräch im Bildungsministerium, zu dem Mitglieder des VLW-Landesvorstands von Ministerin Dr. Hubig, ihren beiden Referentinnen Julia Burkard und Ulrike Neumüller sowie Christian Tuldi aus dem Ministerinbüro empfangen wurden.

Den Auftakt des Gesprächs bildete die alarmierend niedrige Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Mai den Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen angetreten haben. Mit landesweit 36 Personen wurde dabei ein neuer Minusrekord verzeichnet, gegenüber einer beinahe dreifach so hohen Zahl noch vor wenigen Jahren, zeigte Andreas Seehaus, Mitglied des BPR BBS, auf. Als Ursache für diese besorgniserregende Entwicklung können sicherlich multiple Faktoren vermutet werden, die sich jedoch nicht in jedem Fall eindeutig identifizieren lassen. Sind die niedrigen Anfängerzahlen möglicherweise eine Nachwirkung der Pandemie, oder wirken sich zwischenzeitlich die zurückhaltenden Einstellungen der letzten Jahre vor dem Hintergrund der rückläufigen Schülerzahlen aus? Oder sind es Abwerbemaßnahmen benachbarter Bundesländer, denen junge Leute nach dem Studium in Rheinland-Pfalz eher folgen mögen? Wenngleich diese Fragen sicherlich jeweils nur einen Anteil an der Gesamtsituation haben, so müsse nun dringend gegengesteuert werden, betonte die Delegation des VLW. Jürgen Hatzfeld wies auf den fehlenden Bekanntheitsgrad der berufsbildenden Schulen, insbesondere beim potenziellen Lehrkräftenachwuchs, hin. So würden sich viele Abiturientinnen und Abiturienten direkt für ein Studium entscheiden, ohne vorab eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Dadurch haben sie kaum Gelegenheit, eine berufsbildende Schule aus eigener Erfahrung kennenzulernen. Dirk Mettler ergänzt, dass sich dies auch auf den Schülernachwuchs auswirkt, wenn sich Eltern nach der Grundschule gegen die Realschule plus entscheiden, obwohl dieser Weg, mit der sich daran anschließenden BBS, bis zum Abitur alle Abschlüsse ermöglicht, die auch im allgemeinbildenden System er-

Foto: © Christian Tuldi

v.l.n.r: Ulrike Neumüller(BM), Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß, Andreas Seehaus (VLW), Ministerin Dr. Stefanie Hubig (BM), Dirk Mettler, Miriam Schmidle (VLW) und Julia Burkard (BM)

reicht werden können. Die Forderung des VLW lautete deshalb, eine entsprechende Kampagne auf den Weg zu bringen, um die berufsbildenden Schulen ins Blickfeld zu rücken. Als gutes Beispiel für eine solche Maßnahme kann die Fachkräfte-Kampagne für Erzieherinnen und Erzieher dienen, die vom Land Rheinland-Pfalz erfolgreich initiiert wurde.

Mit Blick auf die reformierte höhere Berufsfachschule fragten die VLW-Vertreter nach der Durchführung der bei der Umsetzung zugesagten Evaluation. Ulrike Neumüller erklärte dazu, dass die Verzögerung der Pandemie geschuldet sei, und dass die Evaluation nun bald erfolgen solle. Karl-Heinz Fuß kritisierte, dass die ursprünglich in Aussicht gestellte Trennung des Fachhochschulreifeunterrichts vom Unterricht in den niedrigeren Lernbausteinen nur an wenigen großen Schulen des Landes möglich sei. Aufgrund der starken Heterogenität führt die an vielen Standorten gemeinsam erfolgende Beschulung faktisch zur Absenkung des Niveaus im Fachhochschulreifeunterricht. Defizite können von den betroffenen Schülerinnen und Schülern, die sich anschließend in ein Studium begeben, nur mühsam aufgeholt werden.

Als weitere große Herausforderung sieht der VLW aktuell die digitale Transformation. Während unsere Schulen zunehmend mit der erforderlichen Internet-Bandbreite und Hardware versorgt werden, hapert es immer noch an der für berufsbildende Schulen erforderlichen spezifischen Software. In der Regel muss eine solche, wie z. B. bei SAP4school, aus dem Budget der einzelnen Schule bezahlt werden, was eine BBS schnell an die Grenze ihrer Möglichkeiten bringt oder zu Lasten anderer wichtiger pädagogischer Investitionen erfolgen muss. Als weiterer Schwachpunkt wurde von Miriam Schmidle der an vielen BBS-Standorten unzureichende IT-Support benannt. Seit der Systemumstellung, mit der die Anrechnungsstunden für anwendungsbetreuende Lehrkräfte zugunsten finanzieller Mittel für die Schulträger gestrichen wurden, läuft es vielerorts nicht mehr rund. Durch das Ticketsystem werden Probleme meist erst mit Verzögerung von mehreren Tagen gelöst. Dies führt bei den Kolleginnen und Kollegen zu Frust und reduziert die Bereitschaft, digitale Lehrmittel im Unterricht einzusetzen. Besonders kritisch kann die Situation werden, wenn Schülerprüfungen am PC abgenommen werden. Hier sind es letztendlich die Lehrkräfte, die, falls erforderlich, für eine schnelle Problemlösung sorgen müssen.

Ministerin Hubig zeigte Verständnis für die Situation, verwies aber auf die Verantwortung der Schulträger, denen für den IT-Support pro Schülerin und Schüler vom Land ein stattlicher Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird. Sie sagte zu, die unbefriedigende Umsetzung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden anzumahnen.

Der VLW-Vorsitzende Dirk Mettler bedankte sich bei der Ministerin und ihren Referentinnen sowie Christian Tuldi für das Gespräch. ■

LUNCH & LEARN: IN DER MITTAGSPAUSE DAS VERBRAUCHERWISSEN AUFFRISCHEN

116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V. aktiv. Sie stellen Beratungsangebote zur Verfügung und bieten Vorträge sowie Online-Seminare an. Teilweise kümmern sie sich auch seelsorgerisch um Bürgerinnen und Bürger, wenn beispielsweise eine Sperrung durch den Energieversorger oder ähnliches ansteht.

Die Verbraucherzentrale wirbt aktuell für die Nutzung ihrer digitalen Angebote. So stehen 60-90minütige Web-Seminare zu relevanten Verbraucherthemen im Programm, zudem gibt es das 30-minütige Format „Lunch & Learn“, bei dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher in der Mittagspause praktisch nebenher zu aktuellen und verbraucherrelevanten Themen informieren können. Bei beiden Formaten haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Wer tiefer in ein Thema einsteigen möchte, kann sich zu einer „Online-Sprechstunde“ anmelden, in der jeweils Fragen zu einem spezifischen Thema besprochen und in Kleingruppen bearbeitet werden.

Die Verbraucherzentrale betreibt unabhängig und praxisnah umfassende Verbraucherberatung zu den Themenkomplexen Geld & Versicherungen, Digitales, Lebensmittel, Umwelt, Gesundheit & Pflege, Energie, Reise und Verträge.

Die Verbraucherzentrale ist eine überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisation. Ziel ihrer Arbeit ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des privaten Konsums zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Sie verschafft Überblick bei unübersichtlichen Angeboten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen. Und sie benennt Gesundheits- oder Umweltaspekte, die Kaufentscheidungen beeinflussen können.

Informationen finden Sie im Internet unter www.verbraucherzentrale-rlp.de . Dort können Sie sich auch für den regelmäßig erscheinenden Newsletter registrieren.

Der dbb Rheinland-Pfalz ist einer von zwanzig Mitgliedsverbänden in der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V.

ACHTUNG: FEHLERTEUFEL TREIBT UNWESEN IM VLW-KALENDER

Im VLW-Wand- und Tischkalender für das Schuljahr 2023/24 hat sich ein Fehler eingeschlichen: Rosenmontag, Fastnachtsdienstag und Aschermittwoch sind fälschlicherweise in der 8. Kalenderwoche dargestellt. Tatsächlich liegen sie in der 7. Kalenderwoche. Bitte berücksichtigen Sie dies bei Ihren Planungen. Wir empfehlen die umgehende händische Korrektur.

Das VLW-Team entschuldigt sich für diesen Fehler.

Illustrationen © AdobeStock

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Hildchen 7 • 56077 Koblenz

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11151-2303-3610

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

AUSBILDUNGSKAPAZITÄTEN AUSBAUEN

Den Ausbau der Zahl der Studienplätze für das Lehramt an BBS, verbunden mit einer verbesserten Vergütung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter!

ARBEITSPLATZ SCHULE MODERNISIEREN

Der Arbeitsplatz Schule muss endlich den Anforderungen der Zeit angepasst werden – zu nennen sind hier Personalausstattung, Unterstützung bei der Digitalisierung und Ausweitung der Schulsozialarbeit!

LEHRKRÄFTE ENTLASTEN

Lehrkräfte sollen das tun, wofür sie ausgebildet wurden – wir brauchen dringend Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben!

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Senkung der gebundenen Arbeitszeit, die Anpassung von Klassenfrequenzen und eine früher einsetzende höhere Altersermäßigung!

LAUFBAHNVERORDNUNG ANPASSEN

Die Regelbeförderung nach Besoldungsstufe A14, um den Unterschied zur Privatwirtschaft wenigstens ansatzweise zu vermindern!

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW

KOMPAKT

DEZEMBER 2023

DAUERHAFTER INFLATIONSAUSGLEICH ÜBERFÄLLIG!

PERSONALRÄTESCHULUNG
Was ist beim Umgang mit KI an Schulen zu beachten?

ERFAHRUNGSBERICHT
Mobilität: Lohnt sich das dbb-Autoabo?

IN DIESER AUSGABE ...

DEZEMBER 2023

KUNDGEBUNG
Für unsere Forderungen sind wir auf die Straße gegangen

SCHULUNG
Rechtsanwältin Antonia Dufeu gibt Orientierung beim Thema KI

BVLB-AG TAGUNG
Internationale Berufsbildung und Nachhaltigkeit

03 DER DRUCK WÄCHST
Editorial

04 DAUERHAFTER INFLATIONSAUSGLEICH ÜBERFÄLLIG!
VLW-Forderungen zur Einkommensrunde

06 DAS SÜSSE GIFT
Kommentar des Landesvorsitzenden

07 PERSONALGEWINNUNG IN DEN FOKUS RÜCKEN
Der VLW im Gespräch mit der CDU-Fraktion

08 MEDIENRECHT IM ZEITALTER KÜNSTLICHER INTELLIGENZ (KI) – HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SCHULEN
Rückblick auf Personalräteschulungen 2023

09 AUS DEN BEZIRKEN
Bezirksverband Pfalz besucht die BASF
Online-Fortbildung imBezirksverband Koblenz
Ortsverband Koblenz hat gewählt

11 NACHHALTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN
VLW ist Gastgeber der BvLB-AG-Tagung in Worms

13 DAS DBB-AUTOABO – SORGLOSPAKET ODER LUXUSMODELL?
Michael Lutz und Andreas Seehaus berichten über ihre Erfahrungen

14 HINTER DEN KULISSEN DES VLW
Daniela Boudgoust layoutet das Verbandsmagazin

15 IMPRESSUM

16 FORDERUNGEN DES VLW

DER DRUCK WÄCHST

Liebe Leserin, lieber Leser,

während ich diese Zeilen schreibe, finden in der gesamten Republik Protestaktionen und Warnstreiks statt. Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst spielen offensichtlich auf Zeit, um die Verbände und Gewerkschaften mürbe zu machen. So bleibt es offen, ob und wann endlich ein Angebot von der Tarifgemeinschaft der Länder kommt. Haushaltskrise und Rezession hin oder her, durch die hohe Inflation sinkt der Lebensstandard der Kolleginnen und Kollegen einerseits, andererseits steigen die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder. Da halte ich es nicht für glaubwürdig, dass kein Geld für eine angemessene Besoldungserhöhung zur Verfügung stehen soll. Lesen Sie unseren Leitartikel zum aktuellen Sachstand vor der dritten Verhandlungsrunde und den dazugehörigen Kommentar unseres Landesvorsitzenden Dirk Mettler! Ebenso interessant ist das Gespräch, das der VLW-Vorstand mit der CDU-Fraktion bereits im Frühjahr geführt hat. Es fällt auf, dass die angesprochenen Themen noch nichts an Aktualität eingebüßt haben. Wir berichten zudem von unseren Aktivitäten, die wir zu Beginn des laufenden Schuljahres durchgeführt haben: Zum Thema „Künstliche Intelligenz“ konnten wir zwei Personalräteschulungen mit der Fachanwältin für Medienrecht Antonia Dufeu anbieten. Zum Thema „Änderungen im Schuldrecht – Schwerpunkt Kaufvertragsstörungen“ fand im Bezirk Koblenz ein Online-Seminar mit Dr. Sesing-Wagenpfeil statt. Beim Ortsverband Koblenz wurde Jens Spornitz als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Und der Ortsverband Worms fungierte als kompetenter Gastgeber für die Jahrestagung der BvLB-AG Internationale Berufsbildung und Nachhaltigkeit. Des Weiteren berichten zwei unserer Vorstandskollegen von ihren Erfahrungen mit dem Autoabo der dbb-Vorteilswelt. Und last but not least haben wir unsere Mediengestalterin Daniela Boudgoust zum Interview gebeten. Unter ihren kompetenten Händen ist auch dieses Heft entstanden.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre, erholsame Weihnachtsferien und ein glückliches Jahr 2024.

Ihr Karl-Heinz Fuß

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

VLW Rheinland-Pfalz jetzt auch auf Instagram!
Seit den Herbstferien sind wir in den Sozialen Medien auf Instagram präsent. Folgen Sie uns unter ***vlw_rlp*** *und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*

VLW_RLP

Kurz vor Beginn versammelten sich die VLW-Teilnehmer am Treffpunkt

DAUERHAFTER INFLATIONSAUSGLEICH ÜBERFÄLLIG!

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgt der VLW Rheinland-Pfalz die aktuelle Einkommensrunde zum Tarifvertrag der Länder (TV-L). An deren Abschluss orientiert sich auch die kommende Besoldungserhöhung für die verbeamteten Lehrkräfte im Dienst des Landes. Üblicherweise wird der Tarifabschluss für die Beamten und die Versorgungsempfänger per Gesetz übernommen. Zwingend ist das jedoch nicht.

Deshalb gehen wir dafür auf die Straße: In einem ersten Schritt, um unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst bei ihrem Kampf um einen möglichst guten Abschluss zu unterstützen, und zum zweiten, damit das Ergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Beamte und Versorgungsempfänger übertragen wird.

Die Hauptforderung von dbb tarifunion und verdi für 10,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 500 Euro monatlich bezieht sich auf eine Laufzeit von zwölf Monaten. Zudem werden für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg aufgrund der dort besonders hohen Lebenshaltungskosten zusätzlich 300 Euro gefordert. Dazu kommen noch weitere Forderungen, wie bessere Konditionen für Auszubildende und Praktikanten.

Das alles ist den Arbeitgebern wohl zu viel, so dass sie in den ersten beiden Verhandlungsrunden ablehnend reagierten und kein eigenes Angebot vorgelegt haben.

ABSCHLUSS ZUM TVÖD ALS MASSSTAB

Es ist sicherlich nicht zu viel erwartet, wenn für die Landesbeschäftigten zumindest das erreicht wird, was im TVöD für die Beschäftigten für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart und zwischenzeitlich auch für die Beamten und Versorgungsempfänger beim Bund übernommen wurde.

Weniger würde bedeuten, dass sich der Abstand bei der Bezahlung noch weiter vergrößert. Das kann niemand wollen, denn sonst muss man sich nicht wundern, wenn die Zahl der Bewerbungen für den Landesdienst weiter zurückgeht. Bereits jetzt droht ein massiver Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst.

Es ging winterlich zu bei der Kundgebung durch die Mainzer Innenstadt

Entgeltgruppe	Rheinland-Pfalz bis 30.9.2023[1)]	Bund und Kommunen ab 1.3.2024 (Prognose)[1)]	Differenz
A13	5.718,01 €	6.427,89 €	709,88 €
A14	6.333,30 €	6.972,92 €	639,62 €

Besoldungsunterschied zwischen Beamten beim Land Rheinland-Pfalz und beim Bund jeweils in der höchsten Entwicklungs-/Erfahrungsstufe

Die Beschäftigten in den Ländern fordern mit Recht einen angemessenen Inflationsausgleich. Laut Statistischem Bundesamt hat sich der Verbraucherpreisindex von 101 Punkten im Januar 2021 auf 117,8 Punkte im Oktober 2023 erhöht. Im selben Zeitraum wurde unsere Besoldung lediglich um 2,8 Prozent angehoben. Die einmalige Corona-Prämie kann nur bedingt Berücksichtigung finden, da sie keinen dauerhaften Effekt hat.

DIE TÜCKE BEI DER INFLATIONSAUSGLEICHSPRÄMIE

Ebenso ist die im TVöD vereinbarte Inflationsprämie von 3.000 Euro ungeeignet, um dauerhaft den durch die Inflation verursachten realen Einkommensverlust zu kompensieren. Einem Berechnungsbeispiel des WSI der Hans-Böckler-Stiftung[2)] lässt sich entnehmen, dass eine angenommene tabellarische Besoldungserhöhung in Höhe von vier Prozent eine wirksamere Maßnahme gegen den inflationsbedingten Einkommensverlust darstellt. Da die steuerfreie Prämie für viele dennoch verlockend erscheint, wird sie vom dbb als „süßes Gift“ bezeichnet.

Zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die dritte Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember noch nicht stattgefunden. Der VLW hat bei der dbb-Protestaktion am 4. Dezember mit vielen seiner Mitglieder in Mainz Flagge gezeigt. Sollten die Arbeitgeber den Tarifstreit in die Länge ziehen, werden wir nicht müde werden, weiterhin auf die Straße zu gehen und für unsere Forderungen zu kämpfen. Unterstützen Sie uns, denn wir kämpfen dafür, dass der öffentliche Dienst nicht kaputtgespart wird und dass der Arbeitsplatz BBS attraktiv bleibt.

[1)] Besoldungstabelle Rheinland-Pfalz 2023 und Besoldungstabelle Bundesbeamte 2024: Anpassung & Inflationsbonus (oeffentlicher-dienst-news.de)

[2)] Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI): Analysen zur Tarifpolitik Nr. 94 März 2023 - Inflationsausgleichsprämie oder Tariferhöhung?

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

DAS SÜSSE GIFT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Süßer die Kassen nie klingeln“ heißt es in einer bekannten Persiflage auf einen Schlager der vorweihnachtlichen Dudelmusik. Sie beschreibt den Kaufrausch, in den die Konsumenten alle Jahre wieder verfallen, wenn das Christkind vor der Tür steht. In diesem Jahr rechnen Wirtschaftsverbände und Prognoseinstitute eher damit, dass sich die Kauflaune in Grenzen halten wird. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. Die massive Inflation der letzten Jahre hat zu realen Kaufkraftverlusten geführt. Gepaart mit der durch Kriege ausgelösten Unsicherheit führt sie dazu, dass die Menschen ihre Konsumausgaben einschränken. Daran ändert auch der erfreuliche Rückgang der Inflationsrate auf ein halbwegs moderates Niveau nichts, schließlich berechnet sich diese ja auf Basis des bereits hohen Preisniveaus im Vorjahr.

Seit Januar 2021 haben sich die Entgelte und Bezüge für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz um sage und schreibe 2,8 Prozent erhöht (zum 1. Dezember 2022). Im gleichen Zeitraum ist der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes um fast 17 Prozent gestiegen. Angesichts dieser Lücke ist die Forderung des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften (also auch des VLW), die Tabellenentgelte linear um 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro im Monat anzuheben, geradezu bescheiden und zeugt von einem hohem Verantwortungsbewusstsein für die öffentlichen Finanzen, die bekanntlich von Rekord-Steuereinnahmen gekennzeichnet sind.

Umso verwerflicher ist die Hinhaltetaktik der Arbeitgeberseite, also der Bundesländer mit Ausnahme Hessens, die es in zwei Verhandlungsrunden, die am 26. Oktober sowie am 2./3. November stattfanden, noch nicht einmal für nötig befunden haben, überhaupt ein Angebot vorzulegen. Deshalb war es wichtig und richtig, dass der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften Flagge gezeigt und bundesweit zu Warnstreik- und Protestaktionen aufgerufen haben. Allen, die sich am 4. Dezember an der Aktion in Mainz beteiligt haben, gilt mein herzlicher Dank. Es ist wichtig, dass wir bei solchen Anlässen zusammenstehen. Der Landesvorstand allein kann da nicht viel ausrichten.

Bleibt zu hoffen, dass unsere Dienstherren die Botschaft der Protestaktionen verstanden haben und bei der dritten Verhandlungsrunde vom 7. bis 9. Dezember endlich ein vernünftiges und tragfähiges Angebot auf den Tisch legen. Kein vernünftiges Angebot wäre die Einmalzahlung einer Inflationsausgleichsprämie. Schon allein die Verknüpfung von Inflationsausgleich mit Einmalzahlung zeugt entweder vom Fehlen jeglichen Sachverstands oder von der Absicht, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also den größten Teil der Bevölkerung, hinters Licht zu führen. Als ob die Preise nach Beendigung aller Krisen – worauf wir vermutlich ohnehin noch Jahre warten dürfen – auf breiter Front wieder auf ihr vormaliges Niveau zurückfielen.

Glücklicherweise sinken wenigstens die Energiekosten seit einigen Monaten spürbar. Die waren aber auch extrem weit nach oben geschossen. Manch einer wird sich sicher noch daran erinnern, wie er sich angesichts verdreifachter Abschlagszahlungen verwundert die Augen gerieben hat. Dieser erfreulichen Entwicklung ist es übrigens zu verdanken, dass die Inflationsrate inzwischen wieder auf ein halbwegs erträgliches Niveau gesunken ist. Betrachtet man alleine die Lebensmittel, ergibt sich nach wie vor eine exorbitante Teuerung.

Vor diesem Hintergrund ist eine Einmalzahlung, so verlockend sie angesichts der Steuerfreiheit auch klingen mag, ein süßes Gift. Sie fließt halt nur ein einziges Mal ins Portmonee und verpufft danach wirkungslos. Den gleichen Effekt wie eine Einmalzahlung in Höhe von 3.000 Euro hätte für Lehrkräfte in den Besoldungsgruppen A 13/A 14 eine lineare Erhöhung von etwa 4 Prozent. Zugegebenermaßen brutto, da sie der Steuerpflicht unterläge, dafür aber nicht nur ein Mal sondern in jedem Jahr. Außerdem würden zukünftige Tariferhöhungen dann auch von dem höheren Niveau ausgehen.

Noch verlockender ist das süße Gift naturgemäß in niedrigeren Entgelt- und Besoldungsgruppen, denen große Teile der Landesbediensteten angehören. Umso erfreulicher ist es, dass der dbb Rheinland-Pfalz sich in einer Resolution nicht für eine Einmalzahlung ausgesprochen hat (was diskutiert wurde). Bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungsführer in Potsdam konsequent bleiben und sich nicht über den Tisch ziehen lassen.

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich ein friedvolles und segensreiches neues Jahr 2024.

Dirk Mettler

DER VLW IM GESPRÄCH MIT DER CDU-FRAKTION:

PERSONALGEWINNUNG IN DEN FOKUS RÜCKEN

Jenny Groß, MdL
und Thomas Barth, MdL

Als gänzlich ungeeignet zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen sieht der VLW die ausgesprochenen Empfehlungen der ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) zur Reduzierung des Lehrermangels. Beim Online-Gespräch zwischen Vertreterinnen und Vertretern des VLW-Landesvorstandes mit der CDU-Landtagsfraktion zeigte Dirk Mettler auf, weshalb wir die meisten vorgeschlagenen Maßnahmen ablehnen. Lediglich der Vorschlag, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten, die nichts mit Unterricht zu tun haben, wird vom VLW begrüßt.

WIR BRAUCHEN EINEN „DIGITALEN HAUSMEISTER“

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Jenny Groß unterstützt die Forderung des VLW nach einem „digitalen Hausmeister“, aufgrund der Tatsache, dass die Betreuung der DV-Systeme an unseren Schulen oftmals nur unzureichend funktioniert. Groß betonte zudem, dass die DV-Betreuung eine Aufgabe des Landes sein müsse. Dadurch könne auch die unterschiedliche finanzielle Leistungsfähigkeit der Schulträger ausgeglichen werden. Dirk Mettler kritisierte in diesem Zusammenhang die fehlende Entlastung für Betreuerinnen und Betreuer des Schulcampus. Für die berufsbildenden Schulen entsteht ein besonders hoher Aufwand, da aufgrund der verschiedenen Bildungsgänge und der hohen Schülerzahlen jedes Jahr aufs Neue viele Zugangsdaten angelegt und gepflegt werden müssen.

UNTERSTÜTZUNG BEI SCHULSOZIALARBEIT UND VERWALTUNGSAUFGABEN DRINGEND BENÖTIGT

Thomas Barth, CDU, bekräftigte die Forderung des VLW nach einer Stärkung des Unterstützungspersonals, insbesondere auch für Schulsozialarbeit und Verwaltungsaufgaben. Dafür müssten die Aufgaben zwischen Land und Schulträgern klar formuliert werden.

EVALUATION DER REFORMIERTEN HÖHEREN BERUFSFACHSCHULE ÜBERFÄLLIG

Als weiteres Thema nahm Dirk Mettler die reformierte Höhere Berufsfachschule in den Fokus. Hier müsse nun zeitnah eine Evaluation erfolgen, um Schwachstellen zu identifizieren und gegebenenfalls nachzusteuern. Thomas Barth und Jenny Groß sagten zu, dies im Bildungsausschuss des Landtags anzusprechen.

PLANSTELLEN AUSWEITEN UND WEITERE ANREIZE BIETEN

Zur Lehrkräfteversorgung moniert der VLW, dass PES-Stellen zu Lasten von Planstellen finanziert werden, was teilweise dazu führt, dass sehr gute Bewerber abgewiesen werden. Als weiterer, wenngleich auch kleinerer Baustein zur Lehrkräftegewinnung wurde das im Nachbarland Hessen gewährte Job-Ticket genannt. Karl-Heinz Fuß sprach sich für Rheinland-Pfalz dafür aus, einen Zuschuss für all diejenigen zu gewähren, die das Deutschland-Ticket für den ÖPNV nutzen möchten.

Der VLW bedankte sich für das Gespräch und beide Seiten vereinbarten, weiterhin den regelmäßigen Kontakt zu pflegen.

Anmerkung der Redaktion: Der Bericht zu dem Gespräch, das bereits im Frühjahr 2023 stattfand, konnte aus Kapazitätsgründen leider erst jetzt gedruckt werden. Das VLW-Redaktionsteam bittet um Verständnis.

PERSONALRÄTESCHULUNG

in Weisenheim am Berg und Welling

MEDIENRECHT IM ZEITALTER KÜNSTLICHER INTELLIGENZ (KI) – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE SCHULEN

Wem gehören eigentlich die Rechte an einem von der KI erzeugten Werk? Darf ein Lehrer, eine Lehrerin einen Chatbot zur Unterrichtsvorbereitung verwenden und mittels eines generierten Videos sogar die Unterrichtsstunde halten lassen? Wie sind Hausaufgaben von Schülerinnen und Schülern zu beurteilen, zu deren Anfertigung Chatbots verwendet wurden? Wie kann ein Lehrer, eine Lehrerin überhaupt nachweisen, dass Hausaufgaben über einen Chatbot erledigt wurden? Welche datenschutzrechtlichen Regelungen sind zu beachten, wenn in der Schule mit KI-Programmen gearbeitet werden soll? Wie sieht es mit den Persönlichkeitsrechten aus?

Diese und viele weitere Fragen konnten von Rechtsanwältin Antonia Dufeu bei den VLW-Personalräteschulungen in Weisenheim am Berg und in Welling anschaulich dargestellt und beantwortet werden. Sie klärte auf, dass viele Bereiche noch nicht abschließend geregelt sind und die Rechtsprechung erst nach und nach erfolgen wird. Dennoch konnte Antonia Dufeu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern viele hilfreiche grundsätzliche Regeln zur Orientierung aufzeigen. Zudem hat sie eine Muster-Nutzungsordnung für KI an Schulen erstellt, die sie den anwesenden Personalratsmitgliedern mit auf den Weg geben konnte.

Zu den weiteren Themen der diesjährigen VLW-Personalräteschulungen, wie den Freistellungsstunden für Personalräte und zur Mehrarbeit im Schuldienst, standen die jeweiligen Stellv. Vorsitzenden aus dem BPR, Kurt Flöck, und dem HPR, Dirk Mettler (nur Welling), gemeinsam mit Karl-Heinz Fuß (nur Weisenheim) und Andreas Seehaus, jeweils Mitglieder in HPR bzw. BPR, zur Verfügung. Zudem blieb an beiden Veranstaltungsorten Zeit für den persönlichen Erfahrungsaustausch, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als willkommene Gelegenheit genutzt wurde.

ZUR PERSON

*Rechtsanwältin **Antonia Dufeu** LL. M betreibt eine Anwaltskanzlei in Mainz-Mombach. Sie hat sich auf Medien- und Onlinerecht für Schulen spezialisiert. Unter anderem hat sie an der Erstellung des Handbuches Schule.Medien.Recht des Bildungsministeriums in Mainz mitgewirkt. Sie bearbeitet überwiegend schulische Rechtsfragen und bietet u. a. Rechtsberatungen rund um technische und mediale Ausstattungen und Projekte an Schulen an.*

BEZIRKSVERBAND PFALZ BESUCHT DIE BASF

Der VLW-Bezirksverband Pfalz hatte seine Mitglieder am 13. November zu einer Betriebsbesichtigung der BASF-Werke in Ludwigshafen eingeladen. Die auf maximal 15 Personen beschränkte Betriebsbesichtigung war ausgebucht.

Die von der BASF vorgegebene Limitierung der Personenzahl hatte den Vorteil einer intensiven Betreuung und beinhaltete eine exklusive Werksrundfahrt in einem Bus der BASF, besetzt nur von unseren Kolleginnen und Kollegen.

Zunächst stand eine Führung durch die werksinterne Ausstellung auf mehreren Stockwerken des „Visitor Centers“ der BASF auf dem Programm. Die Teilnehmenden wurden über die Entstehungsgeschichte, bahnbrechende Innovationen, unzählige Produkte/Vorprodukte der BASF und den schon begonnenen Transformationsprozess des Unternehmens zu einer Nachhaltigkeit umfassend informiert. Es folgte eine beeindruckende, gut einstündige Rundfahrt durch viele Bereiche des riesigen Betriebsgeländes.

Abgerundet wurde das Programm durch ein gemeinsames Mittagessen im sogenannten „Feierabendhaus“ der BASF, mit noch vielen interessanten Gesprächen zu dem Erlebten, aber auch zu schulischen und verbandspolitischen Themen. Laut den Teilnehmenden eine „gelungene Veranstaltung“!

Andreas Seehaus

ONLINE-FORTBILDUNG IM BEZIRKSVERBAND KOBLENZ

Änderungen im Schuldrecht – Schwerpunkt Kaufvertragsstörungen

Mit zahlreichen Fallbeispielen und in reger Interaktion mit den teilnehmenden Mitgliedern ging Dr. Andreas Sesing-Wagenpfeil in einer Online-Fortbildung im Bezirksverband Koblenz auf die Änderungen im Schuldrecht und ihre Auswirkungen ein. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Kaufvertragsstörungen.

Die Änderungen zum 1. Januar 2022 betreffen insbesondere den Mangelbegriff, den Bereich der Nacherfüllung und des Unternehmerrückgriffs. Auch gibt es neue Regelungen zum Verbrauchsgüterkauf und zu Waren mit digitalen Inhalten. Damit die Teilnehmenden den Anschluss finden und sich mit den Fallbeispielen auseinandersetzen konnten, gab Dr. Andreas Sesing-Wagenpfeil zunächst einen kurzen Überblick über die Grundlagen des Kaufrechts und

wiederholte relevante Aspekte der kaufrechtlichen Gewährleistung.

Der Kaufvertrag ist in zahlreichen Bildungsgängen der BBS Unterrichtsthema, weshalb diese Fortbildung den Kolleginnen und Kollegen wichtige neue Informationen geben und Vorwissen auffrischen konnte.

Stefanie Tischer

ZUR PERSON

***Dr. Andreas Sesing-Wagenpfeil** ist derzeit als Vertreter der Juniorprofessur für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr in Hamburg tätig. Zudem ist er Geschäftsführer des Instituts für Rechtsinformatik an der Universität des Saarlandes, an welchem zum IT-Recht und zur Rechtsinformatik geforscht und gelehrt wird. Schwerpunkte sind hier die Bereiche Automotive, Datenschutz und Künstliche Intelligenz.*

ORTSVERBAND KOBLENZ HAT GEWÄHLT

Jens Spornitz im Amt bestätigt

Bei einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Ortsverbands Koblenz wurde der Ortsvorsitzende Jens Spornitz einstimmig wiedergewählt. Ihm zur Seite steht sein Stellvertreter Jörg Münch, der ebenfalls einstimmig in dieses Amt gewählt wurde.

Bei einer anschließenden Austauschrunde mit der Bezirksvorsitzenden Stefanie Tischer und dem Landesvorsitzenden Dirk Mettler hatten die Mitglieder Gelegenheit, all ihre Anliegen, Fragen und Anregungen loszuwerden. Neben der Senkung des Deputates und der Entlastung von Verwaltungstätigkeiten wünschen sich die Mitglieder einen Ausbau der Schulsozialarbeit und die Integration derselben in multiprofessionelle Teams. Beim IT-Support fordern sie das Land auf, mehr Druck auf die Schulträger auszuüben, da die derzeitige Unterstützung seitens der Kommune nicht ausreicht.

Berufsbildende Schulen sollten nach dem Willen der versammelten Mitglieder endlich den Status einer Ganztagsschule erhalten, weil sie das de facto längst sind, ohne die offizielle Anerkennung aber von den entsprechenden Fördermitteln abgeschnitten sind. Darüber hinaus wünschen sie sich, dass die ADD ihrer Fürsorgepflicht für das Personal der Schulen nachkommt und z. B. für mehr Sauberkeit an den Schulen sorgt.

Im Anschluss an die Versammlung hat der Ortsverband zu einem gemütlichen Beisammensein ins Maximilians-Brauhaus nach Lahnstein eingeladen, wo die Gespräche in ungezwungener Atmosphäre weitergingen.

Dirk Mettler

Stefanie Tischer und Dirk Mettler (l.) bedanken sich bei Jens Spornitz für die bisher geleistete Arbeit und gratulieren zur Wiederwahl.

In gemütlicher Runde wurde noch lange über bildungspolitische Themen diskutiert.

BVLB-AG „INTERNATIONALE BERUFSBILDUNG UND NACHHALTIGKEIT“ TAGT IN WORMS

NACHHALTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN

Der VLW Rheinland-Pfalz fungierte in diesem Jahr als Gastgeber der alljährlich stattfindenden AG-Tagung. Neben einem umfassenden Tagungsprogramm blieb auch Zeit für den Genuss rheinhessischer Gastlichkeit.

DIE „GRÜNEN ZIMMER“ IN WORMS

Bereits am Anreisetag gab es für die zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen freundlichen Empfang durch **Bürgermeisterin Stephanie Lohr,** die sich trotz des am selben Tag stattfindenden ersten Wormser Tages der Demokratie Zeit für den Gedankenaustausch mit **Stefan Nowatschin, stellv. BvLB-Vorsitzender** und Leiter der AG, nahm. Anschließend zeigte **Agnes Denschlag**, **Leiterin der Volkshochschule Worms** den AG-Mitgliedern interessante Beispiele zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Innenstadt von Worms. Besonderes Interesse erweckten dabei die mobilen „Grünen Zimmer“, die in diesem Sommer zum ersten Mal in Worms für Abkühlung sorgen sollten. Beim „Grünen Zimmer“ handelt es sich um eine Kombination aus Sitzmöglichkeit und Bepflanzung, die gleichzeitig Schadstoffe aus der Luft filtert und eine Klima- und Ruheoase für Menschen in der Stadt bietet.

ANREISE MIT DEM FAHRRAD UND NACHHALTIG PRODUZIERTE VERPFLEGUNG

Die Mitglieder der BvLB-AG waren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, **Adrian Bartosch** und **Christian Benick** aus dem 120 Kilometer entfernten Saarbrücken sogar mit dem Fahrrad, womit sie respektabel deutlich machten, dass sie die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz ernst nehmen. So wurde auch bei der Auswahl der Gaststätten darauf geachtet, dass vornehmlich regionale und nachhaltig produzierte Produkte im Angebot waren. Dementsprechend ließ die Gruppe nach der ersten Arbeitssitzung den Freitagabend im Restaurant „Die Pfälzer“ bei regionalen Spezialitäten ausklingen, bevor es zur Übernachtung zurück ins Wormser Domhotel ging.

KENNENLERNEN DES BERUFLICHEN BILDUNGSZENTRUMS (BIZ)

Der Samstag begann mit der Besichtigung des Wormser Berufsbildungszentrums (BIZ), das aus der Karl-Hofmann-Schule, BBS Gewerbe und Technik, und der BBS Wirtschaft besteht, deren Gebäude unmittelbar beieinander stehen. **Christoph Ringhoffer vom vlbs Rheinland-Pfalz** führte die AG-Mitglieder über das Gelände und informierte über interessante Fakten zur Geschichte des BIZ. Da er bis zum Eintritt in den Ruhestand Mitglied der Schulleitung der Karl-Hofmann-Schule war, verfügt er über einen reichen Erfahrungsschatz und würzte seine Führung entsprechend mit unterhaltsamen Anekdoten. Nowatschin bedankte sich bei Ringhoffer für die gelungene Führung und dass er als Ansprechpartner für die Karl-Hofmann-Schule zur Verfügung stand.

BERUFLICHE BILDUNG NATIONAL UND INTERNATIONAL STÄRKEN

Anschließend wurde die Gruppe von **Thorsten Weber** mit Informationen zur BBS Wirtschaft begrüßt. Er stellte den Raum für die Arbeitstagung zur Verfügung und sorgte dafür, dass die erforderliche Tagungstechnik funktionierte. So konnte online als Gesprächs- und Diskussionspartner **Prof. Dr. Markus Böhner, Leiter des Studienseminars BBS in Mainz**, zugeschaltet werden. Er berichtete von seinen Erfahrungen, die er bei seinen internationalen Einsätzen in Sri Lanka und in Ruanda sammeln konnte. Mit Blick auf die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen vereinbarten siebzehn Nachhaltigkeitsziele stellten Prof. Böhner und Nowatschin im Dialog die essenzielle Bedeutung der beruflichen Bildung heraus. Auch national sind zusätzliche Anstrengungen und Mittel erforderlich, um die bestehenden beruflichen Schulen zu Exzellenzzentren der beruflichen Bildung auszubauen, wie es der BvLB schon seit Jahren fordert.

GEWINNUNG ERNEUERBARER ENERGIE

Zum Thema Nachhaltigkeit informierte **Christian Hinsch von der juwi GmbH** in einem sehr interessanten Vortrag über das Geschäftsfeld des internationalen

Mitglieder der BvLB-AG mit Bürgermeisterin Lohr auf dem Wormser Obermarkt

Christoph Ringhoffer (l.) würzt Faktenwissen mit unterhaltsamen Anekdoten

Projektentwicklers im Bereich „Erneuerbare Energien". Das im Jahr 1996 gegründete Unternehmen mit Sitz im rheinhessischen Wörrstadt plant und begleitet weltweit die Errichtung erneuerbarer Energieanlagen und bietet auch deren anschließende Betriebsführung an. In seinem Vortrag stellte er exemplarisch Projekte aus den Bereichen Wind- und Solarenergie vor. Dabei schilderte er eindrücklich, welche Hürden bei der Projektierung von Anlagen überwunden werden müssen. So sei es weniger das Problem, Investoren für eine Anlage, wie z. B. einen Windpark, zu finden. Das Problem sei vielmehr, geeignete Flächen zu finden, die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung zu erreichen und die erforderlichen Genehmigungen einzuholen. Darüber hinaus zeigte Hinsch auf, wie sich die juwi GmbH als moderner Arbeitgeber aufstellt. Einrichtungen wie das Juwelchen, der firmeneigene Kindergarten, ein Fitnessraum und die Kantine gehören ebenso dazu wie die Möglichkeit zur Arbeit im Home-Office. Darüber hinaus finden regelmäßig Betriebsfeste zusammen mit den Familien der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Und selbstverständlich bildet die juwi GmbH auch aus, um Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Stefan Nowatschin bedankte sich im Namen der AG bei den Referenten Hinsch und Prof. Böhner für ihre Beiträge und beim Kollegen Weber für die freundliche Bereitstellung des Raumes und der Tagungstechnik an der BBS Wirtschaft.

BESUCH DES WINZERFESTES IN ALZEY

Zum Ausklang des Tages fuhr die Gruppe mit der Bahn ins nahegelegene Alzey und besuchte dort das Winzerfest, das als typisches Beispiel für die Vermarktung regionaler Produkte diente. So konnten die Gespräche und Diskussionen zu den Themen des Tages bei einem gemütlichen Gläschen rheinhessischen Weines vertieft werden, bevor es wieder mit der Bahn zurück nach Worms ging.

AUSBLICK AUFS KOMMENDE JAHR

Nach dem Frühstück am Sonntagmorgen erfolgte die Reflexion der Veranstaltung. Die AG-Mitglieder waren sich einig, dass sich die Teilnahme an der Tagung auch in diesem Jahr wieder gelohnt hat. Der Austragungsort für die Tagung im kommenden Jahr wird voraussichtlich in der Umgebung von Bremen liegen. Stefan Nowatschin informierte, dass Klimakompensationsmaßnahmen eingeplant wurden, so dass es sich bei den AG-Treffen rechnerisch um klimaneutrale Veranstaltungen handelt. Er bedankte sich abschließend bei Karl-Heinz Fuß, der die Vorbereitung und Durchführung der Tagung in Worms unterstützt hat und wünschte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine gute Heimreise. ■

Freundliche Begrüßung in Worms durch Bürgermeisterin Stephanie Lohr (Mitte) und Agnes Denschlag

Stefan Nowatschin (l.) und Karl-Heinz Fuß, (r.), bedanken sich bei Christian Hinsch von der juwi GmbH

Karl-Heinz Fuß dankt Thorsten Weber für die Gastfreundschaft an der BBS Wirtschaft

ERFAHRUNGSBERICHT:

DAS DBB-AUTOABO
SORGLOSPAKET ODER LUXUSMODELL?

Wer kennt das nicht? Das Auto muss in die Werkstatt und die Kosten für die Reparatur zehren wieder einmal einen großen Teil der mühsam ersparten Rücklagen auf. Oder die Reparatur lohnt sich gar nicht mehr und die Anschaffung eines neuen Fahrzeugs steht an. Hinzu kommt die aktuelle Unsicherheit, ob die Anschaffung eines Verbrenners noch zukunftsfähig ist oder ob möglicherweise mit einem erheblichen Wertverlust zu rechnen ist. Alternativ stellt sich die Frage, ob die Zeit schon reif ist, um auf ein Fahrzeug mit rein elektrischem Antrieb umzusteigen oder ob ein Hybrid zunächst die passende Lösung darstellt.

Egal wofür man sich entscheidet, es müssen Informationen zur passenden Finanzierung, zu Versicherungsprämien und zur Kfz-Steuer eingeholt werden. Alles in allem ein zeitaufwendiges Unterfangen, wobei nach dem Kauf immer noch die Bürde und Unsicherheit der Wartungs- und Reparaturkosten bestehen bleibt. Hoffentlich ist es kein „Montagsauto“, hat sich bestimmt schon jeder gedacht, wenn wieder einmal ein unerwarteter Werkstattbesuch anstand.

Aus all diesen Gründen haben sich Andreas Seehaus und Michael Lutz, beide Mitglied des VLW-Landesvorstands, bereits vor einigen Jahren für das dbb-Autoabo entschieden. Im Interview beantworten sie die Fragen von Vorstandskollege Karl-Heinz Fuß und erklären, was ein Autoabo eigentlich ist. Dabei beschreiben sie aufgrund ihrer Erfahrungen die Vor- und Nachteile dieser Möglichkeit, Auto zu fahren.

Wie funktioniert das Autoabo?

Andreas Seehaus: Das Autoabo entspricht im Prinzip einer Langzeitmiete, d. h. das Fahrzeug wird vom Autoabo-Anbieter auf dessen Name zugelassen und versichert. Ich bezahle lediglich die monatlich vereinbarte Miete und den Kraftstoff oder Strom, den ich für meine Fahrten benötige. Da es sich um Neuwagen handelt, werden Reparaturkosten von der Garantie übernommen. Die Kosten für Wartung, z. B. einen Ölwechsel, übernimmt der Anbieter. Verschleißreparaturen für Reifen, Bremsen oder Kupplung fallen normalerweise nicht an, da das Auto vorher zurückgegeben wird. Ein weiterer großer Vorteil besteht darin, dass auch Familienangehörige, vorausgesetzt sie sind mindestens 21 Jahre alt, jederzeit das Fahrzeug benutzen dürfen.

Wie lange ist die Mietdauer?

Michael Lutz: Ich miete meine Autos jeweils für die Zeitdauer von zwölf Monaten. Als Pensionär genügen mir 15.000 Kilometer, die ich ohne Zusatzkosten fahren kann. Es können aber auch andere Laufzeiten bzw. höhere Fahrleistungen, gegen einen Aufpreis, gewählt werden.

Wo ist denn der Unterschied zum Leasing?

Andreas Seehaus: Beim Leasing wird in der Regel zu Beginn eine Sonderzahlung fällig. Und das Auto wird auf den Leasingnehmer zugelassen, so dass dieser für Steuer und Versicherung aufkommen muss. Beim Autoabo ist für jedes Auto lediglich eine Zulassungsgebühr (aktuell 89 Euro) zu entrichten. Danach fällt nur noch die vereinbarte monatliche Miete an.

Apropos Versicherung. Was passiert denn, wenn ich einen Schaden verursache?

Michael Lutz: Haftpflichtschäden werden über die Versicherung der Autoabo-Gesellschaft reguliert, ebenso Kaskoschäden. Der Vorteil in beiden Fällen liegt darin, dass im Schadensfall keine Höherstufung erfolgt. Allerdings wird sowohl bei der Teil- als auch Vollkasko eine

Michael Lutz (oben) und Andreas Seehaus erzählen, wie sie mit dem dbb-Autoabo zurechtkommen

Foto: AdobeStock

Selbstbeteiligung in Höhe von fünfhundert Euro fällig. Das sollte man einkalkulieren, denn bei der Rückgabe des Fahrzeugs schaut sich ein Sachverständiger das Auto genau an. Kratzer im Lack, ein Steinschlag in der Windschutzscheibe oder eine Schramme an der Felge wurden bei mir schon moniert.

Wie kann man das Autoabo kündigen?

Andreas Seehaus: Nach Ablauf der Laufzeit endet das Abo von allein, wenn man nicht zuvor einen Anschlussvertrag für ein neues Mietfahrzeug abschließt. Da empfehle ich, dass man sich rechtzeitig kümmert, denn nicht alle Fahrzeuge sind direkt verfügbar, sondern haben Vorlaufzeiten.

Was passiert, wenn ich am Ende der Laufzeit das Auto zurückgeben muss und mein neues Auto noch nicht wie vereinbart verfügbar ist?

Michael Lutz: In solch einem Fall, den ich schon erlebt habe, konnte ich ohne finanzielle Nachteile das alte Auto weiterhin nutzen, solange bis das neue Auto da war. Allerdings ist es kürzlich passiert, dass das Wunschfahrzeug nicht geliefert werden konnte und ich mich kurzfristig für ein anderes Modell entscheiden musste. Statt des Opel Astra habe ich dann einen Ford Kuga genommen.

Ist denn beim Autoabo das Wunschfahrzeug frei konfigurierbar?

Andreas Seehaus: Nur bedingt, denn das Geschäftsmodell beruht darauf, dass die Fahrzeuge anschließend am freien Markt gut weiterverkauft werden können. Die Ausstattung ist deshalb nicht beeinflussbar, allerdings sind im Prinzip alle Autos gut bis sehr gut ausgestattet. Bei der Farbe des Autos kann man lediglich einen Wunsch äußern.

Michael Lutz: Mir ist es schon passiert, dass anstatt der Wunschfarbe Weiß ein schwarzes Auto vor mir stand oder, schlimmer noch, anstatt des Autos mit Automatikgetriebe ein Schaltwagen. Das habe ich aber reklamiert und es gab immerhin einen Preisnachlass.

Das klingt ja durchaus nach Zugeständnissen, die beim Autoabo gemacht werden müssen. Zum Schluss unseres Gesprächs bitte ich euch um ein kurzes Statement, weshalb Ihr dennoch Autoabo-Fans seid.

Michael Lutz: Es ist einfach angenehm, sich nicht mehr um Werkstatttermine, TÜV-Untersuchungen oder Versicherungstarife kümmern zu müssen. Man bekommt jährlich (oder halbjährlich) einen Neuwagen, auf den man sich natürlich wieder einstellen muss. Das ist bei der heutigen Konnektivität nicht immer einfach, zumal man bei der Übernahme (welche inklusive Fahrzeugrückgabe in einer halben Stunde erledigt ist) keine Einweisung in das Fahrzeug bekommt. Ich sehe ansonsten keine Nachteile, bin auch mit der Kundenbetreuung zufrieden und fahre zurzeit das sechste Fahrzeug im dbb-Autoabo.

Andreas Seehaus: Es bereitet mir bis heute immer wieder einen großen Spaß ständig neue Autos auszuprobieren. Falls man mit einem Auto doch nicht ganz zufrieden ist, kein Problem, es wird ja in der Regel nach zwölf Monaten einfach zurückgegeben. Ferner fährt man immer ein Neufahrzeug. Aktuell freue ich mich auf mein erstes Elektroauto, da bin ich richtig gespannt! ■

HINTER DEN KULISSEN

IMMER IM LAYOUT-FLOW …

Auch eine Verbandszeitschrift entsteht nicht ohne professionelle Unterstützung. So liegt die Gestaltung des Layouts der VLW-Printmedien in den Händen von Daniela Boudgoust von der Werbeagentur Gestaltungsfreunde in Karlsruhe. Um Frau Boudgoust näher kennenzulernen, haben wir sie zum Interview gebeten.

VLW kompakt: **Frau Boudgoust, Sie betreiben mit zwei Partnerinnen eine erfolgreiche Werbeagentur. Wie kann man sich die Zusammenarbeit unter Ihnen vorstellen?**

Daniela Boudgoust: Jede von uns hat ihren Schwerpunkt, um das ganze Spektrum einer klassischen Werbeagentur anbieten zu können – von der Logoentwicklung bis zum kompletten Erscheinungsbild eines Unternehmens, on- und offline. Tanja Volk ist unsere Programmiererin, Susanne Ehrle macht das Webdesign dazu, ist aber ebenso in der Printwelt zuhause. Grafikdesign ist auch meine Welt: Ich entwickle Logos und gestalte Flyer, Broschüren und Magazine. Wir arbeiten Hand in Hand, denn in die meisten Aufträge sind wir alle drei involviert. Hinzu kommt unser externes Netzwerk mit Profis für Werbefotografie, Text oder Suchmaschinenoptimierung.

Aus welchen Bereichen stammen Ihre Kunden?

Unsere Kunden sind in allen Branchen vertreten, querbeet. Wir bekommen Einblicke in viele unterschiedliche Bereiche. Dadurch lernen wir stets Neues, erleben andere Perspektiven und haben es mit

ganz unterschiedlichen Menschen zu tun. Für uns als Kreative ist das super, denn all diese Impulse inspirieren ungemein.

Am Telefon wirken Sie stets freundlich und gut gelaunt. Wie schaffen Sie es, mit dem für Ihre Branche typischen Termindruck klarzukommen?

Am Anfang wird jedes Projekt mit unseren Kunden durchgeplant und das klappt eigentlich auch immer ganz gut. Klar, gibt es auch mal „heiße Phasen", aber das kann auch anspornen, denn wir wollen ja gemeinsam mit unseren Kunden tolle Ergebnisse erzielen.

Sie arbeiten meist in Projekten, oft auch am Wochenende. Wie kommt Ihre Familie damit zurecht?

Es gibt ruhige Zeiten und dann wieder Phasen, wo man mehr arbeiten muss. Ich bin Frühaufsteherin und wenn ich am Wochenende mal ran muss, kann ich oft vieles erledigen, während die Familie noch schläft. Insgesamt stimmt die Work-Life-Balance aber und ein Vorteil der Selbstständigkeit ist ja eben auch, dass ich mir meine Zeiten selbst einteilen kann.

Wie kamen Sie zu Ihrer heutigen Berufstätigkeit? Welche Qualifikation war dafür erforderlich?

Ich bin Quereinsteigerin. Ursprünglich bin ich nämlich gelernte Bankkauffrau und war als Sachbearbeiterin in der Kundenbetreuung tätig. Irgendwann bot sich dort die Gelegenheit, in Direktmarketing-Projekte einzusteigen. Das interessierte mich und ich absolvierte nebenberuflich ein Direktmarketingstudium. Dann arbeitete ich ein paar Jahre nur noch im Marketing und entwickelte gemeinsam mit unseren damaligen Werbeagenturen Kampagnen zur Vertriebsunterstützung. Ich stellte fest, dass mich die „andere Seite", also die der Agenturen, viel mehr reizte. Zeitgleich schloss ich nebenberuflich die IHK-Ausbildung „Print Production" ab – hier lernte ich viel über Grafikdesign, vor allem aber über den Umgang mit Grafikprogrammen. Eine echte Offenbarung, denn von da an gab es kein Halten mehr für mich – endlich hatte ich das Handwerkzeug, um meine Ideen zu Papier zu bringen. Ein paar Monate später bot sich die Gelegenheit, den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen. Das ist nun ziemlich genau zwanzig Jahre her und immer noch bin ich gerne im „Layout-Flow". Auch meine Partnerinnen waren zuvor viele Jahre Solo-Selbstständig, bis wir uns dann 2017 zusammentaten und die Gestaltungsfreunde gründeten.

Welche Art von Tätigkeit macht Ihnen besonders viel Freude?

Wenn wir zusammen eine neue Idee ausgearbeitet haben und merken, dass die Umsetzung gut funktioniert, das ist ein tolles Gefühl. Und die Magazingestaltung – das macht mir einfach am meisten Spaß.

Was mögen Sie eher weniger?

Ich muss kurz überlegen … doch, klar! Ich nenne es mal salopp den

Immer auf der Suche nach neuen Layout-Ideen: Daniela Boudgoust

Verwaltungskram, den eine Selbstständigkeit so mit sich bringt. Da leide ich tatsächlich unter „Verschieberitis" – böse Sache …

Wären Sie auch gerne Lehrerin geworden? Warum/warum nicht?

Darüber habe ich ehrlicherweise noch nicht nachgedacht – aber ich weiß, dass ich meinen Traumjob im Grafikdesign gefunden habe.

Der VLW bedankt sich für das Interview und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit.

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11151-2303-3610

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

10,5 % BESOLDUNGSERHÖHUNG – MINDESTENS 500 € – LAUFZEIT 12 MONATE!

ZEITGLEICHE ÜBERNAHME DES TARIFABSCHLUSSES AUF BEAMTINNEN/BEAMTE UND VERSORGUNGSEMPFÄNGERINNEN/ VERSORGUNGSEMPFÄNGER!

ERHALT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES DURCH ANGEMESSENE TARIFERHÖHUNGEN!

ENDLICH VERSTÄRKTE BEMÜHUNGEN DES LANDES UM NACH-WUCHSGEWINNUNG FÜR DIE BERUFSBILDENDEN SCHULEN!

Nur ein leistungsfähiger Öffentlicher Dienst wird in der Lage sein, die Anforderungen der Zukunft und den technischen Wandel für unsere Gesellschaft zu ermöglichen! Dazu gehört nicht zuletzt eine im Verhältnis zur privaten Wirtschaft konkurrenzfähige Vergütung!

JETZT MITGLIED WERDEN!

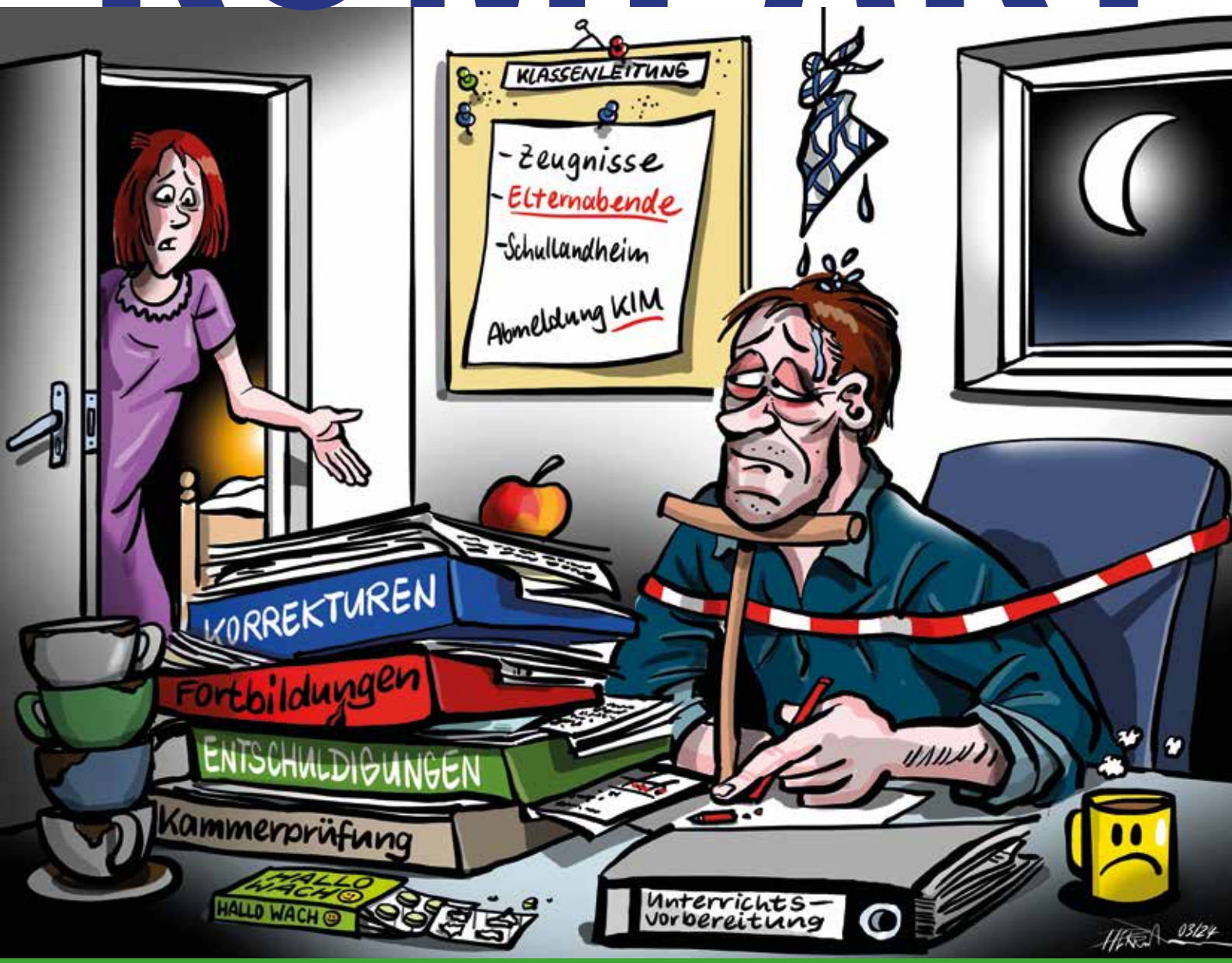
VLW-RLP.DE

VLW_RLP

VLW

KOMPAKT

APRIL 2024



LEHRKRÄFTE-ARBEITSZEIT: REFORM ÜBERFÄLLIG

WANN KOMMT DAS DIENSTFAHRRAD?
Umsetzung auf der Zielgeraden

75 JAHRE VLW

SENIORENARBEIT
Seniorenbeauftragter Michael Lutz im Interview

IN DIESER AUSGABE ...

APRIL 2024

ARBEITSZEIT
Soll unsere Arbeitszeit künftig erfasst werden?

MOBILITÄT
Es geht voran in Sachen Dienstfahrrad

ANGEBOTE
Künftig mehr Angebote für VLW-Seniorinnen und Senioren

03 RUND UM DIE UHR?
Editorial

04 LEHRKRÄFTE-ARBEITSZEIT: UMFASSENDE REFORM IST ÜBERFÄLLIG!
Wir liefern Hintergründe und stellen Forderungen

08 EIN GEDANKENSPIEL MIT DURCHSCHLAGENDER WIRKUNG
Kommentar des Landesvorsitzenden

09 SAVE THE DATE
VLW Landesversammlung im November

10 MOBILITÄT: MIT DEM DIENSTFAHRRAD AUF DER ZIELGERADEN
Leasing-Kosten fürs E-Bike: zwei Rechenbeispiele

14 SENIORENARBEIT: WIR WOLLEN NEUE AKZENTE SETZEN
Im Gespräch mit Seniorenbeauftragten Michael Lutz

15 AUS DEN BEZIRKEN
Treffen des Ortsverbands Idar-Oberstein am 1. März 2024

15 IMPRESSUM

16 FORDERUNGEN DES VLW

RUND UM DIE UHR?

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Zeit ist Geld“ lautet das altbekannte Sprichwort, das insbesondere für privatwirtschaftliche Unternehmen mit dem Ziel der Gewinnmaximierung gilt. Auf unsere Schulen lässt sich das zwar nur bedingt übertragen, da der Lernerfolg unserer Schülerinnen und Schülern nicht monetär, sondern in Noten gemessen wird. Aber wie gut der schulische Erfolg ausfällt, hängt nicht zuletzt von der Lehrkraft und deren Rahmenbedingungen ab. In dieser Ausgabe des VLW kompakt möchten wir deshalb den Fokus auf die Arbeitszeit der Lehrkräfte lenken. Die überwiegende Zahl der Lehrkräfte beklagt die spürbare und nicht enden wollende Ausweitung der Aufgaben und Belastungen außerhalb der eigentlichen Unterrichtszeit. Dies geht oft zu Lasten der Gesundheit bis hin zur Flucht in die Teilzeit und dem daraus resultierenden Personalmangel an unseren Schulen. Wir wollen in diesem Heft die Ursachen der Veränderungen bei der sogenannten ungebundenen Arbeitszeit beleuchten und Forderungen formulieren, mit deren Erfüllung der derzeitigen Entwicklung begegnet werden kann. Lesen Sie dazu auch den Kommentar unseres Landesvorsitzenden!

Des Weiteren interessieren wir uns für Ihre Meinung zur kontrovers diskutierten Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte. In Kürze werden wir dazu eine Umfrage bei unseren Mitgliedern starten und sind schon sehr gespannt auf das Ergebnis.

Zum Thema Mobilität informieren wir Sie über den Sachstand beim Dienstrad-Leasing. Noch ist Geduld gefragt, aber die Umsetzung schreitet voran, so dass hoffentlich alsbald ein Jobrad angeschafft werden kann. Ob das Modell der Entgeltumwandlung für die Bediensteten des Landes interessant ist, hängt von individuellen Voraussetzungen ab. Mit zwei Rechenbeispielen und den uns bislang bekannten Eckpunkten und Bedingungen zum Dienstrad-Leasing wollen wir Ihnen Ihre persönliche Entscheidung erleichtern.

Ebenfalls in diesem Heft finden Sie einen Bericht zur Mitgliederversammlung des VLW-Ortsverbands Idar-Oberstein, in deren Rahmen die Ortsvorsitzenden in ihrem Amt bestätigt wurden. Last but not least haben wir ein Interview mit unserem Vorstandsmitglied und Seniorenbeauftragten Michael Lutz geführt. Darin geht es darum, was der Verband für unsere Pensionäre tut und tun kann. Deutlich wird, wie sehr sich die Interessen der ehemaligen Kolleginnen und Kollegen im Vergleich zu früheren Generationen verschoben haben. Was erfreulicherweise bleibt, ist das Interesse am Ehrenamt, was an einigen Beispielen aus dem VLW Rheinland-Pfalz belegt werden kann. Und davon lebt ein Verband, über alle Zeit und Generationen hinweg.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß

75 JAHRE VLW

VLW Rheinland-Pfalz jetzt auch auf Instagram!
Folgen Sie uns unter ***vlw_rlp*** *und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*

VLW_RLP

LEHRKRÄFTE-ARBEITSZEIT

UMFASSENDE REFORM IST ÜBERFÄLLIG!

Wer kennt sie nicht, die verbreitete Vorstellung vom Beruf des Lehrers als Halbtagsjobber, der drei Monate Ferien im Jahr hat. Aber wie viel muss eine verbeamtete BBS-Lehrkraft eigentlich arbeiten?

Wenn wir über Lehrerarbeitszeit reden, interessiert zunächst die geforderte reguläre Arbeitszeit. Zwei Gymnasiallehrer aus Baden-Württemberg[1)] haben kürzlich Klage beim Stuttgarter Verwaltungsgericht eingereicht. Das Gericht möge feststellen, ob die vorgeschriebene Wochenarbeitszeit überschritten wurde. So haben beide Kollegen über mehrere Jahre ihre persönliche Arbeitszeit erfasst und kamen so auf mehr als 2.000 Stunden, die sie pro Schuljahr geleistet haben. Dem gegenüber liegt die reguläre Jahresarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte in Baden-Württemberg bei nur ca. 1.800 Stunden pro Jahr, was 41 Stunden pro Woche entspricht. Das Urteil steht noch aus. Man darf gespannt sein.

In Rheinland-Pfalz beträgt die regelmäßige Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte vierzig Stunden in der

Woche (§ 2 Arbeitszeitverordnung). Für Lehrkräfte gilt dies jedoch nicht. Deren Arbeitszeit wird in der Lehrkräfte-Arbeitszeitverordnung geregelt. Diese richtet sich nach dem Deputats-Modell und regelt die Zahl der Unterrichtsstunden pro Woche. Die sogenannte ungebundene Arbeitszeit, also alles, was außerhalb der Unterrichtsstunde anfällt, wird nicht ausdrücklich geregelt. Aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn lässt sich ableiten, dass auch für Lehrkräfte die regelmäßige Wochenarbeitszeit nicht höher als vierzig Stunden ausfallen sollte.

FERIENZEITEN SIND GEGENZURECHNEN

Der Dienstherr argumentiert nun wiederum mit den Ferienzeiten, die nach Abzug von dreißig Tagen Jahresurlaub, als Arbeitszeit zu nutzen sind. Ein Landesbeamter in der Verwaltung arbeitet schließlich auch 46 Wochen im Jahr, abzüglich der Feiertage. Ein „normales" Arbeitsjahr hat durchschnittlich 222 Arbeitstage, was bei einer 40-Stunden-Woche 1.776 Stunden Arbeitszeit entspricht. Legt man diese Zeit auf vierzig Unterrichtswochen um, ergeben sich rechnerisch 44,4 Zeitstunden pro Woche. Das klingt zunächst viel. Doch die Stunden geleisteter Arbeit summieren sich schnell, durch Aufgaben wie Vertretungsunterricht, die Teilnahme an Team-Sitzungen und Konferenzen und so weiter. Zudem wird es wohl kaum eine Vollzeit-Lehrkraft geben, der es gelingt, ihr volles Arbeitspensum außerhalb der Ferien zu erledigen. Die Realität ist vielmehr, dass Ferienzeiten für Korrekturen und Unterrichtsvorbereitungen genutzt werden.

UNGEBUNDENE ARBEITSZEIT BRAUCHT GRENZEN

Nimmt man die Aufgaben genauer in den Blick, die eine Lehrkraft außerhalb des Unterrichts, also in der ungebundenen Arbeitszeit, zu erledigen hat, so wird deutlich, dass diese nicht mit einer 40-Stunden-Woche zu bewältigen sind. Stattdessen ist es für eine Lehrkraft völlig normal, dass sie auch abends und an den Wochenenden arbeitet. Somit gibt es keine Zweifel, dass zumindest ein Teil der Ferienzeiten bereits durch vorab geleistete Arbeit kompensiert ist. Vielmehr lässt sich darauf schließen, dass bei all der Aufgabenfülle die durchschnittliche Arbeitszeit von vierzig Stunden pro Woche längst nicht ausreicht, was nun durch die oben erwähnte Klage vor dem Arbeitsgericht überprüft werden soll.

KMK LEHNT ERFASSUNG DER LEHRKRÄFTE-ARBEITSZEIT BISLANG AB

Bereits im Mai 2019 hat der Europäische Gerichtshof die Arbeitgeber verpflichtet, die volle Arbeitszeit ihrer Beschäftigten zu erfassen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) lehnt dies bislang für Lehrkräfte ab. Wie bisher soll eine Lehrkraft weiterhin selbstverantwortlich dafür sorgen, dass sie mit der ihr zur Verfügung stehenden Arbeitszeit zurechtkommt. Gleichzeitig bedeutet dies, dass für Überstunden kein Anspruch auf Bezahlung besteht. Vielmehr müssen diese während der unterrichtsfreien Zeit ausgeglichen werden. Sorge dafür hat allein die einzelne Lehrkraft zu tragen.

ERHEBLICHER ZUWACHS AN AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN

Als Ursachen dafür, dass die gebundene und die ungebundene Arbeitszeit so sehr aus dem Gleichgewicht geraten sind, lassen sich schulpolitische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Entwicklungen identifizieren. Selbstständigkeit von Schule (EQuL), Inklusion, Integration, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Demokratiebildung sind nur einige Beispiele für zusätzliche Aufgaben, die unseren Schulen in den zurückliegenden Jahrzehnten auferlegt wurden. Hinzu gekommen ist die Digitalisierung. Die rasend schnelle Entwicklung bei der Lehr- und Lernsoftware erfordert einen Fortbildungsbedarf in immer kürzeren Zyklen. Online-Fortbildungen werden überwiegend am Nachmittag, also zu Lasten der ungebundenen Arbeitszeit, angeboten. Lehr- und Lernmaterialien sollen auf Lernplattformen wie Moodle hochgeladen werden und müssen dort fortlaufend aktuell gehalten werden. Über die Messenger-Dienste sind Lehrkräfte rund um die Uhr erreichbar, was die Anzahl an Schüler- und auch Elternanfragen gegenüber früheren Jahren erheblich gesteigert hat. In der Regel wird eine zeitnahe Antwort erwartet. Gleichzeitig hat seit der Pandemie der Absentismus einen zuvor nicht gekannten Stand erreicht, der mit weiterem nicht unerheblichem Verwaltungsaufwand für die Klassenleitungen verbunden ist. Nicht wenige Schülerinnen und Schüler zeigen beim Umgang mit ihren Handys suchtartiges Verhalten. Sie reagieren aggressiv, wenn

Werbeplakat am Stuttgarter Flughafen: Erregte zwar Aufmerksamkeit aber auch viel Kritik von den Lehrkräfteverbänden. Das Kultusministerium reagierte mit einer Formulierungskorrektur.

sie es beiseite legen oder vor dem Unterricht abgeben sollen. Durch mühsame Diskussionen geht oftmals wertvolle Unterrichtszeit verloren. Die Ahndung von Disziplinverstößen erfordert zusätzliches Engagement außerhalb des Unterrichts, z. B. für Team-Sitzungen und Beschlüsse der Klassenkonferenz.

FLUCHT IN DIE TEILZEIT

Angesichts der derzeitigen Aufgabenfülle verwundert es nicht, dass viele, insbesondere weibliche Lehrkräfte, lediglich in Teilzeit unterrichten. Nach dem Grund danach befragt, sei es oftmals nicht nur die familiäre Situation, sondern auch das Bedürfnis, den Job qualitativ gut zu erledigen. Bei einem vollen Deputat sei dies angesichts der hohen Aufgabenfülle schlichtweg nicht vorstellbar. Dabei nehmen die betroffenen Lehrkräfte in Kauf, dass sie sich selbst ausbeuten, denn die aufgewandte Wochenarbeitszeit ist nicht selten höher, als sie dem Teilzeitfaktor entspricht. Folglich erhalten viele Teilzeit-Lehrkräfte nicht nur ein zu geringes Gehalt, sondern sie erleiden auch noch einen Nachteil bei ihrer Anwartschaft für die Versorgungsbezüge im Ruhestand. Will der Dienstherr also dafür sorgen, dass zur Abmilderung des Lehrkräftemangels Teilzeitkräfte ihre Arbeitszeit aufstocken, dann muss er sich zuallererst darum kümmern, dass die Vielzahl an Aufgaben in der ungebundenen Arbeitszeit reduziert wird.

DRINGENDER REFORMBEDARF BEI DER LEHRKRÄFTEARBEITSZEIT

All die genannten Punkte zeigen, wie dringend das Problem der Lehrkräftearbeitszeit gelöst werden muss, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern und dem Lehrkräftemangel zu begegnen.

DER VLW ERHEBT DAZU DIE FOLGENDEN FORDERUNGEN:

Kritische Auseinandersetzung mit außerunterrichtlichen Aufgaben

Welche Arbeiten sind im Schulalltag unbedingt erforderlich? Worauf kann verzichtet werden? Wo gibt es die Möglichkeit, Zeit einzusparen? Der Auseinandersetzung mit solchen Fragen muss mehr Raum gegeben werden, um die Belastungen in der ungebundenen Arbeitszeit zu reduzieren.

Senkung des Wochendeputats

Damit gebundene und ungebundene Arbeitszeit wieder in ein Gleichgewicht kommen, muss das Wochendeputat so weit abgesenkt werden, dass das Arbeitspensum innerhalb von durchschnittlich vierzig Arbeitsstunden pro Woche geleistet werden kann.

Unterstützung durch multiprofessionelle Teams

Lehrkräfte brauchen Verstärkung durch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die bei verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern Unterstützung bieten. Sie brauchen Verwaltungskräfte, die beispielsweise die Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern erfassen und die Entschuldigungen dokumentieren. Und sie brauchen einen verstärkten schulpsychologischen Dienst, damit es hinreichend Anlaufstellen für Schülerinnen und Schüler mit Problemen gibt.

Aktionen wie das Plakat des Bildungsministeriums in Baden-Württemberg führen zu einem verzerrten Bild der Arbeitsbelastung von Lehrkräften. [2)]

Quellen:

[1)] https://www.merkur.de

[2)] Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

PRO UND KONTRA DER ARBEITS-ZEITERFASSUNG FÜR LEHRKRÄFTE:

Bei Lehrkräften wird nach dem Deputats-Modell lediglich die Zeit der gehaltenen Unterrichtsstunden erfasst. Alles Weitere gilt als ungebundene Arbeitszeit und unterliegt keiner Erfassung und somit auch keiner Kontrolle. Die KMK hat für Lehrkräfte eine Ausnahme von der gerichtlich festgestellten Pflicht zur Arbeitszeiterfassung beantragt. Das Ergebnis steht derzeit noch aus. Erste Meinungsäußerungen von VLW-Mitgliedern ergeben ein differenziertes Bild. Hier nun vonseiten der VLW-Redaktion eine erste Sammlung von Punkten zum Für und Wider der Arbeitszeiterfassung.

PRO

- Für die ungebundene Arbeitszeit müssten **Richtwerte** erstellt werden, was eine Überladung entlarven würde
- Den Bildungspolitikern würde klar werden, dass mit jeder neuen Aufgabe eine bisherige entfallen muss
- Die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams zur Unterstützung der Lehrkräfte würde sichtbar werden
- Die Selbstausbeutung einzelner Kolleginnen und Kollegen könnte verhindert werden (Stichwort: Flucht in die Teilzeit)
- Überstunden müssten vergütet oder zumindest ausgeglichen werden

KONTRA

- Dienstherr könnte feste Arbeitszeitfenster festlegen, z. B. täglich von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr, und dies auch während der Ferien
- Die Erfassung der Arbeitszeit per App kann manipuliert werden
- Restriktionen sind zu befürchten, wenn die Arbeit nicht innerhalb vorgegebener Zeit erledigt wird
- Freiheit der Arbeits(zeit)gestaltung gerät insgesamt in Gefahr

IHRE MEINUNG IST GEFRAGT

Bitte beteiligen Sie sich an unserer Diskussion!

Unsere Aufstellung zeigt, wie kontrovers die Thematik der Arbeitszeiterfassung beurteilt werden kann. Wir interessieren uns deshalb sehr für Ihre Meinung.

Bitte schreiben Sie uns unter **redaktion@vlw-rlp.de** oder beteiligen Sie sich an unserer Umfrage die wir demnächst per Instagram und an unsere Mitglieder per Mail auf den Weg bringen werden.

Wir sind schon sehr gespannt auf Ihre Antworten!

Ihr VLW-Redaktionsteam

Fotos: AdobeStock

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

EIN GEDANKENSPIEL MIT DURCHSCHLAGENDER WIRKUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„35 Stunden bei vollem Lohnausgleich“ lautete die Forderung der Gewerkschaft der Lokführer. Als Argument dagegen wird immer wieder der bereits vorhandene Fachkräftemangel, der noch größer zu werden droht, angeführt. Die Gewerkschaft hält dagegen, dass der Beruf des Lokführers dadurch an Attraktivität gewänne, wodurch sich vielleicht mehr Menschen dafür entscheiden würden.

Nun mag ein jeder von dieser Forderung und vom Streikgebaren der GDL halten, was er will, aber ich finde das Gedankenspiel interessant, diese Idee einmal auf unseren Beruf zu übertragen. 35 statt 40 Stunden Wochenarbeitszeit hieße für unser Deputat, dass es von 24 auf 21 Stunden sinken müsste. Im Durchschnitt würde das darauf hinauslaufen, dass jede Kollegin und jeder Kollege mit voller Stelle eine oder zwei Klassen weniger zu unterrichten hätte. Das wiederum bedeutet entsprechend weniger Klassenarbeiten, weniger Zeugniskonferenzen und weniger Ausbilder- bzw. Elterngespräche. So etwas nenne ich eine durchschlagende Wirkung.

Die Absenkung des Deputats ist eine Forderung, die der VLW schon lange erhebt. Ebenso mahnen wir seit Jahren immer wieder an, die außerunterrichtlichen Aufgaben der Lehrkräfte auszumisten. Dabei fühlen wir uns häufig so wie Don Quichotte. Auch wenn immer wieder gerne vom „Bürokratieabbau“ gesprochen wird, ist leider genau das Gegenteil der Fall. Als Beispiel

seien die geforderten Konzepte zur Anwesenheitskontrolle und zur Prävention vor sexueller Gewalt genannt. In beiden Fällen sind die Schulen gefordert, jeweils individuelle Ideen zu entwickeln und zu verschriftlichen. Wieviel Zeit, wieviel Energie und wieviel Hirnschmalz könnten eingespart und an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden, wenn das Ministerium Rahmenkonzepte vorgäbe, die nur noch in Details angepasst werden müssten. Die Gestaltungsspielräume sind angesichts juristischer Vorgaben ohnehin überschaubar und die Probleme sind überall dieselben!

Die momentane Situation ist jedenfalls nicht dazu geeignet, junge Menschen vom Lehramt an Berufsbildenden Schulen zu begeistern. Das muss man schon wollen. Eine deutliche Sprache sprechen hier die auf niedrigem Niveau verharrenden Zahlen der Studentinnen und Studenten einerseits und der Anwärterinnen und Anwärter andererseits. Die Zahl an jungen Menschen, die sich derzeit in der Ausbildung zur BBS-Lehrkraft befinden, von denen darüber hinaus auch nicht alle an unseren Schulen landen werden, reicht bei Weitem nicht aus, den Bedarf der kommenden Jahre zu decken. Wann nimmt man in der Mittleren Bleiche zur Kenntnis, dass wir schon bald wieder steigende Schülerzahlen an unseren BBSn haben werden? Wann akzeptiert man, dass es einen Zusammenhang zwischen dem allseits beklagten Fachkräftemangel und den Ausbildungsmöglichkeiten gerade an den Berufsbildenden Schulen gibt?

Es hat sich inzwischen rumgesprochen, dass der Lehrberuf längst nicht so entspannt ist, wie gewisse Medien uns immer wieder weißmachen wollen. Es ist nötig und daher richtig, das Angebot an studierbaren beruflichen Fächern (wie z. B. Gesundheit und Sozialpädagogik) in Rheinland-Pfalz auszuweiten. Das allein genügt aber nicht. Es ist genauso erforderlich, endlich am Image des Berufsbildes zu arbeiten. Hochglanzbroschüren reichen da nicht aus!

Dass das nicht kostenneutral zu haben ist, dürfte jedem einleuchten. Hier muss die Landesregierung endlich den nötigen Paradigmenwechsel einläuten. Andernorts hat man dies längst erkannt. So forderte jüngst die Wirtschaftsweise Veronika Grimm in einem SWR-Interview massive Investitionen in die Bildung und lieferte auch gleich die überzeugende Begründung mit: „Das wichtigste Kapital in unserer Volkswirtschaft ist die Jugend.“[1]

Gespannt sein dürfen wir, ob die Pflicht zur Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit auch für Lehrkräfte kommt. Es stimmt schon nachdenk-

lich, dass sich ausgerechnet die Kultusministerkonferenz dagegen wehrt. An den Fragen zur technischen Umsetzung kann es nicht liegen. Dass Arbeitnehmer nur einen Teil ihrer Arbeitszeit im Unternehmen ableisten und den Rest im „Home-Office“, gehört spätestens seit der Covid-19-Pandemie zur gesellschaftlichen Normalität. Da sind wir Lehrkräfte also längst nicht mehr die Ausnahme. Daher liegt der Verdacht auf der Hand, dass die Bildungsministerinnen und -minister quer durch die Republik sich vor den Ergebnissen fürchten.

Ob die Arbeitszeiterfassung kommt oder nicht, entscheidet sich auf Bundesebene. Falls sie nicht kommt, sollte man auch in Rheinland-Pfalz über eine wissenschaftlich begleitete Studie nachdenken, wie es sie in Baden -Württemberg im vergangenen Jahr gab. Dabei kam heraus, dass Berufsschullehrkräfte im Schnitt drei Stunden zu viel arbeiten. Pro Woche wohlgemerkt.

Ihnen allen wünsche ich genügend Ausdauer für den Schuljahresendspurt. Es grüßt Sie herzlich

Dirk Mettler

[1] *https://www.swr.de/swraktuell/radio/wirtschaftsweise-grimm-muessen-massiv-in-bildung-investieren-100.html – abgerufen am 23.03.2024, 14:55 Uhr*

SAVE THE DATE:

VLW-LANDESVERSAMMLUNG 2024

Am 4. November 2024 findet an der BBS Kaiserslautern Wirtschaft und Soziales die Landesdelegiertenversammlung des VLW Rheinland-Pfalz statt.

Neben bildungspolitischen Themen und der Neuwahl des Landesvorstands geht es inhaltlich um die Ausrichtung der Verbandsarbeit in den kommenden Jahren. Die Orts- und Bezirksverbände sind gebeten, Delegierte zu benennen und Anträge zu formulieren, die von der Versammlung beschlossen werden sollen. Bitte nutzen Sie diese Gelegenheit!

Delegierte haben Anspruch auf Freistellung vom Dienst für gewerkschaftliche Zwecke nach §25 UrlVo. Interessierte Mitglieder können ebenfalls teilnehmen, sofern dem keine dienstliche Verpflichtung entgegensteht.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter dem Menüpunkt LDV 24.

Foto: AdobeStock

SERVICE:

MOBILITÄT – MIT DEM DIENSTFAHRRAD AUF DER ZIELGERADEN

Die Möglichkeit zum Dienstrad-Leasing ist zwar aufgrund einer Rüge zum Ausschreibungsverfahren immer noch nicht endgültig gegeben, aber laut Information des zuständigen Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) bereits weit gediehen. So erhielt das Unternehmen DD Deutsche Dienstrad GmbH den Zuschlag. Im Folgenden informieren wir Sie zu den bislang bekannten Eckpunkten zur vorgesehenen Regelung und ergänzen diese durch zwei Rechenbeispiele für verbeamtete Lehrkräfte.

WIE FUNKTIONIERT DAS MIT DEM JOBRAD?

Ab dem Jahr 2020 wurde das Dienstrad-Leasing steuerlich nochmals begünstigt, was es somit interessanter macht. Leasingnehmer ist der Arbeitgeber, der dem Arbeitnehmer das Fahrrad zur dienstlichen und privaten Nutzung überlässt. Auch Haushaltsangehörige dürfen das Dienstfahrrad nutzen. Im Gegenzug wird das Bruttogehalt um die Leasingrate gekürzt (Entgeltumwandlung). Die Leasingdauer darf maximal 36 Monate betragen.

WER IST BERECHTIGT?

Das Fahrrad-Leasing soll sowohl den Beamtinnen und Beamten des Landes als auch den Tarifbeschäftigten (§ 19 b TV-L) angeboten werden.

Ausgenommen sind jedoch Bedienstete und Beschäftigte,

- die sich in der Probezeit oder in einem gekündigten Arbeitsverhältnis befinden,
- deren Arbeitsverhältnis kürzer als die zu vereinbarende Leasingdauer andauert,
- deren Bezüge von einer Abtretung, Aufrechnung oder Pfändung betroffen sind oder sich in
- einem laufenden Insolvenzverfahren befinden oder
- deren Bruttogehalt nicht mindestens 450 Euro pro Monat erreicht.

WELCHE ART VON FAHRRÄDERN STEHT ZUR AUSWAHL?

Der Arbeitnehmer kann aus dem Angebot eines teilnehmenden Fahrradhändlers ein Fahrrad auswählen, das einschließlich etwaiger Zusatzleistungen (zum Beispiel Versicherungen) und

verbundenem Zubehör einen Höchstbetrag von 7.000 Euro nicht über- und einen Mindestbetrag von 750 Euro nicht unterschreiten darf. Zur Wahl steht ein klassisches Fahrrad oder ein E-Bike, bzw. Pedelec mit einer Unterstützung bis 25 km/h. Zur Berechnung des geldwerten Vorteils ist die unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, Importeurs oder Großhändlers einschließlich Umsatzsteuer für das Fahrrad (ergo ohne Zusatzleistungen) zugrunde zu legen. Jeder und jede Bedienstete kann jeweils nur ein Fahrrad leasen.

WAS IST IM LEASING ENTHALTEN?

Die Leasingrate soll eine Vollkasko-Versicherung ohne Selbstbeteiligung und eine unbegrenzte Verschleiß-Abdeckung (einschließlich E-Bike-Akku) umfassen. Ebenso soll die jährliche Inspektion und ein Mobilitätspaket enthalten sein, das neben einer 24-Stunden-Hotline im Schadensfall Abholung, Rücktransport und Ersatzfahrrad sowie ggf. Hotelübernachtung umfasst.

WIEVIEL STEUERN KANN MAN SPAREN?

Die mögliche Steuerersparnis ist vom individuellen Steuersatz abhängig. Das Dienstrad-Leasing wirkt sich durch die Entgeltumwandlung auf die Lohnsteuer aus, da das Bruttogehalt um die Leasingrate sinkt. Im Gegenzug muss der geldwerte Vorteil versteuert werden. Dieser beträgt ein Prozent des auf volle hundert Euro abgerundeten Viertels (= 0,25 %) der unverbindlichen Preisempfehlung des Fahrradherstellers inklusive der Umsatzsteuer.

RECHENBEISPIELE (OHNE GEWÄHR)

Um die Ermittlung der steuerlichen Auswirkung des Dienstrad-Leasings zu veranschaulichen, hat die VLW-Redaktion zwei Rechenbeispiele mit fiktiven Werten erstellt. Da bislang noch kein Leasinggeber benannt wurde, können keine konkreten Angaben zu Preisen und zu den Leasingraten gemacht werden.

Wir orientierten uns an folgenden Quellen:

Gehaltsrechner: https://rechner24.info

Fahrradleasing: https://www.deutsche-dienstrad.de/jetzt-berechnen/

Leasingrate: https://www.businessbike.de/de/rechner/

In den Rechenbeispielen sind eventuelle Finanzierungskosten beim Kauf nicht berücksichtigt.

Da die Besteuerung bei jeder Person individuell ausfällt, können die Berechnungsbeispiele nur als Anhaltspunkt dienen. Bei Tarifbeschäftigten kommt noch die Einsparung von Sozialversicherungsabgaben hinzu. →

SERVICE:

BEISPIEL 1

- verbeamtete Person mit 5.500,– Euro monatlichem Bruttoeinkommen
- Steuerklasse IV/1
- Kaufpreis E-Bike, unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers inkl. USt. 6.000,00 €

GEHALTSABRECHNUNG

	ohne Leihfahrrad	mit Leihfahrrad
Bruttogehalt	5.500,00 €	5.500,00 €
Gehaltsumwandlung		217,40 €
Zwischensumme	5.500,00 €	5.282,60 €
geldwerter Vorteil		15,00 €
Steuerbrutto	5.500,00 €	5.297,60 €
Lohnsteuer IV/1	1.318,00 €	1.236,75 €
KiSt	104.47 €	97,74 €
Nettolohn	4.077,26 €	3.936,11 €
minus geldwerter Vorteil		15,00 €
Auszahlungsbetrag	**4.077,24 €**	**3.948,11 €**
Tatsächliche Belastung durch das Leasing pro Monat		**129,15 €**

LEASING PRO MONAT

Leasingrate	193,80 €
Versicherung	17,65 €
Service	5,95 €
Gesamtrate	**217,40 €**

BERECHNUNG DES GELDWERTEN VORTEILS

Kaufpreis Fahrrad	6.000,00 €
davon 25 %	1.500,00 €
davon 1 % p.m. geldwerter Vorteil	**15,00 €**

ERGEBNISRECHNUNG FAHRRADKAUF

Wunschpreis einschl. Ust.	6.000,00 €
Versicherungspaket	635,40 €
Servicepaket	214,20 €
Gesamtkosten	**6.849,60 €**

ERGEBNISRECHNUNG LEASING

Tats. Nettobelastung für 36 Monate (129,15 € x 36)	4.649,40 €
plus voraussichtlicher Kaufpreis nach 36 Monaten	900,00 €
Gesamtkosten Leasing	**5.549,40 €**

Daraus ergibt sich eine Ersparnis beim Leasing von

6.849,60 €
– 5.549,40 €
= 1.300,20 €.

Die relative Ersparnis zum Kauf beträgt 19 %.

BEISPIEL 2

- verbeamtete Person mit 5.500,– Euro monatlichem Bruttoeinkommen
- Steuerklasse I/0
- Kaufpreis E-Bike, unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers inkl. USt. 3.500,00 €

GEHALTSABRECHNUNG

	ohne Leihfahrrad	mit Leihfahrrad
Bruttogehalt	5.500,00 €	5.500,00 €
Gehaltsumwandlung		138,850 €
Zwischensumme	5.500,00 €	5.361,15 €
geldwerter Vorteil		8,00 €
Steuerbrutto	5.500,00 €	5.369,15 €
Lohnsteuer IV/1	1.318,00 €	1.265,25 €
KiSt	118,62 €	113,87 €
Nettolohn	4.063,38 €	3.990,03 €
minus geldwerter Vorteil		8,00 €
Auszahlungsbetrag	**4.063,38 €**	**3.982,03 €**
Tatsächliche Belastung durch das Leasing pro Monat		**81,35 €**

LEASING PRO MONAT

Leasingrate	129,40 €
Versicherung	12,50 €
Service	5,95 €
Gesamtrate	**138,85 €**

BERECHNUNG DES GELDWERTEN VORTEILS

Kaufpreis Fahrrad	3.500,00 €
davon 25 %	800,00 €
davon 1 % p.m. geldwerter Vorteil	**8,00 €**

ERGEBNISRECHNUNG FAHRRADKAUF

Wunschpreis einschl. Ust.	3.500,00 €
Versicherungspaket	449,82 €
Servicepaket	214,20 €
Gesamtkosten	**4.164,02 €**

ERGEBNISRECHNUNG LEASING

Tats. Nettobelastung für 36 Monate (129,15 € x 36)	2.928,60 €
plus voraussichtlicher Kaufpreis nach 36 Monaten	630,00 €
Gesamtkosten Leasing	**3.558,60 €**

Daraus ergibt sich eine Ersparnis beim Leasing von

4.164,02 €
– 3.558,60 €
= 605,42 €.

Die relative Ersparnis zum Kauf beträgt 15 %.

Fotos: AdobeStock

IM GESPRÄCH:

SENIORENARBEIT

WIR WOLLEN NEUE AKZENTE SETZEN

Michael Lutz ist seit vielen Jahren Mitglied des VLW-Landesvorstands und hat seit seiner Pensionierung auch die Funktion des Seniorenbeauftragten inne. Die VLW-Redaktion hat ihn zum Interview über seine Arbeit gebeten.

VLW kompakt: Michael, welchen Sinn hat Seniorenarbeit in einem Bildungsverband?

Michael Lutz: Nun, in unserem Landesverband sind rund zwanzig Prozent unserer Mitglieder Pensionärinnen und Pensionäre, mit steigender Tendenz. Wir möchten diese Kolleginnen und Kollegen im Verband halten und müssen Ihnen dazu etwas bieten. Andererseits profitieren sie auch von Ihrer Mitgliedschaft: Der dbb verhandelt die Tariferhöhungen auch für die pensionierten Lehrkräfte, und hier kann eine starke Vertretung durchaus von Nutzen sein. Der VLW-Ortsverband bietet darüber hinaus auch die Möglichkeit, Kontakte zu den beruflich aktiven Kolleginnen und Kollegen zu knüpfen.

Was genau kann der Verband für pensionierte Lehrkräfte tun?

Die Seniorenarbeit in den Landesverbänden des BVLB ist sehr unterschiedlich strukturiert. Das könnte konkrete Beratung in Beihilfe-, Pflege-, Renten- und Versorgungsfragen an. Der Landesverband Baden-Württemberg gibt sogar regelmäßig ein Heft mit seniorenspezifischen Themen heraus. Auch gemeinsame Reisen werden durchgeführt. Informationsveranstaltungen zu z. B. Vorsorgerecht, Erbrecht oder Patientenverfügung finden statt. Verbandsintern werden auch Landes- oder Bezirks-Seniorentage durchgeführt. Schlüssel für die verstärkte Einbeziehung der Versorgungsempfänger ist sicher der Ortsverband. Hier können sich Aktive und Pensionierte ohne großen Fahraufwand treffen, man kennt sich und kann sich über Schule und andere Themen austauschen. Hier lernt man schnell, dass es auch für die älteren noch „Aktiven" von Interesse sein kann, etwas über den neuen – und für viele auch schwer einzuschätzenden – Lebensabschnitt zu erfahren.

Wo siehst du Veränderungen in der Seniorenarbeit?

Zuerst einmal sind die heutigen „Alten" die „neuen 50jährigen" – sie sind aktiver, in Gesellschaft und Familie engagiert, verfügen über eine gute Kaufkraft, reisen viel und sind bis ins hohe Alter gesund und munter. Für den Verband bedeutet das aber eine hohe „Konkurrenz" anderer Angebote und Aufgaben zur Verbandsarbeit; ganz ähnlich wie bei unseren noch im Beruf tätigen Mitglieder. Das herkömmliche Treffen bei Kaffee und Kuchen ist nicht mehr so interessant, andere Aktivitäten und Angebote, wie z. B. Fortbildungen oder Museumsbesuche, finden größeres Interesse.

Gibt es im Landesvorstand eine Seniorenvertretung?

Ich habe diese Aufgabe vom Landesvorstand übernommen und an der jährlichen seniorenpolitischen Fachtagung des Bundesverbandes in Fulda teilgenommen. Hier ging es um das Thema „Mobilität im Alter" – hoch aktuell, wie man an der Diskussion um den Führerschein sehen kann.

Michael Lutz: Mit attraktiven Angeboten die Seniorenarbeit im Verband gestalten

Für unseren Landesverband sind die Seniorinnen und Senioren unverzichtbar: Das zeigt sich daran, dass mit Jürgen Hatzfeld (verantwortlich für die Finanzen des Landesverbandes) und Heinz Werner Seyler (er betreut die Homepage des Landesverbandes und unterstützt die Mitgliederverwaltung) zwei wichtige Funktionen von pensionierten Kollegen ausgefüllt werden.

Wie geht es denn weiter mit der Seniorenarbeit des Landesverbandes?

Wir möchten auf einer in diesem Jahr anstehenden Tagung der Ortssprecherinnen und -sprecher des VLW auch die Seniorenarbeit in den Ortsverbänden und Bezirken ansprechen und hier neue Akzente setzen. Auch die Seniorenarbeit des Verbandes sollte verstärkt thematisiert werden – wie in diesem Gespräch. ■

Foto: AdobeStock

Für das leibliche Wohl und die gemütliche Atmosphäre an diesem Abend sorgte das Restaurant Handelshof, in das der Ortsverband eingeladen hatte.

TREFFEN DES ORTSVERBANDS IDAR-OBERSTEIN AM 1. MÄRZ

Der alles in allem nicht zufriedenstellende Tarifabschluss, die angedachte Verschmelzung mit dem vlbs, das Für und Wider einer systematischen Arbeitszeiterfassung: Über diese und viele andere Themen haben sich die Kolleginnen und Kollegen des Ortsverbands Idar-Oberstein auf der Mitgliederversammlung mit dem Landesvorsitzenden Dirk Mettler und der Bezirksvorsitzenden Stefanie Tischer rege ausgetauscht.

MINDESTANWESENHEIT

Aus den Reihen der Mitglieder wurde darüber hinaus der Wunsch geäußert, in den Verordnungen für die BBS-Bildungsgänge eine Mindestanwesenheitszeit im Unterricht – wie sie derzeit noch in der Fachschule Wirtschaft gilt – festzuschreiben.

Dieses berechtigte Anliegen macht deutlich, dass sich das Ministerium bei der Neuordnung von Bildungsgängen derzeit leider in die falsche Richtung bewegt.

IM AMT BESTÄTIGT

Zuvor fand die Wahl der Ortsvorsitzenden statt: Mario Passannante mit Rita Rittmann und Peter Schmidt leisteten in den letzten Jahren engagierte Arbeit in ihrem Ortsverband, was sich nicht zuletzt am Mitgliederzuwachs des Ortsverbandes ablesen lässt.

Für dieses Engagement haben sich Stefanie Tischer und Dirk Mettler mit einem kleinen Präsent bei ihnen bedankt. Alle drei wurden von den Mitgliedern einstimmig wiedergewählt.

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt
ClimatePartner.com/11151-2303-3610

75 JAHRE VLW

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN!

Welche Arbeiten sind im Schulalltag unbedingt erforderlich? Worauf kann verzichtet werden? Wo gibt es die Möglichkeit, Zeit einzusparen? Der Auseinandersetzung mit solchen Fragen muss mehr Raum gegeben werden, um die Belastungen in der ungebundenen Arbeitszeit zu reduzieren.

SENKUNG DES WOCHENDEPUTATS!

Damit gebundene und ungebundene Arbeitszeit wieder in ein Gleichgewicht kommen, muss das Wochendeputat so weit abgesenkt werden, dass das Arbeitspensum innerhalb von durchschnittlich vierzig Arbeitsstunden pro Woche geleistet werden kann.

UNTERSTÜTZUNG DURCH MULTIPROFESSIONELLE TEAMS!

Lehrkräfte brauchen Verstärkung durch Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die bei verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern Unterstützung bieten. Sie brauchen Verwaltungskräfte, die beispielsweise die Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern erfassen und die Entschuldigungen dokumentieren. Und sie brauchen einen verstärkten schulpsychologischen Dienst, damit es hinreichend Anlaufstellen für Schülerinnen und Schüler mit Problemen gibt.

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW_RLP

VLW

KOMPAKT

SEPTEMBER 2024

DER VLW WARNT: IMMER MEHR JUNGE MENSCHEN OHNE (BERUFS-)ABSCHLUSS

ERGEBNISSE

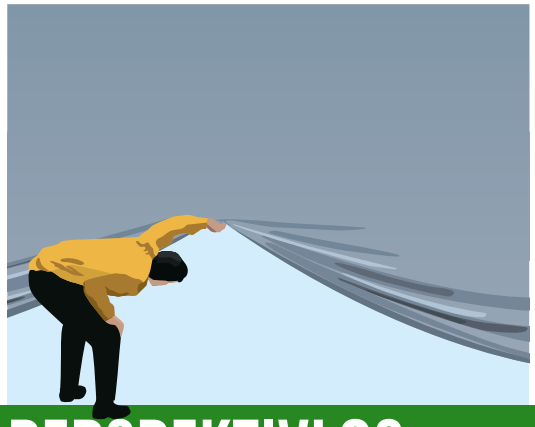
Arbeitszeiterfassung für Lehrkräfte – hilfreich oder unnötig? Wir haben die Antworten aus der VLW-Befragung

75 JAHRE VLW

INTERVIEWS

Neues aus dem Bildungsministerium und der Universität Kaiserslautern-Landau

IN DIESER AUSGABE ... SEPTEMBER 2024



PERSPEKTIVLOS ...
Ohne einen Abschluss bieten sich kaum Aussichten auf gute Jobs

ERGEBNISSE
VLW-Umfrage zur Arbeits-zeiterfassung

KLAUSURTAGUNG
Beschlüsse und Besichtigungen

03 FAIRE CHANCEN FÜR ALLE!
Editorial

04 DER VLW WARNT: IMMER MEHR JUNGE MENSCHEN OHNE (BERUFS-)ABSCHLUSS!

06 OLYMPIA UND SCHULE – INTERESSANTE PARALLELEN
Kommentar des Landesvorsitzenden

07 TERMINE IN 2024 UND 2025

08 ARBEITSZEITERFASSUNG FÜR LEHR-KRÄFTE – HILFREICH ODER UNNÖTIG?
Ergebisse der VLW-Umfrage

10 STANDPUNKTE
Zwei Meinungen zur Arbeitszeiterfassung

11 ACHTUNG, SATIRE: EIN „INTERVIEW“ VON UND MIT MICHAEL LUTZ

12 DBB-GEWERKSCHAFTSTAG IN MAINZ

14 BERUFLICHE SCHULEN STÄRKEN UND IHRE LEISTUNGEN SICHTBAR MACHEN
Im Gespräch mit Petra Jendrich

16 NEUER STUDIENGANG FÜR LEHRAMT BBS MIT FACHRICHTUNG WIRTSCHAFT – KONKURRENZ ODER ERGÄNZUNG?
Im Gespräch mit Prof. Dr. Markus Böhner und Junior-Prof. Dr. Hannes Saas

17 IMPRESSUM

18 VLW-VORSTAND TRIFFT SICH ZUR KLAUSUR IN IDAR-OBERSTEIN

19 AUS DEN BEZIRKEN
Treffen des Ortsverbands Neuwied

20 FORDERUNGEN DES VLW

FAIRE CHANCEN FÜR ALLE!

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

laut Bildungsbericht 2024 steigt die Zahl der Schulabbrecher erneut. Die Tagesschau berichtet, dass auch in Rheinland-Pfalz ein hoher Anteil an Schülerinnen und Schülern die Schule ohne einen Abschluss verlässt. Nicht weniger besorgniserregend ist der Fakt, dass knapp dreißig Prozent am Ende ohne einen beruflichen Abschluss dastehen. Da stelle ich mir schon die Frage, wie dies in einem Land sein kann, in dem das System der dualen Berufsausbildung auf eine jahrhundertealte Tradition zurückblickt und hohes internationales Ansehen genießt. Am Bildungsangebot kann es wohl kaum liegen, eher daran, dass wir einen großen Anteil unserer Schülerinnen und Schüler damit nicht erreichen. Aber warum ist das so? Dazu soll unser Leitartikel in dieser Ausgabe des *VLW kompakt* Auskunft geben, ergänzt durch einen interessanten Kommentar unseres Landesvorsitzenden.

Nicht weniger spannend sollte die Auswertung unserer Umfrage zum Thema Arbeitszeit sein, die wir im Frühjahr bei unseren Mitgliedern durchgeführt haben und zu der uns viele interessante Antworten erreicht haben. Eines vorab: Das Ergebnis ist nicht so klar, als dass man daraus ein einheitliches Meinungsbild oder gar eine Patentlösung entwickeln könnte. Lesen Sie dazu die unterschiedlichen Standpunkte unserer Vorstandsmitglieder Stefanie Tischer und Andreas Seehaus.

Unsere Forderung nach Ausweitung der Bemühungen um den Lehrkräfte-Nachwuchs für unsere Schulen trägt offensichtlich Früchte. So ist es inzwischen immerhin möglich, an der RPTU Kaiserslautern das Lehramt BBS mit der Fachrichtung Wirtschaft zu studieren. Wir haben dazu die Professoren Böhner und Saas zum Interview gebeten.

Auf Bundesebene hat die KMK einen „Pakt zur beruflichen Bildung“ geschlossen. Unsere Ansprechpartnerin dazu ist Petra Jendrich, Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen am Bildungsministerium in Mainz. Wir haben mit ihr über die Eckpunkte und die Ziele des Paktes gesprochen.

Des Weiteren lesen Sie in diesem Heft unseren Bericht zum dbb-Gewerkschaftstag in Mainz, der im Juni stattfand. Neben der Neuwahl des dbb-Vorstands wurden viele Anträge zu dienstrechtlichen und auch bildungspolitisch relevanten Themen beschlossen.

Der VLW-Landesvorstand traf sich ebenfalls im Juni zu seiner jährlichen Klausurtagung, dieses Mal in Idar-Oberstein, um sein Programm für das vor uns liegende Schuljahr festzulegen. Dieses hält einige wichtige Termine bereit, um nur die Landesdelegiertenversammlung am 4. November, den Tag der kaufmännischen Schule am 18. März und die Personalratswahlen im Mai 2025 zu nennen. Insbesondere am 4. November werden wir an der BBS Kaiserslautern bedeutende Weichenstellungen für die Zukunft des Verbandes stellen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß

75 JAHRE VLW

VLW Rheinland-Pfalz auch auf Instagram!
Folgen Sie uns auf ***vlw_rlp*** *und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*

VLW_RLP

LEITARTIKEL:

DER VLW WARNT:

IMMER MEHR JUNGE MENSCHEN OHNE (BERUFS-)ABSCHLUSS

Foto: AdobeStock

Trotz der bildungspolitischen Reformen und Bemühungen der vergangenen Jahre steigt laut nationalem Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2024“ die Zahl der Schulabbrecher seit 2020 wieder an.

Auch das Land Rheinland-Pfalz ist betroffen. Laut eines Berichts des SWR[1)] haben im Jahr 2022 knapp 2.900 Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen. So hat das SWR Data Lab ermittelt, dass 6,7 Prozent der Menschen über 15 Jahre in Rheinland-Pfalz keinen allgemeinbildenden Abschluss haben (bundesweit 6,9 Prozent), wobei Schülerinnen und Schüler, die kurz vor dem Abschluss standen, nicht dazu zählten. Es wurden auch regionale Daten ausgewertet, die aufzeigen, dass Ludwigshafen mit 14,1 Prozent bundesweit den sechsthöchsten Anteil an Menschen ohne Schulabschluss aufweist. Den kleinsten Anteil haben in Rheinland-Pfalz die Kreise Südwestpfalz, Kusel und Trier-Saarburg.

Als Gründe für den Schulabbruch werden unterschiedliche Punkte angeführt. Laut Karin Bräu, Professorin für Schulpädagogik an der Universität Mainz, seien es beispielsweise familiäre Schwierigkeiten, Krankheiten oder Schicksalsschläge. Aber auch die soziale Stellung der Familie sei oft ausschlaggebend. So richte sich Schule an die „bürgerliche Mitte“ und setze Vorwissen, Sprache und Elternbeteiligung voraus. Zudem würden mögliche Vorurteile der Lehrkräfte dazu führen, dass Kinder mit Migrationshintergrund und aus Arbeiterfamilien schwächer gefördert werden. „Angemessene hohe Leistungserwartungen führen auch zu höheren Leistungen. Und umgekehrt führen geringe Leistungserwartungen auch zu Demotivation und einer Abwertung.“

OHNE SCHULABSCHLUSS SCHLECHTERE CHANCEN AUF EINEN AUSBILDUNGSPLATZ

Laut Professor Steffen Hillmert von der Universität Tübingen hat ein fehlender Schulabschluss sehr langfristige Konsequenzen, weil sehr vieles darauf aufbaut. So haben in Rheinland-Pfalz 13,5 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber ohne Abschluss keine Ausbildung oder Weiterbildung begonnen.

KNAPP 30 PROZENT DER RHEINLAND-PFÄLZERINNEN UND -PFÄLZER (NOCH) OHNE BERUFLICHEN ABSCHLUSS

Das SWR Data Lab hat aus den Zahlen des Zensus 2022 die Zahl derjenigen jungen Menschen über 15 Jahre in den Blick genommen, die keinen bzw. noch keinen beruflichen Abschluss aufweisen konnten. Die Zahlen enthalten auch Menschen, die sich noch in Schule, Ausbildung oder Universität befinden. Ins Auge fallen die regionalen Unterschiede und es verwundert nicht, dass diese mit den Zahlen der jungen Menschen ohne Schulabschluss korrelieren.

Die Wahrscheinlichkeit, ohne beruflichen Abschluss arbeitslos zu werden, ist laut Prof. Hillmert sehr hoch. So machten in Rheinland-Pfalz im Jahr 2021 Menschen ohne Berufsausbildung mit 55,4 Prozent den größten Anteil der Arbeitslosen aus. Während die Arbeitslosenquote bei Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung 16 Prozent beträgt, liegt sie bei Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung bei lediglich 2,5 Prozent.

BVLB FORDERT VON DEN ENTSCHEIDUNGSTRÄGERN MEHR UMSETZUNGSWILLEN

Seit dem Jahr 2012 sind die Schülerzahlen im Sekundarbereich II von 2,6 Millionen auf 2,3 Millionen im Jahr 2022 gesunken. Im Primarbereich, allerdings, steigen die Zahlen seither deutlich, und auch im Sekundarbereich I sind die Zahlen bereits wieder steigend. Es lässt sich demnach vorhersehen, dass der Bedarf an Nachwuchs-Lehrkräften an berufsbildenden Schulen schon bald zunehmen wird. Bereits jetzt muss ein hoher Anteil des Bedarfs durch Quer- und Seiteneinsteiger gedeckt werden[2)]. Aber mehr Lehrkräfte allein werden das aktuelle Problem der sozial bedingten Ungleichheiten in den Bereichen der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs sowie des Fachkräftemangels nicht beheben. Wir brauchen darüber hinaus dringende Reformen, zu denen der BvLB und auch der VLW Rheinland-Pfalz bereits vielfach Lösungsvorschläge unterbreitet haben.[3)]

Lesen Sie dazu auf Seite 6 den Kommentar unseres Landesvorsitzenden sowie unsere Forderungen auf der Rückseite dieser Ausgabe.

Quellen:

[1)] swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/bildungsverlierer-immer-mehr-schulabbrecher-rheinland-pfalz-100.html Artikel von Katharina Forstmair, SWR Data Lab, Elena Weidt, 24.07.2024 – Sendung vom 24.7.2024 5:00 Uhr, Guten Morgen RLP, SWR1 Rheinland-Pfalz

[2)] Bildung in Deutschland kompakt 2024

[3)] Pressemeldung des BvLB: „Bildung in Deutschland 2024 – dringender Handlungsbedarf auch in der beruflichen Bildung“

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

OLYMPIA UND SCHULE – INTERESSANTE PARALLELEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das olympische Feuer in Paris war noch nicht erloschen, da bereits erste kritische Stimmen zu vernehmen waren, die die ernüchternde Bilanz der deutschen Olympioniken beklagten. Vom schlechtesten Ergebnis seit der Wiedervereinigung war die Rede. Und tatsächlich: Im Medaillenspiegel lagen vergleichbar große Nationen deutlich vor uns, und selbst die Niederlande – von der Einwohnerzahl mit Nordrhein-Westfalen vergleichbar – haben uns locker hinter sich gelassen. Versuche, die Misere schönzureden, etwa durch den Hinweis auf die vielen vierten und fünften Plätze, verhallten wie das Rufen im Walde.

Die Ursachen für die Misere sind schnell benannt: Überbelastete und unterbezahlte Trainerinnen und Trainer, die Sportförderung in ihrer aktuellen Ausgestaltung. Der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), Thomas Weikert, räumt „Handlungsbedarf auf vielen Ebenen“ ein. Ich lehne mich mal weit aus dem Fenster und wage eine Prognose, was in den nächsten vier Jahren passieren wird: nichts.

Wahrscheinlich blicken so manche Bildungspolitikerinnen und -politiker neidisch auf die Sportfunktionärinnen und -funktionäre. Letztere stehen nur alle vier Jahre im Kreuzfeuer der Kritik. Die Bildungspolitik hingegen steht ständig auf dem Prüfstand. Und leider sieht es hier keinen Deut besser aus, im Gegenteil. Auch hier weist die Entwicklung abwärts. Immer mehr Kinder und Jugendliche verlassen die all-

gemeinbildenden Schulen ohne den Abschluss der Berufsreife. In Rheinland-Pfalz sind die Zahlen zuletzt auf etwa 3.300 Jugendliche ohne Abschluss angestiegen. Das entspricht 8,6 Prozent aller Schulabgängerinnen und -abgänger und beschreibt einen Höchststand im Zehnjahresvergleich.

Hier gibt es nun eine interessante Parallele zum durchwachsenen Abschneiden der deutschen Olympiamannschaft, denn auch das Bildungsministerium versucht, die Zahlen schönzureden. Man erkennt z. B. einen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Berufsreife und der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die einen Migrationshintergrund aufweisen. Da aufgrund der Flüchtlingsbewegungen in den letzten zehn Jahren mehr Migrantinnen und Migranten ins Land strömen, steigt (logischerweise?) auch der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss. Deshalb rechnet man die Zugezogenen der letzten drei Jahre schon mal heraus, da hier die Sprachförderung im Mittelpunkt steht, nicht die Berufsreife.

Meine Meinung dazu: Wenn man die Ursache erkannt hat (prima!) und sich traut, sie beim Namen zu nennen (bravo!), dann sollte man das nicht dazu benutzen, das Problem kleinzureden, sondern vielmehr es an der Wurzel packen! Sprachkompetenz ist der Schlüssel zu Bildungserfolg. Hieran mangelt es aber nicht nur bei den erst kürzlich Zugewanderten, sondern auch bei denen, die bereits in dritter oder vierter Generation hier leben und demzufolge im deutschen Bildungssystem groß geworden sind. Dazu kommt noch, dass ein steigender Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund ebenfalls massive Lücken im Sprach- und Textverständnis aufweist. Ohne Förderung (die gegebenenfalls bereits im Kindergarten ansetzen muss) wird es nicht gehen. Dazu und daneben braucht es motivierte und qualifizierte Lehrkräfte. Um deren Überlastung zu vermeiden, braucht es mehr davon. Die wiederum wird man nur gewinnen, wenn der Lehrberuf wieder attraktiver wird. Dabei ist die Bezahlung nur einer von vielen Bausteinen.

Es sind interessante Parallelen zu den Ursachen, die für die Misere des olympischen Sports verantwortlich gemacht werden und es gibt noch eine weitere interessante Gemeinsamkeit: Sportdirektor Dr. Jörg Bügner vom Deutschen Leichtathletikverband, der aufgrund der Vielzahl der Medaillenentscheidungen einen erheblichen Anteil auf das

Gesamtergebnis hat, hat die Problematik treffend zusammengefasst: „Wir schreiben Excel-Tabellen, die anderen trainieren – und das kann nicht sein.“ Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die genervt und gestresst sind vom Verwaltungsaufwand und von fragwürdigen Projekten. Sie alle würden am liebsten das tun, wozu sie Lehrerin oder Lehrer geworden sind: unterrichten. Vielleicht sollten wir das einfach mal probieren.

Ihnen allen wünsche ich ein gutes neues Schuljahr und viele Schülerinnen und Schüler, die Sie auf dem Weg zu einem Bildungsabschluss erfolgreich begleiten dürfen. Es grüßt Sie herzlich

Dirk Mettler

SAVE THE DATE:

TERMINE 2024/25

› 23. UND 26. SEPTEMBER 2024

Personalräte-Fortbildung mit Antonia Dufeu

WhatsApp, Snapchat & Co! Umgang mit Rechtsverletzungen in sozialen Medien

Personalräte in der Beratung: rechtssichere Notengebung und Leistungsbeurteilung

WO: am 23.09. in Weisenheim am Berg und am 26.09. in Welling, jeweils ganztägig

› 4. NOVEMBER 2024

VLW-Landesdelegiertenversammlung

WO: BBS II Wirtschaft und Soziales Kaiserslautern – ganztägig

› 19. NOVEMBER 2024

dbb-Vorsorgewerk: Teilzeitfalle – Bedeutung für Pension/Altersvorsorge und Dienstunfähigkeit

mit Ruth Leinenbach

WO: 16:30 Uhr – online[1)]

› 21. BIS 22. NOVEMBER 2024

BvLB-Berufsbildungskongress, Informationen unter www.bvlb.de

WO: Berlin – zweitägig

› 18. MÄRZ 2025

VLW-Tag der kaufmännischen Schule

WO: Hildegardis-Forum, Rochusberg Bingen – ganztägig

› 7. APRIL 2025

dbb-Vorsorgewerk: Bin ich für den Pflegefall gut aufgestellt?

mit Ruth Leinenbach

WO: 16:30 Uhr – online[1)]

› 13. MAI 2025

dbb-Vorsorgewerk: Profitieren Sie von der dbb-Vorteilswelt und dem dbb-Autoabo!

mit Alexander Konzack

WO: 16:30 Uhr – online[1)]

[1)] gemeinsam mit dem vlbs Rheinland-Pfalz

Foto: AdobeStock

BEFRAGUNG:

ARBEITSZEITERFASSUNG FÜR LEHRKRÄFTE – HILFREICH ODER UNNÖTIG?

Ergebnisse der VLW-Umfrage zur Erfassung der ungebundenen Arbeitszeit

Wieviel arbeiten Lehrkräfte eigentlich? Was sich statistisch erfassen lässt, ist die Zahl der gehaltenen Unterrichtsstunden. Aber darüber hinaus gibt es den Bereich der sogenannten ungebundenen Arbeitszeit, für die Arbeiten, die außerhalb des Unterrichts zu erledigen sind. Und davon gibt es eine reichliche Fülle. Angefangen bei der Unterrichtsvorbereitung hört die Arbeit mit dem Korrigieren von Klassenarbeiten noch längst nicht auf.

Angestoßen durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes, nach dem alle Arbeitgeber dazu verpflichtet sind, die Arbeitszeit ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erfassen, hat der VLW bei seinen Mitgliedern eine Umfrage dazu durchgeführt. Die Kultusministerkonferenz (KMK), in der die Bildungsministerinnen und -minister aller Bundesländer zusammenarbeiten, verfolgt weiterhin das Ziel, für Lehrkräfte eine Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung außerhalb der Unterrichtszeit zu erwirken. Wir wollten wissen, wie unsere Mitglieder darüber denken, und wir freuen uns, dass wir insgesamt 148 Rückmeldungen dazu erhalten haben.

Das Ergebnis ergibt kein eindeutiges Bild. Während sich fünfzig Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit „ja“ oder „eher ja“ für eine Erfassung der Arbeitszeit von Lehrkräften auch außerhalb des Unterrichts aussprachen, empfinden dies immerhin 67 Prozent als „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Gleichzeitig sind die Erwartungen an eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch eine Arbeitszeiterfassung eher gering bis zurückhaltend – 55 Prozent erwarten „keine“ oder „eher keine“ Verbesserungen.

Auf die Frage zur Arbeitszeit pro Woche gaben 74 Prozent an, dass sie mehr als vierzig Zeitstunden arbeiten (bei Teilzeit im entsprechenden Verhältnis). 18 Prozent kommen mit etwa vierzig Zeitstunden hin, sieben Prozent arbeiten eher weniger.

Sehr interessant war für uns die Auswertung der freien Antworten. Dabei kristallisierten sich für die Erfassung der Arbeitszeit die folgenden vier Schwerpunkte heraus:

1. **Belastung:** Die außerunterrichtlichen Tätigkeiten haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen und beanspruchen einen großen Teil der Arbeitszeit.
2. **Transparenz:** Es gibt bislang keine quantitativen Erhebungen zum tatsächlich anfallenden Auf-

FRAGE 1:
SIND SIE FÜR EINE ERFASSUNG DER ARBEITSZEIT?

FRAGE 2:
WIE WICHTIG IST DIE ARBEITSZEITERFASSUNG?

wand außerhalb der Unterrichtszeit. Dieser könnte durch die Erfassung sichtbar werden.

3. **Gerechtigkeit:** Überstunden und Mehrarbeit müssen vergütet oder ausgeglichen werden. Die Arbeitsbelastung ist zwischen den Lehrkräften teilweise ungleich verteilt.
4. **Wertschätzung:** Die Darstellung der geleisteten Arbeit würde zu höherer gesellschaftlicher Akzeptanz gegenüber den Leistungen von Lehrkräften führen.

Bei den angeführten Gründen gegen eine Arbeitszeiterfassung lassen sich die folgenden Schwerpunkte identifizieren.

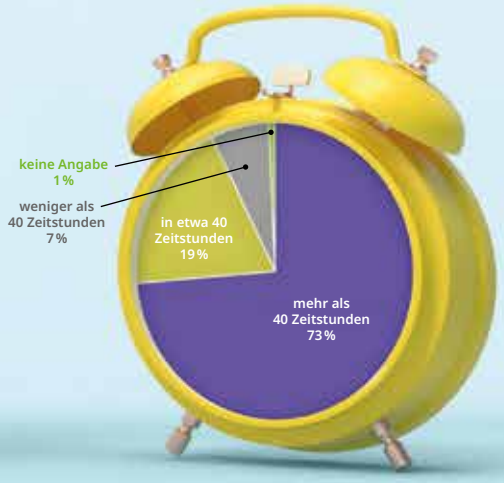
- **Zusätzlicher Aufwand/Messbarkeit:** Die Arbeitszeiterfassung in der ungebundenen Arbeitszeit kann nur von der Lehrkraft selbst durchgeführt werden, was wiederum zusätzlichen Arbeitsaufwand erfordert. Die Arbeitszeit lässt sich nicht immer objektiv messen. Was zählt dazu, was nicht?
- **Konsequenzen:** Es bestehen Zweifel, dass die Arbeitszeiterfassung tatsächlich zu Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen führt. Unter anderem besteht die Sorge, dass die Arbeit, auch während der Ferien, in Präsenz in der Schule geleistet werden muss, um eine Zeiterfassung zu ermöglichen.

Vielfach genutzt wurde die Möglichkeit, offene Fragen und Anmerkungen zum Thema zu formulieren, deren Darstellung den Rahmen dieses VLW kompakt jedoch sprengen würde. Sie haben die Möglichkeit, alle Ergebnisse einschließlich der freien Antworten unter www.vlw-rlp.de anzusehen.

Der VLW-Landesvorstand bedankt sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, insbesondere für die Vielfalt an interessanten Rückmeldungen, die uns wertvolle Argumente für unsere Arbeit in den Personalräten, für die Gespräche im Ministerium, mit Bildungspolitikerinnen und -politikern sowie gegenüber den weiteren Akteuren in der beruflichen Bildung bieten.

Der VLW-Landesvorstand sieht im Ergebnis der Umfrage seine Forderungen bezüglich der Lehrkräfte-Arbeitszeit gegenüber der Politik bestätigt. Die Belastungen in der ungebundenen Arbeitszeit müssen dringend reduziert werden. Im Sinne einer Verbesserung von Unterrichtsqualität und individueller Förderung ist zudem eine Reduzierung des Wochendeputats, begleitet von kleineren Klassen, anzustreben. In pädagogisch herausfordernden Klassen ist zudem der Unterricht im Team-Teaching zu ermöglichen. Lehrkräfte sollen sich auf ihr Kerngeschäft des Unterrichts fokussieren können. Dazu benötigen sie Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, insbesondere für Verwaltungsaufgaben und für den Umgang mit sozial auffälligen Schülerinnen und Schülern.

FRAGE 3: ERWARTEN SIE DURCH DIE ARBEITSZEITERFASSUNG VERBESSERUNGEN?



FRAGE 4: WIE HOCH IST IHRE ARBEITSZEIT PRO WOCHE? (BEI TEILZEITLEHRKRÄFTEN DER RELATION ENTSPRECHEND)

„Eine systematische Entlastung der Lehrer wäre so einfach möglich: Klassenbuchführung, Mahnungen, Zusatzaufgaben bedürfen oft keiner pädagogischen Ausbildung. Das Sekretariat könnte vieles mehr übernehmen, oder die Schule stellt günstige Kräfte z. B. per EQuL an, welche solche Aufgaben übernehmen. Das würde viel störenden Ballast von den Lehrkräften nehmen."

„Die Zeiterfassung ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, die Belastung von Lehrkräften zu erfassen. Wesentlich wäre auch eine qualitative Erfassung der Belastung. Denn der Umgang mit „schwierigen" Klassen sollte anders bewertet werden als der Umgang mit gut zu führenden Klassen. Auch Lärmbelästigung etwa im Sportunterricht oder in kleinen Klassen sollte angemessen berücksichtigt werden. Insgesamt würde es vielleicht eher helfen, Lehrerinnen und Lehrer konsequent von bürokratischen Tätigkeiten wie Entschuldigungsverfahren, Zeugniserstellung etc. zu entlasten. Die gewonnene Zeit könnte wieder in die bessere Unterrichtsvorbereitung fließen ..."

„Die außerunterrichtlichen Aufgaben müssen dringend reduziert werden!"

„Wie werden Freistunden in der Schule gewertet? Als Arbeitszeit? Was fällt alles unter Arbeitszeit? Fällt es unter Arbeitszeit, dass man als Wertschätzung/Respekt gegenüber den Abiturienten, bei der Zeugnisübergabe/ Abiturfeier in der Schule am Wochenende, die eigene Anwesenheit zeigt?"

„Zeiten für Vorbereitung, Nachbereitung, Korrektur, Gespräche mit Eltern, SuS, Kammern, Kollegen etc. sind schwer messbar und kontrollierbar und auch durch Zeiten nicht eingrenzbar ... Lehrerstunden müssen auf Vertrauen beruhen!"

Weitere Aussagen sowie das komplette Umfrageergebnis finden Sie hier:

STANDPUNKT:

BRAUCHEN WIR EINE ERFASSUNG DER UNGEBUNDENEN ARBEITSZEIT?

JA BITTE!

„Wir leisten eine beträchtliche Zahl an unbezahlten Überstunden. Damit muss endlich Schluss sein!“

Stefanie Tischer, Mitglied des VLW-Landesvorstands

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen neigen zur Selbstausbeutung, und auch ich gehöre dazu. Da mache ich keinen Hehl daraus. Denn wir wollen einen guten Job machen. Dies ist allerdings bei der Fülle der Aufgaben, die außerhalb des Unterrichts anfallen, nicht innerhalb einer regulären 40-Stunden-Woche zu schaffen. Da wir Lehrkräfte auch abends und an den Wochenenden aktiv sind, fällt keinem auf, dass wir regelmäßig unsere Arbeitszeit überziehen. Überstunden werden keine erfasst, und die Vermutung, dass wir ja das alles in den Ferien ausgleichen können, halte ich für naiv. Allein schon die Tatsache, dass wir uns um unser Arbeitszimmer zu Hause selbst kümmern müssen, beginnend bei der Einrichtung bis hin zur Instandhaltung der DV-Anlagen, macht doch schon deutlich, welche Nachteile wir gegenüber einem Büro in der Schule in Kauf nehmen. Meine Meinung ist glasklar. Durch die Erfassung der Arbeitszeit wird endlich deutlich, dass nicht immer mehr Aufgaben obendrauf gepackt werden können. Vieles ist in den letzten Jahren hinzugekommen, wie z. B. Inklusion und Digitalisierung. Gleichzeitig hat die Heterogenität in den Klassen erheblich zugenommen, was zu weiterem Aufwand für Differenzierung und individuelle Betreuung führt. Das ist innerhalb einer 40-Stunden-Woche längst nicht mehr zu schaffen.

NEIN DANKE!

„Allein die Erfassung der Arbeitszeit löst noch nicht das Problem. Was wir brauchen, ist eine deutliche Entlastung von Aufgaben!“

Andreas Seehaus, Mitglied des VLW-Landesvorstands

Zugegebenermaßen ist unser Beruf um einiges anspruchsvoller geworden. Die außerunterrichtlichen Aufgaben haben massiv zugenommen. Das lässt sich längst nicht mehr in der vorgesehenen Arbeitszeit, die bei einem Beamten in Rheinland-Pfalz 40 Stunden/Woche entspricht, abarbeiten. Die Erfassung der Arbeitszeit löst meiner Meinung nach jedoch nicht das Problem. Vielmehr geht es darum, unseren Aufgabenkatalog zu entschlacken. Anstatt immer mehr Aufgaben dazu zu packen, benötigen wir Entlastung. Viele Aufgaben können beispielsweise von multiprofessionellen Teams übernommen werden. Dazu gehören Schulsozialarbeiter und Verwaltungsfachkräfte. Alternativ muss unser Wochenstundendeputat gekürzt werden, wenn unser Beruf weiterhin attraktiv bleiben soll. Ferner kann unser Dienstherr kein Interesse an einer Überlastung unserer Kolleginnen und Kollegen mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen haben. Es wäre mehr als sinnvoll und hilfreich, wenn sich die Lehrkräfte wieder auf ihre Kernaufgabe fokussieren könnten: Nämlich ihren Unterricht und dessen professionelle Vor- und Nachbereitung! Dafür haben wir unser Studium und auch unser Referendariat absolviert!

ACHTUNG, SATIRE:

GLOSSE VON MICHAEL LUTZ

ZUR ARBEITSZEITERFASSUNG VON LEHRKRÄFTEN SPRACH DIE VLW-REDAKTION MIT DER VERTRETERIN DER KMK …

Im September 2022 konkretisierte das Bundesarbeitsgericht das sogenannte „Stechuhr-Urteil" des Europäischen Gerichtshofes von 2019 dahingehend, dass die Erfassung der Arbeitszeit auch in Deutschland grundsätzlich verpflichtend ist. Unsere Redaktion führte darüber ein Gespräch mit Frau Prof. Dr. Martina Kubig.

Frau Ministerin, warum hat sich die KMK gegen eine verpflichtende Erfassung der Arbeitszeit für Lehrkräfte ausgesprochen?

Wir stellen fest, dass der Entwurf die „besondere Situation der Lehrkräfte" nicht angemessen berücksichtigt, da deren Arbeitszeiten nicht oder nur teilweise messbar sind, insbesondere bei außerunterrichtlichen Tätigkeiten. Diese Zeiten könnten weder im Vorfeld prognostiziert noch vom Dienstherrn kontrolliert werden.

Haben nicht eine Fülle von Untersuchungen gezeigt, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte eher 50 als 40 Stunden in der Woche beträgt?

Das sind zumeist Gefälligkeitsgutachten für die Lehrkräfteverbände. Auch müssen Sie die schönen Arbeitsbedingungen und die vielen Ferien gegenrechnen. Mir wurde auch von Lehrertennisturnieren dienstags Nachmittag berichtet …

Das sieht Ihr Kollege Bundesarbeitsminister Heil aber ganz anders.

Der muss sich ja auch nicht um die Konsequenzen kümmern.

Richtig, Sie müssten die Überstunden ja ausgleichen oder bezahlen.

Bedenken Sie doch unsere Haushaltszwänge. Da müssen die Beamtinnen und Beamten doch Verständnis für haben!

Können Sie denn wenigstens den Lehrberuf attraktiver gestalten?

Das tun wir doch schon. Denken Sie an so bedeutende Innovationen wie das Dienstfahrrad oder das angenehme Homeoffice. Darüber hinaus prüfen wir weitere Möglichkeiten …

Die wären?

Nun, die Lehrkräfte könnten im Bereich der Schule weitere Tätigkeiten übernehmen, wie etwa Mithilfe im Mensabereich oder Entlastung der Hausmeister. Damit schaffen wir finanzielle Anreize und Abwechslung für die oft psychisch gestressten Kolleginnen und Kollegen. Auch würde das ja nicht die Länder, sondern die Schulträger entlasten – eine echte Win-win-win-Situation!

Wäre es nicht viel sinnvoller, die Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten oder die Arbeitszeit zu senken?

Die Digitalisierung ist doch schon weit fortgeschritten. Die Kolleginnen und Kollegen können sich immer mehr auf das Pädagogische konzentrieren. Auch die Schulaufsicht tut doch schon alles, um den Schulen zu helfen und sie zu entlasten. Und nicht zuletzt: Woher soll ich denn bei einer Arbeitszeitverkürzung die Lehrkräfte nehmen?

Wenn Sie Recht haben, kommen doch bald immer mehr junge Berufsanfänger an die Schulen …

Ja, ja, der Fachkräftemangel. Da sollte sich der Herr Heil mal drum kümmern …

Frau Professor Dr. Kubig, wir bedanken uns für das Gespräch!

Foto: AdobeStock

DBB-GEWERKSCHAFTSTAG AM 4. UND 5. JUNI IN MAINZ:

DELEGIERTE WÄHLEN LANDESLEITUNG NEU – PROMINENTE REDNER BEIM ÖFFENTLICHEN FESTPROGRAMM – VIELE BILDUNGSPOLITISCH RELEVANTE ANTRÄGE BESCHLOSSEN

Der VLW gratuliert Lilli Lenz und ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern zur Bestätigung im Amt an der Spitze des dbb Rheinland-Pfalz. Es ist ein bewährtes Team, das seine Arbeit für die Interessen der Beamtinnen und Beamten und der Beschäftigten im öffentlichen Dienst fortsetzt. Lediglich Elke Schwabl stellte ihr Amt als stellv. Vorsitzende und Schatzmeisterin, das sie 15 Jahre lang innehatte, zur Verfügung. Für ihre Verdienste wurde ihr von den Delegierten die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Als ihre Nachfolgerin zieht Johanna Mieder (Deutsche Steuergewerkschaft, Finanzamt Koblenz), in die Landesleitung ein.

Beim Festakt kamen zu den knapp zweihundert Delegierten eine Vielzahl hochrangiger Ehrengäste hinzu. In ihrem Grußwort stellte Kathrin Anklam-Trapp, Vizepräsidentin des Landtags, die Bedeutung und Errungenschaften der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst heraus. Ministerpräsidentin Malu Dreyer bedankte sich in ihrer Festrede bei den Angehörigen des Öffentlichen Dienstes für ihre Arbeit und blickte zurück auf die vergangenen 15 Jahre mit ihren Herausforderungen für die Erhaltung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Bezugnehmend auf die von Lilli Lenz eingelegte Gedenkminute für den in Ausübung seines Dienstes ums Leben gekommenen Polizisten in Mannheim sagte Dreyer: „Wer den öffentlichen Dienst angreift, greift uns alle an."

Der dbb-Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach betonte sinngemäß in seiner Rede, dass Freiheit und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit seien, sondern aktiv verteidigt werden müssten.

Am zweiten Tag stimmten die Delegierten über mehr als einhundert Anträge von der Landesleitung und von den Mitgliedsgewerkschaften oder -verbänden ab. Nebenstehend eine Auswahl der VLW-Redaktion an bildungspolitisch und dienstrechtlich interessanten Anträgen, die von den dbb-Delegierten beschlossen wurden.

Die wiedergewählte dbb-Vorsitzende Lilli Lenz mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer

VLW-Landesvorsitzender Dirk Mettler (1. Reihe Mitte) bei der Stimmabgabe

Die Delegation des VLW-Rheinland-Pfalz beim dbb-Gewerkschaftstag

Fotos: © Friedhelm Windmüller

Nr	Gegenstand und Inhalt des Antrags	Antragsteller
01	Reduzierung der durchschnittlichen beamtenrechtlichen Wochenarbeitszeit	KOMBA/DSTG
06	Altersteilzeit für Lehrkräfte über 2026 hinaus verlängern	vlbs
10	Sofortige Beförderung von gymnasialen Funktionsämtern A15, A15Z, A16 ins höhere Statusamt ohne einjährige Bewährungszeit	PhV
13–15	Orientierung der Landesbesoldung am Bundesniveau zur Vermeidung von Ranking-Nachteilen	PhV/LFV/DSTG
18	Anhebung der Eingangsamtsbesoldung nach Besoldungsgruppe A14 für beamtete Lehrkräfte der vierten Einstiegsamtebene (berufsbildende Schulen)	vlbs
21	Mehr Beförderungsmöglichkeiten für Lehrkräfte (insbesondere im Bereich der berufsbildenden Schulen)	vlbs
25	Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung in Geld für 25, 40 und 50 Dienstjahre	DSTG
26	Kostenfreie Zur-Verfügung-Stellung des „Deutschlandtickets“ als „Jobticket“ bzw. Arbeitgeberzuschuss dazu	DSTG
30	Inflationsausgleichsprämie in Elternzeit ohne Einschränkung durch Stichtag und Referenzzeitraum	DSTG
31-32	Beamtenversorgung: Sicherung des maximalen Ruhegehaltsatzes	LFV/ DSTG
33	Gleiche Anpassung der Versorgungsbezüge wie bei der Besoldung (Vorbild: Freistaat Bayern)	vlbs
34–35	Abschlagsfreie Ruhestandsversetzung nach 40 Dienstjahren; Erhaltung der Möglichkeit ab Vollendung des 63. Lebensjahres in den vorgezogenen Ruhestand gehen zu können	DVG/LFV
38	Regelmäßige Versorgungsauskunft analog der gesetzlichen Rentenversicherung, mindestens alle drei Jahre, zwingend aber bei Veränderung des Arbeitsanteils	LFV
42	Kürzere Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe	PhV
43–46	Abschaffung der Kostendämpfungspauschale	LFV, DSTG, DVG, PhV
47–48	Beihilfebemessungssatz Eltern auch schon für ein Kind auf 70% aufstocken	LFV, DSTG
49	Beihilfe für berücksichtigungsfähige Kinder anheben; Anknüpfungspunkt beitragsfreie Familienmitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung	DSTG
50	Reisekosten: Anhebung der Wegstreckenentschädigung auf einheitlich 38 Cent / Kilometer	BDF
51	Reisekosten: Anerkennung der tatsächlichen Fahrtstrecke (ab Wohnort), nicht erst der Strecke ab der Dienststelle	DSTG
52	Dienstfahrten im Rahmen der Ausbildung sollen als Fahrten aus triftigem Grund mit den entsprechenden reisekostenrechtlichen Folgen gelten	DSTG
54	Erstattung der vollständigen Erstattung der Reisekosten für Lehrkräfte bei Klassenfahrten	vlbs
59–60	TV-L: Stufengleicher Aufstieg ohne Verlust von Wartezeiten in den einzelnen Stufen	DSTG vlbs
70	Wahl der Gleichstellungsbeauftragten durch die Beschäftigten einer Dienststelle	LFV
71	Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf fördern	VRB
72–73	Frauen in Führung: Rahmenbedingungen anpassen	LFV, DSTG
74	Ausweitung der Stillzeiten von 12 auf 18 Monate	LFV
75	Ablehnung der sogenannten Bürgerversicherung	LFV
76	Einführung eines dem Elterngeld vergleichbaren Pflegegeldes	LFV
77–82	Seniorenpolitische Positionen zu Teilhabe, Gesundheit, Wohnen, Sicherung und Mobilität im Alter	dbb rlp
83–85	Schutz vor Gewalt gegen Bedienstete	LFV, DSTG, JusizAG
86–87	Schutz vor sexualisierter Gewalt gegen Bedienstete	LFV, DSTG
88	Studierenden-Ticket auch für Auszubildende	vlbs
89–90	Flächendeckendes betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)	LFV, DSTG
92	Fachpersonal zur Pflege von IT-Infrastruktur an Schulen	PhV
94–95	Verbesserte Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung im öffentlichen Dienst	LL, DVG
97	Offensive für den Lehrerinnen- und Lehrerberuf	VRB
98	Konzepte zur Erhaltung der Lehrkräftegesundheit fördern	VRB

Foto: AdobeStock

GESPRÄCHE:

Petra Jendrich informiert Karl-Heinz Fuß (links) und Michael Lutz zum Pakt für berufliche Schulen

BERUFLICHE SCHULEN STÄRKEN UND IHRE LEISTUNGEN SICHTBAR MACHEN

Im Mai hat der „Pakt für berufliche Schulen" mit der Konstituierung des Fachbeirats seine Arbeit aufgenommen. Mit dem Bündnis sollen die Innovationskraft und Integrationsfunktion der beruflichen Schulen gestärkt und ihre Weiterentwicklung unterstützt werden.[1)] Der VLW hat darüber mit Petra Jendrich, Abteilungsleiterin Berufsbildende Schulen im Bildungsministerium, gesprochen.

Frau Jendrich, Sie haben bei der Entstehung des Paktes mitgewirkt. Welche Ziele haben sich die Bündnispartner gesetzt?

Petra Jendrich: Wichtig ist, dass wir die bundesweit verschiedenen Akteure gemeinsam an einen Tisch bekommen, um konsensfähige Maßnahmen zu entwickeln, mit denen die beruflichen Schulen gestärkt werden und auch deren Sichtbarkeit erhöht wird.

Der VLW hat regelmäßig moniert, dass das berufliche Schulwesen eher stiefmütterlich behandelt wird. Sehen Sie Chancen, dass sich das ändert?

Der Pakt ist ein großer Schritt genau in diese Richtung. Die Bedeutung der beruflichen Bildung ist enorm hoch. Zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 2 besuchen berufliche Schulen. Viele der gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen, wie z. B. die Fachkräftesicherung, die Digitalisierung und die Dekarbonisierung können nur mit leistungsfähigen beruflichen Schulen, die auf der Höhe der Zeit agieren, bewältigt werden.

Sie sind seit 2016 Vorsitzende des Ausschusses „Berufliche Bildung" bei der Kultusministerkonferenz (KMK) und leiten im Auftrag zusammen mit Frau Dr. Catrin Hannken vom BMBF die Kerngruppe des Paktes. Wie kann man sich Ihre Arbeit vorstellen?

Zunächst sollten Sie wissen, dass das Papier mit den organisatorischen Eckpunkten erst den Anfang unserer Arbeit darstellt. Der Pakt hat eine Laufzeit von insgesamt fünf Jahren. Derzeit arbeiten wir an der Endfassung der Geschäftsordnung. Der Fachbeirat wird von Staatssekretärin Bettina Brück (RLP) und Staatssekretär Daniel Hager-Mann (BW) geleitet. Wir als Kerngruppe bereiten die Themen für den Fachbeirat vor. Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Fachbeirates haben wir auch mit Mentimeter bei den Beteiligten nachgefragt, welchen Beitrag sie in das Bündnis einbringen können. Unter anderem auf der Grundlage der Abfrageergebnisse konkretisieren wir in der

Kerngruppe, mit welchem Thema wir in den Pakt starten wollen. Die Diskussion darüber in der kommenden Fachbeiratssitzung bereitet die Kerngruppe gerade vor.

Das klingt nach viel organisatorischer Arbeit. Wie können Sie das bewältigen?

Dafür ist seit Juli in Berlin bei der KMK eine Geschäftsstelle eingerichtet, was gleichzeitig den Stellenwert des Paktes bestätigt.

Mangelt es nicht eher an den finanziellen Mitteln als an den Ideen? Der VLW hat sich ja bereits mit vielen Vorschlägen eingebracht, die der Stärkung unserer Schulen dienlich wären.

Was wir zunächst brauchen, ist der Konsens unter den Akteuren. Wenn dann die Kultusministerkonferenz (KMK) zustimmt, dann schließlich hoffentlich auch das Bundesbildungsministerium (BMBF). Das sperrt sich leider derzeit noch beim Digitalpakt II. Ich bin der Meinung, dass zuerst die Vorschläge diskutiert und vereinbart werden und danach die entsprechenden Ressourcen geklärt werden sollten. Das halte ich für sinnvoller als den umgekehrten Weg, erst nach Ressourcen zu fragen, um danach zu überlegen, was man damit macht.

Bis wann rechnen Sie mit ersten Ergebnissen?

Wir gehen davon aus, dass wir bis Oktober 2024 die ersten Themen konsentiert haben und danach in die konkrete Abarbeitung gehen und Ende 2025 erste Ergebnisse in Form von Änderungsvorschlägen vorliegen haben (über die vorgeschlagenen Themen müssen zunächst der Fachbeirat und danach die Amtschefkonferenz der KMK sowie das BMBF befinden).

Wenn Sie sich für die bevorstehende Aufgabe etwas wünschen dürften, was wäre das?

Es würde mich freuen, wenn die Bündnispartner nicht in ihren Rollen verharren und das Erwartbare vertreten, sondern dass sie sich öffnen und konstruktiv an Lösungen für die Zukunft zusammenarbeiten.

Der VLW bedankt sich für das Gespräch und wünscht eine erfolgreiche Bündnisarbeit.

[1] *www.kmk.org/aktuelles/artikelansicht/berufliche-schulen-im-gemeinsamen-schulterschluss-weiterentwickeln-pakt-fuer-berufliche-schulen-nim.html*

THEMENBEREICHE DER PAKTARBEIT (EXEMPLARISCH)

- Digitale Ausstattung verstetigen und weiter ausbauen
- Bewältigung des demografischen Wandels: Fachkräftesicherung, insbesondere strukturelle Fragestellungen unter qualitativen Gesichtspunkten (z. B. Angebotsstrukturen der beruflichen Schulen)
- Lehrkräfteversorgung hinsichtlich Qualität und Quantität sicherstellen
- Berufsschule weiterentwickeln: Strukturwandel und Transformationsprozesse mitgestalten
- Integrationsfunktion für Gesellschaft und Arbeitsmarkt gewährleisten: Berufliche Orientierung stärken, Übergang Schule-Beruf weiterentwickeln, berufliche Qualifizierung Zugewanderter ausweiten, ausbildungsintegrierte Sprachbildung etablieren
- Internationalisierung und Globalisierung ausbauen.

DIE BÜNDNISPARTNER

Bundesregierung vertreten durch:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Institutionen des Bundes:

BIBB BA

Sozialpartner:

- BDA, DIHK, ZDH, BFB, DGB
- Bundesschülerkonferenz
- Lehrerverbände: BvLB und GEW

Wissenschaft:

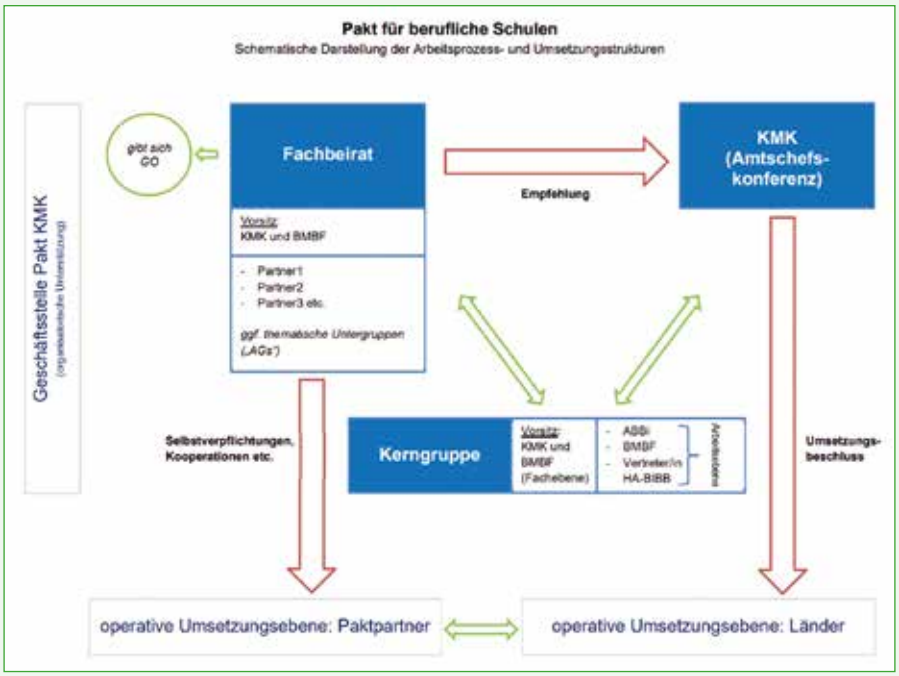
Mitglied der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission für den Bereich berufliche Bildung

Schulträger:

- Deutscher Städtetag
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund

Kultusministerkonferenz:

Vertretungen des Ausschusses für Berufliche Bildung



Informierten den VLW aus erster Hand: Prof. Dr. Markus Böhner (links) und Junior-Prof. Dr. Hannes Saas

NEUER STUDIENGANG FÜR LEHRAMT BBS MIT FACHRICHTUNG WIRTSCHAFT – KONKURRENZ ODER ERGÄNZUNG?

Ab diesem Wintersemester wird an der Universität Kaiserslautern-Landau (RPTU) das Lehramt BBS mit der Fachrichtung Wirtschaft studiert werden können. Im Gespräch mit Juniorprofessor Dr. Hannes Saas und Prof. Dr. Markus Böhner ging der VLW der Frage nach, ob diese zusätzliche Möglichkeit zum Studium die zu erwartende Nachwuchslücke an kaufmännischen BBS-Lehrkräften schließen kann.

Herr Professor Saas, Sie sind als Verantwortlicher für die Berufspädagogik der BBS-Lehramtsstudiengänge an der RPTU der Initiator für die neue Studienrichtung. Schaffen Sie damit nicht unnötig Konkurrenz zum Studiengang „Wirtschaftspädagogik" an der JGU Mainz?

Prof. Dr. Hannes Saas: Das sehe ich nicht so. Es handelt sich bei dem Studiengang nicht um ein Wirtschaftspädagogik-Studium. Wir werden also keinen Bachelor- bzw. Master of Science-Studiengang anbieten, sondern lediglich die Abschlüsse Bachelor und Master of Education Lehramt BBS für das Fach Wirtschaft. Zum anderen bin ich nicht der Initiator, sondern der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften hat über das Zentrum für Lehrerbildung in Abstimmung mit dem Ministerium den Stein zu diesem Studiengang ins Rollen gebracht.

Herr Professor Böhner, die Zahl der Studierenden wird auch in Kaiserslautern wohl eher überschaubar bleiben. Hat denn das Wissenschaftsministerium der Einrichtung des Studienganges einfach so zugestimmt?

Prof. Dr. Markus Böhner: Ich war dafür ja nicht zuständig, aber mit der Akkreditierung sind die letzten Hürden beseitigt. Es ist wohl in der Tat so, dass nur geringe zusätzliche Ressourcen erforderlich sein werden. Dies betrifft die Module der spezifischen Didaktik für die Fachrichtung Wirtschaft. Diese können zunächst durch Prof. Saas und ggf., wenn durch das Landesprüfungsamt genehmigt, mich abgedeckt werden. Was die Anzahl der Studierenden betrifft, hoffen wir auf zehn bis zu zwanzig Absolventen pro Jahr. Letzteres wäre bereits eine eher große Anzahl.

Hätten denn diese Personen nicht ohnehin Wirtschaftspädagogik an einer der umliegenden Universitäten studiert? Mit Mainz, Mannheim und Saarbrücken gibt es doch dazu bereits Angebote.

Prof. Dr. Hannes Saas: Das ist richtig. Wir hoffen jedoch, zusätzliche Studierende für das Lehramtsstudium BBS gewinnen zu können. Als Zielgruppe haben wir Interessierte aus dem gesamten pfälzischen Raum im Blick, insbesondere aus dem Süden und dem Südwesten. Zudem gibt es erfahrungsgemäß Personen, die bereits Wirtschaftswissenschaften in Kaiserslautern studieren und die eher ins Lehramtstudium wechseln, wenn sie dafür den Studienstandort beibehalten können.

Wäre es nicht sinnvoll, einen entsprechenden Studiengang auch in Koblenz und in Trier anzubieten?

Prof. Dr. Markus Böhner: Dazu gab es in früheren Jahren bereits Bestrebungen, allerdings eher ganzheitlich für den gesamten BBS-Bereich. Die Universität Trier hat sich jedoch für den Fokus auf das Grundschul-Lehramt entschieden. An der Universität Koblenz fehlen die passenden Strukturen für Wirtschaftspädagogik, so dass mit der Einrichtung eine zusätzliche Professur erforderlich wäre, deren Finanzierung vermutlich derzeit nicht oben der Liste steht, da in Koblenz bereits einige andere BBS-Lehramtsabschlüsse wie die Sozialpädagogik vorangetrieben werden; auch die Didaktik der Wirtschaftslehre ist im Entstehen; dabei geht es aber um den Sek.-I-Bereich.

Der VLW bedankt sich für das interessante Gespräch und wünscht für den neuen Studiengang viel Erfolg.

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

Ein Anfang ist gesetzt: Ein zweiter rheinland-pfälzischer Studienort für das Lehramt BBS/ Fachrichtung Wirtschaft ist gefunden und wird zum kommenden Semester seine Arbeit aufnehmen. Die Beteiligten hoffen darauf, dass sich insgesamt mehr Studierende einschreiben werden und sich damit die Zahl der möglichen Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren erhöhen wird. Es wird allerdings nicht genügen, nur mehr Studienplätze anzubieten, ohne die Attraktivität des Lehramtes zu steigern. Hier bleibt für das Bildungsministerium noch viel zu tun, wird sich doch – absehbar – demnächst ein großes „Loch" auftun, denkt man nur an die vielen Pensionierungen in den nächsten Jahren.

Wir wünschen dem Team um Prof. Dr. Böhner und Prof. Dr. Saas viel Erfolg bei der Aufbauarbeit und werden den neuen Studiengang nach unseren Kräften unterstützen!

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11151-2303-3610

KLAUSURTAGUNG:

VLW-VORSTAND TRIFFT SICH ZUR KLAUSUR IN IDAR-OBERSTEIN

Die kleine Stadtführung von Mario Passannante durch den Stadtteil Oberstein war eine willkommene und interessante Abwechslung zum zweitägigen Klausurprogramm, mit dem sich der VLW-Vorstand Ende Juni befasst hat. Bei den vereinsinternen Themen standen der Rückblick ins vergangene Jahr und die Vorbereitung der Landesdelegiertenversammlung (LDV) am 4. November in Kaiserslautern auf der Agenda.

Im Zusammenhang damit und auch darüber hinaus wurde schnell klar, dass ein überaus spannendes Jahr vor uns liegt. Dies beinhaltet eine verstärkte Zusammenarbeit mit unserem Partnerverband vlbs, mit dem Ziel unsere Kräfte zu bündeln und damit sowohl Effektivität als auch Effizienz zu erhöhen. So will der VLW-Landesvorstand der LDV am 4. November einen Antrag vorlegen, der die Zusammenarbeit mit dem vlbs bezüglich der im Mai 2025 stattfindenden Personalratswahlen intensivieren soll. Zudem wird in Kaiserslautern der Landesvorstand neu gewählt. Es sind Veränderungen zu erwarten, da einige Vorstandsmitglieder für die kommende Amtsperiode nicht mehr kandidieren werden.

ANTRÄGE ZUR LDV BIS 30. SEPTEMBER EINREICHEN

Für die Landesversammlung können noch bis 30. September Anträge, z. B. zu bildungspolitischen Forderungen und auch zu verbandsinternen Angelegenheiten, eingereicht werden. Von der LDV beschlossene Anträge stellen das Auftragsbuch des künftigen Landesvorstands dar. Insbesondere die bildungs- und schulpolitischen Anträge werden erfahrungsgemäß von den verantwortlichen Akteuren sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen, da sie ein realistisches Abbild der Situation an unseren BBSn darstellen und unsere Forderungen transportieren. Wir bitten Sie deshalb, die

Mario Passannante erläutert die Sehenswürdigkeiten Obersteins – hier vor dem alten Mühlrad. Von links: Jürgen Hatzfeld, Mario Passannante, Andreas Seehaus, Stefanie Tischer, Elisabeth Anacker und Michael Lutz

Gelegenheit zu nutzen, um Verbesserungen der Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen an unseren Schulen, Verbesserungen bei der Nachwuchsgewinnung sowie bei Besoldung und Versorgung zu erreichen.

PERSONALRATSWAHLEN 2025: ANGEBOTE FÜR PERSONALRÄTE UND ÖRTLICHE WAHLVORSTÄNDE

Im aktuellen Schuljahr wird der VLW wieder seine bewährten Personalräte-Schulungen durchführen, jeweils in Weisenheim am Berg und in Welling. Für neugewählte Personalratsmitglieder wird der VLW zudem im Juni 2025 eine erste Info-Veranstaltung zu den rechtlichen Grundlagen für die Arbeit des ÖPR anbieten. Bereits im Vorfeld der Personalratswahlen wird der VLW die örtlichen Wahlvorstände, z. B. mit seinem Leitfaden zur Personalratswahl, unterstützen.

TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE AM 18. MÄRZ IN BINGEN

Darüber hinaus plant der VLW im Schuljahr 2024/25 mindestens eine Fortbildung zum Einsatz von KI für den Unterricht. Als besonderes Highlight wird am 18. März 2025 der traditionelle „VLW-Tag der kaufmännischen Schule“, dieses Mal in Bingen, stattfinden. Bitte beachten Sie dazu jeweils unsere Terminhinweise auf unserer Website und in unseren Publikationen.

Der VLW-Vorstand bedankt sich herzlich beim Gastgeber Mario Passannante (Ortsvorsitzender BBS Idar-Oberstein), der durch seine Teilnahme die Tagung mit vielen guten Vorschlägen und Ideen bereicherte. Die von ihm ausgewählte Tagungsstätte und die interessante Stadtführung mit Einblick in die schönen, aber auch weniger schmucken Ecken der Stadt haben für das durchgängige Wohlbefinden der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesorgt.

AUS DEN BEZIRKEN:

ORTSVERBAND NEUWIED

CHRISTIAN SCHNEIDER ZUM NEUEN ORTSVORSITZENDEN GEWÄHLT

Kurz vor den wohlverdienten Sommerferien wurde Christian Schneider auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbands Neuwied einstimmig zum neuen Ortsvorsitzenden gewählt. Landesvorsitzender Dirk Mettler und Bezirksvorsitzende Stefanie Tischer gratulierten ihrem Nachfolger und bedankten sich für seine Bereitschaft, sich neben dem Bezirksvorstand auch im Ortsverband für den VLW zu engagieren. Mit Blick auf die Landesdelegiertenversammlung im November in Kaiserslautern nominierten die Mitglieder anschließend die Delegierten und stimmten über einen Antrag ab.

Es folgte ein reger Austausch über verschiedene Themen, wie die systematische Arbeitszeiterfassung, die Modelle der Altersteilzeit und die angedachte Verschmelzung des VLW mit dem vlbs. Für das leibliche Wohl und die gemütliche Atmosphäre an diesem Abend sorgte das Restaurant Früh im Landratsgarten, in das der Ortsverband eingeladen hatte.

Nach getaner Arbeit: der OV Neuwied beim gemütlichen Beisammensein, mit im Bild der neue Ortsvorsitzende Christian Schneider (2. von links)

75 JAHRE VLW

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

- REDUZIERUNG DER KLASSENGRÖSSEN IN ALLEN BILDUNGSGÄNGEN!
- AUSWEITUNG DER SCHULSOZIALARBEIT AUF DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER ALLER KLASSEN!
- ERMÖGLICHUNG VON TEAM-TEACHING ZUR BESSEREN INDIVIDUELLEN FÖRDERUNG!
- ENTLASTUNG DER LEHRKRÄFTE VON VERWALTUNGSAUFGABEN!
- ZUSÄTZLICHER (SPRACH-)FÖRDERUNTERRICHT FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER!

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW_RLP

VLW
KOMPAKT
DEZEMBER 2024

VLW-LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG:
NEUWAHLEN – ANTRÄGE – RESOLUTION

ABSENTISMUS
Weshalb sind die Fehlzeiten der Schülerinnen und Schüler so hoch?

75 JAHRE VLW

FORTBILDUNG
Rechtsverletzungen in den Sozialen Medien: Wie können Lehrkräfte sich rechtlich schützen?

IN DIESER AUSGABE ...

DEZEMBER 2024

FEHLZEITEN
Ein neues Alltagsphänomen ...

VLW IM GESPRÄCH
mit der FDP-Fraktion

03 SCHÜLER-LOS
Editorial

04 ABSENTISMUS – EIN KAMPF GEGEN WIND-MÜHLEN?!

06 ARBEITSZEITERFASSUNG: GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN WERDEN BESTÄTIGT
Die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften

08 ALLE JAHRE WIEDER ...
Kommentar des Landesvorsitzenden

09 VLW-LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG
Fusionspläne nehmen Gestalt an – neuer Landesvorstand gewählt – Kreis der Ehrenmitglieder erweitert

14 ANTRÄGE DER LANDESVERSAMMLUNG
... mit Abstimmungsergebnissen

18 LEHRKRÄFTE VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN ENLASTEN – SOFORT!
Resolution der VLW-Landesdelegiertenversammlung

19 KONTAKTDATEN DES NEUEN LANDESVORSTANDS

20 GESPRÄCH MIT DER FDP-FRAKTION
Es gibt keine landesweite statistische Erfassung von Schülerfehlzeiten

21 PERSONALRÄTEFORTBILDUNG
Rechtssichere Notengebung und Umgang mit Rechtsverletzungen in Sozialen Medien

22 FUSIONSGESPRÄCHE FÜHREN ZU DISKUSSIONEN IN DEN BEZIRKEN

23 AUS DEN BEZIRKEN
Koblenz: Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

23 IMPRESSUM

24 FORDERUNGEN DES VLW

SCHÜLER-LOS

Sie haben Anregungen oder Wünsche? Dann schreiben Sie mir unter redaktion@vlw-rlp.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir waren sicherlich alle erleichtert, als nach der Pandemie der Unterricht in unseren Schulen endlich wieder durchgängig in Präsenz stattfinden konnte. Eines hat sich nach meiner Beobachtung jedoch nicht wieder eingespielt. Ein Unterrichtstag, an dem eine Klasse vollzählig ist, ist weiterhin die Ausnahme. Dass ein oder zwei Schülerinnen oder Schüler fehlen, war nie ungewöhnlich, aber zwischenzeitlich verzeichnen wir Fehlquoten von bis zu dreißig Prozent. Landesweit bestätigen Kolleginnen und Kollegen diese Beobachtung. Abgesehen davon, dass die abwesenden Schülerinnen und Schüler wertvollen Unterricht versäumen, bremsen sie auch den Lernfortschritt der ganzen Klasse. Dies ist eine Folge, unter der letztendlich alle Schülerinnen und Schüler leiden. Uns Lehrkräften bescheren die Fehlzeiten jede Menge zusätzliche Verwaltungsarbeiten. Dies ist eine Situation, auf die wir dringend hinweisen wollen.

Wir haben das Thema „Absentismus“ deshalb zum Titelthema für dieses VLW kompakt ausgewählt und auch bereits im Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Weber, MdL, zur Diskussion gestellt. Über die Gründe des zunehmenden Absentismus stellen wir in unserem Leitartikel in dieser Ausgabe des VLW kompakt Vermutungen an. An die Politik erheben wir Forderungen, um der Entwicklung zu begegnen. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung der Fehlzeiten ist nur ein Teil dessen, was uns in den letzten Jahren an zusätzlichen Aufgaben außerhalb des Unterrichts belastet. Längst ist das Fass schon am Überlaufen. Die Delegierten des VLW Rheinland-Pfalz haben deshalb bei der zurückliegenden Landesversammlung in Kaiserslautern eine Resolution beschlossen, in der sie die überfällige Entlastung von außerunterrichtlichen Aufgaben fordern.

Begrüßenswert ist auch der nahezu einstimmige Beschluss der Landesdelegierten, mit einer gemeinsamen Liste mit dem vlbs zu den anstehenden Wahlen zum Haupt- und Bezirkspersonalrat anzutreten. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gemeinsamen Zukunft unserer beiden Berufsschulverbände mit dem Ziel, die politische Schlagkraft unserer Arbeit zu erhöhen. Dass es Handlungsbedarf gibt, lässt sich an den Anträgen unserer Orts- und Bezirksverbände ablesen, die in Kaiserslautern beschlossen wurden. Es ist ebenso erfreulich, dass aus den Neuwahlen des Landesvorstands wieder ein starkes Team mit vielen bekannten, aber auch einigen neuen Gesichtern hervorgegangen ist.

Lesen Sie hierzu und auch zu weiteren Themen das vor Ihnen liegende Heft.

Ich wünsche Ihnen entspannte Weihnachtstage, einen guten Start ins Jahr 2025 und eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß

75 JAHRE VLW

VLW Rheinland-Pfalz auch auf Instagram!
Folgen Sie uns auf ***vlw_rlp*** *und verpassen Sie keine aktuellen Posts.*

VLW_RLP

LEITARTIKEL:

ABSENTISMUS

EIN KAMPF GEGEN WINDMÜHLEN(?)

Foto: AdobeStock

„Warum fehlen denn heute so viele in der Klasse? Schreibt jemand einen Test?“ So oder so ähnlich hört man es oftmals in den Lehrerzimmern.

Allerdings beschränkt sich der Absentismus zwischenzeitlich längst nicht mehr auf die Tage, an denen Leistungsnachweise eingefordert werden, sondern hat sich seit der Pandemie zu einem alltäglichen Phänomen ausgeweitet. Statistisch belegt werden kann dies allerdings nicht, denn es gibt dazu bislang keine Erhebungen. Dabei genügt ein Blick in die Klassenbücher und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die mit einer Klassenleitung betraut sind, können überwiegend bestätigen, dass die Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern signifikant zugenommen haben.

Dies hat erhebliche Folgen für den Lernerfolg und zieht auch viel Arbeit für die Klassenleitungen nach sich, die sich nicht nur um das Einfordern von Entschuldigungen kümmern, sondern auch pädagogisch Einfluss nehmen müssen, um die Fehlzeiten zu verringern. Der Arbeitsaufwand dafür ist hoch und längst nicht alle der häufig fehlenden Schülerinnen und Schüler können dadurch zu einem regelmäßigen Unterrichtsbesuch bewegt werden. Es stellt sich folglich die Frage nach den Gründen für die starke Zunahme der Fehlzeiten, um geeignete Lösungswege für das Problem zu finden. Im Gespräch mit betroffenen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, zeigt sich ein facettenreiches Bild, wenn man nach den Gründen für das Fehlen forscht. Die wichtigsten zeige ich im Folgenden auf und unterscheide dabei zwischen primären und sekundären Gründen für die Zunahme der Fehlzeiten.

PRIMÄRE GRÜNDE

1. Chronische und psychische Erkrankungen sind ein typischer Grund für notorische Fehlzeiten. Diese haben seit der Pandemie zugenommen und werden in der Regel ärztlich bescheinigt.
2. Die Schülerin oder der Schüler fühlt sich in der Klasse nicht wohl. Schulangst und Mobbing halten Betroffene vom Schulbesuch ab. Das Mobbing hat sich durch die sozialen Medien verstärkt.
3. Jugendliche verbringen viel Zeit in sozialen Medien oder mit Computerspielen, teilweise bis tief in die Nacht. Am nächsten Morgen sind sie zu müde, um in die Schule zu gehen.
4. Es fehlt die grundsätzliche Motivation zum Schulbesuch, da die Anmeldung zum Bildungsgang lediglich deshalb erfolgte, weil kein passender Ausbildungsplatz gefunden wurde.

SEKUNDÄRE GRÜNDE

1. Ärztliche Bescheinigungen sind leicht zu bekommen, seit der Pandemie auch telefonisch.
2. Fehlzeiten bleiben meist ohne Konsequenzen. In den Abschlusszeugnissen werden sie nicht ausgewiesen.
3. Eine generelle Attestpflicht darf von Schulen nicht ausgesprochen werden, sondern nur in besonderen Einzelfällen.
4. Mindestanwesenheitszeiten, die für die Zulassung zur Abschlussprüfung erforderlich sind, werden nach und nach aus den Landesverordnungen gestrichen. Angeblich seien sie juristisch nicht haltbar.
5. Die digitalen Medien erleichtern das Nachholen von versäumtem Unterricht, insbesondere, wenn die Inhalte auf Lernplattformen verfügbar sind. Der Unterrichtsbesuch wird nicht mehr als wichtig für den Lernerfolg erachtet. Dies trifft insbesondere auf Schülerinnen und Schüler zu, die sich im Präsenzunterricht einer heterogenen Klasse unterfordert fühlen.

FAZIT

Es ist zu befürchten, dass sich der Trend mit den hohen Fehlzeiten weiter ausweitet, wenn diese ohne unmittelbar spürbare Konsequenzen für die fehlenden Schülerinnen und Schüler bleiben. Stattdessen zeigen sich die Folgen erst zeitverzögert, wenn der Aufstieg, z. B. in den höheren Bildungsgang verpasst wird oder die Noten für den Wunschausbildungsplatz zu schlecht sind. Bildungspolitikerinnen und -politiker müssen für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen, damit insbesondere das Schule schwänzen frühzeitig sanktioniert werden kann. Dazu benötigen wir geeignete juristische Regelungen, wie formale Anforderungen an ärztliche Bescheinigungen und eine Mindestanwesenheitspflicht als Voraussetzung für die Zulassung zu einer Prüfung, wie es auch an Hochschulen gängige Praxis ist.

Schülerinnen und Schüler mit Schulangst oder Suchtproblemen benötigen frühzeitig niederschwellige Hilfsangebote durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologen. Es wird weiterhin Aufgabe der Klassenleitungen sein, solche Probleme bei betroffenen Schülerinnen und Schülern zu identifizieren und sie entsprechend zu beraten und zu betreuen. Dazu benötigen sie Zeit, die dadurch gewonnen werden kann, indem sie an anderer Stelle, z. B. bei Pflege digitaler Hard- und Software und von einfachen Verwaltungsaufgaben, entlastet werden. ■

Den Kommentar des Landesvorsitzenden zum Titelthema finden Sie auf Seite 8.

GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN WERDEN BESTÄTIGT

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG ZUR ARBEITSZEITERFASSUNG VON LEHRKRÄFTEN

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat unter der Überschrift „Lehrkräftearbeitszeit unter Druck" eine Untersuchung zum Thema der Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften veröffentlicht.

Mehrere Gerichte haben unlängst die Pflicht zur vollständigen Erfassung der Arbeitszeit – eben auch von Lehrkräften – bestätigt, so etwa der Europäische Gerichtshof 2019 und das Bundesarbeitsgericht in Leipzig 2022. Bisher weigern sich die Bildungsministerien der Bundesländer, die Konsequenzen aus diesen Urteilen zu ziehen, übrigens im Gegensatz zu den Einschätzungen der Bundesregierung. Auch bei den Lehrkräften sind die Einschätzungen geteilt, wie die Reaktionen auf unser Schwerpunktthema in der letzten Ausgabe von vlw kompakt gezeigt haben.

Foto: AdobeStock

Hier setzt die aktuelle Untersuchung der FES an. Die beiden Autoren, Frank Mußmann und Mark Rackles formulieren dazu folgende zusammenfassenden Thesen:

1. Eine Mehrheit der Lehrkräfte in Deutschland arbeitet seit Jahrzehnten oberhalb arbeitszeitrechtlicher und tariflicher Normvorgaben. Sie leisten Mehrarbeit sowohl bezogen auf Schulwochen als auch auf Jahresarbeitszeiten.
2. Teilzeitkräfte bringen überproportional hohe Mehrarbeitsanteile ein.
3. Für die pädagogische Kernaufgaben des Unterrichtens steht immer weniger Zeit zur Verfügung, während „außerunterrichtliche" Tätigkeiten deutlich mehr Raum einnehmen.
4. Relevante Teilgruppen hochbelasteter Lehrkräfte verstoßen gegen gesetzliche Arbeitsschutznormen, indem sie regelmäßig mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiten.
5. Das hat deutliche Auswirkungen auf das Belastungserleben und verschärft bekannte gesundheitliche Risiken des Berufsstandes.

Um die zeitliche Belastung der Lehrtätigkeit – differenziert nach Schularten und Tätigkeitsebenen – zu ermitteln, muss sie natürlich erst einmal erfasst werden. Die Autoren der Studie schlagen dazu ein achtstufiges Modell vor:

1. Jahresarbeitszeitmodell: Abkehr von den Wochendeputatsstunden und Bestimmung einer Jahresarbeitszeit.
2. Aufgabenprofil: Definition der Tätigkeiten einer Lehrkraft in Deutschland und – in Bezug auf Teilzeitkräfte – eine Festlegung der Teilbarkeit von Aufgaben.
3. Aufgabengewichtung: Hier gehen die Autoren von der Gewichtung unterrichtsbezogener Tätigkeiten (65% bis 75%) und außerunterrichtlicher Tätigkeiten von 25% bis 35% aus.
4. Erfassungstechnik: Hier soll auf länderübergreifende, webbasierte und mobile Erfassungssysteme, etwa auf mobilen Dienstgeräten, zurückgegriffen werden können.
5. Personalentwicklung: Eine „aktive schulspezifische Personalentwicklung" sollte mit der Einführung der Arbeitszeiterfassung verbunden werden.
6. Erfassungsorganisation: Die Zeiterfassung sollte an die Lehrkräfte delegiert werden (Stichworte Pädagogische Freiheit und Vertrauensarbeitszeit).
7. Arbeitszeitkonten: Die Einführung flächendeckender Arbeitszeitkonten wird als unabdingbar angesehen, individuelle Ansprüche müssen zeitlich und/oder monetär eingelöst werden können.
8. Einführungsstrategie: Das Vorhaben ist komplex, deshalb sollen Pilotprojekte auf freiwilliger Basis den Anfang bilden. Eine Vollumstellung sollte nach spätestens fünf Jahren erfolgen.

Die lesenswerte Studie kann unter dem Link „Lehrkräftearbeitszeit unter Druck" (fes.de) bezogen werden.

KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

„Wenn Sie nur 48 Stunden in der Woche arbeiten, sind Sie als Lehrer ungeeignet" – so ein Zitat einer Mutter im Land Brandenburg. Die Legende von dem Halbtagsjob ist längst widerlegt, auch in den Köpfen notorischer Lehrer- und Beamtenhasser. Wie lang arbeiten sie denn nun?

Das Thema „Arbeitszeiterfassung" ist politisch und gewerkschaftlich umstritten, aber höchstrichterlich klar als Pflicht auch für die bundesdeutschen Lehrkräfte gefordert. Der VLW sowie alle anderen Lehrkräfteverbände gehen von einer Überbelastung, wie sie die vorliegende Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung einmal mehr feststellt, aus. Dass sich die Bundesländer zu diesem Thema sehr zurückhaltend bis ablehnend äußern, liegt auf der Hand: Gilt ein allgemeiner Konsens, dass Lehrkräfte mehr arbeiten als z. B. 41 Stunden pro Woche, müssen Konsequenzen gezogen werden, etwa eine Reduzierung der Unterrichtstätigkeiten, der außerunterrichtlichen Tätigkeiten und/oder ein angemessener finanzieller Ausgleich. Dazu ist es höchste Zeit – bedauerlich ist nur, dass in den Ministerien nicht einmal die Urteile höchster deutscher und europäischer Gerichte angemessen gewürdigt werden.

Eine weitere Frage ist in diesem Zusammenhang noch gar nicht gestellt: Wo sollen – gerade an den Berufsbildenden Schulen mit ihrer traditionellen Unterversorgung – die zusätzlich benötigten Lehrkräfte denn herkommen? Die Hoffnung auf die Segnungen demografischer Entwicklungen allein hilft hier wohl nicht weiter – gefordert sind endlich innovative Lösungen für eine höhere Qualität des Unterrichts und eine bessere Versorgung mit zufriedenen und angemessen besoldeten Lehrkräften!

KOMMENTAR DES LANDESVORSITZENDEN:

ALLE JAHRE WIEDER …

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt eine Menge Dinge, die mit schöner Regelmäßigkeit wiederkehren. Wie es sich mit dem Christkind verhält, ist eine theologische Frage, die ich an dieser Stelle nicht vertiefen möchte. Seit einigen Jahren werden aber mit großer Zuverlässigkeit auf unseren Landesdelegiertenversammlungen Anträge gestellt, die eine Mindestanwesenheitsquote in Vollzeitbildungsgängen fordern. In einem Nischenbildungsgang – der Fachschule Wirtschaft – gibt es eine solche Quote in Höhe von 75 Prozent – noch! Im Entwurf der neuen Fachschulverordnung ist sie nicht mehr vorgesehen. Auf Nachfrage reagiert man im Bildungsministerium mit Zweifeln an der juristischen Durchsetzbarkeit solcher Quoten.

In diesem Zusammenhang finde ich es höchst spannend, dass im Entwurf des auf Bundesebene geplanten Pflegeassistenzeinführungsgesetzes eine solche Quote – und zwar in Höhe von neunzig Prozent! – vorgesehen ist. Es ist geschickt formuliert. Im Entwurf heißt es, dass Fehlzeiten bis zu zehn Prozent des Unterrichts auf die Dauer der Ausbildung angerechnet werden können. Nicht anrechnungsfähige Fehlzeiten verlängern die Ausbildung entsprechend. Wie man so etwas in Bildungsgängen der BBS umsetzen kann, darüber müsste man sicher noch mal sprechen. Das Beispiel zeigt aber: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!

Leider ist es ein weitverbreitetes Phänomen, dass die Fehlzeiten unserer Schülerinnen und Schüler immer weiter zunehmen. Es spricht sich scheinbar rum, dass sie kaum Konsequenzen zu befürchten haben. Wenn die Schulen nach aufwändigen Mahnverfahren in Einzelfällen eine so genannte Attestpflicht verhängen, ist es für die Betroffenen oft ein Leichtes, sich entsprechende Bescheinigungen von Ärztinnen und Ärzten zu besorgen.

Es ist ja nicht so, dass wir den Schülerinnen und Schülern Böses wollten – im Gegenteil. Dass eine regelmäßige Teilnahme am Unterricht die halbe Miete für einen erfolgreichen Abschluss ist, brauche ich hier niemandem zu erklären. Die Schülerinnen und Schüler mit hohen Fehlquoten sind im Regelfall auch die ersten, die einen Bildungsgang abbrechen bzw. nicht erfolgreich abschließen. Ganz abgesehen von den Folgen für eine unter Fachkräftemangel leidende Gesellschaft ist das in vielen Fällen eine Katastrophe für die Betroffenen und nicht selten der Einstieg in eine prekäre Karriere auf dem Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt aus Sicht der Lehrkräfte noch der enorm hohe Arbeitsaufwand, der im Bemühen darum entsteht, die gerade geschilderten Konsequenzen für die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu vermeiden. Klare Regeln und stabile Leitplanken sind nicht nur im Straßenverkehr sinnvoll. Wo Elternhäuser dies nicht mehr in der gewohnten Selbstverständlichkeit bieten können, da darf die Schule die jungen Menschen nicht sich selbst überlassen. Unsere Aufgabe besteht schließlich darin, sie auf das Leben vorzubereiten, und zwar auf ein Leben in aktiver Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende eines in mancherlei Hinsicht turbulenten Jahres wünsche ich Ihnen und Ihren Familien etwas Ruhe und Entspannung sowie die nötige Zuversicht, um auch die Herausforderungen des neuen Jahres entschlossen in Angriff zu nehmen. Es grüßt Sie herzlich

Dirk Mettler

VLW-LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG:

Am 4. November 2024 trafen sich die Delegierten in Kaiserslautern

> FUSIONSPLÄNE NEHMEN GESTALT AN
> NEUER LANDESVORSTAND GEWÄHLT
> KREIS DER EHRENMITGLIEDER ERWEITERT
> RESOLUTION ZUR ENTLASTUNG VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN BESCHLOSSEN

Ganz im Zeichen der angestrebten Verschmelzung mit dem vlbs wurde die diesjährige Versammlung mit Grußworten von Harry Wunschel, Landesvorsitzender des vlbs, und Pankraz Männlein, Bundesvorsitzender unseres Dachverbands BvLB, eröffnet.

Harry Wunschel hob zu Beginn seiner Grußansprache hervor, dass nach 75 Jahren paralleler Interessensvertretung die Zeit reif sei für die Bündelung der Kräfte und die Nutzung von Synergieeffekten. Pankraz Männlein, Schulleiter der Staatlichen Berufsschule III – Universitätsschule – in Bamberg, betonte die hohe Bedeutung der Berufsbildung mit Blick auf den Fachkräftemangel und die Herausforderungen in den Feldern Digitalisierung, Demokratiebildung, Migration und Inklusion. Es

VLBS-Vorsitzender Harry Wunschel spricht ein Grußwort.

BvLB-Vorsitzender Pankraz Männlein war aus Bamberg angereist.

Gern gesehene Gäste: unsere Ehrenmitglieder. Von links: Christian Paulus, Mechthild Antony-Hatzfeld, Bernd Zinßius …

… sowie Heinz Werner Seyler.

sei nun Aufgabe der Politik, die Weichen zu stellen, um das BBS-System zukunftsfähig aufzustellen. Er bestärkte die bevorstehende „Ehe" zwischen vlbs und VLW, für die es viele gute Beispiele in anderen Bundesländern gebe.

FUSION IST AMBITIONIERTES VORHABEN

Dirk Mettler schilderte in seinem Rechenschaftsbericht den nicht immer einfachen, aber zielführenden Prozess der Sondierungsgespräche mit dem vlbs. So haben die beiden Verbände historisch unterschiedliche Strukturen entwickelt, die nun zusammengeführt werden wollen. Das ist ein ambitioniertes Vorhaben, das noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere die Ortsverbände müssen bei diesem Vorhaben eingebunden werden, um den Organisationsgrad und den Zusammenhalt noch weiter zu stärken.

Als Meilenstein auf dem gemeinsamen Weg kann der Beschluss für eine gemeinsame Liste bei den bevorstehenden HPR- und BPR-Wahlen gesehen werden, für die es im vlbs bereits vor den Sommerferien grünes Licht von deren Hauptvorstand gab. Die VLW-Landesdelegierten haben am Montag ihrerseits mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt.

VERBANDSUNTERSTÜTZUNG IST WICHTIG

Seinen Rechenschaftsbericht nutzte Mettler, um Dank zu sagen und auch Bitten zu äußern. Der Dank ging sowohl an die Mitglieder der Landes- und Bezirksvorstände als auch an die Ortsverbände und die Delegierten für ihr Engagement. Die Bitten umfassten u. a., weiterhin aktiv für die Verbandsarbeit zu werben. Als konkretes Beispiel nannte er die Mobilisierung zur Teilnahme an den Protestaktionen des dbb. Da gebe es noch Luft nach oben, denn schließlich benötigen die streikberechtigten Beschäftigten im öffentlichen Dienst, allen voran die Straßenwärter, auch unsere Unterstützung.

Wie wichtig der Bereich der Nachwuchsgewinnung ist, machte der Landesschatzmeister Jürgen Hatzfeld anhand eines Schaubilds zur Altersstruktur der VLW-Mitglieder deutlich. So zeigte er, dass – parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung – die jüngeren Jahrgänge im VLW noch nicht die Stärke der älteren erreicht haben und machte damit Handlungsbedarf deutlich.

WAHL DES LANDESVORSTANDS

Als positives Signal in diese Richtung konnte die anschließende Wahl des Landesvorstands gesehen werden. Dirk Mettler wurde mit klarer Mehrheit in seinem Amt bestätigt, nachdem er in seiner Kandidaturrede drei Ziele hervorhob, die für ihn in der kommenden Amtsperiode im Fokus stehen sollen. Dies sind, erstens, die Mitgliederwerbung, zweitens die gemeinsame Zukunft mit dem vlbs und drittens die Gewinnung engagierter Kräfte für die ehrenamtliche Verbandsarbeit.

Die freiwerdenden Positionen im Landesvorstand konnten durch die Neuwahl bis auf die Geschäftsbereiche „Fachpraxis-Lehrkräfte" und „Lehrkräftebildung" nachbesetzt werden.

Der neue VLW- Landesvorstand mit dem BvLB-Bundesvorsitzenden:

Vorne von links: Michael Lutz, Jürgen Hatzfeld, Christian Flory, Dirk Mettler, Pankraz Männlein (BvLB), Andreas Seehaus;

hinten von links: Maik Nöller, Mario Passannante, Elisabeth Willrader, Stefanie Tischer, Karl-Heinz Fuß (kooptiert);

nicht im Bild: Miriam Schmidle, Michael Schmidt und Michael Steuer

Nicht mehr kandidiert haben: Emöke Anderlik, stellvertretende Landesvorsitzende, Karl-Heinz Fuß, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen Hatzfeld, Schatzmeister, Kurt Flöck, Geschäftsbereich Recht und Besoldung, Petra Studt, Geschäftsbereich Fachpraxis-Lehrkräfte.

Karl-Heinz Fuß wird bis zum Ende des Schuljahres als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand mitarbeiten. Jürgen Hatzfeld wird als kommissarischer Vorsitzender des Bezirks Rheinhessen weiterhin im Landesvorstand vertreten sein. Petra Studt steht in Belangen zu Fachpraxis-Lehrkräften dem VLW-Landesvorstand auch in Zukunft als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

DANKSAGUNGEN UND WÜRDIGUNGEN

Dirk Mettler dankte den ausscheidenden Mitgliedern für ihr Engagement in den zurückliegenden Amtsperioden.

Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler würdigten die besonderen Verdienste von Jürgen Hatzfeld und Michael Lutz so-

Kassenprüfer Michael Schmitt bestätigt die ordnungsgemäße Kassenführung.

Dirk Mettler und Jürgen Hatzfeld stellen ihre Rechenschaftsberichte vor.

Karl-Heinz Fuß würdigt die Leistungen von Jürgen Hatzfeld und Michael Lutz.

wie Kurt Flöck und Karl-Heinz Schneider. Die Genannten wurden von den Delegierten einstimmig zu VLW-Ehrenmitgliedern ernannt.

ANTRÄGE UND RESOLUTION

Am Nachmittag wurden von der Versammlung die Anträge der Orts- und Bezirksverbände diskutiert und beschlossen, ebenso die Resolution (siehe S. 18) zur Entlastung von Lehrkräften von außerunterrichtlichen Aufgaben.

Zum Abschluss der Versammlung sprach Dirk Mettler dem Ortsverband Kaiserslautern, allen voran Elisabeth Willrader, Dagmar König-Kries, Michael Schmitt und Jürgen Schwind seinen Dank für die Organisation vor Ort aus. Durch ihr Engagement haben sie einen reibungslosen Verlauf für eine gelungene Versammlung ermöglicht. Ebenso dankte Mettler den Delegierten für ihre Teilnahme und wünschte eine gute Heimreise. ■

Dirk Mettler bedankt sich bei den ausscheidenden Mitgliedern des Landesvorstands Emöke Anderlik (links) und Petra Studt (rechts)...

...und würdigt die Leistungen der Ehrenmitglieder Karl-Heinz Schneider (rechts) und Kurt Flöck (nicht im Bild).

Die Mainzer Schulleiter Volker Wolff und Michael Sühling beim Erfahrungsaustausch.

Pankraz Männlein gratuliert Stefanie Tischer zur Wahl.

Jürgen Hatzfeld (links) und Andreas Seehaus (rechts) danken den fleißigen Helfern des OV Kaiserslautern, v. l. n. r., Dagmar König-Kries, Michael Schmitt, Jürgen Schwind und Elisabeth Willrader (nicht im Bild).

Pankraz Männlein im heiteren Gespräch mit Karl-Heinz Fuß.

ANTRAG NR. 1

Antragsteller: *Landesvorstand*

Betreff: *Fortführung der Verhandlungen mit dem vlbs mit dem Ziel einer Verschmelzung der beiden Verbände*

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz wird beauftragt, auf Basis der bisher erzielten Verhandlungsergebnisse die Verhandlungen mit dem vlbs fortzuführen, mit dem Ziel innerhalb der nächsten drei Jahre einen gemeinsamen Verband zu gründen.

Die endgültige Entscheidung über eine Verschmelzung der beiden Verbände ist der Landesdelegiertenversammlung als oberstem Organ des VLW Rheinland-Pfalz vorbehalten.

Begründung: Auf der Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 in Bingen wurde ein Antrag mit dem Ziel einer Verschmelzung von VLW und vlbs mit großer Mehrheit verabschiedet. Der Landesvorstand ist diesem Antrag nachgekommen, indem er Verhandlungen mit dem vlbs aufgenommen hat, in denen regelmäßig einzelne Aspekte einer Verschmelzung der beiden Verbände zu einem neuen, gemeinsamen Verband beleuchtet, beraten und verhandelt werden.

Die bisherigen Beratungen haben gezeigt, dass beide Verbände von einer Verschmelzung profitieren würden. Die vorhandenen Kräfte können gebündelt werden und viele unnötige Doppelarbeit wird zukünftig entfallen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Entwicklung, aufgrund der es zunehmend schwerer fällt, Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, von Bedeutung. Der VLW wird darüber hinaus u. a. von einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle mit entsprechenden Räumlichkeiten sowie einem erheblich erweiterten Angebot an Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für die Mitglieder profitieren.

Antrag Nr. 1: *angenommen: Ja: 63 – Nein: 4 – Enthaltung: 2*

ANTRAG NR. 2

Antragsteller: *Landesvorstand*

Betreff: *Aufstellung zweier gemeinsamer Listen mit dem vlbs für die BPR- und HPR-Wahlen im Mai 2025*

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der VLW-Rheinland-Pfalz verzichtet bei den anstehenden Personalratswahlen auf eigenständige Listen für den Bezirks- sowie den Hauptpersonalrat und tritt zusammen mit den Kandidatinnen und Kandidaten des vlbs jeweils auf einer gemeinsamen Liste an.

Auf diesen gemeinsamen Listen, die jeweils 30 Kandidatinnen und Kandidaten umfassen, nehmen die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz die Listenplätze 2, 5, 9, 12, 15, 18, 21, 24, 27 und 30 ein, die Kandidatinnen und Kandidaten des vlbs Rheinland-Pfalz nehmen die übrigen Plätze ein.

Mit dem vlbs wird eine Vereinbarung getroffen, dass für die Dauer der Wahlperiode im Falle der Verhinderung bzw. des Ausscheidens eines gewählten Gremienmitglieds jeweils ein Mitglied des betroffenen Verbandes den freien Platz einnehmen soll.

Begründung: Auf der Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 in Bingen wurde ein Antrag mit dem Ziel einer Verschmelzung von VLW und vlbs mit großer Mehrheit verabschiedet. Der Landesvorstand ist diesem Antrag nachgekommen, indem er Verhandlungen mit dem vlbs aufgenommen hat, in denen regelmäßig einzelne Aspekte einer Verschmelzung der beiden Verbände zu einem neuen, gemeinsamen Verband beleuchtet, beraten und verhandelt werden.

Im Zuge dieser Verhandlungen ist vonseiten des VLW-Landesvorstands die Idee gemeinsamer Listen eingebracht worden. Wir sehen darin einen Meilenstein, der den Willen beider Verbände zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Verschmelzung zum Ausdruck bringt. Neben den gemeinsamen Listen zu den anstehenden Personalratswahlen sind weitere gemeinsame Veranstaltungen geplant, um das gemeinsame Auftreten auch nach außen hin zu unterstreichen.

Die Verteilung der Listenplätze im Verhältnis 1:2 entspricht in etwa dem Verhältnis der Zahlen der Mitglieder der beiden Verbände (Stichtag 31.12.2023).

Der vlbs Rheinland-Pfalz hat der Aufstellung gemeinsamer Listen mit der oben beschriebenen Aufteilung der Listenplätze auf seiner Hauptausschuss-Sitzung am 20.06.2024 zugestimmt.

Antrag Nr. 2: *angenommen: Ja: 69 – Nein: 1 – Enthaltung: 1*

ANTRAG NR. 3

Antragsteller: *Bezirksverband Rheinhessen*

Betreff: *Demokratiebildung*

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Im Sinne einer grundsätzlichen landesweiten politischen Bildung der Schülerinnen und Schüler soll sich der Landesvorstand dafür einsetzen, dass die Schulen mit entsprechenden Konzepten, die z. B. vom PL erarbeitet werden könnten, ausgestattet werden und zugleich die erforderlichen zeitlichen Ressourcen in Form von Anrechnungsstunden erhalten, diese Konzepte umzusetzen mit dem Ziel, alle Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen zu erreichen und nicht nur einzelne Klassen. Denkbare Wege wären dabei z. B. die Erstellung eines Demokratie-Kompass (ähnlich dem Medien-Kompass) oder die Einrichtung eines Koordinators für Demokratiebildung (ähnlich dem Koordinator für digitale Bildung).

Begründung: Demokratiebildung ist der Landesregierung ein wichtiges Thema und wird aktuell durch eine Vielzahl von punktuellen Projektangeboten über EPOS an die Schulen kommuniziert. Ob und inwieweit diese Projekte umgesetzt werden, liegt in der Verantwortung der Schule und der Bereitschaft der Lehrkräfte, diese Projekte mit nicht unerheblichen zeitlichen Ressourcen und zusätzlich zu den sonstigen dienstlichen Verpflichtungen in der Schule oder im Unterricht umzusetzen.

Antrag Nr. 3: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 4

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*

Mindestanwesenheit in der Höheren Berufsfachschule

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Zulassung zur Assistentenprüfung und zur Fachhochschulreifeprüfung in der Höheren Berufsfachschule an eine Mindestanwesenheit gebunden ist.

Begründung: Eine Vielzahl von Schülerinnen und Schüler der HBF fallen durch eine hohe bis sehr hohe Abwesenheit auf. Diese Schülerinnen und Schüler bestehen die Abschlussprüfungen oftmals nicht und die Klassenleitungen werden durch die Verwaltung der Fehlzeiten teils enorm belastet. Eine Anwesenheitsquote wäre ein hilfreiches Steuerungsmittel.

Dabei sollen Härtefallregelungen möglich sein.

Antrag Nr. 4: *bei 1 Gegenstimme und 4 Enth. angenommen*

ANTRAG NR. 5

Antragsteller: Bezirksverband Rheinhessen

Fehlzeitenproblematik in den Wahlschulbildungsgängen

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand gibt, ggf. gemeinsam mit dem VLBS, ein Rechtsgutachten in Auftrag, mit dem die juristische Durchsetzbarkeit einer Anwesenheitsquote im Unterricht für die Zulassung zu den Abschlussprüfungen in den Wahlschulbildungsgängen der berufsbildenden Schulen geprüft wird, falls das Ministerium an seiner Auffassung festhält.

Begründung: Auf vergangenen Landesdelegiertenversammlungen wurde bereits mehrfach darüber diskutiert und entsprechende Anträge gestellt, die Fehlzeitenproblematik, insbesondere den hohen Fehlzeiten in den Wahlschul-Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen durch die Einführung einer Anwesenheitsquote entgegenzuwirken, die, analog zu den Zulassungsbedingungen an die Kammerprüfungen der IHK in den Ausbildungsberufen, der Anwesenheitsquote in den Fachschulen oder der Fehlzeitenregelung für das verpflichtende Praktikum in der höheren Berufsfachschule, die sehr wohl mit der Zulassung zur Abschlussprüfung verknüpft sind.

In der Vergangenheit wurde aus dem Ministerium zurückgemeldet, dass es diesbezüglich juristische Bedenken gäbe, ohne dass dafür eine nachvollziehbare, rechtssichere Begründung geliefert wurde.

Antrag Nr. 5: *bei 1 Gegenstimme und 6 Enth. angenommen*

ANTRAG NR. 6

Antragsteller: Ortsverband Worms

Fachkräfte für die IT-Betreuung

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand möge das Ministerium für Bildung auffordern, darzulegen, wie in Zeiten des Fachkräftemangels genügend IT-Stellen bei den Schulträgern besetzt werden können, um die Funktionsfähigkeit der IT an den Schulen zu gewährleisten.

Begründung: Auch wenn die IT-Infrastruktur an vielen Schulen inzwischen zufriedenstellend eingerichtet wurde, fehlt es an IT-Fachkräften bei den Schulträgern, um diese IT- Ausstattung zu betreuen.

Da von der Landesregierung der Weg beschritten wurde, die IT-Betreuung nicht mehr durch Lehrkräfte der jeweiligen Schulen durchführen zu lassen und diese Arbeit durch Ermäßigungsstunden zu honorieren, fällt den Schulträgern nun diese Aufgabe zu. Durch den Fachkräftemangel sowie die begrenzte finanzielle Attraktivität einer Arbeitsstelle bei einem kommunalen Arbeitgeber bleiben viele Stellen unbesetzt, so dass ein Wartungsstau an den zu betreuenden Schulen entsteht.

Die Landesregierung muss daher umgehend mit geeigneten Maßnahmen dem IT-Fachkräftemangel begegnen, um die Wartung und den Erhalt der Funktionsfähigkeit der IT-Infrastruktur an den Schulen zu gewährleisten.

Antrag Nr. 6: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 7

Antragsteller: Ortsverband Trier

Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land

Antrag: Der Landesverband möge sich weiterhin dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung ein „Digitaler Hausmeister“, also Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung: Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalen Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüchen deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Antrag Nr. 7: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 8

Antragsteller: Ortsverband Neuwied

Dienstgeräte

Antrag: Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass für die Reparatur bzw. den Ersatz der Dienst-Tablets und Dienst-Laptops gesorgt wird.

Begründung: Vor über zwei Jahren wurden digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt, ohne deren Reparatur oder Ersatz zu regeln. Sie sind allerdings durch fortschreitende Digitalisierung sowohl zur Unterrichtsvorbereitung als auch zur Unterrichtsdurchführung unerlässlich. Ihr Anwendungsbereich wächst stetig, so sind beispielsweise die Tafeln inzwischen digital und das Klassenbuch elektronisch. Hierfür bedarf es funktionstüchtiger Dienstgeräte für alle Kolleginnen und Kollegen.

Antrag Nr. 8: *bei 3 Enthaltungen angenommen*

ANTRAG 9

Antragsteller: Ortsverband Bingen

Praktikables und einheitliches Verfahren zur Erstattung von Lehr- und Lernmittel durch den Dienstherrn

Antrag: Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für ein praktikables Verfahren zur Erstattung von Arbeitsmitteln einzusetzen.

Begründung: In einem Schreiben vom September 2024 hat die Kreisverwaltung Mainz-Bingen erklärt, dass sie zukünftig keine Schulbücher für Lehrkräfte mehr bezahlen wird. In der Begründung der Kreisverwaltung heißt es:

„Wir, als Schulträger, sind lediglich für die sachliche und räumliche Ausstattung der Schulen zuständig, aber nicht für die Lehrer. Lehrer sind Bedienstete des Landes und müssen sich ihre Arbeitsmittel (Bücher, etc.) selbst kaufen oder eine Kostenübernahme über die ADD klären. Es dürfen auf keinen Fall mehr Bücher für Lehrer über das Schulbudget beschafft werden."

In einem Musterprozess vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) hat ein Mitglied des VLW, mit Unterstützung des VLW, bereits vor einigen Jahren ein Urteil erstritten, wonach der Dienstherr im Grundsatz verpflichtet ist, den verbeamteten Lehrkräften die zur sachgerechten Durchführung des Unterrichts erforderlichen Lehr- und Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Das aktuelle Verfahren, mit der vorherigen Beantragung und dem Abwarten auf einen positiven Bescheid, ist aber viel zu langwierig und schreckt ab.

Es dauert viel zu lang, bis die Lernmittel zur Verfügung stehen, insbesondere bei kurzfristigen Änderungen des Unterrichtseinsatzes oder wenn dieser erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahres feststeht. Deshalb werden weiterhin viele Lehr- und Lernmittel von den Kolleginnen und Kollegen aus der eigenen Tasche bezahlt.

Antrag Nr. 9: *einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung*

ANTRAG NR.10

Antragsteller: Ortsverband Worms

Sicherstellung der Bereitstellung von Schulbüchern und Lösungen für Lehrkräfte

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass den Lehrkräften die eingeführten Schulbücher sowie die zugehörigen Lösungshefte weiterhin ohne Einschränkungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die in der Vergangenheit gängige Praxis, dass eingeführte Schulbücher und zugehörige Lösungen nach einem formlosen Antrag an die Schulleitung den Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden, stößt zumindest an der BBS Wirtschaft Worms aktuell an eine Grenze.

Nach Auskunft der Schulleitung werden die beantragen Lehrwerke und Lösungshefte aus dem Schulbudget finanziert. In Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen bei dem kommunalen Schulträger - bis hin zu Haushaltssperren – muss nun befürchtet werden, dass die Kosten für Schulbücher und Lösungshefte nur noch bis zu einem gewissen gedeckelten Betrag bzw. überhaupt nicht mehr übernommen werden.

Die Zurverfügungstellung von Arbeitsmitteln durch den Dienstherrn sollte jedoch eine Selbstverständlichkeit und überdies eine Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte sein, so dass es nicht sein kann, dass die Ausstattung mit eingeführten Schulbüchern/ Lösungsheften von der Finanzkraft des Schulträgers abhängt.

Antrag Nr. 10: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 11

Antragsteller: Bezirksverband Rheinhessen

Absentismusprävention

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand soll beim Ministerium darauf hinwirken, dass die Umsetzung der Maßnahmen zur Absentismusprävention mit einer Anrechnung für die Klassenleitungen verbunden wird.

Begründung: Die seit Jahren zu beobachtende Fehlzeitenproblematik scheint sich aktuell zu verschärfen. Die Gründe für Fehlzeiten im Unterricht sind vielfältig und erfordern je nach Grund unterschiedliche Maßnahmen.

Die Schulen sind zu Recht verpflichtet, die Fehlzeiten der Schülerinnen und Schüler zu erheben und durch präventive Maßnahmen dem zunehmenden Schulabsentismus entgegenzuwirken, da die Folgen von Schulabsentismus sowohl für die Fehlenden selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt gravierend sein können.

So wichtig die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen auch ist, diese übersteigen den Umfang des gewöhnlichen Dienstgeschäfts von Lehrkräften deutlich und können auch nicht auf das nur im begrenzten Umfang zur Verfügung stehende weitere schulische Personal wie die Schulsozialarbeit übertragen werden.

Antrag Nr. 11: *einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung*

ANTRAG NR. 12

Antragsteller: Ortsverband Worms

Erhöhung bzw. Einführung von Klassenleiterstunden in Vollzeitbildungsgängen

Antrag: Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass in der Höheren Berufsfachschule eine zusätzliche Klassenleiterstunde sowie im Beruflichen Gymnasium eine neu einzuführende Klassenleiterstunde zur Verfügung gestellt wird.

Begründung: Für die Leiterinnen und Leiter von HBF- und BGY-Klassen haben Verwaltungstätigkeiten und Umgang mit immer heterogeneren Lerngruppen in den letzten Jahren beständig zugenommen, ohne dass dafür eine zeitliche Entlastung gewährt worden wäre. Auch die in der Höheren Berufsfachschule zur Verfügung gestellten 40 bzw. 80 Lehrkräftestunden pro Klasse dienen lediglich vor allem der Praktikumsbegleitung.

Aktuell kommen in den Vollzeitklassen jedoch vermehrt Schülerinnen und Schülern hinzu, die wegen psychischen und körperlichen Notfallsituationen einen immer höher werdenden Zeitaufwand bei der Bewältigung der schulischen und außerschulischen Situationen erfordern. Auch

bei funktionierenden Netzwerken aus Schulsozialarbeit, Schulseelsorge und schulpsychologischem Dienst bleibt für die Klassenleitungen ein hoher zeitlicher Aufwand.

Die Einführung einer Klassenleiterstunde würde ein Anerkennen der zunehmenden psychischen und physischen Belastungen unserer Schülerinnen und Schüler in den HBF- und BGY-Klassen sowie eine Würdigung des Engagements der Klassenleiterinnen und -leiter für diese Schülerinnen und Schüler bedeuten.

Antrag Nr. 12: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 13

Antragsteller: Ortsverband Bingen

Schnellstmögliche Besetzung von vakanten Stellen im Bereich der Schulleitung und der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger

Antrag: Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine schnellstmögliche Besetzung vakanter Stellen in den Schulleitungen und bei den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern der einzelnen Schulen einzusetzen.

Begründung: Es kommt immer wieder vor, dass Stellen in der Schulleitung oder bei den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern längere Zeit nicht besetzt sind.

Nicht alle Vakanzen sind vorhersehbar, viele aber schon, wie z. B. bevorstehende Pensionierungen.

Die Vakanzen führen dazu, dass die verbliebenen Mitglieder der Schulleitungen und aus dem Kreis der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben übermäßig belastet werden. Dies führt dazu, dass wichtige Aufgaben liegen bleiben oder nur mit Verzögerung bearbeitet werden können. Das schadet der gesamten Schulgemeinschaft. Eine längere Überlastung kann für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen außerdem zu gesundheitlichen Problemen mit schwerwiegenden Folgen führen. In den letzten Jahren häufen sich hier die negativen Beispiele.

Die Besetzungspraxis der ADD sollte dergestalt geändert werden, dass absehbar vakante Stellen möglichst übergangslos neu besetzt werden. Im Idealfall sollte den Nachfolgerinnen und Nachfolgern eine Einarbeitungszeit gewährt werden, in der die Vorgängerinnen und Vorgänger noch an der Schule sind und bei der Einarbeitung unterstützen können.

Antrag Nr. 13: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR.14

Antragsteller: Ortsverband Trier

Kostendämpfungspauschale

Antrag: Der Landesvorstand möge sich weiterhin dafür einsetzen, dass die versteckten Gehaltskürzungen wie z.B. die Kostendämpfungspauschale zurückgenommen werden.

Begründung: Dieser Antrag spricht für sich selbst.

Antrag Nr. 14: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR.15

Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL

Wird durch den Antragsteller auf Bitten des Landesvorstands zurückgezogen

Antrag Nr. 15: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 16

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Quereinstieg

Antrag: Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung: An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht allein decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger - ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Antrag Nr. 16: *einstimmig angenommen*

ANTRAG NR. 17

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Masterabschlüsse

Antrag: Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden, sofern entsprechende Praktika absolviert wurden.

Begründung: Es geht darum, Abwanderung in andere Bundesländer entgegenzuwirken. Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Antrag Nr. 17: *einstimmig angenommen*

RESOLUTION:

LEHRKRÄFTE VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN ENTLASTEN – SOFORT!

Resolution der VLW-Landesdelegiertenversammlung Kaiserslautern, 4. November 2024

Das Berufsbild einer Lehrkraft besteht im Wesentlichen aus der Durchführung von Unterricht, der nach dem Deputats-Stundenmodell berechnet wird. An den berufsbildenden Schulen sind von einer Vollzeit-Lehrkraft pro Woche 24 Unterrichtsstunden zu halten, die vor- und nachbereitet werden müssen. In regelmäßigen Abständen müssen Leistungsnachweise von den Schülerinnen und Schülern eingefordert und bewertet werden. Wie John Hattie bereits in seiner Meta-Studie herausgearbeitet hat, ist das Feedback der Lehrkraft für die Lernenden von hoher Bedeutung für ihren Lernerfolg. Je intensiver das Feedback, desto wirksamer ist der Unterricht. Allein die beschriebene Anforderung würde genügen, um die wöchentliche Arbeitszeit einer Lehrkraft zu füllen, selbst dann, wenn man die Ferien in die Berechnung einbezieht und die in Rheinland-Pfalz für einen Beamten/eine Beamtin übliche Arbeitszeit von durchschnittlich 40 Zeitstunden als Maßstab nimmt. Jede zusätzliche, außerhalb des Unterrichts geforderte Tätigkeit erfolgt zwangsläufig auf Kosten der Qualität des Unterrichts, insbesondere des individuellen Feedbacks. Es bleibt weniger Zeit zur Vorbereitung und weniger Zeit zur Bewertung von Schülerleistungen.

Obwohl diese Feststellung kaum jemand bezweifeln wird, ist der Zeitaufwand für die Erledigung außerunterrichtlicher Aufgaben zwischenzeitlich weit über ein vertretbares Maß hinausgestiegen. Beispiele dafür, was im vergangenen Jahrzehnt an außerunterrichtlichen Aufgaben hinzukam, gibt es zur Genüge. Infolge der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2008 ist Inklusion eine wichtige Aufgabe, die von Lehrkräften beispielsweise die Erstellung von Förderplänen verlangt. Seit dem Jahr 2015 stellt uns die stetig hohe Zahl an Migrantinnen und Migranten mit sprachlichem Förderbedarf vor zusätzliche Herausforderungen. Hinzu gekommen ist eine ganze Reihe an sogenannten Querschnittsaufgaben, wie z. B. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Demokratiebildung. War die Heterogenität an berufsbildenden Bildungsgängen schon seit jeher ein Thema, so hat sie seit der Pandemie ein Ausmaß erreicht, dem nur durch ressourcenzehrende Differenzierung begegnet werden kann. Ebenso seit der Pandemie verzeichnen wir ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß bei den Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern, die einen hohen Zusatzaufwand, z. B. für die Erstellung von Nachschreibearbeiten oder das Einfordern von Entschuldigungen, mit sich bringen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, muss die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben noch intensiver geführt werden als in früheren Jahren. Als wäre das nicht schon genug, listet die neu erstellte Dienstordnung aus dem Jahr 2019 eine erschreckende Fülle weiterer außerunterrichtlicher Aufgaben auf, deren Durchführung in ihrer Summe schlichtweg nicht zu leisten ist. Die Fortschritte bei der Digitalisierung bis hin zu den Einsatzmöglichkeiten der KI-Programme bieten längst nicht die von Bildungspolitikerinnen und -politikern erhoffte Entlastung. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Aneignung der erforderlichen Kompetenzen zum Umgang mit den sich stetig weiterentwickelnden Programmen erfordert einen hohen zusätzlichen Zeitaufwand.

Die Fülle der Aufgaben führt dazu, dass Lehrkräfte einen Ausweg aus der Überlastungssituation suchen. Viele begeben sich in Teilzeit und die Zahl derjenigen, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, liegt auf hohem Niveau. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Lehramtsstudierenden ab und wir steuern zunehmend auf eine angespannte Nachwuchssituation zu. Es entwickelt sich ein Teufelskreis, wenn aufgrund fehlender Lehrkräfte die Belastungen durch große Klassen, Vertretungsunterricht, usw. noch weiter steigen.

Wir fordern das Bildungsministerium auf, dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzuwirken. Dazu benötigen wir die Entlastung von allen außerunterrichtlichen Aufgaben, die stattdessen von multiprofessionellen Teams erledigt werden können.

WIR FORDERN:

- Zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die sich um die Betreuung von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern kümmern,
- die Ausweitung schulpsychologischer Beratungsstunden für belastete Schülerinnen und Schüler,
- zusätzliche Stunden für Informatik-Fachkräfte, um einen zeitnahen Support bei Technik-Problemen zu gewährleisten,
- zusätzliche Kapazitäten in den Schulsekretariaten zur Entlastung der Lehrkräfte von administrativen Aufgaben (insb. Verwaltung der Fehlzeiten, Erstellung der Zeugnisse und der Protokolle von Gesamtkonferenzen und Dienstbesprechungen) sowie
- den Einsatz von FSJlern an berufsbildenden Schulen, um Lehrkräfte bei einfachen Arbeiten zu unterstützen.

Zudem fordern wir die Ausweitung von Planstellen in Verbindung mit einer wirksamen Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen, um der Belastung aufgrund fehlenden Lehrpersonals entgegenzuwirken. Laut Berechnung von Professor Klaus Klemm werden ab dem Jahr 2030 die Schülerzahlen an berufsbildenden Schulen zunehmen. Gleichzeitig gehen bis dahin viele Lehrkräfte in den Ruhestand. Der benötigte Nachwuchs muss sich deshalb bereits jetzt im Studium befinden, damit weiterhin genügend Lehrpersonal bereitsteht. Neben entsprechender Werbung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen müssen attraktive Konditionen, auch für Quereinsteiger, geboten werden, um mit den Angeboten aus der privaten Wirtschaft konkurrieren zu können. Dazu gehört auch der Abbau des Beförderungsstaus im höheren Dienst.

Unser Appell an die Landesregierung lautet deshalb, bereits jetzt alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Weichen für eine weiterhin starke berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz zu stellen.

DER NEUE VLW-LANDESVORSTAND

Vorsitzender
Dirk Mettler
Ludwig-Erhard-Schule Neuwied
info@vlw-rlp.de
Tel.: 0261 20069015

Stellv. Vorsitzende
Stefanie Tischer
Ludwig-Erhard-Schule Neuwied
stefanie.tischer@vlw-rlp.de

Stellv. Vorsitzender
Andreas Seehaus
BBS Landau
andreas.seehaus@vlw-rlp.de

Schatzmeister
Michael Schmidt
BBS Wissen
michael.schmidt@vlw-rlp.de

Schriftführer
Michael Lutz
Ortsverband Bingen
michael.lutz@vlw-rlp.de

Referent für Öffentlichkeitsarbeit
Mario Passannante
BBS Idar-Oberstein
mario.passannante@vlw-rlp.de

VORSTANDSMITGLIEDER MIT BESTIMMTEN GESCHÄFTSBEREICHEN

Bildungspolitik, Schulpolitik
Christian Flory
BBS Südliche Weinstraße
christian.flory@vlw-rlp.de

Junge Wirtschaftspädagogen
Miriam Schmidle
BBS Wirtschaft Worms
miriam.schmidle@vlw-rlp.de

Recht und Besoldung
Andreas Seehaus
BBS Landau
andreas.seehaus@vlw-rlp.de
Tel.: 06392 993900

Berufsfeld Gesundheit und Soziales
Elisabeth Willrader
BBS II Wirtschaft und Soziales
Kaiserslautern
elisabeth.willrader@vlw-rlp.de

Personalbetreuung
Maik Nöller
BBS Heinrich-Haus Neuwied
maik.noeller@vlw-rlp.de

BEZIRKSVORSITZENDE

Koblenz
Stefanie Tischer
Ludwig-Erhard-Schule Neuwied
stefanie.tischer@vlw-rlp.de

Pfalz
Andreas Seehaus
BBS Landau
andreas.seehaus@vlw-rlp.de

Rheinhessen
Jürgen Hatzfeld (kommissarisch)
Ortsverband Worms
juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de

Trier
Michael Steuer
BBS Bernkastel-Kues
michael.steuer@vlw-rlp.de

VLW
VERBAND DER LEHRERINNEN UND LEHRER AN WIRTSCHAFTSSCHULEN RHEINLAND-PFALZ E. V.

IM GESPRÄCH MIT DER FDP-FRAKTION:

ES GIBT KEINE LANDESWEITE STATISTISCHE ERFASSUNG VON SCHÜLERFEHLZEITEN

Foto: Jonas van Rüschen

VLW-Vertreter bei den Freien Demokraten (v. l.): Karl-Heinz Fuß, Marco Weber – MdL, Dirk Mettler

Zum Schuljahresbeginn führten die Vertreter des VLW ein Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Weber, MdL, und dem Referenten Jonas van Rüschen.

Über den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung war man sich schnell einig, ebenso darüber, dass einiges getan werden muss, um den aktuellen Herausforderungen, wie der steigenden Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss, zu begegnen.

Die FDP-Vertreter zeigten Verständnis für die Forderungen des VLW, verwiesen jedoch auf die fehlenden Haushaltsmittel, um diese zu erfüllen. Marco Weber zeigte die Ziele der FDP-Fraktion im Rahmen der Regierungskoalition auf. So macht sich die FDP für die Reform der Schulbaurichtlinien stark, um modernen Unterricht zu ermöglichen. Zudem soll das Pädagogische Landesinstitut gefördert werden. Auch das Digitale Kompetenzzentrum sei auf Betreiben der FDP eingerichtet worden. Bei der Sprachförderung ist der Fokus der FDP auf die frühkindliche Bildung ausgerichtet, um die Schülerinnen und Schüler von Anfang an für eine erfolgreiche Schullaufbahn auszurüsten.

Dirk Mettler machte deutlich, dass die Heterogenität der Schülerschaft, die immer größer werdenden Lücken bei deren Vorkenntnissen sowie der seit der Pandemie hohe Absentismus mit starken Belastungen für die Lehrkräfte verbunden ist. Hinzu kommen die vielen Aufgaben, die beispielsweise durch Inklusion und Digitalisierung zu bewältigen sind. Eine Entlastung der Lehrkräfte ist überfällig, einerseits durch Reduzierung von außerunterrichtlichen Aufgaben und andererseits durch unterstützendes Personal.

Beim Problempunkt Absentismus verwies Jonas van Rüschen darauf, dass dazu keine Zahlen vorliegen, da diese nicht erhoben werden. Dies sei derzeit auch nicht vorgesehen.

Der VLW bedankte sich für die Gelegenheit zum Gespräch und beide Seiten vereinbarten, weiterhin im Kontakt zu bleiben.

RECHTSSICHERE NOTENGEBUNG UND UMGANG MIT RECHTSVERLETZUNGEN IN SOZIALEN MEDIEN

Rechtsanwältin Antonia Dufeu informierte BBS-Personalräte

Bild links: Rechtsanwältin Antonia Dufeu in Aktion in Weisenheim am Berg

Bild rechts: VLW-Vorsitzender Dirk Mettler teilt seine Erfahrungen aus der Personalratsarbeit

Bei den diesjährigen VLW-Personalräte-Fortbildungen standen Themen auf dem Programm, mit denen unsere Kolleginnen und Kollegen regelmäßig im Schulalltag in Konflikt kommen können.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweils eintägigen Veranstaltungen in Weisenheim am Berg und in Welling bot sich die Gelegenheit, der auf schulische Rechtsfragen und Recht in sozialen Medien spezialisierten Anwältin Antonia Dufeu ihre Fragen zu stellen. Die Exprertin konnte durch viele authentische Rechtsfälle aus ihrer Berufspraxis auf Fallstricke bei der Notengebung und der Leistungsbeurteilung hinweisen und Tipps für den Umgang mit Elternbeschwerden geben.

Beim Thema „Umgang mit Rechtsverletzungen in sozialen Medien“ sensibilisierte sie für Möglichkeiten, wie Personalräte ihre Kolleginnen und Kollegen gegebenenfalls unterstützen können, wenn Datenschutz, Persönlichkeitsrecht oder Urheberrecht verletzt wurden.

Am Nachmittag folgte eine Austauschrunde zu aktuellen Fragestellungen, zu der die jeweiligen stellv. Vorsitzenden aus dem BPR, Andreas Seehaus, und dem HPR, Dirk Mettler, gemeinsam mit Karl-Heinz Fuß (nur Weisenheim) und Stefanie Tischer, jeweils Mitglieder in HPR bzw. BPR, zur Verfügung standen.

Ebenso wurden die Zeit für den persönlichen Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt und Tipps für die Personalratsarbeit weitergegeben.

Mit Blick auf die zu Ende gehende Amtsperiode dankten Dirk Mettler und Andreas Seehaus den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Engagement und ermutigten sie, erneut zu kandidieren. Personalratsarbeit kann mühsam sein, andererseits bietet sie viele interessante Einblicke in schulrechtliche Themen.

Der VLW wird die örtlichen Wahlvorstände, u. a. mit einem Leitfaden zu den erforderlichen Handlungsschritten, unterstützen. Des Weiteren stehen die Mitglieder des VLW-Vorstands als Ansprechpartnerinnen und -partner bei Fragen zur Verfügung.

Zur Person

Rechtsanwältin Antonia Dufeu LL.M bearbeitet in ihrer Kanzlei in Mainz-Mombach überwiegend schulische Rechtsfragen aus den Bereichen Datenschutzrecht, Persönlichkeitsrecht und Urheberrecht.

Zudem ist sie seit vielen Jahren als Coach aktiv und berät und begleitet Einzelpersonen und Gruppen zu Zwecken der Entscheidungsfindung oder für einen Perspektivwechsel.

Weitere Informationen finden Sie auf ihrer Website unter www.dufeu.de

BEZIRKSVERSAMMLUNGEN:

FUSIONSGESPRÄCHE FÜHREN ZU DISKUSSIONEN IN DEN BEZIRKEN

VLW-Mitglieder bei der Bezirksmitgliederversammlung in Koblenz

Im September fanden im Vorfeld der Landesdelegiertenversammlung (LDV) die Bezirksversammlungen statt, die von den notwendigen Vorbereitungen für die LDV geprägt waren. Es wurden Delegierte gewählt und Anträge formuliert. Zudem wurden die VLW-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Listen der BPR- und HPR-Wahl nominiert. Erstmalig war zu beachten, dass VLW und vlbs mit einer gemeinsamen Liste zur Wahl antreten wollen, vorbehaltlich der Entscheidung der LDV. So waren es auch die Fusionsgespräche, die auf den Versammlungen für Gesprächs- und Diskussionsstoff sorgten.

In Koblenz, wo der VLW in die BBS Wirtschaft eingeladen hatte, gab es einen besonderen Punkt auf der Tagesordnung. Dort stellte Frank Stöcker vom dbb die Vorteile und Leistungen der dbb Vorteilswelt und des dbb Vorsorgewerks vor, von denen die Mitglieder des VLW profitieren können.

In Rheinhessen traf sich die Versammlung an der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz. Da die bisherige Bezirksvorsitzende Emöke Anderlik ihr Amt niedergelegt hat, erklärten sich Jürgen Hatzfeld und Jutta Macher als stellvertretende Bezirksvorsitzende bereit, bis zur Wahl eines oder einer neuen Bezirksvorsitzenden gemeinsam den Vorsitz zu übernehmen. Schwerpunkte der Aktivitäten im Bezirk sind der Kontakt zur Johannes-Gutenberg-Universität, die Vorstellung des VLW beim Studienseminar und die regelmäßige Unterstützung der dbb-Tarifunion bei Aktionen im Rahmen der Tarifverhandlungen. In einer Präsentation stellte Jürgen Hatzfeld die voraussichtliche Auswirkung einer Fusion mit dem vlbs auf die Mitgliedsbeiträge dar.

Die Fusionsgespräche boten ebenso reichlich Gesprächsstoff in Trier. Dort trafen sich die VLW-Mitglieder im Ristorante Francesco in Trier-Ruwer. Als Gäste konnten sie Dirk Mettler und Stefanie Tischer vom Landesvorstand begrüßen, die die erschienenen Mitglieder mit Informationen aus erster Hand versorgten. Mettler und Tischer, beide Mitglied in der Verhandlungskommission mit dem vlbs, erläuterten die Knackpunkte, die es bei einer Fusion zu beachten gibt, wobei neben dem Zuschnitt der Bezirke insbesondere die Beitragsstruktur, unabhängig von der Beitragshöhe, genannt wurde. Diese stellt sich bei VLW und bei vlbs völlig unterschiedlich dar, so dass dafür eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden musste.

In Koblenz informierte Frank Stöcker vom dbb über Vorteile und Leistungen für die VLW Mitglieder

Die Bezirksdelegierten der Pfalz trafen sich an der BBS II Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern. Als Gastgeberbezirk für die LDV in Kaiserslautern kam dem Bezirk eine besondere Rolle zu. Schließlich wurden für die Durchführung vor Ort einige Helfer gesucht, die aus dem Ortsverband Kaiserslautern gewonnen werden konnten.

Bei allen Versammlungen wurde die Gelegenheit genutzt, in gemütlicher Runde mit den Kolleginnen und Kollegen der Nachbarschulen ins Gespräch zu kommen. Der VLW dankt allen Gastgebern, Organisatoren und Helfern für ihre freundliche Unterstützung.

Die Juniorenfirma der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied versorgte die Mitglieder in Koblenz mit Kuchen und belegten Brötchen

BEZIRK KOBLENZ

INFORMATIONSVERANSTALTUNG ZUR ALTERSTEILZEIT

Am 24. September 2024 fand die Informationsveranstaltung des Bezirks Koblenz zur Altersteilzeit für verbeamtete Lehrkräfte statt.

Landesvorstands- und Bezirksvorstandsmitglied Kurt Flöck informierte die zahlreichen Teilnehmenden in der Online-Veranstaltung gewohnt kompetent über die Rechtsgrundlagen und Voraussetzungen, über die verschiedenen Modelle sowie die Höhe der Besoldung. Auch thematisierte er die Auswirkungen auf die Pension, auf Steuern und auf die Beihilfe. Dabei konnten die Teilnehmenden jederzeit ihre individuellen Fragen stellen und bekamen im Nachgang weiteres hilfreiches Informationsmaterial. Sowohl die teilnehmenden Mitglieder als auch Bezirksvorsitzende Stefanie Tischer dankten Kurt Flöck für die gelungene und hilfreiche Veranstaltung.

Kurt Flöck informierte u. a. über die Rechtsgrundlagen der Altersteilzeit.

IMPRESSUM

Herausgeber
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Vorsitzender
Dirk Mettler

Geschäftsstelle
Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion
Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout
Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite
Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage
1.500 Stück

Druck
SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/11151-2303-3610

75 JAHRE VLW

VLW

VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

DER VLW FORDERT:

- UNTERSTÜTZUNG DER LEHRKRÄFTE BEI DER BEWÄLTIGUNG DES ZUNEHMENDEN ABSENTISMUS-PROBLEMS AN UNSEREN SCHULEN!
- INTENSIVIERUNG DER SCHULSOZIALARBEIT, AUCH ZUR PRÄVENTION VON ABSENTISMUS!
- EINE MINDESTANWESENHEITSPFLICHT VON 75 % IN ALLEN BILDUNGSGÄNGEN DER BERUFSSCHULE UND DER BERUFLICHEN WAHLSCHULEN!

JETZT MITGLIED WERDEN!

VLW-RLP.DE

VLW_RLP